

Haike Meinhardt & Inka Tappenbeck (Hg.)

Die Bibliothek im Spannungsfeld: Geschichte – Dienstleistungen – Werte

Festschrift für Hermann Rösch

**BOCK +
HERCHEN**
Verlag

Die Bibliothek im Spannungsfeld: Geschichte – Dienstleistungen – Werte

Festschrift für Hermann Rösch

Herausgegeben von
Haike Meinhardt und Inka Tappenbeck

Redaktionelle Bearbeitung
Susanne Röltgen

2019

BOCK + HERCHEN Verlag

ISBN 978-3-88347-302-4



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 3.0 Deutschland Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de>

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in einigen Beiträgen auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Die Personenbezeichnungen gelten für beiderlei Geschlecht.

BOCK + HERCHEN Verlag, 53604 Bad Honnef
www.bock-und-herchen.de
Coverfoto: © Thilo Schmülgen/TH Köln

Inhalt

Vorwort der Herausgeberinnen 9

Geschichte

Jürgen Seefeldt

(Volks)Bildung gestern und heute: Von der Arbeiterbibliothek zur modernen Öffentlichen Bibliothek 11

Haike Meinhardt

Die junge SPD und die Bibliotheken: Sichten aus dem „Vorwärts“ von 1891 bis 1931 25

Rüdiger Zimmermann

Die Rolle der deutschen Gewerkschaften beim Aufbau der Deutschen Bücherei in Leipzig 45

Mario Hütte

Fritz Milkau und der deutsche Leihverkehr 57

Siegfried Schmidt

„Dass diese keine größeren Befugnisse hat als die Bonner Schule“: Zum Verhältnis der Bibliotheksschule des Borromäusvereins zur Westdeutschen Büchereischule bzw. zum Bibliothekar-Lehrinstitut des Landes Nordrhein-Westfalen in der frühen Nachkriegszeit (1946–1952) 79

Dienstleistungen

Paul Sturges

Statistics, Surveys, and Big Data: Their Significance for LIS Research 109

Margarete Busch

Service der Zukunft: Zur Dynamik an Hochschulbibliotheken 121

Inka Tappenbeck

Wissenschaftlicher Dienst im Wandel? Eine Bestandsaufnahme am Beispiel der Universitätsbibliotheken in Nordrhein-Westfalen 129

Johan Holten, Sigrid Münch & Konrad Umlauf

Kooperationen über Spartengrenzen hinweg 141

<i>Ralf Depping & Tatjana Mrowka</i> „Zustände wie bei einem Rockkonzert“: Der Lernort Hochschulbibliothek als „Hype“	149
<i>Wilfried Sübl-Strohmeier</i> Förderung von Informationskompetenz durch Hochschulbibliotheken: Forschungsstand und Forschungsbedarf	163
<i>Elmar Bickar</i> Patentrecherchen als Informationsdienstleistung an einer Universitätsbibliothek	193
<i>Klaus Gantert</i> Schlagzeilen aus der Welt von Gestern: Herausforderungen für ein nationales Informationssystem Zeitungen	203
<i>Olaf Guercke</i> Das Portal „Historische Presse der deutschen Sozialdemokratie online“: Wie man im digitalen „Vorwärts“ nach Bibliothekarinnen sucht	217
<i>Ute Olliges-Wieczorek</i> Strategien für das Management von Historischen und Sondersammlungen in Wissenschaftlichen Bibliotheken unter besonderer Berücksichtigung der Thomas-Mann-Sammlung der Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf	229
<i>Ludger Syré</i> Virtuelle Ausstellungen mit digitalisierten Beständen: Beobachtungen und Gedanken	245
<i>Jakob Jung</i> Neue Wege in der Literaturversorgung? Ein kritischer Blick auf FID-Portale	259
<i>Dirk Weisbrod</i> Personal Digital Archiving: Ein sperriger Begriff und ein zukunftssträchtiges Angebot von Bibliotheken	273
Werte	
<i>Bernhard Mittermaier</i> Der „Zwang zum Open-Access-Publizieren“: Eine ethische Betrachtung	283
<i>Klaus-Peter Böttger</i> Compliance in Bibliotheken – eine ethische Frage zwischen Theorie und Grauzonen der Praxis	297

Ingrid Scheffler

Überlegungen zu ethischen Aspekten im Film der „Digital Natives“ über das Internet – dargestellt an einem konkreten Beispiel („Küss mich tiefer“ von Eleni Katsoni)

305

Jan-Pieter Barbian

Der Sternenhimmel der Literatur und die Endlichkeit unseres Lebens: Nachdenken über Pieter Steinz: „Der Sinn des Lesens“ (2015/16)

321

Danksagung

331

Vorwort der Herausgeberinnen

Mit dieser Festschrift soll das akademische Lebenswerk von Hermann Rösch gewürdigt werden, das sich in weit über einhundert Fachpublikationen und einer großen Zahl von Fachvorträgen zu einer breiten Palette von Themen und Fragestellungen der Literaturwissenschaft, Politik sowie vor allem der Bibliotheks- und Informationswissenschaft niederschlägt.

Am Anfang standen literaturgeschichtliche sowie bibliografische Arbeiten über herausragende Persönlichkeiten aus Politik, Literatur und Wissenschaft – genannt seien hier zum Beispiel Karl Schurz, Gottfried und Johanna Kinkel, Nikolaus Lenau, Willy Brandt, Susanne Miller, Helmut Rohde und Helmut Schmidt. Ein weiteres wichtiges Thema waren von Beginn an Emanzipationsbewegungen, beispielsweise im Kontext des Vormärz, der sich entwickelnden Arbeiterbewegung, des Aufstiegs der deutschen Sozialdemokratie und der Bibliotheksgeschichte. Ab Mitte der 1990er Jahre befasste sich Hermann Rösch, zunächst in seiner Funktion als Datenverarbeitungs-Koordinator und später als stellvertretender Leiter der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, mehr und mehr mit bibliothekarischen Informationsdienstleistungen und -ressourcen – dies vor allem aus der Perspektive eines Bibliothekars, der den Wandel von der „klassischen Bibliothek zum multifunktionalen Informationszentrum“ aktiv mitgestalten wollte. Zu nennen sind hier unter anderem seine zahlreichen Publikationen zum bibliothekarischen Informationsdienst, zur Evaluation von Informationsmitteln oder zu Typologie und Funktionalitäten von Portalen, teils bereits aus der Sicht des Wissenschaftlers und Hochschullehrers. Ab 2003 trat dann das Thema digitale Auskunft deutlich in den Vordergrund sowie generell zunehmend auch Fragestellungen zur Transformation bibliothekarischer Services in den wachsenden virtuellen Informationsräumen. Eine wichtige, mittlerweile Lehrbuchstatus erreichte Publikation ist das gemeinsam mit Engelbert Plassmann, Jürgen Seefeldt und Konrad Umlauf verfasste Werk „Bibliotheken und Informationsgesellschaft in Deutschland: eine Einführung“, das 2006 bei Harrassowitz erschien und inzwischen mehrere Neuauflagen erfahren hat. Der an Luhmann geschulte soziologische und systemtheoretische Blick auf Bibliotheken und Biblio-

theKssysteme eröffnete dabei ein neues analytisches Herangehen – ertragreich auch in der Beschäftigung mit dem anglo-amerikanischen Bibliothekswesen, das er während eines mehrmonatigen Forschungsaufenthaltes in den USA im Wintersemester 2007/08 intensiv untersuchte. Ab 2009 fokussierte Hermann Rösch sein wissenschaftliches Interesse schließlich auf die Ethik. Grundlegende Verständigungen zu „Informationsfreiheit als Herausforderung“, der Rolle von Bibliotheken für die Meinungs- und Informationsfreiheit, zu Fragen von Zensur oder der Notwendigkeit einer bibliothekarischen Berufsethik sind ihm zu verdanken. Dass es ihm immer auch darum ging, Forschung für die Praxis fruchtbar zu machen, zeigt sich insbesondere in der Anwendung ethischer Grundsätze auf konkrete ethische Dilemmata der alltäglichen Berufspraxis.

Die sich aus der Vielfalt dieser Themen ergebenden Spannungsfelder sind von Hermann Rösch selbst immer wieder thematisiert worden: Informationsschutz und Informationsfreiheit, Nutzerorientierung und normativer Informationsauftrag, Dienstleistung und emanzipatorischer Impetus. Die damit verbundenen Diskurse hat Hermann Rösch stets leidenschaftlich geführt, mit Fachkolleginnen und -kollegen, mit der Berufspraxis und mit den Studierenden. Ein sich dabei durchziehendes Motiv ist seine emanzipatorische Grundhaltung: die Überzeugung, dass informationelle Selbstbestimmung ein nicht verhandelbares Leitziel bibliothekarischen Handelns ist. Sein Plädoyer galt und gilt der nutzerorientierten, modernen Bibliothek, die ihre emanzipatorische Funktion und Aufgabe wahrnimmt und diese in Hinblick auf die vielfältigen Zielgruppen, Kontexte, Milieus umsetzt.

Die Vielfalt der Themen, mit denen Hermann Rösch sich im Rahmen seines berufspraktischen und akademischen Wirkens befasst hat, spiegelt sich in den Beiträgen dieser Festschrift wider, deren Autorinnen und Autoren, korrespondierend zu den Forschungsschwerpunkten von Hermann Rösch, bibliotheks- und informationswissenschaftliche Fragestellungen, Erkenntnisse und Überlegungen zu „Geschichte – Dienstleistungen – Ethik“ formulieren.

Die Herausgeberinnen wünschen allen Leserinnen und Lesern eine anregende Lektüre.

Köln, im Dezember 2018

Haike Meinhardt & Inka Tappenbeck

(Volks)Bildung gestern und heute: Von der Arbeiterbibliothek zur modernen Öffentlichen Bibliothek

Jürgen Seefeldt

Heute, im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, prägen Phänomene wie Globalisierung, Digitalisierung und Individualisierung, aber auch Fake News und Datenflut die Lebenswirklichkeit der Menschen. Eine zunehmend wissensbasierte und automatisierte Wirtschaft verändert ihr Arbeitsumfeld teils dramatisch. Vor diesem Hintergrund erhält das lebenslange Lernen für die Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft unter den Bedingungen des hierzulande längst begonnenen demografischen Wandels ein starkes Gewicht.¹ Bildung schlechthin wird als wichtigster Schlüssel zur sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Teilhabe eines Jeden betrachtet. Wo sich Bildung ausbreiten kann und Bildungsmöglichkeiten geboten und genutzt werden, wird es den Menschen gelingen, individuelle Lebensentwürfe für sich und letztlich für die gesamte Gesellschaft zu schaffen, so das Credo von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft.

Öffentliche Bibliotheken kommunaler und kirchlicher Träger nehmen nach Überzeugung der Bibliothekswelt in der Bildungslandschaft eine Schlüsselstellung ein; zumindest bemühen sie sich seit langem darum, neben ihrer kulturellen Funktion auch als Bildungseinrichtung Profil und Anerkennung zu finden. Mit meist niederschwellig erreichbaren Informations- und Medienangeboten bilden sie einen vielfältig nutzbaren Lernort für alle Bevölkerungsgruppen. Nicht wenige Bibliothekare

¹ Vgl. STOLL, 2014, S. 21.

beschäftigen sich mit der Lösung der Frage, „welche Konzepte und Lernarrangements künftig zu entwickeln sind, um dem individuellen Bildungsbedarf gerecht zu werden, z.B. durch die Schaffung von Lernsituationen und -angeboten für die Grundbildung und die Alphabetisierung, um Menschen an das Lesen und Schreiben heranzuführen“².

Das Ziel ist bekannt und heißt vorrangig „Chancengleichheit herstellen“: Die Förderung der Bildungserfolge von Kindern und Jugendlichen und die Verbesserung der Bildungschancen sollen unabhängig von ihrer kulturellen und sozialen Herkunft erfolgen. Damit deren Berufs- und Lebenschancen gesichert und sie auch international anschluss- und wettbewerbsfähig bleiben, ist es im Bereich der schulischen und vorschulischen Bildung mehr als bislang erforderlich, intensivere Kooperationen mit außerschulischen Bildungsträgern zu pflegen und auszubauen.³ Doch nicht nur den Heranwachsenden sollte mittels gut ausgestatteter Bibliotheken chancengleiche Bildung zugutekommen, jedem Erwachsenen, ob berufstätig oder nicht, sollte zeit seines Lebens ein breites Bildungsangebot zur Verfügung stehen können.

Das ist, kurz umrissen, die Situation heute und es wird die Frage für die nächsten Jahrzehnte bleiben, ob und wie erfolgreiche Kooperationen, Projekte und Fusionen verschiedenartiger Bildungs- und Kulturinstitutionen flächendeckend gelingen werden. Eine latente Sorge besteht, weil den Bibliothekaren und ihren Unterhaltsträgern klar ist, dass Bibliotheken längst nicht mehr der einzige Ort sind, an dem Informationsbedürfnisse befriedigt werden können. Umso stärker werden sie sich profilieren müssen, um als unverzichtbarer Faktor der Daseinsvorsorge anerkannt zu bleiben.

Wie aber sah es in den Anfängen der Bildungsarbeit in Deutschland aus? Wie und wann begann Volksbildungsarbeit? War sie stärker von privater Hand oder eher staatlich gelenkt und herbeigeführt? Welche Rolle spielten Bibliotheken? Waren von Anfang an auch (Öffentliche) Bibliotheken an Volksbildung beteiligt? Der folgende Beitrag soll in einer kompakten Rückschau die wichtigsten Etappen und Erkenntnisse zusammenfassen und den Blick dafür schärfen, was bis heute durch Öffentliche Bibliotheken erreicht werden konnte und was aus bibliotheks- und bildungspolitischer Sicht für die Zukunft notwendig wird.

Die Anfänge von Volksbildung und Öffentlichen Bibliotheken

Das Streben nach Volksbildung, und zwar zunächst nach einer *bürgerlichen Volksbildung*, wie sie in den deutschen Ländern erstmals im 18. Jahrhundert lauter artikuliert wird, hat starke literarische Wurzeln. Sie geht einher mit dem Ruf nach einem besseren Zugang zu erschwinglicher Leselektüre und letztlich einer öffentlichen Literaturversorgung.⁴ Im Einklang mit den Anschauungen des Neuhumanismus sieht man im aufstrebenden Bürgertum die Chance, über Aufklärung und allgemeine Bildung

² STOLL, 2014, S. 21.

³ Vgl. STOLL, 2014, S. 22.

⁴ Vgl. VODOSEK, 1978, S. 8.

zu „Universalität, Individualität, Totalität und Harmonie des Menschen“⁵ zu gelangen. Auch vom Staate aus keimen erste Überlegungen, dass ein gebildeter Untertan, wirtschaftlich gesehen, der nützlichere sei, womit die Mittel- und Unterschichten in das Blickfeld des Interesses gelangen.⁶

Mit dem Beginn der Industrialisierung nach 1800 wächst die Zahl der Arbeiter in Fabriken und Unternehmen. Als um 1840 die Idee von Arbeiterbibliotheken aufkommt, die das Bildungsniveau der unteren sozialen Schichten heben sollen, sind bereits zwei Jahrzehnte zuvor in vielen Städten Leihbibliotheken (als kommerzielle Unternehmen) und Bibliotheken von Lesegesellschaften (als Institutionen bürgerlicher Selbsthilfe) gegründet worden. Parallel dazu etablieren sich Bibliotheken von Volksschriftenvereinen und in Dörfern und Kleinstädten erste sog. Volksbüchereien. Die Einsicht von Staat und Politik, Gesellschaft und Kirche in der Notwendigkeit einer verbesserten Volksbildung wird in der Biedermeier-Zeit breiter sichtbar. Schlagworte wie „Förderung der arbeitenden Klasse“ oder „christliche Vervollkommnung“ tauchen in Reden und Publikationen auf. Einzelne Vorkämpfer, wie der sächsische Rentamtman Karl Benjamin Preusker, versuchen zwischen 1840 und 1850 sogar „die verbreitete Furcht vor einer großzügigen Volksbildung zu zerstreuen“⁷.

Nach den Vorstellungen Preuskers sollen allgemeine Bibliotheken gegründet werden, die allen Bevölkerungsgruppen zur Verfügung stehen: Gemeint ist die Schaffung „eines öffentlichen Bibliothekswesens, welches das ganze Kulturleben einer Stadt durchdringt, nicht nur den Gebildeten dient, aber auch nicht bloß Wohlfahrtseinrichtung für Ärmere ist, Bibliotheken mit Büchern nicht nur in ‚verstandesmäßiger Hinsicht‘, sondern auch zur Pflege von Gemüt und ethischen Anlagen, Grundlage für Gewerbe- wie für Jugendbildung“⁸. Diese neuen Ideen fallen vielerorts auf fruchtbaren Boden – sie sind auch knapp zwei Jahrhunderte später noch absolut zeitgemäß. In seiner Schrift „Über öffentliche, Vereins- und Privatbibliotheken, so wie andere Sammlungen, Lesezirkel und Verwandte Gegenstände, mit Rücksicht auf den Bürgerstand“ von 1839/40 beschreibt er ein gestuftes, allgemein öffentliches Bibliothekswesen, das von einer breiten Palette von Sonderformen ergänzt wird, die man heute im weitesten Sinne als Informations- und Dokumentationseinrichtungen bezeichnen würde. Zugleich beschäftigt er sich detailliert mit der Bibliothekspraxis, fordert Benutzungsordnungen und schlägt Kataloge als Erschließungshilfen vor.⁹

Doch wie nähert man sich den Bedürfnissen der unteren sozialen Schichten, den Hunderttausenden von Arbeiterinnen und Arbeitern in der rasch wachsenden Zahl an Fabriken? Angetrieben vom Wunsch nach sozialer und politischer Emanzipation, sind es die politischen Flüchtlingsorganisationen wie der „Bund der Geächteten“

5 VODOSEK, 1978, S. 9.

6 Vgl. ebd.

7 VODOSEK, 1975, S. 4.

8 VODOSEK, 1978, S. 34.

9 Vgl. THAUER/VODOSEK, 1990, S. 31f.

(1834) oder der „Bund der Kommunisten“ (1847), die Bildungsvereine (teils als Turn- oder Gesangsvereine getarnt) ins Leben rufen und kleine Bibliotheken für die Arbeiterschaft aufbauen. Auch mit dem unter dem Einfluss Ferdinand Lasalles erfolgten Zusammenschluss mehrerer Arbeiterbildungsvereine zum *Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein* (1863) verbreitert sich der Gedanke einer allseits notwendigen Volksbildung, die durch gut ausgestattete Arbeiterbibliotheken maßgeblich verbessert werden kann.¹⁰

Arbeiter- und bürgerliche Bildungsvereine, Gewerkschaften und Kirchen gründen Bibliotheken

Neben Arbeitervereinen treten auch die um 1865 entstehenden Gewerkschaften als Träger von Bibliotheken auf und bieten zunächst Bestände für die fachliche Ausbildung an.¹¹ Um 1869 ist mit der Gründung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) die Umwandlung der Arbeitervereine zu einer politischen Bewegung abgeschlossen und von ihr gehen weitere Impulse zur Intensivierung der Bildungsarbeit aus. Historisch betrachtet, ist die Arbeiterbibliothek anfangs der Versuch der sozialistischen und kirchlich-sozialen Bewegungen, im Einklang „mit ihrem von der Aufklärung geprägten Menschenbild das Massenelend in den Industriezentren durch verstärkte Bildungsangebote zu mildern und gleichzeitig den Einfluss der als schädlich empfundenen Belletristik kommerzieller Leihbibliotheken einzudämmen“¹². Konsequenterweise werden neben berufsfachlichen und politischen Büchern auch Werke der gehobenen Unterhaltungsliteratur bereitgestellt. In den folgenden Jahrzehnten entwickelt sich ein recht erfolgreiches System von Arbeiterbibliotheken. Karl Liebknechts berühmter Ausspruch aus dem Jahr 1872 „Wissen ist Macht – Macht ist Wissen“ wird einiges zum Erstarken der Bibliotheksbewegung beigetragen haben.¹³

Unter dem Einfluss liberaler Kräfte arbeiten Arbeiterbildungsvereine zunächst mit bürgerlichen Volksbildnern zusammen, deren humanitär und pädagogisch ausgerichtete Ideen und Vorstellungen zum Aufbau von Bibliotheken führen. Die 1871 gegründete „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ mit Hermann Schulze-Delitzsch an der Spitze einer nicht parteipolitisch gebundenen Bewegung gibt den bürgerlich-liberalen Initiativen weiteren Schub.¹⁴ Mit ihren drei Jahrzehnte später entstehenden *Wanderbibliotheken* wird es erstmals in größerem Umfang gelingen, auch die ländlichen Regionen in die Literaturversorgung mit einzubeziehen.

Als ein typisches Beispiel lässt sich der 1861 in Leipzig gegründete *Gewerbliche Bildungsverein* nennen, der eine Bibliothek aufbaut, dessen Bibliothekskommission

10 Vgl. THAUER/VODOSEK, 1990, S. 40.

11 Vgl. VODOSEK, 1985, S. 9.

12 WIKIPEDIA, 2018.

13 Vgl. VODOSEK, 1985, S. 8.

14 Vgl. VODOSEK, 1985, S. 91.

August Bebel vorsteht. Ihr noch bescheidener Bestand besteht 1876 aus 2.040 Bänden, die von 185 Lesern benutzt wird und im Jahr rund 2.000 Entleihungen erzielen. Das erklärte Ziel von Verein und Bibliothek ist, „dem bereits vorhandenen Wissen das zu entnehmen, was dem eigenen revolutionären Emanzipationskampf der Arbeiterklasse nützt“¹⁵. Eine radikale Zäsur bringt das Inkrafttreten des von Bismarck betriebenen „Sozialistengesetzes“ von 1878, mit dem die SPD als Partei sowie viele Arbeitervereine aufgelöst und die Bibliotheksbestände beschlagnahmt werden.

Arbeiterbibliotheken und Volksbibliotheken sind im Verlauf ihrer Geschichte in Zielsetzung, Arbeitsweise und Organisation nicht immer eindeutig zu trennen, immer wieder lösen sich polarisierende und ausgleichende Prozesse ab.¹⁶ Nach 1870 setzt allerdings eine völlige Trennung zwischen bürgerlicher Volks- und Arbeiterbildung und damit auch zwischen Öffentlicher Bibliothek und Arbeiterbibliothek ein, zu stark gehen die Meinungen über die Methoden der Wissensvermittlung auseinander: Soll man den Bildungsstand nur einer Klasse verbessern oder gar die komplette Gesellschaft grundlegend verändern?¹⁷ Eine erneute Revolution wie 1848 schien jedoch zu utopisch.

Parallel zu den Bemühungen von politischen Parteien, liberaler Bürgerschaft und monarchistischem Staat setzen sich auch die katholische und evangelische Kirche intensiv für Volksbildung ein. Die Bestrebungen spiegeln oft die jeweilige kirchliche Struktur wider, insbesondere sorgt der straffe hierarchische Aufbau des katholischen Volksbildungswesens für eine sichtbare Umsetzung. Der 1844 gegründete Borromäusverein, der zunächst die „Begünstigung und Verbreitung guter Schriften“¹⁸ im Blick hat, öffnet zum Ende des 19. Jahrhunderts seine kirchlichen Volksbibliotheken für die breite Bevölkerung – der Schritt zur katholischen öffentlichen Bücherei, wie wir sie heute kennen, ist damit getan. Arbeiterbewegung, Sozialismus und Liberalismus sind seinerzeit jedoch erbitterte Gegner. Beide Kirchen bevorzugen in ihren Bibliotheken zur Hebung der Allgemeinbildung speziell der sozial Unterprivilegierten vor allem eine christlich und moralisch unbedenklich ausgerichtete „Erbauungsliteratur“.¹⁹ Mit der Ausdehnung der Inneren Mission, die von Johann Hinrich Wichern 1848 in einer Denkschrift vorgestellt wird, verfestigt sich auch der Ruf nach evangelischen Volksbibliotheken. Da sie weniger straff organisiert sind, bleibt ihr Durchsetzungsvermögen in den Landeskirchen allerdings regional begrenzter, wenige Schwerpunktgebiete entstehen in Norddeutschland und Sachsen.²⁰

Trotz aller Probleme entwickeln sich die sozialistisch ausgerichteten Arbeiterbibliotheken für einige Jahrzehnte zu ernstzunehmenden Bildungseinrichtungen, die erst – um 1890 – mit dem Erstarken der Bücherhallenbewegung eine „quantitativ

15 WIKIPEDIA, 2018.

16 Vgl. VODOSEK, 1985, S. 54.

17 Vgl. VODOSEK, 1985, S. 55.

18 SPAEL, Wilhelm: *Das Buch im Geisteskampf: 100 Jahre Borromäusverein*, 1950, S. 351; zit. in VODOSEK, 1985, S. 35.

19 Vgl. VODOSEK, 1985, S. 36.

20 Vgl. VODOSEK, 1985, S. 65.

und qualitativ hochstehende Konkurrenz²¹ bekommt. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als man sich in der Zusammenführung von Arbeiter-Zentralbibliotheken einen neuen Aufbruch erhofft, sind es die Ideen Walter Hofmanns aus Leipzig, die wieder zu einer Annäherung an die Volksbüchereien führen – zumindest aus methodischer Sicht „bei gleichzeitiger Distanzierung von den Bildungsinhalten“²².

Nach Gründung des Kaiserreiches 1871 verstärkt sich das Engagement des Staates am Aufbau eines Volksbüchereiwesens. Einige Länder, unter ihnen die Königreiche Württemberg und Sachsen, sichern den Volksbibliotheken zur „Erhöhung der Volksbildung“²³ materielle Unterstützung zu, wenn auch generell in bescheidenem Rahmen und regional unterschiedlich. Im Königreich Preußen gelingt es 1899 durch Erlass des Ministers Bosse hinsichtlich der „geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten“, diese Subventionspolitik zu verstetigen und für Volksbibliotheken jährlich wiederkehrende Fördermittel bereitzustellen.²⁴ Der *Bosse-Erlass*, der Städte und Kreisverwaltungen zum Handeln auffordert und staatliche Beihilfen unter bestimmten Voraussetzungen in Aussicht stellt, dokumentiert erstmalig in Deutschland das Interesse des Staates an öffentlichen Bibliotheken.²⁵

Die „Bücherhallenbewegung“ breitet sich aus

Trotz aller Bemühungen von Parteien und Vereinen, der regionalen Staaten oder beider Kirchen fällt ein Resümee über die Zeitspanne des 19. Jahrhunderts eher bescheiden aus: Die Bestrebungen, freie öffentliche und allgemein zugängliche kommunale Bibliotheken zu schaffen, um mit ihrer – oft kaum mehr als „Wohltätigkeit“ umschriebenen – Unterstützung die Bildung der sozialen unteren Schichten zu verbessern, bleibt Stückwerk. In der Entwicklung der Arbeiterbibliotheken setzt zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine zunehmende Zersplitterung ein. Die Fachwelt bemerkt hierzu heute kritisch: „Ohne die Verdienste der einzelnen Bibliotheken zu schmälern, muss daher festgestellt werden, dass sie wohl zur Arbeiterbildung Wesentliches beigetragen haben, für die allgemeine Bibliotheksgeschichte aber nur eine sekundäre Rolle spielen.“²⁶

Erst die 1890er Jahre bringen dank der *Lesehallenbewegung* mit ihren neuen Bildungsvorstellungen wirksame Ansätze für eine modernere öffentliche Bibliothek. In mehreren Großstädten wie etwa Frankfurt am Main und Berlin entwickeln (reise-freudige) Persönlichkeiten wie Friedrich von Raumer bürgernahe Volksbibliotheken nach amerikanischem Vorbild. Die Initialzündung geht von den Begegnungen deutscher Bibliothekare mit den *Public Libraries* und deren Wirkung einer vorbildlichen

21 VODOSEK, 1975, S. 55.

22 Ebd.

23 VODOSEK, 1975, S. 48.

24 VODOSEK, 1985, S. 160-61.

25 Vgl. THAUER/VODOSEK, 1990, S. 57.

26 THAUER/VODOSEK, 1990, S. 40.

Bibliotheksarbeit in England und den USA aus.²⁷ Das Ziel Raumers: Das geistige Leben anreichern und das kulturelle Niveau heben und damit die wachsenden Lese- und Literaturbedürfnisse, insbesondere des Bürgertums, befriedigen. Zwei Ideale jedoch, die in den USA oft genannt werden, spielen hierzulande kaum eine Rolle: Gemeint ist ein starker demokratischer Idealismus und die Erkenntnis, dass Lesefähigkeit und allgemeiner materieller Wohlstand einen Zusammenhang bilden. Die *Public Library* etabliert sich in der Neuen Welt als „the workingman’s university“ und mit ihr wächst die Überzeugung, dass sich der Einfluss gutausgebildeter Arbeiter sowohl vor Ort im betrieblichen Erfolg, als auch für den Wohlstand der Nation auswirken wird. In Deutschland fehlen auf Seiten der staatlichen und politischen Elite Einsichten dieser Art lange Zeit fast völlig.²⁸ Wirft man unter diesem Aspekt einen Blick auf die Gegenwart im 21. Jahrhunderts, werden kritische Betrachter die Situation der Öffentlichen Bibliotheken und ihre oft zögerliche Förderung durch die öffentliche Hand vielerorts ähnlich problematisch bewerten.

Die kurz vor 1900 eingeführten, mühsam errungenen Reformen sprechen sich für die Schaffung einer für alle Stände offenen Bildungsbibliothek als „Bücher- und Lesehalle“ aus. Eine solche Bildungseinrichtung fürs Volk, so die Forderung des Kieler Universitätsbibliothekars Constantin Nörrenberg 1895 auf der 25. Generalversammlung der *Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung*, müsse wie auch bei wissenschaftlichen Bibliotheken „unter fachlicher Leitung und bei guter finanzieller Ausstattung Literatur aus allen Gebieten und nach neutralen Auswahlgesichtspunkten bereitstellen und jedermann, ohne Unterschied des Standes und der Vorbildung, zur Verfügung stehen. Sie müssen frei und ohne Förmlichkeiten und während weit angesetzter, günstiger Öffnungszeiten besucht werden können; eine Bibliothek wöchentlich nur ein paar Stunden offenzuhalten, wie es in Deutschland vorkomme, hieße, ihre Benutzung böswillig zu hintertreiben“²⁹.

Nörrenbergs Forderung nach sind bestehende Stadt- und Volksbibliotheken zu städtischen *Einheitsbüchereien* zusammenzufassen. Als Träger sollen die Städte und Kommunalverbände die Verantwortung übernehmen, nach Möglichkeit mit staatlicher Unterstützung des Bundeslandes. Wünschenswert sei die Einrichtung von staatlichen Zentralstellen zur Beratung von Kommunen, Vereinen und Institutionen.³⁰ Den letztgenannten Vorschlag aufgreifend, entstehen in den Folgejahrzehnten durch Länderinitiative staatliche Fachstellen, die bis in die Gegenwart – mit unterschiedlicher Organisationsform, Aufgabenstellung und Personalausstattung – die haupt- und ehrenamtlich geleiteten kommunalen Bibliotheken ihres Zuständigkeitsgebietes mit dem Ziel der Herstellung annähernd gleicher Rahmenbedingungen und der Senkung des Stadt-Land-Gefälles in allen bibliotheksfachlichen Belangen beraten und fortbilden, teils finanziell fördern, landesweite Projekte initiieren und mit mannigfachen Impulsen steuernd wirken.

27 Vgl. THAUER/VODOSEK, 1990, S. 51.

28 Vgl. VODOSEK, 1975, S. 54.

29 VODOSEK, 1975, S. 52.

30 Vgl. VODOSEK, 1975, S. 53.

Die Bücherhallenbewegung beeinflusst nicht nur das Fachdenken jener Zeit, sie findet auch in Staat und Öffentlichkeit sichtbare Resonanz. Bis 1910 werden im Deutschen Reich zahlreiche Bücherhallen/Stadtbüchereien gegründet und die Zuschüsse der Städte erhöht. Doch dann bringt der Erste Weltkrieg die nächste Zäsur und der seit dem Ende der Sozialistengesetze erkennbare Aufstieg der Bücherhallen und Arbeiterbibliotheken endet abrupt. Nach 1918 setzt sich die Krise der Volksbildungsbestrebungen fort, sie eskaliert schließlich zu einem hart ausgefochtenen Konkurrenzkampf zweier Konzeptionen, dem bibliothekarischen *Richtungsstreit*.³¹

Die wechselvolle Bibliotheksentwicklung zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg

Die Kapitulation 1918 und die Wirtschaftskrise der frühen 1920er Jahre tragen ein Übriges dazu bei, alle aufkeimenden Bibliotheksentwicklungen für Jahre zu beenden. Es ist jedoch nicht die Wirtschaftskrise allein, die zur mangelnden Förderbereitschaft der kommunalen Entscheidungsträger beiträgt, viel entscheidender führt der schwelende Richtungsstreit zu einer Lähmung und Abschottung der Bibliotheksentwicklung. Unversöhnlich stehen sich die Vertreter der *Stettiner Richtung* Erwin Ackerknechts und der *Leipziger Richtung* Walter Hofmanns gegenüber – letztlich mit der Folge, sich weit von den erfolgsversprechenden Entwicklungen in den anderen Ländern zu entfernen.³²

Worum geht es seinerzeit? Beiden bibliothekspädagogischen Richtungen gemeinsam ist die vom Denken der Zeit geprägte Vorstellung, dass die Volksbücherei mehr der geistig-seelischen Erziehung, Bildung und Entwicklung der Leser verpflichtet sei als dem praktischen Nutzen. Diese Grundhaltung führt zu einer stark wertenden Buchauswahl und einer intensiven, fast bevormundenden Leserberatung – ganz im Gegensatz zur damals harsch kritisierten „Massenausleihe“ der amerikanischen *Public Libraries* mit ihrer Auswahl nach Leserwünschen und -bedürfnissen und einer Beratung nur auf Anfrage. Nach Hofmanns Vorstellungen in Leipzig (wo er Direktor der Bücherhallen wird und die bibliothekarische Berufsausbildung begründet) soll nur das „echte, künstlerische und wertvolle Buch“ in den Bestand aufgenommen werden und die Bibliothek ihre Angebote eher kleinen, elitären Kreisen bereitstellen, eingehende Führung und Beratung durch die Bibliothekskräfte eingeschlossen.³³

Ackerknecht (Direktor der Stadtbücherei Stettin) befürwortet hingegen die Weiterentwicklung der Konzepte: Er will die Bücherhallen frei von Einengung und literarischer Bevormundung für jedermann öffnen und sieht sachliche Interessen gleichberechtigt neben Unterhaltungswünschen. Das berechtigte Bedürfnis nach

31 Vgl. VODOSEK, 1975, S. 27.

32 Vgl. PLASSMANN/SEEFELDT, 1999, S. 46.

33 Vgl. PLASSMANN/SEEFELDT, 1999, S. 47.

Kitsch- und Trivilliteratur wird akzeptiert, sofern diese als „kultureller Übergangswert“ für den Benutzer nur eine Vorstufe zum „wertvolleren“ Buch ist.³⁴

Rückblickend betrachtet, ist das damalige Auseinanderdriften beider Richtungen eine bildungs- und bibliothekspolitische Sackgasse, die mit Stagnation einhergeht. Erst gegen Ende der 1920er Jahre vollzieht sich in der Weimarer Republik mit einer erneuten Kommunalisierungswelle von Volksbüchereien ein weiterer Schub, dies auch, weil die meisten der als Träger aufgetretenen Vereine über keine ausreichenden Finanzen mehr verfügen.³⁵ Parallel breitet sich ein anderes Phänomen aus: Im Zuge der Weltwirtschaftskrise 1929 und wachsenden Arbeitslosigkeit nimmt die Zahl der gewerblich betriebenen Leihbüchereien zu, bis Mitte der 1930er Jahre treten sie sogar in Konkurrenz zu den Volksbüchereien. Vor allem sind die Verlage am flächendeckenden Auf- und Ausbau von kommerziellen Leihbüchereien interessiert, die sie als verlängerten Arm zur Vermarktung ihrer Bücher sehen. Der traditionelle Buchhandel sieht in ihnen eine ernsthafte Konkurrenz. Erst die radikale Gleichschaltungspolitik des NS-Regimes, das gleichermaßen die Bibliotheken der Arbeiterbewegung wie auch Leihbüchereien bekämpft³⁶, weil sie nur unzulänglich die Vorgaben der Reichsschrifttumskammer für deutsches Kulturgut erfüllten und „unge-sunde und volksschädigende“ Literatur anpreisen, läutet das Ende der Leihbüchereien und Arbeiterbibliotheken ein.

Die Zeit des Nationalsozialismus von 1933 bis 1945 bringt in allen Bereichen grundlegende Veränderungen. Das NS-Regime unterdrückt das Recht auf freie Meinungsäußerung und bringt für Literatur, Kunst und Kultur und alle übrigen Bereiche des öffentlichen Lebens das Ende der Freiheit. Die gesamte Verlagsproduktion wird kontrolliert, Bücher unerwünschter Autoren verboten, öffentlich verbrannt und aus den Bibliotheken entfernt, insgesamt die Büchereiarbeit komplett in den Dienst der menschenverachtenden NS-Weltanschauung gestellt. Starke Repressionen sind auch die kirchlichen Volksbüchereien ausgesetzt. Zwar erleben alle ideologiekonformen Bibliotheken dank erheblicher Zuwendungen und einheitlichen Förderrichtlinien einen gewissen Aufschwung, der jedoch schon bald durch Krieg und den Untergang des Dritten Reiches ein Ende findet.³⁷

Neuanfang der Bibliotheksentwicklung in zwei deutschen Staaten nach 1945

Der Zweite Weltkrieg verursacht nicht nur beträchtliche Schäden an Beständen und Gebäuden, seine weiteren Folgen führen mit der deutschen Trennung auch zu tief-

34 Ebd.

35 Vgl. SEEFELDT/SYRÉ, 2017, S. 16.

36 Vgl. THAUER/VODOSEK, 1990, S. 146.

37 Vgl. PLASSMANN/SEEFELDT, 1999, S. 48f.

greifenden Veränderungen der Bibliothekslandschaft in West- und Ostdeutschland.³⁸ Die wirtschaftliche Not der ersten Nachkriegsjahre trifft praktisch alle Formen von Literaturversorgung. Geboren aus der Notsituation brachliegender Städte und Gemeinden, beginnt sogar ein kurzzeitiger Aufstieg der Leihbüchereien. So gibt es 1953/54 in der Bundesrepublik rund 10.000 gewerbliche Bibliotheken, die meist als Ein-Mann-Bibliotheken von nichtausgebildetem Personal diverser Berufssparten betrieben werden.

Die Entwicklung der Volksbüchereien, die bald als *Öffentliche Büchereien/Bibliotheken* auftreten werden, verläuft seit 1949 in West und Ost für 40 Jahre auf politisch getrennten Wegen. Bis Ende der 1960er Jahre gelingt in der Bundesrepublik in Etappen der Übergang von der Literatur- und Büchereipädagogik der Thekenbücherei zur Angebotsbibliothek mit Freihandaufstellung.³⁹ Beim Bestandsaufbau tritt die stark dominierende Belletristik zugunsten der Sach- und Fachliteratur für Ausbildung, Beruf und Freizeit zurück. Für bestimmte Benutzergruppen werden Spezialabteilungen aufgebaut, Kinder- und Jugendbuchabteilungen gewinnen mit altersgerechtem Mobiliar und passender Lektüre neue Bedeutung. Mit wachsendem Wohlstand und Steueraufkommen der Kommunen kommt es in vielen Großstädten zum Aufbau von Bibliothekssystemen mit Zentralbibliothek, Zweigstellen und Fahrbibliotheken.⁴⁰

Mitte der 1970er Jahre sind in Fachkreisen die altgewohnten Vorstellungen der Institution Volksbücherei ad acta gelegt und neue Konzepte, Pläne und Standortbestimmungen der Fachverbände plädieren für die Öffentliche Bibliothek als Dienstleistungseinrichtung mit neuartiger Öffentlichkeitsarbeit, neuen Materialien, AV-Medien und Veränderungen in der Bestandserschließung und bei der Gewinnung neuer Benutzerschichten. Entscheidend tragen die *Bibliothekspläne* von 1969 und 1973 dazu bei. Auch die gemeinsam von Kommunal- und bibliothekarischen Verbandsvertretern erarbeiteten Gutachten der *Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung* (KGSt) von 1964 und 1973 fördern jene Reformen. Konzeptionell und medial erweitert, kommt es in einigen Städten zur Gründung von „Mediotheken“⁴¹ und vielerorts verbreiten sich die Ideen des Münsteraner Bibliotheksleiters Heinz Emunds, der eine nach Benutzerinteressen organisierte „Dreigeteilte Bibliothek“ präferiert.

Im Zuge der Vorstellung einer „Bibliothek in einer menschlichen Stadt“, wie sie 1971 als Idee vom Deutschen Städtetag erörtert wird – basierend auf einem „erweiterten Kulturbegriff, der sich nicht mehr auf die klassischen Bereiche wie Literatur,

38 Vgl. SEEFELDT/SYRÉ, 2017, S. 17.

39 Ebd.

40 Vgl. SEEFELDT/SYRÉ, 2017, S. 18.

41 Vgl. THAUER/VODOSEK, 1990, S. 164f.

Musik, Bildende Kunst usw. beschränkt, sondern seine kreative Gestaltung des Alltags in den Mittelpunkt rückt⁴² – sollen sich Bibliotheken zu „Kristallisationspunkten kommunaler kultureller Aktivitäten“⁴³ weiterentwickeln und sich in der Stadtteilarbeit profilieren. Die bald daraus resultierende „soziale Bibliotheksarbeit“, die sich bürgernah mit Menschen aus allen Schichten, im Besonderen den sozial schwächeren Randgruppen, beschäftigt, erfasst für zwei Jahrzehnte die Diskussion in der Berufsöffentlichkeit und führt zu zahlreichen Initiativen und Aktivitäten wie „Bücher auf Rädern“ u.a.m. Zugleich gerät jede Form von „Benutzerorientierung“ ins Zentrum des bibliothekarischen Interesses.⁴⁴

Die gut ein Jahrzehnt herrschende Aufbruchsstimmung in den 1970er Jahren wird bald durch die einsetzende Öl- und Wirtschaftskrise wieder ausgebremst. Die Finanznöte der öffentlichen Hand zwingen landesweit zur Rücknahme von fortschrittlichen Positionen und letztlich auch der Fördermittel. Die Erkenntnis, dass Bibliotheken in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nach wie vor zur finanziellen Manövriermasse des Staates zählen, prägt sich – bis heute – in die Köpfe der Bibliothekare ein und begleitet oft ihr vorsichtiges und zögerliches bibliotheks- und verbandspolitisches Handeln.

In der DDR verfolgt die Staatsführung seit 1949 das Ziel, nicht nur in größeren Städten und Landkreisen hauptamtlich geleitete Staatliche Allgemeinbibliotheken zu unterhalten, sondern jede Kommune mit einer ebenso fachlich geleiteten Öffentlichen Bibliothek (als Staatliche Bibliothek) auszustatten und so das Land mit einem flächendeckenden Bibliotheksnetz zu überziehen. Zu einer direkten Unterstellung durch ein DDR-Ministerium kommt es nicht, denn Träger bleiben die Gemeinden und Landkreise, deren Status als „örtliche Staatsorgane“ jedoch die Einhaltung zentraler Vorgaben zu garantieren hat.⁴⁵ Bis Ende der 1980er Jahre entstehen mehr als 600 ländliche Zentralbibliotheken, die für die Leseförderung bei Kindern und Jugendlichen und für die Verbreitung des Lesens als Bildungsmultiplikatoren und Orte sinnvoller Freizeitgestaltung eine nicht zu unterschätzende Bedeutung erlangen.⁴⁶

Die *Bibliotheksverordnung* von 1968, die ursprünglich ein Bibliotheksgesetz werden sollte, bestimmt mit ihren Durchführungsbestimmungen die Struktur und Arbeit der Bibliotheken in Stadt, Kreis und Land; sie enthält jedoch keine konkreten finanziellen und personellen Verpflichtungen des Staates bzw. der Gemeinden.⁴⁷ Schon in den 1970er Jahren, verstärkt noch ein Jahrzehnt später, wird erkennbar, dass „die für eine moderne Gesellschaft unerlässlichen sachorientierten Bildungsaufgaben der Bibliotheken“⁴⁸, wenn auch ideologisch stark sozialistisch gefärbt, in den Vordergrund ihrer Arbeit getreten sind. Das Bedürfnis nach Wissen und Information wird

42 THAUER/VODOSEK, 1990, S. 167.

43 Ebd.

44 Vgl. THAUER/VODOSEK, 1990, S. 168-169.

45 Vgl. PLASSMANN/SEEFELDT, 1999, S. 51.

46 Vgl. SEEFELDT/SYRÉ, 2017, S. 19.

47 Vgl. PLASSMANN/SEEFELDT, 1999, S. 53f.

48 PLASSMANN/SEEFELDT, 1999, S. 56.

mit thematischen Bestandsergänzungen in der Sach- und Fachliteratur, soweit die allgemeinen Beschränkungen es zulassen, ausgebaut. Der überraschende Fall der Berliner Mauer im Herbst 1989 und die Öffnung der Grenzen besiegeln 1990 das 40-jährige Bestehen der DDR; auch deren Bibliothekswesen steht damit vor einem gravierenden Umbruch.

Der Umbruch nach der Wiedervereinigung 1990 – mit Blick in die Gegenwart und nahe Zukunft

Die deutsche Wiedervereinigung 1990 bedeutet für das Bibliothekswesen in den fünf neu gegründeten (östlichen) Bundesländern und in Berlin einen tief greifenden Strukturwandel, vielfach sogar einen Neuanfang, der auch in den westlichen Bundesländern nicht folgenlos bleibt.⁴⁹ Stärker als die Wissenschaftlichen Bibliotheken geraten im Osten die in Trägerschaft der Kommunen entlassenen Stadtbibliotheken aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage der öffentlichen Haushalte in eine ernsthafte Krise. Vor allem die kleinen Bibliotheken auf dem Lande und die fast 3.000 haupt- und nebenberuflich geleiteten Betriebs- und Gewerkschaftsbüchereien werden geschlossen; die offenkundig betriebene *Renaissance* der früheren Arbeiterbibliotheken währte in der DDR nur wenige Jahrzehnte. Für einige Jahre schaffen neue, einmalig vom Bund geförderte Bücherbusdienste in manchen ländlichen Regionen von Sachsen bis Mecklenburg-Vorpommern einen gewissen Ausgleich. Ein rigoroser Personalabbau setzt ein, der sich an der Personalausstattung westlicher Bibliotheken orientiert. Rigoros ist auch der Austausch und Neuaufbau der Buch- und Medienbestände nach westlichen Standards. Vor allem wird in die Instandsetzung der maroden Bibliotheksgebäude investiert, bis in die Gegenwart hinein nimmt in vielen Städten und Gemeinden die Zahl der Neu- und Umbauten zu.⁵⁰

Auch in den westlichen Bundesländern haben seit 1990 zahlreiche wirtschaftlich stärkere, kultur- und bildungspolitisch interessierte Städte attraktive Neu- oder Umbauten von Bibliotheksgebäuden geschaffen. Dort wo sie entstanden sind, wächst der Zuspruch für die Bibliothek, nehmen Besucherzahlen zu, gewinnt sie als Einrichtung der Daseinsvorsorge, kommunikativer Treffpunkt, Lernort oder kulturelles Veranstaltungszentrum an Gewicht. Öffentliche Bibliotheken gewinnen und erhalten zugleich unter dem Schlagwort „Dritte Orte“ eine wichtige gesellschaftliche und soziale Verantwortung. Vielversprechende Fusionen mit Volkshochschulen, Museen, Touristeninformationsstellen oder Archiven setzen sich langsam durch. Als Bildungseinrichtungen werden sie – erstmals in fünf Landesbibliotheksgesetzen definiert – explizit anerkannt. Doch mit dem permanenten Wandel und dem rasanten Fortschreiten von Globalisierung und technischem Fortschritt verbinden die Bibliothekare auch Unsicherheiten und eine diffuse Suche nach Zukunftsfähigkeit ihrer

49 Vgl. SEEFELDT/SYRÉ, 2017, S. 19.

50 Vgl. SEEFELDT/SYRÉ, 2017, S. 21.

Einrichtungen. Was sind die richtigen Konzepte und Ideen, welche Medien und Informationswege bleiben in zehn Jahren noch relevant, wie und an welchen Orten findet in Zukunft Lesen, Lernen und Fortbildung statt? Sind Öffentliche Bibliotheken und ihre Unterhaltsträger wirtschaftlich stark genug, um in immer schnelleren Zyklen technisch, personell und inhaltlich mit den Entwicklungen Schritt zu halten?

Die fast drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung sind im öffentlichen Bibliothekssektor geprägt von konsequenter Kundenorientierung, verbunden mit einem nutzerorientierten Marketing. IT-Ausstattung und komfortable Bibliotheksverwaltungsprogramme, Internet, Web 4.0 und Social Media, neue digitale Medien und elektronische Ausleihverbände, Automatisierung und Selbstverbuchung breiten sich zügig aus. Die meisten Bibliotheken sind heute im digitalen Zeitalter angekommen und müssen es auch. Die wichtigste Herausforderung des kommenden Jahrzehnts wird die Transformation der Bibliotheken in die digitale Welt sein, somit ihr richtiges Aufstellen in einer digitalen Gesellschaft – neben ihren anderen unverzichtbaren Rollen als Treffpunkt, Lernort und Informationsanbieter.

Heute wissen wir längst: Lernen hört nach Schule, Berufsausbildung oder Studium nicht auf, ein in klar aufeinander folgenden Abschnitten verlaufender Bildungsweg wird seltener die Regel sein. Lebenslanges Lernen wird für jeden Einzelnen zur Voraussetzung werden, um seine eigenen Lebens- und Arbeitschancen verwirklichen zu können. Die Erkenntnis wächst, dass in zunehmendem Maße nur eine lebensbegleitende, kontinuierliche Fort- und Weiterbildung die Beschäftigungsfähigkeit bis zum altersbedingten Ausscheiden aus dem Berufsleben wird sichern können.⁵¹ Dies gilt für Menschen aus allen sozialen Schichten und umso mehr, je bunter, älter (und womöglich auch zahlenmäßig kleiner) die Bevölkerung im Industrie- und Dienstleistungsland Deutschland werden wird.

Dementsprechend spielen bildungs- und informationsvermittelnde Einrichtungen wie Bibliotheken mehr denn je eine zentrale Rolle. Volks- und Individualbildung im klassischen wie auch neuen Stil wird ohne modern ausgestattete Bibliotheken nur unzulänglich gelingen. Zukunftsfähig ist eine Bibliothek dann, wenn sie sich mit ihren medialen Angeboten und verschiedenartigen Serviceleistungen dem Auftrag verschreibt, Lesemotivation und Lesefähigkeit, lebenslanges Lernen und digitale Kommunikation, Medien- und IT-Kompetenz sowie methodische Fertigkeiten zum Recherchieren und kritischen Erkennen von wichtigen und unwichtigen, falschen oder gefälschten Informationen für den Einzelnen unterstützend zu vermitteln.⁵² Es ist im Zeitalter von wachsendem Populismus und Nationalstaatendenken, realen Handelskriegen und Unsicherheiten über die Folgen der Ausbreitung von künstlicher Intelligenz und Robotisierung für Bibliotheken aller Couleur keine geringere Herausforderung.

51 Vgl. STOLL, 2014, S. 22.

52 Vgl. SEEFELDT, 2014, S. 33.

Literatur

- PLASSMANN, Engelbert und Jürgen SEEFELDT, Hrsg., 1999. *Das Bibliothekswesen der Bundesrepublik Deutschland: Ein Handbuch*. 3., völlig neu bearbeitete Auflage. Wiesbaden: Harrassowitz.
- SEEFELDT, Jürgen, 2014. Strukturen und Entwicklungen des öffentlichen Bibliothekssektors in Deutschland. In: Rolf GRIEBEL, Hildegard SCHÄFFLER und Konstanze SÖLLNER, Hrsg. *Praxishandbuch Bibliotheksmanagement*. Berlin: De Gruyter, S. 17-36.
- SEEFELDT, Jürgen und Ludger SYRÉ, 2017. *Portale zu Vergangenheit und Zukunft: Bibliotheken in Deutschland*. 5. überarbeitete und erweiterte Auflage. Hildesheim: Olms.
- STOLL, Doris, 2014. Bildungschancen sind Lebenschancen: Facetten des demografischen Wandels als Herausforderung für Öffentliche Bibliotheken. In: Petra HAUKE, Hrsg. „*Challenge accepted!*“ *Bibliotheken stellen sich der Herausforderung des Demografischen Wandels*. Bad Honnef: Bock + Herchen, 2014, S. 21-32.
- THAUER, Wolfgang und Peter VODOSEK, 1990. *Geschichte der öffentlichen Bücherei in Deutschland*. 2., erweiterte Auflage. Wiesbaden: Harrassowitz.
- VODOSEK, Peter, 1975. *Arbeiterbibliothek und Öffentliche Bibliothek: Zur Geschichte ihrer Beziehungen von der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis 1933*. Berlin: dbv/AfB.
- VODOSEK, Peter, 1978. *Vorformen der Öffentlichen Bibliothek*. Wiesbaden: Harrassowitz.
- VODOSEK, Peter, Hrsg. 1985. *Auf dem Weg zur öffentlichen Literaturversorgung: Quellen und Texte zur Geschichte der Volksbibliotheken in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts*. Wiesbaden: Harrassowitz.
- WIKIPEDIA, 2018. *Arbeiterbibliothek* [online]. San Francisco, CA: Wikimedia Foundaion [Zugriff am: 05.03.2018]. Verfügbar unter: <https://de.wikipedia.org/wiki/Arbeiterbibliothek>

Die junge SPD und die Bibliotheken: Sichten aus dem „Vorwärts“ von 1891 bis 1931

Haike Meinhardt

Die Digitalisierung des Zentralorgans der SPD, des „Vorwärts“, instruktiv von Olaf Guercke in einem weiteren Beitrag dieser Festschrift aufgezeigt, ermöglicht es den bibliothekshistorisch Interessierten nun auch, einen genaueren und authentischeren Blick auf die Haltung der jungen Sozialdemokratie zu Bibliotheken zu werfen.

Bibliotheksgeschichtlich erwiesen und vielfach dargestellt ist, dass verstärkt ab dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts Bibliotheken stärker in das Bewusstsein der beginnenden Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie rückten¹. Vielfältige Bemühungen, Bibliotheken zu gründen, sind bezeugt². Die Fragestellung dieser kleinen Untersuchung ist, ob sich dieses Interesse an Bibliotheken auch widerspiegelt im „Zentralorgan“ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, als dem bedeutendsten sozialdemokratischen Pressetitel der noch jungen Sozialdemokratie und falls ja, welches Verständnis von Bibliotheken sichtbar wird. Wurden Bibliotheken bestimmte Funktionen zugeschrieben? Hat sich die junge sozialdemokratische Partei Gedanken darüber gemacht, unter welchen Voraussetzungen Bibliotheken diese Funktionen überhaupt erfüllen können? Und haben sich Interesse an und Verständnis von Bibliotheken mit den Jahrzehnten gewandelt?

¹ Vgl. dazu die Beiträge von Jürgen Seefeldt und Rüdiger Zimmermann in dieser Festschrift.
² Vgl. ebd. sowie die zahlreiche bibliothekshistorische Literatur zu diesem Aspekt.

Methodik

Nun sind das Fragen, die, sollen sie umfänglich beantwortet werden, eine umfassende Untersuchung des gesamten „Vorwärts“ erfordern würden, mithin eines Zeitschnitts von 1891 bis 1933, in dem der „Vorwärts“ als Tageszeitung wochentäglich, manchmal sogar mit einer Morgen- und einer Abendausgabe, erschien. Recherchegrundlage wären rund 200.000 Seiten und die Sichtung von 7.781 Suchergebnissen, die eine Suche nach „bibliothek*“ ergibt.

Da dies in diesem Rahmen realistisch nicht leistbar ist, wurde die Recherche stark eingegrenzt und zweigleisig vorgegangen. Um einen Eindruck davon zu erhalten, wie präsent das Thema Bibliotheken und mit welchen Aspekten im „Vorwärts“ generell ist, wurde eine Zeitschnittanalyse unternommen. Betrachtet wurde jeweils der Monat Januar, beginnend mit 1891 mit einem groben Zeitschnitt von zehn Jahren. Untersucht wurden also alle Ausgaben des Januar 1891, Januar 1901, Januar 1911, Januar 1921 und Januar 1931. Die Wahl fiel auf den Monat Januar, weil mit dem 1. Januar 1891 die erste Ausgabe des „Vorwärts“ als Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erschien – also ein eher formales Kriterium, das zugrunde gelegt wurde. Inhaltlich bot es sich an, immer denselben Monat zu untersuchen, da auch saisonale Gegebenheiten die Berichterstattung beeinflussen. So zeigte es sich, dass der Januar eines jeden neuen Jahres auch ein Monat der Rückschau auf das vergangene Jahr, der Reflexion über die Weltlage allgemein sowie der Ankündigungen bspw. von Vorhaben der Vereine und Arbeiterorganisationen ist.

Was die Häufigkeit der Berichterstattung zu Bibliotheken anbelangt, liegt der Monat Januar im Durchschnitt; in dieser Hinsicht sprach also ebenfalls nichts gegen die Wahl des ersten Monats des Jahres: Eine Stichprobenuntersuchung des gesamten Jahres 1891 nach Monatsschnitten ergab für alle Monate Treffer in 13 bis zu 20 Ausgaben³. Gesucht wurde mit „bibliothek*“, da hiermit die größten Treffermengen erzielt wurden, deutlich weniger Ergebnisse ergab die Suche bspw. mit „Bücherei“, „Volksbibliothek“, „Arbeiterbibliothek*“ bzw. „Arbeiter-Bibliothek“, „Volksbücherei“, „Lesehalle“, „Bücherhalle“ etc. Zudem zeigte sich bei Stichproben, dass die Alternativbegriffe i.R. in einem Beitrag gemeinsam mit dem Begriff „Bibliothek“ genutzt wurden. Zu jedem Treffer wurde die entsprechende Fundstelle im „Vorwärts“ dann auch in Augenschein genommen, da die Trefferlisten alleine – i.R. werden der Begriff und wenige Nachbarbegriffe angezeigt – keinen validen Rückschluss auf die inhaltliche Beschäftigung mit dem Thema Bibliothek zuließen. Insgesamt wurden im Rahmen der Zeitschnittanalyse 83 Ausgaben des „Vorwärts“ untersucht und 188 Fundstellen ausgewertet.

³ Die Anzahl der Suchergebnisse zu „bibliothek*“ im Jahr 1891 in Monatsschnitten (die Ergebnisse zeigen die Anzahl der Ausgaben an, in denen der Suchbegriff vorkommt): Januar 18, Februar 16, März 13, April 16, Mai 20, Juni 13, Juli 17, August 15, September 19, Oktober 17, November 15, Dezember 14. Sowohl diese Rechercheergebnisse sowie die im Folgenden zitierten Artikel aus dem „Vorwärts“ sind nachvollziehbar unter: BIBLIOTHEK DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, 2018. Für die weiteren Jahrgänge wurde keine weitere Untersuchung diesbezüglich mehr vorgenommen.

Zusätzlich bot es sich an, gezielt nach Beiträgen zu recherchieren, die sich etwas ausführlicher und konzeptionell mit Bibliotheken auseinandersetzen. Das erwies sich als deutlich schwieriger, da eine Suche nach Rubriken (bspw. „Soziales“) oder mit Abstandoperatoren nicht möglich ist. Die Recherche bspw. nach „Liebknecht“ und „bibliothek*“ führt nicht weiter, da beide Begriffe naturgemäß in ein und derselben Ausgabe des „Vorwärts“ häufig vorkommen (mehr als 2.000mal), allerdings ohne in einem inhaltlichen Zusammenhang zu stehen. Ähnliches gilt für „Arbeiterbildung“ und „bibliothek*“. Als zielführender erwies sich dafür die Recherche mit Konzeptbegriffen wie „Bücherhallenbewegung“ oder „Lesehallenbewegung“ und die Suche mit „Volksbibliothekar*“, „Büchereiverband“ oder „Bücherei und Bildungspflege“ (der späteren Fachzeitschrift der Volksbibliothekare), um die professionelle Perspektive auf Bibliotheken abzudecken. Auch die Suche nach Protagonisten der Bücherhallenbewegung bzw. der Volksbüchereibewegung ergab einige Treffer.

Die Funktionalitäten der Volltextsuche sind durchweg hilfreich, die mögliche Eingrenzung von Erscheinungszeiträumen oder die punktuelle tagesgenaue Recherche wurden intensiv genutzt, leider kann nicht nach Zeitungsnummern gesucht werden. In der Regel bauen sich die Images schnell auf, die Qualität der Digitalisate ist hoch und das Lesen am Bildschirm komfortabel gegeben, auch die Markierung der Suchergebnisse funktioniert nahezu reibungslos. Die Strukturansicht macht die Orientierung innerhalb einer Ausgabe und den schnellen Wechsel zwischen den Seiten möglich. Ab und an stört das automatisierte Timeout, das zudem nicht immer korrekt angezeigt wird⁴. Nicht immer ist die Suche hundertprozentig erfolgreich; der Suchbegriff „Büchereiverband“ wurde bspw. dann nicht erkannt, wenn er im Text mit einem Trennungsstrich auftrat. Dass die Suche tatsächlich keine vollständigen Ergebnisse zeitigt, zeigt sich bei Kontrollsuchen als Volltextsuche, die häufig nicht erfolgreich waren⁵. Manche Beilagen, bspw. das „Unterhaltungsblatt des Vorwärts“, konnten nicht ausselektiert werden, aber das sind Marginalien. Der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung ist für dieses Digitalisierungsprojekt sehr zu danken; selbst bei diesem kleinen Analysevorhaben zeigte sich schnell, dass überraschende „Perlen“ zutage gefördert werden und sich unzählige Anknüpfungspunkte für weitere Forschungen eröffnen.

4 Stattdessen erscheint beim Anklicken der Digitalisate eine Meldung, wonach aufgrund möglicher urheberrechtlicher Ansprüche die Seite gesperrt sei; nach der Erneuerung der Suchanfrage ist das Lesen dann jedoch problemlos möglich.

5 So findet eine Kontrollsuche den Aufsatz „Vom neuen Bildungsgedanken“ nicht, auch die Suche nach Autorennamen, bspw. Viktor Unikower, war nicht erfolgreich. Das Stöbern bleibt also wichtig.

Die Zeitschnittanalyse 1891⁶

Als zu Beginn des Januar 1891 der „Vorwärts“ erstmals als Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erschien, hatte sich die Welt für die Sozialdemokratie gerade erheblich zum Positiven gewendet. Die erste Ausgabe feiert in ihrem Rückblick auf das vergangene Jahr⁷ den Sieg über das Sozialistengesetz und die darauf folgenden Schritte bis hin zum Parteitag der Sozialdemokratie in Halle Oktober 1890, der die Reorganisation der Partei einleitete. Zu spüren sind Hoffnung, Aufbruchsstimmung und Stolz auf das, was die Sozialdemokratie im Jahr davor gegen alle Widerstände vollbracht hat; „Freiheit“ ist eines der Schlüsselwörter der ersten Ausgabe⁸.

Das Blatt ist nicht täglich gleich gegliedert, aber klar strukturiert: Das Titelblatt macht i.R. auf mit aktuellen Kommentaren zum Zeitgeschehen, also einer Meinungsseite. Auf dieser (der unteren Hälfte) beginnt auch das Feuilleton, das sich 1891 allerdings im Wesentlichen darauf beschränkt, den Roman „Bei Mama“ von Arne Garborg, einem der Hauptvertreter des norwegischen Naturalismus, abzudrucken. Darauf folgt die „Politische Übersicht“ mit Nachrichten – insbesondere die Arbeiter und Arbeiterbewegung betreffend – aus Deutschland und aller Welt, erstaunlich international ausgerichtet. Darunter aber auch Meldungen, die eher ins Lebensalltägliche oder Praktische reichen. So wird in der ersten Januarausgabe davor gewarnt, „Auswanderungs-Kompagnien“ zu vertrauen, die 5.000 Familien für die Gründung von 20 Ackerkolonien in Brasilien anwerben wollen⁹. Teils als Bestandteil der Beilage und nicht in fester Reihenfolge folgen dann Rubriken wie „Parlamentarisches“ oder „Parlamentsberichte“, „Soziale Übersicht“, „Lokales“, „Theater“, „Gerichts-Zeitung“, „Versammlungen“, „Depeschen“, „Korrespondenzen und Parteinachrichten“ sowie „Briefkasten der Redaktion“. Umfangreiche Anzeigenseiten sind ebenfalls Bestandteil jeden Blattes, darunter auch Preislisten von Lebensmitteln, günstige Angebote von Metzgereien etc.

Im gesamten Januar taucht der Begriff „bibliothek“ 51mal in 18 von 26 Ausgaben auf. In den allermeisten Fällen in der Rubrik „Versammlungen“ oder „Lokales“. Zahlreiche Einträge sind eher kürzerer Natur, häufig wird schlicht darauf verwiesen,

6 Anmerkungen zur Zitierung. 1. Aufgrund der hohen Anzahl an Zitierungen wurde darauf verzichtet, jede wörtliche Zitierung innerhalb einer Passage auszuweisen, wenn ihr die gleiche Fundstelle zugrunde liegt. Die Zitierung erfolgt dann nur einmal zu Beginn der Passage. Die nächste Zitierung markiert dann eine neue Fundstelle. 2. Die Nennung der Seitenzahl erfolgt nach der Seitenzählung, die durch das Digitalisierungsprojekt vergeben wurde. 3. Viele Fundstellen haben weder Autor noch Titel. Für die Zitierung werden dann Rubrik und die ersten Worte aufgeführt; wenn keine Rubrik erkennbar ist, nur die ersten Worte.

7 Zum neuen Jahr! *Vorwärts*. *Berliner Volksblatt, Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands*. 01.01.1891, Nr. 1, S. 1f.

8 Die Redaktion lässt die erste Ausgabe auf der Titelseite mit dem Gedicht „Freiheit“ von Leopold Jacoby beginnen. Ebd. S. 1.

9 Ebd. S. 3.

dass die Bibliotheken der Vereine den Mitgliedern zur Verfügung stehen¹⁰, die Wahl des Bibliothekars ansteht bzw. vollzogen wurde¹¹ oder gewisse Regularien (Zurückbringen der Bücher) zu beachten sind¹². Viermal wird die Gründung oder Eröffnung einer Bibliothek angekündigt, so der „Drechsler Deutschlands“¹³, des „Arbeitervereins für Johannisthal und Umgebung“¹⁴ sowie des „Verbands deutscher Mechaniker und verwandter Berufsgenossen“¹⁵ oder der „Glaser-Gesellschaft Berlins und Umgegend“¹⁶. Zweimal wird die Nutzung der Vereinsbibliotheken etwas ausführlicher dargestellt: Der „Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter und Berufsgenossen“ berichtet am 11. Januar über die steigende Frequentierung der Bibliothek, die „einen Schatz gediegener Bücher, welcher fortwährend vergrößert wird“¹⁷ enthalte und betont, dass „...die Benutzung eine unentgeltliche und jedem Kollegen als tüchtige Förderin von Bildung und Belehrung aufs Wärmste empfohlen werden kann“. Der „Gauverein Berliner Bildhauer“ zeigt auf, dass die Bibliothek 1890 1455mal benutzt wurde, vor allem „sachliche und sozialpolitische Werke“¹⁸ ausgeliehen wurden und die Bibliothek aufgrund der großen Nachfrage neben Dienstag und Donnerstag nun auch am Sonnabend geöffnet werden musste. In drei Kurzbeiträgen wird über Erwerbungen berichtet oder darüber, dass zusätzliche Mittel für Erwerbungen bereit gestellt werden¹⁹. Wenige Angaben finden sich zu Größe und Ausstattung der Bibliotheken; so ist zu erfahren, dass die Bibliothek des „Fachvereins für Schlosser und Maschinenbau-Arbeiter Berlins und Umgegend“ nun bereits 79 Bücher hat und im letzten Jahr um 11 Bücher wuchs.²⁰

Kleinere konzeptionelle Aussagen finden sich vereinzelt, so in einer kritischen Abgrenzung zu den „Volksheimen“ als „spießbürgerlichen Wohlfahrtseinrichtungen mit antisozialistischer Propaganda“²¹, in deren „Bibliotheken und Lesesälen [...]

10 Vgl. bspw. Generalversammlung des Fachvereins der Lithographie-Steinschleifer und verwandter Berufsgenossen... Ebd. 17.01.1891, Nr. 14, S. 7 oder der Freien Vereinigung der Graveure und Eisenleute. Ebd. 18.01.1891, Nr. 15, S. 8.

11 Vereinigung der Drechsler Deutschlands ... Ebd. 16.01.1891, Nr. 13, S. 8.

12 Lehrkursus der Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen ... Ebd. 20.01.1891, Nr. 16, S. 10.

13 Vereinigung der Drechsler Deutschlands ... Ebd. 09.01.1891, Nr. 7, S. 8.

14 Anzeige Große ordentliche General-Versammlung des Arbeitervereins f. Johannisthal u. Umg. Ebd. 25.01.1891, Nr. 21, S. 4.

15 Der Verband deutscher Mechaniker und Berufsgenossen ... Ebd. S. 10, 11.

16 Glaser-Gesellschaft Berlins und Umgegend ... Ebd. 28.01.1891, Nr. 23, S. 7.

17 Der Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter und Berufsgenossen. Ebd. 11.01.1891, Nr. 9, S. 9, 10.

18 Der Gauverein Berliner Bildhauer ... Ebd. 21.01.1891, Nr. 17, S. 10.

19 Kombinierte Mitgliederversammlung der Drechsler ... Ebd. 25.01.1891, Nr. 21, S. 7; Der Verband der deutschen Gold- und Silberarbeiter. Ebd. 18.01.1891, Nr. 23, S. 8; Versammlung der Freien Vereinigung der Kaufleute ... Ebd. 31.01.1891, Nr. 26, S. 8 sowie Der Fachverein der Lederarbeiter ... Ebd. S. 9.

20 Schlosser. Ebd. 25.01.1891, Nr. 21, S. 10.

21 Lokales Volksheime. Ebd. 27.01.1891, Nr. 22, S. 6.

Werke von Marx und Lassalle noch nicht gefunden worden sein, aber die Erbauungstraktätchen der sozialmonarchischen Partei und neuerdings die Bewerliteratur“, um dem Arbeiter die „Milch der frommen Denkungsart zugänglich“ zu machen. Dass Bibliotheken als Wert an sich gesehen werden, zeigt ein kritischer Bericht über den französischen Politiker Jules Simon, der in Brest eine Bibliothek geschlossen habe, „ein schändliches Benehmen²²“ ... dieses „Handlanger des Kapitalismus“.

Am 15. Januar 1891 berichtet der „Vorwärts“ auf knapp zwei Seiten über eine „imposante öffentliche Volksversammlung²³“ mit über 4.000 Teilnehmern, darunter zahlreichen Frauen (was positiv vermerkt wird), anlässlich der Gründung der „Berliner Arbeiter-Bildungsschule“. Liebknecht, der die Bildungsschule initiiert hat²⁴, hält das Hauptreferat und wird von „brausenden Hochrufen²⁵“ empfangen. Seine Forderung „Die Arbeiter müssen vor allen Dingen lernen“ und zwar so, dass sie „in moralischer wie intellektueller Hinsicht überlegen sind“, also gerade nicht beschränkt „auf die nothwendigsten Gegenstände, auf die Fächer, die für den Kampf des Tages unmittelbar nothwendig sind“, impliziert eine umfassende Ausbildung und Bildung der gesamten Persönlichkeit und als ein Instrument eben auch Bibliotheken, die diesen Bildungsauftrag ermöglichen und unterstützen²⁶. Das am gleichen Abend verabschiedete Statut der Arbeiter-Bildungsschule verpflichtet denn u.a. auch zur „Unterhaltung von Bibliotheken und Lesezimmern“, um den „Mitgliedern Gelegenheit zur Ausbildung in geistiger und gesellschaftlicher Hinsicht zu geben“.

Die Mitgliederversammlung des „Vereins der **Arbeiterinnen** an Buch- und Steindruckschnellpressen“ (Hervorhebung H. Meinhardt) am 23. Januar 1891 ist in konzeptioneller Hinsicht ebenfalls bemerkenswert: Gefordert wird ein „Zusammengehen²⁷“ „aller im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen“, um letztlich eine „Besserstellung der Verhältnisse“ zu erreichen. Da die einzelnen Branchen auf ein solches „Zusammenwirken“ vorbereitet werden müssten, wäre neben einem gemeinschaftlichen Arbeitsnachweis und einer gemeinschaftlichen Zeitung auch „die Gründung einer allgemeinen Bibliothek von großer Wichtigkeit, die den Arbeitern und Arbeiterinnen zu jeder Zeit zugänglich sein müsste ...“, um sich den Zweck eines Zusammengehens vollständig klar machen zu können“. Auch hier wird die Bibliothek funktional in den Kontext der Arbeiterinnenbildung und einer erfolgreichen Arbeiterbewegung gestellt. Die gleiche Ausgabe macht auf dem Titelblatt mit vier Spalten zur „Arbeiterschule“ auf²⁸

22 Herr Jules Simon ... Ebd. 24.01.1891, Nr. 20, S. 3.

23 Gründung der Berliner Arbeiter-Bildungsschule. Ebd. 15.01.1891, Nr. 12, S. 7.

24 Anknüpfend an seine Erfahrungen im Leipziger Arbeiter-Bildungsverein, der dem Sozialistengesetz zum Opfer fiel, und sein eigenes Lernen in Arbeiter-Bildungsvereinen ab den 1840er Jahren. Ebd. S. 8.

25 Ebd. S. 7.

26 Vgl. dazu BRÜNLE, 2010 sowie SCHROEDER, 2008.

27 Verein der Arbeiterinnen an Buch- und Steindruckschnellpressen ... In: Ebd. 23.01.1891, Nr. 19, S. 10.

28 Arbeiterschule. Ebd. S. 1, 2.

Zusammenfassend: 1891 ist die Hochzeit der Arbeitervereine; auffallend ist die ungemein enge Verbindung der Arbeiter und Handwerker zur sozialdemokratischen Partei. Das riesige Spektrum der Vereine, Verbände und Gruppierungen zeigt zwar eine zersplitterte Landschaft von Interessenvertretungen, aber sie alle inserieren, berichten, kündigen an in „ihrem“ Blatt. Die Rubrik „Versammlungen“ ist der Platz, an dem sie Öffentlichkeit und Wahrnehmung herstellen, mit ihr ist der „Vorwärts“ auch fast so etwas wie eine Stimme der vielfältigen Vereinslandschaft der Arbeiter und Handwerker. Die Versammlungsdichte und wohl auch der Organisationsgrad sind enorm, so kündigen bspw. am 24. Januar nicht weniger als 15 Zusammenschlüsse Versammlungen oder Zusammenkünfte an²⁹, darunter die Rohrleger, die Metallschleifer, die Vergolder und Goldleisten-Arbeiter, die Parquetbodenleger, der Arbeiter-Sängerbund etc. etc. Immer wieder geht es darum, auf eine „zeitgemäße Organisation“³⁰ und gegen „Zersplitterung“ hinzuwirken. Der „Vorwärts“ ist aber auch inhaltlich ganz nah an den Bedürfnissen und Problemen seiner Leser. Die ganz lebenspraktischen Konsequenzen der Welt- und Volkswirtschaft werden mit faktenreichen, nahezu populärwissenschaftlichen Beiträgen bspw. zur weltweiten Weizen-ernte³¹, zu den Teuerungen durch Lebensmittelzölle (zum Schutz der deutschen Junker) und Verbrauchssteuern³². aufgegriffen Jede Ausgabe signalisiert, dass die Sozialdemokratie ihre Klientel kennt und vertritt.

Dieses „Dransein“ spiegeln auch die kürzeren oder längeren Beiträge zu Bibliotheken wider: Bibliotheken sind von Bedeutung, sie sind selbstverständlicher Teil eines enorm spürbaren Bildungsstrebens der Arbeiter, auf sie wird vielfach verwiesen, sie sind integraler Bestandteil der organisierten Arbeiterschaft, ihre Organisation und ihre Entwicklung werden demokratisch gestaltet. Auch in ihren Begrenzungen sind sie ein Bild dieser kleinteiligen engagierten Arbeiterschaft: Die immer ehrenamtliche Betreuung wird nie infrage gestellt, die kleinen Bestände kaum thematisiert; ein professioneller, kritischer Blick, vielleicht auch der Einbezug internationaler Erfahrungen, finden nicht statt. Letztlich sind sie darauf reduziert, nützliches Buchreservoir zu sein, um grundlegende Bildungsliteratur für die Fachvereine zur Verfügung zu stellen.

Zeitschnitt 1901

Das Jahr beginnt relativ unspektakulär; der „Vorwärts“ macht am 1. Januar auf mit einem Beitrag, betitelt „Das Jahr des Zerfalls“, räsoniert über die drohenden Vorboten einer Wirtschaftskrise, auf die der Zusammenbruch der Hypothekenbanken

29 Ebd. 24.01.1891, Nr. 20, S. 8.

30 Eine öffentliche Versammlung der Stereotypen- und Galvanoplastiker. Ebd. 28.01.1891, Nr. 23, S. 7.

31 Es hilft nichts! Ebd. 03.01.1891, Nr. 2, S. 1.

32 Die Ausgabe Nr. 9 vom 11.01.1891 hat den Schwerpunkt Zölle.

einen Vorgeschmack liefere und stellt fest: „Es geht bergab mit den Unterdrückern“³³.

In struktureller Hinsicht sind die Veränderungen im „Vorwärts“ überschaubar. Das Feuilleton wurde weitgehend ausgegliedert, einen Romanabdruck, beginnend auf der Titelseite gibt es also nicht mehr. Nach der Titelseite folgen i.R. wiederum die „Politische Übersicht“, gefolgt von den Rubriken „Deutsches Reich“, „Ausland“, „Kommunales“, „Gewerkschaftliches“, „Soziales“, „Versammlungen“, „Letzte Nachrichten und Depeschen“; eine Beilage informiert über „Parteinachrichten“, dort finden sich neue Rubriken, bspw. „Aus der Frauenbewegung“. Für die Feuilleton-Interessierten gibt es nun das „Unterhaltungsblatt des Vormärz“³⁴ mit den beliebten Romanfolgen; unterrichtet wird aber auch über Musik³⁵, weitere Rubriken titeln „Aus dem Pflanzenleben“, „Aus dem Tierreiche“, „Archäologisches“, „Physikalisches“, „Technisches“, „Humoristisches“ etc.

In der Tendenz hat der „Vorwärts“, trotz Ausgliederung des Feuilletons“, zugelegt; Ausgaben von 10, 14 oder auch 20 Seiten sind keine Seltenheit. Für den Januar 1901 resultieren für die Suche nach „bibliothek*“ 66 Treffer in 21 von 26 Ausgaben.

Was für Veränderungen oder Verschiebungen im Vergleich zu 1891 sind zu erkennen? Die Analyse zeigt, dass das Vereinsleben der Arbeiterschaft nach wie vor kleinteilig, aber intakt ist und Versammlungsaktivitäten zahlreich angezeigt werden oder darüber berichtet wird. Die Bibliothek ist fast immer eine Erwähnung wert, wie vor zehn Jahren vor allem in den Rubriken „Versammlungen“ und unter „Anzeigen“. Im betrachteten Zeitraum berichten 27 Vereine bzw. Interessenvertretungen über ihre Bibliothek oder wählen einen Bibliothekar. Auch sehr kleine berufsständische Organisationen sind vertreten, so haben auch die Posamentiere ihre Bibliothek³⁶, die Möbelpolierer³⁷, die „Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche und Krawattenbranche“³⁸, die Vergolder³⁹, die Töpfer⁴⁰ und unzählige mehr. Ab und an zeigt sich, dass anstelle der zersplitterten Vereine Gewerkschaften getreten sind,

33 Das Jahr des Zerfalls. Ebd. 01.01.1901, Nr. 1, S. 1.

34 Dieses Blatt wurde in die Analyse nicht mit einbezogen.

35 Interessante Erwerbungen der Königlichen Bibliothek in Berlin werden ebenfalls angezeigt. Vgl. Die Musik-Autographensammlung Artaria. *Unterhaltungsblatt des Vorwärts*. 11.01.1901, Nr. 8, S. 3.

36 Mitgliederversammlung der Posamentiere. *Vorwärts. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands*. 27.01.1901, Nr. 23, S. 13.

37 Anzeige Verband der Möbelpolierer. Ebd. 12.01.1891, Nr. 10, S. 8.

38 Anzeige Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche und Krawattenbranche. Ebd. 27.01.1901, Nr. 23, S. 6.

39 Generalversammlung des Verbands der Vergolder. Ebd. S. 13.

40 Anzeige Centralverband der Töpfer. Ebd. 15.01.1901, Nr. 12, S. 7.

bspw. die „Gewerkschaft der Maler Berlins“⁴¹, die ebenfalls Bibliotheken unterhalten, oder lokale sozialdemokratische Wahlvereine⁴². Ein gleich mehrfaches Wiedersehen gibt es mit der „Arbeiter-Bildungsschule“, die sich offensichtlich etabliert hat und mehrfach inserierend den Beginn ihrer Kurse in Geschichte, Natur-Erkenntnis, Nationalökonomie und Redeübung anzeigt und die Benutzung der „reichhaltigen Bibliothek“⁴³ empfiehlt. Im Januar 1901 besteht sie zehn Jahre, das ist der Redaktion Anlass zu einem umfassenderen Beitrag, in dem an Liebknechts Forderung erinnert wird und auf die Bibliothek eingegangen wird, „die es im Laufe der Jahre zu einer stattlichen Bändezahl gebracht hat“⁴⁴ und es „den Teilnehmern möglich [macht], ihr Wissen nach allen Seiten zu erweitern“.

Dreimal wird in den Berichten die rege Nutzung der Bibliothek hervorgehoben, so betont die „Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands“, dass sich das „Lesebedürfnis bedeutsam gehoben“⁴⁵ habe; einmal wird eine zu geringe Inanspruchnahme beklagt⁴⁶ und ein Zusammengehen mit weiteren Vereinen angeregt. Ganz offensichtlich gewachsen sind die Bestände: Die Bibliothek der „Filiale Berlin des Centralverbands der Töpfer“ berichtet, dass aus der Bibliothek 885 Bände entliehen wurden⁴⁷ und der „Verband der Tapezierer“ teilt mit, dass 157 Personen 388 Bücher entliehen haben und der Bestand um 64 Bücher von 271 auf 385 gestiegen ist⁴⁸. Der „Verein deutscher Schuhmacher“ hat für seine Bibliothek 1900 199,60 Mark ausgegeben, bei Gesamteinnahmen von 10.426,45 Mark, die größtenteils an den Unterstützungsfonds und für streikende Kollegen verwendet wurden⁴⁹.

Dass diesen kleinen Bibliotheken in Gestalt der inzwischen leistungsfähigeren öffentlichen Bibliotheken Konkurrenz erwächst, zeigt sich erstmals in mehreren Inseraten bzw. Kurzbeiträgen in der Rubrik „Soziales“. Regelmäßig wirbt bspw. die Öffentliche Bibliothek und Lesehalle in Berlin Alexandrinenstraße für ihre „reichhaltige Bibliothek“⁵⁰ mit „410 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung“, die unentgeltlich „werktags von 5 ½ -10 Uhr abends sowie an Sonn- und Feiertagen

41 Anzeige der Generalversammlung der Gewerkschaft der Maler Berlins. Ebd. 13.01.1891, Nr. 11, S. 7.

42 Versammlungen. Rixdorf. Der hiesige sozialdemokratische Verein. „... die ziemlich reichhaltige Bibliothek wurde rege benutzt“. Ebd. S. 4.

43 Anzeige Arbeiter-Bildungsschule. Lehrplan für das 1. Quartal. Ebd. 08.01.1901, Nr. 5, S. 10.

44 Die Berliner Arbeiter-Bildungsschule in den ersten Jahren ihrer Entwicklung. Ebd. 19.01.1901, Nr. 16, S. 5.

45 Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschland, Generalversammlung. Ebd. 11.01.1901, Nr. 9, S. 6.

46 Sozialdemokratischer Verein für Johannisthal und Niederschönweida. Generalversammlung. Ebd. 10.01.1901, Nr. 7, S. 4.

47 Gewerkschaftliches. Bericht der Filiale Berlin des Centralverbands der Töpfer. Ebd. 22.01.1901, Nr. 18, S. 4.

48 Versammlungen. Verband der Tapezierer. Ebd. 23.02.1901, Nr. 19, S. 10.

49 Versammlungen. Der Verein deutscher Schuhmacher ... Ebd. 22.01.1901, Nr. 18, S. 4.

50 Anzeige Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zur unentgeltlichen Nutzung für jedermann ...“ Ebd. 05.01.1901, Nr. 4, S. 4.

von 9-1 und 3-6 Uhr“ geöffnet ist. Auch die „erste städtische Volksbibliothek in Schöneberg, verbunden mit einer öffentlichen Lesehalle...wo dreißig Personen Platz haben⁵¹“ enthält bereits 8.000 Bände.

Ein Beitrag unter „Soziales“ ist in konzeptioneller Hinsicht aufschlussreich. Berichtet wird über die Eröffnung von „Wärme- und Lesestuben⁵²“ in Dresden durch das „Gewerkschaftskartell“, da die Stadt trotz „der in diesem Winter zu erwartenden hohen Arbeitslosigkeit“ untätig geblieben war. Ein Saal für 200 Menschen wurde gemietet und „Arbeiterbibliotheken, Volksbuchhandlungen und Privatpersonen lieferten Bücher und Zeitschriften und es wurde auf diese Weise eine ganz stattliche Bibliothek für die Arbeitslosen zusammengestellt, das Lesebedürfnis kann ferner durch die Gewerkschaftsblätter ..., einige politische Zeitungen und Witzblätter befriedigt werden“.

Zusammengefasst: Der Januar des Jahres 1901 zeigt in Bezug auf Bibliotheken ein kaum gewandeltes Bild: Bibliotheken sind etablierter Bestandteil der organisierten Arbeiterbewegung, die Gründungswelle ist vorbei. Sie werden genutzt, demokratisch verwaltet, bleiben in ihrer Leistungsfähigkeit allerdings reduziert und sind kein Gegenstand einer vertieften Reflexion oder Analyse. Das zeigt sich zunehmend im Vergleich zu den städtischen öffentlichen Bibliotheken und Lesehallen, die ein Vielfaches an Beständen und ein Mehr an Aufenthaltsqualität und Zugänglichkeit offerieren und nun auch stärker im „Vorwärts“ präsent sind. Die Diskrepanz zu den kleinen Arbeiterbibliotheken ist offensichtlich. Erstmals wird zudem nicht nur die Bildungsfunktion von Bibliotheken (indirekt) thematisiert; sie werden auch als soziale Einrichtungen angesehen, insbesondere für die von Arbeitslosigkeit und Not Betroffenen. In den Vordergrund rückt insgesamt die wirtschaftliche Frage; viele Versammlungsberichte thematisieren Streikmöglichkeiten, Aussperrungen oder Branchenkonflikte⁵³, Themen wie der „Kohlewucher⁵⁴“ werden ausführlich behandelt. Bemerkenswert ist die durchgängige internationale Perspektive des „Vorwärts“, nicht nur in Bezug auf die internationale Arbeiterbewegung, sondern auch in der Analyse allgemeiner wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Erscheinungen. Den Entwicklungen des Auslands wird mindestens der gleiche Raum gegeben wie dem nationalen Zeitgeschehen; manchmal, bspw. am 4. Januar 1901, sind es vorrangig internationale Ereignisse, die sachkundig dargestellt und eingeordnet werden – von Provinzialität keine Spur⁵⁵.

51 Aus den Nachbarorten. Die erste städtische Volksbibliothek...Ebd. 22.01.1901, Nr. 18, S. 10.

52 Wärme- und Lesestuben für Arbeitslose... Ebd. 06.01.1901, Nr. 5, S. 4.

53 Bspw. Gewerkschaftliches. Bericht der Filiale Berlin des Centralverbands der Töpfer. Ebd. 22.01.1901, Nr. 18, S. 4 oder Versammlungen. Generalversammlung des deutschen Holzarbeiter-Verbands. Ebd. 17.01.1901, Nr. 14, S. 4.

54 Verschärfung des Kohlewuchers. Ebd. 04.01.1901, Nr. 3, S. 3.

55 Vgl. Das Ausland im Jahre 1900. Ebd. 04.01.1901., Nr. 3, S. 1f.

Zeitschnitt 1911

Das neue Jahr wird mit „Ein gutes Jahr, ein besseres Jahr⁵⁶“ verhalten optimistisch im „Vorwärts“ begrüßt und die Leser sogleich auf den Kampf in mehrfacher Hinsicht eingestimmt. Kampf gegen die sozialen und gesellschaftlichen Gegensätze, die in Deutschland so ausgeprägt wie in keinem anderen Land seien, Kampf gegen Untertanengeist und zunehmende Militarisierung, gegen die überbordende Macht des Staats als Herrschaftsinstrument der „regierenden Oligarchie“, dem freilich die „größte und organisierte Massenbewegung“ der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen nun entgegenstehe. Es ist noch ein reichliches Jahr bis zu den Reichstagswahlen 1912 und zwei bis zu den preußischen Landtagswahlen 1913, und auch im Blick daraufhin geht es um Kampf – für das gleiche Wahlrecht für alle und damit die Überwindung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen und die „Erringung der Demokratie im ganzen Reiche und in allen Bundesstaaten“. Eine herausragende Rolle spielen die gestiegenen Lebenshaltungskosten und insbesondere die Lebensmittelpreise: „Die hohen Zölle auf Brotgetreide ... trieben die Brotpreise stark hinauf ... auch auf dem Vieh- und Fleischmarkt [setzte] wieder eine Preistreiberei ein, die die Fleischnahrung aus ungezählten Arbeiterfamilien vollständig verbannte ...⁵⁷“.

Das Blatt selber wurde nur gering modifiziert. Der meinungsstarken Titelseite folgen nun noch mehr gemischt aktuelle Meldungen, dann die üblichen Rubriken. „Aus der Frauenbewegung“ hat nun einen festen Platz, neu hinzugekommen sind bspw. „Aus Industrie und Handel“, das „Kleine Feuilleton“, und „Jugendbewegung“. Die Zeitung nebst Beilagen ist nochmals umfangreicher geworden, eine größere Anzahl von Seiten sind reine Anzeigenseiten – was dafür spricht, dass die Leser des „Vorwärts“ über eine gewisse Kaufkraft verfügen.

In Hinblick auf Bibliotheken ist die Ausbeute mager. Ganze 36 Treffer zum Suchwort in 16 von 26 Ausgaben. Ein Befund ist offensichtlich: Es finden nicht mehr so viele Versammlungen statt wie in den analysierten Jahren zuvor⁵⁸ und damit nehmen auch die Berichte zu den Bibliotheken ab. Gemutmaßt werden kann, dass die sehr kleinteiligen Organisationen der Arbeiterschaft zugunsten größerer Zusammenschlüsse zurückgehen. Bibliotheken finden vor allem Erwähnung im Rahmen von Anzeigen, teils in Kontinuität zu 1901. Die Bibliothek in der Alexandrinenstraße Berlins, die nun in der Adalbertstraße (Straßenumbenennung?) sitzt, hat ihren Text seit zehn Jahren unverändert gelassen, auch die Öffnungszeiten sind die gleichen. Erhöht hat sich nur die Zahl der Zeitungen und Zeitschriften – auf 541⁵⁹. Ebenso inseriert nach wie vor die Arbeiter-Bildungsschule (nebst Bibliothek), die allerdings

56 Ein gutes Jahr, ein besseres Jahr. Ebd. 01.01.1911, Nr. 1, S. 1.

57 Das Wirtschaftsjahr 1910. Ebd. S. 9.

58 Ab dem Jahr 1911 hat sich die Redaktion zudem dazu entschlossen, Versammlungen nur noch einmal anzukündigen. Für den gewählten Untersuchungsansatz ist das allerdings irrelevant.

59 Anzeige Öffentliche Bibliothek und Lesehalle.... Ebd. 08.01.1911, Nr. 7, S. 18.

einen schwachen Besuch ihrer Kurse mitteilt⁶⁰. Erstmals häufen sich die Klagen über eine zu geringe Nutzung der Vereinsbibliotheken⁶¹, besonders prägnant der Befund des Wahlvereins Britz-Buckow, aus dessen Bibliothek ganze 49 Bände entliehen wurden: „Diese Zahl steht in keinem Vergleich zu der der Mitglieder und es wurde den Genossen zur Pflicht gemacht, die Bibliothek mehr in Anspruch zu nehmen⁶².“ – Ob man damit wohl Erfolg hatte? Auch eher marginale Meldungen wie die Reduzierung der Öffnungszeiten⁶³ oder dass es keine einzige Sitzung der Bibliothekskommission gegeben habe⁶⁴ sind Indikatoren für eine Entwicklung; auffallend auch, dass nicht eine Wahl zum Bibliothekar angekündigt oder darüber berichtet wird.

Wenn Bibliotheken eröffnet werden, im Januar 1911 ist das immerhin zweimal der Fall, dann sind das städtische öffentliche Bibliotheken, so in Bernau⁶⁵ und Trep-tow⁶⁶. Und wenn eine hohe Nutzung und Inanspruchnahme gemeldet werden, dann von Bibliotheken, die in Hinblick auf Größe und Ausstattung aus dem üblichen Rahmen der Vereinsbibliothek herausfallen⁶⁷. Interessant ist eine Meldung aus Niederbarnim, wo man nun darüber nachdenkt, für die Bibliotheken der Bezirksabteilungen des Wahlvereins eine „Zentralstelle“ zu schaffen⁶⁸, um die Verwaltung der inzwischen angewachsenen Bestände und die Gesamtorganisation zu vereinfachen. Dass Bibliotheken dennoch grundsätzlich wertgeschätzt werden, verdeutlicht ein Bericht zu einem Besuch einer belgischen Gewerkschaftsgruppierung in Berlin, anlässlich dessen zum Programm auch die Besichtigung des „Vorwärts“-hauses, des Pressebureaus, des Parteiarchivs, der sozialistischen Arbeiterschule, des Jugendheims, der Bibliotheken ...⁶⁹ gehört hat.

Zusammengefasst: Die Bedeutung der Arbeiter-Vereinsbibliotheken scheint im Niedergang begriffen, damit reduzieren sich die ganz praktischen Berührungspunkte zu Bibliotheken und natürlich auch die Möglichkeiten und Notwendigkeiten einer Berichterstattung. Das hat offensichtlich auch mit dem Abflauen der ersten „proletarischen“ Bildungseuphorie zu tun. Diese scheint lediglich nochmals auf in einem erinnernden Text zum Tode der Politikerin und Gewerkschafterin Emma Ihrer, die

60 Generalversammlung der Arbeiter-Bildungsschule. Ebd. 25.01.1911, Nr. 21, S. 13.

61 Viermal wird im Januar auf die ungenügende Nutzung hingewiesen.

62 Britz-Buckow-Wahlverein Generalversammlung. Ebd. 25.01.1911, Nr. 21, S. 14. In einer weiteren Fundstelle ist zu lesen, dass 1910 aus der Bibliothek des sozialdemokratischen Wahlvereins von 2890 Mitgliedern ganze 229 Bücher ausgeliehen wurden. Vorort-Nachrichten Lichtenberg. Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins. Ebd. 26.01.1911, Nr. 18, S. 18.

63 Die Bibliothek wird an den Wochentagen nur noch am Mittwoch und Freitag abends von 8-9 Uhr abends geöffnet. Parteiangelegenheiten. Oberschönweide. Ebd. 11.01.1911, Nr. 9, S. 13.

64 Vorort-Nachrichten. Trebbin-Stadtverordnetenversammlung. Ebd. 29.01.1911, Nr. 25, S. 22.

65 Bernau. Die Stadtverordnetenversammlung... Ebd. 04.01.1911, Nr. 3, S. 14.

66 Generalversammlung des Wahlvereins Trep-tow Baumschulenweg. Ebd. 24.01.1911, Nr. 20, S. 14.

67 Der Sozialdemokratische Verein für den 12. Sächsischen Reichstagswahlkreis berichtet von einem „erfreulichen Fortschritt“. Für die Bibliothek, die 7.700 Bände umfasst, wurden 1.282 Mark aufgewendet und 6.926 Bücher entliehen, bei 3882 Mitgliedern. Aus der Partei. Ebd. 29.01.1911, Nr. 25, S. 7.

68 Die Kreis-Generalversammlung von Niederbarnim. Ebd. 31.01.1911, Nr. 26, S. 9.

69 Gewerkschaftliches. Eine Studienreise belgischer Gewerkschafter nah Berlin. Ebd. 18.01.1911, Nr. 15, S. 4.

sich mit der Gründung des „Vereins zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen“ u.a. „Aufklärung... durch Beschaffung einer Bibliothek⁷⁰“ zum Ziel gesetzt hatte.

Zeitschnitt 1921

Der „Vorwärts“ titelt auf dem ersten Blatt „Das Schicksalsjahr 1921⁷¹“ und „An die Partei“. Beschworen wird, dass Deutschland nach Krieg und Novemberrevolution 1920 von inneren Unruhen weitgehend verschont blieb, dass erste Fortschritte beim Wiederaufbau erkennbar sind. Beklagt wird die Kohlenot, die hohe Arbeitslosigkeit, die Ernährungskatastrophe, gefordert werden höhere Steuern für Besizende, die Sozialisierung des Kohlebergbaus, das Vorgehen gegen Preiswucher etc. etc. Das alles überwölbende Thema des Januar 1921 aber sind die Versailler Verträge. Fast täglich wird der Leser des „Vorwärts“ damit konfrontiert, wie sich die Forderungen der Entete in astronomische Höhen schrauben⁷², wie machtlos die deutschen Unterhändler sind, wie zerstritten die Entete, wie radikal die Drohgebärden: Besetzung des Ruhrgebietes, sollte Deutschland diesen Forderungen nicht nachkommen⁷³. Der „Vorwärts“ spart nicht mit Kritik und führt prominente Volkswirte (Keynes!!) als Zeugen für die Undurchführbarkeit der Sieger-Pläne an⁷⁴, die Deutschland 42-jährige Reparationszahlungen abnötigen wollen. Ein weiteres Thema ist die fortdauernde Teuerung – verglichen mit vor dem Krieg um das 8-fache⁷⁵. Den Lesern des „Vorwärts“, so viel kann gesagt werden, muss angst und bange beim täglichen Blick in die Nachrichten geworden sein.

Und noch etwas bewegt die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften: Es ist der Kampf gegen die Spaltung der Arbeiterbewegung⁷⁶ und damit die kommunistische Partei: „Sturmriemen unters Kinn⁷⁷“ ist ein Beitrag überschrieben. Die Kommunisten werden als „große Gefahr“, als „Schädlinge⁷⁸“, denen härteste Gegenwehr entgeggebracht werden müsse, angesehen.

Die Rubrizierung hat sich verändert, das Blatt ist gröber strukturiert; eine „politische Übersicht“ gibt es nicht mehr. Dafür viele Einzelmeldungen und Rubriken wie „Groß-Berlin“, „Groß-Berliner Parteinachrichten“, „Wirtschaft“, „Soziales“, „Gewerkschaftliches“, „Aus Industrie und Technik“, „Aus aller Welt“. Der Fokus ist ein wesentlich nationalerer als in den Zeitschnitten zuvor.

70 Emma Ihrer gestorben. Ebd. 10.01.1911, Nr. 8, S. 9.

71 Das Schicksalsjahr 1921. An die Partei. Ebd. 01.01.1921, Nr. 1, S. 1.

72 Die fünf Jahresraten. Ebd. 21.01.1921, Nr. 34, S. 1.

73 Das teure Brot. Ebd. 26.01.1921, Nr. 41, S. 1.

74 Einigungsversuch in Paris. Ebd. 29.01.1921, Nr. 47, S. 1.

75 Das Existenzminimum ... Ebd. 08.01.1911, Nr. 11, S. 2; sichtbar auch an den rasant gestiegenen Preisen in den Anzeigen und dem Anwerben von billigen Waren.

76 Vertrauen in die Zukunft. Ebd. 05.01.1921, Nr. 5, S. 7.

77 Sturmriemen unters Kinn. Ebd. 21.01.1921, Nr. 34, S. 1.

78 Ebd.

Und Bibliotheken? Die Zeiten sind nicht danach. Im ganzen Januar führt das Suchwort „bibliothek*“ zu ganzen 15 Treffern in 12 von 50 Ausgaben. Meistens geht es um Anzeigen für den Kauf oder Verkauf von Bibliotheken oder um ein Theaterstück „Der Bibliothekar“⁷⁹. Zweimal wird auf die Notlage (und Notgemeinschaft) der deutschen Wissenschaft verwiesen und darauf, „daß ... Bibliotheken und Forschungsinstitute dem wissenschaftlichen Fortschritt zu dienen nicht mehr in der Lage sind.“⁸⁰ Hilfe kommt dann übrigens aus Dänemark: „Bücher und Zeitschriften, die seit Januar 1919 erschienen sind, werden den Hauptbibliotheken in Deutschland... als Geschenk übergeben“⁸¹.

Zusammengefasst: Bildung und Bibliotheken sind kein Thema und wenn, dann im Kontext der Kriegsfolgen. Es drücken ganz andere Nöte und Sorgen. Das Vereinswesen und mit ihm die Arbeiter-Vereinsbibliotheken scheint vollkommen darnieder zu liegen.

Zeitschnitt 1931

„Zu neuen Ufern“⁸² will der „Vorwärts“ am 31. Januar 1931 aufbrechen, „Weltwirtschaft / Weltchicksal.“ Ist der Beitrag überschrieben, der nichts anderes als eine globale Regulierung der Weltwirtschaft durch den „entstehenden Völkerbund“ fordert, eine „sozialistische Weltwirtschaftspolitik“ und aus heutiger Sicht ungemein aktuell anmutet. Und dann geht es bereits um die „Verteidigung der Republik“, um „Hitlers Bürgerkriegsarmee“, und um die notwendige Stärkung der SPD – „Wo bleibt der zweite Mann?“. Und „Überall Nazi-terror“⁸³...

Das Blatt hat sich gänzlich verändert, eine Rubrizierung ist nicht mehr erkennbar. Meldungen, Kommentare, Reden in relativ ungeordneter Reihenfolge.

20 Treffer in 14 von 52 Ausgaben findet die Suche. Kaum etwas davon ist von Belang. Einmal wird das moderne Zuchthaus von Celle – ein für diese Zeit humanes Gefängnis – kurz vorgestellt und auf die Bibliothek verwiesen⁸⁴. Einmal wird Trotzki als Zeuge eines kommunistischen Zweiges zitiert, bei dem ein Umdenken in die Richtung eingesetzt habe, das, was die Arbeiterschaft bereits aufgebaut hat, darunter Gewerkschaften, Zeitungen, Druckereien, Heime und Bibliotheken, zu verteidigen⁸⁵ (und nicht aus blindem Hass gegen die Sozialdemokratie zu zerstören – Anm. HM). Hier zeigt sich nochmals, dass die Bibliotheken der Arbeiterbewegung als Errungenschaft und wenn man so will wichtige Infrastruktur, analog etwa zu Schulen oder Druckereien, angesehen werden.

79 Anzeige. Ebd. 26.01.1921, Nr. 41, S. 6.

80 Notruf der deutschen Wissenschaft. Ebd. 08.01.1921, Nr. 11, S. 4.

81 Dänische Hilfe für die deutsche Wissenschaft. Ebd. 21.01.1921, Nr. 34, S. 2.

82 Zu neuen Ufern! Ebd. 01.01.1931, Nr. 1, S. 1.

83 Überall Nazi-Terror. Ebd. 02.01.1931, Nr. 2, S. 2.

84 Im Zuchthaus von Celle. Ebd. 17.01.1931, Nr. 28, S. 5.

85 Totenwacht. Ebd. 04.01.1931, Nr. 5, S. 1.

In eine andere Richtung weist ein recht umfangreicher Beitrag, der aus bibliotheksprofessioneller Feder stammen muss: Ein gewisser Viktor Unikower⁸⁶ nimmt die Überlastung der Berliner Volksbüchereien durch einen stetig wachsenden und kaum noch zu beherrschenden Andrang zum Anlass, um organisatorische Veränderungen vorzuschlagen. So, die Erledigung gewisser ausleihtechnischer Arbeiten (Quittungszettel, Leihhefteintragung) an den Leser zu delegieren und in räumlicher Hinsicht für mehr Dezentralität und Nähe durch die Schaffung freundlicher „Parkbüchereien“ zu sorgen. Dann, so sein Plädoyer, könnten sich auch die Bibliothekare wieder ihrer ureigensten Aufgabe, nämlich der Leseberatung und der volksbildnerischen Arbeit, widmen⁸⁷.

Zusammengefasst: Bibliotheken sind nicht gänzlich außen vor, trotz der die Sozialdemokratie stark herausfordernden Ereignisse und Geschehnisse. Über Vereins- und Arbeiterbibliotheken ist nichts mehr zu erfahren. Interessant ist, dass der „Vorwärts“ dem Randthema Bibliothek eine knappe Seite einräumt, wenn es um konkrete inhaltliche Überlegungen geht.

Die gezielte inhaltliche und Personen-Recherche

Die Recherche nach den Protagonisten der Bücherhallenbewegung⁸⁸ bzw. der Volksbibliothekentwicklung ist in Teilen aufschlussreich. Es gibt Treffer bspw. zu Friedrich Raumer⁸⁹, Constantin Nörrenberg, Erwin Ackerknecht⁹⁰, Paul Ladewig, Gottlieb Fritz⁹¹ und Walter Hofmann, aber die Einträge sind i.R. nachrichtlicher Natur oder überschneiden sich mit Suchergebnissen zu Schlüsselwörtern. In der Rückschau interessant ist, dass Nörrenberg auf einer Versammlung der Comenius-Gesellschaft die aufklärende und bildende Wirkung von gut ausgestatteten Bücherhallen als ein Mittel gegen die immer stärker werdende Beeinflussung des Volkes durch die „Parteipresse“ propagiert⁹² und im Oktober des gleichen Jahres in der Kieler Stadtversammlung auf Sympathie für die Errichtung einer „Bücherhalle“ stößt⁹³. Der Leser erfährt bspw., dass Ladewig im „Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht“ über „Die öffentliche Bücherei“ spricht⁹⁴ und sie in Beziehung setzt zur

86 1884 in Posen geboren, 1940 in Berlin-Wedding gestorben.

87 Vgl. UNIKOWER, Viktor: Schranken zwischen Buch und Leser. Müssen sie bestehen? – Nein! – Umgestaltung der Volksbüchereien. Ebd. 16.01.1931, Nr. 25, S. 7.

88 In diesem Rahmen konnte die Recherche nicht alle Vertreter berücksichtigen.

89 Vgl. 75 Jahre Volksbibliotheken. Ebd. 01.08.1925, Nr. 359, S. 6.

90 Ist offensichtlich sehr medienskeptisch und weist auf die Gefahren des Unterhaltungsrundfunks hin. Unterhaltungsroundfunk und Bildungspflege. Ebd. 15.01.1924, Nr. 162, S. 2.

91 Die Stadtbibliothek unter neuer Leitung. Ebd. 12.01.1924, Nr. 19, S.6 sowie Zum Neuaufbau der Stadtbücherei. Professor Fritz 30 Jahre im Dienste der Stadt. Ebd. 23.07.1930, Nr. 339, S. 7. Hier eine kurze Würdigung seines Wirkens in Hamburg und Berlin.

92 Kunst und Wissenschaft. Pädagogische Umsturzbekämpfung. Ebd. 28.05.1896, Nr. 122, S. 6f.

93 Vgl. Soziales. Die Errichtung einer öffentlichen Lesehalle. Ebd. 16.10.1896, Nr. 243, S. 4.

94 Öffentliche Büchereien. Ebd. 13.01.1915, Nr. 43, S. 1.

Entwicklung der amerikanischen Öffentlichen Bibliotheken. 1923 geht ein Dr. M. auf eine Schrift von Ladewig ein⁹⁵, in der dieser ausführliche statistische Vergleiche zwischen den New Yorker und Berliner Bibliotheken zieht und konstatiert in zwei Kolumnen die Zurückgebliebenheit der deutschen öffentlichen Bibliotheken. Walter Hofmann findet häufiger Erwähnung in Kurznachrichten zum deutschen Zentralinstitut für volkstümliches Büchereiwesen⁹⁶; 1931 wird seine „Die Lektüre der Frau“ kurz rezensiert und die Konsequenzen für die Buchauswahl der Öffentlichen Bibliotheken werden knapp skizziert⁹⁷. In der Regel finden sich aber keine umfangreicheren inhaltlichen Beiträge.

Die Recherche nach Schlüsselbegriffen der Lesehallenbewegung fördert für den „Vorwärts“ nicht viele, aber einige aussagekräftige Ergebnisse zutage, insbesondere bei der Recherche nach „Volksbibliothekar*“ sowie „Büchereiverband“. Zu konstatieren sind Treffer, die eher nachrichtlichen Wert haben⁹⁸. So wird über die „Erste Tagung der deutschen Volksbibliothekare“ und die Gründung des „Büchereiverbands“ berichtet⁹⁹. Im Jahr darauf wird erneut die Tagung des „Büchereiverbands“ vermerkt, nun kommen auch inhaltliche Gesichtspunkte zur Sprache. Betont wird, dass mit dem Büchereiverband „der Gedanke des Zusammenschlusses aller deutschen Volksbibliothekare ohne Unterschied ihrer büchereipolitischen Richtung¹⁰⁰“ verwirklicht wurde. Relativ ausführlich wird darauf eingegangen, dass der Verband den Zweck verfolge „die Selbständigkeit des volksbibliothekarischen Berufes zu fördern und der Bedeutung der volkstümlichen Bücherei Anerkennung zu verschaffen, sowie durch Reich, Länder und Gemeinden ihre Förderung zu betreiben“. Hervorgehoben wird, dass der Verband „mit Nachdruck für den Gedanken der Zentral- und Beratungsstellen für das volkstümliche Büchereiwesen“ eintrete „ohne dabei aber im Dienste einer der bestehenden Richtungen zu arbeiten“. Hier klingt ganz deutlich der Richtungsstreit an, der das volksbibliothekarische Lager so tief gespalten hat. Interessant ist, dass Gottlieb Fritz und Walter Hofmann gemeinsam(!) Thesen zur Ausbildung der Volksbibliothekare zur Abstimmung stellen, in welchen sie sich für die „grundsätzliche Trennung der volksbibliothekarischen Ausbildung von der Vorbereitung für den Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken“ aussprechen und die „einstimmig angenommen“ werden.

Einen etwas längeren Artikel ist dem „Vorwärts“ auch die Gebührenfrage der Volksbibliotheken wert. Im Juli 1921 wird über die Erhöhung der „Eintrittsgelder¹⁰¹“ und „Leihgebühren“ für die Berliner Volksbibliotheken berichtet, sie sollen

95 Öffentliche Büchereien. New York über Berlin. Ebd. 06.04.1923, Nr. 159, S. 2.

96 Die deutsche Zentralstelle für volkstümliches Büchereiwesen. Ebd. 23.12.1921, Nr. 605, S. 2.

97 Vgl. WEINBERG, S. Die Lektüre der Frau. Ebd. 30.07.1931, Nr. 352, S. 5.

98 Führerkursus für Volksbibliothekare. Ebd., 10.05.1921, Nr. 217, S. 2, hier wird auch auf die „Zentralstelle“ eingegangen und den Volksbibliothekaren angeraten, durch den Kursus die „Verwaltungsformen und Arbeitsmethoden der neuen volksbibliothekarischen Schule“ kennenzulernen.

99 Erste Tagung der deutschen Volksbibliothekare. Ebd. 25.09.1921, Nr. 453, S. 19.

100 Tagung des deutschen Büchereiverbandes. Ebd. 17.07.1922, Nr. 333, S. 2.

101 Müssen die Eintrittsgelder der Volksbibliotheken erhöht werden? Ebd. 05.07.1921, Nr. 311, S. 2.

bei Neueintragung pauschal auf 10 Mark sowie auf 10 Pfennig pro entliehenem Buch steigen – ein Ansinnen, dass die Volksbibliothekare „mit Entrüstung“ als prohibitiv und viel zu hoch zurückweisen.

Knapp zwei Kolumnen nehmen im August 1924 im „Vorwärts“ eine Betrachtung des dänischen Volksbüchereiwesens – im Kontrast zum deutschen – in Anspruch¹⁰². Ein sehr detaillierter und kundiger Beitrag offensichtlich aus der Redaktion selbst (keine Namenskennzeichnung), der das Wirken Steenbergs¹⁰³ für die Entwicklung der dänischen Volksbüchereien würdigt und die Entwicklungsschritte (Gründung des Büchereiverbandes, Einrichtung von Zentralbüchereien) bis hin zum dänischen Bibliotheksgesetz 1920 nachzeichnet.

Im Jahr 1925 blicken die Berliner Volksbibliotheken auf ein 75-jähriges Bestehen, das im „Vorwärts“ gewürdigt und nachgezeichnet wird – angefangen von Friedrich von Raumers Initiative über die Lesehallenbewegung bis hin zum Aufbau des Netzes der Volksbibliotheken mit einer Zentralstelle, die nunmehr 230.000 Bände beherbergt, ein rege Inanspruchnahme erfährt (70.000 Leser mit 178.000 Ausleihen) und „20 Volksbüchereien, 11 Lesehallen und 6 Kinderlesehallen¹⁰⁴“ betreut. Auch dies ist offensichtlich ein Beitrag der Redaktion selbst.

1927 erscheint von Hans Hofmann „Der Volksbibliothekar“, eine Schrift, die im Wesentlichen die konzeptionellen Ansätze von Walter Hofmann aufnimmt. Sie wird mit einer unkritisch begeisterten Darstellung der entscheidenden Positionen (eine Rezension ist dies eher nicht) im „Vorwärts“ von einem H. Becker gewürdigt, der sich dafür ausspricht, dass „die volkstümliche Bücherei zu einer öffentlichen Bildungsanstalt im neuen Sinne¹⁰⁵“ werden müsse und sich damit in die Bestrebungen des preußischen Unterrichtsministeriums einbetten könne. „Selbstverständlicher Ausgangspunkt“ sei dafür, „daß wir a l l e Volk sind, und daß es für uns kein größeres geistiges Glück gibt, als in nahe Berührung zu kommen mit den tragenden Kräften unseres Volkslebens, wie sie sich in unserer geistigen und sittlichen Kultur und insbesondere im d e u t s c h e n S c h r i f t u m ausgeprägt haben.“ Befremdlich, dass der „Vorwärts“ diesen in Tonart und Sprache schon deutlich völkisch angehauchten Beitrag veröffentlicht.

Schlussbetrachtung

Es ist im Ganzen erstaunlich, wie durchgängig im „Vorwärts“ Bibliotheken präsent sind – allerdings mit abnehmender Tendenz was die Häufigkeit der Erwähnungen

102 Die Volksbüchereien in Dänemark. In: Ebd. 01.08.1924, Nr. 359, S. 2.

103 Andreas Schack Steenberg, 1845-1929, einer der ersten dänischen Bibliothekspioniere, der Politiker für seine Ideen begeistern konnte und bspw. auch die bibliothekarische Ausbildung erreichte. Vgl. Om bibliotekshistorie.dk. A.A. Steenberg [online]. Verfügbar unter: <http://www.bibliotekshistorie.dk/ASSteenberg.htm> [Zugriff am: 14.08.2018]

104 75 Jahre Volksbibliotheken. Ebd. 01.08.1925, Nr. 359, S. 6.

105 Vgl. BECKER, H.: Vom neuen Bildungsgedanken. Volksbibliotheken und volksbibliothekarischer Beruf. Ebd. 25.11.1927, Nr. 558, S. 7.

angeht. Insgesamt wurden 188 Zeit-Fundstellen gesichtet, von 51 Januar 1891, über 66 Januar 1901, 36 Januar 1911, 15 Januar 1921 und 20 Januar 1931. Ungemein zahlreich sind die nachrichtlichen oder eher kleinteilig operativen Erwähnungen von Bibliotheken, vor allem zur Hochzeit der kleinen Vereinsbibliotheken der Arbeiter, Gewerkschafter, Wahlvereine – also der Arbeiterbibliotheken. Sie zeigen an, welche gleichberechtigte und gleichwertige Rolle Bibliotheken im Kontext der Arbeiterbildung hatten, sie scheinen den Protagonisten der Arbeiterbewegung genauso unverzichtbar dazu zu gehören wie etwa die Arbeiter-Bildungsschule, Arbeitsnachweise, Druckereien oder ähnliches. Mit dem Abflauen dieser Bewegung geht die Anzahl der Bibliotheksnachrichten dann deutlich zurück. Dieser Befund stimmt in der Tendenz mit anderen bibliothekshistorischen Forschungen zwar überein¹⁰⁶, scheint sich allerdings im „Vorwärts“ deutlich früher anzukündigen, bedenkt man, dass bspw. noch 1910 der „Kleine Leitfaden für Arbeiterbibliotheken¹⁰⁷“ erschien, es mit dem „Der Bibliothekar¹⁰⁸“ ab 1909 ein Hausorgan der Arbeiterbibliothekare gab und 1925/26 sogar kurzzeitig die Zeitschrift „Der Arbeiterbibliothekar¹⁰⁹“ publiziert wurde.

In inhaltlicher Hinsicht ist die Funktion der Vereins- und Arbeiterbibliotheken – wie sie aus dem „Vorwärts“ sichtbar wird – schnell umrissen. Sie sind eines der zentralen Bildungsreservoirs, um den Kampf der Arbeiterschaft für eine umfassende Bildung, und zwar insbesondere auch auf wirtschaftlichen Gebieten (Nationalökonomie), allgemeiner Bildung und diversen einschlägigen Qualifikationen der Fachvereine zu unterstützen, mit der letztlich eine Besserstellung der Arbeiterklasse erreicht werden soll. Daneben gehören die gesellschafts- und sozialpolitischen Publikationen, auch Gewerkschaftsschriften, in die ansonsten meist bescheidenen und vom Umfang her geringen Bestände – Marx, Lasalle und die Gewerkschaftsblätter werden ja sogar im „Vorwärts“ erwähnt. Was ihre Organisation anbelangt, so scheint der Grad an Professionalität sehr gering gewesen zu sein. Immerhin war die Verantwortung klar geregelt und wurde demokratisch exekutiert: unzählige Wahlen von Bibliothekaren oder Bibliothekskommissionen werden angezeigt. In puncto Finanzierung zeigen die Mitteilungen, dass den Bibliotheken nur äußerst geringe Mittel zur Verfügung standen, die begrenzten Finanzen wurden dann doch prioritär bspw. für die Unterstützung in Not Geratener oder für Streikende verausgabt. Was kaum zu notieren ist, das ist eine kritische Auseinandersetzung mit den Arbeiterbibliotheken im „Vorwärts“; auch eine Entwicklung scheint nicht stattzufinden – was sich letztlich dann auch in abnehmender Nutzung zeigt.

Zu konstatieren ist aber auch, dass Bibliotheken generell im „Vorwärts“ mit großer Sympathie begegnet wird und die Beiträge auch ein Stück Bibliotheksentwicklung nachzeichnen. Mögen die Kurznachrichten zu den Arbeiterbibliotheken auch

106 Vgl. SCHROEDER, 2008.

107 Ebd. S. 8.

108 Ebd. S. 21.

109 Ebd. S. 14.

abnehmen, so haben Bibliotheken – nun sind es vorwiegend die städtischen und Volksbibliotheken – dennoch ihren Platz, im Rahmen von Anzeigen und Berichten. Nachrichtlich tauchen diese, ihre Protagonisten, auch ihre Einrichtungen (wie das Leipziger Zentralinstitut) immer wieder auf. Der „Vorwärts“ räumt aber auch Autoren, die sich intensiver mit, teils fachlichen, Fragen der öffentlichen Bibliotheken befassen, immer wieder Raum ein. Auch die Redaktion selber greift mehrfach zur Feder und weitet den Blick über das deutsche Volksbibliothekswesen hinaus. Bibliotheken werden ganz offensichtlich in großer Kontinuität als Verbündete im Kampf für die Emanzipation der Arbeiterschaft, auch als Einrichtungen, die in soziale Not Geratene unterstützen, angesehen und erfahren durch die Sozialdemokratie selbst öffentlichkeitswirksame Wahrnehmung und Unterstützung. Auch Randthemen, Ausbildungsfragen, Fragen der Organisation der Volksbibliothekare, Strukturfragen, Überlegungen zur Arbeitsorganisation, werden – wenn auch mit zeitlichen Abständen – behandelt. Kurz: Die Verbundenheit der Sozialdemokratie mit Bibliotheken ist eine intensive und bleibt über die Jahrzehnte hin intakt.

Literatur

- BIBLIOTHEK DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, 2018. *Historische Presse der deutschen Sozialdemokratie online* [online]. *Vorwärts – Freiheit – Der Sozialdemokrat – Berliner Volksblatt – Neuer Vorwärts (und viele weitere Titel)*. Bonn: Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung [Zugriff am: 14. August 2018]. Verfügbar unter: <http://fes.imageware.de/fes/web/>
- BRÜNLE, Elke, 2010. *Bibliotheken von Arbeiterbildungsvereinen im Königreich Württemberg 1848-1918*. Wiesbaden: Harrassowitz.
- SCHROEDER, Werner, 2008. „*Arbeiter, fördert und unterstützt weiter eure geistige Rüstkammer*“: *Aufbau, Bedeutung und Zerschlagung der Arbeiterbibliotheken in Thüringen* [online]. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung [Zugriff am: 14.08.2018]. Verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/06299.pdf>

Die Rolle der deutschen Gewerkschaften beim Aufbau der Deutschen Bücherei in Leipzig

Rüdiger Zimmermann

1909 besprach der russische Sozialdemokrat N. Rjasanov unter seinem allseits bekannten Kürzel N.R. in der sozialdemokratischen Theoriezeitschrift „Die Neue Zeit“ das Werk: „Die Königliche Bibliothek zu Berlin, ihre Geschichte und ihre Organisation“. Der sprachkundige russische Universalgelehrte, einer der besten Kenner sozialwissenschaftlicher Literatur weltweit, fällte über die größte deutsche Bibliothek ein vernichtendes Urteil:

Es genügt, das kürzlich erschienene „Systematische Verzeichnis“ der periodischen Ausgaben der Königlichen Bibliothek zu durchblättern, um zu bemerken, daß die Königliche Bibliothek die besten der in Frankreich, England und Amerika herausgegebenen ökonomischen Zeitschriften nicht erhält. Jeder Ausländer, der die Erwartung hegt, in der größten Bücherei des „klassischen Landes der Sozialgesetzgebung“ eine vollständige Sammlung der einschlägigen Literatur, wenn auch nur in deutscher Sprache zu finden, würde sich bitter enttäuscht sehen. In der Bibliothek fehlt zum Beispiel fast gänzlich die ungeheure gewerkschaftliche und sozialdemokratische Literatur.¹

Den selbstgestellten Anspruch – so Rjasanov – als deutsche Nationalbibliothek zu fungieren, verfehle die Berliner Bibliothek deutlich. Nun war die Königliche Biblio-

1 RJASANOV, 1909, S. 883f.

thek gewiss keine Ausnahme. Durchweg dominierten deutschnational und konservativ orientierte Bibliotheksdirektoren die Spitzenpositionen im deutschen Bibliothekswesen. Gewerkschaftsliteratur und Literatur aus den Arbeiter- und Arbeiterkulturorganisationen standen nicht im Fokus der konservativen Bibliothekselite.²

Dennoch gelangten auch Primärpublikationen der Arbeiterbewegung im Kaiserreich und der Weimarer Republik in den Bestand großer staatlicher Bibliotheken. Diese Erwerbungen waren allerdings in der Regel nicht dem Wunsch entsprungen, wichtige Dokumente für die künftige sozialwissenschaftliche und historische Forschung zu sammeln und zu erschließen. Die Bestände erreichten die Bibliotheken auf der Basis regionaler Pflichtexemplarrechte. Allerdings: Die Pflichtexemplarlandschaft glich einem Flickenteppich. Einige Länder hatten die Ablieferungspflicht gänzlich aufgehoben.

Allerdings: Die Vordenkerinnen und Vordenker der deutschen Arbeiterbewegung kannten die Weigerung der bürgerlichen Eliten, die Literatur des 4. Standes zu sammeln und zu erschließen. Seit den 1870er Jahren herrschte in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften Konsens darüber, Bibliotheken als „intellektuelle Rüstkammern“ aufzubauen. Bei ihrem Aufbau spielten Gewerkschaften die Hauptrolle. Der flächendeckende Aufbau erfolgte zunächst dezentral und wurde von den Einzelgewerkschaften (in der Regel Berufsgewerkschaften) getragen.

Die Etablierung großer Arbeiterbibliotheken zählte zu den großen kulturellen Gesamtleistungen der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Eine führende Rolle nahmen die Gewerkschaften im graphischen Gewerbe ein. Für die späte Weimarer Republik finden wir belastbare empirische Daten: 1928 wurden in Deutschland 1.355 Gewerkschaftsbibliotheken mit 847.999 Bänden gezählt.³ Es war also nicht so, dass die Primärquellen der deutschen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland nicht vorhanden waren. Nur: Sie waren dezentral unter der Leitung ehrenamtlicher Kräfte verstreut, sie waren zentral bibliographisch nicht nachgewiesen und einer reichsweiten überregionalen Nutzung entzogen.

Licht im Tunnel: Die Gründung der Deutschen Bücherei

Regelrecht elektrisiert reagierte die Gewerkschafts- und Arbeiterpresse als sich abzeichnete, dass die mit Unterstützung des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler, des Landes Sachsen und der Stadt Leipzig ins Auge gefasste Gründung der Deutschen Bücherei (künftig DB abgekürzt) das gesamte nationale Schrifttum seit dem 01.01.1913 sammeln und erschließen sollte. Vor allem in der Gewerkschaftspresse finden sich viele aufmunternde Worte, das neue Leipziger Institut mit eigenen Print-

² Ausführlicher wird der Aspekt in dem Abschlussbericht eines Digitalisierungsprojektes an die Hans-Böckler-Stiftung erläutert. Vgl. ZIMMERMANN, 2010, S. 9f.

³ Vgl. BRAUN, 1998, S. 8.

erzeugnissen zu unterstützen. Keine Überraschung: An der Spitze der Sympathisanten stand der Verband der Deutschen Buchdrucker.⁴

Im sächsischen Parlament unterstützte die SPD-Fraktion das Projekt vorbehaltlos.⁵ Allerdings ließ es die linkssozialistische „Leipziger Volkszeitung“ bei der Grundsteinlegung nicht an polemischen Spitzen fehlen, die sich vor allem gegen den sächsischen Monarchen richteten: „Die Gründung hat also die größte kulturelle Bedeutung. Da sie auch ganz unabhängig von fürstlicher Protektion bestehen könnte, läge eigentlich kein Anlaß vor, in solch unwürdiger Schweifwedelei vor Friedrich August zu kriechen, wie es bei dieser Grundsteinlegung tatsächlich geschehen ist.“⁶ Die Polemik hinderte die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung nicht, am Aufbau der Nationalbibliothek tatkräftig mitzuwirken. Das war nicht untypisch.

Für die Bereitschaft der deutschen Organisationen der Arbeiter- und Gewerkschaftsorganisationen, ihre monographischen und periodischen Publikationen regelmäßig an die DB nach Leipzig abzuliefern, war das aktive Handeln des Nestors des sozialistischen Verlagsbuchhandels Johann Heinrich Wilhelm Dietz von ganz besonderer Bedeutung. Dietz, den alle Welt nur mit dem Vornamenskürzel J.H.W. kannte, hatte unter dem Sozialistengesetz den zentralen Parteiverlag der deutschen Sozialdemokratie im liberalen Stuttgart zu neuer Blüte gebracht. Der Verlag gehörte 1912 bereits der SPD, trug aber immer noch Dietz' Namen.

Nach Stuttgart ging 1912 nun auch die erste Erwerbungsreise des 1. Vorsitzenden der deutschen Buchhändler Karl Siegismund und seines Stellvertreters Arthur Meiner. Nicht zu Unrecht erhofften sich die beiden Repräsentanten besonders viel Rückenwind für ihr Projekt aus Deutschlands Südwesten.⁷ Bei J.H.W. Dietz rannten die beiden Verlagsbuchhändler in Stuttgart regelrecht offene Türen ein, obgleich den aggressiven Antisozialisten Siegismund und den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Welten trennten.

Dietz saß seit 1881 im Reichstag. Zu seinen raren Redebeiträgen im Parlament zählten Stellungnahmen zum Urheber- und Pflichtexemplarrecht. Als geachteter Verleger gehörte er der Bibliothekskommission des Reichstages an.⁸ In der Reichstagsdiskussion 1901 zum nationalen Pflichtexemplarrecht plädierte er nachdrücklich für die Schaffung einer Reichsbibliothek (sprich: Deutsche Nationalbibliothek), die er gerne als Teil der Reichstagsbibliothek gesehen hätte.⁹

Der sozialistische Verleger erklärte sich nicht nur bereit, als finanzieller Förderer der „Gesellschaft der Freunde der Deutschen Bücherei“ beizutreten,¹⁰ sondern

4 Vgl. DIE DEUTSCHE BÜCHEREI, 1913.

5 Vgl. HESSE, 1962, S. 29.

6 DIE GRUNDSTEINLEGUNG DER DEUTSCHEN BÜCHEREI, 1916.

7 Vgl. UHLENDAHL, 1957, S. 54.

8 Vgl. GRAF, 1998, S. 248.

9 Vgl. DIETZ, 1901, S. 2443.

10 Vgl. DEUTSCHE BÜCHEREI, 1916.

machte einige Zeit später „seine umfangreiche, in ihrer Vollständigkeit wohl einzigartigen Bibliothek durch die Gesellschaft der Freunde der DB zum Geschenk [...]“.¹¹

Nun war Dietz nicht nur ein bedeutender Sozialdemokrat; als ehemaliger Gewerkschaftsfunktionär genoss er unter den gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen einen tadellosen Ruf. Der gelernte Buchdrucker hatte 1867 in Lübeck den Deutschen Buchdrucker-Verband mitbegründet (später: Verband Deutscher Buchdrucker) und fungierte in den kommenden Jahren für eine gewisse Zeit als lokaler Gewerkschaftsvorsitzender. Dietz' enge Kooperation mit den Repräsentanten der DB kann man nicht hoch genug einschätzen. Seine Schenkung wirkte lange nach.¹² Der sozialistische Verleger und ehemalige Gewerkschaftsfunktionär fungierte faktisch als „Türöffner“ für eine respektable Reihe sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Verlagsunternehmungen.

Das Leben ist konkret: Welche Organisationen lieferten ab?

Wie groß war nun die Neigung der deutschen Gewerkschaften ihre Bestände an die neue Nationalbibliothek an der Pleiße abzuliefern? Die Antwort gibt umfassend die Denkschrift zur Einweihung der DB 1916.¹³ Mit dem Stand vom 1. Juli 1916 dokumentiert die Festschrift über 170 Seiten, wer und wie das neue kulturelle Großprojekt in den letzten drei Jahren unterstützt hatte. Ein spezielles Kapitel dokumentierte die Verlagsfirmen, „welche auf Grund einer Zusage der Deutschen Bücherei durch unentgeltliche Überlassung von Verlagswerken fördern.“¹⁴ Die Geber hatten Verpflichtungserklärungen für zehn Jahre unterschrieben. Gesondert hatten reine Zeitschriften-Verleger gleichlautende Erklärungen unterzeichnet.¹⁵ Kurzerhand nahm die Leitung der DB diese Unternehmungen in den illustren Kreis der „Gesellschaft der Freunde der Deutschen Bücherei“ auf.¹⁶

Keine „Freunde“ – aber nicht minder wichtig – waren die aufgeführten „wirtschaftlichen Korporationen, politischen und konfessionellen Vereine und Verbände, industriellen und berufsgenossenschaftlichen Vereinigungen, sowie der sportlichen und humanitären Vereine“, welche der DB ohne Verpflichtung freiwillig ihre Literatur abgegeben hatten.¹⁷ Unter dieser barocken Chiffre, die peinlich das Wort „Gewerkschaft“ und „Partei“ vermied, war das Gros der deutschen Gewerkschaften als abliefernde Instanzen subsumiert.

11 UHLEND AHL, 1957, S. 62.

12 VON DER DEUTSCHEN BÜCHEREI, 1917.

13 Vgl. DEUTSCHE BÜCHEREI, 1916.

14 DEUTSCHE BÜCHEREI, 1916, S. 138ff.

15 Vgl. DEUTSCHE BÜCHEREI, 1916, S. 181ff.

16 RÖTZSCH, 1962, S. 60.

17 Vgl. DEUTSCHE BÜCHEREI, 1916, S. 114ff.

Im Jahr der Gründung der DB stellten die sog. „freien“ Gewerkschaften, die der Sozialdemokratie nahestanden, Vierfünftel der Gewerkschaftsmitglieder. Zu den „Freien“ bekannten sich 2,5 Millionen Mitglieder. Die christlichen Gewerkschaften, mit ihrem Schwerpunkt an Rhein und Ruhr, musterten 350.000 Mitglieder, die liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, die ihre beste Zeit hinter sich hatten, zählten ca. 100.000 Gefolgsleute.¹⁸ Zählt man die unter verschiedenen Rubriken aufgeführten „Geber“ an die DB zusammen, so unterstützten 54 freie Gewerkschaften die DB; 24 christliche Organisationen lieferten freiwillig ab; 10 liberale Gewerkvereine kamen der Bitte aus Leipzig nach, freiwillig Literaturerzeugnisse nach Sachsen abzugeben. Hinzuzählen darf man getrost 37 berufsständische Verbände, die nach der Novemberrevolution sich zu „richtigen“ Gewerkschaften entwickelten und sich unter das Dach einer der drei großen Richtungsgewerkschaften begaben.

Hinter den trockenen Zahlen verbirgt sich kulturpolitisch eine geradezu revolutionäre Neuerung: Erstmals wurden in Deutschland unter dem Dach einer Bibliothek die Publikationen der Interessenvertretung des arbeitenden Menschen mit Anspruch auf Vollständigkeit gesammelt. Oder noch polemischer zugespitzt: Erstmals definierte nicht bürgerlicher Dünkel das Erwerbungsprofil einer Bibliothek, der bis dahin Literatur zu Arbeitszeit und Arbeitslohn als minderwichtig denunziert hatte. Selbst liberales Gewerkschaftsschrifttum war von deutschen Bibliotheken bislang nicht gesammelt worden. So setzte erst mit Gründung der Leipziger DB die systematische Sammlung der wichtigsten liberalen Gewerkschaftsblätter „Der Regulator“ und „Die Eiche“ in einer deutschen Bibliothek ein.

Analysiert man die zeitgenössischen Leipziger Rechenschaftsberichte, so schimmert überall die überraschende Erkenntnis durch, wie groß der Anteil der Literatur – die man Jahre später als „grau“ oder „nichtkonventionell“ bezeichnen sollte – an der gesamten nationalen Literaturproduktion war, die nun in Leipzig eintraf. Nicht ohne einen gewissen Stolz zog die DB mit diesen Zahlen gegen die Staatsbibliothek in Berlin und die Münchener Staatsbibliothek zu Felde.¹⁹

Waren mit Gründung der DB alle Probleme bei der Sammlung der nationalen nichtkonventionellen Literatur gelöst? Und wie sah es konkret mit der Gewerkschaftsliteratur auf den diversen Organisationsebenen aus? Natürlich: Auf der zentralen Verbandsebene wurden vor allem die Zeitschriften „perfekt“ abgeliefert. Diese Tatsache kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Schon auf der lokalen und regionalen Ebene klappten 1916 indes weiterhin gravierende Lücken. Vor Ort schlossen sich die Einzelgewerkschaften zu sog. Gewerkschaftskartellen zusammen. Ohne ihre gedruckten Rechenschaftsberichte ist auch heute die Geschichte der Arbeitsbeziehungen in den großen Städten nicht zu schreiben. Ebenso hoch muss der Quellenwert der gedruckten Rechenschaftsberichte der sogenannten Arbeitersekretariate eingeschätzt werden, die von den Gewerkschaften zur arbeitsrechtlichen Beratung ihrer Mitglieder etabliert wurden. Deprimierendes Ergebnis: Nur das Hamburger

¹⁸ Vgl. SCHNEIDER, 1989, S. 494.

¹⁹ Vgl. UHLENDAHL, 1957, S. 60.

Gewerkschaftskartell und das älteste deutsche Arbeitersekretariat in Nürnberg hatten ihre Literatur nach Leipzig geschickt.

Gibt es Erklärungen für die beschriebenen Defizite? Es scheint, als hätten die Gewerkschaften bewusst oder unbewusst eine Trennung in gewerkschaftliche „Hochliteratur“ und scheinbar minderwertige Rechenschaftsliteratur vollzogen. Die eigenen Verbandsblätter genossen große Achtung; hier schrieben namhafte Experten und nicht wenige Reichstagsabgeordnete. Gewerkschaftsredakteure galten als die „eigentlichen“ Intellektuellen der Bewegung. Das Verbandsorgan lieferte man ab; eigene sozialstatistische Erhebungen nicht.

Die Denkschrift zur Eröffnung der Deutschen Bücherei fand 1916 im Lager der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung einen klugen Rezensenten. Ganz offensichtlich brachte Adolf Brauns knapper Beitrag „Deutsche Bücherei und Arbeiterbewegung“ in der Zeitschrift des Vereins Arbeiterpresse nochmal frischen Wind in die Beziehung der deutschen Arbeiterbewegung mit der jungen Nationalbibliothek.²⁰ Der jüdisch-österreichische Intellektuelle, Spross einer bedeutenden Unternehmerfamilie, promovierte 1906 in Freiburg zu einem sozialstatistischen Thema. Jahre vorher hatte er bereits die „Klasse gewechselt“ und arbeitete seit 1890 an diversen sozialdemokratischen Zeitungen.²¹ Seine Standardwerke zur deutschen Gewerkschaftsbewegung fehlen auch heute in keiner einschlägigen Spezialbibliothek.

1918 nahm Braun die deutsche Staatsangehörigkeit an und saß bis zu seinem Tode 1929 in der Nationalversammlung und im Reichstag. In der Nationalversammlung machte er sich als Abgeordneter für die Deutsche Bücherei – als es nach Worten der Druckergewerkschaft für die Bibliothek „auf Leben und Tod“ stand – besonders stark und forderte ultimativ die Rettung der DB durch Unterstützung des Reiches.²² Der Gewerkschafter und Sozialdemokrat kann als einer der Retter der DB angesehen werden. Braun, eifriger Bibliotheksbenutzer, wusste bereits 1916, wovon er sprach: „Besitzen wir auch ein Parteiarchiv und hat auch die Generalkommission der Gewerkschaften Einrichtungen geschaffen zur Sicherung der Literatur ihrer Organisation, so haben wir doch ein starkes Interesse, daß dort, wo die gesamte deutsche Literatur gesammelt wird, auch keine unserer Drucksachen fehle. Die Deutsche Bücherei soll ja das größte und das lückenlose Denkmal der geistigen Produktion der Deutschen und der Fremden in deutscher Sprache sein, soweit sie durch die Druckerpresse der Welt zugänglich gemacht wird.“²³

Braun legte bei der Analyse der Denkschrift den Finger in die Wunde. Minutiös benannte er die Lücken des Bestandsaufbaus beim lokalen und regionalen Schrifttum der Gewerkschaften, der Sozialdemokratie, der Arbeiterkulturorganisationen und der Genossenschaftsbewegung. Braun, wenige Jahre später im SPD-Parteivorstand für die Parteipresse verantwortlich, wusste um die Wirkung seiner eigenen

20 BRAUN, 1916, S. 5-6.

21 Vgl. FASEL, 1990, S. 10ff.

22 BRAUN, 1919, S. 3177.

23 BRAUN, 1916, S. 5.

Worte und wusste sie zu nutzen. Denn: Die Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse wurden von jedem Journalisten der Arbeiterbewegung gelesen. Deshalb sprach Braun die berechtigte Hoffnung aus, „daß die Organisationen, in denen die Leser der Mitteilungen wirken, für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft alle ihre, wenigstens allgemein zugänglichen Erscheinungen der Deutschen Bücherei des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig regelmäßig überweisen“²⁴

In welchem Maße Brauns Worte auf fruchtbarem Boden fielen, lässt sich wegen fehlenden empirischen Materials nicht genau bestimmen.²⁵ Stichproben belegen allerdings: Der Aufruf wirkte nachhaltig.

Ziemlich beste Freunde: Gewerkschaften und DB in der Weimarer Republik

In der Zwischenkriegszeit konnte die DB auf die Gewerkschaften als gute Verbündete zählen. Die von Schließung bedrohte Einrichtung bekam vor allem vom Verband der Deutschen Buchdrucker solide Rückendeckung. Wie sich diese Unterstützung in konkreter politischer Lobbyarbeit „hinter den Kulissen“ äußerte, bleibt leider wegen des Totalverlustes gewerkschaftlicher archivalischer Überlieferung nach Krieg und Faschismus im Dunkeln.

Die Beschreibung der neu aufgebauten Sammlung nahm in der Gewerkschaftspresse gleichsam hymnischen Charakter an: „gewaltiges Archiv des deutschen Buches“, „einzigartiges Kulturwerk“, „Einzigartigkeit für Deutschland“, „vorbildliches deutsches Kulturinstitut“. Keine ausländische Delegation, die die Buchdrucker nicht durch die DB führten.²⁶ Das Zentralorgan der Buchdrucker leitete die Bildungsobleute vor Ort an, die Möglichkeiten der Fernleihe aus Leipzig zu nutzen.²⁷ Andere gewerkschaftliche Stimmen lobten die rasche Bereitstellung der bestellten Materialien vor Ort.²⁸

Das Organ des Zentralverbandes der Angestellten strich die Tariftreue bei der Bezahlung der Angestellten heraus. Allerdings übte das linksstehende Gewerkschaftsblatt auch deutliche Kritik an der fehlenden gesellschaftlichen Mitbestimmung in der Nationalbibliothek: „Nötig wäre es, daß in den leitenden Körperschaften der DB, neben den Vertretern der Wissenschaften, der Behörden und des Buchhandels auch das Bücher und Bildung konsumierende Volk mehr zu Geltung und zu Gehör gelange.“²⁹

24 BRAUN, 1916, S. 6.

25 „Die Überlieferung der Sachakten des Börsenvereins aus dem Zeitraum vor dem Bombenangriff auf Leipzig im Dezember 1943 ist bei weitem nicht vollständig ...“ (KLUTTIG, 2018).

26 Vgl. SCHLIESSUNG DER DEUTSCHEN BÜCHEREI, 1923.

27 Vgl. DEUTSCHE BÜCHEREI IN LEIPZIG, 1922.

28 Vgl. DEUTSCHE BÜCHEREI IN LEIPZIG, 1930.

29 ROTHENFELDER, 1929, S. 137.

Solch kritische Stimmen blieben im Gewerkschaftslager allerdings rar. Ebenso sparsam blieben die Töne, die die Größe und Bedeutung der DB gerade in der Tatsache erblickten, dass die junge Nationalbibliothek die Literatur des „Bauvolk der kommenden Welt“ (wie es selbstbewusst in einem Arbeiterlied heißt) ohne Wenn und Aber sammelte. Das eigene kulturelle Selbstbewusstsein blieb nach Jahren der Stigmatisierung im Gewerkschaftslager zunächst nur schwach ausgeprägt.

Allerdings gab es in den Metropolen auch andere Stimmen. Meist kamen diese Stimmen aus dem Angestelltenlager. Eine davon gehörte bezeichnenderweise einem Gewerkschafter und Sozialdemokrat, der an der DB als Bibliothekar arbeitete und es auf den Punkt brachte: „Revolutionär ist ihr Sammelplan. Sie holt nicht nur herein, was den Gelehrten und den Studenten beschäftigt, die Werke strenger Wissenschaft und edler Kunst [...] Nein, sie sammelt alles. Und so entsteht in ihren stillen Magazinen ein ganz neues Bild des deutschen Volkes, nicht wie wir es uns wünschen, sondern wie es ist. [...] Aber dadurch, daß sie alles zusammenträgt, bereitet sie eine Verschiebung aller Werturteile vor, dessen kulturelle Auswirkung noch gar nicht zu übersehen ist.“³⁰

List der Geschichte. Oder: Vom späten Nutzen der gewerkschaftlichen Ablieferung an die DB

Wie erging es nun den gewerkschaftlichen Quellen nach der nationalsozialistischen Machteroberung? Blieben die Bestände in Leipzig geschützt? Und: Was geschah mit der gewerkschaftlichen Überlieferung in den Arbeiterbibliotheken?

Um die lokalen von den gewerkschaftlichen Organisationen getragenen Bibliotheken brach 1933 nach Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegung ein regelrechter Machtkampf konkurrierender NS-Organisationen aus. Als „Gewinner“ ging letztlich die Deutsche Arbeitsfront (künftig DAF) aus dem Rennen, die die Raubaktionen später auf Österreich und die Tschechoslowakei ausdehnte. Die zusammengeraubte DAF-Bibliothek, im ehemaligen gewerkschaftlichen Haus der Deutschen Buchdrucker in Berlin verwahrt, umfasste 1938 gigantische 336.000 Bände.³¹ Hier, im bombensicheren Keller nahe des Tempelhofer Flugplatzes, „überlebte“ das Gros der Bestände. Die von der DAF ins heutige Polen ausgelagerten Bücher müssen jedoch als verloren gelten.

Nach Niederwerfung Hitler-Deutschlands gerieten die Gewerkschaftsbestände ihrerseits in den Interessenskonflikt der Siegermächte. Ein Teil wurde dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund Deutschlands (FDGB) im Ostsektor Berlins überstellt; ein anderer Teil ging als „Kriegsbeute“ an die Library of Congress. In den späten 1940er Jahren restituierte die Kongressbibliothek die ziemlich gerupften Bestände an die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung.

³⁰ SCHWIDETZKY, 1925, S. 31.

³¹ Vgl. BRUNNER, 2003, S. 23f.

Den Leipziger Gewerkschaftsbeständen erging es deutlich besser. Die Nazis taten in der Regel Büchern in wissenschaftlichen Bibliotheken nichts an. Der weiterhin residierende Generaldirektor Heinrich Uhlendahl, in der Weimarer Republik ein aktives Mitglied der rechtsstehenden Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), ersuchte sogar seinen neuen Vorgesetzten Joseph Goebbels um Erlaubnis, künftig die Exilliteratur der Gewerkschaften zu sammeln, um den allumfassenden Auftrag einer Nationalbibliothek zu erfüllen.

Die Verlustliste der DB im kommenden Bombenkrieg blieb – einem Wunder gleich – gering. Nur ca. 60.000 Zeitschriftenbände gingen verloren. Gewerkschaftsbestände blieben durchgängig verschont. Allerdings: Die Nutzungsmöglichkeiten für westdeutsche Besucherinnen und Besucher verschlechterten sich spätestens seit dem Mauerbau 1961 dramatisch. De facto war der Zugriff für die westdeutsche Forschung in Leipzig nicht möglich. Erst mit Abschluss des Grundlagenvertrages zwischen den beiden deutschen Staaten (1973) trat eine gewisse Milderung ein.

Bezogen auf Gewerkschaftsbestände veränderte sich seit den späten 1970er Jahren die bundesdeutsche Bibliotheklandschaft radikal. Immer mehr Einzelgewerkschaften entschlossen sich, ihre Bibliotheken aus Kostengründen der leistungsstarken Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Bonn zu übergeben. Den Anfang machten die Gewerkschaften Nahrung – Genuss – Gaststätten (NGG) und die Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden. Der Reichtum beider Bibliotheken resultierte aus der frühen Restitution durch die Library of Congress. Weitere Gewerkschaften stellten die Übergabe ihrer Bestände in Aussicht. Die Bibliothek der FES hatte sich im Vorfeld verpflichtet, die Lücken in den übernommenen Bibliotheken durch systematische Verfilmungen zu schließen.

1980 kam es für die Zeit des Kalten Krieges zu einem bemerkenswerten Deal: Die FES-Bibliothek erklärte sich bereit, bei ihren Erwerbungsreisen im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) ein zusätzliches Exemplar der nicht-konventionellen Literatur von Parteien und Gewerkschaften für die DB Leipzig zusätzlich einzusammeln. Im Gegenzug schickte die DB Originale von erbetenen Gewerkschaftsblättern nach Bonn, um sie zu verfilmen. 1980 fehlten der Leipziger DB für diese Verfilmungsaktionen entsprechende Ressourcen. Mikrofilmduplikate und Originale gingen zeitnah zurück von Bonn nach Leipzig.

In der Zeit des Systemkonfliktes herrschte über diesen bemerkenswerten Deal absolutes Stillschweigen, er wurde erst später bekannt.³² Ohne die verfilmten Quellen hätte manche Gewerkschaftsgeschichte so nie geschrieben werden können. Die enge Kooperation ging über die Zeit „der Wende“ hinaus. Die Perspektive systematischer Lückenergänzung aus Leipzig motivierte u.a. den Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) seine Bibliothek auch nach Bonn an die FES zu übergeben.

Im digitalen Zeitalter bot sich nun die einzigartige Möglichkeit, die wichtigsten Quellen der deutschen Gewerkschaftsbewegung digital zu vereinigen. Grundlagen

32 Vgl. FISCHER et al., 1998, S. 21.

der „Wiedervereinigung“: die verfilmten Quellen der DB Leipzig, gerettete Originale in der Bibliothek des FDGB [nun unter dem Dach der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO)], restituierte Gewerkschaftsbestände in der Bibliothek der FES, Originale und verfilmte Bestände aus ehemaligen Pflichtexemplarbibliotheken.

In einem erfolgreich beschiedenen DFG-Antrag bat 2009 die Bibliothek der FES um Mittel, um ca. 160.000 Mikrofilmseiten und ca. 225.000 Papierseiten von Gewerkschaftszeitschriften zu digitalisieren und in einem Portal anzubieten.³³ Die von den Gewerkschaften im Kaiserreich und der Weimarer Republik freiwillig abgelieferten Bestände bildeten dabei ein wichtiges Gerüst.

Von den Gewerkschaften intensiv beworben, hat das Portal rasch seinen Stellenwert in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit gewonnen. Den ersten gewerkschaftlichen „Freunden der Deutschen Bücherei“ hätte es gewiss auch gefallen.

Literatur

BIBLIOTHEK DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, 2018. *Gewerkschaftspresse in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung* [online]. Bonn: Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung [Zugriff am: 16. Mai 2018]. Verfügbar unter: <http://library.fes.de/gewerkschaftszeitschrift/>

BRAUN, Adolf, 1916. Deutsche Bücherei und Arbeiterbewegung. In: *Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse*. 153, S. 5-6.

BRAUN, Adolf. 1919. [Parlamentsrede]. In: *Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung*. Berlin, 16. Oktober 1919. Berlin: Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt.

BRAUN, Heinz, 1998. Zum Schicksal der Archive und Bibliotheken der deutschen Gewerkschaften. In: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, 34(1), S. 1-26.

BRUNNER, Detlev, 2003. 2. Mai 1933: Der Sturm auf die Gewerkschaftshäuser und das Schicksal der Gewerkschaftsbibliotheken. In: *Verbrannt geraubt, gerettet! Bücherverbrennungen in Deutschland: Eine Ausstellung der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung anlässlich des 70. Jahrestages*. Bonn: Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung. S. 23-32.

Die DEUTSCHE BÜCHEREI, 1913. In: *Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer*. 51(124), unpaginiert.

DEUTSCHE BÜCHEREI, 1916. *Die Einweihung der Deutschen Bücherei des Börsenvereins der Deutschen Buchbändler zu Leipzig am 2. September: Mit einem Anhang: Stand*

33 BIBLIOTHEK DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, 2018.

- der Gesellschaft der Freunde der Deutschen Bücherei vom 15. Oktober 1916.* Leipzig: Verlag des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler.
- DEUTSCHE BÜCHEREI IN LEIPZIG, 1922. In: *Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.* 61(113), unpaginiert.
- DEUTSCHE BÜCHEREI IN LEIPZIG, 1930. In: *Buchbinder-Zeitung: Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter.* 46(25), S. 210-211.
- DIETZ, Johann Heinrich Wilhelm. 1901. [Parlamentsrede]. In: *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, X. Legislaturperiode.* Berlin, 30. April 1901. Berlin: Norddeutsche Buchdruckerei und Verlags-Anstalt.
- FASEL Peter, 1990. *Dr. Adolf Braun (1862-1929): Grundriß zu einer politischen Biographie* [Dissertation]. Würzburg: Universität Würzburg.
- FISCHER, Ursula et al., 1998. *Zeitungen und Zeitschriften der deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung: Veröffentlichungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, seiner Einzelgewerkschaften und ihrer Vorläuferorganisationen.* Bonn: Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung.
- GRAF, Angela, 1998. *J.H.W. Dietz: Verleger der Sozialdemokratie.* Bonn: Verl. J.H.W. Dietz Nachf.
- DIE GRUNDSTEINLEGUNG DER DEUTSCHEN BÜCHEREI, 1913. *Leipziger Volkszeitung.* 20.10.1913, Nr. 244, unpaginiert.
- HELMHOLZ, Karl, 1916, Die Deutsche Bücherei. In: *Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.* 56(163).
- HESSE, Gerhard, 1962. Gesellschaftliche Faktoren bei der Gründung und in der Entwicklung der Deutschen Bücherei bis zum Jahr 1923: Ein Beitrag zur Geschichte der Deutschen Nationalbibliothek, In: DEUTSCHE BÜCHEREI, Hrsg. *Deutsche Bücherei 1912-1962: Festschrift zum fünfzigjährigen Bestehen der Deutschen Nationalbibliothek.* Leipzig: Deutsche Bücherei, S. 19-46.
- RJASANOV, N., 1909. [Buchbesprechung]. In: *Die Neue Zeit.* 27(24), S. 883-884.
- RÖTZSCH, Helmut, 1962. Der Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig und die Deutsche Bücherei. In: DEUTSCHE BÜCHEREI, Hrsg. *Deutsche Bücherei 1912-1962: Festschrift zum fünfzigjährigen Bestehen der Deutschen Nationalbibliothek.* Leipzig: Deutsche Bücherei, S. 47-67.
- ROTHENFELDER, Willy, 1929. Die Deutsche Bücherei in Leipzig. In: *Der freie Angestellte: Zeitschrift des Zentralverbandes der Angestellten.* 7(33), S. 136-137.
- SCHLIESSUNG DER DEUTSCHEN BÜCHEREI, 1923. In: *Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.* 61(113), unpaginiert.
- SCHNEIDER, Michael, 1989. *Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute.* Bonn: Verl. J.H.W. Dietz Nachf.

- SCHWIDETZKI, Georg, 1925. Die Deutsche Bücherei und die Arbeiterschaft. In: *Kulturville: Monatsblätter für Kultur der Arbeiterschaft*. 2(2), S. 31-32.
- KLUTTIG, Thekla, 2018. *Gründung der Deutschen Bücherei, Beteiligung von Gewerkschaften* [E-Mail des Sächsischen Staatsarchivs]. 06.06.2018, 15:48.
- UHLEND AHL, Heinrich, 1957. *Vorgeschichte und erste Entwicklung der Deutschen Bücherei*. Leipzig: Deutsche Bücherei.
- VON DER DEUTSCHEN BÜCHEREI, 1917. In: *Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer*. 55(55), unpaginiert.
- ZIMMERMANN, Rüdiger, 2010. Zum Stand der Sammlung und Erschließung gewerkschaftlicher Literatur. In: DERS., Hrsg. *Das gedruckte Gedächtnis der Tertiarisierung: Pilotprojekt zur Sicherung zentraler gewerkschaftlicher Quellenbestände der freien Angestelltenbewegung*. Bonn: Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 9-27.

Fritz Milkau und der deutsche Leihverkehr

Mario Hütte

Einleitung

Als Fritz Milkau 1921 nach 14 Dienstjahren an der Universitätsbibliothek Breslau die Nachfolge Adolf von Harnacks¹ als Generaldirektor der Preußischen Staatsbibliothek (PSB) in Berlin antritt, steigt er zum ersten Bibliothekar im Staate auf. Er übernimmt die Leitung der größten Bibliothek des Deutschen Reiches² und wird Vorsitzender des preußischen Beirats für Bibliotheksangelegenheiten.

In der Folge widmet er sich den großen bibliothekarischen Aufgaben seiner Zeit. Dazu gehört neben der Organisation einer Bibliothek in den schwierigen Jahren nach dem Ersten Weltkrieg u.a. die Arbeit am Preußischen Gesamtkatalog sowie die Professionalisierung der Ausbildung des bibliothekarischen Nachwuchses.

Darüber hinaus wirkt Milkau auch an der ersten deutschlandweiten Leihverkehrsordnung mit. Georg Leyh schreibt dazu in der zweiten Auflage des von Milkau begründeten Handbuchs der Bibliothekswissenschaft: „Sein [...] großes Verdienst

1 Adolf von Harnack (1851-1930) war Professor für Theologie und von 1905 bis 1921 nebenamtlicher Generaldirektor der Königlichen Bibliothek/Preußischen Staatsbibliothek in Berlin. Darüber hinaus wurde er von Friedrich Althoff mit verschiedenen hochschul- und schulpolitischen Aufgaben betraut, war erster Präsident sowie langjähriger Senator der 1911 gegründeten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (heute Max-Planck-Gesellschaft) und wurde 1914 aufgrund seiner Verdienste in den Adelsstand erhoben.

2 Nach Anzahl der Bände. PSB: 1.780.000 Bände, Bay. Staatsbibliothek: 1.350.000 Bände. S. Minerva 25 (1921).

ist es, den seit vielen Jahren erörterten gesamtdeutschen Leihverkehr, von allen bürokratischen Hemmungen befreit, 1924 zur praktischen Durchführung gebracht zu haben.“³

Der vorliegende Beitrag versucht herauszuarbeiten, woran sich Milkaus Anteil bei der Einführung des Leihverkehrs festmachen lässt sowie welche anderen Akteure an dem Unternehmen beteiligt waren und wer den Weg hierfür ebnete. Weiterhin wird aufgezeigt, wie er dem Vorhaben persönlich gegenüberstand. Die Entwicklung des Leihverkehrs wird zu diesem Zweck von den Anfängen in Preußen ab 1889 bis zur ersten Leihverkehrsordnung 1924 chronologisch nachgezeichnet und mit Milkaus Biografie verknüpft.

Preußen als Vorreiter: Die Entwicklung des Leihverkehrs bis zum Ersten Weltkrieg

Einen geregelten Leihverkehr zwischen Bibliotheken eines Staates gibt es im 19. Jahrhundert in Deutschland nur vereinzelt.⁴ Insbesondere Verleihungen über Landesgrenzen hinweg sind mühevoll und oft nur unter diplomatischer Beteiligung möglich.⁵

In Preußen dauert es bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, ehe entsprechende Bestrebungen umgesetzt wurden. Dies ist die Zeit des großen Wissenschaftsreformers Friedrich Althoff, der ab 1882 als Universitätsreferent im preußischen Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten („Kultusministerium“) wirkt. Althoff erkennt die Mängel an den Universitäten und macht sich an den systematischen Ausbau des preußischen Hochschulwesens. Ein entsprechendes Arbeitsprogramm von 1888 enthält auch die innerhalb des Bibliothekswesens angestrebten Reformen: „Gruppenbildung, Verhältnis zu den Anstaltsbibliotheken, Bibliotheksfrage für Berlin, Laufbahn, Dienstaltersliste, Katalogisierung, Dublettenwesen, Pflichtexemplare.“⁶

Es fällt auf, dass der Punkt Leihverkehr in dieser Agenda fehlt. Koschorrek führt dazu aus, dass der innerpreußische Leihverkehr ursprünglich nicht in erster Linie zur Verbesserung der Literaturversorgung, sondern aus ökonomischen Erwägungen heraus initiiert wurde. Das Kultusministerium suchte nach Wegen, den chronisch unterfinanzierten UBs mit möglichst geringen Mitteln bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu helfen.⁷

3 LEYH, 1957, S. 357.

4 So in Württemberg, zwischen der Königlichen Bibliothek Stuttgart und der Universitätsbibliothek Tübingen seit 1816 und in Hessen, zwischen der Hofbibliothek Darmstadt und der Universitätsbibliothek Gießen seit 1837 (vgl. BROCKE, 1980, S. 61).

5 Vgl. KOSCHORREK, 1958, S. 2.

6 BROCKE, 1980, S. 48f.

7 Vgl. KOSCHORREK, 1958, S. 7f.

Zur Unterstützung seiner Reformen im Bibliothekswesen greift Althoff auf die Expertise der damals führenden Fachleute in den preußischen Bibliotheken zurück. Dazu gehören u.a. Karl Dziatzko, Wilhelm Erman, Paul Schwenke sowie Fritz Milkau⁸.

Zu Beginn von Althoffs Reformen sammelt Milkau noch erste Berufserfahrungen an den UBs Königsberg (Volontariat, 1888-1891), Berlin und Bonn. 1895 wird Milkau, auf Empfehlung des Direktors der UB Bonn, Carl Schaarschmidt, von Althoff mit den Vorarbeiten zur Erstellung des Preußischen Gesamtkatalogs betraut, bevor ihm 1897 die Leitung dieses Vorhabens übertragen wird. Nach seiner Ernennung zum Oberbibliothekar holt Althoff ihn 1899 in das Preußische Kultusministerium, wo er bis 1902 tätig ist.⁹

Wesentliche Grundlage für das Projekt Preußischer Gesamtkatalog sind einheitliche Katalogisierungsregeln – die Preußischen Instruktionen – an deren Entstehung Milkau ebenfalls maßgeblich beteiligt ist. Ein effizienter Leihverkehr wiederum wäre ohne den Aufbau des Nachweisinstrumentes Preußischer Gesamtkatalog nicht denkbar gewesen.¹⁰

Im Mai 1889 wendet sich Althoff an Dziatzko in Göttingen und unterbreitet diesem seine Idee einen „Kartelverband zwischen je zwei oder drei Bibliotheken“ zu gründen, damit „wenigstens diese Vereinigung die gesammte Litteratur [sic!] in ungefährer Vollständigkeit aufzuweisen vermag“. Dziatzko antwortet zustimmend, empfiehlt jedoch nur jeweils zwei, räumlich eng beieinanderliegende, Bibliotheken zu Leihverkehrs-Paaren zu verbinden.¹¹ Gegen anfängliche örtliche Widerstände wird dann 1892 mit der Verbindung zwischen den UBs Göttingen und Marburg zum ersten Mal ein innerpreußischer Leihverkehr per Erlass¹² geregelt und anschließend aufgenommen. Anfang 1893 werden Leihverkehr-Verbindungen zwischen den UBs Bonn und Münster sowie Königsberg und Braunsberg eingerichtet. Die von Dziatzko ebenfalls vorgeschlagenen Leihverkehrs-Paare UB Halle und UB Breslau sowie UB Greifswald und UB Kiel sind dagegen nie realisiert worden.¹³

8 Vgl. BROCKE, 1980, S. 60. Wilhelm Erman (1850-1932) übernahm 1889 die Leitung der UB Berlin, wechselte 1901 an die UB Breslau und leitete von 1907 bis 1920 die UB Bonn. Karl Dziatzko (1842-1903) war zunächst Direktor der UB in Freiburg, übernahm 1872 die UB Breslau und ging 1886 an die Universität Göttingen, wo er Bibliotheksdirektor und gleichzeitig erster Inhaber des neu geschaffenen Lehrstuhls für bibliothekarische Hilfswissenschaften wurde. Paul Schwenke (1853-1921) übernahm 1893 die Leitung der UB Königsberg, trat 1899 als Direktor der Druckschriftenabteilung in die Königliche Bibliothek Berlin ein und war zwischen 1906 und 1921 ihr Erster Direktor.

9 Vgl. KUHNERT, 1934, S. 25 u. SCHOCHOW, 2005, S. 171. Wie unentbehrlich sich Milkau im Kultusministerium gemacht haben muss, zeigt ein Telegramm Althoffs vom 8.7.1904, in dem er versucht Milkau, zu dieser Zeit Direktor der UB Greifswald, zur Rückkehr zu bewegen: „Milkau hilf! bitte möglichst bald hier einzutreten und sich auf längere Zeit einzurichten.“ (zit. n. KUHNERT, 1934, S. 26). Milkau nimmt das Angebot nicht an und bleibt bis 1907 in Greifswald, bevor er an die UB Breslau wechselt.

10 Vgl. HEISE, 1999, S. 12-14.

11 Althoff an Dziatzko, 1.5.1892; Dziatzko an Althoff, 3.5.1892 (GStA PK, I. HA Rep. 76 Kultusministerium, Vd Sekt. 1 Nr. 16, Bd. 1). Transkription der Briefe in KOSCHORREK, 1958, S. 114f.

12 Cfb 9 (1892) 7/8, S. 356-58.

13 Vgl. KOSCHORREK, 1958, S. 9-12.

Ebenfalls 1893 erlässt das preußische Kultusministerium Bestimmungen über den Leihverkehr zwischen der Königlichen Bibliothek (KB) in Berlin und allen preußischen UBs.¹⁴

Bereits 1890 wird erstmals der Leihverkehr zwischen preußischen Bibliotheken und denen anderer Länder geregelt. Per ministerialem Erlass werden u.a. die KB in Berlin und die preußischen UBs ermächtigt, den Leihverkehr mit anderen deutschen Bundesstaaten sowie dem Ausland aufzunehmen, sofern das Prinzip der Gegenseitigkeit von der jeweiligen fremden Bibliothek anerkannt wird.¹⁵ Dieser Regelung schließen sich bis 1891 nahezu alle staatlichen Bibliotheken im Deutschen Reich ausdrücklich oder stillschweigend an.¹⁶

Nach der zunehmenden Öffnung des Leihverkehrs für weitere Bibliothekstypen ist dieser bis 1910 zu einer unentbehrlichen Einrichtung der Literaturversorgung im Deutschen Reich geworden.¹⁷ Die Anzahl der verschickten Bände steigt im Zeitraum von 1900 bis 1910 von ca. 58.000 auf ca. 217.000.¹⁸ Insbesondere die KB in Berlin wird durch Orts- und Fernleihe so stark beansprucht, dass von Wissenschaftlern benötigte Werke in steigendem Maße nicht zugänglich sind und die Forschung behindert wird.¹⁹ Adolf Harnack, Milkaus Vorgänger als Generaldirektor in Berlin, denkt deshalb 1911 laut über die Umwandlung der KB in eine Präsenzbibliothek nach und nennt in diesem Zusammenhang die Nationalbibliotheken anderer Länder als Vorbilder.²⁰

14 Cfb 10 (1893) 3, S. 130-132.

15 Cfb 7 (1890) 3, S. 101f.

16 Vgl. Zfb 26 (1909) 6, S. 275.

17 Vgl. KOSCHORREK, 1958, S. 14-17.

18 Vgl. Abbildung 1.

19 Harnack nennt die Zahl von 400.000 Entleihungen, davon 32.000 durch den auswärtigen Leihverkehr und bezieht sich damit wohl auf das Berichtsjahr 1908/09 des Jahrbuchs der Deutschen Bibliotheken (HARNACK, 1911, S. 135; vgl. Abbildung 1).

20 Dazu kommt es nicht, auch weil Berliner Professoren, allen voran Theodor Mommsen, sich für den Erhalt des Ausleihprinzips aussprechen (vgl. HARNACK, 1911, S. 135f; FABIAN, 1998, S. 162f). Damit verbunden ist die Forderung Harnacks zur Einrichtung einer deutschen Nationalbibliothek, die 1912 mit der Gründung der Deutschen Bücherei in Leipzig zu großen Teilen erfüllt wird.

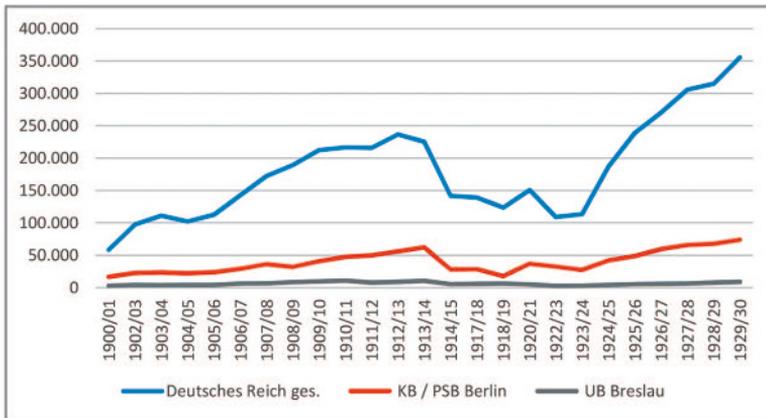


Abbildung 1: Gebender Leihverkehr (ohne Handschriften) im Deutschen Reich 1900-1930 in Bänden (Quelle: Jahrbuch der deutschen Bibliotheken 1(1902)-21/22(1931), Gesamtzahlen nach eigener Berechnung)

Durch die rasche Einbeziehung von immer mehr Bibliotheken in den Leihverkehr²¹ tritt das Problem unzureichender Nachweisinstrumente für die Bestände immer deutlicher zutage. Der Preußische Gesamtkatalog, der im Umlaufverfahren zwischen der KB/PSB und den preußischen UBs entsteht, kann erst 1922 fertiggestellt werden.²² Um das entstehende Manuskript möglichst von Anfang an für die Literatursuche nutzen zu können, wird 1904 in der PSB eine Stelle zur Erteilung von bibliographischen Auskünften eingerichtet. Im Jahr darauf wird die Auskunftsstelle unter Beteiligung weiterer Bibliotheken zum „Auskunftsbureau der deutschen Bibliotheken“ ausgebaut.²³

Neben der starken Belastung der KB erweist sich auch der Bestellablauf als Manko der preußischen Leihverkehrsregelungen. Ist ein angefragtes Werk vor Ort nicht vorhanden, schickt die Bibliothek den Bestellschein mit einem entsprechenden Vermerk zurück. Kann an der KB mithilfe des Preußischen Gesamtkatalogs ein Bestand nachgewiesen werden, vermittelt das Auskunftsbüro innerhalb von Preußen die nehmende an die gebende Bibliothek. Ist dies nicht der Fall, wird der Titel in eine Suchliste aufgenommen, die im Umlaufverfahren allen an das Auskunftsbüro angeschlossenen Bibliotheken vorgelegt wird. Auf diese Weise können Wochen oder

21 Im Jahr 1900 nehmen 18 Bibliotheken am Leihverkehr teil, 1910 sind es bereits 48 (eigene Berechnung auf Basis des Jahrbuchs der Bibliotheken 1 (1902) u. 9 (1911)).

22 Die Erstellung des Manuskripts dauerte bis 1925, die Drucklegung des ersten Bandes erfolgte 1931. 1935 wurde das Vorhaben in den „Deutschen Gesamtkatalog“ mit 102 beteiligten Bibliotheken überführt. Im Zweiten Weltkrieg ging das Manuskript des Deutschen Gesamtkataloges dann verloren (vgl. HEISE, 1999, S. 12ff).

23 Vgl. HEISE, 1999, S. 14f.

Monate vergehen, ehe ein Benutzer das gewünschte Werk in den Händen hält – wenn die Suche denn erfolgreich war.²⁴

Richard Fick²⁵ regt deshalb 1908 an, den Leihverkehr auch zwischen den preußischen UBs zuzulassen. Weiterhin schlägt er vor, das Auskunftsbüro zu einer Leihverkehrszentrale auszubauen, die Bestellungen sowie Versand für und zwischen den Bibliotheken übernimmt.²⁶

Harnack bemängelt in einer Denkschrift 1909 die prekäre Finanzausstattung der UBs und die starke Belastung der KB durch den Leihverkehr. In einem Antrag an das Kultusministerium fordert er 1910 als Vorsitzender des preußischen Beirats für Bibliotheksangelegenheiten ebenfalls den Leihverkehr aller UBs untereinander und mit der KB zuzulassen.²⁷

Althoff reagiert und bringt bis Ende des Jahres einen Erlass zur Neuregelung des preußischen Leihverkehrs auf den Weg, der Verbindungen aller UBs untereinander vorsieht. Neben der KB und den UBs sind nun auch Bibliotheken von Technischen Hochschulen, Staatsarchiven und staatlichen höheren Lehranstalten zugelassen; nichtstaatliche öffentliche Bibliotheken und Bibliotheken nichtstaatlicher höherer Lehranstalten müssen einen Zulassungsantrag stellen. Darüber hinaus wird eine einheitliche Fernleihgebühr festgelegt, die für die KB und die UBs im Verkehr untereinander 10 Pfennig und für alle anderen Leihverkehrsverbindungen 20 Pfennig je Band beträgt.²⁸ Zu einer Zentralisierung des Leihverkehrs im Sinne Ficks kommt es dagegen nicht.

Parallel zur Entwicklung im preußischen Leihverkehr wird ab 1901 auf verschiedenen internationalen Kongressen über den zwischenstaatlichen Leihverkehr diskutiert und auf diplomatischer Ebene über die Ausgestaltung verhandelt. Inhaltlich geht es vor allem um die Verleihung von Handschriften, da diesbezügliche Bestimmungen im sehr knappen preußischen Erlass von 1890 fehlen.

Nachdem die italienische Regierung mit einer entsprechenden Regelung 1908 Fakten schafft, sieht sich das Deutsche Reich unter Zugzwang und beauftragt den preußischen Beirat für Bibliotheksangelegenheiten mit der Erarbeitung einer Ordnung für den Leihverkehr mit Bibliotheken anderer deutscher Bundesstaaten und des Auslandes. Der Entwurf wird den deutschen Bibliotheken 1909 zur Stellungnahme vorgelegt²⁹ und 1910 vom Auswärtigen Amt an die Bundesregierungen geleitet. Die Verhandlungen mit den Regierungen ziehen sich hin, so dass eine abge-

24 Vgl. FICK, R.: Das Auskunftsbureau der deutschen Bibliotheken und seine Suchliste. In: ZfB 24 (1907) 8/9, S. 347-364. Hier: 456f.

25 Richard Fick (1867-1944) leitete ab 1904 die Geschäftsstelle des Preußischen Gesamtkatalogs und ab 1905 das Auskunftsbüro der Deutschen Bibliotheken an der KB in Berlin. 1921-1932 war er Direktor der Universitätsbibliothek Göttingen.

26 Vgl. FICK, R.: Ueber den Leihverkehr zwischen deutschen Bibliotheken. In: ZfB 25 (1908) 10, S. 450-457. Hier: S. 456f.

27 Zit. n. KOSCHORREK, 1958, S. 27f.

28 Vgl. ZfB 27 (1910) 11, S. 507-510.

29 Vgl. ZfB 26 (1909) 6, S. 275-278.

stimmte Endfassung erst 1913 vorliegt. Als dann die Listen mit den anzuschließenden Bibliotheken zusammengestellt werden sollen, bricht der Erste Weltkrieg aus und stoppt die Reform des gesamtdeutschen Leihverkehrs.³⁰

Reichsverfassung und Notgemeinschaft: Die ersten Jahre der Weimarer Republik

Nach der Niederlage des Kaiserreichs kommt es in der Novemberrevolution 1918/19 zum Sturz der Monarchie und der Einführung einer parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Die aus den Wahlen vom 19.1.1919 hervorgegangene Nationalversammlung tritt am 6.2. in Weimar zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen und berät in den folgenden Monaten über eine neue Verfassung für das Deutsche Reich. Bei der Beratung über Artikel 10, der die Rahmengesetzgebungskompetenz des Reiches behandelt, stehen sich Unitarier, d.h. Anhänger des Zentralismus, sowie Partikularisten, d.h. Verfechter des Föderalismus, gegenüber.

Auch unter den Bibliotheksdirektoren sind beide Lager vertreten. Wilhelm Erman, Direktor der UB Bonn, setzt sich bereits seit langem für einheitliche Standards – insbesondere im Bereich der Katalogisierung – in den wissenschaftlichen Bibliotheken ein. Er stößt damit aber auf Ablehnung bei vielen Fachkollegen, die Eingriffe in ihre Eigenständigkeit nicht zulassen wollen.³¹

Ziffer 2 des Artikels 10 soll dem Reich Grundsatzkompetenzen im Bereich des Schul- und Hochschulwesens zuweisen. In der Erweiterung dieses Passus auf die wissenschaftlichen Bibliotheken erkennt Erman eine Möglichkeit, um seine Bestrebungen zur Vereinheitlichung voranzutreiben. Neben den Katalogisierungsstandards ist für ihn auch die Verbesserung der Literaturversorgung ein Punkt, der zentral geregelt werden muss. Erman erweitert und vertritt seinen Standpunkt nochmals in mehreren Veröffentlichungen³² und versucht ab März 1919 durch Lobbyarbeit Entscheidungsträger für seine Sache zu gewinnen. Er schreibt an Abgeordnete der Nationalversammlung, den Reichsinnenminister, den preußischen Wissenschaftsminister, den preußischen Beirat für Bibliotheksangelegenheiten und den Verein Deutscher Bibliothekare.³³

Nachdem sich für diesen Punkt bis zur zweiten Lesung keine Mehrheit in der Nationalversammlung findet, stellt Alfred Herrmann, Abgeordneter der Demokratischen Partei Deutschlands (DDP), in der abschließenden Beratung erneut einen

30 Vgl. KOSCHORREK, 1958, S. 3-6.

31 S. Ermans Vortrag auf dem 1905 in Posen stattfindenden Bibliothekartag zum Thema „Einheitliche Katalogisierung“, an den sich eine lebhafte Diskussion anschließt (ZfB 22 (1905) 9/10, S. 418-445). Eine Replik auf Ermans Vortrag vom Direktor der UB Königsberg, Alfred Schulze, erscheint in ZfB 22 (1905) 11, S. 517-522.

32 U.a.: Die wissenschaftlichen Bibliotheken und die Reichsgesetzgebung. In: *Die Hilfe: Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und geistige Bewegung* Nr. 18 vom 1.5.1919, S. 219f; *Weltbibliographie und Einheitskatalog*. Berlin: Osmer, 1919.

33 Vgl. LOHSE 1994, S. 300-302.

Antrag um Ziffer 2 entsprechend zu erweitern. Er begründet seinen Antrag mit der Notwendigkeit nationaler Einrichtungen, wie Gesamtkatalog und Nationalbibliothek, und kann durch seine Rede die Mehrheit der Abgeordneten hinter sich bringen. Am 3.7. stimmt die Nationalversammlung in ihrer 45. Sitzung für die Annahme von Herrmanns Antrag.³⁴

Die Weimarer Reichsverfassung (WRV) wird am 31.7. beschlossen und am 14.8.1919 verkündet. Artikel 10, Ziffer 2 lautet: „Das Reich kann im Wege der Gesetzgebung Grundsätze aufstellen für: [...] 2. das Schulwesen einschließlich des Hochschulwesens und des wissenschaftlichen Büchereiwesens; [...]“³⁵

In der Folge lässt das Reichsministerium des Innern (RMdI) ein Programm erstellen, das Aufgaben enthält, für die mittels Artikel 10 Standards im wissenschaftlichen Bibliothekswesen aufgestellt werden könnten. Dieses Programm, das den Leihverkehr als einen von zwölf Punkten aufführt, erhalten die Leiter der wissenschaftlichen Bibliotheken mit Datum vom 7.4.1920 in Form einer Umfrage.³⁶ In ihren Antworten lehnen die Länder reichsgesetzliche Regelungen mehrheitlich ab. In Bezug auf den Leihverkehr zeigt sich nur Württemberg einverstanden, während Bayern und Oldenburg eine entsprechende Bestimmung in Gänze zurückweisen.³⁷

Und Milkau? Er ist getroffen von den politischen Umwälzungen und kann der demokratischen Ordnung der Weimarer Republik nichts abgewinnen. In einer Rede wenige Jahre später konstatiert er, dass „[...] jetzt Nacht um uns geworden [ist]. Der Krieg ist zu Ende, den Frieden hat uns der Friedensschluss nicht gebracht“³⁸.

Im Gegensatz zu Erman, mit dem er über lange Jahre einen regen Briefkontakt³⁹ pflegt, kann sich Milkau auch nicht mit dem Gedanken anfreunden, dass das wissenschaftliche Bibliothekswesen zur Angelegenheit des Reiches werden soll. So schreibt er am 13.6.1920 an Erman: „Ich weiss doch zu viel von der alten Behördenorganisation – die ja trotz aller Umwälzungen im Grunde bestehen bleibt – um nicht zu fürchten, dass wir mit Preußen mehr aufgeben, als wir mit dem Reich gewinnen.“⁴⁰

Innerhalb der Bibliothekswelt entwickelt sich im Anschluss an die Umfrage des RMdI eine lebhafte Diskussion, die auch den Bibliothekartag, der am 26. und

34 Stenographische Berichte über die Verhandlungen der Deutschen Nationalversammlung, 45. Sitzung, 3.7.1919: 1248 (Rede Herrmann) u. 1251 (Abstimmung). Die Rede wurde auch abgedruckt in ZfB 36 (1919) 9/10, S. 288f.

35 Die Verfassung des Deutschen Reichs v. 14.8.1919; RGBl., S. 1385.

36 Vgl. ZfB 37 (1920) 5/6, S. 131, ZfB 37 (1920) 9/10, S. 193 u. 196. Die zwölf Punkte sind: Aufgaben der Bibliotheken und Sammelgebiete, Pflichtlieferungen, Amtliche Drucksachen, Dublettentausch, Katalogisierungsregeln, für alphabetische und Realkataloge, Titeldrucke, Gesamtkatalog, Auskunfterteilung, Benutzungsordnung und Gebühren, Leihverkehr, Annahme und Ausbildung der Beamten.

37 Übersicht über die Äußerungen der Länder zu dem Schreiben des Reichsministeriums des Innern vom 7.4.1920 betreffend das wissenschaftliche Büchereiwesen (BA, R 73/145).

38 Gedenkansprache vor der Belegschaft der PSB zu Ostern 1923. In: Jahresbericht der PSB 1921/1923 (1924), S. 16. Zit. n. SCHOCHOW, 2005, S. 176.

39 SBB, Slg. Darmstaedter 2b 1890: Milkau, Fritz, Blatt 1-290. Überliefert sind hier Briefe aus der Zeit zwischen 1892 und 1927.

40 SBB, Milkau an Erman, 13.6.1919 (Slg. Darmstaedter). Zit. n. SCHOCHOW, 2005, S. 177.

27.5.1920 in Weimar stattfindet, beherrscht. In zwei Vorträgen kritisieren Bibliothekare Artikel 10 WRV, da er das Hauptproblem der Bibliotheken, die gravierende Finanznot, nicht löse und plädieren stattdessen für eine dezentral organisierte Zusammenarbeit.⁴¹ In der anschließenden Diskussion wird zum einen eine Resolution zur Einsetzung eines Reichsbibliotheksrates⁴², der sich um das Thema Vereinheitlichung kümmern soll, angenommen. Zum anderen gibt es keinen Widerspruch bei der mehrfach geäußerten Forderung zur Ausgestaltung des Leihverkehrs.⁴³ Richard Fick sieht „in der Erleichterung und Verbilligung des Leihverkehrs zwischen den deutschen Bibliotheken [...] eine der nur mit Hilfe des Reichs zu lösenden Hauptaufgaben der Zukunft“⁴⁴.

Die schwierige Lage von Wissenschaft und Bibliotheken ist auch Thema einer Tagung von Buchhändlern und Bibliothekaren, die anlässlich der Ausstellung „Das deutsche Buch“ Anfang Oktober 1920 in Frankfurt a.M. stattfindet. Im Anschluss an die Fachvorträge fassen die Anwesenden am 8.10. die folgende Resolution:

Die durch die Notlage geforderte Beschränkung in der Beschaffung der ausländischen Literatur und ihre Verteilung auf eine größere Zahl von Bibliotheken muß durch einen allgemeinen deutschen Leihverkehr ausgeglichen werden. Zu diesem Zwecke werden der preußische Beirat für Bibliotheksangelegenheiten und die Münchener Staatsbibliothek gebeten, die erforderlichen Schritte einzuleiten.⁴⁵

Dies geschieht, und bereits einige Wochen später, am 2.11.1920, schreibt Paul Schwenke in dieser Angelegenheit an Milkau, der zu dieser Zeit noch Direktor der UB Breslau ist:

In der Frankfurter Büchertagung vom 8. u. 9. Oktober ist eine Resolution auf Einführung eines deutschen Leihverkehrs gefasst u. dem preuss. Beirat u. der Münchener Staatsbibliothek übermittelt worden. Die Münchener Bibl. hat sich nun hierher mit der Frage gewandt, welche Vorschläge dafür gemacht würden (ich hatte mit Schnorr⁴⁶ schon im September in Leipzig über die Sache gesprochen) und wir haben hier die anliegenden Hauptsätze ganz unverbindlich u. nicht als Vorschläge des Beirats formuliert, damit eine

41 Glauning, O.: Der Artikel 10 der Reichsverfassung und die deutschen Bibliotheken. In: ZfB 42 (1920) 9/10, S. 195-203.; Wahl, G.: Gemeinsame Aufgaben der deutschen Bibliotheken. In: ZfB 42 (1920) 9/10, S. 203-209.

42 Zur Gründung dieses Gremiums kommt es in der Weimarer Republik nicht. Im Zuge der Gleichschaltung des wissenschaftlichen Bibliothekswesens im Nationalsozialismus wird der preußische Beirat für Bibliotheksangelegenheiten 1936 in einen „Reichsbeirat für Bibliotheksangelegenheiten“ umgewandelt (s. ZfB 54 (1937) 1/2, S. 53f).

43 ZfB 37 (1920) 9/10, S. 209-214.

44 Ebd., S. 211.

45 ZfB 37 (1920) 11/12, S. 288f.

46 Hans Schnorr von Carolsfeld (1862-1933) war zwischen 1920 und 1929 Generaldirektor der Bayerischen Staatsbibliothek in München.

Grundlage für eine Aussprache vorhanden ist. [...] Es wäre nun sehr dankenswert, wenn Sie sich äußern bz. Gegenvorschläge machen wollten, ehe die Sache ganz amtlich behandelt wird.⁴⁷

Der beigefügte Entwurf für eine reichsweite Leihverkehrsordnung bezieht sich auf „die deutschen Staats-, Landes-, Universitäts- und Technischen Hochschul-Bibliotheken“. Über die Zulassung weiterer Bibliotheken soll ein Reichsbibliotheksrat bzw. eine zu benennende Bibliothek entscheiden. Für kleinere Bibliotheken ist vorgesehen, dass sie über die „Hauptbibliothek“ eines Ortes an den Leihverkehr angeschlossen werden. Neu ist auch die Bandgebühr von 40 Pfennig (bisher 10 Pfennig) und die Abrechnung durch eine Zentralstelle. Alle anderen Bestimmungen (§§ 3-10) sind unverändert aus dem preußischen Leihverkehrs-Erlass von 1910 übernommen.

In seiner Antwort gibt sich Milkau skeptisch, da er langwierige Verhandlungen zwischen den einzelnen Bundesstaaten erwartet:

Wenn ein gemeindeutscher Leihverkehr eingerichtet werden soll, so wird die technische Regelung nicht viel anders sein dürfen, als Ihr Entwurf sie zeigt. Aber ich muss gestehen, dass mir der Gedanke nicht ohne weiteres einleuchten will.

Dabei spielt eine untergeordnete Rolle die Erwägung, dass der geplanten Erweiterung allerlei Schwierigkeiten entgegenstehen. Wenn der Artikel 10 der Verfassung sagt, dass das Reich im Wege der Gesetzgebung Grundsätze für die wissenschaftlichen Bibliotheken aufstellen kann [Hervorh. im Orig. d. Verf.], so folgt daraus zum mindesten, dass es einstweilen gar nicht in der Lage ist, die Ausdehnung des Leihverkehrs zu verfügen, gleichviel ob es einen Reichsbibliotheksrat einsetzt oder nicht. Blicke also für jetzt nur der bekannte Weg der Vereinbarung zwischen den Gliedstaaten, und Sie wissen aus eigener Erfahrung, wie langwierig der ist.⁴⁸

Darüber hinaus befürchtet Milkau Nachteile bei der Literaturversorgung lokaler Nutzer, insbesondere für die großen Bibliotheken:

Bevor man aber in diese Richtung Schritte tut, sollte man doch, glaube ich, sich reiflich überlegen, ob die Vorteile der Erweiterung wirklich gross genug sind, um die offenbaren Nachteile aufzuwiegen, welche den grössten Bibliotheken daraus erwachsen müssen. Wenn die Berliner Bibliothek im Preussischen Leihverkehr im letzten Friedensjahr über 40000 Bände versandt hat, so kann es leicht geschehen, dass sie bei einer Ausdehnung auf das Reich, zumal wenn die Universitäts- pp Bibliotheken, wie das leider zu befürchten ist, stark zurückgehen, die doppelte Zahl von Bänden und mehr hinauszu-schicken hätte, und ich bin keineswegs sicher, ob eine derartige Austrocknung der grössten Sammlungen nicht am Ende für die wissenschaftliche

47 Schwenke an Milkau, 2.11.1920 (SBB, Acta PrSB, Generaldirektion: Fritz Milkau, Nr. 247).

48 Milkau an Schwenke, 13.11.1920 (SBB, Acta PrSB, Generaldirektion: Fritz Milkau, Nr. 247).

Arbeit verhängnisvoller wäre als die Beschränkung auf den gegenwärtigen Zustand.⁴⁹

Milkau bezweifelt zudem die positive Wirkung eines gesamtdeutschen Leihverkehrs für den Wissenschaftsbetrieb und sieht allenfalls einen Marketingeffekt für die Bibliotheken:

Ich sehe sehr wohl, dass der Gedanke etwas Verlockendes hat, und das die Werbekraft, die er namentlich auf Laienkreise auszuüben scheint, unter Umständen den Bibliotheken zugute kommen kann. Ob aber das Interesse der Wissenschaft unmittelbar damit gefördert werden kann, das ist mir durchaus fraglich.⁵⁰

Abschließend richtet Milkau noch einen Ergänzungsvorschlag zur Leihverkehrsordnung an Schwenke:

Vielleicht könnte man die gefürchteten Nachteile dadurch beseitigen oder auf ein erträgliches Mass zurückführen, wenn man den Anspruch an die Bibliotheken eines anderen Landes grundsätzlich auf die Fälle beschränkt, in denen die Sammlungen des eigenen Landes versagen. Dass also Greifswald nur dann nach München oder Erlangen gehen darf, wenn in dem einen Falle die Preussischen und im anderen die Bayerischen Bibliotheken das gesuchte Werk nicht besitzen usw.⁵¹

In diesem Gedanken Milkaus ist das Regionalprinzip des Leihverkehrs erkennbar, das heute einen wichtigen Grundsatz der Leihverkehrsordnung darstellt, auch wenn Leihverkehrsregionen und nicht Bundesstaaten die räumlich-organisatorische Grundlage bilden.

Wenige Tage vor Schwenkes Brief an Milkau, am 30.10.1920, kommt es auf Betreiben und unter Beteiligung der wichtigsten deutschen Wissenschaftsinstitutionen zur Gründung der „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“ („Notgemeinschaft“). Präsident wird der ehemalige preußische Kultusminister Friedrich Schmidt-Ott.

Neben der finanziellen Notlage infolge eingefrorener Etats und fortschreitender Geldentwertung wird die Lage zusätzlich durch die Isolierung der deutschen Wissenschaft nach dem Ersten Weltkrieg verschärft. Ziel der Notgemeinschaft ist laut Satzung die Vermeidung des vollständigen Zusammenbruchs der deutschen Wissenschaft.⁵²

Förderschwerpunkt ist anfangs die Verbesserung der wissenschaftlichen Infrastruktur. Neben der Anschaffung von Laborbedarf ist eine zentrale Aufgabe hier die

49 Ebd.

50 Ebd.

51 Ebd.

52 Vgl. ZIEROLD, 1969, S. 5-20 u. 543. S. auch die Meldung in ZfB 37 (1920) 7/8, S. 184f.

Unterstützung von Forschungseinrichtungen bei der Beschaffung insbesondere von ausländischer Literatur.

Da die Zahl der an den deutschen Bibliotheken gehaltenen ausländischen Zeitschriften von 3.000 vor dem Krieg auf 250 gesunken ist, bemüht man sich bis 1924 vordringlich um die Schließung der Kriegslücken. Dies ist den Bibliotheken durch den Währungsverfall selbst kaum noch möglich. Trotz Auslandsspenden und Finanzhilfe durch den Börsenverein reichen die Mittel aber bei weitem nicht aus, um die Lücken in allen Bibliotheken zu schließen. Zum einen entscheidet sich die Notgemeinschaft deshalb dazu, die Rückergänzung der ausländischen Zeitschriften wesentlich auf die PSB und die Bayerische Staatsbibliothek (BSB) zu konzentrieren. Zum anderen sucht man nach weiteren Wegen, um den Bibliotheken zu helfen.

Ein zu diesem Zweck gegründeter Bibliotheksausschuss, dem bei Gründung Adolf von Harnack (als Generaldirektor der PSB), Hans Schnorr von Carolsfeld (als Generaldirektor der BSB) und Gotthold Naetebus⁵³ (als Vorsitzender des Vereins Deutscher Bibliothekare) angehören, beginnt seine Arbeit mit der ersten Vollsitzung am 11.12.1920.⁵⁴ Der Entwurf für eine reichsweite Leihverkehrsordnung wird dort wohlwollend aufgenommen.⁵⁵

Im Anschluss an die Gründungssitzung des Bibliotheksausschusses der Notgemeinschaft findet eine Besprechung im Reichministerium des Innern statt, in der das Programm der Reichsregierung mit Vorschlägen zur Rahmenkompetenz im wissenschaftlichen Bibliothekswesen in kleinem Kreise erörtert wird. Im Einladungsschreiben sind die ursprünglich zwölf Punkte auf 19 erweitert worden.⁵⁶ Neben den drei Bibliotheksdirektoren nehmen auch Schmidt-Ott sowie Ministerialdirektor von Welser und Ministerialrat von Zahn aus dem RMdI an der Besprechung teil.

Hans Schnorr von Carolsfeld berichtet mit Schreiben vom 18.12.1920 seiner vorgesetzten Behörde, dem Bayerischen Kultusministerium, von der Unterredung. Da das RMdI die auf dem Weimarer Bibliothekartag per Resolution geforderte Einsetzung eines Reichsbibliotheksrates kurzfristig nicht für umsetzbar hält, einigt man sich darauf, dass der Bibliotheksausschuss der Notgemeinschaft bis auf weiteres als Sachverständigenkommission fungieren soll, um gemeinschaftliche Aufgaben abzustimmen.

Nachdem sich von Harnack und Schnorr von Carolsfeld entschieden gegen reichsgesetzliche Regelungen im wissenschaftlichen Bibliothekswesen aussprechen, willigt das RMdI ein, auf entsprechende Maßnahmen zu verzichten und stattdessen

53 Gotthold Naetebus (1864-1934) war zwischen 1920 und 1924 für zwei Amtszeiten Vorsitzender des Vereins Deutscher Bibliothekare und von 1918 bis 1930 Direktor der UB Berlin.

54 Vgl. ZIEROLD, 1968, S. 94f. u. Denkschrift „Die Not der deutschen Wissenschaft“, 1920 (SBB, Acta PrSB, Generaldirektion: Fritz Milkau, Nr. 252).

55 Vgl. DIESCH, K.: Der deutsche Leihverkehr. In: ZfB 38 (1921) 7/8, S. 163-169. Hier: S. 166.

56 Reichsminister des Innern an Schnorr von Carolsfeld, 4.12.1920 (BA, R 73/145). Die weiteren sieben Punkte sind: Buchhändler Rabatt, Drucklegung und Austausch von Dissertationen, Bibliographie der amtlichen Drucksachen, Organisation der bibliographischen Unternehmungen, Austausch von Bibliothekaren, Reichsbibliothek, Reichsbibliothekenrat.

einvernehmliche Vereinbarungen zwischen den Bundesstaaten anzustreben. Als gegenwärtig dringendste Aufgaben werden die finanzielle Förderung des Auskunfts-büros der deutschen Bibliotheken sowie die Regelung des Leihverkehrs gesehen.⁵⁷

„Ich sehe sehr wohl, dass der Gedanke etwas Verlockendes hat“: Von Milkau Amtsübernahme in Berlin zur Leihverkehrsordnung 1924

Milkau tritt seinen Dienst an der PSB offiziell am 1.4.1921 an. Um einen nahtlosen Übergang in der Direktion zu ermöglichen, dürfte er allerdings schon vor seiner Berufung in verschiedene Entscheidungen miteinbezogen worden sein.

Agnes von Zahn-Harnack bemerkt in der Biographie ihres Vaters, dass dieser seinen Platz in der PSB nicht ganz freiwillig und aufgrund eines neuen preußischen Gesetzes zur Einführung von Altersgrenzen bei Beamten räumt.⁵⁸ Mit der Vollen-dung des 65. Lebensjahres sieht das Gesetz bei Staatsbeamten eine Versetzung in den Ruhestand vor. Da von Harnack bereits vor seinem 70. Geburtstag steht, ist er von der Regelung betroffen. Das „Gesetz betreffend einer Altersgrenze“ tritt zum 1.4.1921 (!) in Kraft, wird aber bereits am 15.12.1920 verkündet, die Regierungsvor-lage datiert vom 24.6.1920.⁵⁹ Durch die guten Kontakte, die sowohl von Harnack als auch Milkau in die obersten preußischen Behörden unterhalten, wird beiden das Ge-setzesvorhaben bekannt gewesen sein.

Ein Schreiben des Referenten für Bibliotheksangelegenheiten im Preußischen Kultusministerium, Ministerialrat Richter, vom 28.10.1920 macht deutlich, dass Mil-kau sich bereits wegen des Generaldirektoren-Postens erkundigt hat und diesbezüg-liche Hoffnungen hegt. Richter schreibt: „Wann und wie die Berliner Frage sich lö-sen wird, übersehe ich im Moment nicht [...]“ sowie „[...] falls wir an Sie einmal wegen der Uebernahme der Berliner Staatsbibliothek herantreten müssten.“⁶⁰

Milkaus Bestallungsurkunde datiert indes vom 7.2.1921.⁶¹ Schon in einem Brief an Erman vom 25.1.1921 berichtet er aber über seinen bevorstehenden Wechsel nach Berlin.⁶² Die Zusage für die Berliner Stelle muss Milkau demnach zwischen dem 28.10.1920 und dem 25.1.1921 erreicht haben.

Vor diesem Hintergrund erscheint auch die Korrespondenz zwischen Schwenke und Milkau aus dem November 1920 in anderem Licht. Der Gedanke liegt nahe,

57 Schnorr von Carolsfeld an Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 18.12.1920 (BA, R 73/145).

58 Vgl. ZAHN-HARNACK, 1951, S. 406.

59 Sitzungsberichte der Verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung, Drucksache Nr. 2661 (Regierungsvorlage) u. 3277 (Beschlussfassung). Von dem Ruhestandsgesetz sind auch Erman und Schwenke betroffen, die 69 bzw. 67 Jahre alt sind und ihre Posten zum 1.4.1921 räumen müssen (vgl. ZfB 38 (1921) 7/8, S. 149).

60 Richter an Milkau, 28.10.1920 (SBB, Acta PrSB, Generaldirektion: Fritz Milkau, Nr. 247).

61 SBB, Nachlass Fritz Milkau, Kasten II.

62 Milkau an Erman, 25.1.1921 (SBB, Sammlung Darmstaedter 2b 1890, 42).

dass Schwenke in dieser Angelegenheit Rücksprache mit Milkau, als seinem angehenden Vorgesetzten, hält. Die Tatsache, dass die betreffenden Akten der Provenienz „Generaldirektion: Fritz Milkau“ zugeordnet worden sind, stützt diese Vermutung.

Am 24.1.1921 nimmt Milkau an der Sitzung des preußischen Beirats für Bibliotheksangelegenheiten teil. Mit einiger Sicherheit kann angenommen werden, dass er zu diesem Zeitpunkt bereits designierter Generaldirektor der PSB ist.

Unter TOP 3 berichtet Schwenke von der Besprechung im RMdI am 11.12.1920. Da die Universität Halle mittlerweile auf dem Dienstweg eine einheitliche Regelung im Leihverkehr angefragt hat, ist das Thema nun auch offiziell im Beirat angekommen und bedarf einer Entscheidung.

Schwenke schlägt einen preußischen Erlass vor, dem sich die anderen Staaten anschließen könnten. In der anschließenden Diskussion geht es u.a. um das Verhältnis zu den süddeutschen Bibliotheken sowie um Vorkehrungen zur Begrenzung der Belastung für die PSB im Leihverkehr. Dementsprechend sieht der Beschluss des Beirats die Einrichtung eines allgemeinen deutschen Leihverkehrs auf Basis eines „Regionalsystems“ im Sinne Milkaus vor.⁶³

Der inzwischen mehrfach überarbeitete Entwurf der Leihverkehrsordnung wird im Frühjahr 1921 veröffentlicht.⁶⁴ Gegenüber Schwenkes Fassung aus dem November 1920 sind nun auch die staatlichen Archive als Einrichtungen genannt, die für den Leihverkehr zugelassen sind. Die Formulierung „Bestellungen werden mit tunlichster Beschleunigung erledigt“ ersetzt die bisherige Erledigungsfrist von drei Tagen. Darüber hinaus gilt die Leihfrist von drei Wochen nur noch für preußische Bibliotheken und richtet sich ansonsten nach der Benutzungsordnung der verleihenden Bibliothek. Die Fernleihgebühr je Band ist inflationsbedingt nochmals erhöht worden und beträgt nun 50 Pfennig. Als Zentralstelle für die Abrechnung der Gebühren ist die PSB vorgesehen, wobei Bayern von dieser Regelung ausgenommen wird.

Milkaus Vorschlag, dass zunächst regionale Bibliotheken angefragt werden sollen, bevor eine länderübergreifende Fernleihe eingeleitet wird, findet sich nur in Teilen wieder. Zu bildende „Zuständigkeitsbezirke“ sollen v.a. für die öffentlichen Bibliotheken regeln, über welche Bibliothek in ihrer Region Bestellungen abgewickelt werden. Die großen wissenschaftlichen Bibliotheken sollen ihre Bestellungen dagegen unter „möglichster Beachtung ihrer Landeszuständigkeit“ weiterhin an eine Einrichtung ihrer Wahl verschicken.

Um nicht alle Fäden aus der Hand zu geben, lässt sich das RMdI in § 1 des Entwurfs zusichern, über die Zulassung neuer Bibliotheken und die Bildung von Zuständigkeitsbezirken informiert zu werden.

63 Protokoll der Sitzung des Beirats für Bibliotheksangelegenheiten vom 24.1.1921 (SBB, Acta PrSB, Generaldirektion: Fritz Milkau, Nr. 252).

64 ZfB 38 (1921) 3/4, S. 78-81.

Der Leihverkehr ist auch auf dem Bibliothekartag von 1921, der im Mai in Wernigerode stattfindet, wiederum Thema. Als weiteres Argument für eine reichsweite Leihverkehrsregelung werden in einem Vortrag die uneinheitlichen und drastisch angestiegenen Portopreise für den Buchversand angeführt.⁶⁵

Bald nach dem Bibliothekartag berät Milkau mit Vertretern aus bayerischen, sächsischen und hamburgischen Bibliotheken den Satzungsentwurf in einer gemeinsamen Sitzung in Berlin. Der Text wird anschließend vom Preußischen Kultusministerium den Regierungen der Länder zugestellt.⁶⁶

Auf der Sitzung des preußischen Beirats für Bibliotheksangelegenheiten am 6.7.1921 ist Milkau als Generaldirektor der PSB im Amt und leitet die Besprechung als Vorsitzender. Er berichtet, dass „der Gedanke der Ausdehnung des Leihverkehrs auf das Reich nach Lage der Dinge nicht mehr abgelehnt werden könne [...]“. Diese Formulierung aus dem Protokoll deutet darauf hin, dass Milkau dem Vorhaben nach wie vor nicht besonders wohlwollend gegenübersteht. Als nächsten notwendigen Schritt sieht Milkau eine Einigung zwischen Preußen und Bayern.⁶⁷

Anlässlich der deutschen Hochschulkonferenz im September 1921 kritisieren die Hochschulreferenten der Länder, dass die Notgemeinschaft ohne Rücksprache mit den Ländern Entscheidungen über die Verwendung von Reichsmitteln getroffen habe.

Ebenso übergangen fühlen sich die Länder bezüglich der Besprechung, die im Dezember 1920 zwischen dem Bibliotheksausschuss der Notgemeinschaft und Vertretern des RMDI stattgefunden hat. Der preußische Vertreter beruft sich auf die Kompetenzen der Länder bei Fragen des Bibliothekswesens und betont die überwiegend ablehnende Haltung der Bundesstaaten gegenüber einer reichsgesetzlichen Regelung. Im weiteren Verlauf der Sitzung wird zudem die Konzentration von Literatur in der PSB und der BSB durch die Notgemeinschaft beanstandet. Andere Bundesstaaten verlangen direkten Zugriff durch den Leihverkehr auf Bücher und Zeitschriften, die aus Reichsmitteln finanziert wurden.

Es wird festgehalten, dass Preußen in Bezug auf den Leihverkehr weitere Vorschläge machen soll und sich u.a. zur Klärung der Portofrage mit den zuständigen Reichsbehörden abstimmen soll.⁶⁸

1922 ist der Leihverkehr Gegenstand einer Sitzung des Reichstags. Der Zentrums-Abgeordnete Georg Schreiber, der selbst Hochschullehrer ist, stellt am 6.4. im Zusammenhang mit den Beratungen über den Reichshaushaltsplan den Antrag „die Reichsregierung zu ersuchen, mit den Ländern behufs einer einheitlichen Regelung

65 DIESCH, K.: Der deutsche Leihverkehr. In: ZfB 38 (1921) 7/8, S. 163-69. Hier: S. 164.

66 ZfB 40 (1923), S. 411f. Das genaue Datum wird nicht genannt.

67 Protokoll der Sitzung des Beirats für Bibliotheksangelegenheiten vom 6.7.1921 (SBB, Acta PrSB, Generaldirektion: Fritz Milkau, Nr. 252).

68 Vermerk betr. „Bibliothekswesen und die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ aus dem Januar 1922, Urheber unbekannt. Mit Ortsangabe „München“, daher mutmaßlich von einem Vertreter des Bayerischen Kultusministeriums gefertigt (BA, R 73/145).

des Leihverkehrs der staatlichen Bibliotheken zu verhandeln⁶⁹, der angenommen wird. Nun sind also Preußen und die Reichsregierung beauftragt, sich um die Sache zu kümmern.

Milkau berichtet auf der Sitzung des Beirats am 24.6.1922, dass inzwischen alle Länder dem Entwurf für eine Leihverkehrsordnung aus dem Frühjahr 1921 zugestimmt haben. Inflationsbedingt muss die Bandgebühr jedoch immer wieder angepasst werden, so dass eine Abschätzung der Gesamtkosten sowie eine Etatisierung im Reichshaushalt zu diesem Zeitpunkt kaum machbar erscheinen.⁷⁰

Im Jahre 1923 befasst sich auch die Direktorenkonferenz der PSB⁷¹ mehrmals mit der reichsweiten Einführung des Leihverkehrs. Am 19.1. berichtet Milkau aus den Verhandlungen mit dem Reichspostminister, dass dieser nicht zu Zugeständnissen bei den Portokosten für den Leihverkehr bereit sei.⁷²

Auf dem Regensburger Bibliothekartag im Mai 1923 gibt Milkau bekannt, dass die Einführung des reichsweiten Leihverkehrs unmittelbar bevorstehe.⁷³ Der nochmals überarbeitete Entwurf, der nun auch Regelungen für Handschriften enthält, wird den in Regensburg anwesenden Bibliotheksdirektoren vorgelegt und von diesen gebilligt.⁷⁴

Ganz so weit wie von Milkau erhofft, war die Sache zu diesem Zeitpunkt aber wohl noch nicht gediehen. Im Juli 1923 bittet Ministerialrat Richter aus dem Preussischen Kultusministerium den schon bekannten Abgeordneten Schreiber um Unterstützung bei der Durchsetzung niedrigerer Portokosten für den Leihverkehr. Schreiber solle doch dieser Angelegenheit seine „freundliche Aufmerksamkeit“⁷⁵ im Reichstag widmen. Gemäß den Reichstagsprotokollen hat Schreiber das Thema allerdings nicht in Antragsform im Parlament vorgebracht.⁷⁶

Im Herbst 1923 gibt es aber dann doch noch den ersehnten Durchbruch. Milkau verkündet auf der Direktorenkonferenz vom 27.9.: „Der Preuß. Unterrichtsminister

69 Stenographische Berichte des Reichstags, 204. Sitzung, 6.4.1922: 6937 (Antrag) u. 6941 (Abstimmung).

70 Protokoll der Sitzung des Beirats für Bibliothekangelegenheiten vom 24.6.1922 (SBB, Acta PrSB, Generaldirektion: Fritz Milkau, Nr. 252).

71 Die Direktorenkonferenz der PSB ist eine Dienstbesprechung des Generaldirektors mit seinen Abteilungsleitern (vgl. KRAUSE, 2002, S. 9).

72 Vgl. KRAUSE, 2002, S. 36.

73 Vgl. ZfB 40 (1923), S. 320 u. 411f.

74 S. TOP 4 der Sitzung des Beirats für Bibliotheksangelegenheiten vom 25.6.1923 (SBB, Acta PrSB, Generaldirektion: Fritz Milkau, Nr. 252).

75 Richter an Schreiber, 17.7.1923 (GStA PK, I. HA Rep. 76 Kultusministerium, Vd Sekt. 1 Nr. 16, Bd. 4). Bei dem Schreiben handelt es sich um eine nicht unterzeichnete Abschrift ohne Absender. Der Urheber geht aus dem inhaltlichen Zusammenhang, der Amtsbezeichnung und dem Kürzel der Mitzeichnung hervor.

76 Wohl auch deshalb, weil die Reduzierung von Portokosten für Bibliotheken bereits im März 1923 erfolglos im Reichstag verhandelt wurde (Stenographische Berichte des Reichstags, 322. Sitzung, 20.3.1923: 10234 u. 323. Sitzung, 21.3.1923: 10274f.).

und auch die bayerische Verwaltung haben ihre Zustimmung gegeben zur Bereitstellung von Mitteln für die Ausgestaltung des Leihverkehrs über ganz Deutschland.⁷⁷

Die „Leihverkehrsordnung für die deutschen Bibliotheken“ tritt am 1.3.1924 in Kraft. Im Vergleich zum letzten veröffentlichten Entwurf aus dem Frühjahr 1921 ist die Endfassung noch einmal deutlich überarbeitet worden. Kam dieser Entwurf noch mit elf Paragraphen aus, so sind es in der finalen Fassung nun 20 Abschnitte. Der Zuwachs resultiert vor allem aus der Tatsache, dass – anders als in den älteren Fassungen – auch der Leihverkehr von „Handschriften und Kostbarkeiten“ geregelt wird. Die Archive sind aus der Gruppe der von vorneherein zugelassenen Einrichtungen wieder herausgefallen und benötigen die Zustimmung einer übergeordneten Behörde. Ebenfalls gestrichen wurde die zentrale Abrechnungsstelle. Die Leihverkehrsgebühr ist der im November 1923 eingeführten neuen Währung angepasst und beträgt 10 Rentenpfennige; die Leihfrist für Bücher ist auf vier Wochen festgesetzt (bisher drei Wochen). Berücksichtigung finden darüber hinaus noch die Punkte Schadensersatz und Versicherung von Sendungen. Die Pflicht von Meldungen über die Zulassung neuer Bibliotheken und die Bildung von Zuständigkeitsbezirken an das RMDI war nicht durchsetzbar und ist entfallen.⁷⁸

Vier Monate nach der Einführung des reichsweiten Leihverkehrs zieht Milkau in einer Sitzung des Beirats eine erste Bilanz. Seine Befürchtungen, dass die PSB nach Inkrafttreten der Ordnung mit Anfragen aus anderen Bibliotheken überhäuft würde, haben sich demnach bestätigt.⁷⁹

Obwohl weniger stark belastet, habe die BSB bereits Vereinbarungen getroffen, wonach die UBs in Freiburg und Tübingen Bestellungen zuerst an die UB Heidelberg schicken und nur falls die Anfrage dort nicht bedient werden kann, diese an die BSB weitergeleitet werden.⁸⁰ Um die PSB ebenfalls zu entlasten, schlägt er ein entsprechendes Modell für die UB Göttingen vor, die Anfragen der UBs Bonn, Gießen, Köln, Marburg, Münster sowie der Frankfurter Bibliotheken vorrangig bedienen solle, bevor die PSB konsultiert wird. Weiterhin regt Milkau an, dieses System von „Unterzentren“ im Leihverkehr auf ganz Deutschland anzuwenden und hat zu diesem Zweck entsprechende Leitwege skizziert.⁸¹ Der Beirat stimmt seinem Modell zu und Ministerialrat Richter wird gebeten, den Vorschlag den Kultusministerien der

77 Zit. n. KRAUSE 2002, S. 59.

78 Vgl. ZfB 41 (1924) 3/4, S. 138-140.

79 Vgl. Abbildung 1. Das Verhältnis von gebendem zu nehmendem Leihverkehr beträgt im Berichtsjahr 1924/25 für die PSB 17:1 und für die BSB 13:1 (eigene Berechnung auf Basis des Jahrbuchs der Bibliotheken 17 (1926)).

80 Was die Initiative für eine solche Planung angeht, irrt Milkau. Bereits 1921 entwickeln zwei Bibliothekare der UB Freiburg Vorschläge zur Entlastung der großen Bibliotheken im Süden und Südwesten Deutschlands, die auf den Zuständigkeitsbezirken des Leihverkehrsordnungsentwurfes aus dem Frühjahr 1921 basieren. Für jede Bibliothek gilt ein fester Leitweg, bei denen die BSB in München an letzter Stelle steht. Auch hier ziehen sich die Absprachen und Verhandlungen hin, bevor am 15.12.1924 der sog. „südwestdeutsche Leihverkehr“ als Ergänzung zur Leihverkehrsordnung des Reichs in Kraft tritt (vgl. KOSCHORREK, 1958, S. 57ff.).

81 Die Pläne sind abgedruckt in KOSCHORREK, 1958, S. 160f.

übrigen Länder zu unterbreiten.⁸² Letztlich findet Milkau's Vorschlag aber keine Berücksichtigung.

Fazit

Der Leihverkehr ist seit seinen Anfängen ein erfolgreiches Gemeinschaftsunternehmen deutscher Bibliotheken. Welchen Einfluss die deutschlandweite Leihverkehrsordnung von 1924 auf die Entwicklung hat, zeigt die Tatsache, dass sich die Zahl der versandten Bände in den sechs Jahren bis 1930 von ca. 113.000 auf ca. 356.000 mehr als verdreifachte.⁸³

Beim Aufbau von Leihverkehrsstrukturen kann auf die preußischen Erfahrungen zurückgegriffen werden, deren Anfänge maßgeblich auf die Althoff'schen Bildungsreformen zurückgehen. Zur Durchführung seiner Reformen im Bibliothekswesen greift Althoff auf die Expertise von Fachleuten zurück, von denen im Hinblick auf den Leihverkehr insbesondere Dziatzko, Harnack und Schwenke zu nennen sind.

Fritz Milkau ist entscheidend an zwei anderen großen Reformprojekten im preußischen Bibliothekswesen beteiligt, den Preußischen Instruktionen und dem Preußischen Gesamtkatalog, bei denen ihn Althoff als Fachmann hinzuzieht. An der Einführung des reichsweiten Leihverkehrs arbeitet er dagegen nicht als Experte mit, sondern ist als (designierter) Generaldirektor der größten Bibliothek des Reiches sowie Vorsitzender des Beirats für Bibliotheksangelegenheiten im größten und einflussreichsten Bundesstaat „von Amts wegen“ einbezogen.

Durch den langwierigen Entstehungsprozess der Leihverkehrsordnung und die teilweise (fach-)öffentlich ausgetragenen Diskussionen, sind am Ende nicht nur zahlreiche Bibliothekare, sondern auch eine ganze Reihe von Beamten und Politikern aus Reich und Ländern an ihrer Genese beteiligt.

Ein begünstigendes Moment für die Einführung des reichsweiten Leihverkehrs ist die Diskussion um Artikel 10 WRV. Die Einigung der Bundesstaaten in dieser Sache darf als Einlenken verstanden werden, um tiefere Eingriffe des Reiches in ihre Belange zu verhindern. Insofern können die langwierigen Verhandlungen auch als Beispiel für einen demokratisch-föderalen Willensbildungsprozess in der jungen Weimarer Republik gelten.

Ebenfalls wesentlich sind die Isolation sowie die Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg, die eine einheitliche Regelung dringlich werden lassen, um die Literaturversorgung der deutschen Wissenschaft aufrechtzuerhalten.

Milkau widmet sich der Aufgabe engagiert und verfolgt das Ziel hartnäckig. Überzeugt ist er von dem Vorhaben jedoch nicht. Das macht insbesondere seine

82 Protokoll der Sitzung des Beirats für Bibliotheksangelegenheiten vom 23.6.1924 (SBB, Acta PrSB, Generaldirektion: Fritz Milkau, Nr. 252).

83 Vgl. Abbildung 1.

Antwort an Paul Schwenke vom 13.11.1920 deutlich. Milkau sieht vor allem die Gefahr, dass die PSB, die er 1921 übernehmen wird, zu einer Ausleihbibliothek für die anderen Bibliotheken wird und die Vor-Ort-Nutzung damit eingeschränkt wird. Die ersten vier Monate Leihverkehrspraxis bestätigen seine Befürchtungen. Inhaltlich bringt er vor allem das Regionalprinzip ein, das ansatzweise verwirklicht wird.

In Milkaus persönlichem Nachlass⁸⁴ finden sich keine Hinweise auf die Leihverkehrsordnung, so dass man vermuten kann, dass ihn dieses Thema über die dienstlichen Belange hinaus nicht beschäftigt hat. Letztlich hat Milkau diese Aufgabe wohl mit der sprichwörtlichen Pflichtauffassung eines preußischen Beamten erledigt.

Literatur

Monographien und Beiträge aus Sammelwerken

BROCKE, Bernhard vom, 1980. Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Preußen und im Deutschen Kaiserreich 1882-1907: das „System Althoff“. In: Peter BAUMGART, Hrsg. *Bildungspolitik in Preußen zur Zeit des Kaiserreichs*. Stuttgart: Klett-Cotta, 1980, S. 9-118.

FABIAN, Bernhard, 1998. Zur Reform des preußisch-deutschen Bibliothekswesens in der Ära Althoff. In: DERS., Hrsg. *Der Gelehrte als Leser: Über Bücher und Bibliotheken*. Hildesheim: Olms, S. 149-174.

HARNACK, Adolf von, 1911. Die Königliche Bibliothek zu Berlin. In: DERS., Hrsg. *Aus Wissenschaft und Leben*. Band 1. Gießen: Töpelmann, S. 127-138.

HEISE, Andreas, 1999. Bibliothekskennzeichnung in Deutschland: Geschichte, Formen und Funktion von Bibliothekskennzeichnungssystemen und Modellierung einer Normdatei für Bibliothekskennzeichen. 2. Auflage. Berlin: Institut für Bibliothekswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin.

KOSCHORREK, Walter, 1958. *Geschichte des „Deutschen Leihverkehrs“*. Wiesbaden: Harrassowitz, 1958.

KRAUSE, Friedhilde, 2002. „Ein Wunder, dass diese Jahre haben überstanden werden können“: Dienstprotokolle aus der Amtszeit Fritz Milkaus an der Preussischen Staatsbibliothek, 9. Juni 1921 bis 13. Dezember 1923. Berlin: Staatsbibliothek zu Berlin.

KUHNERT, Ernst, 1934. Milkau als Mensch und Bibliothekar. In: Gustav ABB, Hrsg. *Fritz Milkau zum Gedächtnis: Ansprachen, Vorträge und Verzeichnis seiner Schriften*. Leipzig: Harrassowitz, S. 25-29.

LEYH, Georg, Hrsg., 1957. *Handbuch der Bibliothekswissenschaft*. 2. Auflage. Wiesbaden: Harrassowitz.

84 SBB, Nachlass Fritz Milkau.

- LOHSE, Hartwig, Hrsg., 1994. *Wilhelm Erman: Erinnerungen*. Köln [u.a.]: Böhlau.
- SCHOCHOW, Werner, 2005. Fritz Milkau: Generaldirektor von 1921 bis 1925. Eine Studie über Führungsstil und Persönlichkeit. In: DERS. *Die Berliner Staatsbibliothek und ihr Umfeld*. Frankfurt a.M.: Klostermann, S. 171-190.
- ZAHN-HARNACK, Agnes von, 1951. *Adolf von Harnack*. 2. Auflage. Berlin: De Gruyter, 1951.
- ZIEROLD, Kurt, 1968. *Forschungsförderung in drei Epochen: Deutsche Forschungsgemeinschaft – Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar*. Wiesbaden: Steiner.

Zeitschriften, Nachschlagewerke und Jahrbücher

- Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Bearb.): *Deutsche Biographie*. Verfügbar unter: <https://www.deutsche-biographie.de> [Zugriff am: 06.08.2018]. Für alle biographischen Angaben, sofern nicht anders angegeben.
- Minerva: Jahrbuch der gelehrten Welt*. 25 (1921). Berlin/Leipzig: De Gruyter.
- Verein Deutscher Bibliothekare, Hrsg. *Jahrbuch der Deutschen Bibliotheken*. 1 (1902) – 21/22 (1931). Berlin/Leipzig: Harrassowitz.
- Zentralblatt für Bibliothekswesen, ZfB* (bis 1903: *Centralblatt für Bibliothekswesen, CfB*). Leipzig: Harrassowitz.

Archivalien

- Bundesarchiv Berlin (BA): Dokumentation über Bibliotheksangelegenheiten und den Bibliotheks-Ausschuss [der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft]: R 73/145.
- Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK): Leihverkehr zwischen den Bibliotheken: I. HA Rep. 76 Kultusministerium, Vd Sekt. 1 Nr. 16.
- Staatsbibliothek zu Berlin Preußischer Kulturbesitz, Handschriftenabteilung (SBB):
Nachlass Fritz Milkau.
Acta PrSB, Generaldirektion: Fritz Milkau.
Sammlung Darmstaedter 2b 1890.

Gesetze und Parlamentaria

Die Verfassung des Deutschen Reichs v. 14.8.1919; RGBl., S. 1383-1418.

Reichstagsprotokolle – Stenographische Berichte über die Verhandlungen der Deutschen Nationalversammlung [Zugriff am: 26.07.2018]. Verfügbar unter: https://www.reichstagsprotokolle.de/rbiiiiaufauf_wv.html

Reichstagsprotokolle – Stenographische Berichte des Reichstags, 1. Wahlperiode 1920 [Zugriff am: 26.07.2018]. Verfügbar unter: https://www.reichstagsprotokolle.de/rbiiiiaufauf_w1.html

Sitzungsberichte der Verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung 1920.

„Dass diese keine größeren Befugnisse hat als die Bonner Schule“:

Zum Verhältnis der Bibliotheksschule des Borromäusvereins zur Westdeutschen Büchereischule bzw. zum Bibliothekar-Lehrinstitut des Landes Nordrhein-Westfalen in der frühen Nachkriegszeit (1946–1952)

Siegfried Schmidt

Einleitung

Während sich ansonsten die traditionsreichen Ausbildungseinrichtungen und Studienorte für angehende Bibliothekarinnen und Bibliothekare mit Berlin, Frankfurt/Main, Hamburg, Hannover, Leipzig, München und Stuttgart recht grobmaschig

über eine Deutschlandkarte verteilen, gab es mit Bonn¹ und Köln² über viele Jahrzehnte hinweg zwei Orte, an denen sich solche Einrichtungen in großer räumlicher Nähe zueinander befanden. Bemerkenswerter Weise fällt bei der Lektüre der einschlägigen Aufsätze zur Geschichte dieser beiden Ausbildungsstätten³ auf, dass in der Fachliteratur mit kaum einem Wort auf ihr Verhältnis zueinander eingegangen wird, obwohl doch zumindest die ältere Historie beider Institutionen als ausreichend beschrieben und dokumentiert gilt.⁴ Gibt es hier nichts zu berichten, weil es zwischen der Bibliotheksschule des katholischen Borromäusvereins in Bonn und dem anfangs städtischen, später staatlichen Institut in Köln keinerlei Berührungspunkte gab und somit also ein bloßes Nebeneinander bestand? Oder hatte die große räumliche Nähe vielleicht partiell ein konkurrierendes Gegeneinander zur Folge? Und könnte man vielleicht nicht auch angesichts des gemeinsamen Zieles, jungen Menschen den Weg in das bibliothekarische Berufsfeld zu ebnen, hin und wieder ein fruchtbares Miteinander erwarten?

Ausgehend von einer bislang unedierten, im Historischen Archiv des Erzbistums Köln befindlichen Quelle, der von Albert Rumpf für die Jahre 1921-1952 verfassten *Chronik des Generalsekretariates des Borromäusvereins*⁵, unternimmt der Verf. die-

1 Die 1921 vom Borromäusverein gegründete Ausbildungsstätte firmierte während der 82 Jahre ihrer Existenz unter sechs verschiedenen Bezeichnungen: Bonner Bibliothekarschule (1921-1931), Staatlich-anerkannte Bibliotheksschule des Borromäusvereins (1931-1934; vorübergehende Einstellung des Lehrbetriebes mit dem Wintersemester 1933/34), Bibliotheks- und Buchhandelsschule des Borromäusvereins (1946-1954), Bonner Bibliotheksschule (1954-1969), Staatlich-anerkanntes Bibliothekar-Lehrinstitut Bonn (1969-1984) sowie Fachhochschule für das öffentliche Bibliothekswesen Bonn (1984-2003; Einstellung des Lehrbetriebes mit dem Sommersemester 2003). Da der Aspekt der buchhändlerischen Ausbildung für diesen Beitrag ohne Belang ist, wird für den hier untersuchten Zeitraum abweichend von der offiziellen Namensform die Kurzbezeichnung Bibliotheksschule des Borromäusvereins verwendet.

2 In Köln: Westdeutsche Volksbüchereischule (1928-1944; kriegsbedingte Einstellung des Lehrbetriebes im Oktober 1944), Westdeutsche Büchereischule (1946-1949), Bibliothekar-Lehrinstitut des Landes Nordrhein-Westfalen (1949-1981), Fachhochschule für Bibliotheks- und Dokumentationswesen (1981-1995), 1995 durch Landesgesetz Verlust der Eigenständigkeit und Integration als Fachbereich in die FH Köln; heute (2018) Teil der Fakultät für Informations- und Kommunikationswissenschaften der TH Köln.

3 Für Bonn vgl. SCHMIDT, 1996a; SCHMIDT, 1996b; SCHMIDT, 2005. Zur älteren Geschichte der Kölner Ausbildungsstätte vgl. vor allem STEINHOFF, 1961; JUNG, 2000 [Die Publikation fasst die beiden Aufsätze des Autors: „Die Westdeutsche Volksbüchereischule in Köln 1928-1944“ und „Die Westdeutsche Büchereischule 1946-1949“ aus den Jahren 1994 und 1995 zusammen.]; JUNG, 2004; KLOMPEN, 1975, JUNG/KONZE, 1989.

4 Eine Ausnahme bildet z.B. SCHMIDT, 1996a, S. 10-11.

5 Für diesen Aufsatz wurde das Exemplar des Historischen Archivs des Erzbistums Köln (im Folgenden zitiert als AEK), Borromäusverein Nr. 13 und Nr. 17 (Albert RUMPF, *Chronik des Generalsekretariats des Borromäusvereins in Bonn a. Rh.: Abschrift der handgeschriebenen Chronik*, T. 1, 1919-1932 und T. 2, 1933-1952) ausgewertet und herangezogen. Der katholische Priester Dr. Albert Rumpf (1884-1978) war 1912 als Sekretär in die Dienste des Borromäusvereins eingetreten und von 1922 bis 1958 dessen Generalsekretär. Rumpf fungierte während dieser Zeit als intellektueller Vordenker des Vereins. Seine Chronik wurde z.T. zeitnah, teilweise aber auch nachträglich, handschriftlich anhand seiner Notizbücher verfasst. Wegen der drohenden Gefahr einer Vernichtung erstellte Rumpf 1942 drei maschinenschriftliche Exemplare, die während des Krieges an verschiedenen Orten aufbewahrt

ses Beitrages den Versuch, diesen Fragen zumindest innerhalb eines kleinen Zeitfensters, nämlich der Jahre 1946 (Wiederaufnahme des Lehrbetriebes nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges) bis 1952 (zeitliches Ende der *Chronik* als Hauptquelle) nachzugehen. Dabei zeichnen sich mit dem Versuch einer Bonner Intervention gegen die Gründung des Kölner Bibliothekar-Lehrinstitutes 1949, der Frage der Qualität der Bonner Ausbildung sowie den Bonner Schwierigkeiten, Praktikantenstellen in ausreichender Zahl zu erhalten, vor allem drei Felder ab, die hier unter der Überschrift „Berührungspunkte und Konfliktfelder“ näher betrachtet werden. Diesem Hauptteil des Aufsatzes werden einige vergleichende Bemerkungen zur Ausstattung, Organisation und Entwicklung der Bibliotheksschule des Borromäusvereins und der Westdeutschen Büchereischule bzw. dem Bibliothekar-Lehrinstitut des Landes Nordrhein-Westfalen während dieser Jahre vorangestellt.

Vergleichende Bemerkungen zur Bibliotheksschule des Borromäusvereins und der Westdeutschen Büchereischule/dem Bibliothekar-Lehrinstitut des Landes Nordrhein-Westfalen während der frühen Nachkriegszeit

Die 1921 als Bonner Bibliothekarschule begründete Staatlich-anerkannte Bibliotheksschule des Borromäusvereins hatte mit Ablauf des Wintersemesters 1933/34 ihren Lehrbetrieb recht „geräuschlos“ eingestellt. Hauptgrund für diese Entscheidung dürfte der Entzug der 1931 erteilten staatlichen Anerkennung durch das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Volksbildung und Kunst gewesen sein, welche dem Verein mit Schreiben vom 27.11.1933 mitgeteilt wurde und der trotz Intervention auch nicht rückgängig gemacht wurde. Allerdings wurde von staatlicher Seite zugleich betont, dass eine Weiterarbeit der Bibliotheksschule für private Zwecke des Borromäusvereins von dieser Entscheidung nicht berührt werde.⁶ Die Entscheidung, die Bibliotheksschule zu schließen, wurde somit wohl zusätzlich durch die Führungskrise⁷ und die schwierige finanzielle Lage, in der sich der Verein 1933 befand, begünstigt. Jedenfalls wurde die Schulschließung bei den 1933 diskutierten Sparmaßnahmen wiederholt mit genannt.⁸ Durch die Beendigung des Lehrbetriebes konnte man letztlich auch die Personalstelle des 1931 eingestellten hauptamtlichen Dozenten einsparen.⁹

wurden.– Zur Entstehung der *Chronik* vgl.: AEK, Borromäusverein Nr. 11, Bl. 10-11. Handschriftliche Notiz von Dr. Albert Rumpf vom 23.9.1942.

6 Vgl. SCHMIDT, 1996a S. 6-7.

7 Zur Führungskrise 1933 vgl. SCHMIDT, 2017.

8 Vgl. z.B. AEK, Bestand Generalvikariat, CR I 22.5,1, Schreiben des Vorstandes des Borromäusvereins an Seine Eminenz dem Hochwürdigsten Herrn Karl Joseph Kardinal Schulte, Erzbischof von Köln vom 5. September 1933, gez. Prof. Dr. Lauscher (Päpstl. Hausprälat, 1. Vorsitzender), Dr. Alex Mayer (Stellv. Vorsitzender) und Prof. Dr. Tillmann (Schriftführer), maschinenschriftl. 3 Bl.

9 „Dr. Ernst Alker, der hauptsächlich für die Bibliotheksschule angestellt war, erhält einen Ruf als Lektor der deutschen Sprache an der Universität Lund in Schweden“, RUMPF (wie Anm. 5), Eintrag

Bei Kriegsende 1945 war eine rund 11 Jahre währende Unterbrechung der bibliothekarischen Ausbildung in Bonn eingetreten, die man dann wieder sehr rasch zu beenden versuchte. Für die Vereinsverantwortlichen, namentlich für Direktor Prälat Johannes Braun (1879-1958)¹⁰ und Generalsekretär Dr. Albert Rumpf (1884-1978), hatte ein Engagement in der bibliothekarischen Ausbildung weiterhin einen hohen Stellenwert. Bereits am 1. Mai 1946, also ein knappes Jahr nach Kriegsende, konnte die Ausbildungsstätte als Bibliothekar- und Buchhandelsschule des Borromäusvereins im feierlichen Rahmen wiedereröffnet werden. Albert Rumpf vermerkt dazu in seiner *Chronik*: „Das ganze Haus, auch die BG. [i.e. Bonner Buchgemeinde, Anm. d., Verf.], und natürlich die 40 Schüler, nahmen an der Feier im B.V. teil. [Weihbischof Dr. Wilhelm] Stockums begrüßte namentlich den Oberbürgermeister Dr. Spoellgen, den Rektor der Universität Dr. Konen, die ihrerseits wieder ihre Glückwünsche aussprachen. Dr. Paul Wolf, Akademikerverband, hielt die Festrede: Ethik des Buches. Orchester von Dirigent Classens.“¹¹ Vorangegangen war diesem Ereignis eine erste vorbereitende Dozentenkonferenz am 6.11.1945. Die Genehmigung zur Wiedereröffnung der Schule war von der Militärregierung der britischen Besatzungszone am 19.01.1946 erteilt worden. Seitens des erst wenige Monate zuvor gegründeten Landes Nordrhein-Westfalen war die Erneuerung der staatlichen Anerkennung der Bibliothekarschule „zur Ausbildung für den mittleren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken und den Dienst an Volksbüchereien“ am 6.3.1947 ausgesprochen worden.¹²

Die Westdeutsche Volksbüchereischule in Köln war am 15.5.1928 im Hansasaal des Rathauses zu Köln als städtische Einrichtung feierlich eröffnet worden. Sie ging wesentlich auf die Initiative des seit 1924 amtierenden Direktors der Volksbüchereien in Köln, Dr. Rudolf Reuter (1891-1977), zurück und lehnte sich anfangs inhaltlich eng an die zum Vorbild genommene Deutsche Büchereischule in Leipzig an. Zugleich wurde damit die bereits bestehende interne Fachschulausbildung der Kölner Volksbüchereien abgelöst. Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs fungierte de facto Dr. Reuter als Direktor der Westdeutschen Volksbüchereischule. Studienleiterin und bis 1936 einzige hauptamtliche Lehrkraft war Dr. Maria Steinhoff (1898-

vom 1.9.1934. In der Vereinsgeschichtsschreibung und in den Darstellungen zur Geschichte der Bonner Bibliotheksschule blieb bislang weithin unberücksichtigt, dass mit dem aus Wien stammenden Literaturwissenschaftler Ernst Alker (1895-1972), der 1931 das sächsische Bibliotheksexamen absolviert hatte, 1931 ein bibliothekarisch und akademisch vorgebildeter hauptamtlicher Dozent und Studienleiter angestellt worden war. Für Alker bedeutete der Abschied vom BV 1934 einen Einstieg in eine akademische Karriere außerhalb des nationalsozialistischen Deutschlands, die ihn schließlich 1946 als inzwischen schwedischer Staatsbürger zu einer Professur für deutsche Literaturgeschichte an die Universität Fribourg in der Schweiz führte (vgl. WIKIPEDIA, 2018a). Alker war Studienleiter der wissenschaftlichen Abteilung, während Rumpf die Leitung der Ausbildung für das Volksbüchereiwesen innehatte (vgl. SPAEL, 1950, S. 275).

10 Braun trat 1909 in der Zentralstelle des BV als Sekretär, ein, wurde 1912 Generalsekretär und 1924 Direktor des Generalsekretariates. Von 1934 bis Anfang 1956 war er Geschäftsführender Direktor des Vereins.

11 RUMPF (wie Anm. 5), Eintrag vom 1.5.1946.

12 Ebd., Einträge vom 6.11.1945, 19.1.1946 und 6.3.1947.

1977). Danach kam mit Erika Greulsberg eine zweite hauptamtliche Dozentin hinzu. Die Westdeutsche Volksbüchereischule konnte trotz zunehmender kriegsbedingter Einschränkungen ihre Arbeit bis Ende Oktober 1944 fortsetzen. Mit Erlass vom 17.10.1944 ordnete der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung die Schließung der Schule zum 1.11.1944 an.¹³

Somit hatte in Köln die bibliothekarische Ausbildung nur ein gutes Jahr geruht, als Ende 1945 der Gedanke der Wiedererrichtung der nun Westdeutsche Büchereischule genannten Einrichtung im Raum stand: Mit der Wiedererrichtung der Schule war am 1.1.1946 Dr. Erika Landsberg (1904-1995) von der Stadt Köln betraut worden; Landsberg war denn auch Studienleiterin während der Jahre 1946-1949.¹⁴ Die Eröffnung mit Genehmigung der britischen Militärregierung erfolgte zwei Monate später als in Bonn, nämlich am 1.7.1946. Auch in Köln bildete man nun zusätzlich zum Volksbüchereiwesen für das wissenschaftliche Bibliothekswesen aus. Die erneute staatliche Anerkennung der Westdeutschen Büchereischule durch das Land Nordrhein-Westfalen wurde zum 1.4.1947 und damit fast zeitgleich zu Bonn ausgesprochen.¹⁵

Da es keine neueren Richtlinien gab, legte man sowohl in Bonn als auch in Köln für beide Zweige des Bibliothekswesens weiterhin die preußische Bibliotheksprüfungsordnung des Jahres 1930¹⁶ zu Grunde. Diese sah eine dreijährige Ausbildung vor, wobei die Anwärter im ersten und in der zweiten Hälfte des dritten Jahres an einer staatlich anerkannten Bibliotheksschule studierten. Im zweiten Jahr war ein Jahrespraktikum in einer Praktikumsbibliothek ihrer Sparte abzuleisten und die erste Hälfte des dritten Jahres war für ein weiteres halbjähriges Praktikum in einer Bibliothek der anderen Sparte reserviert. Da ein Abschlussexamen in Berlin nun nicht mehr möglich war, galt es für diese Prüfungen andere Regelungen zu finden. Trotz diverser Bemühungen um eine Reform der bibliothekarischen Ausbildungsgänge in den frühen Nachkriegsjahren¹⁷ blieben die Bestimmungen aus der Weimarer Zeit während des gesamten hier betrachteten Zeitraumes weiterhin rechtswirksam.

Personell und organisatorisch lassen sich für die Bibliotheks- und Buchhandelschule des Borromäusvereins für die Jahre 1946-1952 keine signifikanten Veränderungen feststellen. Die Leitung der Schule nahm Direktor Braun wahr. Ihm stand mit Hedwig Fuisting als Studienleiterin eine Diplom-Bibliothekarin zur Seite. Neben Braun und Fuisting erteilten auch einige weitere, beim Schulträger angestellte Personen Unterricht an der Bibliotheksschule. Insbesondere Generalsekretär Dr. Rumpf deckte dabei ein beachtliches Fächerspektrum ab.¹⁸ Die übrigen Dozenten waren

13 Vgl. STEINHOFF, 1961 und JUNG, 2000, S. 5-21.

14 Vgl. JUNG, 2000, S. 22-23.

15 Vgl. JUNG, 2000, S. 28-29.

16 Vgl. PREUSSISCHE BIBLIOTHEKSORDNUNG, 1930, S. 315.

17 Vgl. JUNG, 2000, S. 31-39.

18 „Rumpf hat seine Vorlesungen an der Bibl.-schule hektographieren lassen, bis jetzt: Theorie der Bildung, Theorie der Bücherei, schulmässiges Bildungswesen, Volksbildungswesen im Ausland [...]. Fehlt noch die [, lies: das] Bildungswesen in Deutschland und die Leserkunde. Dann hätten wir ein

nebenamtlich tätig und stammten vorwiegend aus Kreisen der Bonner Universität und aus Bonner Bibliotheken.¹⁹ Es befanden sich jeweils ca. 50-60 Personen gleichzeitig in der Ausbildung, davon strebte etwa die Hälfte einen bibliothekarischen Abschluss an. Unter diesen überwogen Frauen, die später an Öffentlichen Büchereien tätig werden wollten. Zwischen 1948 und 1952 legten in Bonn 56 Personen die Diplomprüfung für das Volksbüchereiwesen und 13 Personen die Prüfung für den mittleren (gehobenen) Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken ab. Ende 1952 befanden sich zudem 22 Schülerinnen und Schüler in der bibliothekarischen Ausbildung, die im April 1951 aufgenommen worden waren.²⁰

Bei der Wiederaufnahme des Lehrbetriebes der Westdeutschen Büchereischule Köln knüpfte man zunächst personell und organisatorisch an die Verhältnisse an, wie sie in den letzten Jahren vor Beginn des Zweiten Weltkriegs bestanden hatten: Leitung der Schule durch den Direktor der Kölner Volksbüchereien, nunmehr Dr. Johannes Langfeldt (1893-1981), dazu neben einer Studienleiterin eine weitere hauptamtliche Dozentin und eine Sekretärin. Für den Lehrbetrieb standen weitere nebenamtliche Dozentinnen und Dozenten zur Verfügung.²¹ Somit finden wir anfangs in Köln und Bonn vergleichbare Strukturen vor, wenngleich die Ausbildungskapazitäten der Bibliotheksschule in der Domstadt von Anfang an etwas größer gewesen sind.²²

Eine für Köln richtungsweisende Entscheidung war die Überführung der Westdeutschen Büchereischule in die Trägerschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, die

Lehrbuch zu Händen der Schüler über das Volksbildungswesen und die Leserkunde.“ RUMPF (wie Anm. 5), Eintrag vom 10.12.1952.

¹⁹ Exemplarisch sollen hier genannt werden der Bonner Universitätsprofessor Dr. Theo Clasen (1908-1988) für das Fach Literaturgeschichte und der stellvertretende Direktor der Universitätsbibliothek Bonn Dr. Gustav Reich (1894-1966) für die Wissenschaftskunde (vgl. SCHMIDT, 1996b, S. 9-10).

²⁰ Im Einzelnen: Lehrgang 2.5.1946-16.3.1948 14 Volksbüchereiwesen (13 weiblich (w), 1 männlich (m)) und 4 geh. Dienst an wiss. Bibliotheken (4 w); Lehrgang 1.4.1948-31.8.1949 3 Volksbüchereiwesen (3 w), Lehrgang 20.4.1948-16.3.1951 23 Volksbüchereiwesen (20 w, 3 m) und 6 geh. Dienst an wiss. Bibliotheken (4 w, 2 m); Lehrgang 4.10.1949-23.7.1952 14 Volksbüchereiwesen (14 w) und 3 geh. Dienst an wiss. Bibliotheken (3 w). Die ersten beiden Lehrgänge fanden in verkürzter Form statt und ermöglichten den Teilnehmerinnen und Teilnehmern offensichtlich den Abschluss einer bereits vor 1945 begonnenen bibliothekarischen Ausbildung. Der Verf. hat 1996 aus Anlass des 75-jährigen Gründungsjubiläums der Bonner Ausbildungsstätte gemeinsam mit der seinerzeit an der Universitäts- und Landesbibliothek Bonn tätigen Bibliothekarin Renate SCHOENE eine bislang unveröffentlichte Quellendokumentation *Verzeichnis der Absolventinnen und Absolventen, die seit 1921 ein bibliothekarisches Examen an der Fachhochschule für das öffentliche Bibliothekswesen Bonn bzw. an den Vorgängereinrichtungen abgelegt haben* erarbeitet. Die hier genannten Zahlen sind dieser Dokumentation entnommen (Bl. 8-12). Außerhalb dieser Kurse legten am 26.9.1950 noch zwei weitere Kandidaten (1 m, 1 w) ihr Examen als Volksbibliothekare ab. RUMPF (wie Anm. 5), Eintrag vom 26.9.1950.

²¹ Vgl. JUNG, 2000, S. 23 u. 37.

²² Folgt man JUNG, 2000, S. 26, 28 u. 37, so gab es an der Westdeutschen Büchereischule zwischen 1946 und 1948 insgesamt 66 Absolventinnen und Absolventen, darunter 53 in der Abteilung für Volksbüchereien. Alle hatten eine verkürzte Ausbildung durchlaufen bzw. 1946 nur das Examen für eine bereits vor 1945 begonnene Ausbildung nachgeholt. Ein erster „regulärer“ Lehrgang für eine Tätigkeit in Öffentlichen Büchereien hatte ab April 1947 die Praktika abgeleistet und befand sich ab Oktober 1948 in der theoretischen Ausbildung in Köln (Examen März 1950) (vgl. JUNG, 2000, S. 27).

ab 1947 angestrebt und zum 1.4.1949 vollzogen wurde.²³ Das so geschaffene Bibliothekar-Lehrinstitut (BLI) des Landes Nordrhein-Westfalen war nunmehr neben den Ausbildungsgängen für das Öffentliche Büchereiwesen und für den gehobenen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken zusätzlich für das zum Höheren Bibliotheksdienst führende Referendariat zuständig. Zuvor hatte die Universitäts- und Stadtbibliothek Köln bereits begonnen, Bibliotheksreferendare auszubilden. Die weiterhin nebenamtliche Leitung der Ausbildungsstätte lag nun nicht mehr beim Direktor der Städtischen Volksbüchereien Köln, sondern beim Direktor der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln; im hier zu betrachtenden Zeitraum bei Prof. Dr. Hermann Corsten (1889-1968). Den hauptamtlichen Lehrkörper bildeten drei Dozentinnen, die alle dem Öffentlichen Büchereiwesen zuzurechnen waren. Neben den beiden von der Westdeutschen Büchereischule übernommenen Personen wurde zusätzlich die frühere Studienleiterin Dr. Maria Steinhoff als Stellvertretende und Geschäftsführende Leiterin des BLI eingestellt. Daneben unterrichtete weiterhin eine größere Anzahl nebenamtlicher Dozenten in Köln, von denen viele beruflich an der Universitätsbibliothek oder an der Stadtbücherei tätig waren. Spezifika des wissenschaftlichen Bibliothekwesens konnten ausschließlich über die Lehrfähigkeit nebenamtlicher Dozenten eingebracht werden.²⁴ Mit 55 Personen zählte das BLI Köln bei seiner Gründung etwa doppelt so viele Studierende wie die Bibliotheksschule des Borromäusvereins. Bis 1955 erhöhten sich diese Zahlen nur langsam.²⁵

Berührungspunkte und Konfliktfelder zwischen den beiden bibliothekarischen Ausbildungsstätten in Köln und Bonn (1946–1952)

Betrachtet man mit einem zeitlichen Abstand von mehr als 60 Jahren die vorab geschilderten Rahmenbedingungen, unter denen die beiden bibliothekarischen Ausbildungsstätten in Köln und Bonn in den frühen Nachkriegsjahren arbeiten mussten, so würde ein unbefangener Beobachter eigentlich erwarten, dass die vorliegenden Quellen vor allem Hinweise auf eine Zusammenarbeit und auf ein Bemühen um Kooperation enthalten. Tatsächlich stößt man hier aber vorwiegend auf einzelne Streitpunkte und auf Misstrauen oder gar offene Ablehnung. Dieser Befund hat natürlich seinen tieferen Grund in der durch die Trägerschaft bedingten Verankerung

23 Vgl. JUNG, 2000, S. 39-41.

24 Vgl. KLOMPEN, 1975, S. 8. In ihrer Rückschau zum 25-jährigen Gründungsjubiläum findet Klompen kritische Worte zu dem anfänglichen Ungleichgewicht zwischen dem hauptamtlichen, ausschließlich dem Öffentlichen Büchereiwesen verhafteten Lehrkörper und den nebenamtlichen Dozenten sowie zu dem mühsamen Zusammenwachsen der bibliothekarischen Ausbildung für die beiden Bibliothekssparten (vgl. KLOMPEN, 1975, S. 8-9).

25 Darunter 24 in der Abteilung für Volksbüchereien, 27 für den gehobenen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken und 4 Bibliotheksreferendare. Zwischen 1949 und 1952 legten in Köln die Prüfungen ab: 85 Personen (ÖB), 72 (gehobener Dienst WB) und 13 Bibliotheksreferendare (vgl. KLOMPEN, 1975, S. 10 und Anm. 49, S. 27).

der Bonner Bibliotheksschule im konfessionellen Büchereiwesen, das von den meisten Vertreterinnen und Vertretern des kommunalen Büchereiwesens, in dem das BLI Köln durch seine Entstehung aus der Westdeutschen Büchereischule heraus seine Wurzeln hatte, nicht als Partner in der Volksbücherei- und Volksbildungsarbeit sondern als unliebsamer und nicht vollwertiger Konkurrent wahrgenommen wurde. Und die Führungsspitze des Borromäusvereins, die in den Jahren 1945 energisch versuchte, an alte Konzepte aus der Weimarer Zeit anzuknüpfen und durchaus auch auf Kosten kommunaler Büchereien Terrain wiedergutzumachen, das man in der Zeit des Nationalsozialismus verloren hatte, lieferte den Anhängern dieser Gegnerschaft auch manche Munition für ihre Positionen.²⁶

Eine Bonner Intervention gegen die Gründung eines Bibliothekar-Lehrinstitutes des Landes Nordrhein-Westfalen

In ihrer quellengestützten Darstellung der Geschichte des Kölner BLI während der Jahre 1969 bis 1974 legt Wilma Klompen dar, dass Christine Teusch (1888-1968), von Dezember 1947 bis 1954 die Kultusministerin des Landes Nordrhein-Westfalen und der Rektor der Universität zu Köln, Prof. Dr. Josef Kroll (1889-1980), der zugleich Vorsitzender des Verbandes der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen war, „[...] als die eigentlichen Gründer des Bibliothekar-Lehrinstitutes bezeichnet werden.“²⁷ Die Ministerin hatte für den 4.2.1949 unter der Überschrift ‚Beratung von Bücherei- und Bibliotheksangelegenheiten des Landes NW‘ zu einer erweiterten Ministerialkonferenz in das Kultusministerium eingeladen. „Sie wurde die eigentliche Gründungssitzung des Bibliothekar-Lehrinstituts.“²⁸ Im Rahmen dieser gründlich vorbereiteten Sitzung wurde das Konzept eines spartenübergreifenden und über den Richtungen und Strömungen stehenden Bibliothekar-Lehrinstituts als einer unmittelbar dem Kultusminister unterstehenden Landeseinrichtung vorgestellt. Die Planungen wurden unmittelbar im Anschluss an das Treffen öffentlich bekannt gemacht und sehr rasch, nämlich bereits zum 1.4.1949 umgesetzt.²⁹ Für die Verwaltung des Instituts sollte ein Kuratorium gebildet werden: „Drei Vertreter des Kultusministeriums, drei Vertreter des Verbandes der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen, der Kulturdezernent der Stadt Köln, ein Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, zwei in der praktischen Ausbildung erfahrene Persönlichkeiten und der Direktor des Bibliothekar-Lehrinstitutes werden als Mitglieder vorgeschlagen.“ Neben Haushaltsfragen für das BLI sollten vor allem auch Regelungen bezüglich der Zulassungen und der Prüfungen in der Zuständigkeit des Kuratoriums liegen.

26 Vgl. SCHMIDT, 2017, S. 161 sowie SCHMIDT, 2013, S. 286-290.

27 KLOMPEN, 1975, S. 4.

28 Ebd.

29 Vgl. KLOMPEN, 1975, Endnote 20 auf S. 24 und S. 6.

„Frau Teusch fand für diesen Vorschlag bei den Anwesenden lebhafteste Zustimmung“, so das Fazit von Klompen.³⁰

Zumindest ein Anwesender, der Direktor des Borromäusvereins Johannes Braun³¹, war von diesen Planungen allerdings alles andere als begeistert. Wurde in der *Chronik des Generalsekretariates* zunächst kurz sachlich über die Düsseldorfer Besprechung berichtet³², so nahm Braun die Vorgänge zum Anlass, sich rund zwei Monate später in einem längeren persönlichen Schreiben an Frau Ministerin Teusch zu beschweren und seine Bedenken gegen die Gründung des Bibliothekar-Lehrinstitutes zu äußern. Wörtlich heißt es hier:

Aus tiefer Sorge um die Entwicklung des ausserschulmäßigen Bildungswesens, insbesondere des Volksbüchereiwesens, möchte ich mich persönlich an Sie als Kultusminister von Rheinland-Westfalen wenden und Ihnen folgendes zur Erwägung unterbreiten. [...]

Sie haben das Bibliotheks-Lehrinstitut in Köln geschaffen und ihm ein Kuratorium gegeben, das nicht nur, wie ich aus Ihren Darlegungen auf der Sitzung am 15. Februar³³ in Ihrem Arbeitszimmer entnehmen musste, die Angelegenheiten der Kölner Schule regeln sollte, sondern wie es sich jetzt herausstellt, die maßgebende Institution für das gesamte Ausbildungswesen des bibliothekarischen Berufs sein soll. Ausser den wenigen Informierten, zu denen ich nicht gehörte, wusste niemand, was bei der Sitzung proklamiert werden sollte. Von einem Beschluss der Teilnehmer war ja gar keine Rede. Gegen die Übernahme der Kölner Schule in Staatsregie und vor allem gegen die Übertragung von Vollmachten an das Kuratorium in dem Maße, wie es geschehen ist, hätte ich mich energisch zur Wehr gesetzt. Vor allem gegen die Zusammensetzung des Kuratoriums, in dem der Borromäus-Verein, die bedeutendste Bibliotheksbewegung in Rheinland-Westfalen, überhaupt nicht vertreten ist, hätte ich die grössten Bedenken geäußert und keinesfalls meine Zustimmung gegeben. Ich war der Ansicht, dass das Kuratorium nur für die Belange der Kölner Schule zuständig sei [...].

30 KLOMPEN, 1975, S. 5.

31 Braun zählte zu den Teilnehmern der Besprechung im Ministerium (vgl. KLOMPEN, 1975, Endnote 19 auf S. 24).

32 „Br[aun] zu einer Tagung in Düsseldorf von Frau Kultusminister Chr[istine] Tesuch eingeladen. Sitzung über das Büchereiwesen. Es wurde von der Gründung des Bibliothek[er]-Lehrinstituts in Köln berichtet, das für den volkstümlichen, den mittleren wissenschaftlichen Dienst ausbilde und solche, die das Universitätsstudium schon hinter sich hätten. Dafür sei ein Kuratorium eingesetzt [...]. RUMPF, (wie Anm. 5), 4.2.1949.

33 Hier irrt sich Braun offensichtlich im Termin, denn die weiteren Ausführungen machen deutlich, dass er sich in seinem Schreiben auf die Besprechung vom 4.2.1949 bezieht. Eine weitere Besprechung in Düsseldorf, bei der Braun ebenfalls zugegen war, fand am 21.2.1949 statt. Vgl. KLOMPEN, 1975, Endnote 28 auf S. 24 und RUMPF (wie Anm. 5), Eintrag vom 21.[.]2.1949 „Zweite Tagung im Kultusministerium in Düsseldorf über Bibliotheksangelegenheiten (erste Tagung am 4.2.49).“ Bei diesem Termin ging es u.a. auch um die finanziellen Probleme der Einkaufszentrale für Volksbüchereien (EKZ) in Reutlingen.

Sie haben auf die Zwischenfrage von Professor Kroll, der zwar Vorsitzender des Bibliothekarverbandes, aber noch nicht einmal Bibliothekar ist und keine Ahnung von dem Bestehen der Bibliotheksschule in Bonn hatte, geantwortet, dass diese Schule staatlich anerkannt sei, und somit die gleichen Rechte habe wie die Kölner Schule. Wie ist es damit zu vereinen, dass das Kuratorium über Zulassung usw. zu unserer Schule verfügen kann, zumal diese in dem Kuratorium überhaupt nicht vertreten ist, obwohl sie viel länger besteht und ihre Existenzberechtigung voll und ganz erwiesen hat?

Hier wäre die prinzipielle Frage aufzuwerfen: Ist es Aufgabe des Staates, selbst Schulen einzurichten, wenn privatrechtliche Träger solche gleicher Art schon geschaffen haben? Wenn auf Musterschulen hingewiesen wird, so lehne ich die Kölner Schule als Musterschule entschieden ab.

Ob der Staat Schulen privatrechtlicher Natur überhaupt will, steht in seinem Ermessen. Wenn er aber eine solche Anerkennung ausgesprochen hat, dann muss er auch die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Das Verhalten des Kultusministeriums entspricht leider nicht diesen Konsequenzen. [...] ³⁴

Braun kritisierte also in seiner Eingabe an die Kultusministerin, dass er über die Planungen zur Schaffung des Bibliothekar-Lehrinstitutes in Köln nicht informiert wurde und machte deutlich, dass er mit dem Vorhaben die Westdeutsche Büchereischule in eine Ausbildungsstätte für das gesamte Bibliothekswesen in Trägerschaft des Landes zu überführen, nicht einverstanden war. Bei der Besetzung des Kuratoriums als Steuerungsinstrument für die Belange der Kölner Schule fühlte er sich übergangen und er befürchtete, dass dieses Kuratorium künftig in Fragen, die die Bibliotheksschule des Borromäusvereins betreffen, mitbestimme.

Für wie bedeutsam Braun die anstehenden büchereipolitischen Entwicklungen und Entscheidungen insbesondere auch in Bezug auf das neu gegründete Bibliothekar-Lehrinstitut in Nordrhein-Westfalen hielt, belegt ein weiteres Schreiben, welches dieser wenige Tage vor seinem Brief an das Kultusministerium abgeschickt hatte:

34 Durchschrift eines Schreibens von Direktor Johannes Braun, Päpstlicher Hausprälat an Frau Kultusminister Teusch, Kultusministerium Düsseldorf vom 16.4.1949, 5 Bl. AEK, CR II 22.5.2 /188, Bl. 1-2; vgl. auch RUMPF (wie Anm. 5), Eintrag vom 16.4.1949. Weitere Punkte, die Braun in diesem Schreiben gegenüber der Ministerin anspricht, sind die ausstehende finanzielle Unterstützung für bedürftige Schülerinnen der Bonner Schule, Sorge um die Tätigkeit der staatlichen Beratungsstellen, Bedenken gegen einen von Dr. Johannes Langfeldt vorgelegten Entwurf für ein Büchereigesetz, „[...] der kategorisch erklärt, dass konfessionelle Volksbüchereien keine Volksbibliotheken seien“ (ebd., Bl. 4) und seine Verwunderung darüber, dass der frühere Bibliotheksdirektor Dr. Rudolf Reuter mit Unterstützung des Ministeriums eine Anstellung an dem für die Universität zu Köln anzusetzenden Institut für Buch- und Bibliothekswesen zur Auswertung der Schriften Walter Hofmanns erhalten sollte: „Es hat uns ferner sehr merkwürdig berührt, dass vom Ministerium der frühere Bibliotheksdirektor Dr. Reuter den Auftrag erhielt, die Ideen W. Hofmanns, des Exponenten der sozialistischen Büchereiarbeit nach dem Westen zu tragen und sie dort zu propagieren“ (ebd. Bl. 4). Zur Gründung des kurzlebigen Instituts für Buch- und Bibliothekswesen an der Universität zu Köln im Kontext der Schaffung des Bibliothekar-Lehrinstituts Köln vgl. KLOMPEN, 1975, Endnote 16 auf S. 22-23 und Endnote 34 auf S. 25.

Grosses Memorandum von Braun an Dr. Adenauer, den Vorsitzenden der CDU im Parlamentarischen Rat, betr.: CDU und Bibliothekswesen. Er bittet darin u.a. um stärkere Befassung mit Fragen der Erwachsenenbildung und Förderung des Bibliothekswesens im christlichen Geiste [...]. Verstärkung des christl. Einflusses im kommunalen Büchereiwesen, stärkere Beobachtung der Kulturpolitik des Kultusministeriums, engere Zusammenarbeit mit dem B.V. [...]. Gegen das Kölner Bibliothek[?]-Lehrinstitut. Ihm sei durch staatl. Einfluss die Gestaltung des gesamten Bibliothekswesens in die Hand gegeben. Wir stellen mit Entrüstung fest, dass der B.V. im Klner[, lies Kölner] Kuratorium nicht vertreten ist. Bei all diesen Bedenken bitte ich die CDU festzustellen, dass die Bibliothekarschule des B.V. gleichberechtigt neben der Kölner Schule steht, und dass diese keine grösseren Befugnisse hat als die Bonner Schule. Zusammenfassend im Namen des B.V. unter Hinweis auf seine 100 j[ährige] Bildungsarbeit: um grössere Aktivität der CDU in allen Fragen des öffentlichen Bibliothekswesens, um Nachprüfung der mit der Kölner Schule zusammenhängenden Bedenken des B.V. und um stärkere Beachtung und Förderung des B.V. mit all seinen Bestrebungen.³⁵

Mit diesem Schreiben an den Parteivorsitzenden der CDU, Dr. Konrad Adenauer, verband Braun offensichtlich auch die Hoffnung, dass parteiintern eine in seinem Sinne günstige Einflussnahme auf das Düsseldorfer Kultusministerium unternommen wurde. Ob Braun dabei bekannt war, dass Adenauer und Teusch nicht gerade in einem freundschaftlichen Verhältnis zu einander standen, kann nicht ausgeschlossen werden.³⁶

Schließlich ging eine Abschrift des Schreibens an Ministerin Teusch auch an den Kölner Erzbischof, Josef Kardinal Frings. In einem Begleitbrief führte Braun erläuternd aus:

Mit immer größer werdender Sorge verfolge ich in den letzten Monaten die Politik des Kultusministeriums auf dem Gebiete des Büchereiwesens. Der Staat scheint sich mit der Herrschaft über die Schule nicht zu begnügen, sondern sich auch der Erwachsenenbildung vollständig bemächtigen zu wollen. [...] Darum habe ich meine Bedenken offen und ehrlich Frau Minister Teusch mitgeteilt.

Unter welchem Einfluss sie bei ihrer Politik steht, kann ich nicht absolut sicher feststellen. Jedenfalls hatte Herr Prof. Dr. Kroll, Rektor der Kölner Universität, grossen Einfluss. Auch Herr Stadtdechant Dr. Grosche, der Dr. Reuter stark begünstigt, soll, wie mir von zuverlässigen Zeugen mitgeteilt wurde, ihr Ohr besitzen.

35 RUMPF (wie Anm. 5), Eintrag vom 7.4.1949

36 Teusch wurde im Dezember 1947 von Ministerpräsident Karl Arnold gegen den Willen Konrad Adenauers, des damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden im Landtag, zur Kultusministerin berufen (vgl. WIKIPEDIA, 2018d).

Ich bin überzeugt, dass Frau Minister Teusch das Beste will und nicht die Absicht hat, die katholischen Belange hintan zu setzen, aber die Gefahr ist gross, dass die in weiten Kreisen der Behörden und der Bürokratie verbreitete Ansicht von der Omnipotenz des Staates Einfluss auch auf sie zu gewinnen scheint. Und dagegen wollte ich mich vor allem wenden. [...] ³⁷

Auch bei diesem Brief darf man Braun die Absicht unterstellen, durch die Kontaktaufnahme mit einem hochrangigen Kirchenvertreter eine Einflussnahme auf das Kultusministerium in einer aus seiner Sicht abzulehnende Entwicklung im Büchereiwesen zu bewirken. Seit der im Kontext des Reichskonkordats von 1933 stehenden Satzungsänderung aus dem Jahre 1934 fungierte der Kölner Erzbischof zwar als Protektor des Vereins. Diese Oberaufsicht bedeutete aber nicht, dass der Kölner Oberhirte normalerweise in die Alltagsgeschäfte des Vereins eingebunden war. In dieser aktiven Rolle stand vielmehr der Kölner Weihbischof Dr. Wilhelm Stockums (1877-1956), seit 1934 Präsident des Vereins. Braun hatte, wie er Kardinal Frings außerdem mitteilte, Stockums ebenfalls informiert. ³⁸ Dass Braun außerdem gegenüber Frings den prominenten und einflussreichen Kölner Stadtdechanten Dr. Robert Grosche (1888-1967) als „Einflüsterer“ der Frau Ministerin ins Gespräch brachte, betrachtete dieser vermutlich als einen zusätzlichen taktischen Schachzug: Zwischen Braun, einem Exponenten des Verbandskatholizismus und Verfechter einer im Milieukatholizismus verhafteten Bildungsarbeit mit dem Buch und Grosche, einem literarisch und künstlerisch vielseitig interessierten und in der Erwachsenenbildung engagierten Geistlichen, der das Gespräch mit Andersdenkenden suchte, ökumenisch orientiert war und nach 1945 dem Versuch einer bloßen Restauration früherer Verhältnisse durch den deutschen Katholizismus kritisch gegenüberstand ³⁹, bestand eine schon in die Weimarer Jahre zurückgehende Gegnerschaft. ⁴⁰ Und Frings war zwar einerseits ein Förderer Grosches, erntete andererseits aber auch manchen Widerspruch von dem streitbaren Kölner Theologen. ⁴¹

Allerdings ließ sich die durchsetzungsstarke Ministerin durch die Eingabe aus Bonn wohl nicht in ihrem Plan beirren, die von ihr eingeleiteten ordnungspolitischen Maßnahmen für das Bibliothekswesen des Landes, unter denen die Gründung des

37 Schreiben von Johannes Braun (Briefkopf: Verein vom Heil. Karl Borromäus e.V. Bonn [...]), Der Direktor an Sr. Eminenz dem Hochwürdigsten Herrn Josef Kardinal Frings, Erzbischof von Köln vom 20.4.1949, 2. Bl. AEK CR II 22.5.2., 193.

38 „Exzellenz Dr. Stockums hat den Brief an Frau Minister gutgeheissen [...]“ Ebd., Bl. 2.

39 Zu Grosche vgl. einfürend KOCK, 2004.

40 Bei einer Tagung des Katholischen Zentralbildungsausschusses (ZBA) am 7.10.1930 zu der Thematik Standort im deutschen Volksbildungswesen vertrat Grosche wie auch andere Anwesende die Position „Die eigene Arbeit intensivieren, aber mitarbeiten mit den anderen.“ Seitens des Borromäusvereins wurde diese Mitarbeit jedoch abgelehnt. Vgl. RUMPF (wie Anm. 5), Eintrag vom 7.10.1930.

41 Zum Verhältnis von Kardinal Frings und Stadtdechant Grosche vgl. TRIPPEN, 2003, insbesondere S. 463, auf der Trippen von dem „keineswegs zu allen Zeiten spannungsfreien Verhältnis des Kölner Stadtdechanten Robert Grosche zum Erzbischof“ spricht und S. 124: „Grosche besaß die innere Freiheit, kontroverse Ansichten gegenüber seinem Erzbischof zu vertreten.“

Bibliothekar-Lehrinstituts lediglich ein Baustein war, mit Nachdruck weiterzuerfolgen.⁴² Brauns politische Interventionen blieben also für das Kölner Bibliothekar-Lehrinstitut letztlich folgenlos: „Zum Schreiben vom 16.4.49 bemerkt sie, das Schreiben gehe von falschen Voraussetzungen aus. Sie kenne doch den B.V.[...] Das Kuratorium des Kölner Bibl.-Lehr-Instituts sei nur für die Kölner Schule.“⁴³

Andererseits wollte Teusch wohl auch nicht in eine direkte Konfrontation mit dem einflussreichen katholischen Büchereiverband treten. Daher versuchte sie in der Folgezeit durch verschiedene Maßnahmen die Wogen gegenüber Bonn ein wenig zu glätten: So meldete sie sich am 27.4.1949 zum 40-jährigen Dienstjubiläum von Direktor Braun an, das am 3.5.1949 mit einem Festakt im Borromäushaus begangen wurde. Sie sprach bei der Feier, auch im Namen von Ministerpräsident Arnold, ein Grußwort und überbrachte (eine eher symbolische Unterstützung in Höhe von) DM 3.000,- „für volksbildnerische Zwecke und für zerstörte Bibliotheken“. Einige Tage zuvor hatte sie bereits „2 700,- DM für bedürftige Schüler und Schülerinnen der Bonner Bibliothekarschule“ überwiesen. Der Verein hatte einen solchen Zuschuss im Februar beantragt.⁴⁴

Oberregierungsrat Richard Schmidt (1903-1965) – ein Förderer der Bibliotheksschule des Borromäusvereins?

Im Zusammenhang mit Fragen des Volksbüchereiwesens und den beiden Bibliotheksschulen in Bonn und Köln begegnet man in der *Chronik des Generalsekretariates* als zuständigen Referenten im Kultusministerium immer wieder Oberregierungsrat Richard Schmidt. Dieser war derjenige, der kurz nach seinem Dienstantritt im Ministerium (Dezember 1946) Anfang 1947 sehr rasch für die staatliche Anerkennung der Bibliotheksschule des Borromäusvereins durch das Land Nordrhein-Westfalen sorgte⁴⁵ und er war der Bonner Schule offensichtlich auch sonst sehr gewogen. Dagegen stand er der Westdeutschen Büchereischule in Köln und ihrem Leiter Dr. Johannes Langfeldt eher ablehnend gegenüber: „ORR Schmidt-Düsseldorf: Er ist gegen Dr. Langfeldt, die Kölner Schule müsse verschwinden, die Praktikantenstellen bekommt der B.V. In der Sitzung des Zonen-Erziehungs-Beirates soll die Schule des B.V. für die ganze Zone anerkannt werden, der B.V. soll alles machen [...]“, notierte Albert Rumpf im September 1947.⁴⁶ Eine solch weitreichende Entwicklung, die das

42 Werner Krieg lobt im Rückblick die gute Zusammenarbeit, die zwischen dem Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen und dem Düsseldorfer Kultusministerium während der Amtszeit von Frau Ministerin Teusch bestand. Der Vorsitzende des Verbandes, Prof. Kroll, besaß das Vertrauen der Ministerin, die er in Bibliotheksfragen beriet (vgl. KRIEG, 1989, S. 67).

43 RUMPF (wie Anm. 5), Eintrag vom 27.4.1949.

44 Ebd., Einträge vom 27.4., 28.4. und 3.5.1949.

45 Ebd., Einträge vom 7.1.1945, 15.1.1947, 20.2.1947 und 6.3.1947.

46 Ebd., Eintrag vom 4.9.1947.

Aus der Westdeutschen Büchereischule bedeutet hätte, ist allerdings politisch nie ernsthaft in Betracht gezogen worden.⁴⁷

Langfeldt selbst war wiederum ein Kritiker der Bonner Ausbildungsstätte und sprach sich nach Gründung des Bibliothekar-Lehrinstituts deutlich gegen diese aus. Bei einer Tagung des Vereins Deutscher Volksbibliothekare NRW im Juli 1949 in Duisburg wurde auf seinen Vorschlag hin „[...] einstimmig beschlossen oder gesagt: Die Schule des B.V. sei zu theoretisch. Die Zahl der Schüler soll eingeschränkt werden, da die Praktikantenstellen gerade noch für die Kölner Schule ausreichen. Der B.V. solle für seine Büchereien ausbilden, hauptamtliche Kräfte einstellen und sein[e] Büchereien zu Stüt[z]punkten des kath. Glaubens machen.“⁴⁸ Langfeldt und Schmidt gerieten während eines Prüfungstermins an der Bibliothekarschule Bonn im März 1948 heftig aneinander, als dieser an den Prüfungen als einer der beiden vom Kultusministerium bestellten Beisitzer, jener als staatlicher Prüfungskommissar fungierte: „Es war dicke Luft, das merkte man schon beim ersten Zusammentreffen der Beisitzer mit den Dozenten vor der Prüfung im Zimmer von Braun.“⁴⁹

Wie wichtig Schmidt als Verbindungsmann für den Borromäusverein war, belegt eine weitere Eintragung in der *Chronik des Generalsekretariates*: Als man im September 1948 in Bonn erfuhr, dass der Posten von Richard Schmidt zum 1.10. zur Disposition gestellt werden sollte, schickte man eine Mitarbeiterin des BV zum früheren Kultusminister, um zu erreichen, „[...] dass das Referat nicht eingeht.“⁵⁰ Tatsächlich war Schmidt vom 10.12.1946 bis zum 30.6.1953 im Düsseldorfer Kultusministerium tätig und trat dann als Beigeordneter in den Dienst der Stadt Oberhausen.⁵¹ Ob er

47 Über ein weiteres Beispiel einer ablehnenden Haltung Richard Schmidts gegenüber der Westdeutschen Büchereischule berichtet Jung: Im August 1948 wurde, als für die Kölner Büchereischule Prüfungen anstanden und man beim Kultusministerium einen Vorschlag für die Prüfung einreichte, „[...] die Teilnahme der Hamburger Kollegen nicht genehmigt. Bei der Besprechung am 13.8.1948 in Düsseldorf hatte R. Schmidt der Büchereischule offenbar mitgeteilt, daß ‚Hamburger in Köln nichts zu suchen haben‘ und daß eine Einladung nicht in Frage komme“ (JUNG, 2000, 30). Eine Kooperation der Westdeutschen Büchereischule mit der Hamburger Büchereischule war naheliegend, da diese sich ebenfalls in der Britischen Besatzungszone befand.

48 RUMPF (wie Anm. 5), Eintrag vom 16.7.1949.

49 Ebd., Eintrag vom 15./16.3.1948.

50 „Das Referat am Kultusministerium ‚Volksbüchereiwesen‘ soll aufgelöst und mit Köln (Dr. Langfeldt) vereinigt werden. Es sollen politische Gründe mitspielen. Frl. Dr. Wolff[f] soll mit Prof. Konen sprechen und erreichen, dass das Referat nicht eingeht. Das war der Zweck des Besuches.“ Ebd., Eintrag vom 13.9.1948. Prof. Dr. Heinrich Konen (1874-1948) war als Vorgänger von Frau Ministerin Teusch der erste Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen und der erste Rektor der Bonner Universität nach 1945. Er hatte sein Ministeramt im Dezember 1947 wegen der Doppelbelastung aufgegeben (vgl. WIKIPEDIA, 2018c). Dass man das Gespräch nicht mit der amtierenden Ministerin suchte, mag daran gelegen haben, dass der am 31.12.1948 verstorbene Konen bis 1934 dem Vorstand des Borromäusvereins angehört hatte. Vgl. RUMPF (wie Anm. 5), Eintrag vom 3.1.1949. Gesprächspartnerin Konens war Dr. Hetta Wolff (1894-1952), langjährige Leiterin der als Abteilung dem Verein angeschlossenen Bonner Buchgemeinde. Wolff war zeitweilig auch als Dozentin an der Bibliotheksschule des Borromäusvereins tätig und verfügte offensichtlich über gute Kontakte zur Bonner Professorenschaft. Zu Hetta Wolff und zur Bonner Buchgemeinde vgl. SCHMIDT, 2018.

51 Stadtarchiv Oberhausen, Bestand 12, Nr. 514, *Auszug aus den Personalakten den Herrn Beigeordneten Richard Schmidt*, ohne Datum [ca. 1960], 1 Bl. Als nunmehriger, auf 12 Jahre gewählter Beigeordneter der Stadt Oberhausen war das Büchereiwesen für Schmidt nun nur noch eine Aufgabe unter vielen, denn sein Dezernat umfasste das Schulamt und das Kulturamt mit den Institutionen Städtische

allerdings dort bis zuletzt seinen Referatsposten für das Bibliothekswesen innehatte, ist ungewiss.⁵²

Es verwundert daher nicht, dass Schmidt in den Publikationen zur Kölner Ausbildungsstätte und zu den Aktivitäten des Verbandes der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen kritisch beurteilt wird. Werner Krieg schreibt in seiner Geschichte des Verbandes der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen, dass neben der Ministerin Teusch auch der nächste Mitarbeiter der Ministerin, Abteilungsleiter Ministerialrat Dr. Josef Busley, die Ansichten der Ministerin teilte und unterstützte: „Aber der für das Bibliothekswesen zuständige Referent Oberregierungsrat Richard Schmidt [...] behinderte die Arbeit des Verbandes, indem er manche Entscheidung unter den verschiedensten Vorwänden jahrelang verschleppte, aufs äußerste. Über die Motive einer offensichtlichen Feindschaft gegenüber dem Verband kann man nur rätseln. Jedenfalls waren die Bibliothekare erleichtert, als er (ca. 1951) seinen Sessel im Ministerium räumte.“⁵³ Und Rudolf Jung kam in seiner Darstellung der Anfänge der bibliothekarischen Ausbildung zu Köln zu einem, wenngleich zurückhaltend formulierten, noch härteren Urteil über Schmidt: „Die Bemerkungen von Werner Krieg über Richard Schmidt sind sehr zurückhaltend formuliert; aus den Akten ließen sich ganz andere Urteile fällen.“⁵⁴

Die wenigen, hier zusammengetragenen Beobachtungen lassen vermuten, dass eine eingehendere Beschäftigung mit Richard Schmidt, dessen Nachlass sich im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen befindet, weitere interessante Aspekte zu den Bibliotheksschulen Köln und Bonn in den frühen Nachkriegsjahren zu Tage fördern könnte. Eine solche umfassende Würdigung von Leben und Werk Richard Schmidts kann hier nicht geleistet werden. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass der am 1.3.1903 in Osbergshausen im Oberbergischen Land geborene und in Siegburg aufgewachsene Sohn eines Eisenbahners zum 1.1.1928 seine erste berufliche Anstellung

Bühnen, Städtisches Orchester, Stadtbücherei, Städtische Volkshochschule und Städtische Galerie. (Ebd.). Kurz vor Ablauf dieser Dienstzeit verstarb Schmidt am Morgen des 25.6.1965 während seines Urlaubs in Lenzkirch/Schwarzwald 62-jährig an einem Herzinfarkt. Stadtarchiv Oberhausen, Bestand 12, Nr. 514, [Todesanzeige für Herrn Beigeordneten Richard Schmidt], Auszug aus der Ruhrwacht vom 28.6.1965, Nr. 147.

52 Vgl. die folgende Anm. 53. KRIEG spricht davon, dass Schmidt seinen Sessel bereits ca. 1951 räumte und ihm Oberregierungsrätin Dr. Marie-Therese Schmücker im Amt interimistisch folgte (vgl. KRIEG, 1989, S. 68). Dazu passt auch die Beobachtung, dass bei den Prüfungen am 23.7.1952 an der Bibliotheksschule des Borromäusvereins Frau Dr. Schmücker als „*Referentin für das volkstümliche und wiss. Büchereiwesen am Kultusministerium in Düsseldorf*“ zugegen war. Vgl. RUMPFF (wie Anm. 5), Eintrag vom 23.7.1952.

53 KRIEG, 1989, S. 68. Dass zwischen Schmidt und Ministerin Teusch nicht immer Einvernehmen bestand, belegt auch eine harsche Zurechtweisung anlässlich der zweiten Sitzung zu Bibliotheksangelegenheiten im Kultusministerium, über die Rumpff berichtet: „Frau Minister Teusch machte in öffentlicher Sitzung Herrn ORR Richard Schmidt den Vorwurf, dass er sich als Vorsitzender des Aufsichtsrates [der Einkaufszentrale für Büchereien in Reutlingen, Anm. des Verf.] im Laufe des Jahres von der EKZ Bücher im Betrage von DM 4 700 habe schenken lassen. Schmidt muss auf Befehl von Frau Minister Teusch (Sie haben mich immer noch nicht verstanden) den Aufsichtsrat zusammenrufen und seine Stelle niederlegen.“ RUMPFF (wie Anm. 5), Eintrag vom 21.2.1949.

54 JUNG, 2000, Fußnote 62 auf S. 29.

als Leiter der staatlich-anerkannten Buchberatungs- und Beschaffungsstelle des Borromäusvereins in Neisse/Oberschlesien erhalten hatte. Schmidt war dort, zwar nur kurze Zeit, in der Sache aber sehr erfolgreich, bis zum 31.10.1929 tätig.⁵⁵ Als der Verein diese Beratungsstelle aus finanziellen Gründen schließen musste, wechselte er in den Staatsdienst. Diese Tätigkeit Schmidts in den späten 20er Jahren in einer frühen Fachstelle des Borromäusvereins mag ein sehr wichtiger Grund für seine Verbundenheit mit der Vereinsarbeit nach 1945 sein.⁵⁶

55 Vgl. BAUM, 1929.

56 Da Richard Schmidt bislang in der Fachliteratur nicht näher beachtet worden ist, seien an dieser Stelle einige Daten zu seiner Biographie vorgetragen. Unter den dem Verf. freundlicherweise vom Stadtarchiv Oberhausen zur Verfügung gestellten Aktenstücke (Stadtarchiv Oberhausen, Bestand 12, Nr. 514) befindet sich auch eine maschinenschriftliche, 16 Blatt umfassende Vita, in der Richard SCHMIDT unter der Überschrift *Mein Lebenslauf* anlässlich seiner Bewerbung um das Amt des Beigeordneten für Schule und Kultur der Stadt Oberhausen 1953 detailliert Auskunft gibt über seinen bisherigen Werdegang; es fehlen lediglich nähere Ausführungen zu seiner Referententätigkeit im Kultusministerium: Nach der Volksschulzeit besuchte Schmidt das Preußische Lehrerseminar und erhielt 1923 mit der Ersten Lehrerprüfung die Befähigung zur Ausübung des Berufs eines Volksschullehrers. Da er zunächst keine Aussicht auf eine Anstellung hatte, holte er 1925 die Reifeprüfung nach und studierte bis Sommersemester 1928 Deutsche Philologie, Geschichte und Erdkunde an der Universität zu Köln. Während des Studiums kam er u.a. in eine engere Verbindung mit dem in Dortmund ansässigen Wolframbund, einer im Rückblick recht kurzlebigen katholischen Bildungsorganisation, die Mitte der 20er Jahre in starker Konkurrenz zum Borromäusverein stand. Nach seiner Selbstauskunft entschloss er sich während des Studiums, Volksbibliothekar zu werden und belegte Kurse, die die Deutsche Zentralstelle für volkstümliches Büchereiwesen in Leipzig und das Institut für neuzeitliche Volksbildungsarbeit in Dortmund veranstalteten. Außerdem habe er an den Öffentlichen Büchereien in Siegburg und Köln praktiziert. Die Stelle in Neisse nahm Schmidt nach dem plötzlichen Tode seines Vaters bereits an, bevor er im November 1928 das Lehramtsstudium in Köln abschloss. Nach dem Ende seiner Tätigkeit für den Borromäusverein war er für fünf Monate Referent des preußischen Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien für das Volksbüchereiwesen in Neisse, ehe er zum 1.4.1930 in der ober-schlesischen Grenzstadt Beuthen Stadtbüchereidirektor wurde; ein Amt, mit dem die Leitungen der Verwaltungsbücherei, der Städtischen Volkshochschule und des Städtischen Volksbildungsamtes verbunden war. Schmidt wurde mit nur 33 Jahren zum 1.10.1936 auf der Grundlage des nationalsozialistischen Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums als eine politisch missliebige Person in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Er hatte nach eigenem Bekunden auch nach 1933 christliche Literatur weiter gepflegt, Bestandssäuberungen nicht in dem gewünschten Maße durchgeführt und sich einmal ‚coram publicum‘ abfällig über das nationalsozialistische „Kultbuch“ *Mythos des 20. Jahrhunderts* von Alfred Rosenberg geäußert. Nach der Entlassung kehrte er in seine rheinische Heimat zurück und schlug sich mehr schlecht als recht mit einigen Vertretungsstellen als Lehrer durch. Nach vielen erfolglosen Bewerbungen gelang es ihm zum 1.4.1940 eine Tätigkeit in Diensten der Stadt Königshütte/Oberschlesien zu erlangen. Königshütte gehörte zu jenem Teil Oberschlesiens, der nach der Volksabstimmung 1921 vom Deutschen Reich abgetrennt und nun nach der Besetzung Polens wieder in das Reich eingegliedert worden war. Hier hatte Schmidt bis zum 23.1.1945, als sich die deutsche Stadtverwaltung vor der heranrückenden Roten Armee absetzte, viele Ämter inne: Kulturdezernent, Büchereidirektor, Leiter des Stadtarchivs, der Städtischen Volkshochschule, des Statistischen Amtes, des Verkehrs- und Werbeamtes sowie Vertreter des Schuldezernenten. Im Zuge der Flucht gelangte er in das Rheinland zurück und wurde vom Landrat des Siegkreises bereits zum 20. Juni 1945 als Amtsbürgermeister von Lohmar bestellt: Und: „Als der Aufbau der Landesregierung Nordrhein-Westfalen begann, bot ich dem Kultusminister meine Dienste an. Am 10.12.1946 wurde ich zur Dienstleistung einberufen und mit dem Referat für Bibliotheken und Büchereien, für Buchhandel und allgemeine Schrifttumspflege betraut, das ich seitdem innehabe“ (ebd., Bl. 16).

Abschlussprüfungen in Bonn und die Frage der Qualität der bibliothekarischen Ausbildung in Bonn und Köln

Im Rahmen einer katholischen Volksbüchereiarbeit, wie sie Johannes Braun verstand, war der Borromäusverein stets bestrebt, im Wettbewerb mit dem Büchereiwesen anderer Träger etwas Gleichwertiges auf katholischer Grundlage anzubieten. Mit einer aus eigenen Finanzmitteln unterhaltenen Bibliotheksschule, die – staatlich- anerkannt – Fachkräfte in einem über den eigenen Bedarf hinausgehenden Umfange ausbildete, konnte man diesen Anspruch auf Gleichwertigkeit gegenüber den kommunalen Büchereiträgern untermauern und eventuelle Vorwürfe der Inferiorität katholischer Bildungsbestrebungen zurückweisen. Examina an der Bonner Bibliotheksschule boten eine gute Gelegenheit, die Qualität der vom Borromäusverein verantworteten bibliothekarischen Ausbildung und damit indirekt auch die Leistungen katholischer Büchereiarbeit gegenüber Dritten unter Beweis zu stellen. Dies setzte natürlich voraus, dass die Kandidatinnen und Kandidaten bei den mündlichen Abschlussprüfungen die jeweilige Prüfungskommission, der stets auch einzelne Vertreter des Kultusministeriums und aus Öffentlichen Büchereien und wissenschaftlichen Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen angehörten, durch ihre Leistungen und ihr Wissen zu überzeugen wussten.

Solche Überlegungen mögen eine Erklärung dafür sein, dass Albert Rumpf in seiner *Chronik des Generalsekretariates* über die drei großen Abschlussprüfungen an der Bibliotheksschule des Borromäusvereins während der Jahre 1948 bis 1952⁵⁷ nicht nur recht ausführlich berichtet, sondern auch die Reaktionen einzelner Kommissionsmitglieder schildert und Vergleiche zur bibliothekarischen Ausbildung in Köln zieht.

Über die Prüfungen am 15. und 16.3.1948, bei denen Richard Schmidt den Vorsitz hatte und Dr. Johannes Langfeldt, Direktor der Kölner Volksbüchereien und Leiter der Westdeutschen Büchereischule als einer der beiden Beisitzer anwesend waren und somit ein Befürworter und ein Kritiker der Bibliotheksschule des Borromäusvereins aufeinandertrafen⁵⁸, heißt es:

Beide [Schmidt und Langfeldt, Anm. des Verf.] warfen auch am ersten Morgen immer Zwischenfragen ein, bei der Prüfung durch Rumpf (die beiden waren ja Fachleute im Volksbildungswesen und in der Leserkunde, die er zu prüfen hatte, war aber nicht allzu gefährlich), aber noch mehr bei Grenzmann in der Prüfung über Literatur, so dass Grenzmann sehr böse wurde mindestens mir gegenüber. Aber schon am Nachmittag und besonders am 2. Tag wurden sie sehr still. Z.B. bekamen im Beisein und mit Zustimmung des Beisitzers Langfeldt zwei Abteilungen mit je 4 Prüflingen in der Bibliotheksverwaltung ([Prüferin: Hedwig] Fuisting) alle durch die Bank die Note

⁵⁷ Am 15. und 16.3.1948, am 13. und 14.3.1951 und am 23.7.1952; vgl. Anm. 20.

⁵⁸ Als weiterer Beisitzer war Dr. Joseph Peters, der damalige Leiter der Stadtbüchereien Düsseldorf, bestellt worden.

2. Schmidt, der Staatl. Kommissar, sagte dann auch in der Schlusskonferenz und in der Ansprache an die Schüler: Ich bin überrascht über das Ergebnis der Prüfung. Und nochmals: Ich bin völlig überrascht und erschüttert, wenn ich die Noten hier mit den Noten der anderen Staatl. Schulen vergleiche. Ich sehe keine 4, ich sehe keine 5[.] Und nochmals: Wir sind gut durchgekommen. Offenbar war er vorher doch etwas bange, und in der Freude darüber, dass die Schuke[!, lies: Schule] gut abgeschnitten hatte, sagte er das offen heraus. Schon während der Prüfung sagte er: Die Schule ist sehr gut.⁵⁹

Bemerkenswert ist auch der Sinneswandel, der offenkundig bei Johannes Langfeldt aufgrund seiner Mitwirkung bei den Bonner Prüfungen eingetreten war: „Dr. Langfeldt schrieb dann am 19.3. an Braun einen Brief, worin er sagt, dass er von der Gastfreundschaft (die Herren wurden zum Essen eingeladen, auch am Abend) tief gerührt sei und stark beeindruckt von der Leistung der Schule und der Schüler. Er hoffe auf gute Zusammenarbeit.“⁶⁰ Dieses „Emmaus-Erlebnis“ führte beim Leiter der Westdeutschen Büchereischule allerdings, wie wir gesehen haben, nicht zu einer dauerhaft positiven Einstellung gegenüber der Bibliotheksschule des Borromäusvereins.⁶¹

Drei Jahre später findet sich in der *Chronik des Generalsekretariates* ein vergleichbarer „Bekehrungsbericht“ eines Vertreters des staatlichen Bibliothekswesens. Dieses Mal betraf es Dr. Rudolf Juchhoff (1894-1968), der für die Prüfungen am 13. und 14.3.1951 vom Kultusministerium zum Staatskommissar ernannt worden war. Zu diesem Zeitpunkt leitete er den Zentralkatalog des Landes Nordrhein-Westfalen und war zugleich nebenamtlicher Dozent am Bibliothekar-Lehrinstitut in Köln und Studienleiter für die Ausbildung zum Höheren Bibliotheksdienst. Drei Jahre später folgte er Prof. Corsten im Amt des Direktors der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln und damit auch des nebenamtlichen Leiters des BLI Köln nach. Rumpf schreibt über Juchhoff:

Als einer der Dozenten unserer Schule [...] das [gemeint ist die Ernennung Juchhoffs zum Staatskommissar, Anm. des Verf.] erfuhr, telephonierte er uns sofort: Wenn Juchhoff Staatskommissar sei, würden 40 v.H. unserer Prüflinge durchfallen. Er wolle nicht wissen, was die Schüler wissen, sondern wolle nur Lücken fe[s]tstellen. Juchhoff wat [lies: war] den[n] auch sehr zugeknöpft, als ich ihn empfang, lehnte einen[!] Tasse Kaffee ab und stellte die merkwürdige Frage: Hier wird ja nur theoretisch geprüft. Als ich ihm das richtiggestellt und auseinandergesetzt hatte, was ich doziert habe usw., wurde er aufgeschlossener. Auch das gefiel ihm, dass ich ihm sagte, er können[!] ruhig selbst Fragen stellen, was in Köln in der Schule nicht erlaubt ist.

59 RUMPF (wie Anm. 5), Eintrag vom 15. und 16.3.1948.

60 Ebd.

61 Hier sei auf Langfeldts kritische Anmerkungen zur Bonner Schule während der Duisburger Tagung im Juli 1949 hingewiesen; vgl. Anm. 48.

Und gleich im ersten Prüfungsfach (Bildungswesen und Leserkunde) drückte er die Noten, die ich[, lies: ich] vorgeschlagen hatte, in die Höhe. [...] Juchhoff war in seinem Bericht an das Kultusministerium des Lobes voll über unsere Schule (z.B. es wurden Dinge gefragt, die ich nicht zu fragen gewagt hätte).⁶²

Juchhoffs positive Eindrücke von den Prüfungen an der Bibliotheksschule des Borromäusvereins blieben offensichtlich nicht ohne Folgen für die Kölner Ausbildung im Volksbüchereiwesen: „Auch in den Kreisen der Volksbibliothekare scheint er ähnlich geredet[!] zu haben. Die Folge davon war, dass sich die Direktoren der kommunalen Bücherei darauf zusammensetzten und mit dem Kölner Bibliothekar-Lehrinstitut schrecklich ins Gericht gingen wegen seiner Lehrmethode und seinem Lehrplan.“⁶³

Auch bei der Jahrestagung des Verbandes der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen im Juni 1951 in Duisburg kamen die Ausbildungsleistungen in Bonn zur Sprache. Dr. Josef Busley setzte die Anwesenden darüber in Kenntnis, dass „Dr. Juchhoff als Staatskommissar [...] dem Kultusminister [...] über die ausgezeichneten, über das Normale hinausgehenden Leist[un]gen der Bonner Bibliothekarschule“ berichtet hat. Und der Verbandsvorsitzende, Prof. Kroll habe daraufhin gesagt: „Es besteht bei den Bibliotheksdirektoren eine grosse Animosität gegen die Bonner Schule. Ich dulde das nicht, sondern ich will die Einheit des Bibliothekswesens und werde nicht ruhen und rasten, bis der Borromäusverein auch an dieser Stelle anerkannt ist.“⁶⁴ Es ist schon bemerkenswert, dass sich Prof. Kroll, der ja offensichtlich bei der Besprechung zur Gründung des Kölner BLI Anfang 1949 im Kultusministerium nichts von der Bibliotheksschule des Borromäusvereins wusste, sich nun auf solche Weise für diese einsetzte. In dem im Mitteilungsblatt veröffentlichten Bericht zur Verbandstagung fehlen allerdings diese Äußerungen. Es wird dort lediglich recht ausführlich über Ausbildungsfragen, die das Bibliothekar-Lehrinstitut in Köln betreffen, berichtet.⁶⁵

Vielleicht waren diese Lobeshymnen auf die Bonner Bibliotheksschule und die Kritik an der Kölner Ausbildung ein wichtiger Grund dafür, dass sich die Geschäftsführende Leiterin des Kölner BLI, Dr. Maria Steinhoff, bei nächster Gelegenheit, also im Sommer 1952, selbst ein Bild von den dortigen Prüfungsleistungen machen wollte. Allerdings war ihre Anwesenheit in Bonn keineswegs erwünscht, wie wir durch Albert Rumpf erfahren:

Zum Staatskommissar war [der] Direktor der Universitätsbibliothek Bonn Dr. Viktor Burr bestimmt, als Beisitzer [...] Dr. Peters aus Düsseldorf und

62 Ebd., Eintrag vom 13. und 14.3.1951.

63 Ebd.

64 RUMPF (wie Anm. 5), Eintrag vom 4.5.1951. An dem Verbandstreffen nahm aus Bonn u.a. Studienleiterin Hedwig Fuisting teil (ebd.).

65 Vgl. KRIEG, 1951.

Dr. Schlüter aus Krefeld. Anwesend war auch die Referentin für das volkstümliche und wiss. Büchereiwesen am Kultusministerium in Düsseldorf Dr. Therese Schmücker. Eingeschmuggelt hatte sich über das Kultusministerium auch die Leiterin des Bibliothek[ar]-Lehrinstitutes Köln Frl. Dr. Steinhoff, was wir durch den Vorschlag von Dr. Peters und Dr. Schlüter gerade verhindern wollten. Sie hat dann auch viel in die Notengebung hineingeredet, was ihr gar nicht zustand.⁶⁶

Natürlich müssen die hier geschilderten Berichte aus der *Chronik des Generalsekretariates* über die Prüfungen in Bonn auch als die subjektiv eingefärbten Eindrücke eines unmittelbar am Geschehen Beteiligten bewertet werden. Objektiv kann man in der Rückschau sicherlich nicht ermessen oder feststellen, ob die volksbibliothekarische Ausbildung und die damit verbundenen Prüfungsleistungen in jenen Jahren in Bonn so gut und vielleicht sogar besser als in Köln waren. Festzuhalten bleibt allerdings, dass eine große Praxisnähe und eine intensive Ausbildung in kleinen Lerngruppen stets zwei besondere Markenzeichen des Bonner Instituts gewesen sind.⁶⁷

Fragen der Zuweisung und Verteilung der Praktikumsstellen

Ein dauerhaftes Konfliktfeld zwischen den beiden Bibliotheksschulen in Köln und Bonn während der frühen Nachkriegsjahre lag in der Frage der Zuweisung und Verteilung der knappen Praktikumsstellen. Alleine schon aufgrund ihrer räumlichen Nähe konkurrierten beide Ausbildungsstätten um Bibliotheken innerhalb eines sich überschneidenden Einzugsgebietes. Die geltende Ausbildungsordnung sah ein einjähriges Praktikum in einer als Praktikumsbibliothek anerkannten Einrichtung der Sparte vor, für die ein Abschluss angestrebt wurde und ein weiteres halbjähriges Praktikum in einer Bibliothek der anderen Sparte. In den ersten Jahren nach dem Krieg litten viele Bibliotheken unter den Folgen der kriegsbedingten Zerstörungen oder befanden sich in einer Phase eines mühsamen Neuanfangs und Wiederaufbaus. Das waren keine guten Rahmenbedingungen für die Bereitschaft, viele Praktikantinnen und Praktikanten aufzunehmen. Hinzu kam, dass man angesichts der gewaltigen Wohnungsnot in den größeren Städten, in denen sich die allermeisten Praktikumsbibliotheken nun einmal befanden, nicht davon ausgehen konnte, dass sich die Frage der auswärtigen Unterbringung während der praktischen Ausbildungsabschnitte einfach lösen ließe.

In den ersten Nachkriegsjahren hatte der Borromäusverein offensichtlich erhebliche Schwierigkeiten, Praktikumsplätze in ausreichender Anzahl für die Studentinnen und Studenten seiner Bibliotheksschule zu vermitteln. Bei der Lösung dieses Problems konnte man aber auch nicht unbedingt auf die Unterstützung durch den dem Verein geneigten Referenten im Ministerium, Oberregierungsrat Richard

66 RUMPF (wie Anm. 5), Eintrag vom 23.7.1952. Zu Schmücker vgl. auch Anm. 52.

67 Vgl. HODICK, 1985, S. 326.

Schmidt, hoffen. Denn die Aufgabe des Ministeriums bestand nicht in der Beschaffung oder der Vermittlung von Praktikumsbibliotheken, sondern lediglich in der Prüfung der Frage, ob eine Einrichtung die Kriterien für eine Anerkennung als Praktikumsbibliothek erfüllte, z.B. in dem sie eine Leitung durch eine hauptamtliche Fachkraft nachweisen konnte.

Die *Chronik des Generalvikariates* als Quelle vermittelt jedenfalls den Eindruck, dass der Borromäusverein sich anfangs vor allem auch um Praktikumsstellen in den eigenen Bibliotheken bemühte bzw. seitens des Ministeriums aufgefordert worden war, dieses zu tun: „ORR Schmidt wieder im B.V. wegen der Praktikanten. Stellen soll der B.V. benennen, wo die Praktikanten ausgebildet werden können (B.V.-Büchereien)“, notierte Albert Rumpf zu einem Zeitpunkt, als das Verfahren um die staatliche Anerkennung der Bibliotheksschule des Borromäusvereins noch lief.⁶⁸ Allerdings konnte der Verein nur wenige Stellen benennen, die dem Ministerium keineswegs alle als geeignet erschienen: „Wir schlagen als Praktikantenstellen vor: Fernleih-, Münsterbibliothek, Beratungsstelle. Richard Schmidt will nur die Fernleih[e] als Praktikantenstelle für wissenschaftliche Bibliotheken anerkennen. Nämlich Grundbedingung ist die [...] Besetzung der Praktikanten-Ausbildungsbücherei[e]n mit Diplombibliothekarinnen.“⁶⁹ In der Fernleihbibliothek hatte man eigens einen wissenschaftlichen Bibliothekar als Leiter eingestellt, „[...]“, damit die Fernleih[e] als wissenschaftl. Praktikantenstelle anerkannt werde und wurde“⁷⁰

Mit der Erlangung der staatlichen Anerkennung war wohl im Verein kurzzeitig die Hoffnung verbunden, das Ministerium werde auch die Frage der Praktikantenstellen regeln. So notierte Rumpf im Februar 1947 in der *Chronik*: „ORR Schmidt telefoniert. Die staatl. Anerkennung der Schule und auch der Buchhandelsschule des B.V. werde in der Plenarsitzung behandelt oder sei behandelt worden. Damit bekomme die Schule auch Praktikantenstellen.“⁷¹ Doch einige Monate später hatte sich diese Hoffnung auf Praktikantenstellen als trügerisch erwiesen: „ORR Schmist[, lies: Schmidt] schreibt: Alle Praktikantenstellen seien an die staatlichen Schulen vergeben, dem B.V. könnten nur Praktikantenstellen zugewiesen werden, die er selbst nachweist.“⁷² Daraufhin scheint Direktor Braun seine Bemühungen um geeignete Ausbildungsbüchereien nochmals verstärkt zu haben. Denn zwei Wochen später fand eine Dozentenkonferenz über die Praktikantenstellen statt, bei der auch der Entwurf

68 RUMPF (wie Anm. 5), Eintrag vom 15.1.1947.

69 Ebd., Eintrag vom 19.4.1947. Die Fernleihbibliothek war Ende der 20er Jahre in einem Anbau des Borromäushauses eingerichtet worden, um sowohl für die örtlichen Borromäusbüchereien den Bedarf an speziellerer Literatur zu decken als auch Bücher bereitzustellen, die man allenfalls für einen sehr eingeschränkten Leserkreis für geeignet hielt. Die Beratungsstelle, die sich ebenfalls in der Zentrale am Wittelsbacherring befand, unterstützte örtliche Büchereien bei der Bestandsauswahl und beim Bestandsaufbau. Die hauptamtlich geleitete Öffentliche Bücherei der Bonner Münsterpfarre betrachtete der Borromäusverein bis in die Nachkriegszeit hinein als eine Art Musterbücherei und unterstützte diese auch durch finanzielle Zuschüsse.

70 Ebd., Eintrag vom 1.10.1948. Als der Verein nach der Währungsreform in finanzielle Schwierigkeiten geriet, wurde dem Mitarbeiter zum 1.10.1948 gekündigt.

71 Ebd., Eintrag vom 20.2.1947.

72 Ebd., Eintrag vom 18.6.1947.

einer Antwort an das Ministerium fertiggestellt wurde. Und: „Am gl[eichen] Tag Besprechung mit den Präsidés des B.V. über zu schaffende Praktikantenstellen in Bonner BV-Büchereien.“⁷³ Auf diesem Hintergrund kann Richard Schmidts Ansicht, „[...] die Kölner Schule müsse verschwinden, die Praktikantenstellen bekommt der B.V.“⁷⁴ auch als eine Reaktion auf anzunehmende wiederholte Bemühungen Brauns verstanden werden, durch das Kultusministerium Unterstützung bei der mühsamen Suche nach Praktikumsstellen zu bekommen.

Jedenfalls sollten noch mehr als zwei Jahre vergehen, bis in dieser Frage im Einvernehmen mit der Kölner Bibliotheksschule ein Verfahren gefunden werden konnte, welches auch den Bonner Interessen Rechnung trug: So berichtet Rumpf in der *Chronik des Generalsekretariates* ein gutes Jahr später kurz über eine Sitzung im Düsseldorfer Kultusministerium „[...] über die praktische Ausbildung der Bibliothekare im gehobenen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken und im Dienst an Volksbüchereien. 20 Herren [...]“ hätten an der Besprechung teilgenommen. Abgesehen von dem Hinweis, dass die im Borromäushaus befindliche Fernleihbibliothek nunmehr als wissenschaftliche Bibliothek anerkannt sei und eine zweite Praktikantenstelle bekommen habe, schweigt sich Rumpf über die Ergebnisse des Treffens aus.⁷⁵ Und im Juli 1949, kurz nachdem der Leiter der früheren Westdeutschen Bücherschule die verfügbaren Praktikumsplätze während einer Tagung des Vereins Deutscher Volksbibliothekare praktisch alle für Köln reklamiert hatte⁷⁶, stellte Rumpf fast resignierend fest: „Ein ewiges Tauziehen [...] über die Verteilung der [...] Praktikantenstellen, heute und am 23.7. in Düsseldorf, am 29.7. im Borromäushaus mit Dr. Bayer-Aachen, Dr. Jan[s]sen-Essen und Dr. Hoppe-Hagen (in Gegenwart von ORR Schmidt). Es kommt nicht viel heraus. Der B.V. soll selbst Praktikantenstellen schaffen oder sich selbst nach solchen Stellen umsehen (einmal wurde gesagt, die Schüler sollen sich selbst darum bemühen).“⁷⁷

Erst Anfang 1950 kam Bewegung in die Frage der Zuweisung und Verteilung der Praktikantenstellen. Auslöser war hier wohl eine interne Besprechung von Vertretern des Lehrkörpers mit zwei Studierenden der Bibliothekarschule im Beisein von Oberregierungsrat Schmidt gewesen: „Veranlasst war die Besprechung durch einen Angriff auf unsere Schule auf einer Tagung des Vereins deutscher Volksbibliothekare in Duisburg im Sept. letzten Jahres [...]“. Der Referent aus dem Kultusministerium sagte zu der u.a. bei diesem Treffen erörterten Frage der Praktikantenstellen deutlich: „Die Schüler der Bonner Schule werden vom Schulleiter angenommen als Schüler. Die[, lies: Der] Leiter der Schule weist die Praktikanten an ihre Stellen an. Entweder suchen sich die Schüler die Stellen selbst, oder der B.V. macht mit Dr.

73 Ebd., Eintrag vom 2.7.1947.

74 Ebd., Eintrag vom 4.9.1947. Vgl. auch Anm. 46.

75 Ebd., Eintrag vom 20.10.1948.

76 Vgl. Fußnote 48.

77 RUMPF (wie Anm. 5), Eintrag vom 21.7.1949.

Steinhoff, der Leiterin der Kölner Schule, einen Vertrag über die Verteilung der Stellen.⁷⁸ Ende Januar fand daraufhin im Borromäushaus eine Besprechung mit zahlreichen Direktoren nordrhein-westfälischer Stadtbüchereien und einiger Universitätsbibliotheken statt⁷⁹, zu Fragen des Verhältnisses des Vereins zum Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen, zur Bibliotheksschule und zu den Praktikantenstellen: „Es wurde viel hin und her geredet. [...] Ergebnis: Man solle die Praktikantenstellen feststellen und sich einigen mit Köln. Die Aussprache hat offenbar auch reinigend gewirkt.“⁸⁰ Denn bereits einen Monat später kam es anlässlich einer weiteren Besprechung „wegen der Praktikantenstellen“ im Borromäusverein mit dem nebenamtlichen Leiter des Kölner BLI, Prof. Corsten und der Geschäftsführenden Direktorin, Dr. Steinhoff, zu einer einvernehmlichen Regelung mit dem Nachbarinstitut: „Es ist jetzt alles geregelt. Köln verteilt die Stellen zwischen Köln und Bonn, Bonn weist ein.“⁸¹

Mit dieser Absprache scheint in der Frage der Verteilung der Praktikumsplätze zwischen den Ausbildungsstätten Bonn und Köln erst einmal Ruhe eingekehrt zu sein, denn die *Chronik des Generalsekretariates* schweigt sich ab März 1950 in ihren letzten drei Berichtsjahren über diese Thematik aus. Allerdings hatte sich dann im Laufe der 50er Jahre die Gewohnheit durchgesetzt, dass die Geschäftsführende Direktorin des BLI in Köln auch für die Bonner Schülerinnen und Schüler selbst die Einweisung in das Praktikum vornahm und einige Ausbildungsbibliotheken ihre gesamte Korrespondenz nur noch mit Köln führten. Aus der Befürchtung heraus, man könne von Köln vereinnahmt werden, intervenierte Brauns Nachfolger im Amt des Direktors des Borromäusvereins, Dr. Leo Koep⁸², Ende 1957 in dieser Angelegenheit beim Düsseldorfer Kultusministerium. Dieses Schreiben und sicherlich auch die zum 1. April 1957 in Nordrhein-Westfalen in Kraft getretene neue *Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den Dienst an Volksbüchereien*⁸³, die die preußische Ausbildungsordnung von 1930 endlich ablöste, waren die Gründe für einen Ende 1957 vom Kultusministerium ergangenen Erlass, mit dem u.a. die Gleichwertigkeit der Prüfungszeugnisse beider Ausbildungsinstitute bestätigt wurde. Und in der Frage der Zuweisung der Praktikanten der Bibliotheksschule in Bonn zur praktischen Ausbildung hieß es: Sie „[...] erfolgt – wie bisher – auf Bitten der Bibliotheksschule in Bonn durch den Direktor des Bibliothekar-Lehrinstituts in Köln. Den weiteren Schrift-

78 Ebd., Eintrag vom 8.1.1950.

79 Rumpf zählt in seiner *Chronik* namentlich 18 Personen aus anderen Bibliotheken auf.

80 RUMPF (wie Anm. 5), Eintrag vom 28.1.1950.

81 Ebd., Eintrag vom 24.2.1950.

82 Dr. Leo Koep (1914-1964) war von 1956 bis 1960 Direktor des Borromäusvereins (vgl. WIKIPEDIA, 2018b).

83 Der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen: Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den Dienst an Volksbüchereien vom 1.4.1957 (Az.: III 8/23-11 – Nr. 923/57). Abgedruckt u.a. in: *Mitteilungsblatt des Verbandes der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen*. Neue Folge 7, S. 72-77.

wechsel führt die Bibliotheksschule in Bonn mit den Ausbildungsbüchereien unmittelbar⁸⁴ Die Verteilung und die Zuweisung der Praktikumsstellen waren also Sachfragen, die es zur Vermeidung von Konflikten zwischen Bonn und Köln über den hier näher betrachteten Zeitraum hinaus weiterhin auch von höherer Ebene aus zu regeln galt.

Absprachen bei der Zulassung von Bewerberinnen und Bewerbern zwischen Bonn und Köln?

Über die Frage, wie Bewerberinnen und Bewerber in die Bibliotheksschule des Borromäusvereins aufgenommen wurden und ob es hier Absprachen mit Köln gab, schweigen sich sowohl die *Chronik des Generalsekretariates* als auch andere, für diesen Beitrag gesichtete Akten aus. Ende des Jahre 1995 zeichnete der Verf. im Vorfeld des anstehenden 75-jährigen Jubiläums der Ausbildungsstätte Bonn ein längeres Gespräch mit Rita Kalbhenn (1929-2010)⁸⁵ auf, die die Bibliotheksschule des Borromäusvereins von April 1951 bis März 1954 besucht hatte. Die Erinnerungen dieser Zeitzeugin bieten einige interessante Einblicke in die damals üblichen Usancen der Zulassung zu einer bibliothekarischen Ausbildung in Köln und Bonn. Denn die gebürtige Gelsenkirchenerin, die schon als Jugendliche ehrenamtlich in der örtlichen Pfarrbücherei mitgearbeitet hatte, berichtete ausführlich über ihren Berufswunsch, Bibliothekarin zu werden und über ihre Bewerbungsversuche in Köln und Bonn. Im Folgenden wird dieser Ausschnitt aus einem längeren, unveröffentlichten Interview wörtlich und nahezu ungekürzt wiedergegeben:⁸⁶

Frage: Und in der Pfarrbücherei der Propsteigemeinde St. Augustin in Gelsenkirchen-Mitte haben Sie dann erfahren, daß der Borromäusverein eine Ausbildungsstätte hat?

84 Borromäusverein, BLI Bonn: Akten Korrespondenz mit vorgesetzten Behörden 1946-1975. Schreiben von Direktor Dr. Leo Koep an Herrn Reg.dir. Dr. Classen im Kultusministerium NRW vom 7.11.1957. Der Erlaß des Kultusministeriums *Praktische Ausbildung der Studierenden der Bibliotheksschule in Bonn an staatlich anerkannten Ausbildungsbüchereien* vom 18.12.1957 (Az.: III 8-23-30/0 – Nr. 5474/57) ist u.a. abgedruckt in: *Mitteilungsblatt des Verbandes der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen*. Neue Folge 8, S. 156-157.

85 Nach dem Diplom-Examen leitete sie vom 1.1.1956 bis zum Eintritt in den Ruhestand 1990 die Werkbücherei der DynamitNobel AG in Troisdorf bei Bonn. Rita Kalbhenn engagierte sich stark im Verband Deutscher Werkbibliotheken, dessen Vorsitz sie von 1967 bis 1975 innehatte. Von 1978 an war sie außerdem für rund 20 Jahre als nebenamtliche Dozentin am Bibliothekar-Lehrinstitut Bonn bzw. an der Fachhochschule für das öffentliche Bibliothekswesen Bonn tätig. Vgl. auch HEFELE, 2011. Da die exakten Lebensdaten 10.10.1929 bis 31.12.1980 lauten, starb Rita Kalbhenn im 82. Lebensjahr, wurde also 81 Jahre alt.

86 Weder „höhere Tochter“ noch „brave Bonnerin“. Interview [von Siegfried SCHMIDT] mit Rita KALBHENN vom 28.11.1995. (Stand 14.04.1997), 12 Bl., unveröffentlicht. Die Veröffentlichung des Gespräches war seinerzeit für eine Festschrift, die zum 75-jährigen Gründungsjubiläum der Fachhochschule für das öffentliche Bibliothekswesen Bonn geplant war, vorgesehen. Sie kam aber aus verschiedenen, hier nicht zu erörternden Gründen nicht zustande. Die autorisierte Fassung des Interviews kann beim Verf. eingesehen werden.

Kalbhenn: Ja, in der Pfarrbücherei habe ich erfahren, daß Bonn auch ausbildet. Eines Tages traf ich Herrn Prälat Braun [...]. Prälat Braun machte sehr viele Rundreisen zu der Zeit, auch nach Gelsenkirchen. Wir haben abends zusammengesessen und das Gespräch kam dann auf die Berufswahl. Ich habe ihm bei dieser Gelegenheit gesagt, daß ich gerne Bibliothekarin werden würde und er war offensichtlich davon angetan. Er sagte mir, das würde er begrüßen, und wenn Sie sich bewerben, dann schicken Sie die Bewerbung direkt persönlich an mich.⁴

Frage: Und das haben Sie dann 1951 getan?

Kalbhenn: Das habe ich 1951 getan, ich habe mich im Januar beworben. Jedoch die Zusage kam dann von Köln!

Frage: Ja, erzählen Sie das noch einmal genauer.

Kalbhenn: Ich hatte mich natürlich auch in Köln beworben. 1950 hatte ich mich zunächst nur bei Frau Dr. Steinhoff in Köln angemeldet. Ich bin auch zum Gespräch vorgelassen worden, obwohl ich etwas unvermutet auftauchte. Ein Zulassungsverfahren in unserem heutigen Sinne gab es nicht. Man mußte sich auch sehr viel Mühe geben, um überhaupt Informationen zu bekommen, wann man sich wo bewerben konnte. Es ging alles noch etwas unbürokratischer zu, möchte ich sagen. Aber das Verfahren für 1950 war leider schon abgeschlossen. Frau Dr. Steinhoff empfahl mir dringend, in einen sozialen Beruf zu gehen. Das wäre viel aussichtsreicher für die Zukunft und in unserem Beruf seien die Aussichten sehr schlecht! Kurzum, ich habe gedacht, das kannst du mir ruhig erzählen, in die Sozialarbeit gehe ich nicht, ich werde Bibliothekarin. [...] Dann habe ich mich 1951 erneut in Köln und zusätzlich in Bonn beworben und bekam zu meiner großen Überraschung einen Brief aus Köln, zwar mit einer Absage, aber mit dem Zusatz: P.S. Sie bekommen eine Zusage von Bonn.

Frage: Und die kam dann auch ...?

Die kam dann auch. Auf der ersten großen Bibliothekstagung in Münster⁸⁷, die 1951 stattfand und die ich dank der finanziellen Unterstützung der Schule zusammen mit einer anderen Studentin [...] besuchen durfte, traf ich Frau Dr. Steinhoff auf der Treppe. Zu meiner Überraschung erkannte sie mich wieder und sagte: ‚Das ist das Mädchen, das sich tatsächlich an zwei Schulen beworben hat.‘

Frage: Es war offensichtlich unüblich, sich doppelt zu bewerben?

Kalbhenn: Trotzdem kannte ich eine ganze Reihe Leute, die das getan hatten.

Die Aussagen dieser Zeitzeugin machen zum einen deutlich, dass es Anfang der 50er Jahre stark von der individuellen Entscheidung des Leiters oder der Leiterin der jeweiligen Bibliotheksschule abhing, ob eine Bewerberin oder ein Bewerber zu einer bibliothekarischen Ausbildung überhaupt zugelassen wurde. Zum anderen scheint es bei eher unüblichen Doppelbewerbungen in Bonn und Köln doch zumindest in

⁸⁷ Vom 15.5. bis 21.5.1951 fand in Münster/Westfalen der 41. Bibliothekartag des Vereins Deutscher Bibliothekare als ein gemeinsamer Kongress aller Personalverbände statt mit Beteiligung des Vereins Deutscher Volksbibliothekare und des Vereins der Diplombibliothekare an wissenschaftlichen Bibliotheken (vgl. HUNDHAUSEN, 2004, S. 339).

Einzelfällen auch zu einer Kommunikation und Absprache hinsichtlich der Frage einer Aufnahme zwischen den beiden Instituten gekommen zu sein.

Fazit und Ausblick

Lässt man die hier geschilderten Berührungspunkte abschließend noch einmal Revue passieren, so entsteht – bei aller Lückenhaftigkeit des Quellenmaterials – für den untersuchten Zeitraum der frühen Nachkriegsjahre ein Bild, das häufig nur ein bloßes Nebeneinander der beiden bibliothekarischen Ausbildungsstätten in Bonn und Köln aufzeigt. Bei sich überschneidenden Interessen konnte dieses auch zu einem Gegeneinander werden. Beispiele eines einvernehmlichen Miteinanders sind, sieht man einmal von der mühsam und durch Intervention von außen zustande gekommenen Regelung hinsichtlich der Verteilung von Praktikantenstellen und dem zuletzt geschilderten Einzelfall einer möglichen Absprache bei der Aufnahme von Studierenden ab, nicht festzustellen. So finden sich z.B. keine Hinweise auf einen Austausch hinsichtlich der Lehrpläne oder der in einzelnen Fächern vermittelten Lehrinhalte. Es gab auch keine gemeinsamen Anstrengungen beider Schulen gegenüber dem Land, die überkommene preußische Ausbildungsordnung aus dem Jahre 1930 zu ersetzen, obwohl die Frage einer Ausbildungsreform auf Verbandsebene ein Thema war, dem hohe Priorität eingeräumt wurde, das jedoch bis 1952 keine konkreten Ergebnisse erbrachte.⁸⁸

Zugleich ist zu beobachten, wie sich die beiden Büchereischulen, die unmittelbar nach dem Krieg 1946 unter ähnlichen Ausgangsbedingungen ihre Arbeit wieder aufnahmen, schon in wenigen Jahren deutlich auseinanderentwickelten: Während in Bonn die Restauration, die Wiederherstellung der Verhältnisse vor 1933, die Zurückgewinnung von Terrain, das in den Jahren des Nationalsozialismus für die katholische Büchereiarbeit verloren gegangen war, und speziell für die Büchereischule die Überwindung von bestehenden Ressentiments gegen diese Einrichtung des Vereins, das Streben um Anerkennung und um Gleichwertigkeit im Vordergrund standen, man aber gleichzeitig an dem Gedanken festhielt, durch die katholischen Volksbüchereien Bildungsarbeit mit dem Buch, vor allem für die katholische Bevölkerung, also innerhalb eines eigenen Milieus, leisten zu wollen, wurde die Westdeutsche Büchereischule durch ihre Umwandlung in das Bibliothekar-Lehrinstitut Teil der vom Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen und dem Kultusministerium gemeinsam und mit Erfolg vorangetriebenen Bemühungen, das Bibliothekswesen des jungen Bundeslandes neu zu ordnen, zu modernisieren und für dieses einheitliche Strukturen zu schaffen. Dadurch sollten sowohl das überkommene Lagerdenken im Volksbüchereiwesen als auch die Trennung in die beiden Sparten Öffentliches Büchereiwesen und Wissenschaftliches Bibliothekswesen überwunden

⁸⁸ Vgl. z.B. JUNG, 2000, S. 31-39.

werden. Aus dieser Perspektive heraus benötigte man im Land eine weitere Ausbildungsstätte für Bibliothekarinnen und Bibliothekare eigentlich nicht, obwohl diese inhaltlich eine gute Arbeit leistete und die Gesetzgebung natürlich auch nichtstaatlichen Trägern den Betrieb eigener staatlich anzuerkennender Schulen und Bildungseinrichtungen ausdrücklich zugestand.

Es besteht schließlich der Eindruck, dass man in Bonn die Tragweite einer solch richtungsweisenden und weiteres Entwicklungspotential bietenden Entscheidung wie die Schaffung des Bibliothekar-Lehrinstituts in Köln nicht hinreichend rezipiert hatte, auch wenn Direktor Johannes Braun hochrangigen Stellen gegenüber seine Bedenken gegen diese Entwicklung äußerte und sie zu beeinflussen suchte. Doch die neugeformierte Christlich Demokratische Union ließ sich nicht mehr in einer Weise für „katholische“ Interessen instrumentalisieren, wie dies vielleicht mit der Zentrumsparterie in den Weimarer Jahren noch möglich gewesen war. Und die Reaktion der Kultusministerin zeigt deutlich, dass nach 1945 eine zutiefst katholisch sozialisierte und im Glauben verwurzelte Persönlichkeit wie Christine Teusch in ihrem politischen Handeln bestrebt war, überkonfessionell zum Wohle des gesamten Landes zu agieren und somit dem Wirken eines traditionsreichen Vereins, der in seinem Denken weiterhin vor allem im katholischen Milieu verhaftet war, eher skeptisch gegenüberstand.

Literatur

- BAUM, Kurt, 1929. Ostdeutsche katholische Volksbüchereitagung in Neiße: Die Bücherei, das Buch und der Leser. In: *Die Büchervelt*. 26, S. 25-27.
- HEFELE, Gabriele, 2011, Rita Kalbhenn (82). In: *BuchMarkt* [online]. 24.01.2011 [Zugriff am: 21.08. 2018]. Verfügbar unter: <https://www.buchmarkt.de/menschen/gestorben/rita-kalbhenn-82/>
- HODICK, Erich, 1985. Bonn: Junge Fachhochschule mit alten Besonderheiten. In: *Buch und Bibliothek*. 37, S. 322-328.
- HUNDHAUSEN, Felicitas, 2004. *Verein Deutscher Bibliothekare 1900-2000: Bibliographie und Dokumentation*. Wiesbaden: Harrassowitz.
- JUNG, Rudolf, 2000. *Die Anfänge der bibliothekarischen Ausbildung in Köln 1928-1949*. Köln: Fachhochschule für Bibliotheks- und Dokumentationswesen. [Die Publikation fasst die beiden Aufsätze des Autors: „Die Westdeutsche Volksbüchereischule in Köln 1928-1944“ und „Die Westdeutsche Büchereischule 1946-1949“ aus den Jahren 1994 und 1995 zusammen.]
- JUNG, Rudolf, 2004, Hrsg. *Bibliothekarische Ausbildung in Zeiten des Krieges: Briefe von Maria Steinhoff an Rudolf Reuter und weitere Dokumente zur Westdeutschen Volksbüchereischule in Köln 1939 bis 1944*. Köln: Universitäts- und Stadtbibliothek Köln.
- JUNG, Rudolf und KONZE, Ingeborg, 1989. *60 Jahre bibliothekarische Ausbildung in Köln: Eine Bibliographie*. Köln, Greven.

- KLOMPEN, Wilma, 1975. Das Bibliothekar-Lehrinstitut des Landes Nordrhein-Westfalen von 1949 bis 1974: Ein Bericht. In: Rudolf JUNG und Ludwig SICKMANN, Hrsg. *Bibliothekarische Ausbildung in Theorie und Praxis. Beiträge zum 25jährigen Bestehen des Bibliothekar-Lehrinstitutes des Landes Nordrhein-Westfalen am 4. Februar 1974*. Köln: Greven, S. 1-31.
- KOCK, Erich, 2004. Robert Gosche (1888-1964). In: Sebastian KÜPPERS, Hrsg. *Kölner Theologen: Von Rupert von Deutz bis Wilhelm Nyssen*. Köln: Marzellen-Verlag, S. 412-433.
- KRIEG, Werner, 1951. Die dritte Jahrestagung des Verbandes in Duisburg am 4. Mai 1951. In: *Mitteilungsblatt des Verbandes der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen*. Neue Folge 2, S. 1-9.
- KRIEG, Werner, 1989. *Der Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen von seiner Gründung bis zum Sommer 1964*. Frankfurt a.M. [u.a.]: Lang.
- SCHMIDT, Siegfried, 1996a. Mindestalter achtzehn und Primanerzeugnis: 75 Jahre bibliothekarische Ausbildung in Bonn – Teil 1. In: *KÖB: Die Katholische öffentliche Bücherei*. 10(2), S. 1-13.
- SCHMIDT, Siegfried, 1996b. Eine der kleinsten Fachhochschulen der Welt. 75 Jahre bibliothekarische Ausbildung in Bonn – Teil 2. In: *KÖB: Die Katholische öffentliche Bücherei*. 10(3), S. 1-14.
- SCHMIDT, Siegfried, 2005. Eine verpasste Gelegenheit? Gründe und Hintergründe zur Schließung der Fachhochschule für das öffentliche Bibliothekswesen Bonn. In: Gerhard HACKER und Torsten SEELA, Hrsg. *Bibliothek leben: Das deutsche Bibliothekswesen als Aufgabe für Wissenschaft und Politik. Festschrift für Engelbert Plassmann zum 70. Geburtstag*. Wiesbaden: Harrassowitz, S. 123-140.
- SCHMIDT, Siegfried, 2013. Der Bildungsbegriff in der katholischen Büchereiarbeit des Borromäusvereins in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: *Leipziger Jahrbuch zur Buchgeschichte*. 23, S. 273-304.
- SCHMIDT, Siegfried, 2017. Prälat Johannes Braun (1879-1958) und die Bonner Zentralstelle des Borromäusvereins 1933-1945. In: Sven KUTTNER und Peter VODOSEK, Hrsg. *Volksbibliothekare im Nationalsozialismus: Handlungsspielräume, Kontinuitäten, Deutungsmuster*. Wiesbaden: Harrassowitz, S. 145-162.
- SCHMIDT, Siegfried, 2018. Die Bonner Buchgemeinde (1925-1952): eine katholische Buchgemeinschaft als Abteilung des Borromäusvereins. In: DERS. und Hermann-Josef REUDENBACH, Hrsg. *Beiträge zum Katholischen Buch- und Verlagswesen im Rheinland im 19. und 20. Jahrhundert*. Köln: Erzbischöfliche Diözesan- und Dombibliothek mit Bibliothek St. Albertus Magnus, S. 121-184.
- STEINHOFF, Maria, 1961. Rudolf Reuter und die Westdeutsche Volksbüchereischule. In: Franz PÖGGELER, Ludwin LANGENFELD, Gotthard WELZEL, Hrsg. *Im Dienste der Erwachsenenbildung: Festgabe für Rudolf Reuter zur Vollendung seines 70. Lebensjahres am 29. Juli 1961*. Osnabrück: Fromm, S. 159-168.

TRIPPEN, Norbert, 2003. *Josef Kardinal Frings (1887-1978): Sein Wirken für das Erzbistum Köln und für die Kirche in Deutschland*. Paderborn: Schöningh.

PREUSSISCHE BIBLIOTHEKSORDNUNG, 1930. In: *Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen* [online]. 72, S. 315 [Zugriff am: 07.08.2018].

Verfügbar unter:

http://goobiweb.bbf.dipf.de/viewer/image/985843438_0072/340/LOG_0440/

SPAEL, Wilhelm, 1950. *Das Buch im Geisteskampf: 100 Jahre Borromäusverein*. Bonn: Verlag des Borromäusvereins.

WIKIPEDIA, 2018a. *Ernst Alker* [online]. San Francisco, CA: Wikimedia Foundation [Zugriff am: 06.08.2018]. Verfügbar unter:

http://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Alker

WIKIPEDIA, 2018b. *Leo Koep* [online]. San Francisco, CA: Wikimedia Foundation [Zugriff am: 20.08.2018]. Verfügbar unter:

https://de.wikipedia.org/wiki/Leo_Koep

WIKIPEDIA, 2018c. *Heinrich Koenen* [online]. San Francisco, CA: Wikimedia Foundation [Zugriff am: 14.08.2018]. Verfügbar unter:

https://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich_Konen

WIKIPEDIA, 2018d. *Christine Teusch* [online]. San Francisco, CA: Wikimedia Foundation [Zugriff am: 10.08.2018]. Verfügbar unter:

https://de.wikipedia.org/wiki/Christine_Teusch

Statistics, Surveys, and Big Data: Their Significance for LIS Research

Paul Sturges

“The new data increasingly available in our digital age will radically expand our understanding of humankind.”¹

Introduction

To understand humankind better is arguably the goal of all research outside the hard sciences. Stephens-Davidowitz (2017) and others argue for the power and accuracy of big data as a means of achieving this goal. If big data can enable us to understand humankind better then it should not fail to transform research directed at understanding people’s interaction with information. At present library and information science (LIS) research is in a tentative and uneven state and needs to be greatly improved so as to facilitate the better planning and provision of library and information services. The proposition that comprehensive and relevant data is the basis of good decision-making in library and information planning and provision of services seems self-evident. And yet, massive corporate and official endeavours that have failed because they were based on inadequate information continue to be a feature of modern life, when one might expect them to have been a thing of the past. The role of data and other information in many areas of human endeavour, such as the conduct of military campaigns, the building of roads and waterways, development of cities or

¹ STEPHENS-DAVIDOWITZ, 2017, p. 16.

the organisation of food resources, and including information services planning, has quite simply been neglected or undervalued. With the aim of throwing light on big data's potential for improving the information base, we will look first at the historical context of statistics and surveys into which LIS research fits. Before entering in to this, a word about the examples used in this essay is necessary. Although the Prussian state, the post 1870 German Empire and subsequent republics can claim much of the best and most effective information and statistical work in nineteenth and twentieth century history, not to mention the pioneering of modern records management, the examples discussed here will mainly be from the United Kingdom. The reason for that is simple – these are the examples that the author is aware of and can discuss with some assurance.

Statistics

Anyone educated into some form of Christianity is likely to remember the explanation from the Gospel of Luke of the presence of Jesus' family in Bethlehem at the time of his birth. They were there because the Emperor Augustus had decreed that everyone should register for taxation purposes in their place of origin, and Joseph originated from Bethlehem. This event is significant not only for Christianity, but as a reminder of the information-gathering capacity of the Roman Empire. The Empire could plan and carry out routine administration and major projects because it took the trouble to find out who were its citizens, to what community they were attached, and what tax revenues they could be obliged to yield up. The role of administrative information in the success of states is generally neglected, but history provides some excellent examples. For instance, there is the Domesday Book which was assembled by the officials of William I of England twenty years after his victory in battle at Hastings in 1066. At first William enforced his dominion over the English with ruthless pacifying campaigns that continued for a generation. Gradually however he sought to strengthen administration and the capacity to levy taxes based on detailed information which he caused to be collected on a community by community basis. This nationwide record – the Domesday Book – set out the information in a standardised format. It gave William access to the names of approximately 13,000 communities and the local lords who ruled them. It told him the amount of land in each community, the location of economic resources such as mills and markets, potteries and fisheries, the herds that were kept and the hunting resources. Although this is not precisely statistical information as such, it contains such a comprehensive body of detail that it offered informational power that has scarcely been matched until modern-day censuses. William collected the information for taxation purposes, but it also offered scope for many kinds of administrative decision-making. Furthermore, it has continued to yield meaning to historians for centuries since then in ways totally unanticipated by its original collectors (place name studies, for instance). No doubt with a little thought and reading, a list of comparable information resources on the grand scale could be assembled applying to different states and regions in many other historical periods.

The sense that numbers could tell government and administrators much of what they needed to know became strong in the mid nineteenth century. Gradually it led to the recognition that statistics could not only be obtained from the records of transactions, they could be actively collected. In Britain a national population census, though not a particularly sophisticated one, was first carried out in 1801. The stimulus for this was the need for better information on the numbers of men who might be recruited for military service in the war against Napoleon's France. There was also felt to be insufficient information on the levels of food production needed to feed the population (whatever the number of that population might turn out to be). The census results did in fact offer little more than a set of population totals for the nation's towns and villages, collected by local informants recruited, but not particularly trained, for the task. Nevertheless, a reasonably reliable indication of total national population and its distribution throughout the country was new and not only provided essential information for waging war, but encouraged thoughts on topics such as new roads, bridges, ports, industries and other regional development projects. Censuses continued to be taken at regular ten year intervals and from the 1841 census onwards the data collected included names of the people counted and an increasing body of detail about each of them. But maybe more significantly, the progress of census taking came to be part of a much wider collection process for statistics when governments felt a need to know.

A prerequisite was a set of government officials organised from the centre, selected on merit, subject to a structure of regulation, and kept as free as possible from corruption by the regular payment of salaries. The number of officials, their procedures, and central government's capacity to organise the information that they collected in meaningful form increased and was refined over time (rather long periods of time). Gradually in Britain the product of much of this work, the so-called Blue Books (official reports for Parliament), became a byword for the density of their statistical content. With the figures to hand, government departments, local administration, and the military services could undertake projects with some certainty that these were relevant and achievable. Thus the provision of domestic water supply and sewerage disposal to more or less the whole of Britain in the latter half of the nineteenth century could be undertaken in some certainty as to the location of people and their dwellings. Quite simply the information in the Blue Books gave reality to a planning process of previously unimaginable breadth and comprehensiveness. Effective administration and planning by official bodies was not, however, the limit of the influence of the content of the Blue Books. Because information collected for Parliament and Government Ministries was publicly available, diligent independent researchers could mine it for evidence to support campaigns and promote projects of almost any kind.

Take for instance the career of Florence Nightingale, celebrated as an inspiring pioneer of humane and hygienic nursing of the sick and injured. In fact, her later years were spent in research and lobbying, and she was a prodigious user of official data. Her biographer Cecil Woodham-Smith refers to "her remarkable ability to tear

the essentials out of great masses of detail, and her astonishing unwearied thoroughness".² So when, after 1860, she directed her efforts towards the Royal Sanitary Commission on the Health of the Army in India, she had to find the relevant information from a variety of incoherent sources. Even the basic statistics had to be combined from two different compilations. Literally tons of documents were involved, filling a whole room. She finished the collection and analysis in 1861, and the recommendations and her enormously influential *Observations by Miss Nightingale* followed. If we look at her career as a whole, Nightingale could just as easily be described as a pioneer of statistics in planning, as of nursing reform. But of course the iconic image of the lady with the lamp is much more attractive than that of the reclusive statistical researcher. Heroic research efforts such as those of Florence Nightingale were not so obvious in other subject fields.

In LIS research, for instance, we can note the important but not technically impressive work of Edward Edwards towards a public library system for Britain.³ His rough and ready statistical comparison of European and American public libraries led to the appointment of a Select Committee of Parliament which submitted its report in 1849. What Edwards had done was a decidedly unscientific attempt to prove through statistics and other information that libraries in Britain were lacking or inadequate, and that in other countries there was a much more satisfactory situation. Historians tend to regard this as a thoroughly partisan view, designed to manipulate Parliament into legislating for a public library system. It is not unreasonable to suggest that bad statistics and bad arguments led to a bad system, as embodied in the UK Public Libraries Act of 1850. However it is sufficient to note here that statistics-based arguments were judged helpful by Edwards and the other proponents of a public library system as a means to persuade the legislature to pass a piece of library legislation. A casual preference for statistical vignettes that encouraged faith in public libraries persisted. For instance, in the mid twentieth century, regular surveys of citizens asking them to rate public services showed that 90 percent plus expressed approval of libraries (usually only outscored by refuse collection services). This was despite the fact that most counts of actual use showed roughly one third of people were regular library users, one third used them occasionally and a final third never used them at all. Whilst the 90 percent weren't actually lying, they were certainly responding in an unquestioningly positive way that helped no one. Clearly LIS has needed statistics of high quality and reliability for a quite a while.

2 WOODHAM-SMITH, 1951, p. 306.

3 Cf. KELLY, 1977.

Surveys

What LIS has had in abundance has been surveys. To talk about the significance of surveys is important, not least because a disturbingly high proportion of the student and faculty research that one sees from many parts of the world consists of surveys. Indeed, there seems to be almost a default response to the question ‘LIS research?’, that is to answer ‘Survey!’ What makes it even more important to reflect on surveys in LIS is the wretched quality of an appreciable proportion of the surveys that are included in dissertations and theses, not to mention offered by academics, practitioners and recent Masters or PhD candidates as the evidence in articles submitted to journals. The survey undoubtedly has a place in research of many kinds, not just LIS, but to say something has a place is already to begin to suggest that there are boundaries and limitations which define that place. Maybe the first thing to establish is that any survey based on a sampling of what people are prepared to reveal proves nothing: it merely suggests possibilities that are worth further investigation. To further emphasise the point: all the tests of statistical significance that might be applied indicate little more than that the maths is probably good. If something is mathematically significant, that is not at all the same thing as saying that it tells us something indisputable about some aspect or other of human life. We simply need to remember that a bad survey tells us nothing and that even a good survey tells us rather little. With this in mind we can explore the topic of surveys a little further.

First of all, the distinction between comprehensive surveys and sample surveys is important. As we have noted, many of the statistics gathering exercises referred to in the previous section were in fact surveys. They were the deliberate collection of data with a view to understanding some aspect of human life and behaviour so that that understanding could be put to practical use. The important thing is that they were comprehensive surveys, but comprehensive surveys require considerable resources of money, personnel and time. Such resources are not always available, even to government and certainly seldom to academic investigators. Therefore the emerging discipline of statistics developed the techniques of sample surveys, and found that if well done, they might produce results that had high levels of accuracy. The crucial aspect was the selection of a valid sample (in terms of representing the configuration of the whole population, and sufficiently numerous to produce convincing figures). The refinement of statistical science gradually led to the belief that the sample could in fact be very small, yet produce convincing results if the survey was methodologically sound. Thus, a sample of about one thousand interviewees was often used to predict the voting intentions of populations of tens of millions with reasonable accuracy. Indeed, the process could turn out to be accurate to 2 or 3 percent either way, and this is admittedly remarkable. It is also however true that elections often turn on differences of 2 to 3 percent in the vote. Examples of the failure of pollsters and their services to make accurate predictions of elections and referendums are too numerous (and embarrassing) to need listing here. But these failures deserve at least as much attention as the successes, given that the demands put on sample surveys to inform the planning process are usually so intense.

The idea that something as uncontentious as information service planning could be assisted by surveys became firmly established. And the mathematical tests of significance (chi squared etc.) reinforced researchers' faith in the products of their small surveys by 'proving' that the results were significant. The problem with this is that it is not merely a matter of mathematics. Three factors undermine the certainty.

First, the information gathering exercise must be anchored by a research instrument (usually a questionnaire) of the highest quality.

Second, the sampling of the total population concerned must be as rigorous as possible, especially if it is to be small in number.

Third, there remains an inherent problem in the process (even when the research instrument and sampling are good), which is set out starkly in Stephens-Davidowitz's title 'Everybody Lies'.

People lie? Yes, they do! As Stephens-Davidowitz puts it: "People lie to friends, lovers, doctors, surveys, and themselves."⁴ When faced with a survey they lie for many reasons, not least to make themselves look good, or to please (or maybe sometimes to frustrate and fool) the investigator. To illustrate this, we can take a magnificent and almost completely forgotten survey from the 1950s carried out in the author's home town of Derby.⁵ If any survey on the social and cultural life of a town could throw genuine light on what its inhabitants thought and did, this was surely the one.

The survey was conducted by an academic team employed by The Reader's Digest Association with a view to better marketing of their magazine and other products. Commercial rather than academic or political motivation seems to promise that the research might be well calculated to uncover hard truths. Derby was chosen as a town of moderate size (just over 200,000 inhabitants); being neither northern nor southern; with a population who were not very rich or very poor; having a wide and varied industrial and employment base; and offering a basic but unremarkable range of cultural and social opportunities. 1,200 full-length interviews and a further 1,800 shorter interviews were carried with people aged 16-69 in the period February to April 1953. A team of 25 trained and experienced interviewers knocked on doors of a random selection of people whose names and addresses were obtained from the electoral registers. Cauter and Downham's questionnaires are appended in their book so that their excellent quality can be judged by the reader. At the same time, if there were imperfections they will be there on display. Simply judged as a technical exercise the Derby survey is something of a tour de force. Its findings range over topics including education, clubs and societies, sports, public houses, travel, cinema, radio and TV, and books and libraries. As might be hoped, it offered something of value for the LIS sector. It showed that about one third of Derby's population were

4 STEPHENS-DAVIDOWITZ, 2017, p. 21.

5 Cf. CAUTER/DOWNHAM, 1954.

committed readers and they used the library more than they bought books. The types of reading they favoured were illustrated in some detail, and it also suggested that young people rather than older people were the most committed readers. The general message was that local engagement with books was growing; indicating to library planners and managers in Derby that they could work in a context of positive change.

And yet, we must still ask ourselves about the reliability of this powerful research. Did, in fact, the people of Derby lie? Before speculating about their truthfulness, it is necessary to ask if the electoral registers were really an accurate listing of the whole population. The answer to this is that at that time the listings were probably highly accurate. But it is important to point out that no data was obtained from just over 18 percent of those actually targeted by the researchers on the basis of these lists. A proportion of these who did not respond to several visits by investigators seemed to have been away from their address. Also some were people who were just unable to deal with an interview because of old age or poor health. However, a solid 12.5 percent refused to be interviewed. Why they took this attitude is far from obvious, but this level of non-response must mean something and it is large enough to require that claims based on the results should be more tentative than the leaders of the team perhaps acknowledged. At the other extreme, the interviewers often met with a welcome that threatened to overwhelm them. This might well stem from the tedious nature of life in Derby in 1953 (something which the author remembers well). Interviewers found it difficult to cope with the number of cups of tea offered to them and one or two received invitations to go back and stay for the weekend with their hosts. The incentive to lie so as to please these charming visitors is obvious and this could indeed have infected the data they collected. So between direct refusals to cooperate and an atmosphere of swooning goodwill, there is definite cause to read the findings with caution. Although this might sound an excessively negative response to a rich and fascinating study, readers must be grateful to the authors of the book for the detail they provided about the mechanics of the survey itself. This detail certainly suggests reasons why Stephens-Davidowitz's assertions about the unreliability of the survey as a means of understanding people and their motivations have a convincing ring to them.

Big Data

Big data changes the rules of the game. A simple definition of what is meant by the term big data would stress the size of the data sets available as a result of electronic transactions, to the extent that they defy the ability of generally available software to organise and interrogate them. The data sets are generally measured by terabytes and petabytes and do not possess the kinds of formal structure generally expected of databases that are designed and collected for subsequent re-use in both predicted and not-predicted ways. Big data is described as requiring the use of inductive statistical methods to reveal relationships that will in turn allow users to predict pattern of human behaviour and identify likely outcomes. In answer to the question 'How do we obtain big data?' Stephens-Davidowitz describes his own use of Google

Trends to find out the relative frequency of the use of particular words and phrases in searches and supplementing it with Google AdWords to obtain the actual frequencies. But the important point is that he, and many others, are now using an imaginative range of data resources to yield up new insights into what actually concerns people (as opposed to what they might tell us if we asked them directly). In addition to data from social media, he refers to newly digitised existing data resources, market research data, and even comparatively small data collections based on innovative approaches.

To the non-statistician it is the insights provided on human behaviour that are the most alluring aspect of big data. We have entered an era in which there is information available which begins to offer the capacity to facilitate unexpected and sometimes startling lines of investigation and conclusions. The importance of this approach is that it goes beyond amazement at the size of the data and focuses in on what big data can (often indirectly) tell us. Each individual transaction that makes up a body of big data is usually anonymous and not intended to reveal anything by the individual creating it. In consequence the lies built into traditional statistics (most importantly, surveys) should be absent. At least partially for this reason, the aggregated data can paradoxically be much more revealing than data purposively collected to illuminate some issue. People are not lying when they contribute their tiny grain of sand to the big data beach – they are sincere and open. When interacting with a non-human resource like a search engine their need to lie simply seems to evaporate and they give responses that reveal the truth. The challenge is for researchers to make something useful of what at first (and probably second and onwards) sight is obviously revealing, but looks too massive and incoherent to be easily unpicked.

Arguably the main contribution of Stephens-Davidowitz is the way he begins to unpick the data for its messages. He does not merely marvel at the vastness of the data resources or remain content with their surface messages; he interrogates them so as to draw some striking inferences. As he points out: “At its core data science is about spotting patterns and predicting how one variable will affect another.”⁶ Maybe the most striking and disturbing example he works through concerns the moving and rational contributions of former US President Obama in the times of national distress caused by America’s regular shooting atrocities. Any reasonable person listening to what he said and the manner in which he said it would surely expect that his eloquence would soothe national pain and point the way towards positive responses. In fact Google data suggests quite the opposite. After a shooting in December 2015 involving Muslim perpetrators, searches reveal that viciously negative impulses towards Muslims increased sharply after Obama’s healing words. Stephens-Davidowitz is able to connect this with another phenomenon: the frequency with which explicitly racist searches were made in relation to Obama and almost any intervention he made. Later, clearly with the reverse motivation, similar searches were

⁶ STEPHENS-DAVIDOWITZ, 2017, p. 27.

made in relation to Donald Trump's speeches and actions. By using big data, America's substantial reservoirs of racist sentiment can be identified and even tracked geographically.

For examples that help to develop this approach we are far from solely reliant on Stephens-Davidowitz, despite the extent to which he has been quoted here. For instance, a striking example can be found in a speech by the Chief Economist of the Bank of England, Andy Haldane.⁷ He suggested that data from music download sites, such as Spotify, can be used to assess the public mood, with all the implications that has for economic performance. His argument was that traditional surveys designed to throw light on national mood were biased in their sampling and 'framed' in their responses. This is precisely the type of objection to surveys identified in the previous section. Whilst he did not go as far as to say that respondents lied, the potential for this is also obvious. What was startling in Haldane's speech was the suggestion that people inadvertently reveal much about their mood from their music choices. So, big data on song choices is analysed along with semantic analysis of the way specific song lyrics express particular moods. Then because the Spotify data is big enough, a pattern of moods across great swathes of the population is tracked through their choices of songs with positive or negative content. Haldane then generalises the argument by suggesting that big data could 'create a real-time map of financial and activity flows across the economy, in much the same way as is already done for flows of traffic or information on weather'.

So far so good: Stephens-Davidowitz predicts that the next great innovators in many disciplines will essentially be data scientists.⁸ Will this also be true of LIS? The answer should of course be – Yes. Or if it isn't yes, there is a bigger problem in the discipline than any of us had imagined. It is surely self-evident that big data can tell us an enormous amount about reading, information use and the potential for information services and libraries. Just as a clue to what this might mean, a study by Ellenberg used data from Amazon concerning the lines people quote from books, so as to estimate the extent to which people actually finish those books.⁹ By noting on which pages the quoted lines appeared an indication of how much of the book had actually been read might seem to emerge. This method suggested very strongly that most readers of the kind of fiction from which quotation might be appropriate do reach the last page. At the same time, only 5 or 10 percent of readers of non-fiction (perhaps some of the heavier LIS volumes, for instance) actually seem to finish the whole thing. (Please note that Ellenberg's study is outlined by Stephens-Davidowitz on page 283 of his 288 pages of text!) Exactly how insights of this type might be used by the LIS research community probably remains to be identified, but it would be foolish to ignore them.

7 Cf. ELLIOTT, 2018.

8 Cf. STEPHENS-DAVIDOWITZ, 2017, p. 281.

9 Cf. ELLENBERG, 2014.

Indeed, there is evidence that suggests LIS has ignored potentially revealing data from as long ago as the mid nineteenth century.¹⁰ The relationship between basic literacy levels and a more sophisticated literacy on the one hand and the foundation and success of public libraries, on the other, has not been seriously explored. This is despite a steady flow of publications on British library history. Yet at least one big data-type of resource was available. This was a set of data revealing annual totals of postal deliveries per capita, community by community, released by the UK Royal Mail in 1863. The approximately 2,000,000,000 annual deliveries in those pre-junk-mail days consisted more or less entirely of handwritten letters addressed to individuals who were sufficiently literate as to be able to read and respond to them. The annual figures reveal enormous disparities between different communities. The rate for the City of London, with 48 deliveries per capita was only exceeded by a few spa and resort towns, such as Malvern (103), and Leamington Spa (57), but Northern industrial towns had the lowest rates, with Ashton under Lyne and Oldham having only six letters delivered per resident. The rhetoric for the creation of public libraries under the Public Libraries Act of 1850 varied little between communities and the services actually provided tended to set out the same rough and ready vision of how the provision of books and services could benefit the community. Yet this set of nineteenth century big data suggests that there were communities with dramatically different needs. Something extremely useful could possibly have been done with the postal data in the 1860s, but today the relevant resources are infinitely more abundant. They provide opportunities that should not be missed.

Conclusion

What this essay is intended to stress, is that when working with numerical evidence in LIS, it is important to bear various simple guiding principles in mind. The first is that the use of published statistics ought to be given greater prominence than it has at present. Secondly that it is important to recognise that while surveys can often be valuable they can easily be a snare and a delusion. Finally, the potential of big data ought now to be at centre stage for any LIS research which concerns human behaviour and motivation. When large quantities of transaction data are obtainable and, an utterly crucial proviso, the right questions are applied to them we can learn so much that is new and surprising. This can, in turn, be used to transform our systems and services. By using big data, the LIS researcher is potentially blending the best of the qualitative and quantitative research approaches in a highly productive way.

¹⁰ Cf. STURGES, 1996.

References

- CAUTER, Theodore and John DOWNHAM, 1954. *The Communication of Ideas: A Study of Contemporary Influences on Urban Life*. London: Chatto and Windus.
- ELLENBERG, Jordan, 2014. “The summer’s most unread book is ...”. *Wall Street Journal*. 03.07.2014.
- ELLIOTT, Larry, 2018. How Spotify could help bankers track public mood. *The Guardian*. 01.05.2018.
- KELLY, Thomas, 1977. *A History of Public Libraries in Great Britain, 1845-1975*. London: Library Association.
- STEPHENS-DAVIDOWITZ, Seth, 2017. *Everybody Lies: What the Internet Can Tell Us About Who We Really Are*. London: Bloomsbury.
- STURGES, Paul, 1996. The public library and its readers 1850-1900. In: *Library History*. 12, pp. 183-200.
- WOODHAM-SMITH, Cecil, 1951. *Florence Nightingale*. London: Penguin.

Service der Zukunft: Zur Dynamik an Hochschulbibliotheken

Margarete Busch

Bibliotheken an Fachhochschulen (FH) bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) übernehmen innerhalb des Systems der wissenschaftlichen Informationsversorgung in Deutschland eine gewichtige Rolle. Ein Blick in die Deutsche Bibliotheksstatistik zeigt für das Erfassungsjahr 2017, dass mehr als die Hälfte des wissenschaftlichen Bibliothekswesens die Informationsversorgung an einer FH/HAW verantwortet hatte.¹ Im Wintersemester 2017/18 wurde über ein Drittel aller Studierenden in Deutschland an einer FH/HAW betreut. Und auch der massive Zustrom von Studierenden nach der Jahrtausendwende an die deutschen Hochschulen wurde vor allem von den FHs/HAWs und ihrer Infrastruktur abgedeckt, die zwischen 2005 und 2017 rund 78 Prozent des Aufwuchses auffingen.² Diesen erheblichen Zuwachs an Studierenden erfolgreich zu bewältigen, gelang Bibliotheken an FHs/HAWs trotz oder gerade wegen der Herausforderung, mit beschränkten Ressourcen meist mehrere Standorte zu betreuen, vor allem dank effizienter Prozesse und Strukturen. Schon rein quantitativ nehmen daher FHs/HAWs einen gewichtigen Raum innerhalb des deutschen Bildungswesens ein.

1 58 Prozent der insgesamt 210 wissenschaftlichen Bibliotheken, die 2017 ihre Kennzahlen in der DBS nachgewiesen haben, waren Fachhochschulbibliotheken (133 Einrichtungen) (vgl. HOCHSCHULBIBLIOTHEKSZENTRUM DES LANDES NRW, 2018). In der Sektion 4 des Deutschen Bibliotheksverbands (DBV) liegt der Anteil der Fachhochschulbibliotheken dagegen nur bei 29 Prozent (83 Einrichtungen von insgesamt 285 wissenschaftlichen Bibliotheken) (vgl. DEUTSCHER BIBLIOTHEKSVERBAND, 2018a).

2 Die Studierendenzahl stieg in diesem Zeitraum insgesamt um 39 Prozent (vgl. KHAKZAR, 2017).

In qualitativer Hinsicht hatten Fachhochschulen bereits seit den 1990er Jahren an Bedeutung für die wissenschaftliche Ausbildung in Deutschland gewonnen. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass sich die Landschaft der Fachhochschulen und der ihnen zugeordneten Bibliotheken seit ihrer Gründung in den 1970er Jahren hinsichtlich zentraler Merkmale wie Betriebsgröße oder Fächerprofil sehr viel heterogener zeigte, als es bei den Einrichtungen des Hochschultyps Universität der Fall war.³ Im Zuge von Bologna verstärkten sich diese strukturell angelegten Unterschiede und setzten so einen Prozess zunehmender Binnendifferenzierung innerhalb der Einrichtungen des Hochschultyps Fachhochschule in Gang. Gleichzeitig wurde auch die bis dahin strikte Abgrenzung zwischen Universitäten und Fachhochschulen zusehends brüchig.⁴ Auch wenn es grundsätzlich beim Primat der anwendungsbezogenen Lehre für FHs blieb, etablierte sich ein erweitertes Verständnis des Bildungsauftrags von Fachhochschulen, bei dem nun verstärkt auch Forschung und Transfer in den Fokus rückte. Begünstigt und vorangetrieben wurde dieser Prozess der Annäherung von Universitäten und Fachhochschulen insbesondere durch die generelle Umstellung auf zweistufige Studiengänge und die Berechtigung von Masterabsolventen und -absolventinnen von FHs zur Promotion.⁵ Die Bologna-Reform bedeutet insbesondere für Bibliotheken an Fachhochschulen eine Phase grundsätzlicher Veränderung, sowohl in quantitativer wie auch in qualitativer Hinsicht. Neben der Herausforderung, den Informationsbedarf von Lehre und Studium angesichts massiv steigender Studierendenzahlen weiter angemessen sicherzustellen, sahen sich Hochschulbibliotheken zunehmend mit der Erwartung konfrontiert, Informationsservices zur Unterstützung zunehmender Forschungsaktivitäten zu entwickeln.

Das Vordringen digitaler Technologien markiert eine neue Etappe in der Entwicklung des Wissenschaftsbetriebs und treibt den Prozess der Differenzierung abermals mit verstärkter Dynamik voran. Im Kontext von Digitalisierung und Differenzierung unterscheidet eine Studie des Hochschulforums Digitalisierung aus dem Jahre 2016 innerhalb der deutschen Hochschullandschaft vier unterschiedliche Profiltypen: anwendungsorientierte Lehre und Individualisierung, forschungsorientierte Lehre, lebenslanges Lernen und akademische Weiterbildung sowie Internationalisierung.⁶ Für jeden dieser Profiltypen lassen sich sowohl Fallbeispiele einer Universität wie auch einer FH/HAW finden.

Die Digitalisierung beschleunigt und verstärkt insbesondere die Spreizung innerhalb der Einrichtungen des Hochschultyps Fachhochschule sowie der ihnen zugeordneten Bibliotheken.⁷ Die neuen Gestaltungsräume nutzen FHs/HAWs gezielt

3 Vgl. WISSENSCHAFTSRAT, 2010a, S. 24-27.

4 Vgl. zur Bedeutung von Bologna für Fachhochschulen: HOLUSCHA, 2012, S. 200-229.

5 Vgl. zur Binnendifferenzierung innerhalb des Hochschultyps Fachhochschule: WISSENSCHAFTSRAT, 2010b, S. 40-42 und WISSENSCHAFTSRAT, 2010a, S. 17-23.

6 Vgl. SCHMID/BAESSLER, 2016, S. 19-43. Vgl. dazu auch einen anderen Typisierungsversuch nach Profilmertkmalen bei DRÄGER et al., 2017, S. 275-276.

7 Vgl. zu den Herausforderungen und Chancen für Lehre und Forschung durch die Digitalisierung HOCHSCHULFORUM DIGITALISIERUNG, 2015.

zur Steigerung ihrer Effizienz, insbesondere aber setzen sie die Mehrwerte digitaler Technologien zur Schärfung ihrer Profile und Sichtbarmachung lokaler Alleinstellungsmerkmale ein, um sich so im Wettbewerb der Hochschulen besser zu positionieren. Das Profilspektrum umfasst dabei Hochschulen mit einem sehr breiten Fächerangebot, die sich über ihr Forschungs- und Transferverständnis bereits dem Universitätssektor annähern, aber auch Fernfachhochschulen, über Hochschulen mit dualen Studiengängen bis hin zu Fachhochschulen mit klar funktionalem Zchnitt und engerer fachlicher Ausrichtung.

Der digitale Wandel des Wissenschaftsbetriebs und die neuen Zugänge zu Wissen und Informationen verändern tiefgreifend das Selbstverständnis wissenschaftlicher Bibliotheken, die sich neuen Anforderungen und Erwartungen gegenübersehen. Es gilt mehr denn je, Prozesse und Strukturen zu modifizieren und neu auszurichten, um nachhaltige und innovative Dienstleistungsangebote zu entwickeln.⁸ Wie sehr die Fliehkräfte dieses Transformationsprozesses an Geschwindigkeit zugenommen haben, wurde im ersten Halbjahr 2018 schon allein daran sichtbar, dass innerhalb kurzer Zeit gleich drei wegweisende Positionspapiere zur Zukunft der wissenschaftlichen Informationsinfrastruktur veröffentlicht wurden.⁹

Hochschulbibliotheken rücken die veränderten Anforderungen der Arbeitsprozesse von Studierenden, Lehrenden und Forschenden verstärkt in den Mittelpunkt ihrer Strategien und werden mit neuen Serviceangeboten zunehmend aktiver Teil des Wissenschaftsbetriebs.¹⁰

Angesichts der ausgeprägten Heterogenität der Landschaft der FHs/HAWs erscheint es wenig zielführend, dass die ihnen zugeordneten Bibliotheken jedes grundsätzlich mögliche Profilvermerkmal und Handlungsfeld mit gleicher Intensität unterstützen. Vielmehr werden sich zum jeweiligen Hochschulprofil korrespondierende Bibliotheksprofile entwickeln. Eine vernetzte Strategieentwicklung mit enger Ausrichtung an die strategischen Ziele ihrer Hochschule, ermöglicht Hochschulbibliotheken einen effizienten Einsatz ihrer begrenzten Ressourcen und eine nachhaltige Entwicklung passgenauer Serviceangebote. Je nach Profilschwerpunkt ihrer Hochschule kann eine Bibliothek beispielsweise gezielt ein digitales Medienangebot zur Unterstützung von Internationalisierungszielen¹¹ aufbauen oder aber einen Entwicklungsschwerpunkt auf die Erarbeitung spezifischer Beratungsformate sowie

8 Zu neuen Herausforderungen an Bibliotheken infolge der Digitalisierung siehe insbesondere den jüngsten NMC Horizon Report 2017 Library Edition (THE NEW MEDIA CONSORTIUM, 2017).

9 Vgl. DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT, 2018, S. 6 sowie DEUTSCHER BIBLIOTHEKSVERBAND, 2018b und DEUTSCHE INITIATIVE FÜR NETZWERKINFORMATION, 2018.

10 Unternehmen messen den Erfolg der digitalen Transformation längst danach, wie gut sie die veränderten Erwartungen ihrer Kunden kennen und ihren Service darauf ausrichten (vgl. KOFLER, 2018, S. 14).

11 Vgl. zum Einsatz digitaler Medien bei der Unterstützung von Internationalisierung als Profilvermerkmal ZAWACKI-RICHTER/BEDENLIER, 2015, S. 10-11.

elektronischer Inhalte für Weiterbildungsstudiengänge legen.¹² Ein weiteres mögliches Handlungsfeld könnte die Entwicklung eines differenzierten forschungsunterstützenden Service sein, wie Repositorien, digitale Hochschulbibliografie oder Beratungskompetenz im Umgang mit Forschungsdaten. Oder aber eine Bibliothek sieht sich insbesondere dazu aufgefordert, sich im Bereich offener Bildungsformate, wie OER, verstärkt zu engagieren und hierzu Unterstützungs- und Beratungsangebote zu gestalten.¹³

Bibliotheken an FHs/HAWs profitieren in diesem herausfordernden Transformationsprozess davon, dass sie sich bereits in der Vergangenheit durch effiziente Prozesse, hohes Servicebewusstsein, ausgeprägte Nähe zu ihren Nutzenden sowie ein profundes Verständnis für spezifische Fachbedarfe ausgezeichnet haben.¹⁴ Dies sind wichtige Voraussetzungen, um die große Dynamik des digitalen Wandels aktiv aufzugreifen und sich flexibel auf neue Anforderungen auszurichten. In enger Vernetzung mit den übergeordneten strategischen Zielen ihrer Hochschule entwickeln Bibliotheken an FHs/HAWs passgenaue Unterstützungs- und Beratungsangebote für die spezifischen Anforderungen ihrer Nutzerinnen und Nutzer.

Dabei werden insbesondere Beratungsservices im Umgang mit dem digitalisierten Wissenschaftsbetrieb einen zunehmend größeren Raum innerhalb des Dienstleistungsangebotes von Hochschulbibliotheken an FHs/HAWs einnehmen. Ursprünglich konzipiert als Einrichtungen zur Unterstützung des Informationsbedarfs von Studium und Lehre, entwickeln sie sich immer mehr zu Kompetenzzentren für Fragen zu „Grundlagen des Informationsmanagements, den rechtlichen Implikationen, zum digitalen Lern- und Forschungsprozess (Open Educational Resources, Data-Mining, Visualisierungen, Open Access) und zur Langzeitarchivierung“.¹⁵ In diesem Prozess der Modifizierung bestehender und Schaffung neuer bibliothekarischer Serviceangebote entwerfen gerade Bibliotheken an FHs/HAWs ganz eigene Umsetzungsstrategien, indem sie insbesondere auf die Kooperation mit anderen Einrichtungen ihrer Hochschule, anderen Bibliotheken sowie externen Bibliotheksdienstleistern setzen.

Im Kontext der strategischen Ausrichtung von Hochschulbibliotheken auf das Profilvermerkmal Forschung und Transfer ist insbesondere das Handlungsfeld forschungsunterstützender Bibliotheksservice an FHs/HAWs noch vergleichsweise neu und daher mit besonderen Herausforderungen für Organisationsentwicklung sowie den Ressourceneinsatz verbunden. Hochschulbibliotheken steht dabei durchaus eine beachtliche Palette an möglichen Dienstleistungsangeboten zur Verfügung. So können Wissenstransfer und die Sichtbarkeit von Forschungsaktivitäten unterstützt werden, indem Forschungsarbeiten über ein institutionelles Repositorium (in

12 Mit 48 Prozent setzten noch 2016 lediglich rund die Hälfte aller FHs/HAWs digitale Lernformen in der Weiterbildung ein, gegenüber 66 Prozent an Universitäten (vgl. SCHMIDT et al., 2016, S. 36).

13 Zur Rolle von Bibliotheken im Bereich von OER siehe DEIMANN et al., 2015, S. 48-49.

14 Vgl. SÖLLNER/SÜHL-STROMENGER, 2014, S. 564-566.

15 EULER, 2015, S. 6.

der Regel über ein Hosting in Zusammenarbeit mit einem externen Bibliotheksdienstleister) Open Access veröffentlicht werden. Auch der Service einer digitalen Hochschulbibliografie erhöht die Sichtbarkeit von Forschungsaktivitäten, bietet interessante Mehrwerte für Forschende (z.B. aktuelle Titellisten) und unterstützt über erweiterte Funktionalitäten wie Nachweis von begutachteten Publikationen das zentrale Forschungsmonitoring. Weitere Serviceangebote könnten darin bestehen, kooperativ mit anderen Einrichtungen der Hochschule forschungsspezifische Beratungsangebote, beispielsweise zu Fragen im Umgang mit Forschungsdaten, zu Open Access oder zum Urheberrecht anzubieten.

Gerade bei der Entwicklung forschungsunterstützender Dienstleistungsangebote spielen auch neue Zielgruppen, insbesondere die zunehmend größere Zahl der Promovierenden an FHs/HAWs, eine wichtige Rolle.¹⁶ Auf einfacherem Niveau gilt dies auch für Unterstützungs- und Beratungsangebote zum forschenden Lernen von Masterstudierenden, die neben Kompetenzvermittlung zu wissenschaftlicher Recherche und Quellenbewertungen, auch im Kontext von E-Science an den Umgang mit Forschungsdaten oder wissenschaftliches Publizieren herangeführt werden sollten.¹⁷

Angesichts der Komplexität und Dynamik der digitalen Transformation und der damit verbundenen Differenzierung der Hochschullandschaft, sind eng vernetzte und hochschulintern abgestimmte Strategieprozesse mehr denn je erforderlich, wenn es gilt, insbesondere Bibliotheken an FHs/HAWs in die Lage zu versetzen, ihren Service effizient und passgenau auf das Profil ihrer Hochschule auszurichten und die Anforderungen ihrer Nutzerinnen und Nutzer optimal zu unterstützen.

Literatur

DEIMANN, Markus, Jan NEUMANN und Jöran MUUSS-MERHOLZ, 2015.

Whitepaper Open Educational Resources (OER) an Hochschulen in Deutschland – Bestandsaufnahme und Potenziale [online]. Frankfurt a.M.: DIPF [Zugriff am: 19.08.2018]. Verfügbar unter: <https://open-educational-resources.de/wp-content/uploads/Whitepaper-OER-Hochschule-2015.pdf>

DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT, 2018. *Förderungen von*

Informationsinfrastrukturen für die Wissenschaft [online]. Ein Positionspapier der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Bonn: DFG [Zugriff am: 13.07.2018]. Verfügbar unter: http://www.dfg.de/download/pdf/foerderung/programme/lis/positionspapier_informationsinfrastrukturen.pdf

DEUTSCHE INITIATIVE FÜR NETZWERKINFORMATION, 2018. *Thesen*

zur Informations- und Kommunikationsinfrastruktur der Zukunft [online]. Berlin: Humboldt-Universität. DOI: 10.18452/19126

¹⁶ Vgl. zur Rolle von Bibliotheken bei der Vermittlung von Kompetenz im Umgang mit Forschungsdaten HEIDRICH et al., 2018, S. 26-28.

¹⁷ Dies führt letztlich zu einem erweiterten Verständnis des Begriffs Kompetenz, vgl. dazu MEYER-DÖRPINGHAUS, 2016, S. 195-200.

- DEUTSCHER BIBLIOTHEKSVERBAND, 2018a. *Bibliotheksverband, Sektion 4* [online]. Berlin: DBV [Zugriff am: 18.08.2018]. Verfügbar unter: <https://www.bibliotheksverband.de/fachgruppen/sektionen.html>
- DEUTSCHER BIBLIOTHEKSVERBAND, 2018b. *Wissenschaftliche Bibliothek 2025, beschlossen von der Sektion 4 „Wissenschaftliche Universallbibliotheken“ im Deutschen Bibliotheksverband e.V.* [online]. Berlin: DBV [Zugriff am 23.08.2018]. Verfügbar unter: http://www.bibliotheksverband.de/fileadmin/user_upload/Sektionen/sektion_4/Publikationen/WB2025_Endfassung_endg.pdf
- DRÄGER, Jörg, et al., 2017. Hochschulen brauchen Strategien für das digitale Zeitalter. In: RAT FÜR FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE-ENTWICKLUNG, Hrsg. *Zukunft und Aufgaben der Hochschulen: Digitalisierung – Internationalisierung – Differenzierung*. Wien [u.a.]: LIT Verlag S. 263-278.
- EULER, Ellen, 2015. *Hochschulbibliothek der digitalen Zukunft: Zwischenbericht* [online]. *Arbeitspapier Nr. 4*. Berlin: Hochschulforum Digitalisierung [Zugriff am: 20.08.2018]. Verfügbar unter: https://hochschulforumdigitalisierung.de/sites/default/files/dateien/HFD%20AP%20Nr%204_Hochschulbibliothek%20der%20digitalen%20Zukunft.pdf
- HEIDRICH, Jens, Pascal BAUER und Daniel KRUPKA, 2018. *Strukturen und Kollaborationsformen zur Vermittlung von Data-Literacy-Kompetenzen: Stand der Forschung* [online.] *Arbeitspapier Nr. 32*. Berlin: Hochschulforum Digitalisierung [Zugriff am: 19.08.2018] Verfügbar unter: https://hochschulforumdigitalisierung.de/sites/default/files/dateien/HFD_AP_Nr32_Data_Literacy_Kompetenzen_Literatur.pdf
- HOCHSCHULBIBLIOTHEKSZENTRUM DES LANDES NRW, 2018. *Deutsche Bibliotheksstatistik* [online]. *Variable Auswertung 2017*. Köln: HBZ [Zugriff am: 22.08.2018]. Verfügbar unter: <https://www.bibliotheksstatistik.de>
- HOCHSCHULFORUM DIGITALISIERUNG, 2015. *Diskussionspapier – 20 Thesen zur Digitalisierung der Hochschulbildung* [online]. *Arbeitspapier Nr. 14*. Berlin: Hochschulforum Digitalisierung [Zugriff am: 19.08.2018]. Verfügbar unter: <https://hochschulforumdigitalisierung.de/de/thesen-digitalisierung-hochschulbildung>
- HOLUSCHA, Elisabeth, 2012. *Das Prinzip Fachhochschule – Erfolg oder Scheitern?* [Dissertation] [online]. Marburg: Philipps-Universität. DOI: 10.17192/z2013.0240
- KHAKZAR, Karim, 2017. *Wichtige Herausforderungen für Fachhochschulen (FHs)/Hochschulen für Angewandte Wissenschaften* [online]. *(HAWs) in den kommenden Jahren* [Vortrag]. Hannover: Hochschulrektorenkonferenz, 06.09.2017 [Zugriff am: 20.08.2018]. Verfügbar unter: https://hish.de/fileadmin/user_upload/Veranstaltungen_Vortraege/2017/HAW_2017/2_Vortrag_Khakzar.pdf

- KOFLER, Thomas, 2018. *Digitale Transformation in Unternehmen: Einflusskräfte und organisatorische Rahmenbedingungen* [online]. *D.B Digital Dialogue. Positionspapier*. Garching: Zentrum Digitalisierung Bayern [Zugriff am: 18.08.2018]. Verfügbar unter: https://zentrum-digitalisierung.bayern/wp-content/uploads/Dig-Dial_Kofler-Thomas_Digit-Transf-v13_ohne-logo.pdf
- MEYER-DÖRPINGHAUS, Ulrich, 2016. Förderung wissenschaftlicher Informationskompetenz. In: Wilhelm SÜHL-STROHMENGER, Hrsg. *Handbuch Informationskompetenz*. 2. Auflage. Berlin: De Gruyter, S. 195-200.
- SCHMID, Ulrich und Berit BAESSLER, 2016. *Strategieoptionen für Hochschulen im digitalen Zeitalter* [online]. *Arbeitspapier 29*. Berlin: Hochschulforum Digitalisierung [Zugriff am: 20.08.2018]. Verfügbar unter: https://hochschulforumdigitalisierung.de/sites/default/files/dateien/HFD_A_P_Nr29_Strategieoptionen_fuer_Hochschulen_im_digitalen_Zeitalter.pdf
- SCHMID, Ulrich, Sabrina THOM und Lutz GÖRTZ, 2016. *Ein Leben lang digital lernen – neue Weiterbildungsmodelle aus Hochschulen* [online]. *Arbeitspapier Nr. 20*. Berlin: Hochschulforum Digitalisierung [Zugriff am: 20.08.2018]. Verfügbar unter: https://hochschulforumdigitalisierung.de/sites/default/files/dateien/HFD_A_P_Nr20_Lebenslanges_Lernen.pdf
- SÖLLNER, Konstanze und Wilhelm SÜHL-STROMENGER, Hrsg., 2014. *Handbuch Hochschulbibliothekssysteme: Leistungsfähige Informationsinfrastrukturen für Wissenschaft und Studium*. Berlin: De Gruyter.
- THE NEW MEDIA CONSORTIUM, 2017. *Horizon Report > Library Edition 2017* [online]. Austin, TX: NMC [Zugriff am 20.08.2018]. Verfügbar unter: <https://www.nmc.org/nmc-horizon-news/announcing-the-nmc-horizon-report-2017-library-edition>
- WISSENSCHAFTSRAT, 2010a. *Empfehlungen zur Rolle der Fachhochschulen im Hochschulsystem* [online]. Berlin: Wissenschaftsrat [Zugriff am: 20.08.2018]. Verfügbar unter: <https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/10031-10.pdf>
- WISSENSCHAFTSRAT, 2010b. *Empfehlungen zur Differenzierung der Hochschulen* [online]. Berlin: Wissenschaftsrat [Zugriff am: 20.08.2018]. Verfügbar unter: <https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/10387-10.pdf>
- ZAWACKI-RICHTER, Olaf und Svenja BEDENLIER, 2015. *Zur Rolle und Bedeutung von digitalen Medien in Internationalisierungsstrategien deutscher Hochschulen* [online]. *Arbeitspapier Nr. 12*. Berlin: Hochschulforum Digitalisierung [Zugriff am: 10.08.2018]. Verfügbar unter: <https://hochschulforumdigitalisierung.de/de/rolle-bedeutung-digitale-medien-internationalisierungsstrategie-deutsche-hochschulen>

Wissenschaftlicher Dienst im Wandel? Eine Bestandsaufnahme am Beispiel der Universitätsbibliotheken in Nordrhein-Westfalen

Inka Tappenbeck

Die Digitalisierung verändert das Aufgabenprofil des wissenschaftlichen Dienstes

In der Ende der 1990er Jahre geführten Debatte über ein zukunftsfähiges Berufsbild des „wissenschaftlichen Bibliothekars“ spielten die Digitalisierung und ihre Auswirkungen auf Wissenschaft und Bibliotheken noch kaum eine Rolle.¹ Vielmehr wurde darüber diskutiert, ob die wissenschaftlichen Bibliothekarinnen und Bibliothekare der Zukunft vorrangig fachreferatsbezogene Aufgaben – Erwerbung, Erschließung, Bestandsentwicklung und fachliche Informationsvermittlung – zu erfüllen haben oder ihre Aufgaben eher im Bereich des Bibliotheksmanagements liegen. Mit dem Siegeszug der digitalen Revolution hat sich diese Situation jedoch grundlegend geändert. Das klassische Konzept des wissenschaftlichen Dienstes, dessen Hauptaufgabe in der Fachreferatsarbeit liegt,² bekommt seitdem zusätzliche Konkurrenz durch neue Anforderungen und Aufgabenzuweisungen, die aus der Digitalisierung der Medien- und Informationswelt resultieren: So erfordert die Vielzahl der im Zuge der Digitalisierung entstandenen neuen Informationsressourcen und -werkzeuge – Fachdatenbanken, E-Journals, Virtuelle Fachbibliotheken, Portale, wissenschaftli-

1 Vgl. JOCHUM, 1998; OEHLING, 1998; TE BOEKHORST/BUCH/CEYNOWA, 1998.

2 Vgl. VEREIN DEUTSCHER BIBLIOTHEKARE, 1984.

che Suchmaschinen etc. – ein erweitertes Spektrum an fachspezifischen Schulungsangeboten zur Vermittlung von Informationskompetenz, um die Studierenden, Forschenden und Lehrenden im Umgang mit diesen neuen digitalen Ressourcen zu unterstützen. Insbesondere bei der Entwicklung und Bereitstellung der fachspezifischen Schulungsangebote war die wissenschaftliche Fachexpertise der Fachreferentinnen und Fachreferenten daher von Anfang an gefordert. Ebenso wurden viele andere der im Zuge der Digitalisierung entstandenen Aufgabengebiete federführend von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des wissenschaftlichen Dienstes übernommen: Der wissenschaftliche Dienst war maßgeblich an Aufbau und Entwicklung virtueller Fachbibliotheken und Fachportale beteiligt, aber auch für die Entstehung von Digitalisierungsdiensten und -zentren an den Hochschulbibliotheken und den Aufbau digitaler Sammlungen waren viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des wissenschaftlichen Dienstes verantwortlich. Gleiches gilt für die Entwicklung von Konzepten und Infrastrukturen für die digitale Langzeitarchivierung, für das digitale Publizieren sowie aktuell insbesondere für den Umgang mit den stetig wachsenden Massen an digitalen Forschungsdaten, um nur einige der Handlungsfelder zu nennen, die seit Ende der 1990er Jahre – häufig zunächst allerdings nur projektbezogen an einzelnen Bibliotheken – unter maßgeblicher Beteiligung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des wissenschaftlichen Dienstes aufgebaut und entwickelt wurden.³

In diesem technikgetriebenen Gesamtszenario werden die Stimmen derer, die in der wissenschaftlich fundierten Bestandsentwicklung nach wie vor eine Hauptaufgabe des wissenschaftlichen Dienstes sehen,⁴ immer schwächer. Zudem stellen neue, erst mit der Digitalisierung möglich gewordene Zugriffs- bzw. Bezugsformen („access versus ownership“) die Bedeutung lokaler Bestände und damit auch die Aufgabe des wissenschaftlich fundierten Bestandsaufbaus zunehmend in Frage. Neue Erwerbungsmodelle (Konsortien, Medienpakete, approval plans, patron-driven acquisition) führen zu einer sukzessiven Auslagerung von Erwerbungsentscheidungen und auch der Sacherschließung kommt angesichts der Möglichkeiten der Fremddatenübernahme und automatischer Indexierungs- und Erschließungsverfahren nicht mehr derselbe Stellenwert zu wie in der Zeit vor der Digitalisierung.⁵ Nicht zuletzt wird auch die ausschließliche Eignung des wissenschaftlichen Dienstes für die Sacherschließung zunehmend kritisch hinterfragt.⁶

Vor dem Hintergrund dieser durch die Digitalisierung ausgelösten Veränderungsdynamik stellt sich die Frage nach der Veränderung des Aufgabenprofils des

³ Dass auch eine große Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der anderen Qualifikationsebenen in Aufbau und Bereitstellung der im Kontext dieser Handlungsfelder entstandenen Dienstleistungen involviert war und ist, liegt auf der Hand, jedoch liegt die strategische Verantwortung für den Aufbau und die Weiterentwicklung in der Regel bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des wissenschaftlichen Dienstes.

⁴ Vgl. ENDERLE, 2012, S. 31.

⁵ Vgl. STABENAU, 2011.

⁶ Vgl. WIESENMÜLLER/KÄHLER, 2014.

wissenschaftlichen Dienstes in der bibliothekarischen Praxis: Haben die neuen, im Zuge der Digitalisierung entstandenen Handlungsfelder dazu geführt, dass sich das Aufgabenprofil des wissenschaftlichen Dienstes erkennbar verändert hat? Sind die neuen Aufgabenbereiche *strukturell* in dessen Zuständigkeitsbereich integriert worden – oder fristen sie nach wie vor ein eher prekäres Dasein zwischen Projektauftrag und lokaler Einzelinitiative?

Der wissenschaftliche Dienst im Fokus: Personalkonzepte

Ein klar profiliertes Personalkonzept für den wissenschaftlichen Dienst hat Bonte für die Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden (SLUB) präsentiert.⁷ Angesichts drängender neuer Aufgaben – er nennt u.a. Open Access, Bibliometrie, Retrodigitalisierung, Forschungsdaten und Informationsvisualisierung – attestiert er dem traditionellen Fachreferentensystem eine steigende quantitative wie auch qualitative Überlastung.⁸ Den durch die digitale Revolution entstandenen Herausforderungen lässt sich, so Bonte, mit dem traditionellen Strukturprofil des wissenschaftlichen Dienstes nicht erfolgreich begegnen.⁹ Die Bibliotheken reagieren Bonte zufolge auf diese Situation bislang mehrheitlich jedoch nicht mit innovativen Dienstleistungs- und Personalkonzepten, sondern sie versuchten das Fachreferentensystem zu bewahren und trotzdem technisch-organisatorische Innovationen zu realisieren, indem Fachreferatskapazität schleichend für die genannten IT-bezogenen Zukunftsaufgaben umgewidmet bzw. an befristetes Projektpersonal oder an externe Dienstleister delegiert werde.¹⁰ Dies jedoch destabilisiere das traditionelle System zunehmend weiter. Und so kommt Bonte zu dem Fazit: „Das klassische Fachreferentensystem, das zwischen 1925 und 1995 leidlich funktionierte und bislang den größten Teil der Personalressourcen im höheren Dienst bindet, ist als Tragwerk der Bibliotheksorganisation nicht mehr haltbar.“¹¹ Als Konsequenz dieser Diagnose stellt er das Personalkonzept der SLUB Dresden vor, demzufolge die Personalstellen im wissenschaftlichen Dienst auf vier Profilschwerpunkte konzentriert werden sollen:¹² das Profil der „Wissensmanager(innen)“, das einem modernen Verständnis von Fachreferatstätigkeit im Sinne Lankes¹³ sehr nahe kommt (Benutzung, Information, Community-Bildung), das Profil der „Forschungsbibliothekar(innen)“, die als Embedded Librarians die überregionale Spitzenforschung in ausgewählten Bereichen unterstützen, das Profil der „IT-Spezia-

7 Vgl. BONTE, 2014.

8 Vgl. BONTE, 2014, Folie 4.

9 Vgl. BONTE, 2014, Folie 5.

10 Vgl. BONTE, 2014, Folie 8.

11 BONTE, 2014, Folie 10.

12 Vgl. BONTE, 2014, Folien 16-19.

13 Vgl. LANKES, 2012 sowie LOHMEIER, 2013.

list(inn)en“ und das der „sonstigen Expert(inn)en“, worunter Bonte zum einen Leitungsaufgaben, zum anderen spezifische lokale Schwerpunkte der Bibliothek fasst. Mit Blick auf 15 Personalstellen im wissenschaftlichen Dienst an der SLUB Dresden sieht er folgende Verteilung des Personals vor: Wissensmanager(innen): 4-6 Vollzeitäquivalente, Forschungsbibliothekar(innen): 2-4 Vollzeitäquivalente, IT-Spezialist(inn)en und sonstigen Expert(inn)en: jeweils 3-4 Vollzeitäquivalente.¹⁴

Alternativ zu einer solchen Aufspaltung des wissenschaftlichen Dienstes in verschiedene, nebeneinander existierende Profillinien, ließe sich auch ein Szenario denken, in dem insbesondere die neuen Services für Lehre und Forschung – von Unterstützung im E-Learning-Kontext über das digitale Publizieren bis hin zu Forschungsdatenmanagement und bibliometrischen Analysen – neben den klassischen Aufgaben des wissenschaftlichen Dienstes im Fachreferat selbst Platz finden, sodass die überwiegende Zahl der wissenschaftlichen Bibliothekarinnen und Bibliothekare nach wie vor mit einem Anteil ihrer Personalkapazität als Fachreferentinnen und Fachreferenten tätig wäre, dies jedoch in einem um die neuen Aufgabenbereiche erweiterten, dem Konzept des Liaison Librarian sehr nahekommenden Sinne.¹⁵ Kapazitär könnten diese neuen Aufgaben den Raum einnehmen, der durch die tendenziell schwindenden Tätigkeiten in den Bereichen der Erwerbung und Erschließung verfügbar wird. Ein möglicher Vorteil dieses Szenarios könnte darin bestehen, dass im Vergleich zu einer Zusammenfassung der Fachreferate in nur wenige und dafür größere fachliche Cluster eine größere Nähe zum fachlichen Kontext, zur Fachkultur und fachlichen Community gegeben wäre. Ob allerdings eine solche fachliche Nähe für die erfolgreiche Erbringung bibliothekarischer Dienstleistungen in Lehre und Forschung überhaupt notwendig oder zumindest hilfreich ist, oder ob nicht gerade eine Aufspaltung in getrennte Profillinien zu einer stärkeren Professionalisierung in den einzelnen Handlungsbereichen führt, muss die Praxis erst zeigen.

Wie jedoch reagiert die bibliothekarische Praxis auf die neuen Herausforderungen: Ist eine Transformation des wissenschaftlichen Dienstes mit Blick auf eine Integration der mit der Digitalisierung entstandenen Herausforderungen erkennbar?

Ein Blick in die Praxis: der wissenschaftliche Dienst an den Universitätsbibliotheken in NRW

Vor dem Hintergrund dieser Fragestellung wurden die Websites der Universitätsbibliotheken in Nordrhein-Westfalen im September 2018 hinsichtlich der dort ausgewiesenen Aufgabengebiete des wissenschaftlichen Dienstes untersucht. Nach einer allgemeinen Bestandsaufnahme wurden in einem zweiten Schritt insbesondere die Aufgabengebiete der Fachreferate, so, wie sie auf den Websites der Bibliotheken aufgeführt werden, analysiert, um zu ermitteln, ob sich die Fachreferate gegenwärtig

¹⁴ Vgl. BONTE, 2014, Folie 20.

¹⁵ Vgl. TAPPENBECK, 2015; JAGUSZEWSKI/WILLIAMS, 2013.

eher mit einem klassischen, auf den Bestandsaufbau bezogenen Zuständigkeitspektrum präsentieren, oder ob einige der neuen Aufgabenbereiche hier bereits erkennbar integriert wurden. Um die Entwicklung der Stellensituation im wissenschaftlichen Dienst auch quantitativ zu erfassen, wurde zuvor anhand der Deutschen Bibliotheksstatistik (DBS)¹⁶ die Entwicklung der Stellen im höheren Dienst an Universitätsbibliotheken in Nordrhein-Westfalen vom Jahr 2012 bis zum Jahr 2017 abgefragt. Damit sollte vorab geklärt werden, ob sich die Personalkapazität im wissenschaftlichen Dienst in diesem Zeitraum signifikant verändert hat und die Bibliotheken heute mit Blick auf die Integration neuer Aufgaben und Dienstleistungen ggf. mehr oder weniger strategischen Handlungsspielraum haben als in früheren Jahren.

Die Entwicklung der Stellensituation im wissenschaftlichen bzw. höheren Dienst stellt sich im Untersuchungszeitraum mit Bezug auf die Universitätsbibliotheken in Nordrhein-Westfalen wie folgt dar: Laut DBS ist die Gesamtzahl der Vollzeitäquivalente im Zeitraum von 2012 bis 2017 weitgehend gleich geblieben. Die Bibliothek mit den wenigsten Stellen im höheren Dienst verfügte im Jahr 2012 über knapp acht, die mit den meisten über gut 20 Vollzeitäquivalente. Im Jahr 2017 waren es ebenfalls rund acht Vollzeitäquivalente am unteren und knapp 23 am oberen Rand. Im Jahr 2012 standen den Universitätsbibliotheken in Nordrhein-Westfalen in der Summe 173,12 Vollzeitäquivalente im höheren Dienst zur Verfügung; 2017 waren es 174,73. Der Mittelwert verschob sich nur leicht von 12,36 Vollzeitäquivalenten im Jahr 2012 hin zu 12,48 Vollzeitäquivalenten im Jahr 2017. *Quantitativ war die Stellensituation im wissenschaftlichen Dienst an den Universitätsbibliotheken in Nordrhein-Westfalen zwischen 2012 und 2017 also recht stabil.*

Nach dieser Feststellung einer relativ hohen quantitativen Stabilität stellt sich die Frage nach der qualitativen Dimension: Welche Aufgabengebiete werden gegenwärtig vom wissenschaftlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen wahrgenommen und welchen Stellenwert nimmt das Fachreferat dabei ein? Um diese Frage zu beantworten, wurden die Websites der Bibliotheken zunächst daraufhin untersucht, wie viele Fachreferentenstellen dort ausgewiesen sind. Diese Zahl wurde mit der Zahl der Vollzeitäquivalente verglichen, über die die jeweilige Bibliothek im wissenschaftlichen Dienst verfügt. Dieser Vergleich ergab, dass in den meisten Universitätsbibliotheken Nordrhein-Westfalens die Zahl der auf der Website einer Bibliothek aufgeführten Fachreferentinnen und Fachreferenten recht genau der Zahl der Vollzeitäquivalente entspricht, über die dieselbe Universitätsbibliothek laut DBS im Bereich des wissenschaftlichen Dienstes verfügt. In einigen Bibliotheken liegt die Zahl der Fachreferentinnen und Fachreferenten leicht über der in der DBS angegebenen Zahl der Vollzeitäquivalente, was darauf schließen lässt, dass einige dieser Stellen in Teilzeit besetzt sind. Umgekehrt gibt es einige Bibliotheken, die etwas weniger Fachreferentinnen und Fachreferenten ausweisen als entsprechende Vollzeitäquivalente im wissenschaftlichen Dienst an dieser Bibliothek vorhanden sind, was darauf schließen

16 Vgl. HOCHSCHULBIBLIOTHEKSZENTRUM NRW, 2018.

lässt, dass einige dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hauptamtlich andere Aufgaben wahrnehmen. Zu diesen Aufgaben, die vom wissenschaftlichen Dienst anstelle der oder zusätzlich zur Fachreferententätigkeit wahrgenommen werden, gehören an den untersuchten Bibliotheken, soweit sich dies anhand der Websites entnehmen lässt,¹⁷ v.a. Leitungsaufgaben, vereinzelt auch Tätigkeiten im Kontext des Forschungsdatenmanagements, des digitalen Publizieren, des E-Learning, der Vermittlung von Informationskompetenz, der Digitalisierung, der Bibliometrie sowie der Öffentlichkeits- und der Projektarbeit.¹⁸

Eine Bibliothek fällt hier jedoch gänzlich aus dem Rahmen: An der Universitäts- und Landesbibliothek Münster gibt es bei 22,86 Vollzeitäquivalenten im höheren Dienst lediglich acht Fachreferentinnen und Fachreferenten.¹⁹ Diese Bibliothek hat einen – sehr gut dokumentierten – Umstrukturierungsprozess durchlaufen, dessen Ergebnis die Gründung eines Dezernats „Wissenschaftliche Bibliotheksdienste“ war, in dem die 42 Fächer der 15 Fachbereiche der Universität Münster nach fachlicher Verwandtschaft in fünf Abteilungen zusammengefasst wurden, die aktuell von acht Fachreferentinnen und Fachreferenten betreut werden, während es vor der Umstrukturierung 17 Fachreferentinnen und Fachreferenten waren.²⁰ Diese acht Fachreferentinnen und Fachreferenten übernehmen nun zusätzliche Aufgaben als Liaison Librarians²¹, haben dafür aber weniger Aufgaben außerhalb dieses Bereiches. Die durch die fachliche und personelle Zusammenlegung der Fachreferate freigegebenen Personalkapazitäten stehen nur für andere Entwicklungen zur Verfügung; Voss nennt u.a. den Ausbau von Services zur Vermittlung von Informationskompetenz, die Weiterentwicklung der Publikationsdienste, die Einrichtung einer Lizenzkommission für elektronische Medien, die Einrichtung von Forschungsdaten-Services sowie eines Centers für Digital Humanities.²²

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass an einer der untersuchten Bibliotheken tatsächlich ein von außen deutlich erkennbarer *Transformationsprozess* stattgefunden hat, in dem die fachreferatsbezogenen Aufgaben neu organisiert und strukturiert worden sind. Im Ergebnis sind nur acht Fachreferentinnen und Fachreferenten für 42 Fächer zuständig, während die anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des wissenschaftlichen Dienstes für die oben genannten Entwicklungsaufgaben zur Verfügung stehen. Diese Struktur kommt dem Personalkonzept Bontes bereits sehr nahe. Ausgehend von der Darstellung der Aufgabenbereiche auf den Websites liegt mit Bezug auf die überwiegende Zahl der Universitätsbibliotheken in

17 Da bei den Kontaktangaben die Zuordnung zum Qualifikationsniveau nicht immer erkennbar ist, wurde hier geprüft, ob die angegebenen Namen auch in anderen, typischer Weise vom wissenschaftlichen Dienst vertretenen Positionen erschienen. Dieses Verfahren bietet jedoch nur begrenzt belastbare Resultate. Eine Befragung an den einzelnen Bibliotheken würde hier mehr Aufschluss ermöglichen.

18 Vgl. TAPPENBECK, 2017.

19 Vgl. UNIVERSITÄTS- UND LANDESBIBLIOTHEK MÜNSTER, 2018.

20 Vgl. VOSS, 2018; UNIVERSITÄTS- UND LANDESBIBLIOTHEK MÜNSTER, 2015, S. 10-11.

21 Vgl. VOSS, 2017; VOSS, 2018, Folie 19.

22 Vgl. VOSS, 2018, Folie 20-22.

Nordrhein-Westfalen jedoch der Schluss nahe, dass *in der Breite nach wie vor das klassische Personalkonzept dominiert*, nachdem nahezu alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des wissenschaftlichen Dienstes zugleich Fachreferentinnen und Fachreferenten sind.

Auf der Basis dieser Feststellung wurden im Folgenden die Aufgabenbereiche der Fachreferentinnen und Fachreferenten, so wie sie sich auf den Websites der Universitätsbibliotheken darstellen, untersucht. Zielführend war dabei die Frage, ob anhand der dort angegebenen Aufgaben, Zuständigkeiten und Dienstleistungen eine Abkehr vom klassischen, bestandsbezogenen Konzept der Fachreferatsarbeit und eine Integration der neuen Handlungsfelder erkennbar ist.

Versucht man anhand der Websites der Bibliotheken zu erschließen, worin das Aufgabenprofil der an ihr tätigen Fachreferentinnen und Fachreferenten besteht, stellen sich jedoch mehrere Probleme. Das erste Problem besteht bereits darin, die Fachreferate bzw. die Fachreferentinnen und Fachreferenten auf den Websites überhaupt zu finden. So konnten die Einstiegsseiten zu den Fachreferaten in einigen Bibliotheken nur über die Suche in „A-Z“ ermittelt werden. Auf den meisten anderen Websites ist der Einstieg entweder über die Zielgruppen (Studierende, Wissenschaftler etc.) oder über die Dienstleistungen strukturiert. Ist man schließlich zu der Einstiegsseite in die Fachreferate vorgedrungen, findet man dort nur selten eine Information darüber, welche Dienstleistungen angeboten werden: Elf der 13 untersuchten Bibliotheken präsentieren auf ihren Websites kein konkretes Serviceportfolio der Fachreferate. Lediglich zwei Universitätsbibliotheken informieren ihre Nutzerinnen und Nutzern explizit und ganz konkret darüber, welche Angebote und Dienstleistungen von den Fachreferaten erbracht werden: die Universitätsbibliothek Dortmund²³ und die Universitäts- und Landesbibliothek Münster.²⁴

Bei der Sichtung der auf den Websites dieser beiden Bibliotheken als Dienstleistungen der Fachreferate ausgewiesenen Inhalte fällt auf, dass sich das Angebot der Fachreferate an der Universitätsbibliothek Dortmund auf die Literatursuche und Schulungen zur Vermittlung von Informationskompetenz konzentriert, während die Fachreferentinnen und Fachreferenten der Universitäts- und Landesbibliothek Münster auch Services für Forschung und Lehre anbieten, zum Beispiel in den Bereichen Publizieren und Forschungsdaten.²⁵ Jenseits dieser Unterschiede zwischen den beiden Bibliotheken stellen sich die Angebote und Services der verschiedenen Fachreferate innerhalb beider Bibliotheken jedoch jeweils einheitlich dar. Durch ein solches gemeinsames Servicekonzept aller Fachreferate signalisiert eine Bibliothek, dass allen Fachbereichen dasselbe Servicespektrum angeboten wird, es also nicht von Wollen und Können einzelner Fachreferentinnen und Fachreferenten abhängt, welche Dienstleistungen die Nutzerinnen und Nutzer jeweils erwarten dürfen. Dies

23 Vgl. UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK DORTMUND, 2018.

24 Vgl. UNIVERSITÄTS- UND LANDESBIBLIOTHEK MÜNSTER, 2018.

25 Vgl. Ebd.

erzeugt ein sehr professionelles, konzeptbasiertes Bild der bibliothekarischen Serviceleistungen. Konsequenterweise erübrigt sich bei einer solchen einheitlichen Gesamtdarstellung eine Darstellung der Services auf Fächerebene. Und nicht zuletzt präsentiert sich die Bibliothek mit einem erweiterten Konzept der Fachreferatsarbeit, in das die neuen, u.a. von Bonte geforderten IT-bezogenen Themen bis hin zum Forschungsdatenmanagement bereits Eingang gefunden haben, als eine Einrichtung, die auf die aktuellen Anforderungen und Erwartungen ihrer Zielgruppen²⁶ mit der Entwicklung und Bereitstellung entsprechender Services reagiert.

Auf den Websites von vier weiteren Bibliotheken der untersuchten Gruppe erhält der Nutzer hinsichtlich der Angebote und Dienstleistungen der Fachreferate lediglich relativ unspezifische Informationen, bei denen zudem bestandsbezogene Aspekte – vor allem Literatursuche, Medienbeschaffung und Recherche – dominieren. Die restlichen sieben der 13 untersuchten Universitätsbibliotheken benennen überhaupt kein gemeinsames Serviceportfolio der Fachreferate, sondern verweisen lediglich auf die Einstiegsseiten der einzelnen Fächer und die Kontaktdaten der Fachreferentinnen und Fachreferenten.

Aus der Tatsache, dass die Bibliotheken auf ihren Websites kein oder kein spezifisches gemeinsames Serviceportfolio der Fachreferate präsentieren, lässt sich selbstverständlich nicht bruchlos schließen, dass diese Bibliotheken über kein solches Konzept verfügen. Andererseits wäre es auch möglich, dass sich die Unterschiede der fachreferatsbezogenen Services aus den Differenzen der Fächer begründen lassen. Letztere Annahme vermag allerdings bei Dienstleistungsbereichen von so allgemeiner Relevanz für Forschung und Lehre wie bspw. dem Publizieren, der Unterstützung im Kontext von E-Learning oder dem Umgang mit Forschungsdaten in der Breite nicht zu überzeugen.

Schaut man sich im nächsten Schritt nun die Angebote und Dienstleistungen der Fachreferate auf der Ebene der einzelnen Fächer an, stellt man fest, dass zwei der elf Bibliotheken, die auf ihrer Website kein oder kein spezifisches Serviceportfolio präsentieren, auch auf der Ebene der einzelnen Fachreferate keinerlei Informationen hierzu bereitstellen. Die Funktion der Fachreferate dürfte den Nutzerinnen und Nutzern entsprechend opak sein. In den neun anderen Bibliotheken werden die Angebote der Fachreferate auf den Seiten der einzelnen Fächer dagegen genauer spezifiziert. Dabei fallen wiederum zwei Dinge auf: Zum einen dominieren auch hier vorwiegend bestandsbezogene Informationen und Angebote. So wird auf den Websites der einzelnen Fachreferate überwiegend der fachlich relevante Bestand bzw. die entsprechenden Kataloge, Datenbanken und elektronischen Zeitschriften aufgeführt. Auf den Websites weniger Universitätsbibliotheken finden sich allerdings auch Informationen zum Publizieren im Repositorium der eigenen Bibliothek oder Hochschule. Diese Informationen haben in der Regel jedoch zumeist erklärenden Charakter, etwa in Form von Erläuterungen zum Open-Access-Publizieren. Sie

²⁶ Vgl. u.a. AUCKLAND, 2012; HOCHSCHULREKTORENKONFERENZ, 2012; HORSTMANN/JAHN/SCHMIDT, 2015; LYNCH, 2017.

bieten eher „Hilfe zur Selbsthilfe“ an als aktiven Service. Weiterhin fällt auf, dass sich die Angebote und Dienstleistungen der Fachreferentinnen und Fachreferenten an ein und derselben Bibliothek mitunter von Fach zu Fach quantitativ und qualitativ stark unterscheiden: Während der eine Fachreferent einen bestimmten Service anbietet, tut die andere Fachreferentin derselben Bibliothek dies nicht. Dies erzeugt den Eindruck, als hinge das Servicespektrum der Fachreferate von individuellen Faktoren ab. Im Gegensatz dazu dokumentieren übergreifende Servicekonzepte wie die der Universitätsbibliothek Dortmund und der Universitäts- und Landesbibliothek Münster das Zugrundeliegen eines gemeinsamen konzeptionellen Rahmens der Fachreferatsarbeit an der Bibliothek.

Mit Blick auf die personelle Verteilung der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Aufgabenbereiche innerhalb und außerhalb des Fachreferats sowie auch hinsichtlich der Darstellung der Aufgaben und Dienstleistungen der Fachreferate auf den Websites der Universitätsbibliotheken in Nordrhein-Westfalen kann derzeit folglich *weder von einer allgemeinen Tendenz zur Transformation des wissenschaftlichen Dienstes im Sinne des Profillinienkonzepts Bontes gesprochen werden, noch ist bislang eine systematische Integration der sogenannten „Zukunftsaufgaben“ in das Aufgaben- und Dienstleistungsspektrum des Fachreferats im Sinne des oben skizzierten Alternativszenarios erkennbar*. Auch außerhalb des Fachreferats haben sich diese Handlungsfelder bisher nur an wenigen wissenschaftlichen Bibliotheken in Nordrhein-Westfalen in Form eigener Dienstleistungsbereiche etabliert.²⁷

Transformation und Kommunikation – Herausforderungen und Chancen

Angesichts der zunehmenden Marginalisierung der klassischen, bestandsbezogenen Aufgaben auf der einen und der durch die Digitalisierung entstandenen neuen Handlungsfelder auf der anderen Seite stehen die Bibliotheken vor der Aufgabe einer Transformation des wissenschaftlichen Dienstes. Ob diese Transformation sich in Bezug auf die Personalverteilung im Sinne von Bontes Profillinienkonzept realisieren wird oder eher im Sinne des skizzierten Alternativszenarios, bei dem die neuen Handlungsfelder in die Fachreferatsaufgaben integriert werden bzw. neben diesen wahrgenommen werden, wird von lokalen Faktoren abhängen, vor allem von der Größe der Bibliothek und ihrem fachbezogenen Aufgabenspektrum. Eine kleine Universitätsbibliothek mit nur acht Vollzeitäquivalenten im Bereich des wissenschaftlichen Dienstes wird kaum vier voneinander getrennte Profillinien für Fachreferat, Forschung, Informationstechnologie und Management einziehen können, während dies für eine personell gut ausgestattete große Universitätsbibliothek durchaus eine Option sein kann. Unabhängig jedoch von der Frage, welches Personalkonzept realisiert werden wird, werden alle wissenschaftlichen Bibliotheken vor allem

²⁷ Vgl. TAPPENBECK, 2017.

eine Antwort auf die Frage geben müssen, wie sie sich im Kontext der digitalen Wissenschaft positionieren, welche Angebote sie machen und welche Dienstleistungen sie bereitstellen, um Studierende, Lehrende und Forschende in ihren zunehmend digital basierten Arbeitsprozessen effektiv zu unterstützen. Dabei spielt der wissenschaftliche Dienst eine zentrale Rolle, sowohl im Bereich der strategischen Entwicklung wie auch in der praktischen Umsetzung von Innovationen mit Blick auf die Bedarfe der verschiedenen wissenschaftlichen Zielgruppen.

Wie ein solcher Transformationsprozess praktisch umgesetzt werden kann, zeigen erfolgreiche Beispiele aus der Praxis. So lässt sich bspw. anhand des Transformationsprozesses an der Universitäts- und Landesbibliothek Münster sehr gut nachvollziehen, wie neue Strukturen, Aufgabenbereiche und Dienstleistungen in einem gemeinschaftlichen Prozess erarbeitet und etabliert werden können.²⁸ Im Zuge einer solchen inhaltlichen sowie strukturellen, aufgaben- und personalbezogenen Transformation des wissenschaftlichen Dienstes sollte dem Thema „Kommunikation“ besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Dies betrifft sowohl die internen Kommunikationsprozesse im Rahmen des Transformationsprozesses wie insbesondere auch die externe Kommunikation mit Bezug auf die Zielgruppen, für die die Angebote und Dienstleistungen entwickelt werden. Es wird zukünftig immer weniger ausreichen, Dienstleistungen lediglich „zur Abholung“ bereitzustellen, vielmehr müssen diese aktiv bekanntgemacht, beworben und in Abstimmung mit den Lehrenden und Forschenden in die Arbeitsprozesse der verschiedenen wissenschaftlichen Zielgruppen eingebracht werden. Die hierfür erforderlichen kommunikativen Kompetenzen müssen daher zukünftig noch stärker als bisher in den für den wissenschaftlichen Dienst qualifizierenden Studiengängen und Ausbildungseinrichtungen aufgebaut und gefördert werden. Gelingt dieser Transformationsprozess, dann werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des wissenschaftlichen Dienstes entscheidend dazu beitragen, die Bibliothek im Wissenschaftssystem neu zu positionieren.

Literatur

- AUCKLAND, Mary, 2012. *Re-skilling for Research* [online]. London: RLUK [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <http://www.rluk.ac.uk/wp-content/uploads/2014/02/RLUK-Re-skilling.pdf>
- BONTE, Achim, 2014. *Der Wissenschaftliche Dienst in der Digitalen Bibliothek: Was kommt nach dem Fachreferentensystem?* [online] Dresden: Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: http://de.slideshare.net/Achim_Bonte/der-wissenschaftliche-dienst-in-der-digitalen-bibliothek-was-kommt-nach-dem-fachreferentensystem-39650127

²⁸ Vgl. VOSS, 2017 und 2018.

- ENDERLE, Wilfried, 2012. Selbstverantwortliche Pflege bibliothekarischer Bestände und Sammlungen: Zu Genese und Funktion wissenschaftlicher Fachreferate in Deutschland 1909-2011. In: *Bibliothek. Forschung und Praxis* [online]. 36(1), S. 24-31. DOI: 10.1515/bfp-2012-0004
- HOCHSCHULBIBLIOTHEKSZENTRUM NRW, 2018. *Deutsche Bibliotheksstatistik* [online]. Köln: Hochschulbibliothekszenrum NRW [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <https://www.bibliotheksstatistik.de>
- HOCHSCHULREKTORENKONFERENZ, 2012. *Hochschule im digitalen Zeitalter: Informationskompetenz neu begreifen – Prozesse anders steuern* [online]. Entschließung der 13. Mitgliederversammlung der HRK am 20. November 2012 in Göttingen. Bonn: Hochschulrektorenkonferenz [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: https://www.hrk.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/Entschliessung_Informationskompetenz_20112012_01.pdf
- HORSTMANN, Wolfram, Najko JAHN und Birgit SCHMIDT, 2015: Der Wandel der Informationspraxis in Forschung und Bibliothek. In: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie* 62(2), 2. S. 73-79.
- JOCHUM, Uwe, 1998. Die Situation des höheren Dienstes. In: *Bibliotheksdienst*. 32(2), S. 241-247.
- LANKES, David, 2012. *The bad, the good and the great* [online]. R. David Lankes Blogbeitrag, 13.06.2012 [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <https://davidlankes.org/rdlankes/Presentations/2012/Syracuse.pdf>
- LOHMEIER, Felix, 2013. *Fachreferat 3.0: Mit Campus Communities den Forschungsdiskurs auf digitaler Augenhöhe unterstützen* [online]. Vortrag, gehalten auf dem 102. Bibliothekartag 2013 in Dresden, 15.03.2013 [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: urn:nbn:de:0290-opus-14088
- LYNCH, Clifford A., 2017: Updating the agenda for academic libraries and scholarly communications. In: *College and Reserach Libraries* [online]. 78(2), S. 126-130 [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <http://ctl.acrl.org/index.php/crl/article/view/16577/18023>
- OEHLING, Helmut, 1998. Wissenschaftlicher Bibliothekar 2000 – quo vadis? 12 Thesen zur Zukunft des Fachreferats. In: *Bibliotheksdienst*. 32(2), S. 247-254.
- STABENAU, Edlef, 2011. *Verschwundene Arbeiten* [online]. NETBIB Weblog Blogbeitrag, 05.05.2011 [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <http://log.netbib.de/archives/2011/05/15/verschwundene-arbeiten/>
- TAPPENBECK, Inka, 2015. Fachreferat 2020: From Collections to Connections. In: *Bibliotheksdienst*. 49(1), S. 37-48.
- TAPPENBECK, Inka, 2017. Welche Dienstleistungen braucht die digitale Wissenschaft? Vorüberlegungen zu einer Studie über die Dienstleistungsbedarfe im

- Kontext von Digital Scholarship. In: *Zeitschrift für Bibliotheks- und Bibliographie*. 64(5), S. 223-233.
- TE BOEKHORST, Peter, Harald BUCH und Klaus CEYNOWA, 1998. „Wissenschaftlicher“ Bibliothekar 2000 – Hic Rhodus, hic salta! Bemerkungen zu Helmut Oehlings Thesen zur Zukunft des Fachreferenten. In: *Bibliotheksdienst*. 32(4), S. 686-693.
- UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK DORTMUND, 2018. *Fachreferentinnen und Fachreferenten* [online]. Dortmund: Universitätsbibliothek Dortmund [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <https://www.ub.tu-dortmund.de/Orgaplan/fachref.htm>
- UNIVERSITÄTS- UND LANDESBIBLIOTHEK MÜNSTER, 2015. *Jahresbericht 2014* [online]. Münster: Universitäts- und Landesbibliothek Münster [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <https://www.ulb.uni-muenster.de/bibliothek/profil/jahresbericht.html>
- UNIVERSITÄTS- UND LANDESBIBLIOTHEK MÜNSTER, 2018. *Fachliche Ansprechpartner* [online]. Münster: Universitäts- und Landesbibliothek Münster, [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <https://www.ulb.uni-muenster.de/wissenschaftler/fachcluster.html>
- VEREIN DEUTSCHER BIBLIOTHEKARE, 1984. Das Berufsbild des Wissenschaftlichen Bibliothekars. In: *Zeitschrift für Bibliotheks- und Bibliographie*. 31(2), S. 131-150.
- VOSS, Viola, 2017. *Taking the Mountain to all the Mohammeds: Elements of Embedded Librarianship at a Large University* [online]. Proceedings of the IATUL 2017 Conference [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <http://docs.lib.purdue.edu/iatul/2017/plenary/1/>
- VOSS, Viola, 2018. *Von 42 Fächern zu 5 Clustern: Das Fachreferat an der ULB Münster vor und nach 2014* [online]. Vortrag, gehalten an der U Basel, 17.01.2018 [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:hbz:6-49179509797>
- WIESENMÜLLER, Heidrun und Dagmar KÄHLER, 2014. Sacherschließung und Fachstudium – eine untrennbare Verbindung? In: Irmgard SIEBERT und Thorsten LEMANSKI, Hrsg. *Bibliothekare zwischen Wissenschaft und Verwaltung*. Frankfurt a.M.: Klostermann, S. 205-218.

Kooperationen über Spartengrenzen hinweg

Johan Holten, Sigrid Münch & Konrad Umlauf

Einleitung und Kontext

Wiederholt wurde die Versäulung des deutschen Bildungswesens beklagt: Die starre Ressortierung in Schule, Berufsbildung, Hochschule und Erwachsenenbildung/Weiterbildung erschwert es, flexibel auf die sich ständig verändernden Anforderungen zu reagieren.¹ Ähnlich versäult ist das Bibliothekswesen in Deutschland. Die rigide Trennung in Öffentliche und wissenschaftliche Bibliotheken, international sonst nicht anzutreffen, ist mehr historisch und personalrechtlich (hier überwiegend Beamte, dort Tarifbeschäftigte) als funktional begründbar. Die Landesbibliotheken in Österreich tragen teilweise Züge Öffentlicher Bibliotheken mit dem Schwerpunkt einer Bildungsbibliothek. Ähnliches gilt für einen Teil der Kantonsbibliotheken in der Schweiz.

In Deutschland lassen sich wenige Beispiele für Bibliotheken finden, die nicht klar in das etablierte Spartenschema der Öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken passen oder diese Spartenrennung durch ihre Praxis überwinden. Zuerst ist die Zentral- und Landesbibliothek Berlin zu nennen. Sie hat die Funktion einer zentralen Öffentlichen Bibliothek Berlins, die Funktion der Landesbibliothek Berlins und verfügt mit der Senatsbibliothek Berlin über eine bedeutende Spezialbibliothek für Verwaltungswissenschaften. Auch die Stadt- und Landesbibliothek Potsdam ist zugleich Öffentliche und Landesbibliothek. Die Stadtbibliothek Lingen hat die Chance genutzt, sich zur Stadt- und Hochschulbibliothek zu erweitern, als der Bibliotheksleiter erfuhr, dass die Hochschule in Osnabrück einen Standort in Lingen

¹ Vgl. STANG, 2018, S. 10.

plant. Die Hochschule stellte der Stadtbibliothek eine Personalstelle und Erwerbungsmitel zur Verfügung und bekam auf diese Weise kostengünstig und ohne eigene Räume ein leistungsfähiges Bibliotheksangebot an ihrem Standort in Lingen. Als die Hochschulbibliothek 2012 eigene, größere Räume in Lingen bezog, wurde die Zusammenarbeit beendet. Die Hochschul- und Kreisbibliothek Bonn-Rhein-Sieg besteht seit 1999 und wird vom Rhein-Sieg-Kreis und der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg getragen. Sie ist die Kombination einer Fachhochschulbibliothek mit einer Öffentlichen Bibliothek eines Landkreises mit zwei Standorten in Sankt Augustin und Rheinbach. Die Hochschul- und Kreisbibliothek unterstützt die weiteren Öffentlichen Bibliotheken im Landkreis durch Dienstleistungen wie Fernleihe und Fortbildungsveranstaltungen.² Auch die Staatliche Landesfachstelle für das öffentliche Bibliothekswesen in Bayern, eine Abteilung der Bayerischen Staatsbibliothek, ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen.

Im Folgenden soll eine spartenübergreifende Kooperation zwischen der Staatlichen Kunsthalle Baden-Baden mit ihrer Kunstbibliothek und der Stadtbibliothek Baden-Baden dargestellt werden. Zunächst sollen die beiden beteiligten Einrichtungen umrissen werden.

Die kooperierenden Einrichtungen

Die Staatliche Kunsthalle Baden-Baden mit ihrer Kunstbibliothek

Die Staatliche Kunsthalle Baden-Baden³ in Trägerschaft des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, geführt in der Rechtsform eines Landesbetriebs, gehört zu den bedeutendsten Ausstellungshäusern in Deutschland mit internationalem Renommee und reflektierten Ausstellungskonzepten.⁴ Sie geht auf die private Initiative des Malers Robert Engelhorn zurück und wurde 1909 eröffnet. Ursprünglich war sie als Ausstellungshalle für badische Künstler konzipiert, entwickelte sich jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg dank der Initiative und des Engagements ihrer Leiterinnen und Leiter zu einem Ort international orientierter und Maßstäbe setzender Kunst-Ausstellungen. Die Ausstellungsräume des von Hermann Billing entworfenen zurückhaltenden Jugendstil-Gebäudes bieten exzellente Lichtverhältnisse und Proportionen. Die meist vier Ausstellungen im Jahr widmen sich teils einzelnen, überwiegend zeitgenössischen Künstlern, teils künstlerischen oder kulturellen Themen, die facettenreich bearbeitet werden. Da die Kunsthalle Baden-Baden über keine eigenen Bestände verfügt, kann sie ein offenes Feld bespielen, auf dem die eingeworbenen Leihgaben ihren hohen Rang illustrieren. In-

2 Vgl. UMLAUF, 2015.

3 Vgl. TEUBER, 2010.

4 Vgl. HOLTEN, 2018.

tion ist stärker als je zuvor, in die Gesellschaft hinein zu wirken. Die Ausstellungskataloge und weiteren Publikationen (bis 2018 663 Publikationen, darunter 207 Ausstellungskataloge) begleiten und dokumentieren die Ausstellungen wissenschaftlich. Arrondiert wird dieses Programm durch museumspädagogische Arbeit und Kooperationen, unter anderem mit der Volkshochschule, kirchlichen Bildungswerken, dem Theater Baden-Baden. Schließlich organisiert die Kunsthalle alle zwei Jahre den Staatspreis für bildende Künstler und Künstlerinnen des Landes Baden-Württemberg, den Hans-Thoma-Preis, und berät die Landesregierung in Fragen der Ankäufe von Kunst am Bau.

Die Kunsthalle hat 12 festangestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter sechs Mitarbeiterinnen und –Mitarbeiter einschließlich der Leitung, die kuratorische Aufgaben wahrnehmen, sowie zwei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für Öffentlichkeits- und Pressearbeit verantwortlich sind. Der Stellenplan weist für 2019 17,4 Vollzeitäquivalente aus. Der Landeszuschuss für 2019 beträgt ca. 1,1 Millionen Euro. Zusammen mit den eigenen Erträgen ergibt sich für 2019 ein Budget von ca. 1,7 Millionen Euro. Jährlich besuchen ca. 40.000 Besucherinnen und Besucher die Ausstellungen.

Die Bibliothek der Kunsthalle, räumlich separat von der Kunsthalle untergebracht, war bisher nicht öffentlich zugänglich und dient den Kuratoren für ihre wissenschaftliche Arbeit.

Die Stadtbibliothek Baden-Baden

Die Stadtbibliothek Baden-Baden⁵ ist die Öffentliche Bibliothek der Stadt Baden-Baden mit ca. 55.000 Einwohnern. Ihr Profil geht jedoch über das übliche Profil einer kommunalen Öffentlichen Bibliothek hinaus. Sie ist in drei miteinander verbundenen Gebäuden am Rand der Altstadt untergebracht; ein Neubau neben der historischen Villa verbesserte 2011 die räumliche Situation. Der Bestand von ca. 130.000 Medieneinheiten erzielt ca. 401.000 Ausleihen, davon knapp 100.000 Downloads von E-Medien. Die Erneuerungsquote ist mit 8,4 Prozent befriedigend. Diese und der Service der Fahrbibliothek erklären neben der überzeugenden Öffentlichkeitsarbeit den vergleichsweise hohen Anteil der Bevölkerung, der die Stadtbibliothek aktiv nutzt (16 Prozent), und die hohe Zahl der Besucher: 223.000 Besucher in 2017. Die Fahrbibliothek⁶ versorgt im Vierwochen-Rhythmus während der Unterrichtszeit die Klassen eins bis vier der Grundschulen im Stadtkreis, bedient fünf Haltestellen im Stadtkreis (ohne Schulen) und darüber hinaus 27 Haltestellen in Gemeinden des Landkreises Rastatt. Grundlage dieser Kooperation beim Bücherbus ist ein Vertrag zwischen Stadt und Landkreis, der unter anderem die Kostenverteilung zwischen beiden Partnern regelt, so werden beispielsweise die laufenden Personalkosten über einen Nutzungsschlüssel, der auf den jeweiligen Öffnungsstunden

5 Vgl. HEINZE, 2001, MÜNCH, 2001 und HAMER 2009.

6 Vgl. THIELE, 2006.

zuzüglich Rüst- und Fahrzeiten basiert, auf die Partner verteilt. Die Stadtbibliothek Baden-Baden verfügt über eine öffentliche Musikbibliothek mit Notenbestand und über ein Musikarchiv, das Dokumente von und über Komponisten und vor allem Komponistinnen aus Baden-Baden sammelt, erschließt und zugänglich macht. Der Schwerpunkt der Veranstaltungsarbeit – in 2017 334 Veranstaltungen – liegt bei Maßnahmen der Leseförderung, während die Veranstaltungen für Erwachsene dezidiert literarisch profiliert sind. Das hängt auch damit zusammen, das im Gartenhaus auf dem Grundstück der Stadtbibliothek ein Literaturmuseum als Abteilung der Stadtbibliothek untergebracht ist, das sich Schriftstellern widmet, die in Baden-Baden geboren sind oder gewohnt haben (u.a. Otto Flake, Werner Bergengruen und Reinhold Schneider). Seit 2016 besteht eine Kooperation mit einem Sonderforschungsbereich der Universität Freiburg, in dem das Literaturmuseum Transferprojekt ist. Ziel ist die Neugestaltung und Ausweitung des Literaturmuseums zum Museum der Muße und Literatur bis Ende 2020.

Das Gesamtbudget der Stadtbibliothek umfasst in 2017 ca. 1,3 Millionen Euro. Auf 13,4 Personalstellen sind 20 Personen beschäftigt.

Inhalt und Zweck der spartenübergreifenden Kooperation

Ausgangspunkt der Kooperation war die Erkenntnis, dass der Bestand der Kunstbibliothek der Kunsthalle mit etwa 40.000 Bänden, in nennenswertem Umfang Ausstellungskataloge, die im Rahmen des Schriftentauschs ins Haus kamen, mangelhaft erschlossen ist und deshalb unbenutzbar zu werden droht. Außerdem sollte dieser wertvolle Bestand allgemein öffentlich zugänglich werden. Die räumliche Unterbringung der Kunstbibliothek in einem separaten Gebäude erlaubt leider keinen Publikumsverkehr der Kunstbibliothek. Umgekehrt gestattet die Fläche von 1.500 Quadratmetern der Stadtbibliothek keine räumliche Integration der beiden Bibliotheken.

Das Kooperationsprojekt wird durch Projektmittel des Landes Baden-Württemberg auf Antrag der Staatlichen Kunsthalle finanziert. Der Projektumfang deckt den Personalbedarf sowie die zusätzlichen IT- und Lizenzkosten. Ziel, Inhalt und Ablauf des Projekts sowie der Geschäftsgang sind in einem Kooperationsvertrag zwischen der Stadtbibliothek und der Staatlichen Kunsthalle festgehalten. In beiden Einrichtungen ist jeweils ein vorhandener Mitarbeiter bzw. eine vorhandene Mitarbeiterin mit einem überschaubaren Teil seiner bzw. ihrer Arbeitszeit für das Projektmanagement zuständig.

Ziel des Kooperationsprojektes ist deshalb, erstens den Bestand der Kunstbibliothek zu katalogisieren und sowohl im Südwestdeutschen Bibliotheksverbund (SWB) als auch nach einer Einarbeitungszeit von voraussichtlich sechs Monaten im OPAC der Stadtbibliothek recherchierbar zu machen. Entsprechend haben Kunsthalle und Stadtbibliothek gemeinsam die Aufnahme in den SWB beantragt. Für beide Einrichtungen ist die Teilnahme am SWB kostenlos. In diesem Zusammenhang soll erwähnt werden, dass beabsichtigt ist, im Anschluss an die Erfassung der Kunsthallen-Bestände den historischen Heimatkunde-Bestand der Stadtbibliothek (und auch des Stadtmuseums) im SWB zu erfassen und damit recherchierbar zu ma-

chen. Diese historischen Bestände sind im Laufe ihrer Geschichte mehrfach zwischen Museum und Bibliothek hin und her gewechselt und befinden sich heute zum Großteil in der Stadtbibliothek, zum kleineren Teil im Stadtmuseum. Damit wären auch die Bestände des Stadtmuseums erschlossen. Ein Projektantrag zur Realisierung im Doppelhaushalt 2020/21 soll 2019 gestellt werden.

Der Zeitbedarf wird pro Katalogisierungsfall mit Fremddatennutzung auf 3,8 Minuten geschätzt, geringfügig mehr als in der Fachliteratur für die Katalogisierung an Öffentlichen Bibliotheken ausgewiesen ist.⁷ Der Fremddatenanteil liegt bei weit über 90 Prozent. Für die zu bearbeitende Menge von ca. 40.000 Medieneinheiten ergibt sich der Bedarf nach einer bibliothekarischen Fachkraft für zwei Jahre bei einer Beschäftigung von 80 Prozent. Diese Fachkraft wird aus den Projektmitteln von der Kunsthalle Baden-Baden eingestellt, zunächst in der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe für die Anforderungen des Südwestdeutschen Bibliotheksverbands geschult und katalogisiert nach RDA über WinIBW (mit einem Citrix-Client ohne lokal installierte Software) in den SWB. Eine studentische Hilfskraft ist mit sechs Stunden pro Woche für die Beschriftung von Signaturen, das Einkleben von Barcodes, den Transport von Büchern und ggf. den Eintrag von Lokaldaten zuständig. Beide Mitarbeiter haben ihren Arbeitsplatz in den Räumen der Bibliothek der Kunsthalle.

Die Katalogdaten werden in die Katalogdatenbank der Stadtbibliothek (System Bibdia der BiBer GmbH) importiert und vom Team der Kunsthalle werden Lokaldaten angehängt. Hierfür ist eine weitere Lizenz der Bibliothekssoftware der Stadtbibliothek erforderlich. Gegenwärtig greift die Kunsthalle über einen Citrix-Client auf die Daten auf dem Bibliotheksserver der Stadtbibliothek zu; künftig könnte die Katalogdatenbank der Stadtbibliothek in eine von der BiBer GmbH betriebene Cloud ausgelagert werden. Der Zugriff der Kunsthalle würde dann über das Internet erfolgen.

Zur Unterscheidung des Bestands der Kunsthalle vom Bestand der Stadtbibliothek wurde für die Barcodes der Kunsthallen-Medien ein eigener Nummernkreis eingerichtet. Ferner wurden die ersten Stellen der Signaturen der Kunsthallen-Medien so definiert, dass eine Verwechslung mit Medien der Stadtbibliothek ausgeschlossen ist. Auch statistisch können die Kunsthallen-Medien eindeutig separat von den Medien der Stadtbibliothek ausgewiesen werden. Sie bleiben im Eigentum der Kunsthalle und am bisherigen Standort.

Die Benutzung soll künftig jedoch über die Stadtbibliothek geschehen. Im OPAC der Stadtbibliothek erscheint bei Exemplaren aus dem Bestand der Kunsthalle der Hinweis, dass diese Exemplare telefonisch oder per E-Mail in der Stadtbibliothek bestellt werden können (Abbildungen 1 und 2).

⁷ Vgl. NAUMANN, 2012.

Kurztitel-Liste	Titel (1 bis 4) — Treffer Gesamt (4)	im Regal /
<p>Bitte für die Volltitel-Information auswählen und GO! klicken.</p> <p><input type="checkbox"/> Ausstellen des Ausstellens Berlin: Hatje Cantz Verlag., 221 Seiten</p>		
2018	Kunstabibliothek, bitte bestellen	Titel in den Medienkorb

Abbildung 1: Kurztitel-Anzeige im OPAC

Volltitel-Information		
	Verfasser	Holten, Johan W
Körperschaft	Titel	Staatliche Kunsthalle Baden-Baden W Ausstellen des Ausstellens : von der Wunderkammer zur kuratorischen Situation = Exhibiting the exhibition : from the cabinet of curiosities to the curatorial situation / Staatliche Kunsthalle Baden-Baden W ; Herausgeber Johan Holten.
Impressum	ISBN	Berlin : Hatje Cantz Verlag., 221 Seiten 3-7757-4430-4 - 978-3-7757-4430-0 circa EUR 45.00 (DE), circa EUR 46.30 (AT)
NE	Schlagwort	Holten, Johan W ; Staatliche Kunsthalle Baden-Baden W ; Kunstaustellung / Konzeption / Geschichte Kunstaustellung / Zeichnung
Teilen mit ...	Standort	Signatur
	Bitte bestellen s. Mail/Telefon links	05 BAD-SKH 100
		Status ausleihbar

Webmaster:
Stadtbibliothek Baden-Baden
Viktorie der Stadtbibliothek
Lorenzstr. 34
76530 Baden-Baden
Tel. 07221-90 2260

Abbildung 2: Volltitel-Anzeige im OPAC

Die Stadtbibliothek übermittelt die Bestelldaten an die Kunsthalle. In Erwartung eines überschaubaren Aufkommens an Bestellungen wurde darauf verzichtet, hierfür einen automatisierten Geschäftsgang zu programmieren.

Das Personal der Kunsthalle liefert – auch über die Projektzeit hinaus – solcherart bestellte Exemplare innerhalb eines vereinbarten Zeitraums an die Stadtbibliothek, wo sie für die Besteller zur Ausleihe bereitgelegt werden. Für den Rücktransport zurückgegebener Exemplare ist ebenfalls die Kunsthalle zuständig. Die künftigen Personalkosten für den laufenden Betrieb trägt jede Einrichtung selbst.

Fazit

Die hier geschilderte Kooperation scheint eine bescheidene Maßnahme zu sein. Es handelt sich weder wie in dem anfangs erwähnten Beispiel der Stadtbibliothek Lingen darum, dass in einer Öffentlichen Bibliothek der Bestand einer wissenschaftlichen Bibliothek präsentiert wird, noch um die organisatorische und räumliche Fusionierung einer Öffentlichen mit einer wissenschaftlichen Bibliothek wie im obigen Beispiel der Hochschul- und Kreisbibliothek Bonn-Rhein-Sieg. Gleichwohl zeigt diese Kooperation ähnlich wie die Kooperation der Stadtbibliothek Baden-Baden mit dem Landkreis Rastatt, in deren Gemeinden die Stadtbibliothek mit ihrer Fahrbibliothek eine bibliothekarische Grundversorgung anbietet, dass mit begrenzten Mitteln, ungewöhnlichen Entscheidungen, mit Offenheit und Innovationskraft Lösungen gefunden werden können, die für die beteiligten Partner und vor allem für die künftigen Nutzerinnen und Nutzer einen Gewinn darstellen. Spartenübergrei-

fende Kooperationen wären auch geeignet, die in den meisten Bibliotheksorten unterentwickelten Kooperationen bei Maßnahmen der Leseförderung und der Vermittlung von Informationskompetenz an verschiedenen Bibliotheken am selben Ort zu verbessern. In Hochschulstädten wenden sich die Universitäts- und Hochschulbibliotheken nicht selten ebenso an die Zielgruppe der Schüler der Sekundarstufe II wie die Öffentlichen Bibliotheken. Eine planvolle, durchdachte und zielgerichtete Kooperation oder auch nur Koordination ihrer Maßnahmen besteht jedoch nicht überall. Eine positive Ausnahme war der Karlsruher Lernraumtag am 17.10.2017. Hieran beteiligten sich die Stadtbibliothek, die KIT-Bibliothek, die Bibliothek der Pädagogischen Hochschule und die Badische Landesbibliothek. Die Potenziale für Synergien und Kooperationen sind bei Weitem nicht ausgeschöpft. Ansätze für bessere Nutzung dieser Potenziale können bei einem gemeinsamen Bibliotheksausweis für mehrere Bibliotheken am selben Ort oder in Nachbarorten beginnen. Eine der wenigen sehr positiven Beispiele besteht in Karlsruhe mit einem gemeinsamen Bibliotheksausweis der KIT-Bibliothek, der Landesbibliothek, der Bibliothek der Pädagogischen Hochschule und der Stadtbibliothek.

Literatur

- HAMER, Ilka, 2009. Nach den Sternen greifen: Die Jugendmedien@age im Dachgeschoss der Stadtbibliothek Baden-Baden. In: *BuB*. 61(5), S. 320-323.
- HEINZE, Erhard, 2001. *100 Jahre Stadtbibliothek Baden-Baden*. Baden-Baden: Stadtbibliothek.
- HOLTEN, Johan: *Ausstellen des Ausstellens: Von der Wunderkammer zur kuratorischen Situation*. Berlin: Hatje Cantz.
- MÜNCH, Sigrid, 2001. In alten Häusern zu einer modernen Stadtbibliothek mit Medienzentrum. In: *BuB*. 53(12), S. 727-731.
- NAUMANN, Ulrich und Konrad UMLAUF, 2012. Richtwerte für Öffentliche Bibliotheken. In: Konrad UMLAUF und Cornelia VONHOF Hrsg., 2002ff. *Erfolgreiches Management von Bibliotheken und Informationseinrichtungen*. Loseblatt-Ausgabe. Hamburg: Dashöfer, Abschnitt 4.3.3.
- STANG, Richard, 2018. Gesellschaftliche Veränderungsprozesse und Lebenslanges Lernen. In: DERS. und Konrad UMLAUF, Hrsg. *Lernwelt Öffentliche Bibliothek*. Berlin: De Gruyter, S. 9-18.
- TEUBER, Dirk, 2010. Die Staatliche Kunsthalle Baden-Baden. In: *Badische Heimat*. 90(3), S. 696-705.
- THIELE, Susanne, 2006. Abenteuer Bücherbus. In: *Die Gemeinde*. 129(20), S. 803.
- UMLAUF, Konrad, 2015. Trends bei Bibliotheksfilialen. In: Elke GREIFENEDER et al., Hrsg. *Festschrift for Michael Seadle on the Occasion of his 65th Birthday: Paperless Science: Libraries and the Changing Information Society*. Berlin: De Gruyter, S. 163-174.

„Zustände wie bei einem Rockkonzert“: Der Lernort Hochschulbibliothek als „Hype“

Ralf Depping & Tatjana Mrowka

In der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln (USB) spielten sich an den letzten Sonntagen vor dem Semesterende des Wintersemesters 2017/18 dramatische Szenen ab. Bereits zwei Stunden vor der Öffnung um 9 Uhr versammelten sich die ersten Studierenden vor dem Eingang, bis zur Öffnungszeit hatte sich eine so große Menschenmenge vor der Tür versammelt, dass einige der dort Wartenden sich schon an die Love-Parade in Duisburg erinnert und ausgesprochen unwohl fühlten. Bei der Öffnung der Türen hatte das Wachpersonal Mühe, nicht selbst umgerannt zu werden. Innerhalb einer Viertelstunde war jeder Platz im Lesesaal besetzt, eine Stunde später befanden sich schon mehr Personen im Gebäude, als Arbeitsplätze vorhanden waren. Die Auseinandersetzungen um die Sitzplätze hatten zum Teil sehr aggressive Züge angenommen. Die anwesende Benutzungsleiterin erwog ernsthaft, das Haus über einen Räumungsalarm zu räumen, fürchtete jedoch, dass gerade dadurch die Zustände völlig außer Kontrolle geraten würden. Auch in anderen Hochschulbibliotheken ließ sich nach Berichten von dortigen Benutzungsbeschäftigten Ähnliches beobachten.

Eine Woche später hatte die Universität zu Köln mit einem Maßnahmenpaket reagiert: Es wurde kurzfristig arrangiert, dass an diesem Sonntag weitere Gebäude der Hochschule für Lernende geöffnet wurden. Die USB wurde – ohne Ankündigung – zwei Stunden früher geöffnet, um Menschenansammlungen am Eingang zu vermeiden. Und es wurde zusätzliches Wachpersonal eingestellt, das zum einen nur noch Personen mit Bibliotheksausweis in das Gebäude ließ und zum anderen die Zahl der Besucherinnen und Besucher zählte, so dass der Eintritt nach Erreichen der zulässigen Höchstgrenze verwehrt wurde (diese Maßnahme war selbstverständlich im Voraus angekündigt worden). Insgesamt mussten an einem Sonntag mehr

als 600 Personen abgewiesen werden. Damit blieben die Zustände innerhalb des Gebäudes kontrollierbar, die Reaktionen der Abgewiesenen reichten jedoch von Unverständnis und Aggression bis hin zu Panik und Tränenausbrüchen – die Möglichkeit, auf andere Lernorte auszuweichen oder vielleicht sogar zuhause zu lernen, schien für viele Besucherinnen und Besucher geradezu undenkbar zu sein.

Die hier geschilderten Szenen, die einen Universitätsmitarbeiter zu dem Vergleich „Das ist ja hier wie auf einem Rockkonzert“ veranlassten, sind umso unverständlicher, als die Arbeitsbedingungen innerhalb der USB Köln leider alles andere als optimal sind. Die Bibliothek hat sicherlich sehr viele Verdienste und bietet ein exzellentes Service-Portfolio, doch gerade das Gebäude aus den 60er Jahren ist ohne Zweifel die Achillesferse der Bibliothek: der Platz reicht absolut nicht aus, was bei starker Überfüllung auch zu großer allgemeiner Unruhe führt. In den meisten Teilen des Lesesaals ist die Ausstattung sehr altmodisch und abgenutzt, die Anzahl der Steckdosen für die diversen mobilen Endgeräte ist deutlich zu gering. Die veraltete Klimaanlage ist völlig überfordert, so dass die Besucherinnen und Besucher im Winter oft in dicker Jacke dort sitzen und im Sommer die Temperaturen deutlich zu hoch werden. All dies trägt selbstverständlich nicht zu einem guten Lernklima bei, scheint aber die Besucherinnen und Besucher keineswegs abzuschrecken. Lediglich die Ausstattung mit WLAN ist in der Bibliothek sehr gut.

In der aktuellen Fachdiskussion finden sich inzwischen viele Beiträge zum Thema Bibliothek als Lernort. Es besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass auch in einer Arbeits- und Lebenswelt, in der die Studierenden eigentlich mit ihren mobilen Endgeräten völlig unabhängig von bestimmten Räumen und deren Öffnungszeiten lernen könnten, die Bedeutung und Akzeptanz der Bibliothek als Lernraum eher noch zugenommen hat. So nachvollziehbar und schlüssig die in der Fachliteratur dafür aufgeführten Gründe (s.u.) auch sind, werden die eingangs geschilderten relativ neuen Phänomene damit nur sehr unzureichend erklärt. Hier spielen offensichtlich noch andere sozialpsychologische Effekte eine Rolle, die bisher im Bibliothekskontext noch nicht diskutiert wurden.

In diesem Beitrag soll zunächst ein Überblick über den derzeitigen Diskussionsstand zum Thema Bibliothek als Lernraum gegeben werden. Ohne dabei einen Anspruch auf eine vollständige Darstellung zu erheben, steht dabei die Frage nach den möglichen Ursachen für diese Entwicklung im Vordergrund. Danach wird der Aspekt der arbeitsfördernden Atmosphäre der Bibliothek analysiert. Auch die Überlegungen zur Bibliothek als „Dritter Ort“ sind noch relativ geläufig. Das Phänomen des „gemeinschaftlichen Alleinseins“ ist hingegen in der bisherigen Fachliteratur eher nur am Rande diskutiert worden. Doch sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass gerade dieses Phänomen einen wichtigen Erklärungsansatz für die Fragestellung bietet, warum die Bibliothek als Lernort eine so übergroße Akzeptanz und Nutzung findet. Abschließend wird dann die Frage noch einmal aufgegriffen, ob man wirklich von einem „Hype“ der Bibliotheksnutzung sprechen kann.

Die Bibliothek als Lernraum

Die Fachdiskussion um die Bibliothek als Lernraum beschäftigt sich insbesondere mit der Frage, wie eine moderne Bibliothek zu gestalten ist, um den heutigen Anforderungen an den Lernraum zu entsprechen. Die Suche nach den Gründen dafür, dass sich die Bibliothek als Lernraum einer ungebrochenen Beliebtheit erfreut, ist dabei eher Mittel zum Zweck, indem versucht wird, aus den Gründen Schlussfolgerungen für die Gestaltung der Lernräume zu ziehen. Eine Erklärung dafür, warum Bibliotheken vielfach auch dann überlaufen sind, wenn sie weit davon entfernt sind, optimale Rahmenbedingungen als Lernraum zu bieten, ist damit noch nicht verbunden. Dennoch lohnt sich ein Blick auf einige Aspekte, die dabei immer wieder genannt werden:

Ein wichtiger Grund für die starke Frequentierung der Bibliotheken liegt in den durch den *Bologna-Prozess* deutlich veränderten Rahmenbedingungen im Studium. Die Stundenpläne der Studierenden sind deutlich verschulter als bisher, somit haben die Studierenden wesentlich mehr Aufenthaltszeiten an der Hochschule – verbunden immer wieder auch mit der Notwendigkeit, Zeiten zu überbrücken, die dann gerne in der Bibliothek verbracht werden, um die Zeiten sinnvoll zu nutzen. Doch dieser Aspekt spielt natürlich für den Andrang am Wochenende keine Rolle. Zur Überbrückung von Leerzeiten würden theoretisch auch andere Orte an der Universität zur Verfügung stehen, doch diese verzeichnen fast durchgehend keinen so signifikanten Anstieg der Nutzung wie die Bibliotheken.¹

Des Weiteren ist festzustellen, dass bei den Digital Natives eine deutliche Tendenz zur starken *Vermischung von privaten und studienbezogenen Aktivitäten* festzustellen ist, was sicherlich auch mit dem oben erwähnten Umstand der langen Aufenthaltszeiten an der Hochschule zu tun hat. Die nahezu ständig präsenten digitalen Devices ermöglichen es, in einer Form des Multitasking in sehr kurzen Zeitabständen hintereinander E-Mails und WhatsApp-Nachrichten zu kontrollieren, Blog-Einträgen zu folgen, im Internet zu recherchieren, E-Ressourcen zu lesen, Texte zu schreiben usw. Der Philosoph Andreas Reckwitz spricht in diesem Kontext davon, dass eine „strukturelle Angleichung von Arbeit und Privatsphäre“ festzustellen ist.² Diese Vermischung führt dazu, dass die Konzentration auf eine Aktivität meist nicht lange anhält: „Das Tempo der heutigen Medien [...] überschüttet Kinder und Jugendliche mit einer immer schnelleren Abfolge von Bildern und Informationen. Infolgedessen bringt unsere Kultur eine ganz neue Medien-Generation hervor – die ‚Kurzzeit-Konzentrations-Kinder‘.“³ In der Bilanz verlängert sich die Zeit, in der sich die Studierenden auch mit ihren Studienaktivitäten beschäftigen müssen.

Sehr deutlich ist auch die Tendenz wahrzunehmen, die *Bibliothek immer stärker auch als sozialen Raum und Aufenthaltsort* – unabhängig von konkreten Lernaktivitäten – zu begreifen. Die Bibliothek ist ein sozialer Ort und Treffpunkt zum Sehen und

1 Vgl. FANSA, 2008, S. 18.

2 RECKWITZ, 2017, S. 336.

3 OPASCHOWSKI, 1999, S. 77.

Gesehen werden. Auch dies ist ein Indiz für die bereits angesprochene Tendenz zur Vermischung zwischen Hochschule und Privatleben. Einerseits findet das eigentliche Lernen eher allein statt: „In dem gemeinschaftlichen Arbeitszimmer Bibliothek haben die befragten Nutzer praktisch immer eine Art Separationstechnik.“⁴ Andererseits lassen sich in der Bibliothek auch leicht und unverfänglich Kontakte knüpfen: „Vielfach sitzen gerade in wissenschaftlichen Bibliotheken Menschen über längere Zeiträume und so ergeben sich beispielsweise lockere oder ritualisierte Nachbarschaften. Die entstehen aus unverbindlichen Sympathien heraus und dürfen folgenlos bleiben – oder können vertieft werden.“⁵ Fansa stellt fest, dass

Gespräche in der (oder am Rande der) Bibliothek stets an irgendeinem Punkt den Austausch über die Tätigkeit in der Bibliothek beinhalten und dass es sich bei den anderen Bibliotheksnutzern oft um Gesprächspartner handelt, mit denen über diese Themen mehr oder weniger intensiv gesprochen werden kann – während im privatem Umfeld das Prüfungs- oder Arbeitsthema nur selten ein echter Gesprächsstoff ist. [...] Schon das Sprechen über die eigene Arbeit und also die Einbindung dessen, was zur tägl. Beschäftigung gehört, in einen sozialen Kontext, trägt zur Überwindung einer Isolation bei – und damit zu einer Horizonterweiterung.⁶

Gleichzeitig hat sich das Lernen an sich immer stärker ausdifferenziert. Lernen findet inzwischen in den unterschiedlichsten Ausprägungen statt, die Studierenden gestalten den Lernprozess sehr stark eigenverantwortlich, erarbeiten sich den Lernstoff eigenständig, arbeiten sehr viel informell mit starken Aspekten von sozialer Interaktion, Partizipation und Kommunikation. Dafür bietet eine Bibliothek bessere Rahmenbedingungen als zum Beispiel die eigene Wohnung.

Ein weiterer Aspekt scheint auf den ersten Blick eher gegen die Bibliothek als Lernort zu sprechen. Die Studierenden haben in immer stärkerer Ausprägung die *ubiquitäre Verfügbarkeit der Literatur* und sonstiger Studienmaterialien. Sie können im Grundsatz unabhängig von Zeit (z.B. Öffnungszeiten) und Raum arbeiten. Dies ist zunächst einmal ein Phänomen, das auch dazu führen könnte, dass die Studierenden seltener die Bibliothek aufsuchen, da sie ja nicht darauf angewiesen sind, vor Ort Literatur zu konsultieren – die Beobachtung, dass die meisten Studierenden in der Bibliothek gar nicht mit den dort zur Verfügung stehenden Medien arbeiten, sondern den reinen Lernort nutzen, ist ja durchaus geläufig. Trotzdem lässt sich feststellen, dass in einigen Fällen der genau gegenteilige Effekt eintritt, indem Studierende als „*Lernwanderer*“ in einem nicht unerheblichen Umfang Bibliotheken anderer Hochschulen aufsuchen. So beträgt in der USB Köln der Anteil der Studierenden aus anderen Hochschulen unter den Besucherinnen und Besuchern schon mehr als 40 Prozent.

4 FANSA, 2008, S. 39.

5 FANSA, 2008, S. 55.

6 FANSA, 2008, S. 64.

Die arbeitsfördernde Atmosphäre einer Hochschulbibliothek

In vielen Befragungen von Bibliotheksbesucherinnen und -besuchern wird immer wieder die arbeitsfördernde Atmosphäre in der Bibliothek in den Vordergrund gestellt, die durchaus eine Art Alleinstellungsmerkmal der Bibliothek zu sein scheint. Viele Studierende geben auch an, von dem Ort Bibliothek inspiriert und angeregt zu werden. Fansa stellt fest, dass „die schiere Tatsache, andere arbeitende Menschen zu sehen, bereits motivierend sei [...] andere bei der Arbeit zu sehen, bzw. selber bei der Arbeit gesehen zu werden, erzeugt also ein gewisses Maß an stimulierendem Druck – oder aber ‚geteiltes Leid ist halbes Leid‘“⁷

Auch wirkt die Bibliothek offensichtlich vielfach in einem stärkeren Umfang konzentrationsfördernd als dies anderen Orten wie zum Beispiel dem eigenen Zuhause zugetraut wird. „Diese *Bibliothekskonzentration* ist so etwas wie eine Schutzmarke, ein Warenzeichen der Bibliothek. [...] ein Gebrauchsgut, auf das praktisch keine andere Institution derart spezialisiert ist.“⁸ Selbst die niemals ganz zu vermeidende Geräuschkulisse in einer Bibliothek wird weniger als störend denn als stimulierendes Hintergrundrauschen wahrgenommen. Immer wieder wird auch in Befragungen darauf hingewiesen, dass die Bibliothek die Möglichkeit bietet, ungestört und ohne die Ablenkung zu arbeiten, die in den eigenen vier Wänden immer wieder wartet. Doch gerade bei diesem Argument ist eine gewisse Skepsis angebracht. Erinnerung man sich an das bereits oben erwähnte Multitasking, an die heutige Realität der starken Vermischung zwischen studienbedingten und privaten Aktivitäten, so ist davon auszugehen, dass die Studierenden auch in der Bibliothek immer wieder ihr Handy zur Hand nehmen, um keine Nachricht zu verpassen, und sich somit immer wieder auch ablenken lassen. Hier scheint es eher so zu sein, dass die Studierenden in Umfragen Antworten geben, die in dieser Situation sozial erwünscht sind.

Soziale Erwünschtheit beschreibt die Tendenz von Befragungsteilnehmern, in einer Befragung eine überwiegend positive Beschreibung der eigenen Person abzugeben [...] bzw., allgemeiner gefasst, dem zu entsprechen, was der Interviewer oder andere beteiligte Personen vermeintlich von einem erwarten. Dies kann mittels einer übertriebenen Nennung von erwünschtem Verhalten oder mittels einer untertriebenen Nennung von unerwünschtem Verhalten geschehen. Orientierung bieten dabei soziale Normen.⁹

Dies bedeutet nicht, dass die Studierenden in solchen Befragungssituationen selbst bewusst falsche Angaben machen. Vermutlich ist es eher ein unbewusster Prozess, der es den Studierenden nach einem langen Bibliotheksbesuch erlaubt, mit sich selbst zufrieden zu sein, hat man doch einen langen Zeitraum in der Bibliothek verbracht und gelernt – da werden Ablenkungen, die zum Teil der Alltagsroutine geworden sind, gar nicht mehr als solche wahrgenommen.

7 FANSA, 2008, S. 32-33.

8 FANSA, 2008, S. 36.

9 BOGNER/LANDROCK, 2015, S. 2.

Fansa geht sogar so weit, die Bibliothek als „*Ort des Trosts*“ zu bezeichnen.¹⁰ Sei es nun der Trost, die Konzentration und Sicherheit oder die fehlende Ablenkung: man kann wohl empirisch belegt davon ausgehen, dass die Arbeit in den Bibliotheken für die Studierenden als hilfreich empfunden wird. Akzeptiert man diese Grundhypothese, dann lässt sich daraus nachvollziehbar die These ableiten, dass insbesondere diejenigen Studierenden, die sich im Studium überdurchschnittlich unsicher und belastet fühlen, auch besonders von diesen eher „weichen“ Faktoren eines Bibliotheksbesuches profitieren.¹¹ Also die Unselbstständigen und Unsicheren, die das Gefühl brauchen ‚Ich gehe in die Bibliothek, also studiere ich wohl richtig und effizient‘. Der Anteil der eher unselbstständigen und unsicheren Studierenden scheint dabei zugenommen zu haben: Im Durchschnitt sind die heutigen Studierenden jünger als zu früheren Zeiten, da sie in der Regel ihre Schulzeit in 12 statt wie früher in 13 Jahren hinter sich gebracht haben. Auch dieses fehlende Jahr an Lebenserfahrung mag dazu beitragen, dass die Studierenden sich heute unsicherer fühlen. Darüber hinaus machen mit Bachelor und Master alle Studierenden den gleichen Abschluss (zumindest theoretisch) zur gleichen Zeit. Auch dies führt zu einer stärkeren Konkurrenzsituation – oder zumindest zu dem Eindruck, sich in einer solchen zu befinden – und dem damit verbundenen Empfinden, unter Druck zu stehen. Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) regelmäßig in Auftrag gegebene „Studierendensurvey“¹² kommt zu der Erkenntnis, dass Studierende in den Bachelor/Master-Studiengängen häufiger als Studierende anderer Abschlussarten angeben, das Studium als belastend und stressig zu empfinden. Auch im Zeitvergleich steigt der Anteil derjenigen Studierenden, die ihr Studium als belastend empfinden.

Die wachsende Neigung, die Bibliothek als Lernort zu nutzen, könnte somit auch mit dem steigenden Anteil der Studierenden, die sich unsicher, gestresst und belastet fühlen, zusammenhängen, da diese Klientel die Bibliothek im besonderen Maße als unterstützend empfindet.

Die Bibliothek als „Dritter Ort“

So nachvollziehbar und schlüssig die im oben stehenden Absatz aufgeführten Gründe auch sind, sind die eingangs geschilderten relativ neuen Phänomene damit nur sehr unzureichend erklärt. Szenen wie die eingangs beschriebenen an der USB Köln in den Prüfungsphasen lassen sich nur noch sehr bedingt rational erklären. So haben die Studierenden in den Phasen übermäßigen Andrangs nun wirklich keine guten Arbeitsbedingungen mehr – es wird notwendigerweise unruhig und laut, auch lässt sich ein gewisses Maß an Aggressivität feststellen, durch das natürlich auch der

10 FANSA, 2008, S. 18.

11 Unser besonderer Dank gilt an dieser Stelle Frau Dr. Judith Zepp, Leiterin der WISO-IT-Services an der Universität zu Köln, die uns diesen Gedankengang nahegebracht hat.

12 Vgl. z.B. BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG, 2011 und 2017.

Wohlfühleffekt nicht mehr gegeben ist. Trotzdem sind Studierende mit einem erstaunlichen Beharrungsvermögen darauf fixiert, in der Bibliothek lernen zu wollen, und greifen den Hinweis auf alternative Lernorte mit geringerem Andrang – falls überhaupt – nur sehr widerwillig auf.

Hier spielen also auch Verhaltensweisen und Einstellungen eine Rolle, die deutlich irrationale Züge tragen und für die es völlig andere Erklärungsmuster geben muss. Einen Ansatz für die Erklärung dieser Phänomene bietet die Theorie des Soziologen Ray Oldenburg, der im Jahr 1989 erstmals von einem „Dritten Ort“ spricht¹³, der neben dem Zuhause als „Erstem Ort“ und der Arbeitswelt bzw. Ausbildungsstätte als „Zweitem Ort“ eine wichtige soziale Funktion erfüllt. In der Fachdiskussion besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass sich öffentliche Bibliotheken schon lange als ein solcher „Dritter Ort“ etabliert haben, doch auch die Hochschulbibliotheken erfüllen in vielerlei Hinsicht die Funktion eines „Dritten Ortes“, werden also weniger als unmittelbarer Teil der Ausbildungsstätte wahrgenommen – also deutlich anders als zum Beispiel der Hörsaal, der Seminarraum oder das Labor.

Was sind nun laut Oldenburg die Merkmale eines solchen „Dritten Ortes“? Es handelt sich um einen öffentlichen Raum, der insofern „neutral“ ist, als dass keine Einzelperson die Funktion eines Gastgebers erfüllen muss. Der Ort ist frei zugänglich und hat nur eine relativ niedrige Hemmschwelle. Man fühlt sich wohl und geht auch gern alleine an diesen Ort (davor schrecken viele Menschen ja bei anderen öffentlichen Orten wie zum Beispiel Gaststätten eher zurück), der Ort vermittelt das Gefühl „man selbst sein“ und auf sehr informeller Ebene anderen begegnen zu können. Der Ort wird als selbstverständlich wahrgenommen, man kann kommen und gehen, wann man will – auch unabhängig von einem konkreten Event. Dadurch ist es möglich, private Aktivitäten in einen öffentlichen Raum zu verlagern, ohne das Gefühl der Privatsphäre vollständig aufgeben zu müssen. Der Ort bleibt überschaubar, es kommt unter Umständen sogar das Gefühl eines „zweiten Zuhause“ auf, an dem aber einige private Sorgen temporär ausgeblendet werden können.

Das Gefühl, mit dem „Dritten Ort“ ein zweites Zuhause zu haben, wird durch die Auswirkungen der digitalen Technologien noch verstärkt.

Die Kulturalisierung der digitalen Technologie gewinnt ihre Intensität schließlich durch ihre sozialen Grenzüberschreitungen. Dies betrifft die Grenzen zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten sowie jene zwischen dem Medialen und dem Realen. Etwas grob formuliert: Die neuen Medien verwandeln das Persönliche und Private in etwas Öffentliches oder zumindest Halböffentliches. Zugleich werden immer mehr Elemente der Lebenswelt des Alltags der digital-medialen Beobachtung zugänglich.¹⁴

13 OLDENBURG, 1989.

14 RECKWITZ, 2017, S. 238.

Im Bewusstsein des Digital Native findet keine klare Abgrenzung vom Privaten (und somit vom Zuhause als „Erstem Ort“) und Öffentlichem (u.a. dem „Dritten Ort“) mehr statt.

Das Phänomen des „gemeinschaftlichen Alleinseins“

Ausgehend von dem Konzept des dritten Ortes bietet das *Phänomen des „gemeinschaftlichen Alleinseins“* einen vielversprechenden Erklärungsansatz für die Ausgangsfrage, warum sich der Ort Bibliothek einer zunehmenden Beliebtheit erfreut. Das Erlebnis des gemeinschaftlichen Alleinseins unterscheidet sich von vielen Alltagssituationen in öffentlichen Räumen durch eine besondere Wahrnehmung der Situation. Bewegt man sich alleine in Gegenwart anderer Personen beispielsweise in der Fußgängerzone, im Kaufhaus, im Bahnhof, im Zug usw., so dienen diese Alltagssituationen in der Regel als Mittel zum Zweck, die Anwesenheit anderer Personen wird eher in Kauf genommen, da man darauf angewiesen ist, gewisse Besorgungen zu machen, zu einem Ort zu gelangen usw. Das Gefühl des gemeinschaftlichen Alleinseins entwickelt sich dabei in der Regel nicht. Doch die gleiche Enge, die in einer Straßenbahn als unangenehm wahrgenommen wird, gehört zum Beispiel in einem Rockkonzert zum Event als positives Erlebnis dazu. Damit schließt sich der Kreis zur Überschrift dieses Artikels. Gerade das Phänomen des gemeinschaftlichen Alleinseins bildet eine Gemeinsamkeit zwischen Rockkonzert und Bibliotheksbesuch, also von zwei Situationen, die auf den ersten Blick völlig unterschiedlich sind. Menschen erleben das gemeinschaftliche Alleinsein in Situationen, die sie bewusst herbeigeführt haben. Dabei handelte es sich in der Vergangenheit fast ausschließlich um Veranstaltungen, zum Beispiel Theater, Konzerte, Gottesdienste usw. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erleben diese Situationen eher passiv, aber positiv. Sie erleben eine Art gemeinsamen Fokus, vielleicht könnte man sogar von einem „gemeinsamen Spirit“ sprechen, der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Situation eint. Auch die Anwesenheit zahlreicher anderer – fremder – Personen wird in dieser Situation eher positiv und zur Situation gehörend erlebt:

Insbesondere die Jugend im Alter von 14 bis 24 Jahren genießt die Freiheit eines neuen Wir-Gefühls: die Lust an der Masse Mensch. Die Masse wird zur Bühne. Im Vergleich zur übrigen Bevölkerung können sich Jugendliche deutlich mehr für Reisen zu Open-Air-Konzerten begeistern [...]. Die jungen Leute stellen die Gruppe dar, die von diesen Veranstaltungen vor allem eins erwarten: Viel! Viele Menschen. Viel Gedränge. Und viel zu sehen.¹⁵

Das Gefühl des gemeinschaftlichen Alleinseins stellte sich bis vor einiger Zeit in Alltagssituationen nur sehr selten ein. Allenfalls im allerengsten Familienkreis war es früher gesellschaftlich akzeptiert, sich gemeinsam in einem Raum aufzuhalten und

¹⁵ OPASCHOWSKI, 2001, S. 88.

doch ganz unterschiedlichen Verrichtungen nachzugehen, ohne miteinander zu kommunizieren (zum Beispiel jeweils ein Buch oder die Zeitung zu lesen). Sobald sich jedoch der Kreis auf Personen außerhalb des unmittelbaren engen Familienkreises erweiterte, galt es in der Vergangenheit eher als unhöflich und verpönt, sich nicht dem Gegenüber, sondern vielleicht einem Buch zu widmen.

In dieser Beziehung hat sich die gesellschaftliche Wahrnehmung mit der Etablierung der mobilen Devices völlig verändert. Schritt für Schritt ist die Nutzung der mobilen Endgeräte in Gesellschaft anderer immer anerkannter und normaler geworden – und dies betrifft nicht nur die junge Generation, sondern ist auch in mittleren Altersschichten inzwischen verbreitet.

Im Zusammenhang mit dem Siegeszug des Internets drängt sich sehr schnell das Bild des klassischen Nerds auf, einem absoluten Einzelgänger, der unverhältnismäßig viel vor dem Bildschirm hockt, andere Aktivitäten massiv vernachlässigt und darüber vereinsamt. Ältere Generationen nehmen zunächst einmal wahr, wie die Digital Natives Kommunikation mit ihrem privaten Umfeld stark vom persönlichen Treffen auf die neuen Medien verlagern und chatten, skypen, sich WhatsApp-Nachrichten schicken usw.

Doch auch das physische Alleinsein durch das Internet ist keinesfalls zwingend, der Brückenschlag zwischen den mobilen Devices und den Mitmenschen wird vielfach bewusst herbeigeführt:

Neuerdings nimmt man eher an, dass bei Menschen mit der Abhängigkeit von digitaler Kommunikation gleichzeitig das Bedürfnis nach physischer Präsenz anderer Menschen wächst. [...] Öffentliche Orte, die Kommunikation ermöglichen und gleichzeitig eine private Atmosphäre inszenieren, werden also nicht gemieden, sondern im Gegenteil gesucht.¹⁶

Dieses Phänomen wird inzwischen sogar schon in der Tagespresse thematisiert: Der Berliner *Tagesspiegel* schreibt dazu im Hinblick auf die Situation in Berliner Bibliotheken: „Es ist gerade die Digitalisierung, die die Nutzer wieder in die Bibliotheken treibt, weil sie es nicht mehr ertragen, ständig alleine zu forschen, zu denken, zu lesen.“¹⁷

Offenbar entsteht im Zeitalter der Digitalisierung immer stärker der Wunsch nach physischer Präsenz anderer Menschen. Menschen scheinen physische Orte mit Dingen zu brauchen, „die man anfassen kann und an dem man anderen Menschen physisch begegnet und mit ihnen ins Gespräch kommt, [das] ist eben anders als ein virtueller, wenn auch unendlich großer Ort, an dem man allein ist“¹⁸

Das Phänomen des gemeinschaftlichen Alleinseins ist in den letzten Jahren aus dem Gefühl der besonderen Situation herausgetreten und inzwischen ein verbreite-

16 EIGENBRODT, 2006, S. 51.

17 BERNAU, 2018.

18 HILDEBRANDT, 2015.

tes neues gesellschaftliches Konzept geworden, somit also ein Teil des Alltagserlebens. Wenn wir also davon ausgehen, dass auch in der Bibliothek das Erleben des gemeinschaftlichen Alleinseins stattfindet, so hat dieses inzwischen nichts mehr mit dem Bewusstsein einer besonderen Situation zu tun, sondern ist Teil der normalen Alltagserfahrung. Der Bibliotheksbesuch ähnelt also deutlich mehr dem Alltagserleben; das Bewusstsein einer Sondersituation geht verloren.

Die Bibliothek ist also insbesondere über das Erlebnis des gemeinschaftlichen Alleinseins und des Erlebens einer Vermischung zwischen Öffentlichem und Privatem zu einem Alltagsort geworden. Es hat eine *Ent-Sakralisierung der Bibliothek* stattgefunden, die Hemmschwellen des Bibliotheksbesuchs sind geringer geworden. Dies betrifft die Bibliothek deutlich stärker als andere Räume innerhalb der Hochschule.

Diese Tendenz wird noch dadurch verstärkt, dass sich viele Bibliotheken weg von der traditionellen „Psst-Bibliothek“ mit zahlreichen Verboten bewegen. Der Druck, bei gleichbleibender oder sinkender Personalausstattung¹⁹ immer längere Öffnungszeiten anzubieten, kombiniert mit der Tendenz, verstärkt auf Selbstbedienungstechnologien zu setzen²⁰, führt dazu, dass in vielen Hochschulbibliotheken (und in dieser Hinsicht unterscheiden sich die Hochschulbibliotheken von den öffentlichen Bibliotheken) immer weniger Personal in den Publikumsbereichen der Bibliothek präsent und sichtbar ist, das die Einhaltung von Ver- und Geboten durchsetzen könnte. Gelockerte Regeln ermöglichen es den Besucherinnen und Besuchern, sich wie zu Hause zu fühlen und sich die Bibliotheksumgebung anzueignen.²¹

Wer kennt nicht die Unkenrufe, dass das Internet über kurz oder lang zum Ende der Bibliotheken führen wird, da man ja doch „alles frei im Internet“ finden könne und gar keine Bibliotheken mehr brauche. Die oben stehenden Überlegungen lassen hingegen für die Bibliotheken als Orte einen völlig anderen Schluss zu: durch das Internet hat sich das Alltagserleben der Digital Natives so gewandelt, dass sich der Ort Bibliothek deutlich homogener in dieses Alltagserleben integrieren lässt, als dies in früheren Generationen der Fall gewesen wäre, für die ein Bibliotheksbesuch eher den Nimbus des Außeralltäglichen hatte. So absurd dieser Gedankengang isoliert auch erscheinen mag, scheint es doch so zu sein, dass *die Existenz des Internet sich förderlich auf die Beliebtheit der Bibliotheken als Lern- und Arbeitsort auswirkt* – jedenfalls solange die Bibliothek auch über eine entsprechende WLAN-Ausstattung verfügt. Diese These rüttelt auch am Selbstverständnis vieler Bibliothekarinnen und Bibliothekare: wurde jahrzehntelang die besondere, also nicht-alltägliche Atmosphäre der Bibliothek im Sinne einer ‚Kathedrale des Wissens‘ als Alleinstellungsmerkmal angesehen, aus der sich die besondere Anziehungskraft der Bibliothek nährt, so spricht

19 Selbst eine formal gleichbleibende Personalausstattung führt natürlich dazu, dass immer weniger Personal für Schalterdienste zur Verfügung steht, haben doch die meisten Bibliotheken immer mehr andere Aufgaben übernommen.

20 Vgl. auch DEPPING, 2011 und 2012.

21 Zum Begriff der Umweltaneignung vgl. DEPPING, 2013, S. 105.

doch vieles dafür, dass es inzwischen gerade die Alltäglichkeit eines Bibliotheksbesuchs ist, der den enormen Zulauf zu wissenschaftlichen Bibliotheken begründet. Damit lässt sich auch der Umstand erklären, dass selbst ein desolater und heruntergekommener baulicher Zustand einer Hochschulbibliothek keineswegs dazu führt, dass sich die Studierenden von dieser Bibliothek abwenden und andere Lernräume suchen.

Vom „Buzz“-Effekt zum Hype

Betrachten wir noch einmal die eingangs geschilderte Situation an der USB Köln zum Semesterende des Wintersemesters 2017/18. Zu dieser Zeit hat die Bibliothek einen so großen Zulauf erfahren, dass hier die reine Quantität zu einer veränderten Qualität geführt hat. Reckwitz nennt dieses Phänomen den „Buzz-Effekt“ und kommt damit dem Begriff „Hype“ schon recht nahe:

Grundsätzlich sind die kulturellen Güter aufgrund des Faktums der Überproduktion sowie der Attraktivitätsunsicherheit bezüglich neuer kultureller Offerten aufmerksamkeitssoziologisch gegenüber bewährten und funktionalen Gütern im Nachteil. Dieser wird jedoch in einer bestimmten Hinsicht durch einen überragenden Vorteil auf dem Aufmerksamkeitsmarkt wettgemacht, nämlich die Tatsache, dass Affektgüter sozusagen ‚ansteckend‘ wirken. Wenn ein Gut – ein Film, ein Restaurant, eine Musikgruppe, ein Reiseziel, eine Comedy-Show – erst einmal bei einigen Rezipienten Enthusiasmus hervorgerufen hat, dann wird es eben dadurch attraktiv und zieht leicht weitere Interessenten an – jedenfalls soweit soziale und medientechnologische Kanäle existieren, in denen sich der Enthusiasmus verbreiten kann. Dies ist die Attraktivität des Attraktiven. Man spricht hier von einem Buzz-Effekt [...]. Die wenigen kulturellen Güter, die im Meer der Überproduktion überhaupt sichtbar werden und affizierend wirken, können so häufig sehr rasch immer mehr Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Es kommt gewissermaßen zu einer Potenzierung der positiven Affekte, zu einer Art Massenattraktion, zu einem zumindest kurzfristigen *Matthäus-Effekt*. Wer Aufmerksamkeit hat, dem wird Aufmerksamkeit gegeben [...].²²

Übertragen auf die Ausgangssituation: der Umstand, dass ‚alle anderen‘ in der Phase der Prüfungsvorbereitung in der Bibliothek sind, führt zu einem Herdentrieb und Nachahmungseffekt. Der Umstand der Überfüllung wirkt dabei keineswegs prohibitiv.²³

22 RECKWITZ, 2017, S. 162.

23 Vgl. dazu auch Opaschowskis Analyse von Veränderungen bei der Mobilität: „Massenhaft genießen? Überfüllung als Normalität. [...] Früher gab es die ‚Menge‘ eigentlich nur im Rahmen sozialer Bewegungen; heute und in Zukunft wird die ‚Masse‘ zum sichtbaren Ausdruck expansiver Erlebnisorientie-

So augenscheinlich die Unterschiede zwischen einem Bibliotheksbesuch und dem Besuch eines Rockkonzertes auch sein mögen, scheint es doch gewisse tiefliegende Gemeinsamkeiten zu geben, die den Vergleich zwischen beiden als nicht mehr ganz so absurd erscheinen lassen. Auch Bibliotheken scheinen in Ausnahmesituationen vom „Buzz-Effekt“ profitieren – oder darunter leiden – zu können, also geradezu einen Hype auslösen zu können. Und das Erleben des gemeinschaftlichen Alleinseins scheint eine Erfahrung zu sein, die in beiden Kontexten gleichermaßen möglich ist. Beide Phänomene sind nur unzureichend mit rein sachlichen Begründungen, sondern nur mit Deutungsmustern aus der Sozialpsychologie zu erklären.

Wie wir festgestellt haben, haben wir es hier mit Phänomenen zu tun, die für die Hochschulbibliotheken ein „Alleinstellungsmerkmal“ bilden, d.h. die nicht unbedingt auf andere potentielle Lernorte innerhalb des Campus übertragbar sind. Die Bereitschaft der Studierenden, auf solche alternativen Lernorte auszuweichen, ist eher gering ausgeprägt. *Außerhalb* des Campus ist diese Bereitschaft noch viel geringer.²⁴

An der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln wiederholte sich das eingangs geschilderte Szenario mit Einlasskontrollen und Ausweichquartieren auch ein Semester später in der Prüfungsphase des Sommers 2018 erneut: es gab einen extremen Andrang schon weit vor Öffnung der Bibliothek, Rempelen beim Einlass, Besetzung auch noch der letzten Lesesaalecken schon kurz nach Öffnung der Türen sowie Streitereien um Steckdosen und die besten Plätze. Zukünftig soll eine Drehkreuzanlage im Foyer aufgebaut werden, um die Besucherströme besser steuern zu können.

Bibliotheken werden sich mit ‚Zuständen wie beim Rockkonzert‘ wohl oder übel auseinandersetzen müssen und zumindest in der näheren Zukunft Krisenmanagement betreiben, um ihrer Herr zu bleiben bzw. wieder zu werden: Die Studierenden sind in die Bibliotheken gekommen, um zu bleiben, und die Gebäude sind darauf in der Regel nicht ausgelegt – zumindest nicht in Stoßzeiten wie zum Beispiel Prüfungsphasen. Gleichzeitig kann es hilfreich sein, wenn wir versuchen zu verstehen, was diese Phänomene eigentlich verursacht. Dieser Artikel will, wenn er auch keinen Anspruch auf vollständige Erklärungen bieten kann, hierzu ein paar Denkanstöße liefern.

rungen. [Es] wächst eine neue Generation heran, die sich ganz selbstverständlich mit der Massenmobilität arrangiert. Jeder fünfte Bundesbürger [...] sieht dem Verkehrsstau bei Wochenend- und Urlaubsfahrten ebenso gelassen wie genussvoll entgegen.“ (OPASCHOWSKI, 2004, S. 145-146).

24 „Gerade mal zwei Prozent der Befragten [einer Studie des Hochschul-Informations-Systems] bevorzugten zum Lernen andere Orte abseits des Campus.“ (VOGEL, 2017).

Literatur

- BERNAU, Nikolaus, 2018. Denkfabrik statt Büchergrab: Berliner Bibliotheken stecken im Investitionsstau. In: *Berliner Zeitung* [online]. 15.07.2018 [Zugriff am: 20.07.2018]. Verfügbar unter: <https://www.berliner-zeitung.de/berlin/denkfabrik-statt-buechergrab-berliner-bibliotheken-stecken-im-investitionsstau-30957598>
- BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG, 2011. *Studiensituation und studentische Orientierung* [online]. 11. *Studierendensurvey an Universitäten und Fachhochschulen*. Bonn/Berlin: BMBF [Zugriff am: 22.05.2018]. Verfügbar unter: https://www.bmbf.de/pub/Studierendensurvey_Ausgabe_11_Langfassung.pdf
- BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG, 2017. *Studiensituation und studentische Orientierung* [online]. 13. *Studierendensurvey an Universitäten und Fachhochschulen*. Bonn/Berlin: BMBF [Zugriff am: 22.05.2018]. Verfügbar unter: https://www.bmbf.de/pub/Studierendensurvey_Ausgabe_13_Hauptbericht.pdf
- BOGNER, Kathrin und Uta LANDROCK, 2015. *Antworttendenzen in standardisierten Umfragen*. Mannheim: GESIS – Leibniz Institut für Sozialwissenschaften (GESIS Survey Guidelines). DOI: 10.15465/gesis-sg_016
- DEPPING, Ralf, 2011. Selbstbedienung in Hochschulbibliotheken. Teil 1: Versuch einer Annäherung an ein weitverbreitetes Phänomen. In: *ZfBB* [online]. 6, S. 316-323 [Zugriff am: 17.07.2018]. Verfügbar unter: http://zs.thulb.uni-jena.de/servlets/MCRFileNodeServlet/jportal_derivate_00215315/j11-h6-auf-2.pdf
- DEPPING, Ralf, 2012. Selbstbedienung in Hochschulbibliotheken. Teil 2: Selbstbedienung aus Kunden- und Mitarbeiterperspektive. In: *ZfBB* [online]. 1, S. 20-32 [Zugriff am: 17.07.2018]. Verfügbar unter: http://zs.thulb.uni-jena.de/servlets/MCRFileNodeServlet/jportal_derivate_00224963/j12-h1-auf-3.pdf
- DEPPING, Ralf, 2013. Können Bibliotheksbau und -ausstattung verhaltenssteuernd wirken? Ein Beitrag zur Architekturpsychologie in Bibliotheken. In: *b.i.t. online* [online]. 2, S. 103-114 [Zugriff am: 17.07.2018]. Verfügbar unter: http://zs.thulb.uni-jena.de/servlets/MCRFileNodeServlet/jportal_derivate_00224963/j12-h1-auf-3.pdf
- EIGENBRODT, Olaf, 2006. Living rooms und meeting places: Aktuelle Annäherungen an den Raum der Bibliothek. In: Paul S. ULRICH, Hrsg. *Die Bibliothek als öffentlicher Ort und öffentlicher Raum*. Berlin: BibSpider, S. 47-61.
- FANSA, Jonas, 2008. *Bibliotheksfliirt: Bibliothek als öffentlicher Raum*. Bad Honnef: Bock + Herchen.

- HILDEBRANDT, Alexandra, 2015. Warum wir Dritte Orte brauchen. In: *Huffington Post* [online]. 02.06.2015 [Zugriff am: 21.06.2018]. Verfügbar unter: https://www.huffingtonpost.de/alexandra-hildebrandt/dritte-orte-brauchen_b_6984220.html
- OLDENBURG, Ray, 1989. *The great good place: cafés, coffee shops, community centers, beauty parlors, general stores, bars, hangouts and how they get you through the day*. New York, NY: Paragon House.
- OPASCHOWSKI, Horst W., 1999. *Generation @. Die Medienrevolution entlässt ihre Kinder: Leben im Informationszeitalter*. Hamburg: British-American Tobacco.
- OPASCHOWSKI, Horst W., 2001. *Das gekaufte Paradies: Tourismus im 21. Jahrhundert*. Hamburg: B-A-T-Freizeit-Forschungsinstitut.
- OPASCHOWSKI, Horst W., 2004. *Deutschland 2020: Wie wir morgen leben – Prognosen der Wissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- RECKWITZ, Andreas, 2017. *Die Gesellschaft der Singularitäten: Zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- VOGEL, Melissa, 2017. Stau in der Uni-Bibliothek. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* [online]. 16./17.12.2017 [Zugriff am: 25.07.2018]. Verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/beruf-chance/beruf/koeln-kaempft-gegen-platzmangel-in-der-uni-bibliothek-15341423.html>

Förderung von Informationskompetenz durch Hochschulbibliotheken: Forschungsstand und Forschungsbedarf

Wilfried Sübl-Strohmenger

Einführung

Hermann Rösch hat sich in seiner langjährigen Tätigkeit an der TH Köln besonders auf den Gebieten der Informationsdienstleistungen von Bibliotheken sowie der Informationsethik engagiert. Insofern verwundert es nicht, dass auch die Förderung von Informationskompetenz seine Aufmerksamkeit fand, nicht nur als Gutachter bei den vielen Abschlussarbeiten, die an der TH Köln zu diesem Themenbereich eingereicht wurden, sondern auch als Autor einer grundlegenden Studie zum Verhältnis von Informationskompetenz, Informationsfreiheit und Informationsethik.¹

Die Förderung von Informationskompetenz als wichtige Dienstleistung von Hochschulbibliotheken hat in den vergangenen Jahren an Dynamik gewonnen, nicht zuletzt infolge der Tatsache, dass über die Institutionen und Verbände des Bibliothekswesens hinaus sich auch die Hochschul- und Wissenschaftsorganisationen verstärkt dieser Thematik widmen. Zu nennen sind in erster Linie die Empfehlungen der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) aus dem Jahr 2012², aber auch daran anschließende Entschlüsse der HRK, wie beispielsweise die Eckpunkte zum Hochschulsystem³, hier insbesondere Punkt 8: Aufbau digitaler Infrastrukturen. Auch hier

1 Vgl. RÖSCH, 2012.

2 Vgl. HOCHSCHULREKTORENKONFERENZ, 2012.

3 Vgl. HOCHSCHULREKTORENKONFERENZ, 2018.

wird die Stärkung von Informationskompetenz hervorgehoben. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang auch das Positionspapier „Wissenschaftliche Bibliotheken 2025“ der Sektion 4 im Deutschen Bibliotheksverband (dbv)⁴, das unter Handlungsfeld Nr. 8 die Förderung digitaler Medien- und Informationskompetenz nennt. Allerdings wird festgestellt, dass Informationskompetenz noch überwiegend als „akademische Informationskompetenz“ verstanden werde, insofern noch nicht alle Prozesse in Studium, Lehre und Forschung einbeziehe, wie es die o.a. Entschließung der HRK aus dem Jahr 2012 vorsehe.

Welche Fragestellungen für Forschungsprojekte zur Informationskompetenz bieten sich an? Diese ergeben sich aus den aktuellen Herausforderungen, die sich dem Konzept Informationskompetenz generell, die sich dem bibliothekarischen Anspruch stellen, Informationskompetenz bei Schülern, Studierenden, Forschenden und sonstigen Zielgruppen nachhaltig fördern zu wollen, nicht nur kurzfristig für den erfolgreichen Abschluss in Schule, Hochschule und Berufsausbildung, sondern darüber hinaus, um am Arbeitsplatz und im gesellschaftlich-politischen Leben gezielt und verantwortlich mit Information umgehen zu können. Das Verständnis von Informationskompetenz, das dieser Analyse zugrunde liegt, ist also auf die direkte Förderung, Vermittlung oder Stärkung der im Umgang mit Medien und Information notwendigen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten ausgerichtet, wie sie durch Schulungen, Kurse und Beratungsservices geschieht. Vernachlässigt wird hier die (keineswegs zu unterschätzende) Rolle der IT-technischen Infrastrukturen und der räumlichen Arrangements, die eine Bibliothek auch in architektonischer Sicht zu einer Teaching Library, zu einem gelungenen Ort des informellen Lernens und des Kommunizierens machen. Dazu wäre eine andere Analyse vorzunehmen, die Forschungen zur Bibliothek als Raum und als Ort thematisiert.

Zunächst werden die Datenquellen sowie die Einrichtungen genannt, in denen Forschungsarbeiten zur Informationskompetenz entstehen, danach die Fachzeitschriften als Plattformen für Veröffentlichungen von Forschungsergebnissen dargestellt. Sodann soll ein konzentrierter Überblick über den aktuellen Stand der Forschung zum Themenbereich Informationskompetenz, mit Akzent auf den Aktivitäten der Bibliotheken, gegeben, danach dann der Versuch unternommen werden, den weiteren Forschungsbedarf zu umreißen.

Genese der Daten und Studien zur Informationskompetenz

Wo werden im Bibliotheks- und Informationswesen überhaupt derartige Studien und Forschungsbeiträge erarbeitet und publiziert, wo werden Daten gesammelt? Unterschieden wird zunächst nach primären und nach sekundären Datenquellen.

4 Vgl. DEUTSCHER BIBLIOTHEKSVERBAND, 2018.

Primäre Datenquellen

Primäre Datenquellen für die Thematik Informationskompetenz sind die Deutsche Bibliotheksstatistik (dbs) mit den Rubriken 177 (Benutzerschulungen/Stunden) und 178 (Teilnehmer an Benutzerschulungen), sodann das Portal Informationskompetenz – Vermittlungs- und Forschungsaktivitäten zur Informationskompetenz [www.informationskompetenz.de]: Differenzierte Daten zu den Kursaktivitäten für eine Auswahl deutscher wissenschaftlicher Bibliotheken bietet die dort veröffentlichte IK-Statistik mit jährlicher Datenerhebung und Datenauswertung⁵, ferner führt das Portal eine Überblicksseite zur Forschung auf dem Gebiet der Informationskompetenz (zur Zeit überwiegend Studien des Leibniz-Zentrums für psychologische Information und Dokumentation/ZPID Trier) auf.

Die Gemeinsame Kommission Informationskompetenz (dbv und vdb) sowie die regionalen Arbeitsgemeinschaften und Netzwerke zur Informationskompetenz verstehen ihren Auftrag weniger im Hinblick auf die Erforschung der Informationskompetenz und ihrer Förderung durch Bibliotheken, sondern dezidiert bezogen auf die Beschreibung und die Verbesserung der Praxis. Allerdings bieten die jährlich ausgeschriebenen Best-Practice-Wettbewerbe der Kommission attraktive Anreize für die Bibliotheken, nach innovativen Lösungskonzepten für Praxisprobleme zu suchen, also insofern begrenzt auch „forschend“ tätig zu sein. Die Ergebnisse dieses Wettbewerbs sind auf den während der Bibliothekartage oder des Leipziger Kongresses gezeigten Poster, teilweise auch als vertiefende Publikationen einsehbar.

Sekundäre Datenquellen und Nachweissysteme

Hinzu kommen sekundäre Datenquellen, insbesondere drei Datenbanken, die sich auf verschiedenen Ebenen für die Recherche zu dem Suchbegriff „Informationskompetenz“ als ergiebig zeigen:

BASE Bielefeld Academic Search Engine (Suchmaschine für weltweit erscheinende wissenschaftliche Webdokumente, davon ca. 60 Prozent mit Open Access): Die Schlagwortsuche „Informationskompetenz“ erbringt 417 Treffer (Stand: 17.08.2018).

Fachportal Pädagogik (Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung/DIPF Frankfurt am Main): Zu den Suchbegriffen Bibliothek* [UND] Informationskompetenz (SW) erhält man bei den Literaturnachweisen 68 Treffer (Stand: 17.08.2018), mit Bezug u.a. zu den Themen Kompetenz, Internet, Bibliothek, Schule. Unter der Rubrik Forschungsinformation sind keine Nachweise vorhanden

IBZ Online (Internationale Bibliographie der Zeitschriftenliteratur in den Geistes- und Sozialwissenschaften): Zum Suchbegriff „Informationskompetenz“ im Modus Volltextsuche werden 138 Treffer (Stand: 17.08.2018) angezeigt.

⁵ Entsprechende statistikbasierte Auswertungen haben beispielsweise vorgenommen: SÜHL-STROHMENGER, 2012a, S. 121-125; HOMANN, 2015 sowie FRANKE/HOMANN, 2016.

Ferner ist der Fachinformationsdienst (FID) Buch, Bibliotheks- und Informationswesen, den die Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel und die Universitätsbibliothek Leipzig betreiben, jedoch befindet er sich seit Oktober 2017 im Aufbau, so dass zurzeit leider noch keine Datenbank verfügbar ist.

Forschung zur Informationskompetenz an den Hochschulen und Instituten zur Bibliotheks- und Informationswissenschaft (Stand: 21.08.2018)

An verschiedenen Hochschulinstituten für Bibliotheks- und Informationswissenschaft werden im Rahmen der Bachelor- und Masterstudiengänge Einzeluntersuchungen zum Themenkreis der Informationskompetenz erarbeitet und betreut:

- Humboldt Universität zu Berlin (HU), Institut für Bibliotheks- und Informationswissenschaft (IBI) (Bachelor-, Master-, Promotionsstudiengänge): Der edoc-Publikationsserver weist zu dem Suchbegriff „Informationskompetenz“ 246 Veröffentlichungen zur Informationskompetenz nach.
- Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) Hamburg, Department Information, Bachelor- und Master-Studiengänge: Der Hochschulschriftenserver der HAW Hamburg erbringt zu dem Suchbegriff „Informationskompetenz“ 18 Treffer, davon 12 Bachelor- und 6 Masterabschlussarbeiten (Thesis).
- Hochschule Hannover (Fak. III, Informationsmanagement, Bachelor-/Masterstudiengänge): SerWisS (Server für wissenschaftliche Schriften) erbringt für den Suchbegriff „Informationskompetenz“ insgesamt 38 Treffer, darunter 11 Bachelor- und 2 Masterarbeiten.
- Technische Hochschule (TH) Köln, Institut für Bibliotheks- und Informationswissenschaft (Bachelor-/Master-Studiengänge): PublIS Cologne, Repositorium des Instituts für Informationswissenschaft, weist 140 Arbeiten zur Informationskompetenz nach, davon 59 Bachelor- und 36 Masterarbeiten, ferner 31 Buchkapitel. Zahlreiche Abschlussarbeiten zu dieser Thematik wurden von Inka Tappenbeck und Hermann Rösch (als Zweitgutachter) betreut.⁶

⁶ Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, dass mit Wirkung vom 15.05.2018 eine neue Professur für Informationskompetenz an der TH Köln, Fakultät für Informations- und Kommunikationswissenschaften, Institut für Informationswissenschaft (IWS) in Verbindung mit ZB MED/Informationszentrum Lebenswissenschaften in Köln eingesetzt wurde, die Prof. Dr. Konrad Ulrich Förstner innehat. Die neue Professur beinhaltet auch die Zuständigkeit für den bei ZB MED angesiedelten Programmbereich „Bereitstellung von Informationsdiensten“, sodann den bei der TH Köln angesiedelten Bereich Informationskompetenz. Seinen Forschungsschwerpunkt hat Förstner bei den Datenwissenschaften (nicht: Informationswissenschaften), und will sich (laut einer Pressemitteilung der TH Köln v. 16.05.2018) bei der Forschung zur Informationskompetenz dementsprechend auf den „Bereich von großen Datenmengen“ konzentrieren, d.h. also zum Beispiel den Umgang mit Forschungsdaten.

- Bayerische Bibliotheksakademie an der Bayerischen Staatsbibliothek München (Ausbildung für den höheren Bibliotheksdienst, Thema Informationskompetenz modular verankert): Beiträge von Absolvent(inn)en der Bibliotheksakademie teilweise in der Zeitschrift „Perspektive Bibliothek“ (s.u.).

Die an den Hochschulen erarbeiteten Studien und Veröffentlichungen zum Themenbereich Informationskompetenz sind hinsichtlich ihrer inhaltlichen Erstreckung und der wissenschaftsmethodischen Ansätze recht heterogen, beschränken sich teilweise auf lokale Praxiskonzepte oder bieten Übersichten zu dem betreffenden Spezialthema. Einbezogen werden sowohl wissenschaftliche und öffentliche Bibliotheken als auch andere Institutionen, in denen die Förderung von Informationskompetenz eine Rolle spielt, sowie institutionenunabhängige grundlegende Fragestellungen zum Thema Informationskompetenz im weiteren Sinn (also auch Lesekompetenz, digitale Kompetenz, Recherchekompetenz u.a.). Naturgemäß müssen diese von einer Autorin/einem Autor oder nur wenigen Autor(inn)en verfassten Texte in ihrem Erkenntnisanspruch und dem Forschungsaufwand begrenzt bleiben, auch wegen zeitlicher Befristungen für Abschlussarbeiten. Dennoch sind darunter einige bemerkenswerte Studien, die einen wertvollen Beitrag zur genaueren Erforschung der Rahmenbedingungen und Voraussetzungen, der Realisierung und der Wirkung von Maßnahmen der Bibliotheken zur Förderung von Informationskompetenz leisten und sich dabei verschiedener Erhebungsmethoden bedienen.

Forschungsprojekte zur Informationskompetenz an sonstigen wissenschaftlichen Instituten

Auch an sonstigen wissenschaftlichen Instituten, die teilweise den betreffenden Hochschulen in Deutschland, Österreich und der Schweiz angegliedert sind, existieren Forschungsprojekte zur Informationskompetenz:

- RWTH Aachen, Institut für Germanistische Sprachwissenschaft: Forschungsprojekt „Studentische Informationskompetenz“.
- Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Institut für Sprache und Information, Abt. Informationswissenschaft (Prof. Dr. Wolfgang G. Stock): Forschungsarbeiten vor allem zur Informationskompetenz in der Schule.
- Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) Frankfurt am Main, das die Projektleitung des EU-Projekts „Information Literacy Online – ILO“ (Laufzeit bis 08/2019) innehat.⁷
- Internationale Bodensee-Hochschule: Messen und Fördern der Informationskompetenz von Digital Natives in der Bodenseeregion.

⁷ Information Literacy Online – ILO: <https://www.dipf.de/de/forschung/aktuelle-projekte/information-literacy-online> [Zugriff am: 21.08.2018].

- Universität Koblenz-Landau, Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung Politikwissenschaft: Langzeitleseprojekt zur Förderung der individuellen Medien- und Informationskompetenz von Auszubildenden (Zeile).
- Leibniz-Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation (ZPID) Trier: Studien zur Informationskompetenz und Informationsverarbeitung bei Psychologiestudierenden, auch Wirkungsforschung, Messung von Informationskompetenz (Projekt: Förderung der Informationskompetenz).
- Hochschule für Technik und Wirtschaft Chur, Arbeitsbereich Informationswissenschaft, „Churer Schriften zur Informationswissenschaft“: Die Bände Nr. 8, 21, 37 und 60 befassen sich mit Themen zur Informationskompetenz.⁸
- Universität St. Gallen, Institut für Wirtschaftspädagogik (IWP), Abteilung Digitale Bildung & Betriebliche Bildung (Prof. Dr. Sabine Seufert), wo das Sekundarschulwesen im Zentrum der Forschungsinteressen liegt, insbesondere für die Schweiz und den Bodenseeraum.
- Karl-Franzens-Universität Graz, Institut für Informationswissenschaft und Wirtschaftsinformatik, bei dem die Projektgruppe für die Plattform des EU-Projekt „Information Literacy Online“ angesiedelt ist.

Die Übersicht belegt, dass nicht mehr nur die Bibliotheken sich mit der Thematik Informationskompetenz und ihrer weiteren Erforschung befassen, sondern dass, teilweise im Bibliothekswesen noch zu wenig wahrgenommen, verschiedene Hochschulen und Forschungsinstitute sich gezielt mit spezielleren Fragestellungen zur Förderung von Informationskompetenz, auch über den Hochschulbereich hinaus, im Rahmen von Forschungsprojekten befassen.

Publikation von Forschungsergebnissen zur Informationskompetenz in Fachzeitschriften

(Suchbegriff „Informationskompetenz“ / Stand: 21.08.2018)

- BIBLIOTHEKSDIENST 1967ff. (631 Treffer)
- B.I.T.ONLINE 1999ff. (273 Treffer)
- BIBLIOTHEK – FORSCHUNG UND PRAXIS 1977ff. (173 Treffer)
- O-BIB – DAS OFFENE BIBLIOTHEKSJOURNAL 2014ff. (86 Treffer)
- PERSPEKTIVE BIBLIOTHEK 2012ff.: (14 Treffer, darunter Artikel auch von Absolvent(inn)en der Bibliotheksakademie München)
- ZEITSCHRIFT FÜR BIBLIOTHEKSWESEN UND BIBLIOGRAPHIE (ZfBB) 2003ff. (10 Treffer)

⁸ Vgl. HTW CHUR, 2018.

- INFORMATIONSPRAXIS 2015ff. (7 Treffer)
- 027.7 JOURNAL FOR LIBRARY CULTURE/ZEITSCHRIFT FÜR BIBLIOTHEKSKULTUR 2013ff. (6 Treffer)

Der Überblick veranschaulicht, dass die Thematik der Informationskompetenz in fast allen bibliothekarischen Fachzeitschriften vertreten ist, am stärksten im Bibliotheksdienst, der insbesondere in der Frühphase der Informationskompetenz-Rezeption in Deutschland die hauptsächliche Plattform für die vielfach praxisbezogenen Veröffentlichungen war, sodann später aber auch in b.i.t. online sowie in o-bib, als sich das Themenfeld der Informationskompetenz vor allem im Zusammenhang mit der digitalen Transformation ausdifferenzierte und spezialisierte. Forschungsrelevante Beiträge zur Informationskompetenz sind in den Fachzeitschriften allerdings nur sehr begrenzt zu finden, weil sie sich auch nicht als Forschungsjournale verstehen, wie es beispielsweise in Großbritannien mit dem von CILIP (Information Literacy Group) herausgegebenen Journal for Information Literacy (JIL) existiert.

Forschungsansätze von Projekten und Studien zur Informationskompetenz

Welche Forschungsansätze stehen zur Verfügung? Anbieten würden sich vornehmlich die Verfahren der Sozialforschung, entweder deskriptiv-datenbasiert oder empirisch-analytisch mittels quantitativer Datenerhebung, zum Beispiel durch Befragungen, sodann Verfahren der qualitativen Sozialforschung, also durch Interviews, narrative oder explorative, fallstudienbasierte Verfahren. Im ECIL-Konferenzband von 2014 sind Artikel zur qualitativen Erforschung von Informationskompetenz⁹ und ihrer Vermittlung durch Bibliotheken publiziert, meistens Fallstudien oder sonstige spezielle Studien für einzelne Einrichtungen.

Als Studien oder Forschungsarbeiten werden im Folgenden insofern nur solche Abhandlungen gewertet, die über die reine Beschreibung einzelner (lokaler) Praxis-konzepte oder Teilbereiche zur Förderung von Informationskompetenz hinausgehen, also einen methodisch-systematischen Ansatz verfolgen, zum Beispiel auf vergleichenden Datenerhebungen oder auf Befragungen oder sonstigen sozialwissenschaftlichen Instrumenten beruhen sowie solche Veröffentlichungen, die eine tiefere theoretisch-konzeptionelle Durchdringung eines Themas aus dem Bereich der Informationskompetenz bieten, also theoriebasiert sind.¹⁰ Quantitative Untersuchungen auf empirisch-analytischer Grundlage¹¹ bilden eine weitere Gruppe von Forschungsarbeiten zur Informationskompetenz, die strengen sozialwissenschaftlichen

9 Vgl. u.a. CISEK, 2014.

10 Beispielhaft dafür seien die Abhandlungen von HAPKE, 2012 u. 2016 genannt, ferner der Beitrag von HÖBOHM, 2015.

11 Vgl. dazu grundlegend DIEKMANN, 2016.

Kriterien genügen.¹² Ferner werden explorative Studien berücksichtigt, die eher zur qualitativen Forschung¹³ zu rechnen sind und neue Anwendungsgebiete der Informationskompetenz erkunden, auch im Rahmen von Fallstudien.

Der zeitliche Schwerpunkt des hier vorgelegten Überblicks liegt auf dem Zeitraum nach 2010, jedoch sind vereinzelt auch ältere Studien genannt. Im Folgenden werden 93 Studien, einschließlich einiger Berichte über Forschungsarbeiten, berücksichtigt, die nummeriert am Schluss aufgeführt werden und die grob folgenden Forschungsansätzen zugeordnet werden könnten (in eckigen Klammern die Nummern der Studien laut Verzeichnis):¹⁴

Grundlegende theoretisch-systematische Studien, einschließlich Empfehlungen und Gutachten (28 Studien)

[1, 4, 7, 9, 12, 14, 23, 25, 26, 27, 33, 34, 35, 36, 38, 44, 48, 56, 57, 58, 64, 67, 72, 82, 83, 85, 88, 89]

Deskriptiv-datenbasierte Abhandlungen (21 Studien)

[3, 6, 16, 18, 19, 21, 31, 32, 40, 55, 65, 71, 73, 74, 84, 86, 87, 90, 91, 92, 93]

Quantitative Untersuchungen auf empirisch-analytischer Grundlage (16 Studien)

[2, 5, 8, 14, 15, 29, 41, 46, 49, 51, 61, 66, 69, 75, 76, 78]

Explorativ-qualitativ orientierte Studien, einschließlich Fallstudien (28 Studien)

[10, 11, 13, 17, 20, 22, 24, 30, 37, 39, 42, 43, 45, 47, 50, 52, 53, 54, 59, 60, 62, 63, 68, 70, 77, 79, 80, 81]

Diese Übersicht belegt, dass quantitative, empirisch-analytische Forschung genauso wie datenbasierte Untersuchungen, die indes weniger strengen methodischen Prüfkriterien standhalten, zusammen immerhin rund 40 Prozent der bisherigen Forschungsaktivitäten ausmachen, die strengeren Prüfkriterien¹⁵ genügende empirische Forschung aber lediglich knapp 20 Prozent.

Im Folgenden sollen zunächst die älteren, maßstabsetzenden Erhebungen und Übersichten skizziert, danach dann die neueren Studien entsprechend der oben gebotenen Differenzierung nach Forschungsansätzen konzentriert vorgestellt.

12 S. dazu z.B. MAYER, 2016.

13 Dazu grundlegend MAYRING, 2016.

14 Der Verfasser bittet um Nachsicht, falls seine Zuordnung einzelner Studien zu den vier Forschungsrichtungen als teilweise willkürlich empfunden werden oder falls die Zusammenstellung der 93 Studien nicht ganz vollständig sein sollte. Zum einen ist die eindeutige Zuordnung nicht immer möglich gewesen, zum anderen könnte es weitere Abhandlungen geben, die als forschungsrelevant für das Thema Informationskompetenz gelten könnten, aber in der Auflistung fehlen.

15 Vgl. dazu z.B. MAYER, 2016.

Forschungsstand zur Informationskompetenz in Deutschland

Übergreifende ältere Studien zur Informationskompetenz

Den Einstieg in die systematische Erforschung der Informationskompetenz an deutschen Hochschulen markiert bekanntlich die im Jahr 2001 publizierte „SteFI-Studie“.¹⁶ Sie beinhaltete eine repräsentative Befragung von Studierenden der Fachbereiche Chemie, Informatik, Mathematik, Physik, Elektrotechnik, Bauingenieurwesen, Maschinenbau, Psychologie, Erziehungswissenschaft, Sozialwissenschaft. Ergänzend zu der quantitativen Erhebung flossen die Ergebnisse von zwei Workshops mit Studierenden aus verschiedenen Hochschulen und Fachbereichen und mit unterschiedlicher Informationskompetenz in die Studie ein, daneben einige Befragungen von Dekanaten und Lehrenden sowie eine Expertenbefragung.¹⁷ Als Hauptbefunde der SteFI-Studie ergaben sich, dass die Studierenden damals über eine nur durchschnittliche Informationskompetenz verfügten, die sie sich weitgehend selbst beigebracht oder die sie durch Anleitung von Kommilitonen, nicht aber durch entsprechende Kurse oder Beratungen vonseiten des Bibliothekspersonal, erworben hatten. Dadurch fehlte es den meisten Studierenden an ausreichender Kenntnis des verfügbaren Informationsangebots wie auch an der Fähigkeit, dieses Angebot adäquat für ihr Studium nutzen zu können.¹⁸

Im Jahr 2005 stellten Hochholzer und Wolff aufgrund einer Bestandsaufnahme zur Informationskompetenz den zukünftigen Forschungsbedarf fest.¹⁹ Als zentrale Aspekte nannten sie die Informationsbeschaffung im Kontext unterschiedlicher Informationsquellen hervor, sodann die Nutzung des Computers als Arbeits- und Kommunikationsmittel – damals noch keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Informationskompetenz werde in Schule und Unterricht als Teil einer umfassenden Medienkompetenz noch zu wenig beachtet, und auch im Hochschulbereich konstatierten Hochholzer und Wolff Nachholbedarf bei der Förderung von Informationskompetenz. Als Desiderate der Forschung nannten sie die Ausarbeitung einer differenzierten Theorie der Informationskompetenz, in die auch technische, kulturelle, kommunikative, soziale und organisationsbezogene sowie sprachliche Kompetenz einzubeziehen wären, sodann die Erhebung qualitativer und quantitativer empirischer Daten zur Informationskompetenz und ihrer Förderung.

Drei Jahre später publizierten Gapski und Tekster eine von der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM) veranlasste Bestandsaufnahme zur Informationskompetenz in Deutschland.²⁰ Erstmals bot sich damit ein Gesamtüberblick, eine Art Landkarte zum komplexen Feld der Informationskompetenz, wie es sie bis

16 Vgl. KLATT et al., 2001.

17 Vgl. KLATT et al., 2001, S. 114.

18 S. KLATT et al., 2001, S. 130.

19 S. HOCHHOLZER/WOLFF, 2005.

20 Vgl. GAPSKI/TEKSTER, 2009.

dahin nicht gegeben hatte.²¹ Die Studie zeigte in bislang unbekannter Deutlichkeit, dass Informationskompetenz über den Bereich der Bibliotheken hinaus an gesellschaftlicher Bedeutung für alle Zielgruppen gewonnen hat. Gapski und Tekster sahen das Thema Informationskompetenz auch für Unternehmen, für neue berufliche Weiterbildungsstrategien, für die Organisationsentwicklung und für das Wissensmanagement als bedeutsam an.²²

Theoretisch-systematische Darstellungen (einschließlich Empfehlungen und Gutachten)

Die theoretisch-systematisch ausgerichteten Studien weisen eine ausgeprägte thematische Bandbreite auf: Die schon ältere Studie zum Forschungsstand 2005 und zu den damaligen Forschungsdesideraten wurde bereits oben hervorgehoben²³. Zum aktuellen Stand der Forschung auf dem Gebiet Informationskompetenz informieren exemplarisch die Universitäten Graz und Düsseldorf über dort angesiedelte Forschungsprojekte²⁴, die Entschließungen der HRK von 2012²⁵ und von 2018²⁶ betonen, ähnlich wie das jüngste Positionspapier des Deutschen Bibliotheksverbandes (Sektion 4) mit Zielszenario für 2025²⁷, dass Informationskompetenz den gesamten Lern-, Forschungs- und Transferprozess, einschließlich der Governance-Ebene, umfassen und insbesondere der Data-Science, dem Umgang mit Forschungsdaten, erhöhte Aufmerksamkeit widmen müsse. Der Verankerung von Informationskompetenz in den Curricula der Studiengänge käme ebenfalls große Bedeutung zu.

Einige Studien verorten das Konzept Informationskompetenz im Kontext einer neuen Informationskultur²⁸ und im Zusammenhang mit Prozessen der Erkenntnistheorie, also epistemologisch.²⁹ Behandelt werden sodann die Zukunftsfähigkeit des Konzepts³⁰ und – mit Einschluss wissenschaftlicher wie öffentlicher Bibliotheken – die Frage, inwieweit Informationskompetenz als ein zentrales *Movens* bibliothekarischen Handelns insgesamt gesehen werden³¹ und wie ihre Entwicklung und Förderung eine *Teaching Library* im Hochschulrahmen begründen könne.³² Dazu passt

21 Der Überblick von LUX/SÜHL-STROHMENGER, 2004, konzentrierte sich auf die *Teaching Library* in Deutschland, schloss dabei auch die Informationskompetenz-Förderung ein, aber beschränkt auf die Bibliotheken.

22 S. GAPSKI/TEKSTER, 2009, S. 68f.

23 S. HOCHHOLZER/WOLFF, 2005.

24 Vgl. DREISIEBNER/BEUTELSPACHER/HENKEL, 2017.

25 Vgl. HOCHSCHULREKTORENKONFERENZ, 2012.

26 Vgl. HOCHSCHULREKTORENKONFERENZ, 2018.

27 S. DEUTSCHER BIBLIOTHEKSVERBAND, 2018.

28 Vgl. HAPKE, 2012.

29 Vgl. HAPKE, 2016.

30 Vgl. SÜHL-STROHMENGER, 2012a.

31 Vgl. SÜHL-STROHMENGER/BARBIAN, 2017.

32 Vgl. SÜHL-STROHMENGER, 2012a.

eine Studie, die insgesamt über die vielfältigen Aktivitäten der Hochschulbibliotheken im Hinblick auf die Förderung von Informationskompetenz informiert.³³

Grundlegenden Charakter haben auch die Abhandlungen zum engen Verhältnis von Wissensmanagement und Informationskompetenz³⁴, ferner zu der in ihrer Bedeutung kaum zu unterschätzenden Rolle informations- und wissenspsychologischer Überlegungen³⁵ wie auch der Informationsethik³⁶ und der Plagiarismus-Problematik.³⁷ Eng damit verknüpft sind theoretisch ausgerichtete Abhandlungen zum Informations(such)verhalten³⁸. Konzeptionen zur Förderung von Informationskompetenz bei den Zielgruppen der Master-Studierenden, Doktorandinnen und Doktoranden³⁹ werden reflektiert, ferner geht es um Herausforderungen der Discovery-Systeme⁴⁰ für die Entwicklung von Informationskompetenz und die Möglichkeit für den Einsatz neuer Medien, insbesondere mit Blick auf informelles Lernen.⁴¹ Dies berührt zentrale Gebiete bibliotheksdidaktischer Grundlagen und Strategien⁴², zum Beispiel des Blended Learning, hier am Beispiel des Fachs Architektur mithilfe der Theorie des Constructive Alignment, das bei der didaktischen Planung nicht von den Lerninhalten ausgeht, sondern von den angestrebten Lernergebnissen, den Outcomes⁴³. In diesen Zusammenhang gehört auch das im Rahmen eines Forschungsprojekts an der HTW Chur entstandene Modell DIAMOND (Didactical Approach for Multiple Competence Development), das Informationskompetenz in den Kontext der in das Curriculum integrierten Vermittlung von Schlüsselqualifikationen insgesamt stellt.⁴⁴ Schließlich befassen sich zwei Studien mit der Frage, wie Informationskompetenz empirisch überhaupt erfasst werden kann⁴⁵, sodann speziell für die Zielgruppe der Schülerinnen und Schüler.⁴⁶ Diese Zielgruppe steht auch im Fokus des vom Deutschen Bibliotheksverband verabschiedeten Referenzrahmens Informationskompetenz, der einer systematischen Analyse im Hinblick auf die KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ unterworfen wird.⁴⁷

33 S. HOMANN, 2015.

34 Vgl. dazu GUST VON LOH, 2012 sowie REINMANN, 2012.

35 Vgl. MANGOLD, 2012.

36 Vgl. RÖSCH, 2012.

37 Siehe dazu MALO, 2012. Hinzuweisen wäre in diesem Zusammenhang auf BARTH et al., 2009.

38 Vgl. HOBOHM, 2015; WOLLSCHLÄGER-TIGGES, 2015 und WORMSER-HACKER, 2015 (mit Akzent auf der Usability benutzerfreundlicher Systeme).

39 Vgl. POHLMANN, 2012.

40 Vgl. BÖHNER, 2013.

41 Vgl. ALBRECHT, 2015.

42 Vgl. dazu HANKE/SÜHL-STROHMENGER, 2016.

43 Vgl. KIBLER, 2017.

44 Vgl. BAUER/BÖLLER/HIERL, 2009.

45 Vgl. MAYER, 2016. Zur Verfügung für die Messung stehen zum Beispiel, Interviews, Fragebögen, Wissenstests oder standardisierte Verhaltenstests.

46 Vgl. FÖRSTER und ORSZULOK, 2013.

47 Vgl. KLINGENBERG, 2017. S. auch KLINGENBERG, 2016.

Deskriptiv-datenbasierte Studien

Verschiedene Abhandlungen zur Informationskompetenz basieren auf Datenerhebungen, beispielsweise aus Statistiken, aus publizierten Berichten oder aus eigenen Erfassungen, bedienen sich dabei jedoch keiner strengen sozialwissenschaftlicher Datenanalyse, wie es bei quantitativ ausgerichteten, empirisch-analytischen Untersuchungen der Fall ist. Die oben skizzierte Darstellung zum Stand der Informationskompetenz in Deutschland⁴⁸ ist dafür genauso ein Beispiel wie eine Expertise zu Aufwand und Ertrag der Vermittlung von Informationskompetenz durch Bibliotheken⁴⁹ oder die Analyse und Bewertung des deutschen Informationskompetenz-Portals⁵⁰.

In deskriptiver Absicht versteht sich sodann eine Sammlung von Beiträgen zum Stand der Informationskompetenz-Förderung an medizinischen Bibliotheken in Österreich, Deutschland und in Südtirol⁵¹ und die Darstellung zum Rollenverständnis und zum Profil der Teaching Librarians⁵², die auf einer Umfrage während des Deutschen Bibliothekartags 2011 beruhte. Eine noch tiefer gehende Studie nimmt die bei Teaching Librarians benötigten Qualifikationen für erfolgversprechende Kursaktivitäten ins Visier⁵³, außerdem reflektiert eine andere Abhandlung die Frage, inwieweit schulische Lehrkräfte in die Förderung von Informationskompetenz der Schülerinnen und Schüler involviert werden können⁵⁴. Mithilfe von Datensammlungen wurde versucht mehr Klarheit darüber zu gewinnen, ob in der bibliothekarischen Ausbildung tatsächlich die später benötigten Qualifikationen für die Förderung von Informationskompetenz vermittelt werden.⁵⁵

Auch der schon ältere, jedoch beispielhafte, flächendeckende Lagebericht zur Schlüsselqualifikation Informationskompetenz an der Ludwig-Maximilians-Universität München stützt sich auf eine Ermittlung von Fakten und Informationen durch den Verfasser.⁵⁶ Mehrere Abhandlungen unternehmen einen ähnlichen, mit Daten und Fakten gesättigten Versuch, die Informationskompetenz-Landschaften überblicksartig für Deutschland⁵⁷ und für Österreich⁵⁸ abzubilden.

Zu nennen ist ferner ein Überblick zur Förderung von Informationskompetenz und zur Berücksichtigung der Standards der Informationskompetenz mit Bezug auf

48 Vgl. GAPSKI/TEKSTER, 2009.

49 Vgl. SÜHL-STROHMENGER, 2010.

50 Vgl. GRÜNLEITNER, 2011.

51 Vgl. BAUER, 2014.

52 Vgl. FRANKE, 2012.

53 Vgl. RAUCHMANN, 2016.

54 Vgl. MERTES, 2016.

55 Vgl. TAPPENBECK/WITTICH/GÄDE, 2017.

56 Vgl. SCHÜLLER-ZWIERLEIN, 2006.

57 Vgl. FRANKE/HOMANN, 2016.

58 Vgl. ZEMANEK 2012 u. 2016.

fünf Bibliotheken (zwei öffentliche und drei wissenschaftliche Bibliotheken) in Berlin, Köln und München. Die Standards treten demnach kaum in Erscheinung und spielen bei den Kursaktivitäten keine nennenswerte Rolle.⁵⁹ Im Unterschied zu den oben aufgeführten theoretisch-systematisch orientierten Studien dominieren bei den deskriptiv-datenbasierten Darstellungen eher konkretere Themen mit Praxisbezug: Im Fokus stehen dabei fachbezogene Studien für die Informationskompetenz-Förderung in der Physik⁶⁰, in der Geographie, hier bezogen auf die Qualität von Masterarbeiten⁶¹ sowie in der Biologie⁶². Ein bislang wenig erforschtes Thema sind sodann die Senioren⁶³ als Zielgruppe von Maßnahmen zur Entwicklung von Informationskompetenz. Eine Befragung bei Bibliotheksleitungen und Teaching Librarians erbringt differenzierte Aufschlüsse aus erster Hand über die Vermittlung von Informationskompetenz an Hochschulbibliotheken⁶⁴, sodann befassen sich deskriptive Studien mit der Bedeutung von Webseiten wissenschaftlicher Bibliotheken für die Förderung von Informationskompetenz⁶⁵, mit Personal Learning Environments beim E-Learning⁶⁶ sowie mit dem Einsatz von Multiple-Choice-Fragebögen zum Zweck der Leistungsmessung.⁶⁷

Quantitative Untersuchungen auf empirisch-analytischer Grundlage

Sozialwissenschaftlich fundierte Forschungsstudien sind wegen ihres Aufwandes aufgrund von fehlenden Ressourcen durch die Bibliotheken selbst nicht ohne Weiteres zu leisten. Die als forschungsstark geltenden wissenschaftlichen Bibliotheken führen die meistens drittmittelfinanzierten Projekte häufig in Kooperation mit anderen zentralen Einrichtungen oder mit Instituten durch. Die im Folgenden genannten 16 Studien sind ganz überwiegend außerhalb von Bibliotheken erarbeitet worden, entweder als Abschlussarbeit an der Hochschule oder im Rahmen der Forschungstätigkeit von Hochschuleinrichtungen, die oben bereits aufgeführt worden sind. Als pionierhaft kann die oben bereits angesprochene SteFI-Studie aus dem Jahr 2001⁶⁸ gelten, weil sie repräsentativen Charakter beanspruchen konnte, methodisch kontrolliert war und zu Erkenntnissen sowie Schlussfolgerungen kam, die für den weiteren Ausbau der Förderung von Informationskompetenz in der Hochschulausbildung Maßstäbe gesetzt haben.

59 Vgl. YURT/SIMON, 2015.

60 Vgl. HUBER, 2011.

61 Vgl. SEITZ/GROSSANN, 2016.

62 Vgl. HARTMANN, 2013.

63 Vgl. HERING, 2015.

64 Vgl. TAPPENBECK, 2013.

65 Vgl. WÜST, 2018.

66 Vgl. SCHMALL, 2009.

67 Vgl. BEUTELSPACHER, 2014.

68 Vgl. KLATT et al., 2001.

Ein gewisser inhaltlicher Schwerpunkt dieser mit quantitativen Verfahren entstandenen Studien liegt auf der Förderung von Informationskompetenz im schulischen Bereich. So liegt eine recht frühe Forschungsarbeit aus dem Jahr 2011 mit dem Einsatz von Situation Judgment Tests zur Messung von Informationskompetenz bei Schülerinnen und Schülern vor⁶⁹, eine Vorgehensweise, die ebenfalls in einer Studie zur fachspezifischen Erfassung von Recherchekompetenz bei Studierenden zum Einsatz kam⁷⁰. Im Rahmen eines Sammelbands der Düsseldorfer Informationswissenschaft zur Informationskompetenz in der Schule sind zwei empirisch ausgerichtete Untersuchungen zur Informationskompetenz in der Sekundarstufe I⁷¹ und in der Sekundarstufe II⁷² veröffentlicht worden. Dass insbesondere in der Sekundarstufe I erheblicher Bedarf an Entwicklung von digital geprägter Informationskompetenz besteht, belegt die International Computer and Literacy Study (ICILS) für die Klasse 8, zuletzt durchgeführt 2013.⁷³ Eine St. Galler Forschungsgruppe um die Wirtschaftspädagogin Sabine Seufert hat sich ebenfalls der Informationskompetenz im Rahmen des Sekundarschulwesens des Bodenseeraums in mehreren Untersuchungen zugewandt, in denen es um motivationale Bedingungen der Entwicklung von Digital Literacy⁷⁴, um die Aufhellung der tatsächlichen Informationskompetenz von Digital Natives⁷⁵ und um ein Design für die professionelle Entwicklung von Lehrkräften geht, die Informationskompetenz vermitteln sollen⁷⁶. Ein Instrumentarium zur multimethodalen Erfassung von Informationskompetenz mithilfe eines Multiple-Choice-Tests und zusätzlich realitätsnahen Aufgabenstellungen für die Recherche wurde in einer Studie beim ZPID Trier entwickelt.⁷⁷ Um selbst-reguliertes Lernen beim Umgang mit Information und Wissen und die Messung der dafür notwendigen Selbstwirksamkeitsüberzeugungen geht es in einer weiteren Trierer Studie⁷⁸, sodann beinhaltet eine andere Untersuchung beim ZPID Trier mithilfe eines bestimmten an Kompetenz-Facetten und Fertigkeiten orientierten Sets von Aufgaben den Umgang Studierender mit dem Social Web zu erforschen.⁷⁹ Eine bislang im deutschen Bibliotheks- und Informationswesen unterschätzte Bedeutung kommt dem Dunning-Kruger-Effekt zu, der die gemessene Tendenz zur Selbstüberschätzung von Informationskompetenz-Fähigkeiten betrifft⁸⁰, in der Konsequenz

69 Vgl. BALCERIS, 2011.

70 Vgl. ROSMAN/BIRKE, 2015.

71 Vgl. ORSZULLOK, 2013.

72 Vgl. FÖRSTER, 2013.

73 Vgl. EICKELMANN, 2016. Für 2018 läuft eine weitere Studie, die auf nationaler Ebene von Prof. Dr. Birgit Eickelmann an der Universität Paderborn koordiniert wird.

74 Vgl. SEUFERT et al., 2016a.

75 Vgl. STANOEVSKA-SLABEVA et al., 2016.

76 Vgl. SEUFERT et al., 2016b.

77 Vgl. LEICHNER, 2015.

78 Vgl. BEHM, 2015.

79 Vgl. KAMMERER/OLOFF/GERJETS, 2015.

80 Vgl. den Bericht über die Untersuchung von KÖNIG, 2017, der sich auf eine Studie von MAHMOOD, 2016 bezieht.

dann zu resistenten Haltungen gegenüber Fördermaßnahmen zur Verbesserung der eigenen Informationskompetenz führen können.

In einer Augsburger Dissertation wurde das Projekt i-Literacy entwickelt⁸¹, um den Studierenden umfassende Fähigkeiten, sodann prozedurales und deklaratives (Fakten-)Wissen für die kompetente Nutzung des Internet und der digitalen Medien zu vermitteln. Schließlich gehört zu der Gruppe empirisch-analytischer Arbeiten eine Abhandlung zur Auswertung der internationalen PIAAC-Studie der OECD, die Alltagsfertigkeiten Erwachsener, darunter auch Kompetenzen im Umgang mit Medien und Information, erhebt.⁸² Eine auf gründlicher Literaturanalyse fundierte Masterarbeit, die an der HTW Chur entstanden ist, zielt auf die umfassende Analyse der jeweiligen Informationskompetenz-Strategie einer Bibliothek ab, wie zum Beispiel MOSAIK-PRO (*MO*dell zur *STR*ategischen *AN*alyse von *IN*formations*KOM*petenz-*PRO*grammen), und konstruiert zu diesem Zweck einen bereits durch Pretest teilweise erprobten Fragenbogen. Diese Arbeit leistet auf anspruchsvoller methodischer Grundlage einen vorbildlichen Beitrag zu einer der Komplexität von Informationskompetenz-Konzepten angemessenen Modellbildung.⁸³

Explorativ-qualitativ orientierte Studien (einschließlich Fallstudien)

Eine Reihe von publizierten Forschungsarbeiten stützen sich primär weder auf Theorien noch auf quantitative Datenerhebungen und Datenauswertungen, sondern sie thematisieren vielfach eher qualitativ orientiert neue Aspekte der Informationskompetenz, bringen Impulse, verstehen sich insofern als explorativ, ohne sich dabei immer explizit auf Methoden der qualitativen Sozialforschung zu stützen. Das inhaltliche Spektrum, das die explorativ-qualitativen Arbeiten abdecken ist ausgeprägt breit und vielfältig. Schwerpunkte zeigen sich beim E-Learning im weitesten Sinn, wie eine Studie zur EU-geförderten Plattform für einen Massive Open Online Course (MOOC)⁸⁴ sowie die Entwicklung eines preisgekrönten Online-Kurses Informationskompetenz durch die Bibliothek und das House of Competence am KIT Karlsruhe⁸⁵, das Design für das Interface eines speziell auf den Umgang mit statistischen Daten abgestellten Online-Kurses ist Gegenstand einer weiteren Abhandlung⁸⁶. Auch Webinare werden in einer Studie als hilfreich bei der Förderung von Informationskompetenz dargestellt⁸⁷. Eher in didaktischer Hinsicht inspirierend berichtet eine explorative Studie über die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen des Einsatzes

81 Vgl. REBELE, 2012.

82 Vgl. HÄUSSLER, 2017.

83 Vgl. BÖLLER, 2013.

84 Vgl. DREISIEBNER/MANDL, 2017.

85 Vgl. DOMINOK/HIRSCH-WEBER/TANGEN, 2018

86 Vgl. KLÄRE, 2017.

87 Vgl. HÖHNER, 2014.

von Audience Response Systemen in Informationskompetenzkursen⁸⁸. Neue Medien spielen ebenfalls eine Rolle, wie eine schon ältere Fallstudie zur Informationskompetenz nahelegt⁸⁹, jedoch stehen mittlerweile andere digitale, vor allem auch für Jüngere attraktive Hilfsmittel zur Verfügung, wie zum Beispiel Serious Games⁹⁰. Eine besondere didaktische Herausforderung für eine wirksame Vermittlung von Informationskompetenz stellen große Gruppen dar, wie eine qualitative Studie verdeutlicht.⁹¹ Die Konzeption eines Personal Learning Environments (PLE) könnte für die individualisierte Entwicklung von Informationskompetenz bei Schülerinnen und Schülern des Gymnasium wertvoll sein.⁹²

Explorativen Charakter haben sodann Studien zur Publikationskompetenz in der Wissenschaft⁹³ und zur steigenden Bedeutung der Förderung wissenschaftlichen Schreibens unter Mitwirkung der Bibliotheken⁹⁴. Die Zielgruppen aus der Forschung und der Wissenschaft, die nach den erwähnten HRK-Empfehlungen stärker in den Fokus der Vermittlung von Informationskompetenz genommen werden sollen, werden in einer qualitativ orientierten Expertise zu neuen Informationsdienstleistungen für die sich stark verändernde Forschung, jenseits von Schulungsmaßnahmen zur Informationskompetenz⁹⁵ differenziert entwickelt. Eine Abhandlung greift die Herausforderung der Digital Humanities für die fachwissenschaftliche Einbettung der Informationskompetenzförderung seitens der Teaching Library auf⁹⁶ und auch das fordernde Thema der Big Data wird in einer Abhandlung im Zusammenhang mit der Informationskompetenz erörtert.⁹⁷ In einer Berliner Studie wird die von den HRK-Empfehlungen wie auch die im dbv-Positionspapier als wichtig hervorgehobene Informationskompetenz beim Umgang mit Forschungsdaten auf allen universitären Ebenen entworfen, exemplarisch am Beispiel der Humboldt-Universität zu Berlin, aber durchaus modellhaft auch für andere Hochschulen, kann insofern also paradigmatischen Charakter beanspruchen.⁹⁸

Die sonstigen als explorativ-qualitativ verstandenen Arbeiten konzentrieren sich auf das Framework der Information Literacy, das nach Beschluss der ACRL an die Stelle der bisherigen Competency Standards für Information Literacy in Higher Education getreten ist und möglicherweise neue Impulse für die erfolgreichere Förderung von Informationskompetenz in Deutschland vermitteln könnten.⁹⁹ Ferner geht

88 Vgl. KIBLER, 2015.

89 Vgl. HINZE/BLAKOWSKI, 2005.

90 Vgl. ECKARDT/KIBLER/ROBRA-BISSANZ, 2016.

91 Vgl. LUCA, 2012.

92 Vgl. SEUFERT et al., 2015.

93 Vgl. KELLER, 2016.

94 Vgl. RUHMANN/SCHRÖTER, 2016 sowie SÜHL-STROHMENGER, 2016.

95 Vgl. LOHMEIER/MITTELBACH/STÖHR, 2016.

96 Vgl. SCHRÖTER, 2017.

97 Vgl. GAPSKI, 2016.

98 Vgl. HELBIG/AUST, 2017.

99 Vgl. FRANKE, 2017; SÜHL-STROHMENGER, 2017; KÜHN, 2018.

es um die Informationskompetenz einer bislang in diesem Zusammenhang noch nicht genannten Zielgruppe, der Kindergartenkinder.¹⁰⁰

Der Evaluation und Messung von Effekten von Maßnahmen zur Stärkung von Informationskompetenz widmen sich zwei explorative Studien¹⁰¹, zwei weitere dem in seiner Bedeutung kaum zu überschätzenden Thema der Suchmaschinenkompetenz¹⁰². Informationskompetenz im Fachkontext zu fördern, mithilfe eines Gesamtkonzeptes für eine Institutsbibliothek, ist Gegenstand einer anderen explorativ ausgerichteten Abhandlung¹⁰³. Themen weiterer explorativer Studien sind Konzeption und Strategie für die Lehre von Informationskompetenz im Fach Psychologie, gestützt auf empirische Befunde¹⁰⁴, die Herausforderung für Informationskompetenz durch Resource Discovery Systeme¹⁰⁵ sowie Trends, Herausforderungen und Perspektiven für die künftige Rolle von Teaching Librarians.¹⁰⁶

Zusammenfassung

Die Darstellung sollte aufzeigen, dass die Erforschung des Themenfeldes Informationskompetenz von diversen Einrichtungen und wissenschaftlichen Institutionen, ferner auch durch die Verbände und durch die Fachzeitschriften getragen und unterstützt wird, allerdings mit noch begrenzten Erträgen. Die Typisierung der insgesamt 93 Studien (ab etwa 2009/10), die der Verfasser als forschungsrelevant nach vier forschungsmethodischen Richtungen – theoretisch-systematisch, deskriptiv-datenbasiert, empirisch-analytisch und explorativ-qualitativ – eingestuft hat, ergab, dass nur 16 Arbeiten den Maßstäben sozialwissenschaftlicher Datenerfassung und Datenanalyse weitgehend standhalten. Damit sollen die anderen Arbeiten nicht abgewertet werden, tragen sie doch erheblich zum Erkenntnisfortschritt im Zusammenhang mit der Informationskompetenz bei und verfolgen Ansätze und Forschungsparadigmen, die ebenfalls ihre Berechtigung haben.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Forschungsaktivitäten zur Informationskompetenz sind breit gestreut, lassen sich auf 30 Inhaltsfelder verteilen, allerdings sind einige Studien mehreren Themen zuzuordnen. Am stärksten vertreten ist der Bereich der Informationskompetenz insgesamt, gefolgt von Schule und Kindergarten. Mit Abstand vereinigen dann die Themen Teaching Librarians/Qualifikation, Messung/Erfassung von Informationskompetenz, Didaktik sowie E-Learning mehrere Untersuchungen auf sich, wie der folgenden Zusammenstellung zu entnehmen ist:

100 Vgl. GUST VON LOH/HENKEL, 2016.

101 Vgl. HOMANN/KÖSSLER, 2016; MÜLLER, et al., 2015.

102 Vgl. LEWANDOWSKI 2012 und 2016.

103 Vgl. KLEIN, 2015.

104 Vgl. PETER, 2015.

105 Vgl. PFEFFER/WIESENMÜLLER, 2016.

106 Vgl. SÜHL-STROHMENGER, 2015.

Informationskompetenz insgesamt (24), (Kindergarten/Schule (12), Qualifikation/Teaching Librarians (6), Fachkontext (6), Evaluation/Erfassung/Messung von Informationskompetenz (6), Didaktik (6), E-Learning (5), Informationsverhalten/Wissensmanagement (4), Hochschule/Forschung (4), Discovery System/Suchmaschinen (4), Standards/Framework (3), Digitale Kompetenz/Digital Natives (3), Informations-/Wissenspsychologie (3), Publizieren/Schreiben (2), Masterstudium/Promotion (2), neue Medien (2), Erwachsene/Senioren (2), Zielgruppenbezug (2), Lernen (2), schließlich jeweils eine Studie für die Themen: Aufwand, Big Data, Forschungsdaten, Informelles Lernen, Informationsethik, Plagiarismus, Serious Games, Social Web, Webseiten, Wirkung, Usability.

Insgesamt zeichnet sich ein Bild thematisch-inhaltlicher Heterogenität ab, wenn auch mit erkennbaren Schwerpunktsetzungen, die mit den aktuellen Herausforderungen korrespondieren, denen sich das Konzept Informationskompetenz ausgesetzt sieht. Allerdings erklärt sich allein dadurch nicht das inhaltliche Profil der hier einbezogenen forschungsrelevanten Arbeiten.

Zukünftiger Forschungsbedarf

Wie der Überblick gezeigt hat, ist die Forschungslandschaft zur Informationskompetenz sowohl institutionell als auch inhaltlich stark zersplittert. Es mangelt an Koordination durch eine zentrale Steuerungsinstantz und an inhaltlicher Fokussierung und Priorisierung. Diese könnte zielgruppen- und aufgabenspezifisch sein, orientiert einerseits an den überregionalen Empfehlungen der Wissenschafts- und Fachorganisationen, andererseits an den zentralen Herausforderungen der Hochschulentwicklung – in der Lehre, in der Forschung und in der Administration. In die folgenden Richtungen könnte zukünftige Forschung ausgerichtet werden:

- Outcomes, also Effekte der Fördermaßnahmen, mit Evidenzbasierung, sowohl bezogen auf die didaktischen Realisierungen von Kursen als auch bezogen auf den Einfluss und die Wirksamkeit von Standards der Informationskompetenz sowie des Referenzrahmens Informationskompetenz
- Zusammenhang zwischen Forschungsdatenmanagement und Informationskompetenz (bislang liegen nur Empfehlungen und Absichtserklärungen vor, aber keine Studien)
- Curriculare Einbindung von Informationskompetenz, auch im Zusammenhang mit den Fächern
- Informationsnutzungsverhalten, insbesondere: Informationsbewertung (Stichwort: Fake News), auch als vergleichende Forschung zu den Recherchekompetenzen ohne und mit Fördermaßnahmen zur Informationskompetenz (Vergleichsgruppen)
- Informationsverhalten bei Studierenden innerhalb der verschiedenen Studienphasen
- Informationsverhalten von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und Profilierung der Informationskompetenz in Lehre und Forschung

- Rolle wissenschaftlicher Bibliotheken für die Entwicklung von Informationskompetenz
- Selbstwirksamkeitsüberzeugungen und die Bedeutung des Dunning-Kruger-Effekts¹⁰⁷
- Auswirkungen der Teaching Library auf die strategische Positionierung der Bibliothek in der Hochschule.

Fazit und Diskussion

Grundsätzlich bedarf es eines durchdachten Forschungsprogramms, um von der Beliebigkeit der vielen speziellen Themen wegzukommen, auch einer gewissen Priorisierung. Sodann müsste das Defizit an quantitativen, empirisch fundierten Untersuchungen behoben werden. Dazu bedarf es der systematischen Datenerhebung, die über die dbs-Daten hinausgehen muss, in die Richtung, wie sie durch die differenzierte Datenerfassung in der IK-Statistik des Portals Informationskompetenz vorgegeben ist.

Es bleibt eine offene Frage, welche Institutionen die Forschung zur Informationskompetenz betreiben sollen und können. Die Bibliotheken selbst wären damit überfordert, können nur Best-Practice-Konzepte entwerfen oder begrenzt Umfragen durchführen oder müssten mit Forschungseinrichtungen kooperieren. Hoffnung gibt die Tatsache, dass bereits einige nichtbibliothekarische Institute und Einrichtungen Forschungsprojekte, auch in grenzüberschreitender Kooperation und mit Unterstützung der EU, zur Informationskompetenz realisiert haben.

Eine Gefahr von zu starker Forschungsprofessionalisierung bei Untersuchungen zum Themenkreis Informationskompetenz liegt eventuell in dem erschwerten Transfer der Befunde in das bibliothekarische und unterrichtliche Handeln, weil solche wissenschaftlich anspruchsvolleren Studien ohne methodologische Fachkenntnis nicht leicht zu verstehen sind. Grundsätzlich kann jedoch das Fazit gezogen werden, dass die Thematik Informationskompetenz im Kontext der Hochschulbibliotheken sich als zentrale Informationsdienstleistung vergleichsweise ausgezeichnet entwickelt hat, wenn man die Anzahl der Veröffentlichungen und der Forschungsprojekte berücksichtigt.

¹⁰⁷ Vgl. MAHMOOD, 2016. S. auch den Bericht von KÖNIG, 2017.

Forschungsrelevante Studien zur Informationskompetenz

1. ALBRECHT, Steffen, 2015. Förderung von Lernen und Wissenskoooperation mit neuen Medien aus der Perspektive informellen Lernens. In: Anne-Kathrin MAYER, Hrsg. *Informationskompetenz im Hochschulkontext*. Lengerich: Pabst Science Publishers, S. 195-226.
2. BALCERIS, Michael, 2011. *Medien- und Informationskompetenz: Modellierung und Messung von Informationskompetenz bei Schülern* [Dissertation]. Paderborn: Universität Paderborn.
3. BAUER, Bruno, Hrsg., 2014. Teaching Library: Vermittlung von Informationskompetenz an medizinischen Bibliotheken. In: *GMS Medizin. Bibliothek. Information*. [online]. 14(1/2) [Zugriff am: 01.11.2014]. Verfügbar unter: <http://www.egms.de/static/en/journals/mbi/2014-14/mbi000298.shtml> [Enthält 11 faktenreiche Berichte zum Stand der Vermittlung von Informationskompetenz im medizinischen Bibliothekswesens Österreichs, Deutschlands und Südtirols, die insgesamt als Forschungsbeitrag gewertet werden.]
4. BAUER, Lydia, Nadja BÖLLER und Sonja HIERL, 2009. *DIAMOND – Didactical Approach for Multiple Competence Development* [online]. Chur: Hochschule für Technik und Wirtschaft [Zugriff am: 25.08.2018]. Verfügbar unter: https://www.htwchur.ch/fileadmin/htw_chur/angewandte_zukunftstechnologien/SII/churer_schriften/CSI35-DIAMOND_Didactical_Approach_for_Multiple_Competence_Development.pdf
5. BEHM, Thomas, 2015. Informationskompetenz und Selbstregulation: Zur Relevanz bereichsspezifischer Selbstwirksamkeitsüberzeugungen. In: Anne-Kathrin MAYER, Hrsg. *Informationskompetenz im Hochschulkontext*. Lengerich: Pabst Science Publishers, S. 151-162.
6. BEUTELSPACHER, Lisa, 2014. Erfassung von Informationskompetenz mithilfe von Multiple-Choice-Fragebogen. In: *Information. Wissenschaft und Praxis*. 65(6), S. 341-352.
7. BÖHNER, Dörte, 2013. Verbessern Discovery Systeme die Informationskompetenz? In: *027.7: Zeitschrift für Bibliothekskultur* [online]. 1(2), S. 47-57 [Zugriff am: 22.08.2018]. Verfügbar unter: https://0277.ch/ojs/index.php/cdrs_0277/article/view/26/56
8. BÖLLER, Nadja, 2013. *Modell zur strategischen Analyse von Konzepten zur Förderung der Informationskompetenz an Hochschulbibliotheken – MOSAIK-PRO* [online]. Chur: Hochschule für Technik und Wirtschaft. DOI: 10.3929/ethz-a-009963198
9. DEUTSCHER BIBLIOTHEKSVERBAND, 2018. *Positionspapier „Wissenschaftliche Bibliotheken 2025“*. [online]. Verabschiedet von der Sektion 4 „Wissenschaftliche Universalbibliotheken“ im Deutschen Bibliotheksverband e.V. (dbv) im Januar 2018. Berlin: Deutscher Bibliotheksverband [Zugriff am: 21.06.2018]. Verfügbar unter:

https://www.bibliotheksverband.de/fileadmin/user_upload/Sektionen/sektion4/Publikationen/2018_02_27_WB2025_Endfassung_endg.pdf

10. DOMINOK, Eliane, Andreas HIRSCH-WEBER und Diana TANGEN, 2018. KIT-Bibliothek und House of Competence (HoC) entwickeln den Online-Kurs Informationskompetenz. In: *b.i.t. online*. 21(3), S. 228-233.
11. DREISIEBNER, Stefan und Thomas MANDL, 2017. Entwicklung und Evaluierung einer Plattform zur Vermittlung von Informationskompetenz: Vorstellung des von der Europäischen Union geförderten Projekts „Information Literacy Online“. In: *Bibliotheksdienst*. 52(9), S. 763-770.
12. DREISIEBNER, Stefan, Lisa BEUTELSPACHER und Maria HENKEL, 2017. Informationskompetenz: Forschung in Graz und in Düsseldorf. In: *Information. Wissenschaft und Praxis*. 68(5-6), S. 329-336.
13. ECKARDT, Linda, Simone KIBLER und Susanne ROBBA-BISSANZ, 2016. Entwicklung eines Serious Games zum Lernen von Informationskompetenz und Leitlinien zur Nachnutzung. In: Wolfgang PFAU et al., Hrsg. *Teaching Trends 2016. Digitalisierung in der Hochschule: Mehr Vielfalt in der Lehre*. Münster/New York: Waxmann, S. 49-61.
14. EICKELMANN, Birgit, 2016. Förderung von Informationskompetenz als Aufgabe der Schule. In: Wilfried SÜHL-STROHMENGER, Hrsg. *Handbuch Informationskompetenz*. 2. Auflage. Berlin: De Gruyter, S. 149-156.
15. FÖRSTER, Torsten, 2013. Informationskompetenz in der Sekundarstufe II. In: Sonja GUST VON LOH und Wolfgang G. STOCK, Hrsg. *Informationskompetenz in der Schule*. Berlin: De Gruyter, S. 109-148.
16. FÖRSTER, Torsten und Lisa ORSZULLOK, 2013. Wie kann man Informationskompetenz von Schülern erfassen? In: Sonja GUST VON LOH und Wolfgang G. STOCK, Hrsg. *Informationskompetenz in der Schule*. Berlin: De Gruyter, S. 67-76.
17. FRANKE, Fabian, 2017. Das Framework for Information Literacy: Neue Impulse für die Förderung von Informationskompetenz in Deutschland? In: *o-bib: Das offene Bibliotheksjournal* [online]. 4(2), S. 22-29. DOI: 10.5282/o-bib/2017H4S22-29
18. FRANKE, Fabian, 2012. Das Profil von Bibliothekarinnen und Bibliothekaren der Teaching Library – eine Umfrage auf dem Bibliothekartag. In: Ulrich HOHOFF und Daniela LÜLFING, Hrsg. *100. Deutscher Bibliothekartag in Berlin 2011. Bibliotheken für die Zukunft – Zukunft für die Bibliotheken. Deutscher Bibliothekartag*. Kongressbände. Hildesheim: Olms, S. 284-293.
19. FRANKE, Fabian und Benno HOMANN, 2016. Informationskompetenz in Deutschland. In: Wilfried SÜHL-STROHMENGER, Hrsg. *Handbuch Informationskompetenz*. 2. Auflage. Berlin: De Gruyter, S. 498-519.

20. GAPSKI, Harald, 2016. Big Data – neue Herausforderungen für Informationskompetenz und Bildung. In: Wilfried SÜHL-STROHMENGER, Hrsg. *Handbuch Informationskompetenz*. 2. Auflage. Berlin: De Gruyter, S. 92-102.
21. GAPSKI, Harald und Thomas TEKSTER, 2009. *Informationskompetenz in Deutschland: Überblicke zum Stand der Fachdiskussion und Zusammenstellung von Literaturangaben, Projekten und Materialien zu einzelnen Zielgruppen* [online]. Düsseldorf: Landesanstalt für Medien NRW, 06.03.2009, geringfügig aktualisiert am 27.05.2009 [Zugriff am: 13.08.2018]. Verfügbar unter: https://www.medienanstalt-nrw.de/fileadmin/lfm-nrw/Aktuelle_Forschungsprojekte/Informationskompetenz_in_Deutschland_August_09.pdf
22. GRÜNLEITNER, Karin, 2011. Das Portal *www.informationskompetenz.de*: Analyse, Bewertung, Perspektiven. In: *Bibliothek: Forschung und Praxis* [online]. 35(3), S. 183-196. DOI: 10.1515/bfup.2011.025
23. GUST VON LOH, Sonja, 2012. Wissensmanagement und Informationskompetenz. In: Wilfried SÜHL-STROHMENGER, Hrsg. *Handbuch Informationskompetenz*. Berlin: De Gruyter, S. 132-145.
24. GUST VON LOH, Sonja und Maria HENKEL, 2016. Informationskompetenz von Kindergartenkindern. In: Wilfried SÜHL-STROHMENGER, Hrsg. *Handbuch Informationskompetenz*. 2. Auflage. Berlin: De Gruyter, 137-148.
25. HANKE, Ulrike und Wilfried SÜHL-STROHMENGER, 2016. *Bibliotheksdidaktik: Grundlagen zur Förderung von Informationskompetenz*. Berlin: De Gruyter.
26. HAPKE, Thomas, 2012. Informationskompetenz in einer neuen Informationskultur. In: Wilfried SÜHL-STROHMENGER, Hrsg. *Handbuch Informationskompetenz*. Berlin: De Gruyter, S. 36-48.
27. HAPKE, Thomas, 2016. Informationskompetenz anders denken – zum epistemologischen Kern von „information literacy“. In: Wilfried SÜHL-STROHMENGER, Hrsg. *Handbuch Informationskompetenz*. 2. Auflage. Berlin: De Gruyter, S. 9-21.
28. HARTMANN, Kristina, 2013. Fachspezifische Vermittlung von Informationskompetenz an Biologen. In: *Perspektive Bibliothek* [online]. 2(2), S. 36-74. DOI: 10.11588/pb.2013.2.11243
29. HÄUSSLER, Helena, 2017. Wie steht es um die Informationskompetenz von Erwachsenen? Eine Auswertung der PIAAC-Studie. In: *o-bib: Das offene Bibliotheksjournal* [online]. 4(2), S. 72-82. DOI: 10.5282/o-bib/2017H2S72-82

30. HELBIG, Kerstin und Pamela AUST, 2017. Kein Königsweg: die Vermittlung von Forschungsdatenkompetenz auf allen universitären Ebenen. In: *o-bib: Das offene Bibliotheksjournal* [online]. 4(1), S. 108-116. DOI: 10.5282/o-bib/2017H1S108-116
31. HERING, Anke, 2015. *Die Vermittlung von Informationskompetenz an Senioren an Wissenschaftlichen Bibliotheken: eine Bestandsaufnahme, Analyse, Ausblick* [Bachelorarbeit] [online]. Köln: TH Köln [Zugriff am: 25.08.2018]. Eingeschränkt verfügbar unter: <https://publiscologne.th-koeln.de/frontdoor/index/index/docId/821>
32. HINZE, Udo und Gerold BLAKOWSKI, 2005. Fallstudie zur Informationskompetenz beim Lernen mit neuen Medien. In: Ben BACHMAIR, Peter DIEPOLD und Claudia DE WITT, Hrsg. *Jahrbuch Medienpädagogik 4*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 245-254.
33. HOBOHM, Hans-Christoph, 2015. Informationsverhaltensforschung + Informationsdidaktik = Informationskompetenz: Eine Gleichung mit drei Unbekannten. In: Anne-Kathrin MAYER, Hrsg. *Informationskompetenz im Hochschulkontext*. Lengerich: Pabst Science Publishers, S. 29-42.
34. HOCHHOLZER, Rupert und Christian WOLFF, 2005. *Informationskompetenz: Status quo und Desiderate für die Forschung* [online.] Regensburg: Philosophische Fakultät IV, Sprach- und Literaturwissenschaften [Zugriff am: 13.08.2018]. Verfügbar unter: <urn:nbn:de:bvb:355-opus-7477>
35. HOCHSCHULREKTORENKONFERENZ, 2018. *Die Hochschulen als zentrale Akteure in Wissenschaft und Gesellschaft: Eckpunkte zur Rolle und zu den Herausforderungen des Hochschulsystems* [online]. 10.04.2018. Bonn: HRK [Zugriff am: 21.06.2018]. Verfügbar unter: <https://www.hrk.de/en/position/beschluss/detail/die-hochschulen-als-zentrale-akteure-in-wissenschaft-und-gesellschaft-eckpunkte-zur-rolle-und-zu-d/>
36. HOCHSCHULREKTORENKONFERENZ, 2012. *Hochschule im digitalen Zeitalter: Informationskompetenz neu begreifen – Prozesse anders steuern* [online]. Entschließung der 13. Mitgliederversammlung der HRK am 20.11.2012 in Göttingen. Bonn: HRK [Zugriff am: 06.12.2014]. Verfügbar unter: <http://www.hrk.de/themen/hochschulsystem/arbeitsfelder/informationskompetenz/>
37. HÖHNER, Esther, 2014. Der Einsatz von Webinaren bei der Vermittlung von Informationskompetenz an Wissenschaftlichen Bibliotheken. In: *Perspektive Bibliothek* [online]. 3(2), S. 61-90. DOI: 10.11588/pb.2014.2.16807
38. HOMANN, Benno, 2015. Bibliothekarische Aktivitäten zur Vermittlung von Informationskompetenz. In: Anne-Kathrin MAYER, Hrsg. *Informationskompetenz im Hochschulkontext*. Lengerich: Pabst Science Publishers, S. 165-178

39. HOMANN, Benno und Franziska KÖSSLER, 2016. Kompetenzorientierte Evaluation des adaptiven Schulungskonzepts der Universitätsbibliothek Heidelberg. In: *o-bib: Das Offene Bibliotheksjournal* [online]. 3(4), S. 210-225. DOI: 10.5282/o-bib/2015H4S211-225
40. HUBER, Patricia, 2011. *Stand und Perspektiven der Vermittlung von Informationskompetenz für die Physik an deutschen Hochschulen* [Bachelorarbeit] [online]. Überarbeitete Fassung vom März 2011. Stuttgart: Hochschule der Medien [Zugriff am: 22.08.2018]. Verfügbar unter: https://hdms.bsz-bw.de/files/619/Huber_IK_Physik.pdf
41. KAMMERER, Yvonne, Clara OLOFF und Peter GERJETS, 2015. Erfassung von Fertigkeiten im Umgang mit dem Social Web. In: Anne-Kathrin MAYER, Hrsg. *Informationskompetenz im Hochschulkontext*. Lengerich: Pabst Science Publishers, S.121-150.
42. KELLER, Alice, 2016. Publikationskompetenz. In: Wilfried SÜHL-STROHMENGER, Hrsg. *Handbuch Informationskompetenz*. 2. Auflage. Berlin: De Gruyter, S. 307-322.
43. KIBLER, Simone, 2015. Audience Response Systeme: Möglichkeiten und Grenzen ihres Einsatz [sic!] bei der Vermittlung von Informationskompetenz in wissenschaftlichen Bibliotheken. In: *b.i.t. online*. 18(2), S. 119-125.
44. KIBLER, Simone, 2017. Kooperative Informationskompetenzvermittlung im Fach Architektur: Lehrveranstaltungsreflexion eines Blended-Learning-Workshops mithilfe der Theorie des constructive alignments. In: *o-bib: Das Offene Bibliotheksjournal* [online]. 4(1), S. 138-150. DOI: 10.5282/o-bib/2017H1S138-150
45. KLÄRE, Christina, 2017. Quantitative information literacy: Designing an online course at the interface between information literacy and statistical literacy. In: *o-bib: Das Offene Bibliotheksjournal* [online]. 4(1), S. 117-131. DOI: 10.5282/o-bib/2017H1S117-131
46. KLATT, Rüdiger et al., 2001. *Elektronische Information in der Hochschulausbildung: innovative Mediennutzung im Lernalltag der Hochschulen*. Opladen: Leske & Budrich.
47. KLEIN, Kerstin, 2015. Informationskompetenz im Fachkontext fördern: Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für eine Institutsbibliothek. In: *Bibliothek – Forschung und Praxis* [online]. 39(3), S. 320-333. DOI: 10.1515/bfp-2015-0047
48. KLINGENBERG, Andreas, 2017. Die Strategie der Kultusministerkonferenz „Bildung in der digitalen Welt“ und der „Referenzrahmen Informationskompetenz“ des Deutschen Bibliotheksverbandes. In: *o-bib: Das Offene Bibliotheksjournal* [online]. 4(1), S. 62-75. DOI: 10.5282/o-bib/2017H1S62-75
49. KÖNIG, Erwin, 2017. Informationskompetenz vs. Selbstüberschätzung. In: *Library Essentials* [online]. 2 [Zugriff am: 19.08.2018]. Verfügbar unter: <http://www.libess.de/informationskompetenz-vs-selbstueberschaetzung>

50. KÜHN, Friederike, 2018. *Mediendidaktische Konzepte zur Förderung von Informationskompetenz an der Universitätsbibliothek der Freien Universität Berlin: Unter Berücksichtigung des Framework for Information Literacy for Higher Education* [Masterarbeit] [online]. Hannover: Hochschule Hannover [Zugriff am: 19.08.2018]. Verfügbar unter: urn:nbn:de:bsz:960-opus4-12030
51. LEICHNER, Nikolas, 2015. Multimethodale Erfassung von Informationskompetenz. In: Anne-Kathrin MAYER, Hrsg. *Informationskompetenz im Hochschulkontext*. Lengerich: Pabst Science Publishers, S. 83-102.
52. LEWANDOWSKI, Dirk, 2012. Informationskompetenz und das Potential der Internetsuchmaschinen. In: Wilfried SÜHL-STROHMENGER, Hrsg. *Handbuch Informationskompetenz*. Berlin: De Gruyter, S. 101-109.
53. LEWANDOWSKI, Dirk, 2016. Suchmaschinenkompetenz als Baustein der Informationskompetenz. In: Wilfried SÜHL-STROHMENGER, Hrsg. *Handbuch Informationskompetenz*. 2. Auflage. Berlin: De Gruyter, S. 115-126.
54. LOHMEIER, Felix, Jens MITTELBACH und Matti STÖHR, 2016. Informationsservices auf Augenhöhe: So können Bibliotheken den Forschungsprozess proaktiv unterstützen. In: Wilfried SÜHL-STROHMENGER, Hrsg. *Handbuch Informationskompetenz*. 2. Auflage. Berlin: De Gruyter, S. 287-304.
55. LUCA, Helena, 2012. „Immer mehr Studierende und Schüler“: Konzepte zur Vermittlung von Informationskompetenz in Bibliotheken für große Gruppen. In: *Perspektive Bibliothek* [online]. 1(1), S. 33-55. DOI: 10.11588/pb.2012.1.9396
56. MALO, Markus, 2012. Das Schreiben der Anderen: Plagiarismus und Informationskompetenz. In: Wilfried SÜHL-STROHMENGER, Hrsg. *Handbuch Informationskompetenz*. Berlin: De Gruyter, S. 290-300.
57. MANGOLD, Roland, 2012. Informations- und wissenspsychologische Fundierung der Informationskompetenz. In: Wilfried SÜHL-STROHMENGER, Hrsg. *Handbuch Informationskompetenz*. Berlin: De Gruyter, S. 121-131.
58. MAYER, Anne-Kathrin, 2016. Empirische Erfassung von Informationskompetenz. In: Wilfried SÜHL-STROHMENGER, Hrsg. *Handbuch Informationskompetenz*. 2. Auflage. Berlin: De Gruyter, S. 24-51.
59. MERTES, Nathalie, 2016. Die Förderung von Informationskompetenz zusammen mit Lehrkräften. In: Wilfried SÜHL-STROHMENGER, Hrsg. *Handbuch Informationskompetenz*. 2. Auflage. Berlin: De Gruyter, S. 179-178.
60. MÜLLER, Severina et al., 2015. The 7i Framework: Towards a Measurement Model for Information Literacy. In: *Proceedings of the American Conference on Information Systems (AMCIS), Fajardo, Puerto Rico*. Atlanta, GA: Association for Information Systems S. 3436-3449.

61. ORSZULLOK, Lisa, 2013. Informationskompetenz bei Schülern der Sekundarstufe I. In: Sonja GUST VON LOH und Wolfgang G. STOCK, Hrsg. *Informationskompetenz in der Schule*. Berlin: De Gruyter, S. 77-108.
62. PETER, Johannes, 2015. Lehre von Informationskompetenz im Fach Psychologie: Konzeptionelle und strategische Überlegungen sowie empirische Befunde. In: Anne-Kathrin MAYER, Hrsg. *Informationskompetenz im Hochschulkontext*. Lengerich: Pabst Science Publishers, S. 179-194.
63. PFEFFER, Magnus und Heidrun WIESENMÜLLER, 2016. Resource Discovery Systeme. In: Wilfried SÜHL-STROHMENGER, Hrsg. *Handbuch Informationskompetenz*. 2. Auflage. Berlin: De Gruyter, S. 105-114.
64. POHLMANN, Tobias, 2012. Vermittlung von Informationskompetenz an Master-Studierende und Doktoranden: Themen und Konzepte. In: *Perspektive Bibliothek* [online]. 1(1), S. 5-32. [Zugriff am: 22.08.2018]. Verfügbar unter: <https://journals.ub.uni-heidelberg.de/index.php/bibliothek/article/viewFile/9395/3272>
65. RAUCHMANN, Sabine, 2016. Welche Qualifikationen benötigen Bibliothekarinnen und Bibliothekare zur erfolgreichen Förderung von Informationskompetenz? In: Wilfried SÜHL-STROHMENGER, Hrsg. *Handbuch Informationskompetenz*. 2. Auflage. Berlin: De Gruyter, S. 425-434.
66. REBELE, Nina, 2012. *Förderung von Informationskompetenz im Hochschulstudium: Entwicklung und Implementierung des Projekts i-Literacy* [Dissertation] [online]. Augsburg: Universität Augsburg [Zugriff am: 22.08.2018]. Verfügbar unter: <https://opus.bibliothek.uni-augsburg.de/opus4/1918>
67. REINMANN, Gabi, 2012. Informationskompetenz und persönliches Wissensmanagement. In: Wilfried SÜHL-STROHMENGER, Hrsg. *Handbuch Informationskompetenz*. Berlin: De Gruyter, S. 85-92.
68. RÖSCH, Hermann, 2012. Informationskompetenz, Informationsfreiheit, Informationsethik. In: Wilfried SÜHL-STROHMENGER, Hrsg. *Handbuch Informationskompetenz*. Berlin: De Gruyter, S. 57-66.
69. ROSMAN, Tom und Peter BIRKE, 2015. Fachspezifische Erfassung von Recherchekompetenz durch prozedurale Wissenstests. In: Anne-Kathrin MAYER, Hrsg. *Informationskompetenz im Hochschulkontext*. Lengerich: Pabst Science Publishers, S. 103-120
70. RUHMANN, Gabriela und Marcus SCHRÖTER, 2016. Grenzverschiebungen: Wissenschaftliches Schreiben, Schreibwerkstätten und Informationskompetenz. In: Wilfried SÜHL-STROHMENGER, Hrsg. *Handbuch Informationskompetenz*. 2. Auflage. Berlin: De Gruyter, S. 227-244.

71. SCHMALL, Sabine, 2009. *E-Portfolios als Element von Personal Learning Environments: Potentiale des E-Learning 2.0 im Kontext der Vermittlung von Informationskompetenz* [Masterarbeit] [online]. Köln: TH Köln [Zugriff am: 25.08.2018]. Verfügbar unter: urn:nbn:de:hbz:832-epub4-1974
72. SCHRÖTER, Marcus, 2017. Teaching Libraries zwischen Vermittlung fachwissenschaftlicher Informationskompetenz und der Unterstützung einer Propädeutik für die Digital Humanities. In: *o-bib: Das offene Bibliotheksjournal* [online]. 4(1), S. 76-94. DOI: 10.5282/o-bib/2017H1S76-94
73. SCHÜLLER-ZWIERLEIN, André, 2006. *Die Vermittlung der Schlüsselqualifikation Informationskompetenz an der LMU München: Ein Lagebericht*. München: Universitätsbibliothek München.
74. SEITZ, Gary und Barbara GROSSMANN, 2016. Einfluss von Informationskompetenz-Veranstaltungen auf die Qualität von Masterarbeiten. In: *Informationspraxis* [online]. 2(1), S. 1-13. DOI: 10.11588/ip.2016.1.23295
75. SEUFERT, Sabine et al., 2016a. *Digital Literacy in Secondary Education. How to motivate digital natives to become digital learners?* [Konferenzbeitrag]. Annual Conference of the European Association for Research on Learning and Instruction (EARLI). Dijon, 24.-26.08.2016.
76. SEUFERT, Sabine et al. 2016b. Teaching Information Literacy in Secondary Education: How to Design Professional Development for Teachers? [online]. In: Lorna UDEN, Dario LIBERONA und Birgit FELDMANN, Hrsg. *Learning Technology for Education in the Cloud: The Changing Face of Education. 5th International Workshop, LTEC 2016, Hagen, Germany, Proceedings*. Heidelberg: Springer, S. 235-249. DOI: 10.1007/978-3-319-42147-6_20
77. SEUFERT, Sabine et al., 2015. The Design of Personal Learning Environments (PLE) with Scope on Information Literacy in High School [online]. In: Lorna UDEN, Dario LIBERONA und Tatjana WELZER, Hrsg. *Learning Technology for Education in the Cloud, 4th International Workshop, LTEC 2015, Maribor, Slovenia, Proceedings*. Heidelberg: Springer, S. 148-163. DOI: 10.1007/978-3-319-22629-3_12
78. STANOEVSKA-SLABEVA, Katarina et al., 2016. Unveiling Information Literacy of Digital Natives in Secondary Schools: A Swiss Example [Konferenzbeitrag] [online]. 66th International Communications Association Annual Conference. Fukuoka, Juni 2016 [Zugriff am: 16.08.2018]. Verfügbar unter: https://www.researchgate.net/publication/304495446_Unveiling_Information_Literacy_of_Digital_Natives_in_Secondary_Schools_-_A_Swiss_Example
79. SÜHL-STROHMENGER, Wilfried, 2017. Threshold-Konzepte, das ANCIL-Curriculum und die Metaliteracy: Überlegungen zu Konsequenzen für die Förderung von Informationskompetenz in deutschen Hochschulen. In: *o-bib:*

- Das offene Bibliotheksjournal* [online]. 4(2), S. 10-25. DOI: 10.5282/o-bib/2017H1S10-25
80. SÜHL-STROHMENGER, Wilfried 2016. Lernen und Schreiben, Forschung und Publizieren: Herausforderungen für Informationskompetenz heute. Anlässlich der Neuauflage des *Handbuchs Informationskompetenz*. In: *b.i.t. online*. [online]. 19(1), S. 1-13 [Zugriff am: 16.08.2018]. Verfügbar unter: <http://www.b-i-t-online.de/heft/2016-01-nachrichtenbeitrag-suehl-strohmenger-online.pdf>
 81. SÜHL-STROHMENGER, Wilfried, 2015. Teaching Librarian 2020: Trends, Herausforderungen, Perspektiven. In: *ZfBB*. 62(2), S. 94-104.
 82. SÜHL-STROHMENGER, Wilfried, 2012a. *Teaching Library. Förderung von Informationskompetenz durch Hochschulbibliotheken*. Berlin: De Gruyter.
 83. SÜHL-STROHMENGER, Wilfried, 2012b. Zukunftsfähigkeit des Konzepts Informationskompetenz und weiterer Forschungsbedarf. In: DERS., Hrsg. *Handbuch Informationskompetenz*. Berlin: De Gruyter, S. 567-576.
 84. SÜHL-STROHMENGER, Wilfried, 2010. Aufwand und Ertrag der Teaching Library: Wie viel Zeit, Geld und Personal sollen/können wissenschaftliche Bibliotheken in Kurs- und Schulungsangebote investieren? In: Ute BERGNER und Erhard GÖBEL, Hrsg. *The ne(x)t Generation: Das Angebot der Bibliotheken. 30. Österreichischer Bibliothekartag Graz 2009*. Graz: Neugebauer, S. 137-143.
 85. SÜHL-STROHMENGER, Wilfried und Jan-Pieter BARBIAN, 2017. *Informationskompetenz: Leitbegriff bibliothekarischen Handelns*. Wiesbaden: Dinges & Frick.
 86. TAPPENBECK, Inka, 2013. Vermittlung von Informationskompetenz an Hochschulbibliotheken: Ergebnisse einer Befragung von Bibliotheksleitern und Schulungsbibliothekaren in Nordrhein-Westfalen. In: *Bibliothek. Forschung und Praxis* [online]. 37(1), S. 59-69. DOI: 10.1515/bfp-2013-0006
 87. TAPPENBECK, Inka, Anke WITTICH und Maria GÄDE, 2017. Fit für die Vermittlung von Informationskompetenz? Anforderungen an die Qualifikation von Teaching Librarians in bibliothekarischen Studiengängen und Ausbildungseinrichtungen. In: *o-bib: Das offene Bibliotheksjournal* [online]. 4(1), S. 32-47. DOI: 10.5282/o-bib/2017H1S32-47
 88. WOLLSCHLÄGER-TIGGES, Martin, 2015. Informationssuchverhalten als Grundlage für die Gestaltung von Veranstaltungen zum Erwerb von Informationskompetenz. In: *Informationspraxis* [online]. 1(2). DOI: 10.11588/ip.2015.2.19391
 89. WORMSER-HACKER, Christa, 2015. Informationskompetenz: Wenn kompetente Benutzer und benutzerfreundliche Systeme aufeinandertreffen. In: Anne-Kathrin MAYER, Hrsg. *Informationskompetenz im Hochschulkontext*. Lengerich: Pabst Science Publishers, S. 227-245.

90. WÜST, Janina, 2018. *Vermittlung von Informationskompetenz auf Websites wissenschaftlicher Bibliotheken: Wie gelingt es zu vermitteln, dass man etwas zu vermitteln hat?* [Bachelorarbeit] [online]. Köln: TH Köln [Zugriff am: 16.08.2018]. Eingeschränkt verfügbar unter: <https://publiscologne.th-koeln.de/frontdoor/index/index/docId/1159>
91. YURT, Murat und Patrick SIMON, 2015. Stand der Vermittlung von Informationskompetenz an deutschen Bibliotheken: Eine exemplarische Untersuchung. In: *Information. Wissenschaft und Praxis* [online]. 66(4), S. 242-254. DOI: 10.1515/iwp-2015-0035
92. ZEMANEK, Manuela, 2016. Die Förderung von Informationskompetenz an Bibliotheken in Österreich. In: Wilfried SÜHL-STROHMENGER, Hrsg. *Handbuch Informationskompetenz*. 2. Auflage. Berlin: De Gruyter, S. 468-482.
93. ZEMANEK, Manuela, 2012. Informationskompetenz in Österreich. In: Wilfried SÜHL-STROHMENGER, Hrsg. *Handbuch Informationskompetenz*. Berlin: De Gruyter, S. 498-531.

Literatur

- BARTH, Robert et al., Hrsg., 2009. *Wissensklauf, Unvermögen oder Paradigmenwechsel. Plagiate als Herausforderung für Lehre, Forschung und Bibliothek* [online]. *Beiträge der Internationalen Tagung Die Lernende Bibliothek, Chur, 6.-9. Sept. 2009*. Chur: Arbeitsbereich Informationswissenschaft [Zugriff am: 13.08.2018]. Verfügbar unter: https://www.htwchur.ch/fileadmin/htw_chur/angewandte_zukunftstechnologien/SII/churer_schriften/CSI33-Die_Lernende_Bibliothek.pdf
- CISEK, Sabina, 2014. Qualitative Research in the Field of Information Literacy in the Second Decade of the XXI Century. In: KURBANOGLU et al., Hrsg. *Information Literacy: Lifelong Learning and Digital Citizenship in the 21st Century. Second European Conference, ECIL 2014, Dubrovnik, Croatia, Oct. 20-23 2014. Proceedings*. Heidelberg: Springer, S. 170-179.
- DIEKMANN, Andreas, 2016. *Empirische Sozialforschung: Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. 10. Auflage. Reinbek: Rowohlt.
- GUST VON LOH, Sonja und Wolfgang G. STOCK, Hrsg., 2012. *Informationskompetenz in der Schule: Ein informationswissenschaftlicher Ansatz*. Berlin: De Gruyter
- HTW CHUR, 2018. *Churer Schriften* [online]. Chur: Hochschule für Technik und Wirtschaft HTW Chur [Zugriff am: 23.08.2018]. Verfügbar unter: <https://www.htwchur.ch/htw-chur/angewandte->

zukunftstechnologien/schweizerisches-institut-fuer-informationswissenschaft-sii/publikationen/churer-schriften/

- KLINGENBERG, Andreas, 2016. Referenzrahmen Informationskompetenz für alle Bildungsebenen. In: Wilfried SÜHL-STROHMENGER, Hrsg. *Handbuch Informationskompetenz*. 2. Auflage. Berlin: De Gruyter, S. 30-41.
- MAHMOOD, Khalid, 2016. Do People Overestimate their Information Literacy Skills? A Systematic Review of Empirical Evidence on the Dunning-Kruger Effect. In: *Communications in Information Literacy*. 10(2), S. 199-213.
- MAYER, Anne-Kathrin, Hrsg., 2015. *Informationskompetenz im Hochschulkontext: Interdisziplinäre Forschungsperspektiven*. Lengerich: Pabst Science Publishers.
- MAYRING, Philipp, 2016. *Einführung in die qualitative Sozialforschung: Eine Anleitung zu qualitativem Denken*. 6., überarbeitete Auflage. Weinheim/Basel: Beltz.
- SÜHL-STROHMENGER, Wilfried, Hrsg., 2012. *Handbuch Informationskompetenz*. Berlin: De Gruyter,
- SÜHL-STROHMENGER, Wilfried, Hrsg., 2016. *Handbuch Informationskompetenz*. 2. Auflage. Berlin: De Gruyter.

Patentrecherchen als Informationsdienstleistung an einer Universitätsbibliothek

Elmar Bickar

Zum Dienstleistungsportfolio wissenschaftlicher Bibliotheken zählen derzeit in besonderem Maße Forschungsdatenmanagement, Open Science und Open Access sowie Informationskompetenz. Dies belegen auch die vielen Vorträge, die beim 107. Deutschen Bibliothekartag vor wenigen Monaten in Berlin zu diesem Themenspektrum einem großen Fachpublikum präsentiert wurden. Auch bei den Bibliotheken der führenden Technischen Universitäten Deutschlands (TU9)¹, die als „Kompetenzzentren für Informationsversorgung und Recherche wesentlich zur Wissensbildung in Forschung und Wissenschaft beitragen“, stehen diese Dienstleistungen ebenfalls im Vordergrund.² An einigen dieser Universitäten gibt es ein Patentinformationszentrum, das mit seinem sehr speziellen Angebot, der Information zu und der Recherche nach gewerblichen Schutzrechten (Patente, Gebrauchsmuster, Marken und Designs) im Profil dieser Institutionen ein Alleinstellungsmerkmal darstellt.

1 Zu den TU9-Universitäten zählen: RWTH Aachen University, TU Berlin, TU Braunschweig, TU Darmstadt, TU Dresden, Leibniz Universität Hannover, Karlsruher Institut für Technologie, TU München und Universität Stuttgart.

2 Bibliotheken der TU9, Flyer.

In Deutschland gibt es ein dichtes Netz von 21 Patentinformationszentren (PIZ), wenigstens ein PIZ pro Bundesland, in Nordrhein-Westfalen und einigen anderen Ländern sogar zwei (Dortmund und Aachen). Die Patentinformationszentren sind offizielle Kooperationspartner des Deutschen Patent- und Markenamtes (DPMA). Viele fungieren als Annahmestellen und sind autorisiert, Neuanmeldungen aller gewerblichen Schutzrechte entgegenzunehmen und sie an das Amt weiterzuleiten. Bei näherer Betrachtung fällt die heterogene Struktur der Patentinformationszentren auf. Es gibt aber auch organisatorische Ähnlichkeiten. So ist eine Mehrheit wie im Falle des PNZ Aachen an einer Universität bzw. direkt an einer Bibliothek angegliedert (weitere Beispiele sind das Patent- und Normenzentrum an der Universitätsbibliothek Rostock oder das Patentinformationszentrum an der Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt). Alle PIZ stehen in sehr engem Kontakt und beraten auf einer eigenen, jährlich im Frühjahr stattfindenden Tagung Fragen der Zusammenarbeit miteinander sowie mit dem DPMA, gestalten neue Dienstleistungen oder ermöglichen anderen Patentinformationszentren die Nutzung von Eigenentwicklungen und führen gemeinsame Aktionen durch.³

Das Patent- und Normenzentrum (PNZ) der Universitätsbibliothek der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen, erstmalig 1882 als Patentauslegestelle erwähnt, bietet für alle gewerblichen Schutzrechte sowie für Normen allgemeine Informationen und Recherchen an. Zu uns kommen externe Kundinnen und Kunden (Erfinderinnen und Erfinder, Gründerinnen und Gründer, Vertreterinnen und Vertreter von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und Kundinnen und Kunden aus der Hochschule (Studentinnen und Studenten sowie wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter), die eine Erfindung gemacht haben und diese nun schützen möchten.

Die gewerblichen Schutzrechte sind Registerrechte und können im Gegensatz zum Urheberrecht, das automatisch durch eine kreative Leistung (zum Beispiel in Literatur, Kunst, Musik) entsteht, nur durch Registrierung und Veröffentlichung nach vorheriger formaler und inhaltlicher Prüfung und durch Zahlung einer Amtsgebühr von einer dazu autorisierten Behörde, dem Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA),⁴ erteilt werden und erlauben dem Rechteinhaber die zeitlich befristete und ausschließliche Nutzung seiner Erfindung (Produktion und Verkauf) sowie das Vorgehen gegen Schutzrechtsverletzungen und Nachahmungen jeglicher Art für die eigene, geschützte Erfindung nur im geschützten Land bzw. Länderbereich. Vor der Anmeldung der Schutzrechte ist eine Prüfung von möglicherweise bereits veröffentlichten gleichen oder sehr ähnlichen technischen Erfindungen durch verschiedene Recherchen, besonders aber durch Patentrecherchen, unbedingt erforderlich.

³ Vgl. PIZNET, 2018a.

⁴ Vgl. DEUTSCHES PATENT- UND MARKENAMT, 2018.

Das Patentwesen vereint Aspekte aus Technik, Betriebswirtschaft und Jura. Im Zusammenspiel nehmen sie eine wichtige Rolle bei der erfolgreichen Umsetzung von technischen Erfindungen in marktfähige Produkte ein und stellen wesentliche Voraussetzungen für ihren wirtschaftlichen Erfolg dar. Alle Recherchen der gewerblichen Schutzrechte liefern wichtige Informationen, die zur Vermeidung unnötiger Ausgaben durch Doppelentwicklungen und von Schutzrechtsverletzungen beitragen sowie neu entwickelten Produkten einen sicheren Markteintritt sichern. Sie sorgen im Optimalfall für einen entscheidenden Vorteil im Wettbewerb am Markt.⁵

Die Sichtung der Patentliteratur als wichtiger Informationsquelle ist besonders lohnenswert, da sie prinzipiell ein reichhaltiger Ideenfundus für Neu- oder Weiterentwicklungen eigener Erfindungen sein kann und einige Informationen ausschließlich hier veröffentlicht werden.⁶ Hinzu kommt, dass die Schutzdauer von weit über 80 Prozent aller Gebrauchsmuster und Patente bereits erloschen ist und das hierin veröffentlichte technische Wissen von allen Menschen ohne Einschränkung genutzt werden kann.

Kurz nach der Erfindung muss die Erfinderin bzw. der Erfinder zwischen zwei Möglichkeiten entscheiden: Geheimhaltung oder Veröffentlichung als Gebrauchsmuster oder Patent. Bei der Veröffentlichung nimmt der Erfinder/die Erfinderin bewusst in Kauf, dass der Schutz durch die beiden genannten technischen Schutzrechte nach maximal 10 bzw. 20 Jahren erlischt und die beschriebenen technischen Merkmale eines Verfahrens oder eines Produktes danach von jedem/jeder überall auf der Welt nachgebaut und genutzt werden können. Er/sie muss weiterhin bedenken, dass im Vorfeld einer erfolgreichen Eintragung eines Schutzrechtes immer Kosten für Amtsgebühren sowie für die empfohlene Unterstützung bei der Fertigstellung der Schrift (Gebühren für die Recherche durch Rechercheure, Abfassung der Gebrauchsmuster-/Patentschrift, speziell auch Formulierung der Ansprüche durch Patentanwälte) entstehen, ohne dass es eine Garantie auf einen Rückfluss der Ausgaben oder gar einen zu erzielenden Gewinn gibt.

Um auf die vielfältigen Fragestellungen unserer Kundinnen und Kunden optimal eingehen zu können, haben wir ein komplexes und vielschichtiges Angebot entwickelt, das für Externe kostenpflichtig⁷ und für RWTH-Mitglieder kostenfrei bereitgestellt wird. Kerngeschäft des PNZ Aachen ist wie bei den anderen Patentinformationszentren die Information zu allen gewerblichen Schutzrechten sowie zu den Normen und ganz wesentlich die Durchführung von Patent-, Marken-, Design- sowie Normenrecherchen. Im Mittelpunkt dieses Beitrags stehen die Patentrecherchen, die technische Erfindungen ermitteln. Aus der Vielfalt der Recherchearten sollen hier nur diejenigen näher beschrieben werden, die bei uns im Patent-

5 IP Recherche – Impulsgeber im Wettbewerb (Patinfo 2018), Vorwort (ohne Paginierung).

6 DÜCK, 2018, S. 27f.

7 Eine Preisübersicht unserer kostenpflichtigen Angebote bietet die Entgeltordnung auf unserer PNZ-Homepage (vgl. RWTH AACHEN, 2018).

und Normenzentrum am häufigsten nachgefragt werden. Für alle Recherchen nutzen wir im PNZ Aachen professionelle Datenbanken, weil sie bei der Dokumentdarstellung sowie mit ihren vielfältigen Analyseinstrumenten und Exportfunktionen weitaus bessere Möglichkeiten bieten als die frei zugänglichen Datenbanken, die in großer Zahl von den verschiedenen Ämtern zumeist kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Recherchearten

Bei Patentrecherchen lassen sich grundsätzlich Formal- und Sachrecherchen unterscheiden. Mit dem formalen Suchansatz können mit zumeist einfachen Recherchen Veröffentlichungen über die Registernummer, über Anmelder- oder Erfindernamen sowie auch Rechtsstände und die Zusammengehörigkeit von Patenten in Patentfamilien ermittelt werden. Die Suche mit inhaltlichen Kriterien (Sachrecherche) recherchiert inhaltliche Aspekte. Sie verwendet hierfür Suchbegriffe (oft auch Fachtermini) und deren Synonyme in Ein- und Mehrzahl in unterschiedlichen Sprachen aus den verschiedenen Abschnitten eines Gebrauchsmusters/Patents (Titel/Abstract/Schutzansprüche). Sie gliedert verschiedene Themen nach Aspekten, die zuerst einzeln und später kombiniert gesucht werden. Sie sind deutlich schwieriger durchzuführen als die Formalrecherchen, denn sie setzen zusätzlich in vielen Fällen technisches Wissen voraus.

Formalrecherchen

Die Recherche nach der Registernummer ist die einfachste der Formalrecherchen. Ähnlich wie bei einer ISBN ist die Registernummer die eindeutige Bezeichnung einer Schrift. Gibt man sie vollständig in eine Patentdatenbank ein, so gelangt man direkt zum gesuchten Dokument.

Bei der Namensrecherche werden Namen von Erfinderinnen und Erfindern bzw. von Firmen und Institutionen („Universität zu Köln“, „Fraunhofer Gesellschaft“) recherchiert, um alle Veröffentlichungen eines Erfinders/Anmelders zu finden. Diese Art der Recherche liefert einen sehr präzisen Einblick in Patentaktivität und Innovationskraft eines Erfinders/Unternehmens. Eine lückenlose Recherche sollte alle unterschiedlichen Namensansetzungen und möglicherweise weit verzweigte Firmenstrukturen berücksichtigen.

Stand der Technik-Recherche als Beispiel für eine Sachrecherche

Eine Recherche zum Stand der Technik ermittelt in einer Basisvariante relevante Gebrauchsmuster und Patente zu einem im Vorgespräch mit dem Kunden oder der Kundin fest definierten Thema. Sie kann qualitativ darüber hinaus in die Tiefe gehen, wenn von Kundenseite eine weitere inhaltliche Auswertung zum Beispiel im Sinne einer Relevanzbeurteilung der ermittelten Ergebnisse in Auftrag gegeben wird. Stand der Technik-Recherchen sind sicherlich dann sehr sinnvoll, wenn zum Beispiel auf

der Basis der Recherche F&E-Tätigkeiten in Unternehmen oder Forschungseinrichtungen anstehen, auch ohne dass eine direkte Patentanmeldung mit dem Rechercheergebnis beabsichtigt ist. Es gibt keine Notwendigkeit zur umfassenden Recherche, was den zu recherchierenden Zeitraum wie auch die Patentländer angeht.

Sonstige Patentrecherchen: Patentüberwachungen und patentstatistische Analysen

Ziel einer Patentüberwachung ist die periodische und regelmäßige Überwachung von Fachgebieten, Märkten, Wettbewerbern und Rechtsständen. Dieser Rechartyp, der in Eigenregie oder als Auftragsrecherche durchgeführt werden kann, wird grundsätzlich allen Erfindern und Anmeldern dringend empfohlen, die eigene Schutzrechte eingetragen haben und nur auf diese Art und Weise mögliche Schutzrechtsverletzungen feststellen können und/oder die zu bestimmten Technologiefeldern einen aktuellen Überblick neuer Anmeldungen bereits bekannter oder neuer Marktbegleiter ermitteln wollen. Die Rechercheprofile werden in Abstimmung mit dem Kunden festgelegt und laufen in der im Patent- und Normenzentrum genutzten Patendatenbank als wöchentliche bzw. monatliche Benachrichtigungen, die wir versehen mit unserem Anschreiben an die Kunden weiterleiten. Natürlich können diese Profile auf Kundenwunsch verändert werden.

Mit patentstatistischen Analysen können Trends für neue Märkte, neue Technologiefelder und neue Wettbewerber ermittelt werden. Sie ergänzen und veredeln alle sonstigen Informationen, die über die bereits genannten Patentrecherchen gewonnen werden können. Hierüber sind auch biometrische Analysen möglich, indem zum Beispiel die Patentaktivität einzelner Institute einer Universität oder Forschungseinrichtung wie auch ganzer Universitäten miteinander verglichen und gemessen werden und das größere Innovationspotential als Bewertungsinstrument bei der Mittelvergabe herangezogen werden kann.⁸

Ergänzende Recherchen in der Fachliteratur

Neben den Recherchen in Patendatenbanken sollten unbedingt ergänzend auch mit Recherchen in Fachdatenbanken alle sonstigen Publikationen wie Habilitationen, Dissertationen, Magister- und Bachelorarbeiten, Forschungsberichte einzelner Institutionen sowie weitere wissenschaftliche Veröffentlichungen wie Proceedings nationaler und internationaler Konferenzen, Monographien und natürlich die große Anzahl an Aufsätzen aus Fachzeitschriften ermittelt werden.⁹ Üblicherweise kennen die Kundinnen und Kunden aus der Hochschule die Fachliteratur genau und sind über

⁸ Zu den im Beitrag nicht erwähnten Patentrecherchen (wie Verletzungs-/Vernichtungs-/Einspruchsrecherchen) gibt es eine gute Zusammenstellung auf der PIZnet-Homepage (vgl. PIZNET, 2018b).

⁹ LUKÁCS, 2018, S. 185.

neue Forschungsergebnisse informiert. Bei den externen Kunden sprechen wir dieses Thema an und führen auf Wunsch Recherchen im Fachdatenbankangebot der Universitätsbibliothek durch. Eine weitere wichtige Quelle der technischen Fachliteratur sind die Normen und Standards, die viele Patentinformationszentren – wie zum Beispiel auch das PNZ Aachen – für seine Kunden mit einer großen Sammlung aller gedruckten aktuellen DIN-Normen (mit Entwürfen) und einem umfassenden Archiv der zurückgezogenen Normen bereithält und ergänzende Recherchen in Normendatenbanken anbietet.

Besonderheiten von Patentrecherchen

Das Patent offenbart einerseits eine detaillierte Beschreibung einer Techniklösung, die zumeist durch wenigstens eine technische Zeichnung präzise visualisiert wird, ist allerdings andererseits bei den gewählten Formulierungen im Titel wie im gesamten Dokument sprachlich bewusst schwammig oder sogar verschleiern formuliert. Dies wirkt sich auch auf die Recherchestrategie aus, die dies berücksichtigen muss. Zusätzlich kommt hinzu, dass Patente in den jeweiligen Landessprachen der Anmelderrinnen und Anmelder veröffentlicht werden. Diese beiden Faktoren erschweren die Recherche erheblich.

In dieser ungünstigen Lage stellt eine übergeordnete, auf inhaltlichen Kriterien basierende und international von den Ämtern anerkannte und von den Patentprüferinnen und -prüfern genutzte Klassifikation, die Internationale Patentklassifikation (IPC), ein wertvolles Rechercheinstrument dar. In weit mehr als 70.000 Klassen wird das technische Wissen in einer hierarchisch geordneten Struktur bis in die speziellsten Technikthemen feingegliedert. Sie wird darüber hinaus permanent Revisionen unterzogen, um die technische Weiterentwicklung zeitnah in der Tiefe der Klassifikation zu erfassen und die zu schnell wachsende Anzahl an Dokumenten bei sehr aktuellen Themen übersichtlich zu halten. Allen Gebrauchsmustern und Patenten wird im Rahmen der Prüfung in den Ämtern nach inhaltlichen Kriterien (Schwerpunkte der Erfindung) wenigstens eine IPC-Klasse zugeordnet, über die diese Veröffentlichung in der Patentdatenbank gesucht werden kann. Trotz einer sehr tiefgehenden Feingliederung des Technikthemas sind einer einzigen IPC-Klasse oft mehrere tausend Patente und Gebrauchsmuster mit einer teils großen thematischen Bandbreite zugeordnet. Deshalb macht eine Recherche nur mit der IPC-Klasse wenig Sinn. Erfolgversprechender ist die Kombination aus den einzelnen Aspekten des Themas in Verbindung mit der Klasse oder den Klassen.

Auch die Ausgangslage der Kundinnen und Kunden von Patentrecherchen ist eher ungewöhnlich, denn sie möchten eigentlich keine identischen oder sehr ähnlichen Patente/Gebrauchsmuster und sonstigen Veröffentlichungen finden, da diese die eigene Erfindung und damit auch ihre Anmeldung gefährden und bei der Patentprüfung einer späteren Eintragung/Erteilung als neuheitsschädlich entgegenstehen. Dies wirkt sich auch im direkten Umgang mit den Kundinnen und Kunden aus, die zu uns ins Patent- und Normenzentrum kommen, um mit unserer Unterstützung/Begleitung eine Patentrecherche durchzuführen. In einigen Fällen wird beim Gespräch, wo von Kundenseite das Recherchethema näher beschrieben werden

sollte, auch aus Gründen eines sehr vorsichtigen Umgangs mit der eigenen Erfindung, das zu recherchierende Thema nur sehr ungenau beschrieben. Aus Gründen des vertraulichen Umgangs mit Erfindungen akzeptieren wir diesen Kundenwunsch, können aber dann nur sehr allgemein, zum Teil unter Verwendung eines anderen Recherchebeispiels, die Recherchestrategie erläutern, die in der Konsequenz auch eher allgemeine Treffer liefert.

Eine weitere Besonderheit, die durchaus ein Risikofaktor sein kann, ist der Berichtsverzug, der im System des Eintragungsverfahrens bei den Ämtern begründet ist. Bei Gebrauchsmustern beträgt er wenige Monate, die vom Anmeldetag bis zur Erteilung und Veröffentlichung in den Patentdatenbanken vergeht. Bei Patenten dauert es mit circa. 18 Monaten vom Anmeldetag bis zur Erstveröffentlichung der Offenlegungsschrift deutlich länger.

Zusätzliche Informationsdienstleistungen

Neben den Recherchen, die wir vor Ort „face to face“ in unserem Recherchesaal durchführen, was meist von der Kundschaft aus der Hochschule wie den vor Ort ansässigen externen Kundinnen und Kunden genutzt wird, bieten wir zusätzlich auch interaktive Recherchen mit AdobeConnect und Auftragsrecherchen an.

Die Informationsdienstleistungen des Patent- und Normenzentrums umfassen außerdem auch Schulungen für verschiedene Zielgruppen. Wir bieten diese für wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der RWTH als Tages-Workshop mit einer ausführlichen Vorstellung von Patenten und Gebrauchsmustern und deren einzelnen Teilen (speziell auch der Patentansprüche) durch einen Patentanwalt, Vorstellung des Innovationsmanagements an der Hochschule (Anmeldung von Schutzrechten der RWTH-Mitglieder durch die Hochschule) sowie eine vom PNZ durchgeführte theoretische Vorstellung und praktische Übungen der Patentrecherchen in frei verfügbaren Patentdatenbanken an. Im Rahmen des Patlib reorientation project führen wir eine Schulung zum Thema Patentrecherchen speziell für Kollegen und Kolleginnen aus anderen Patentinformationszentren in Europa durch. Weitere Zielgruppen sind Schüler im Rahmen des Boys Day, Studierende von Gut Rosenberg der Handwerkskammer Aachen (mit Schwerpunkt Marken und Designs) wie auch FaMIs der Berufsschulen Köln und Düsseldorf. Bei Veranstaltungen mit unseren lokalen Partnern (Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer sowie der IHK Aachen) wirken wir mit, um in Vorträgen und Workshops Patentrecherchen theoretisch wie praktisch einem heterogenen Publikum aus Erfindern und Erfinderinnen, Firmenvertretern und Patentanwälten vorzustellen.

Bei der jährlich stattfindenden Gründermesse „Aufbruch“ sind wir als Ansprechpartner für Recherchen zu allen gewerblichen Schutzrechten vertreten. Auch bei internationalen Fachmessen wie der „Medica“ unterstützen wir die Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Patent- und Markenamtes am Stand und geben Auskunft zur Durchführung von Recherchen.

Prinzipiell versuchen wir mit unseren Dienstleistungen das Bewusstsein für die Bedeutung der gewerblichen Schutzrechte, besonders aber auch der Patente, in der

Bevölkerung zu stärken. Öffentlichkeitswirksame Aktionen wie die Veröffentlichung des „Patents des Monats“ auf unserer Homepage wie auch bei diversen Veranstaltungen innerhalb und außerhalb der Hochschule die Durchführung eines Patentquiz, bei dem in Boxen „versteckte“ kleine Erfindungen ertastet und zeitlich zugeordnet werden, sind zwei Beispiele hierfür.

Speziell für Existenzgründerinnen und -gründer sowie für kleinere und mittlere Unternehmen haben wir maßgeschneiderte Angebote wie die „Schutzrechtsstrategie für Einsteiger“, ein einstündiges Beratungsgespräch, in dem wir in einem vertraulichen Gespräch Kundinnen und Kunden die gewerblichen Schutzrechte vorstellen und im Anschluss eine Recherche durchführen oder die Aktion „VIP4SME“, ein exklusives, im Rahmen einer Aktionswoche kostenfreies Angebot der deutschen Patentinformationszentren in Kooperation mit dem Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA) als Standortbestimmung in Sachen gewerbliche Schutzrechte für kleine und mittlere Unternehmen. Kundinnen und Kunden beantworten Fragen aus einem umfangreichen Fragenkatalog, wir werten die Antworten aus und sprechen Empfehlungen zum weiteren Vorgehen hinsichtlich möglicher Aktivitäten rund um die Schutzrechte des Unternehmens aus.

Für die juristische Einordnung der Rechercheergebnisse der Schutzrechtsrecherchen, die wir durchgeführt haben, sowie für alle sonstigen juristisch orientierten Fragen, vergeben wir für unsere Kunden und Kundinnen Termine für die kostenfreie Erfinderersterberatung, ein vertrauliches, auf 30 Minuten begrenztes Gespräch mit einem Patentanwalt oder einer Patentanwältin in unseren Räumlichkeiten.

Literatur

- DEUTSCHES PATENT- UND MARKENAMT, 2018. *Deutsches Patent- und Markenamt* [online]. München: Deutsches Patent- und Markenamt [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <https://www.dpma.de/>
- DÜCK, Peter, 2018. Recherche, Bewertung und Überwachung von Patenten im Umfeld der Produktentstehung. In: Christoph HOOCK und Sabine MILDE, Hrsg. *IP Recherche – Impulsgeber im Wettbewerb: Proceedings des 40. Kolloquiums der TU Ilmenau über Patentinformation (PATINFO), Ilmenau, 13. bis 15. Juni 2018*. Ilmenau: Technische Universität Ilmenau, PATON Landespatentzentrum Thüringen, S. 27-36.
- LUKÁCS, Eszter, 2018. Bedeutung von Nicht-Patentliteratur bei IP-Recherchen. In: Christoph HOOCK und Sabine MILDE, Hrsg. *IP Recherche – Impulsgeber im Wettbewerb: Proceedings des 40. Kolloquiums der TU Ilmenau über Patentinformation (PATINFO), Ilmenau, 13. bis 15. Juni 2018*. Ilmenau: Technische Universität Ilmenau, PATON Landespatentzentrum Thüringen, S. 185-195.
- PIZNET, 2018a. *Willkommen im PIZnet* [online]. Berlin: Arbeitsgemeinschaft Deutscher Patentinformationszentren (PIZnet) [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <http://www.piznet.de>

PIZNET, 2018b. *Patente/Gebrauchsmuster* [online]. Berlin: Arbeitsgemeinschaft Deutscher Patentinformationszentren (PIZ.net) [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <http://popwww.patentinformation.de/recherche/patente-gebrauchsmuster/>

RWTH AACHEN, 2018. *Patent- und Normenzentrum* [online]. Aachen: RWTH Aachen [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <http://www.ub.rwth-aachen.de/cms/UB/Forschung/~hmui/Patent-und-Normenzentrum/>

Schlagzeilen aus der Welt von Gestern: Herausforderungen für ein nationales Informationssystem Zeitungen

Klaus Gantert

Zeitungen bilden – diese Erkenntnis hat sich mittlerweile endgültig in allen historisch arbeitenden Wissenschaften etabliert – nicht nur ein wichtiges Mittel der tagesaktuellen Information, der Unterhaltung und der politischen Willensbildung, sondern auch eine herausragende Quellengattung für eine Vielzahl wissenschaftlicher Fragestellungen in den verschiedensten Fachdisziplinen. Wie kaum ein anderes Medium ermöglichen Zeitungsausgaben der Vergangenheit einen schnellen Zugang zur Berichterstattung über lokale, regionale, nationale und globale Ereignisse und bieten gleichzeitig auch eine Einschätzung, Bewertung und Kontextualisierung der Geschehnisse, über die berichtet wird. So bilden Zeitungen heute wichtiges Quellenmaterial nicht nur für die prosopographische Forschung (z.B. Geburts- und Sterbeanzeigen), die Wirtschaftsgeschichte (z.B. Berichte über einzelne Firmen und wirtschaftliche Entwicklungen, Werbeanzeigen) und die Rezeptionsgeschichte in den Bereichen Kunst, Literatur und Musik (z.B. Berichte über Ausstellungen, Theateraufführungen, Konzerte und Neuerscheinungen von Büchern), sondern sie können heute auch als Quelle für sprachwissenschaftliche Untersuchungen und – unter Berücksichtigung der Quellenkritik – auch als Grundlage für nahezu alle sozial- und geisteswissenschaftlichen Fragestellungen der neuzeitlichen Geschichte dienen.¹

¹ Einen aktuellen Überblick über die Zeitung als historische Quelle und die entsprechenden Informationsressourcen bietet BLOME, 2018.

Als Medium betrachtet waren Zeitungen seit ihrem Aufkommen im 17. Jahrhundert immer auch ein Innovationsmotor und ein Experimentierfeld in den verschiedenen Bereichen der Herstellung und der Distribution von Printmedien. Zeitungen waren beispielsweise das erste Einsatzgebiet des Mitte des 19. Jahrhunderts neu entwickelten Holzschliffpapiers, hier wurden erstmals neue Drucktechniken erprobt (Tiegel- und Zylinderpresse), hohe, sechs- und siebenstellige Auflagen produziert und zu sehr niedrigen Preisen angeboten. Auch neue Formate und Vertriebswege, Veränderungen von Text und Layout während des Drucks und andere drucktechnische Innovationen wurden im Zeitungsbereich erstmals verwirklicht (Maschinensatz, Rotationspresse, Fotodruck/Autotypie). Auch im Bereich der elektronischen Medien bildeten die Zeitungen eine Publikationsform, die besonders früh und intensiv viele neue Entwicklungen im Bereich der Onlinepublikationen aufgriff und diese auch aktiv beförderte.

Für Bibliotheken sind Zeitungsbestände hingegen schon seit langem mit großen Problemen verbunden. Dies beginnt damit, dass die in ihrem ursprünglichen Erscheinungszusammenhang eigentlich ephemere Publikationsform von den Bibliotheken über Jahrzehnte und Jahrhunderte hinweg nur sehr unzureichend – also entweder gar nicht oder nur in sehr wenigen Exemplaren – gesammelt wurde. Dies führt heute zu einer vielfach unbefriedigenden Überlieferungssituation. Doch auch die überlieferten Exemplare sind gefährdet, da sie – aufgrund des verwendeten billigen Papiers – von den Problemen des Papierzerfalls besonders stark betroffen sind. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat diese Erkenntnis in den USA und in Europa zu intensiven Verfilmungsmaßnahmen geführt. Deren Ergebnisse stehen heute zwar zur Verfügung und können in einigen Fällen auch als Grundlage für aktuelle Digitalisierungsprojekte genutzt werden, gleichzeitig führten insbesondere die frühen Verfilmungsprojekte häufig auch zu erheblichen Verlusten im Bereich der originalen Überlieferung.² Auch die Erschließung der Zeitungen stellte für Bibliotheken ein immenses Problem dar. Konnte man die Zeitungstitel in den Katalogen und übergeordneten Verzeichnissen noch leicht nachweisen, bildete die formale oder gar sachliche Erschließung der Zeitungsartikel eine Aufgabe, die Bibliotheken bisher allenfalls rudimentär leisten konnten.³ Besonders drängend für Bibliotheken war auch schon früh das Platzproblem, das zwangsläufig mit größeren Zeitungsbeständen verbunden ist. Die Etablierung von Zeitungsabteilungen außerhalb der Stammhäuser durch die Staatsbibliothek zu Berlin (Berlin Westhafen) und die British

2 Vgl. BAKER, 2001. Zum Bestandsnachweis der Mikrofilme vgl. das MIKROFILMARCHIV DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE, 2018 (MFA) mit rund 11.000 Nachweisen von Master- und Duplikatsfilmen und das European Register of Microform and Digital Masters (EROMM) (vgl. NIEDERSÄCHSISCHE STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK GÖTTINGEN, 2018).

3 Zentrales Nachweisinstrument für die Zeitungsüberlieferung in Deutschland ist die Zeitschriften-datenbank (ZDB), die mehr als 62.000 Zeitungstitel und die zugehörigen Besitznachweise verzeichnet. (vgl. STAATSBIBLIOTHEK ZU BERLIN, 2018b) Den Versuch einer Erschließung von Zeitungsinhalten auf Artikelenebene in Auszügen bildete zunächst das Verzeichnis von Aufsätzen aus deutschen Zeitungen (Dietrich/Abt. A-Beilage 1.1909-31.1944), dann der Zeitungsindex. Verzeichnis wichtiger Aufsätze aus deutschsprachigen Zeitungen. (1.1974-30.2003). Zu den Erschließungsprojekten im Rahmen von Zeitungsausschnittsammlungen s. u. S. 207.

Library (erst Colindale, heute Boston Spa) ist Ausdruck dieser Problematik. Wie schnell große Zeitungsbestände zu einem immensen Platzproblem führen können und wie stark das gefährdete Material durch ideale Lagerungsbedingungen geschont werden muss, zeigt die Konzeption des neuen Zeitungsmagazins der British Library in Boston Spa. In dem 2015 neu errichteten Newspaper Storage Building (NSB) werden Zeitungsbestände von rund 750 Millionen Seiten unter idealen Bedingungen gelagert (Dunkelheit, 14° Celsius, 55 Prozent relative Luftfeuchtigkeit, 14,6 Prozent Sauerstoff, wodurch die Entstehung von Bränden verhindert wird) und von einer vollautomatischen Regalanlage verwaltet, ohne dass Menschen das Magazin betreten müssen.

Auch wenn sich die Zugriffsmöglichkeiten auf ältere Zeitungsbestände in den letzten Jahren enorm verbessert haben, besteht für das Bibliothekswesen im Bereich der Erschließung und der Benutzung noch eine Vielzahl von Herausforderungen, um für die wissenschaftliche Nutzung ähnlich gute und innovative Arbeitsbedingungen bieten zu können wie die Lagerbedingungen der gefährdeten Originale in Boston Spa. Die folgenden Ausführungen wollen hierbei – gegliedert in die verschiedenen Zeitabschnitte des Mediums Zeitung mit ihren spezifischen Charakteristika – die wichtigsten Problemfelder und Herausforderungen für Bibliotheken aufzeigen und mögliche Lösungen skizzieren.

Retrodigitalisierte historische Zeitungsbestände

Einen merklichen Aufschwung hat die Nutzung von älteren, urheberrechtsfreien Zeitungsbeständen aufgrund der verstärkt durchgeführten Digitalisierungsprojekte in diesem Bereich seit kurzem auch in Deutschland erfahren. Allerdings weisen andere Länder wie beispielsweise Australien (Trove), Großbritannien (The British Newspaper Archive) und Österreich (ANNO, AustriaN Newspapers Online) hier zum einen bereits eine deutlich höhere Digitalisierungsquote auf und sie verfügen darüber hinaus auch über etablierte nationale Digitale Bibliotheken für historische Zeitungsbestände.⁴ Die größten Herausforderungen an das deutsche Bibliothekswesen stellen in diesem Bereich vor allem die Ausweitung der Digitalisierungsanstrengungen sowie die Schaffung einer zentralen nationalen Plattform für die digitalisierten Zeitungen dar. In beiden Bereichen ist durch die Abstimmung der wichtigsten Bibliotheken mit historischen Zeitungsbeständen und die Förderung der DFG im Rahmen des LIS Förderprogramms „Erschließung und Digitalisierung“ in den kommenden Jahren mit erheblichen Fortschritten zu rechnen.

Den Ausgangspunkt für alle folgenden koordinierten Projekte auf diesem Gebiet bildete im Jahr 2009 ein DFG-Rundgespräch an der SuUB Bremen. Durch die Bewilligung eines von sechs Bibliotheken gestellten Gemeinschaftsantrags durch die

⁴ Vgl. NATIONAL LIBRARY OF AUSTRALIA, 2018; THE BRITISH LIBRARY/FINDMYPAST, 2018; ÖSTERREICHISCHE NATIONALBIBLIOTHEK, 2018.

DFG im Jahr 2010 sollten die zunächst unkoordinierten Aktivitäten aufeinander abgestimmt, nach gemeinsamen Standards durchgeführt und an den Bedürfnissen der Wissenschaften ausgerichtet werden. Antragssteller waren die SuUB Bremen, die Staatsbibliothek zu Berlin, die SLUB Dresden, die ULB Halle, die DNB Frankfurt am Main sowie die Bayerische Staatsbibliothek. In einer von Mai 2013 bis Dezember 2015 terminierten Pilotphase wurden – mit unterschiedlichen Schwerpunkten bei den Teilnehmern des Sammelantrags – in einzelnen Projekten verschiedene Werkzeuge, Verfahren und Erschließungstiefen erprobt; verbessert wurden auch die Nachweis- und Präsentationsstrukturen und schließlich wurden unter verschiedenen Aspekten Empfehlungen zur Auswahl der Zeitungen erarbeitet, die bevorzugt digitalisiert werden sollten. Die Erfahrungen aus dieser Pilotphase wurden in einem zunächst 2016, dann in einer überarbeiteten Fassung 2017 publizierten „Masterplan Zeitungsdigitalisierung“ publiziert.⁵ Neben vielen Aussagen zur Auswahl der bevorzugt zu digitalisierenden Zeitungen (inhaltliche, rechtliche und konservatorische Kriterien), zum Ablauf und zur Organisation des Digitalisierungsvorgangs (u.a. im Hinblick auf den Workflow, die Auswahl der Vorlagen, das Scanverfahren, die zu berücksichtigenden Normen und Standards, die Tiefe der Erschließung, die OCR-Behandlung, die URN-Vergabe, die Qualitätssicherung und die Langzeitarchivierung) und zur Rolle der Zeitschriftendatenbank bei der Zeitungsdigitalisierung finden sich in dem Masterplan auch Überlegungen für ein nationales Zeitungsportal für Deutschland. Hierbei empfehlen die Projektpartner der DFG die zeitnahe Förderung und Einrichtung einer zentralen Zugriffsplattform für die digitalisierten Zeitungen, die mit den Zeitungsportalen anderer Länder vergleichbar sein soll. Angestrebt werden sollte jedoch nicht ein eigenständiges Portal, sondern ein Zeitungsfenster unter dem Dach der Deutschen Digitalen Bibliothek, wie es etwa das Archivportal-D – ebenfalls unter dem Dach der Deutschen Digitalen Bibliothek – für die Archivalien leistet.⁶ Wichtige Funktionen eines solchen Fensters sollten z.B. in einer zentralen Volltextsuche liegen; darüber hinaus sollte es weitere Recherchemöglichkeiten (Kalenderfunktion, Erscheinungsorte, Verbreitungsgebiete) und eine Exportfunktion bieten. Notwendig hierfür wäre u.a. eine am Medium Zeitung ausgerichtete Weiterentwicklung des DFG-Viewers. Beispiele für solche Fensterlösungen im Bereich der Zeitungsliteratur bieten z.B. die objektspezifischen Ausschnitte in der Digitalen Bibliothek der Niederlande (Delpher Kranten) und von Europeana (Europeana Newspapers).⁷ Im Bereich der Recherche können derartige Fensterlösungen ähnlich gute Möglichkeiten bieten wie eigene, objektspezifische Plattformen.

5 STAATSBIBLIOTHEK ZU BERLIN et al., 2017. Über die aufgeführten Empfehlungen hinaus wurde mit dem Masterplan Zeitungsdigitalisierung auch eine Zusammenstellung von Handreichungen und Tools publiziert, die Institutionen, die Projekte im Bereich der Zeitungsdigitalisierung durchführen möchten, unterstützen sollen. Weitere Dokumente zur Zeitungsdigitalisierung finden sich auf der Website der ZDB (vgl. STAATSBIBLIOTHEK ZU BERLIN, 2018c).

6 Vgl. STIFTUNG PREUSSISCHER KULTURBESITZ, 2018.

7 Vgl. KÖNIGLICHE BIBLIOTHEK, 2018 und STAATSBIBLIOTHEK ZU BERLIN, 2018a. Besonders positiv hervorzuheben sind die zahlreichen innovativen Tools, die von Europeana Newspapers

Die in den nächsten Abschnitten vorgeschlagene Integration weiterer Informationsressourcen zur Zeitungsliteratur sowie die Implementierung von Tools für die wissenschaftliche Kommunikation und die Bearbeitung von Daten durch die Nutzer (s. u. S. 212) für die Schaffung eines umfassenden Informationssystems zum Medium Zeitung ist auf diese Weise jedoch überaus problematisch. Für diesen Bereich der Nutzung würde sich auch auf nationaler Ebene eine eigenständige, objektspezifische Zeitungsplattform – wie sie auf Länderebene seit 2018 mit dem Projekt *zeit.punktNRW* bereits besteht⁸ – weitaus besser eignen.

Von besonderem Interesse für die spätere Nutzung der Daten sind vor allem die weitreichenden Möglichkeiten der Erschließung, die im Masterplan thematisiert werden. Diese reichen von einem verbindlichen Grundstandard (Stufe 1 und 2) – Imagedigitalisierung mit Strukturdatengenerierung und automatische Texterkennung für die Volltextsuche (Optical Character Recognition, OCR) – bis hin zu optionalen Lösungen: Layoutanalyse (Optical Layout Recognition, OLR), Normdatenverknüpfung ua. für Personen, Orte und Werke, eine vertiefte sachliche Erschließung, eine Bilderschließung durch Bilderkennung und fachliche Bildindexierung. Im Hinblick auf die späteren Recherchemöglichkeiten ist hierbei vor allem auf eine möglichst homogene Erschließungspraxis aller Antragssteller zu achten; insbesondere die Grundstufen 3a und 3b (automatische und manuelle Artikelseparierung) sind hier von großer Bedeutung und sollten bei allen Digitalisierungs- und Erschließungsprojekten zur Anwendung kommen. Wo sich weiterführende Erschließungsverfahren nicht flächendeckend durchführen lassen, ist darauf zu achten, dass sie bei sinnvollen Segmenten zum Einsatz kommen, die Auswahl also unter zeitlichen, regionalen oder thematischen Aspekten erfolgt.

Die Ausschreibung der DFG zur „Digitalisierung historischer Zeitungen des deutschen Sprachgebiets“ ist mittlerweile erfolgt; interessierte Institutionen konnten ihre Anträge bis Oktober 2018 einreichen; aus diesem Grund ist mittelfristig mit einem signifikanten Zuwachs der digitalisierten Zeitungsbestände in Deutschland zu rechnen.⁹

Zeitungsausschnittsammlungen

Nicht mehr in den Sammlungen der retrodigitalisierten Zeitungen finden sich aus Urheberrechtsgründen die Zeitungsinhalte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Da man nach dem Zweiten Weltkrieg den Quellenwert von Zeitungen zwar schon

für die Arbeit mit den Digitalisaten entwickelt wurden und die als Open-Source-Programme genutzt werden können.

⁸ Vgl. ULB BONN/ULB MÜNSTER, 2018. Die Plattform stellt derzeit rund 530.000 Ausgaben von historischen Lokal- und Regionalzeitungen zur Verfügung (1772-1949), insgesamt rund 3,2 Millionen digitalisierte Zeitungsseiten.

⁹ Vgl. DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT, 2018.

deutlich erkannte, eine umfassende, fachübergreifende Sammlung und vor allem Erschließung von Zeitungen an einer Stelle jedoch nicht leisten konnte, entstanden – meist an einschlägigen Spezialbibliotheken – umfangreiche Zeitungsausschnittsammlungen zu einzelnen Wissenschaftsfächern oder auch zu einzelnen wissenschaftlichen Spezialthemen. In diesen Zeitungsausschnittsammlungen wurden bzw. werden die fachlich relevanten Ausschnitte in der Regel entweder lose, auf Papier aufgeklebt oder in Form von Papierkopien gesammelt. Auf den einzelnen Artikeln sind als Zusatzinformation meist der Name der Zeitung und das Erscheinungsdatum vermerkt. Die Aufbewahrung erfolgt in Mappen, Bänden, Stehordnern oder Kartons.¹⁰ Die Ablage erfolgt nach sachlichen Merkmalen, wobei die verwendete Systematik sehr unterschiedlich konzipiert sein kann. Sehr verbreitet ist die Ablage nach alphabetisch geordneten Stichwörtern. In einzelnen Fällen wurden Zeitungsausschnittsammlungen auch publiziert, um die im Original nur an einer Stelle vorhandene Sammlung auf diese Weise in vielen Bibliotheken anbieten zu können; meist wurde hierbei eine Veröffentlichung auf Mikrofiche gewählt. Aufgrund der heutigen Breite des digitalen Zeitungsangebots und der Möglichkeiten der Volltextrecherche scheinen viele Zeitungsausschnittsammlungen an Bedeutung verloren zu haben; zahlreiche, auch etablierte Sammlungen wurden daher bereits eingestellt. Besonders bedauerlich sind hierbei die Fälle, bei denen mit der Einstellung der aktiven Sammlung durch eine separierte Aufstellung und Auslagerung auch der Zugriff auf das vorhandene Material erschwert wurde. Die Abdeckung der einzelnen Wissenschaftsfächer mit Zeitungsausschnittsammlungen ist sehr unterschiedlich. In den Geschichtswissenschaften besonders bekannt ist beispielsweise das Pressearchiv zur Geschichte Deutschlands sowie zur internationalen Politik; ein Teilbereich dieser Sammlung, das Material von 1949 bis 1960 mit rund 250.000 Ausschnitten, wurde 1995 als Mikroficheausgabe veröffentlicht (4.677 Mikrofiches, 1996 erschien zu dieser Sammlung ein separates Findbuch). Ein umfangreiches Beispiel aus den Wirtschafts- und allgemeinen Sozialwissenschaften bildet das Pressearchiv 20. Jahrhundert, das mehr als 20 Millionen Zeitungsausschnitte umfasst, die heute in der ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft aufbewahrt werden; das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) bietet eine Datenbank zu rund 186.000 bildungsrelevanten Zeitungsartikeln an. Alle hier genannten Sammlungen werden heute allerdings nicht mehr fortgeführt. Besonders vielfältig ist das Angebot von Zeitungsausschnittsammlungen beispielsweise im Bereich der germanistischen Literaturwissenschaft. Wichtige, noch aktive Sammlungen aus diesem Bereich sind vor allem:

- Zeitungsausschnittsammlung des Deutschen Literaturarchivs (DLA). Diese Sammlung umfasst rund eine Million Zeitungsausschnitte zu 13.000 Personen in 42.000 Mappen. Das DLA hat auch große Teile einer anderen

¹⁰ Zu Zeitungsausschnittsammlungen vgl. HEESEN, 2006. Mehr als 250 Sammlungen sind aufgeführt in BOHRMANN/ENGLERT/UBBENS, 1984.

umfassenden Sammlung, der mittlerweile eingestellten Dortmunder Auto-rendokumentation, übernommen.¹¹

- Innsbrucker Zeitungsarchiv (IZA). Das vollständig digital erschlossene Archiv umfasst mehr als eine Million Artikel journalistischer Literaturkritik ab 1960, der Bestand wächst jährlich um rund 25.000 Artikel, seit 2000 wird das IZA ausschließlich digital geführt.¹²
- Weitere, zum Teil umfangreiche Sammlungen von Zeitungsausschnitten zur Germanistik finden sich u.a. in der Dokumentationsstelle für neuere österreichische Literatur in Wien und im Schweizerischen Literaturarchiv (SLA) der Schweizerischen Nationalbibliothek in Bern.¹³

Bei den heutigen Überlegungen zur Verbesserung der Nachweis- und Nutzungssituation von älteren Zeitungsbeständen werden die zahlreichen fachbezogenen Zeitungsausschnittsammlungen, die bis in die 1990er Jahre eine der wichtigsten fachbezogenen Informationsressourcen für Zeitungsartikel darstellten, häufig gar nicht mehr oder nicht mehr hinreichend beachtet. Dabei weisen sie viele Vorzüge auf, mit denen sie die modernen Angebote digitaler Zeitungsportale vielfach sehr gut ergänzen.

(1) Da fachliche Zeitungsausschnittsammlungen ihren zeitlichen Schwerpunkt in der Regel im 20. Jahrhundert, oft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben, setzen sie die Angebote der retrodigitalisierten Zeitungen, die aus urheberrechtlichen Gründen meist in den 1930er bzw. 1940er Jahren enden, fast immer sehr gut fort. Da die enthaltenen Dokumente häufig bis in die 1990er und 2000er Jahre reichen, stellen sie vielfach auch ein gutes Bindeglied, gleichsam eine Brücke dar, bis zu der Zeit, in denen neuere Zeitungsinhalte im Kontext einzelner Zeitungsarchive oder auch großer wirtschaftswissenschaftlicher Datenbanken wie WISO oder NEXIS zu recherchieren sind.

(2) Da Zeitungsausschnittsammlungen immer fachbezogen angelegt sind – zum Teil auf ein klassisches Wissenschaftsfach wie Germanistik, Geschichte oder Kunstgeschichte, zum Teil auch auf detaillierter zugeschnittene Fragestellungen oder mit Bezügen zu einzelnen Orten oder Regionen –, weisen sie zumeist eine sehr gute inhaltlich-fachliche Erschließung auf, die den Zugang zu den thematisch gewünschten Artikeln vielfach sicherer und besser ermöglicht als die Volltextsuche in den Retrodigitalisaten historischer Zeitungen.

(3) Da es sich bei den Zeitungsausschnittsammlungen um physische Produkte handelte, können diese – wie andere analoge Medien auch – zum Beispiel durch den Versand von Kopien auch überregional angeboten werden. Zumindest einige Zeitungsausschnittsammlungen bieten derartige Bestellfunktionen als Teil ihres Angebots direkt auf der Website an; so können bei der überregionalen Bereitstellung die

¹¹ Vgl. DEUTSCHES LITERATURARCHIV MARBACH, 2018.

¹² Vgl. UNIVERSITÄT INNSBRUCK, 2018.

¹³ Vgl. LITERATURHAUS WIEN, 2018; SCHWEIZERISCHE NATIONALBIBLIOTHEK, 2018.

komplexen Lizenzierungsbedingungen umgangen werden, an die vielfach der Bezug von neueren Zeitungsinhalten geknüpft ist.

Sammlungen mit digitalen Rechercheinstrumenten – wie beispielsweise die Rechercheoberfläche des Innsbrucker Zeitungsarchivs – würden sich sehr gut für eine Integration in die Oberfläche eines umfassenden Zeitungsinformationssystems eignen, gegebenenfalls könnten ihre Inhalte sogar direkt in die Recherche eingebunden werden. Von anderen Zeitungsausschnittsammlungen, die noch nicht über entsprechende digitale Nachweisinstrumente verfügen, könnten beispielsweise die jeweils verwendeten Systematiken mit abgebildet werden, gegebenenfalls mit einer kurzen Beschreibung der mit den einzelnen Systemstellen verknüpften Bestände sowie mit einer Bestellfunktion. Neben der Erweiterung der Recherchemöglichkeiten bei fachspezifischen Suchanfragen würde eine Integration der zahlreichen Sammlungen auch zu einer Zusammenführung und besseren Sichtbarkeit dieser Angebote führen. Bis heute kennen selbst Fachwissenschaftler nicht in allen Fällen die Angebote der Zeitungsausschnittsammlungen in ihren eigenen Fächern. So würde sich umgekehrt auch die Nutzung dieser Angebote deutlich erhöhen, die heute vielfach hinter den Erwartungen zurückbleibt, insbesondere, wenn man berücksichtigt, wie viele Ressourcen in den letzten Jahrzehnten in den Aufbau der zahlreichen Zeitungsausschnittsammlungen geflossen sind bzw. zum Teil auch noch fließen.

Neuere Zeitungsbestände in Zeitungsarchiven, Wirtschafts- und Pressedatenbanken

Nicht zuletzt durch die oft in den 1990er Jahren vollzogene Umstellung auf den Digitalsatz stehen den Zeitungsunternehmen – wie auch den Buchverlagen – heute für ihre Produkte vollständige digitale Daten zur Verfügung, die sie entweder in Form eigener Zeitungsarchive oder auch über Aggregatoren im Rahmen umfassender Wirtschafts- und Pressedatenbanken kosten- bzw. lizenzpflichtig anbieten.

Als Beispiel für ein Archiv einer einzelnen Zeitung kann das Archiv der Süddeutschen Zeitung dienen, über das berechtigte Nutzer auf die verschiedenen Ausgaben der SZ (Deutschland, Bayern, München) ab 1992 zugreifen können. Sowohl die Möglichkeiten der Recherche (Einschränkung auf Titel, Nutzung fertiger Dossiers) als auch die weiterführenden Möglichkeiten, mit den Treffern zu arbeiten, (z.B. Facettierung der Trefferlisten und Datenexport) bieten hier beste Möglichkeiten für die wissenschaftliche Nutzung des umfangreichen Materials. Gleiches gilt für die Pressebereiche der großen Wirtschaftsdatenbanken, über die zahlreiche Zeitungstitel zugänglich sind. Wichtigste Beispiele in diesem Bereich sind vor allem die Datenbanken WISO und NEXIS. Über WISO sind mehr als 180 Zeitungen aus dem deutschsprachigen Bereich (u.a. NZZ, Spiegel, Tagesspiegel, Westdeutsche Zeitung, Zeit, TAZ, Welt) – meist mit einem Berichtszeitraum ab den späten 1990er bzw. frühen 2000er Jahren an verfügbar. Insgesamt sind über diese Datenbank rund 180 Millionen Zeitungsartikel aus dem deutschsprachigen Bereich zugänglich. Stärker international ausgerichtet ist hingegen die Presseauswahl in der Datenbank NEXIS (u.a. die New York Times, El País, Le Monde, The Guardian und The Independent);

über dieses Angebot sind die Inhalte von mehr als 1000 internationalen Zeitungen im Volltext zugänglich. Eine weitere Vertriebsform überwiegend neuerer Zeitungsinhalte bieten Kollektionen, die nicht durch Bibliotheken lizenziert werden können, sondern bei denen eine individuelle Abrechnung der Nutzung erfolgt, wie beispielsweise die G+J PresseDatenBank des Verlags Gruner und Jahr, die mehrere Millionen Artikel aus rund 150 Publikationen umfasst. Wie umfangreich und breit gefächert das Datenbankangebot zu Zeitungspublikationen ist, zeigen die Nachweise in DBIS, wo mehr als 400 Zeitungsdatenbanken verzeichnet werden, die von den Inhalten einzelner Titel bis zu umfassenden Kumulationen reichen.

Im Bereich der neueren Zeitungsinhalte (ab den 1990er/2000er Jahren) stellen somit nicht der Umfang oder die Qualität des Angebots die zentralen Herausforderungen für die Bibliotheken dar, sondern die Frage, wie die Inhalte dieser lizenzpflichtigen Angebote den wissenschaftlichen Nutzern seitens der Bibliotheken tatsächlich möglichst effizient zur Verfügung gestellt werden können. Denn auch wenn die hier aufgeführten Datenbanken – wenn auch in unterschiedlichem Umfang – von den verschiedenen Konsortien des deutschsprachigen Bereichs lizenziert werden, so kann die aktuelle Abdeckung doch nicht sicherstellen, dass jede wissenschaftlich begründete Anfrage tatsächlich realisiert werden kann. Hier stellt sich den Bibliotheken zudem die Aufgabe, ihre Nutzer auf einer zentralen Informationsseite zu Zeitungen auf die Inhalte sowie die Recherchemöglichkeiten dieser Datensammlungen hinzuweisen sowie die Inhalte durch entsprechende Lizenzierungen auch vielen Nutzern zugänglich zu machen. Zu denken ist hierbei sowohl an die Möglichkeiten von Allianz-Lizenzen als auch an die Möglichkeit des punktgenauen, forschungsrelevanten Zugriffs für die Fachcommunity, wie ihn beispielsweise FID-Lizenzen bieten können. Ebenfalls unbedingt hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auch auf die Recherche- und Zugriffsmöglichkeiten der Online-Ausgaben vieler Zeitungen, die das Erscheinen der Druckausgaben, in Auszügen inhaltsgleich, in Teilen auch ergänzend, begleiten. Auch dieses, in der Forschung bisher oft nur unzureichend berücksichtigte, für aktuelle medienwissenschaftliche Fragestellungen jedoch besonders wichtige Material (z.B. zur Struktur und zur Verbreitung von Fake News) sollte bei einer Recherche nach Pressepublikationen nicht vernachlässigt werden.¹⁴

Ein umfassendes Informationssystem zum Medium Zeitung

Die vielfältigen Ressourcentypen im Bereich der Zeitungsliteratur – Zeitungs- und Bestandsverzeichnisse, retrodigitalisierte historische Zeitungen, Zeitungsausschnittsammlungen und ihre ggf. publizierten Bestände, lizenzpflichtige Zeitungsarchive, umfassende Pressedatenbanken und aktuelle Onlinezeitungen – verlangen in der

¹⁴ Zum Verhältnis der beiden Publikationsformen vgl. MERZ, 2018.

Nutzung eine erhebliche Ressourcen- und Recherchekompetenz. Dies stellt die Bibliotheken vor die Aufgabe, nach Möglichkeit alle relevanten Ressourcen über eine Plattform zur Verfügung zu stellen, ergänzt durch weiterführende Informationen zum Zeitungs- und Pressewesen sowie durch die heute erwarteten Möglichkeiten der aktiven Nutzung und der Fachkommunikation. Da es derzeit im deutschen Bibliothekswesen – insbesondere mit den digitalen Angeboten zu Zeitungen der beiden großen Staatsbibliotheken in Berlin und München – schon wichtige Plattformen gibt, die diese Aufgaben in Teilen ermöglichen, und die DFG derzeit die Digitalisierung von älteren Zeitungsbeständen intensiv fördert, wäre die Zeit sicher günstig, diese Aktivitäten auch mit der Konzeption einer entsprechenden medienspezifischen Plattform zu verbinden, über die sich die verschiedensten Dienste dann an einer Stelle gebündelt präsentieren ließen. Wichtige Module bzw. Funktionsbereiche eines nationalen Informationssystems zu Zeitungen könnten sein:

- Eine Recherche- und Präsentationsplattform für die dezentral digitalisierten historischen Zeitungsbestände. Hier würde sich als Grundmuster sicher die Oberfläche von digiPress, dem Zeitungsangebot der Bayerischen Staatsbibliothek, anbieten.¹⁵ Dieses entspricht auch anderen Zeitungsportalen im deutschsprachigen Bereich, z.B. der österreichischen Plattform ANNO der Österreichischen Nationalbibliothek.
- Eine Informationsplattform zu den Beständen der vielen dezentral angebotenen Zeitungsausschnittsammlungen mit direktem Zugriff auf die Metadaten bzw. Inhalte, soweit diese digital verfügbar sind.
- Eine Informationsplattform zu den Angeboten der lizenzpflichtigen neueren Zeitungs publikationen. Hier sollten Nutzer in erster Linie Informationen über Inhalte, Recherche- und Exportmöglichkeiten erhalten sowie – wie bei der Elektronischen Zeitschriftenbibliothek – standortbezogene Informationen über die lokale Lizenzierung und Zugänglichkeit.
- Eine Plattform für Informationen aller Art rund um das Thema Zeitung und Presse. Zu denken ist hier beispielsweise an eine Fachbibliographie zur Zeitungsforschung, einen Webkatalog für Angebote aus diesem Bereich, Links auf Institutionen, Forschungsprojekte und journalistische Fachangebote; auch Informationen über besondere Gattungen im Pressebereich sollten hier vertreten sein (Kaufmannsbriefe, Neue Zeitungen, Intelligenzblätter, Amtspresse, Flugschriften, Onlinezeitungen etc.). Für diesen Be-

¹⁵ Vgl. BAYERISCHE STAATSBIBLIOTHEK, 2018. digiPress bietet als Plattform für das Zeitungsangebot der Bayerischen Staatsbibliothek Zugang zu mehr als einer Million Zeitungsausgaben (6,5 Millionen digitalisierte Zeitungsseiten).

reich würde sich eine Weiterentwicklung der Plattform und der Inhalte von Zefys, dem Zeitungsinformationssystem der Staatsbibliothek zu Berlin, anbieten, das bereits eine Vielzahl der hier aufgeführten Funktionen bietet.¹⁶

- Funktionalitäten für die aktive Arbeit mit digitalen Zeitungsbeständen, die Möglichkeit für die Community, selbst Daten in eine Zeitungsplattform einzubringen – sei es durch Korrektur von OCR-Texten, durch Taggen, Kommentieren, Bookmarks, durch das Hochladen von eigenen digitalen Objekten (z.B. abweichenden Druckfassungen einzelner Zeitungsausgaben) oder auch der Möglichkeit der Fachkommunikation (Mailingliste, Newsletter, Stellenanzeigen, Rezensionen, ToCs etc.). Besonders gute Funktionalitäten in diesem Bereich bietet beispielsweise das Zeitungsangebot von Trove, der Digitalen Bibliothek der National Library of Australia.

Über den eigentlich angestrebten direkten Nutzwert, der sicheren wissenschaftlichen Information der Nutzer im Pressebereich, hinaus könnte die Arbeit an einer solchen integrierten Zeitungsplattform auch die verschiedenen nicht-bibliothekarischen Partner im Zeitungsbereich stärker an der gemeinsamen Aufgabe der Informationsvermittlung beteiligen. In erster Linie zu denken wäre hier an die einschlägigen Forschungsinstitute – vor allem das Institut für Zeitungsforschung in Dortmund –, die verschiedenen Zeitungsmuseen des deutschsprachigen Raums (Aachen, Berlin, Hamburg, Waldgassen), Archive mit historischen Zeitungsbeständen, Pressearchive, Fach- und Berufsverbände und viele weitere Einrichtungen rund um das Pressewesen. So könnte sich ein Informationssystem zu Presse und Zeitungen zum zentralen Ausgangspunkt der wissenschaftlichen Forschung im bibliothekarischen, im zeitung- und medienhistorischen, aber auch im interdisziplinären und fachwissenschaftlichen Bereich entwickeln, der seinerseits die ohnehin stark steigende Nutzung von Zeitungen als historische Quelle noch weiter befördern könnte. Sowohl für die institutionelle Absicherung einer solchen inhaltlich von mehreren Institutionen getragenen Plattform als auch für ihre Finanzierung und konzeptionelle Gestaltung wäre eine Einbettung in das Spektrum der Fachinformationsdienste für die Wissenschaft sicherlich eine sehr erstrebenswerte Lösung.

16 Vgl. STAATSBIBLIOTHEK ZU BERLIN, 2018d.

Literatur

- BAKER, Nicholson, 2001. *Double Fold: Libraries and the Assault on Paper*. New York, NY: Random House.
- BAYERISCHE STAATSBIBLIOTHEK, 2018. *digiPress* [online]. München: Bayerische Staatsbibliothek [Zugriff am: 15.10.2018]. Verfügbar unter: <https://digipress.digitale-sammlungen.de/>
- BLOME, Astrid, 2018. Zeitungen. In: Laura BUSSE et al., Hrsg. *Clio-Guide: Ein Handbuch zu digitalen Ressourcen für die Geschichtswissenschaften*. 2. erweiterte und aktualisierte Auflage. Berlin: Clio-online und Humboldt-Universität zu Berlin, S. B.6-1-D.6-36.
- BOHRMANN, Hans, Marianne ENGLERT und Wilbert UBBENS, Hrsg., 1984. *Handbuch der Pressearchive*. München: Saur.
- DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT, 2018. *Digitalisierung historischer Zeitungen des deutschen Sprachgebiets* [online]. Bonn: Deutsche Forschungsgemeinschaft [Zugriff am: 15.10.2018]. Verfügbar unter: http://www.dfg.de/foerderung/info_wissenschaft/2018/info_wissenschaft_18_08/index.html
- DEUTSCHES LITERATURARCHIV MARBACH, 2018. *Zeitungsausschnittsammlung* [online]. Marbach: Deutsches Literaturarchiv Marbach [Zugriff am: 15.10.2018]. Verfügbar unter: <https://www.dla-marbach.de/bibliothek/mediendokumentation/zeitungsausschnitte/>
- HEESEN, Anke te, 2006. *Der Zeitungsausschnitt: ein Papierobjekt der Moderne*. Frankfurt a.M.: S. Fischer Verlag.
- KÖNIGLICHE BIBLIOTHEK, 2018. Delpher Kranten [online]. Den Haag: Königliche Bibliothek [Zugriff am: 15.10.2018]. Verfügbar unter: <https://www.delpher.nl/nl/kranten>
- LITERATURHAUS WIEN, 2018. *Dokumentationsstelle für neuere österreichische Literatur* [online]. Wien: Literaturhaus Wien [Zugriff am: 15.10.2018]. Verfügbar unter: <http://www.literaturhaus.at/index.php?id=6542>
- MERZ, Yasmin, 2018. *Print versus Online? Kannibalisierungs- und Synergieeffekte durch Onlineauftritte von Publikumszeitschriften und Tageszeitungen*. Wiesbaden: Springer.
- MIKROFILMARCHIV DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE, 2018. *Katalog* [online]. Dortmund: Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse (MFA) [Zugriff am: 15.10.2018]. Verfügbar unter: <http://mfa.allegronet.de/>
- NATIONAL LIBRARY OF AUSTRALIA, 2018. *Trove* [online]. Canberra: National Library of Australia [Zugriff am: 15.10.2018]. Verfügbar unter: <https://trove.nla.gov.au/newspaper/>
- NIEDERSÄCHSISCHE STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK GÖTTINGEN, 2018. European Register of Microform and Digital Masters

- (EROMM) [online]. Göttingen: Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen [Zugriff am: 15.10.2018]. Verfügbar unter: <https://www.eromm.org/>
- ÖSTERREICHISCHE NATIONALBIBLIOTHEK, 2018. ANNO – AustriaN Newspapers Online [online]. Wien: Österreichische Nationalbibliothek [Zugriff am: 15.10.2018]. Verfügbar unter: <http://anno.onb.ac.at/>
- STAATSBIBLIOTHEK ZU BERLIN et al., 2017. *Empfehlungen zur Digitalisierung historischer Zeitungen in Deutschland (Masterplan Zeitungsdigitalisierung)* [online]. *Ergebnisse des DFG-Projektes „Digitalisierung historischer Zeitungen“: Pilotphase 2013-2015*. Berlin: Staatsbibliothek zu Berlin [Zugriff am: 15.10.2018]. Verfügbar unter: http://www.zeitschriftendatenbank.de/fileadmin/user_upload/ZDB/z/Masterplan.pdf
- STAATSBIBLIOTHEK ZU BERLIN, 2018a. *Europeana Newspapers* [online]. Berlin: Staatsbibliothek zu Berlin [Zugriff am: 15.10.2018]. Verfügbar unter: <http://www.europeana-newspapers.eu/>
- STAATSBIBLIOTHEK ZU BERLIN, 2018b. *Zeitschriftendatenbank (ZDB)* [online]. Berlin: Staatsbibliothek zu Berlin [Zugriff am: 15.10.2018]. Verfügbar unter <https://zdb-katalog.de/list.xhtml?dok=Zeitung>
- STAATSBIBLIOTHEK ZU BERLIN, 2018c. *Zeitungsdigitalisierung* [online]. Berlin: Staatsbibliothek zu Berlin [Zugriff am: 15.10.2018]. Verfügbar unter: <http://www.zeitschriftendatenbank.de/zeitungsdigitalisierung>
- STAATSBIBLIOTHEK ZU BERLIN, 2018d. *ZEFYS Zeitungsinformationssystem* [online]. Berlin: Staatsbibliothek zu Berlin [Zugriff am: 15.10.2018]. Verfügbar unter: <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/>
- STIFTUNG PREUSSISCHER KULTURBESITZ, 2018. Archivportal-D [online]. Berlin: Stiftung Preußischer Kulturbesitz. [Zugriff am: 15.10.2018]. Verfügbar unter: <https://www.archivportal-d.de/>
- SCHWEIZERISCHE NATIONALBIBLIOTHEK, 2018. *Das Schweizerische Literaturarchiv SLA* [online]. Bern: Schweizerische Nationalbibliothek [Zugriff am: 15.10.2018]. Verfügbar unter: <https://www.nb.admin.ch/snl/de/home/sammlungen/das-schweizerische-literaturarchiv-sla.html>
- THE BRITISH LIBRARY/FINDMYPAST, 2018. *The British Newspaper Archive* [online]. London: The British Library und Findmypast [Zugriff am: 15.10.2018]. Verfügbar unter: <https://www.britishnewspaperarchive.co.uk/>
- ULB BONN/ULB MÜNSTER, 2018. *zeit.punkt.nrw* [online]. Bonn/Münster: Universitäts- und Landesbibliothek Bonn und Universitäts- und Landesbibliothek Münster [Zugriff am: 15.10.2018]. Verfügbar unter: <https://zeitpunkt.nrw/>

UNIVERSITÄT INNSBRUCK, 2018. *Innsbrucker Zeitungsarchiv* [online]. Innsbruck: Universität Innsbruck [Zugriff am: 15.10.2018]. Verfügbar unter: <https://www.uibk.ac.at/iza/>

Das Portal „Historische Presse der deutschen Sozialdemokratie online“: Wie man im digitalen „Vorwärts“ nach Bibliothekarinnen sucht

Olaf Guercke

Einleitung

Auf der Suche nach Bibliothekarinnen im „Vorwärts“, Teil 1

Einmal angenommen, Sie sind gerade ohne ein bestimmtes Ziel im Internet unterwegs gewesen und dabei zufällig auf das Portal „Historische Presse der deutschen Sozialdemokratie online“¹ gestoßen. Neugierig geworden betrachten Sie die Startseite des Angebots. Links neben einer Auflistung der enthaltenen Zeitungs-Jahrgänge 1876 bis 1940 findet sich dort ein einfacher Suchschlitz, der dazu einlädt, etwas einzugeben. Da Sie Bibliothekar oder Bibliothekarin sind und sich für die Geschichte Ihres Berufs interessieren, tippen Sie das Suchwort „Bibliothekar*“² in den Schlitz, starten die Suche – und erhalten 1.592 Treffer. Diese verteilen sich, das sehen Sie nun unterhalb des Schlitzes, in unterschiedlichen Mengen auf verschiedene Zeitungstitel und Jahrzehnte.

1 Vgl. FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, 2018a sowie auch die Projektseite (FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, 2018b).

2 Als Recherche-Profi verwenden Sie selbstverständlich das Trunkierungszeichen „*“, um sämtliche Varianten der Endung des Wortes in die Suche einzubeziehen.

Man könnte sich an dieser Stelle nun für einen bestimmten Titel in einem bestimmten Zeitrahmen entscheiden und die Suche entsprechend eingrenzen. Sie jedoch entscheiden sich anders und möchten herausfinden, wie viele der zahlreichen Treffer auf Bibliothekarinnen hinweisen. Bereits bei der Eingabe des Suchworts „Bibliothekarin*“ ahnen Sie, dass sich die Treffermenge nun deutlich reduzieren wird. Tatsächlich erhalten Sie 47 Suchergebnisse, davon 44 aus dem Berliner „Vorwärts“ und drei aus der „Freiheit“. Das ist einerseits ernüchternd, andererseits jedoch so überschaubar, dass Sie sich nun entscheiden, mit dem eigentlichen Stöbern zu beginnen.

Der chronologisch früheste Treffer stammt aus dem Jahr 1893. Der Frauen-Bildungsverein für Berlin und Umgegend hielt eine Versammlung ab, von der im „Vorwärts“ knapp berichtet wurde. Der Artikel endet mit dem Satz „Zum Schluss wurde Frau Seering zur Bibliothekarin gewählt.“³ Dieser kleine Fund bietet bereits einige Forschungsansätze: Der Frauen-Bildungsverein Berlin und Umgegend könnte im Hinblick auf seine Bibliothek näher betrachtet werden. Vielleicht würden sich dabei Hinweise darauf finden, wer die vermutlich ehrenamtliche Bibliothekarin Frau Seering gewesen ist. Sie jedoch entschließen sich, erst einmal weitere Treffer anzuschauen.

Im Jahr 1898 findet sich im „Vorwärts“ ein etwas ausführlicherer Artikel über die Bibliothek der „Deutschen Gesellschaft für Ethische Kultur“, der sich, wie Sie überrascht feststellen, mit der Problematik der Sonntagsöffnung beschäftigt:

Aus einer Mitteilung der Bibliothekarin Frau Peiser geht ferner hervor, daß manche Besucher sich in der Woche fast jeden Abend, dann aber meist nicht am Sonntag einfinden, während andere nur am Sonntag und dann meist gleich für mehrere Stunden kommen. Die beiden städtischen Lesehallen [...] bleiben am Sonntag-Abend geschlossen. Nach den in der Bibliothek und Lesehalle der „Deutschen Gesellschaft für Ethische Kultur“ gemachten Erfahrungen muss leider angenommen werden, daß durch diese Maßregel ein großer Theil der Bevölkerung von der Benutzung der städtischen Lesehallen ausgeschlossen wird.⁴

Sollten Sie ein Befürworter der auch im heutigen Bibliothekswesen heftig umstrittenen Sonntagsöffnung sein, könnten Sie sich nun die fast 120 Jahre alte Zeitungsseite herunterladen und Ihrem Berufsverband als Argumentationshilfe zukommen lassen. Damit würden Sie dort sicherlich Begeisterung auslösen.

Sie stöbern weiter und erfahren, dass im Jahr 1899 ein gewisser Professor Hottinger eine „Schule für Bibliothekarinnen“⁵ in Berlin errichten wollte. Diese Schule, so erfahren sie nach kurzer Recherche, wurde im Jahr 1900 tatsächlich gegründet.

3 VORWÄRTS, 1893.

4 VORWÄRTS, 1898.

5 VORWÄRTS, 1899.

Christlieb Gotthold Hottinger wurde dafür sogleich von der im vorigen Treffer zitierten Bibliothekarin Bona Peiser kritisiert, die befürchtete, dass eine nach Geschlecht getrennte Ausbildung zur Benachteiligung von Frauen im Beruf führen würde.⁶

Nun sind Sie wirklich neugierig geworden und möchten womöglich mehr über Bona Peiser wissen. Der Verfasser lässt Sie daher vorerst in Ruhe weiter recherchieren und nutzt die Gelegenheit, um sich dem Gegenstand Ihrer Neugierde, dem Portal, in dem Sie stöbern, genauer zu widmen.

„Vorwärts“, „Freiheit“ und „Sozialdemokrat“ – Der Inhalt des Portals

Kernstück der „Historischen Presse der deutschen Sozialdemokratie online“ ist der Berliner „Vorwärts“⁷, der von 1891 bis 1933 als Tageszeitung erschien und damit den Zeitraum von der Aufhebung der bismarckschen Sozialistengesetze bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten umspannt. Er ist als Zentralorgan der SPD sicherlich der bedeutendste, keineswegs jedoch der einzige sozialdemokratische Pressetitel in seiner Erscheinungszeit gewesen. Vielmehr bildete er das Zentrum einer breit gefächerten Landschaft aus überregionalen und regionalen Parteiblättern, die eine Gesamtauflage von bis zu 1,3 Millionen Exemplaren erreichten.⁸ Die zahlreichen Regionalzeitungen der SPD, die häufig ebenfalls täglich über einen langen Zeitraum erschienen, liegen größtenteils noch nicht digital vor.⁹

Der „Vorwärts“ war neben seiner Funktion als Zentralorgan stets auch Berliner Lokalzeitung. Auf seine politische Ausrichtung und die Zusammensetzung der Redaktion übte neben dem SPD-Parteipräsidium auch die lokale Berliner SPD Einfluss aus. Das führte von Anfang an zu regelmäßigen Kontroversen, so dass sich SPD-interne Konflikte häufig in unterschiedlich positionierten Texten und Debatten im Vorwärts widerspiegeln.¹⁰

Eine der prägnantesten dieser Kontroversen fand im Herbst 1916 im Zuge der Spaltung der Sozialdemokratie über die Frage der Zustimmung zum ersten Weltkrieg ihren Höhepunkt. Zahlreiche Redakteure¹¹, die sich dem kriegskritischen Flügel der Partei angeschlossen hatten, wurden – nach einem kurzzeitigen Verbot des „Vorwärts“ wegen eines kriegskritischen Artikels – vom SPD-Parteivorstand entlassen und fanden sich, im „Mitteilungs-Blatt des Verbandes der sozialdemokratischen

6 Vgl. MAHRT-THOMSEN, 2017, S. 97.

7 Vgl. ZDB – DETAILNACHWEIS: VORWÄRTS: BERLINER VOLKSBLATT, o.J.

8 Vgl. hierzu KOSZYK, 1980, S. 37. Die Zahl 1, 3 Millionen wird hier als Höhepunkt einer Auflagensteigerung im Jahr 1929 genannt. Anschließend sank die Auflage wieder.

9 Ausnahmen sind die von der SLUB Dresden digitalisierte „Leipziger Volkzeitung“ und die auf den Seiten der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung abrufbaren Titel „Magdeburger Volksstimme“ und „Lübecker Tagwacht“.

10 Vgl. OSCHILEWSKI, 1976, S. 789.

11 Es handelte sich ausschließlich um männliche Personen.

Wahlvereine Berlins und Umgegend¹² wieder. Dieses monatlich erscheinende schmale Parteiblättchen funktionierten sie zu einer politischen Wochenzeitung um, aus der 1918 das USPD-Zentralorgan „Freiheit“¹³ hervorging. Beide Zeitungen sind nun auch Bestandteil des Portals, welches auf diese Weise im Detail dokumentiert, wie sich die Spaltung der Sozialdemokratie im ersten Weltkrieg und zu Beginn der Weimarer Republik in der täglich erscheinenden Parteipresse ausdrückte.¹⁴

Weitere digital verfügbare Titel sind der von 1876 bis 1878 erschienen Leipziger „Vorwärts“¹⁵, die während der Sozialistengesetze erschienen Exil-Zeitung „Der Sozialdemokrat“¹⁶ und der „Neue Vorwärts“¹⁷, der zwischen 1933 und 1940 vom Vorstand der SPD im Prager und Pariser Exil herausgegeben wurde.

Die „Historische Presse der deutschen Sozialdemokratie online“ ist kein abgeschlossenes Projekt. Es bildet bisher nur einen kleinen, wenn auch zentralen Teil seines Themenfelds ab und könnte prinzipiell in verschiedene Richtungen weiterwachsen. Eingeplant ist bereits die Hinzufügung der „Vorwärts“-Vorgängers „Berliner Volksblatt“ (1884-1891) und dessen Widerpart „Berliner Volks-Tribüne“. Weitergehende Pläne sind zum Zeitpunkt der Abfassung des Artikels noch leise, aber bereits deutlich hörbare Zukunftsmusik.

Das Portal „Historische Presse der deutschen Sozialdemokratie online“ als bibliothekarische Dienstleistung

Entstehung

Die Notwendigkeit, den „Vorwärts“ zu digitalisieren, ergab sich in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung aus ihrer Aufgabe als Spezialbibliothek zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Wissenschaft und Öffentlichkeit mit Informationen zu ihrem thematischen Profil zu versorgen. Der Titel war – neben dem für die Benutzung gesperrten Papieroriginal – lediglich in drei Mikrofilm-Exemplaren vorhanden, die im Lesesaal und per Fernleihe ausgiebig nachgefragt wurden. Anfragen zum „Vorwärts“ gehörten in der Bibliothek zum Alltag. Sie konnten meist dann nicht zufriedenstellend beantwortet werden, wenn die Nutzerinnen und Nutzer nicht wussten, wo genau auf den insgesamt etwa 200.000 Seiten des „Vorwärts“¹⁸

12 ZDB – DETAILNACHWEIS: MITTEILUNGSBLATT DES VERBANDES DER SOZIALDEMOKRATISCHEN WAHLVEREINE BERLINS UND UMGEGEND, o.J.

13 ZDB – DETAILNACHWEIS: FREIHEIT, o.J.

14 Vgl. zu diesem Abschnitt SCHULZE, 1972, S. 338-341.

15 ZDB – DETAILNACHWEIS: VORWÄRTS: CENTRALORGAN DER SOZIALDEMOKRATIE DEUTSCHLANDS, o.J.

16 ZDB – DETAILNACHWEIS: DER SOZIALDEMOKRAT, o.J.

17 ZDB – DETAILNACHWEIS: NEUER VORWÄRTS, o.J.

18 Digitalisiert wurden genau 202.577 Seiten des Leipziger und des Berliner „Vorwärts“.

sich die von ihnen gesuchten Artikel befanden. Die Befriedigung von Informationsbedarfen scheiterte in diesen Fällen am weder vom Nutzer noch vom Bibliothekspersonal zu leistenden Rechercheaufwand. Verfasserinnen und Verfasser umfangreicherer Arbeiten, die auf Inhalte aus dem „Vorwärts“ zwingend angewiesen waren, mussten in der Regel sehr viel Zeit vor den Mikrofilm-Lesegeräten verbringen.

Die Leitung der Bibliothek beschloss daher, mit dem Beginn des Jahres 2015 die Digitalisierung des „Vorwärts“ mit dem Ziel der Veröffentlichung einer im Volltext durchsuchbaren Online-Edition als Projekt aus eigenen Mitteln¹⁹ zu verwirklichen. Die Erweiterung auf mehrere Titel, die mit einer Anpassung und deutlichen Verbesserung der Suchfunktionalitäten einhergeht, wird seit dem Projektabschluss zum Jahresende 2017 verwirklicht.

Methode

Inhouse-Digitalisierung²⁰

Die Entscheidung, vom Original zu scannen, wurde getroffen, da möglichst authentische und qualitativ hochwertige Scans erzeugt werden sollen. Des Weiteren wurde entschieden, den Scan-Prozess mit eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Hause durchzuführen, da der Korpus in seinem teils schlechten Erhaltungszustand und mit seiner diffizilen Binnenstruktur keiner Fremdfirma anvertraut werden sollte. Es wurde daher zunächst ein DIN-A1-Aufsichtsscanner angeschafft.²¹ Die insgesamt 172 Folianten der Vorwärts-Papierausgabe wurden nach händischer Autopsie mit Erzeugung struktureller Metadaten von einem Buchbinder aufgeschnitten, so dass die Seiten einzeln und ohne Textverlust durch zu enge Bindungen gescannt werden konnten. Nach dem Scanprozess wurden die Seiten quartalsweise in säurefreien Archivkartons magaziniert.

Als vorteilhaft erwies sich die Scanner-Software, die es ermöglichte, die erzeugten Images in nach Titel, Erscheinungsdatum und Ausgabennummer geordneten Ordnerbäumen zu exportieren, in denen jede Zeitungseite durch einen sprechenden Dateinamen eindeutig identifizierbar ist. Derweil im Projekt lange nicht klar war, mit welcher Software elektronische Textauslesung (OCR) und Repräsentation durchgeführt werden sollten, konnte so ein universell einsetzbares Abbild des Korpus hergestellt werden. Eingehende Anfragen von Nutzerinnen und Nutzern konnten mit Hilfe der durch ihre systematische Ordnung stets schnell verfügbaren Digitalisate bereits vor Veröffentlichung des Online-Angebots sehr viel effizienter beantwortet werden, als zuvor.

19 Die Beantragung von DFG-Fördermitteln für Zeitungsdigitalisierungsprojekte war zu diesem Zeitpunkt nicht möglich. Erst seit dem Abschluss des DFG-Projektes „Digitalisierung historischer Zeitungen“ und der darauf folgenden Ausschreibung im Jahr 2018 gibt es diese Möglichkeit wieder (vgl. DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT, 2017).

20 Vergl. zu den beiden folgenden Kapiteln die ausführlichere Darstellung in GUERCKE, 2016.

21 Es handelt sich um einen Zeutschel OS 12000 A1-Scanner. Vgl. ZEUTSCHEL GmbH, o.J.

Erzeugt wurden im Scanprozess sowohl TIFF-Dateien als Master für die Langzeitarchivierung als auch JPEG-Derivate für die Benutzung. Beide Dateiformate liegen in Form der oben beschriebenen Ordnerstruktur vor.

Autopsie, Scanprozess und Qualitätskontrollen bildeten lange einen großen Teil der Arbeit am Projekt und wurden bis zu dessen Ende parallel zu den nach und nach hinzukommenden weitergehenden Arbeitsschritten durchgeführt.

Elektronische Textauslesung (OCR)

Die OCR wird im Projekt seit Mitte 2016 mittels der Software BCS2-Professional²² und einer ABBYY SDK 10 – Engine für Frakturschrift²³ durchgeführt. Der hierzu notwendige Workflow mit Funktionalitäten zum automatischen Import von Images und Metadaten sowie zum Export von Datencontainern in die Präsentationsdatenbank wurde aus diesem Anlass vom Hersteller aufgrund des Feedbacks seitens der Bibliothek deutlich verbessert. Da der Vorgang der OCR viel Rechenleistung und damit Zeit kostete, wurde zum Ende des Projekts mit zwei parallel laufenden Rechnern gearbeitet. Ergebnis war eine zonale OCR ohne Artikelsegmentierung, die das Highlighting von Suchwörtern in der Web-Präsentation ermöglicht und in proprietären XML-Dateien ausgeworfen wird. Qualitativ ist diese OCR gut, aber nicht perfekt. Aufgrund der wechselnden Druckqualität der Vorlagen, der Heterogenität in Schriftart und Schriftgröße und der grundsätzlichen Problematik elektronischer Auslesung von Frakturschrift kommen Lesefehler regelmäßig vor.

Der OCR-Text wird derzeit ausschließlich als Grundlage für die Volltextsuche verwendet. Das zunehmende Interesse von Wissenschaftlern aus dem Bereich der Digital Humanities am digitalen Gesamtkorpus und die technische Entwicklung im Zuge des DFG-Projekts „OCR-D“²⁴ könnten jedoch in der Zukunft dazu führen, dass neue Wege zur qualitativen Analyse, Optimierung und erweiterten Nutzung der im Projekt generierten elektronischen Texte besprochen werden.

Elektronische Repräsentation: Möglichkeiten und Grenzen der Suche im Portal

Das Portal „Historische Presse der deutschen Sozialdemokratie online“ funktioniert auf Basis einer Instanz des Datenbanksystems MyBib eL (elektronischer Lesesaal)²⁵, welche auf dem Server des Hochschulbibliothekszentrums des Landes Nordrhein-Westfalen (hbz) gehostet wird. Die Präsentations-Umgebung mit ihren Suchfunktionalitäten wurde, da die Software im Projekt erstmals für die Repräsentation einer

22 Vgl. IMAGEWARE COMPONENTS GMBH, o.J.a.

23 Vgl. IMAGEWARE COMPONENTS GMBH, o.J.a.

24 Vgl. DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT, o.J.

25 Vgl. IMAGEWARE COMPONENTS GMBH, o.J.c. Vgl. auch IMAGEWARE COMPONENTS GMBH, o.J.b.

Zeitungsdigitalisierung zum Einsatz kam, vom Software-Hersteller in intensiver Zusammenarbeit mit der Bibliothek neu entwickelt. Sie bietet zwei unterschiedliche Möglichkeiten des Sucheinstiegs:

Die einfache Suche verfügt seit der Erweiterung um mehrere Zeitungstitel über eine Facettierung, welche die Verteilung der Treffermenge auf Titel und Zeiträume intuitiv nachvollziehbar macht.²⁶ Die Treffermenge lässt sich an dieser Stelle auf einzelne Jahrgänge einzelner Zeitungstitel einschränken.

Die erweiterte Suche lässt sich mit einem Klick auf den entsprechenden Button oder auf einen der Jahrgangs-Zahlen im Hauptfenster starten. Hier ist eine feinere Einschränkung der Suche möglich. Zeitfenster lassen sich tagesgenau wählen und mit einer Fokussierung der Suche auf einzelne Zeitungs- oder Beilagen-Titel kombinieren. So ist etwa die Gegenüberstellung der Berichterstattung von „Vorwärts“ und „Freiheit“ während des sogenannten Spartakistenaufstands 1919 oder aber die separate Durchsuchung der „Vorwärts“-Beilage „Frauenstimme“²⁷ möglich. Der Suchbereich kann zunächst ohne die Verwendung von Suchwörtern definiert und betrachtet werden. Anschließend kann dann innerhalb dieses Bereichs mit wechselnden Suchwörtern recherchiert werden.

Für beide Einstiegsmöglichkeiten gleich gestalten sich die Navigations- und Lese-Funktionalitäten des Portals. Im Hauptfenster werden nach dem Start einer Suche die Ausgaben, in denen sich Treffer befinden, nach Erscheinungsdatum geordnet als Thumbnails mit einem kleinen Stück des den Treffer umgebenden OCR-Texts aufgelistet. Ein Klick auf einen dieser Thumbnails führt auf die Ebene der jeweiligen einzelnen Ausgabe. Das Hauptfenster zeigt nun das Titelblatt dieser Ausgabe, während die einzelnen Seiten, wiederum als Thumbnails, im rechten Bildschirmfenster dargestellt werden. Die Seite, auf der sich der jeweilige Treffer befindet, ist an ihrer roten Umrandung zu erkennen. Wird sie angeklickt, erscheint sie mit rot hinterlegtem Suchwort im Hauptfenster. Sie kann nun stufenlos vergrößert, gelesen und als pdf heruntergeladen werden. Es können außerdem Links zur Seite und zur ganzen Ausgabe kopiert und weitergegeben werden.

Innerhalb des Suchfensters ist es möglich die Zeichen „?“ (Platzhalter für ein Zeichen) und „*“ (Platzhalter für eine unbestimmte Anzahl Zeichen) zu verwenden. Es ist außerdem möglich, mittels Wortketten in Anführungszeichen nach Phrasen zu suchen. Des Weiteren können Suchwörter kombiniert werden, indem sie hintereinander in den Suchschlitz eingegeben werden. Hier stößt die Suchfunktionalität jedoch an eine ihrer Grenzen: Zurzeit sucht die Datenbank bei der Eingabe der Wortkombination *Hermann Müller* nach ganzen Ausgaben in denen irgendwo das Wort *Hermann* und das Wort *Müller* vorkommt. Man erhält auf diese Weise die absurd große Menge von 12.877 Treffern. Erst eine Phrasensuche nach „Hermann Müller“ ergibt die immer noch recht große Menge von 2.342 Treffern, die sich ver-

²⁶ Zum Zustand vor dieser Erweiterung vgl. GUERCKE, 2017.

²⁷ ZDB – DETAILNACHWEIS: FRAUENSTIMME, o.J.

lässlich auf den letzten SPD-Reichskanzler der Weimarer Republik und seine Namensvettern beziehen. Sinnvoll und auch geplant ist es, mit dem nächsten Update eine Kombinationssuche auf Seitenebene einzuführen.

Die größere Herausforderung hinsichtlich der Suche stellt jedoch die Fehleranfälligkeit des OCR-Korpus dar. Ihre Folge ist, dass keine Negativsuchen möglich sind. Man findet sehr viel, kann sich jedoch nie sicher sein, ob man alles gefunden hat. Abgemildert werden kann dieser Effekt durch den sinnvollen Einsatz des Platzhalters „*“. So ergibt etwa die Suche nach dem Begriff *Matrosenlied* drei Treffer. Das Suchwort *Mat*lied*, welches sämtliche Schreibfehler im Wortteil *rosen* unwirksam macht, entlockt der Datenbank zwei weitere *Matrosenlied*-Treffer, darunter eine sehr schöne Betrachtung über Matrosen von Joachim Ringelnatz.²⁸

Trotz dieser Mängel kann gesagt werden, dass die im Portal befindlichen historischen Zeitungen durch die Digitalisierung um ein Vielfaches zugänglicher geworden sind, als sie es zuvor waren.

Fazit

Auf der Suche nach Bibliothekarinnen im „Vorwärts“, Teil 2

Zurück zu Ihnen: Sie haben zu Bona Peiser recherchiert und sich Literatur zu ihr bestellt.²⁹ Dann sind Sie zum Portal zurückgekehrt und haben weiter nach Bibliothekarinnen gesucht. Sie finden eine Bibliothekarin namens Margarethe Just, 27 Jahre alt und verwitwet, die im Mai 1918 wegen versuchten Landesverrats zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Sie hatte gemeinsam mit mehreren anderen Männern und Frauen aus dem USPD-Umfeld Schriften verteilt, die zu einem Generalstreik für die Beendigung des Krieges aufriefen. Der „Vorwärts“ berichtete kühl und sachlich.³⁰ Über Margarethe Just scheint weiter nichts bekannt zu sein. Die hinter diesem Artikel verborgene Geschichte deutet sich lediglich an.

Eine weitere Bibliothekarin finden Sie in der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 28.02.1925, die über den plötzlichen Tod von Friedrich Ebert berichtet. Es handelt sich um Eberts Tochter Amalie: „Die einzige Tochter Eberts hatte sich zur Bibliothekarin ausgebildet, welchen Beruf sie ausübte, bis sie sich mit dem Attaché im Auswärtigen Amt, Dr. Jenicke verheiratete.“³¹

Amalie, so finden Sie schnell heraus, starb bereits 1931 im Alter von 30 Jahren. Ihr Mann hieß nicht Jenicke sondern Jaenecke.³² Der gemeinsame Sohn des Paares,

28 Vgl. RINGELNATZ, 1926.

29 Z.B. MAHRT-THOMSEN, 2012.

30 Vgl. VORWÄRTS, 1918.

31 VORWÄRTS, 1925.

32 Dass Namen in historischen Zeitungen falsch geschrieben werden, kommt häufiger vor und sollte bei der Recherche stets berücksichtigt werden.

Heinrich Jaenecke, war bis 1995 Redakteur des „Stern“ und ist 2014 verstorben. Amalie Eberts Zeit als Bibliothekarin scheint weitgehend unerforscht zu sein.

Zu guter Letzt finden Sie einen Hinweis auf die Entwicklung des bibliothekarischen Berufstandes und auf seine Zugänglichkeit für Frauen. Im Artikel „Die Akademikerin in Deutschland“³³ aus der „Frauenstimme“ ist von etwa 50 Studentinnen die Rede, die im Jahr 1927 in Deutschland eine akademische Ausbildung zur Bibliothekarin absolvierten. Es war demnach möglich, wenn auch nicht üblich, als Frau in der späten Weimarer Republik Bibliothekswissenschaften zu studieren.

Wissenschaftliche Forschung im Portal „Historische Presse der deutschen Sozialdemokratie online“

An dieser Stelle möchte der Verfasser Sie verlassen. Sie haben einen Nachmittag mit dem Portal „Historische Presse der deutschen Sozialdemokratie online“ verbracht und nach Bibliothekarinnen gesucht. Dabei haben Sie eine Vielfalt an Spuren gefunden, die alle zum Ausgangspunkt für ernsthaftere, tiefergehende Forschung werden könnten. Was genau ist unter den Bibliotheken der Frauen-Bildungsvereine Ende des 19. Jahrhunderts zu verstehen? Wie unterschieden sich die Ausbildungsinhalte der Absolventinnen von Prof. Hottingers Schule Anfang des Jahrhunderts von denen der Studentinnen 1927? Welche Zukunftsperspektiven ergaben sich für beide Gruppen aus ihrer Ausbildung? Was für eine Institution war die „Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur“ und inwiefern unterschied sich ihre Bibliothek von den anderen Bibliothekstypen ihrer Zeit?

Wissenschaftliche Forschung an historischen Zeitungen formuliert ihre Fragestellungen im Allgemeinen nicht, wie hier nahegelegt wird, anhand von Fundstücken beim Stöbern im bibliothekarischen Online-Angebot. Sie tritt mit einem zuvor formulierten Forschungsinteresse an die Quelle heran und nutzt sie als eine unter vielen Referenzen, um zu ihren Ergebnissen zu gelangen. Die hier angeführten Fundstellen lassen jedoch erahnen, welche Fülle an Informationen in historischen Zeitungen zu finden sind und warum es sich lohnt, bei ihrer Digitalisierung großen Aufwand zu betreiben.

Worin dieser Aufwand besteht, welche Möglichkeiten das Angebot für den Zugang zu den in der Quelle versteckten Informationen bietet und wo Grenzen und Verbesserungspotenziale festzustellen sind wurde hier am konkreten Beispiel ausgeführt. In einem weiteren Beitrag³⁴ dieses Bandes wird anhand einer bibliothekswissenschaftlichen Fragestellung das Forschungspotential und der Informationsgehalt des digitalisierten „Vorwärts“ sichtbar.

33 Vgl. FRAUENSTIMME, 1927.

34 Vgl. Haike Meinhardt: Die junge SPD und die Bibliotheken: Sichten aus dem „Vorwärts“ von 1891 bis 1931.

Literatur

- DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT, 2017. *Empfehlungen zur Digitalisierung historischer Zeitungen in Deutschland (Masterplan Zeitungsdigitalisierung). Ergebnisse des DFG-Projektes „Digitalisierung historischer Zeitungen“, Pilotphase 2013-2015* [online]. Bonn: DGF [Zugriff am: 04.08.2018]. Verfügbar unter: www.zeitschriftendatenbank.de/fileadmin/user_upload/ZDB/z/Masterplan.pdf
- DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT, o.J. *OCR-D.de* [online]. *Koordinierungsprojekt zur Weiterentwicklung von Verfahren der Optical Character Recognition (OCR)*. Bonn: DFG [Zugriff am: 08.07.2018]. Verfügbar unter: <http://ocr-d.de/>
- FRAUENSTIMME, 1927. Die Akademikerin in Deutschland. *Frauenstimme* [online]. 44, Nr. 18, 01.09.1927, S. 3 [Zugriff am: 08.07.2018]. Verfügbar unter: <http://fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=FS44018&page=2>
- FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, 2018a. *Historische Presse der deutschen Sozialdemokratie online* [online]. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung [Zugriff am: 13.07.2018]. Verfügbar unter: <https://www.fes.de/e/historische-presse-der-deutschen-sozialdemokratie-online/>
- FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, 2018b. *Vorwärts-Blog* [online]. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung [Zugriff am: 13.07.2018]. Verfügbar unter: <https://www.fes.de/bibliothek/vorwaerts-blog/>
- GUERCKE, Olaf, 2016. Das Projekt „Vorwärts bis 1933“: Digitalisierung und elektronische Präsentation einer historischen Zeitung – Ein Werkstatt-Report. Teil 1: Scanprozess, Texterkennung und Metadatenanreicherung. In: *b.i.t. online* [online]. 19(6), S. 507-510 [Zugriff am: 07.07.2018]. Verfügbar unter: <https://www.b-i-t-online.de/heft/2016-06-nachrichtenbeitrag-guercke.pdf>
- GUERCKE, Olaf, 2017. Das Projekt „Vorwärts bis 1933“: Digitalisierung und elektronische Präsentation einer historischen Zeitung – Ein Werkstatt-Report-Teil 2: Präsentation der Zeitung im Web. In: *b.i.t. online* [online]. 20(1), S. 26-29 [Zugriff am: 07.07.2018]. Verfügbar unter: <https://www.b-i-t-online.de/heft/2017-01-nachrichtenbeitrag-guercke.pdf>
- IMAGEWARE COMPONENTS GMBH, o.J.a. *BCS-2* [online]. Bonn: Imageware Components GmbH [Zugriff am: 08.07.2018]. Verfügbar unter: <https://www.imageware.de/produkte/bcs-2/>
- IMAGEWARE COMPONENTS GMBH, o.J.b. *Einführung OCR Modul* [online]. Bonn: Imageware Components GmbH [Zugriff am: 08.07.2018]. Verfügbar unter: <https://manuals.imageware.de/bcs-2/bcs-2-classic/handbuecher/bcs-2-classic-zusatzmodule/ocr-modul/hintergrund/>
- IMAGEWARE COMPONENTS GMBH, o.J.c. *MyBib eL* [online]. Bonn: Imageware Components GmbH [Zugriff am: 08.07.2018]. Verfügbar unter: <https://www.imageware.de/produkte/mybib-el/>

- KOSZYK, Kurt, 1980. *Die Presse der deutschen Sozialdemokratie: Eine Bibliographie*. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft.
- MAHRT-THOMSEN, Frauke, 2012. *Bona Peiser (1864-1929): Die erste deutsche Bibliothekarin*. Berlin: BibSpider.
- MAHRT-THOMSEN, Frauke, 2017. Bona Peiser (1864-1929). In: Günter BENSER, Dagmar GOLDBECK und Anja KRÜKE, Hrsg. „Bewahren – Verbreiten – Aufklären“: *Archivare, Bibliothekare und Sammler der Quellen der deutschsprachigen Arbeiterbewegung*. Supplement. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung S. 90-99.
- OSCHILEWSKI, Walther G., 1976. Eine Zeitung schreibt Geschichte: 100 Jahre „Vorwärts“. In: *Die neue Gesellschaft* 23(10), S. 788-791.
- RINGELNATZ, Joachim, 1926. Matrosen. In: *Vorwärts: Berliner Volksblatt*. [online]. 43, Nr. 201, 30.04.1926. [Zugriff am: 07.07.2018]. Verfügbar unter: <http://fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=VW43201&page=14>
- SCHULZE, Volker, 1972. Vorwärts, Leipzig/Berlin (1876-1933). In: Heinz-Dietrich FISCHER, Hrsg. *Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts*. Pullach: Verlag Dokumentation, S. 329-348.
- VORWÄRTS, 1893. Der Frauen-Bildungsverein für Berlin und Umgegend. *Vorwärts: Berliner Volksblatt* [online]. 10, Nr. 76, 30.03.1893, S. 7 [Zugriff am: 07.07.2018]. Verfügbar unter: <http://fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=VW10076&page=6>
- VORWÄRTS, 1898. Die freie Bibliothek und die öffentliche Lesehalle. *Vorwärts: Berliner Volksblatt* [online]. 18, Nr. 286, 07.12.1898, S. 5 [Zugriff am: 07.07.2018]. Verfügbar unter: <http://fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=VW15289&page=4>
- VORWÄRTS, 1899. Notizen. *Unterhaltungsblatt des Vorwärts* [online]. 16, Nr. 233, 28.11.1899, S. 932 [Zugriff am: 07.07.2018]. Verfügbar unter: <http://fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=UV16233&page=3>
- VORWÄRTS, 1918. Ein Hoch- und Landesverratsprozess vor dem Reichsgericht. *Vorwärts: Berliner Volksblatt* [online]. 35, Nr. 126, 08.05.1918, S. 7-8 [Zugriff am: 08.07.2018]. Verfügbar unter: <http://fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=VW35124>
- VORWÄRTS, 1925. Der Lebenslauf Friedrich Eberts. *Vorwärts: Berliner Volksblatt* [online]. 42, Nr. 101, 28.02.1925, S. 3 [Zugriff am: 08.07.2018]. Verfügbar unter: <http://fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=VW42101&page=2>
- ZEITSCHRIFTENDATENBANK, o.J. *Detailnachweis: Der Sozialdemokrat* [online]. [Zugriff am: 13.07.2018]. Verfügbar unter: <https://zdb-katalog.de/title.xhtml?idn=011752483>

- ZEITSCHRIFTENDATENBANK, o.J. *Detailnachweis: Frauenstimme* [online]. [Zugriff am: 13.07.2018]. Verfügbar unter: <https://zdb-katalog.de/title.xhtml?idn=015459047>
- ZEITSCHRIFTENDATENBANK, o.J. *Detailnachweis: Freiheit: Berliner Organ der unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands* [online]. [Zugriff am: 13.07.2018]. Verfügbar unter: <https://zdb-katalog.de/title.xhtml?idn=019608136>
- ZEITSCHRIFTENDATENBANK, o.J. *Detailnachweis: Mitteilungsblatt des Verbandes der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend: Organ des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der USPD* [online]. [Zugriff am: 13.07.2018]. Verfügbar unter: <https://zdb-katalog.de/title.xhtml?idn=012858552>
- ZEITSCHRIFTENDATENBANK, o.J. *Detailnachweis: Neuer Vorwärts: journal social-démocrate destiné aux réfugiés de langue allemande* [online]. [Zugriff am: 07.07.2018]. Verfügbar unter: <https://zdb-katalog.de/title.xhtml?idn=010041907>
- ZEITSCHRIFTENDATENBANK, o.J. *Detailnachweis: Vorwärts: Berliner Volksblatt* [online] [Zugriff am: 07.07.2018]. Verfügbar unter: <https://zdb-katalog.de/title.xhtml?idn=010118608>
- ZEITSCHRIFTENDATENBANK, o.J. *Detailnachweis: Vorwärts: Centralorgan der Sozialdemokratie Deutschlands* [online] [Zugriff am: 13.07.2018]. Verfügbar unter: <https://zdb-katalog.de/title.xhtml?idn=010766464>
- ZEUTSCHEL GmbH, o.J. *OS 12000 A1* [online]. Tübingen: Zeutschel GmbH [Zugriff am: 13.07.2018]. Verfügbar unter: <https://www.zeutschel.de/de/produkte/scanner/farbscanner/os-12000-din-a1.html>

Strategien für das Management von Historischen und Sondersammlungen in Wissenschaftlichen Bibliotheken unter besonderer Berücksichtigung der Thomas-Mann-Sammlung der Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Ute Olliges-Wieczorek

„Haben wissenschaftliche Bibliotheken noch einen Sammelauftrag?“ fragt Michael Knoche in einem Aufsatz im *Offenen Bibliotheksjournal o-bib* im Jahr 2015.¹ Sollten Bibliotheken nur noch die Informationen und Texte möglichst in elektronischer Form beschaffen, die aktuell benötigt werden, ohne einen umfassenden Bestandsaufbau vor Ort zu betreiben? In Zeiten knapper Mittel sei es für eine klassische Universitätsbibliothek schwierig, den Sammlungsgedanken zu vermitteln, so auch Klaus Kempf schon 2013.² Eine Bibliothek solle nicht mehr vordergründig bestands- und medienbezogen planen, organisieren und damit letztlich agieren, sondern die Nutzenden mit ihren sehr unterschiedlichen Informationsbedürfnissen zum obersten Ziel und zum alleinigen Maßstab ihres gesamten Planens und Handelns machen. Damit stehe bei einer Dienstleistung nicht mehr das Potential des lokalen Bestandes, der eigenen Sammlung, im Vordergrund, sondern im Zweifelsfall werde unter Beachtung der jeweiligen Rechtesituation auf Fremdressourcen zugegriffen und die Bibliothek trete nur noch rein vermittelnd als Intermediär, nicht mehr aus eigenen Ressourcen schöpfend, in Erscheinung.

1 KNOCHE, 2015.

2 Vgl. KEMPF, 2013, S. 25.

Kempfs und Knoches Statements beziehen sich in erster Linie auf den Bestandsaufbau in modernen Universitätsbibliotheken, die sich immer stärker zu Gebrauchsbibliotheken, deren nutzerorientierter Bestandsaufbau heute zum Paradigma geworden ist, entwickeln. Angesichts der Informationsflut ist eine antizipatorische Bestandsaufbaustrategie heute aufgrund geringer Bibliotheksetats kaum noch umsetzbar und aufgrund der Digitalisierungs- und elektronischen Liefermöglichkeiten kaum noch zu vertreten.

Wie in den obigen Zitaten von Knoche und Kempf deutlich wird, wird der Begriff „Sammlung“ heute gleichgesetzt mit einem umfassenden, antizipatorischen vom Nutzer unabhängigen Bestandsaufbau einer Bibliothek. Jürgen Weber dagegen definiert „Sammlungen“ als „Anhäufung von Objekten mit gemeinsamen [inhaltlichen, funktionalen oder materiellen (d. Verf.)] Merkmalen zu einem bestimmten Zweck“³. Die Objekte gehörten zum kulturellen Erbe und zeichneten sich durch Alter, Seltenheit und Bedeutung aus. Seine Definition bezieht sich also in erster Linie auf unikale oder selten vorhandene Bestände in Bibliotheken, die vom Nutzerinteresse unabhängig sind. Historische und Sondersammlungen einer Bibliothek sind in der Regel nicht durch das Nutzerinteresse einer Universität definiert, sondern durch Zufall in eine Bibliothek gekommen, etwa durch die Übernahme von historischen Vorgängereinrichtungen wie Fürstenbibliotheken, historischen wissenschaftlichen Stadtbibliotheken, Kloster-, Stifts- und Dombibliotheken. Handschriften, Inkunabeln und Autographen, aber auch Künstlerbücher, umfassende Dokumentensammlungen, historische Zeitschriften und Zeitungen gehören zu den Sonderbeständen einer Bibliothek.

Nachlässe von Dichtern, Wissenschaftlern, Privatpersonen und Spezialsammlungen zu bestimmten Themen ergänzen das Portfolio der Sammlungen von Universitätsbibliotheken. In den Landes- und Regionalbibliotheken finden sich Sammlungen, die zum Kulturerbe einer Region gehören.

In diesem Sinne soll im Folgenden über das Management von Sammlungen unter besonderer Berücksichtigung der Thomas-Mann-Sammlung der ULB Düsseldorf gesprochen werden.

Die Frage, die sich stellt, ist, ob auch die Erwerbung, Erschließung oder Pflege einer Sammlung im Sinne Webers stärker am Nutzerinteresse ausgerichtet werden kann und wo die Problematiken liegen. Kann die Bibliothek auch in Bezug auf die Historischen Sammlungen und Sonderbestände als Intermediär auftreten und worin liegen die Schwerpunkte beim Management einer Sondersammlung? Nutzerorientierung und Sondersammlungen – ist das ein Widerspruch?

Hinzu kommt ein weiterer Aspekt für Sammlungen in Universitätsbibliotheken, der vom Wissenschaftsrat in seinen „Empfehlungen zu wissenschaftlichen Sammlungen“ ausdrücklich angesprochen wird: Die Kernaufgaben in Bezug auf die Sammlungen (Pflege, Erhalt, Erschließung) in Universitätsbibliotheken seien durch die Grundfinanzierung häufig nicht hinreichend abgedeckt. Im inneruniversitären

3 WEBER, 2009, S. 1169.

Verteilungswettbewerb um die knappen Ressourcen hätten Sammlungen und sammlungsbezogene Forschung aufgrund der eher nicht für Sammlungen geeigneten internen Kriterien der Mittelvergabe (v.a. Lehrleistung, Drittmittel, Bibliometrie) und aufgrund geringer Sichtbarkeit vielfach das Nachsehen. Käme es zu finanziellen Engpässen an Universitäten, würden Sammlungen leicht zur Disposition gestellt und um ihre Finanzierung müsse gekämpft werden.⁴

Ein weiterer Punkt ist, dass die Hochschulleitungen, bedingt durch das Hochschulfreiheitsgesetz und die Hochschulautonomie, über die Finanzierung der Historischen und Sondersammlungen einer Bibliothek bei der Mittelverteilung zumindest indirekt mitentscheiden. Sofern es sich nicht um geisteswissenschaftlich affine Leitungen handelt, ist schwer zu vermitteln, wieso Sondersammlungen aus dem Hochschuletat zu finanzieren sind, wenn sie – im Vergleich zur modernen Bibliothek – nur eine geringe Nutzung aufweisen und vielleicht auch noch über Bestände verfügen, die nur wenig zu den geisteswissenschaftlichen Forschungsgebieten der eigenen Hochschule passen. Aufgrund der Konkurrenzsituation der Hochschulen ist es nur schwer zu vermitteln, dass die historischen Bestände der eigenen Bibliothek auch der Forschung an anderen Hochschulen des In- und Auslandes dienen müssen, schließlich nutzen die Geisteswissenschaftler der eigenen Hochschule auch die Sondersammlungen und Sonderbestände anderer Hochschul- und Forschungsbibliotheken.

Universitäre Sammlungen stellen eine wesentliche Forschungsinfrastruktur für die Geisteswissenschaften dar. Dies hat der Wissenschaftsrat 2011 ausdrücklich in seinen „Empfehlungen zu wissenschaftlichen Sammlungen“ festgestellt⁵ und auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat sowohl den Ankauf, die Erschließung und auch die Digitalisierung von Sammlungen seit Jahren gefördert. Die Sammlungen von Universitätsbibliotheken bilden zusammen mit denen der großen Forschungs- und Staatsbibliotheken sowie den Regional- und Landesbibliotheken ein bedeutsames Netzwerk für die Forschung, das durch virtuelle Zusammenführung der Sammlungen in Portalen und Katalogen einen zusätzlichen Mehrwert schafft.

Aufgrund dieser Ausgangssituation ergeben sich vielfältige Ideen für strategische Ausrichtungsmöglichkeiten für Historische und Sondersammlungen, die im Folgenden aufgezeigt werden sollen. Im Focus der Betrachtung steht dabei die Strategie für die Historischen und Sondersammlungen der ULB Düsseldorf, insbesondere für die Thomas-Mann-Sammlung.

Die Thomas-Mann-Sammlung der ULB Düsseldorf umfasst sämtliche Werk- und Einzelausgaben Thomas Manns, aber auch seine Beiträge in Zeitschriften, Sammelbänden und Zeitungen sowie bedeutende bibliophile und Sonderausgaben der Werke Thomas Manns. Zur Sammlung gehört ferner ein über 30.000 Dokumente umfassendes Zeitungsausschnittarchiv, 1.200 Übersetzungen der Werke Thomas Manns und eine auf Vollständigkeit angelegte Sammlung der Sekundärliteratur, rund

4 Vgl. WISSENSCHAFTSRAT, 2011.

5 Ebd.

5.000 Abschriften, Fotokopien und Durchschläge von Briefen Thomas Manns, fast 200 Spiel- und Dokumentarfilme sowie Hörbücher und eine Porträt- und Plakatsammlung. Erschlossen wird die Sammlung durch einen Online-Katalog, in dem über 30.000 Monografien, Aufsätze aus wissenschaftlichen Fachzeitschriften und Sammelbänden und die seit 2006 in die Sammlung aufgenommenen Zeitungsartikel und Internetquellen verzeichnet sind. Zur Sammlung gehören ferner diverse Nachlässe von Thomas-Mann-Forschern.⁶

Strategische Ziele für Historische und Sondersammlungen

Als strategische Ziele für Historische und Sondersammlungen werden im Erwerbungsprofil der Sammlungen der ULB Düsseldorf vor allem

- die sinnvolle Vermehrung der Sammlung
- die Erschließung und Zugänglichmachung der Sammlung sowie
- die Bestandserhaltung und die Pflege der Sammlung definiert.

Aufgrund der oben beschriebenen Situation an Universitätsbibliotheken sollten für die strategische Ausrichtung einer Sammlung jedoch weitere Aspekte berücksichtigt werden:

- die Ausrichtung der Sammlungspolitik am Forschungsinteresse der eigenen Hochschule bzw. an der Strategie der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, die im Hochschulentwicklungsplan 2017-2021 festgelegt ist⁷
- die Einbindung der Historischen und Sondersammlungen in die Hochschullehre
- die Initiierung von Forschungsprojekten und die Einwerbung von Drittmitteln zusammen mit Vertretern der Forschung
- die Unterstützung von Forschungsprojekten als Intermediär
- die Unterstützung im Bereich der Digital Humanities sowohl für Forschung und Lehre und
- die Vermittlung bzw. Öffentlichkeitsarbeit für eine Sammlung sowohl in der eigenen als auch außerhalb der Hochschule.

⁶ Vgl. OLLIGES-WIECZOREK, 2011.

⁷ Vgl. HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT, 2017b.

Ausrichtung der Strategie für Sondersammlungen an der Hochschulstrategie und den Forschungsschwerpunkten der Hochschule

Die strategische Ausrichtung einer Historischen oder Sondersammlung einer Bibliothek sollte idealerweise in engem Zusammenhang mit der Hochschulstrategie stehen.

Der Hochschulentwicklungsplan für die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf hat das Ziel, „die Attraktivität der HHU für herausragende Forschungspersönlichkeiten, Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fakultäten, den Zentralen Einrichtungen und der Universitätsadministration weiter zu steigern sowie exzellente Studierende zu gewinnen und eine hervorragende Studienqualität zu gewährleisten“⁸. Im Bereich der Forschung geht es vor allem um die Etablierung von Exzellenzclustern, Sonderforschungsbereichen, von neuen Forschungsgruppen und Graduiertenkollegs sowie die Erhöhung des Drittmittelaufkommens.

Auf dem Gebiet der Lehre stehen die Steigerung der Anzahl der Absolventinnen und Absolventen, die Förderung bzw. Neuentwicklung innovativer interdisziplinärer Bachelor- und Masterstudiengänge, die Beratungsangebote für die Studierenden sowie um verstärkte Digitalisierung in Studium und Lehre im Mittelpunkt.

Außerdem will die HHU ihr Profil als Bürgeruniversität schärfen, insbesondere durch öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, die sich nicht nur an Studierende, sondern auch an Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft richten.

Im Folgenden soll untersucht werden, wie sich die Ausrichtung der Historischen und Sondersammlungen auf diese hochschulstrategischen Entwicklungsziele für die einzelnen Zielgruppen beziehen lassen.

Zielgruppe Forschung: Etablierung von Sonderforschungsbereichen und Einwerbung von Drittmitteln für die geisteswissenschaftliche Forschung und die Bibliothek

Für die Forschung wird im Hochschulentwicklungsplan vor allem die Einwerbung von Drittmitteln bzw. die Steigerung des Drittmittelaufkommens in der eigenen Hochschule genannt.⁹

Die Ausrichtung einer Historischen Sammlung oder Sondersammlung an dieser Strategie würde in diesem Kontext bedeuten, Ideen zu entwickeln, wie die Bibliothek als Servicedienstleister die Wissenschaftler unterstützen kann, u.a. Drittmittel für ihre Forschungen einzuwerben.

⁸ HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT, 2017b.

⁹ Vgl. ebd.

Die Kooperation mit der Wissenschaft ist auch deshalb für Bibliotheken unerlässlich, da eigene Projekte, wie sie in der Vergangenheit beispielsweise im Bereich der Digitalisierung möglich waren, kaum mehr gefördert werden. So weist die Kommission „Zukunft der Informationsinfrastruktur“ im Hinblick auf Digitalisierungsmaßnahmen historischer Bestände ausdrücklich darauf hin, dass diese nur unter „verantwortlicher Beteiligung der Wissenschaft“ erfolgen kann und die Wissenschaftler diese „Cluster priorisierter Korpora“ definieren sollen, um redundante Digitalisierung zu vermeiden.¹⁰ Bibliotheken und damit auch Historische Sammlungen und Sondersammlungen werden damit zu Dienstleistern der Wissenschaft und damit explizit zu einer engen Kooperation mit der Wissenschaft aufgefordert. Diese Kooperation zu initiieren setzt voraus, dass der Bibliothekar über diffizile Bestandskenntnisse verfügt und auch selber Forschungsfragen an die Bestände stellen kann, um den Wissenschaftlern Vorschläge zu machen und Forschung zu einer Sammlung anzuregen und ggf. gemeinsam mit der Wissenschaft Projekte einzuwerben.

Für die Thomas-Mann-Sammlung wird die Einwerbung von Drittmitteln erst dann wirklich interessant, wenn die urheberrechtlichen Beschränkungen, der die Werke Thomas Manns noch bis zum Jahr 2025 unterliegen, entfallen. Dann wird es beispielsweise möglich sein, die Briefe Thomas Manns zu digitalisieren und zu edieren. Dies könnte in einem großen Projekt zusammen mit dem Germanistischen Institut der Heinrich-Heine-Universität und anderen Thomas-Mann-Gedächtnisinstitutionen, wie z.B. mit dem Thomas-Mann-Archiv in Zürich, dem Buddenbrookhaus in Lübeck sowie mit dem 2017 neu gegründeten Netzwerk der Mann-Häuser erfolgen. Aufgrund der vorhandenen Bestände könnte für die HHU hier im Bereich der Germanistik möglicherweise sogar ein Sonderforschungsbereich – wie im Hochschulentwicklungsplan angestrebt – etabliert werden. Durch die Zusammenführung der verschiedenen Nachweisinstrumente könnte eine Virtuelle Forschungsumgebung für die Mann-Forschung aufgebaut werden.

Weitere Anknüpfungsjprojekte für die Historischen Sammlungen könnten sich aufgrund der landesbibliothekarischen Funktion der ULB durch ihre herausragenden Sonderbestände zu regionalen Themen, die für die Kultur und Geschichte des Rheinlandes interessant sind, ergeben. Sofern diese nicht ausdrücklich in den Digitalen Sammlungen¹¹ als Virtuelle Sammlungen zusammengeführt sind, werden sie von Benutzern durch eine Katalogrecherche nur dann gefunden, wenn man genaue Titelkenntnisse hat und formal suchen kann. Die sachliche Erschließung eines großen Teils der Altbestände ist nicht durch Datenbanken gegeben und erfordert die Kenntnis spezifischer Recherchestrategien, die in den Veranstaltungen zur Informationskompetenz für Studierende zumeist nicht vermittelt werden können.

Im Management der Sammlungen sollte deshalb die Bildung Virtueller Sammlungen, die auf die Forschungsschwerpunkte der einzelnen Institute abgestimmt

10 KOMMISSION ZUKUNFT DER INFORMATIONENINFRASTRUKTUR, 2011, Zeile 735.

11 Vgl. HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF, 2018a.

sind, im Mittelpunkt stehen. Dies würde bedeuten, Bestände thematisch zu clustern bzw. zu möglichen Forschungsthemen zusammenzustellen. Auch sog. Hidden Collections, gemeint sind damit falsch oder unzureichend erschlossene Sammlungen, sollten sichtbar gemacht werden. So hat die ULB Düsseldorf in den letzten Jahren zahlreiche Sammlungen von ephemeren Materialien, z.B. Theaterzetteln, Flugblättern, Plakaten und Schulprogrammen erschlossen und in ihre Digitale Sammlungen aufgenommen. Durch die Steigerung der Sichtbarkeit der Bestände könnten sich auch größere Möglichkeiten für Kooperationen mit der Forschung für die Einwerbung von Drittmittelprojekten ergeben.

Die Vermittlung solcher Sonderbestände zusammen mit Kenntnissen über die verschiedenen Förderprogramme kann dazu führen, zusammen mit Wissenschaftlern der eigenen Hochschule Forschungsprojekte zu generieren und dadurch Drittmittel auch für die Erschließung und Digitalisierung einzuwerben und damit auch der Hochschulstrategie zu entsprechen.

Einwerbung von Drittmitteln für Neuerwerbungen von Sammlungen bzw. Sammlungsergänzungen

Um die Akzeptanz von Sammlungen in der Hochschule zu erhöhen, ist es notwendig, die Übernahme von Sammlungen – unabhängig davon, ob es sich um einen antiquarischen Kauf, ein Geschenk oder ein Depositum handelt – mit Vertretern der Wissenschaft bzw. mit den Hochschulleitungen abzustimmen, damit eine Sammlung zum Erwerbungszeitpunkt dem Forschungsinteresse der Hochschule entspricht.

Sollte eine Sammlung als Geschenk oder Depositum angeboten werden, entstehen mit der Aufnahme, bedingt durch Erschließung, Pflege und Lagerung, erhebliche Kosten für die Universität, die auch langfristig getragen werden müssen. Nicht zu unterschätzen ist ferner der Personalaufwand, der durch die Kommunikation mit Schenkenden, Vorlassern bzw. Angehörigen von Nachlassern und auch in der späteren Vermittlung der Bestände entsteht, so dass vor Annahme der Sammlung in der Hochschule eine „Lobby“ benötigt wird, die sich für die Aufnahme einer Sammlung ausspricht. Die Annahme bzw. Übernahme einer Sammlung bedeutet auch Verantwortung für das kulturelle Erbe. Durch die Übernahme von Sammlungen erhält die Hochschule bedeutende Alleinstellungsmerkmale, die sie für die Beantragung von Sonderforschungsbereichen und auch für Projekt-Kooperationen mit anderen Hochschulen interessant machen kann.

In den Erwerbungsprofilen für universitäre Sammlungen ist in der Regel die Ergänzung der bereits bestehenden Sammlungen festgeschrieben. Die wenigsten universitären Sammlungen verfügen über Etats für die Erwerbung von Objekten. Eine zielgerichtete Aufstockung einer Sammlung ist – wie der Wissenschaftsrat ausdrücklich betont – erschwert, „wenn die Zusammensetzung ausschließlich über Schenkungen,

Stiftungen, Sachspenden etc. gelingt und damit nur bedingt steuerbar ist“¹². Häufig ist es dem Engagement von Stiftungen, Fördereinrichtungen und engagierten Freundeskreisen zu verdanken, wenn Rara für die Sondersammlungen einer Bibliothek angekauft werden können. So ist es beispielsweise dem Verein der Freunde und Förderer der Universität Düsseldorf zu verdanken, dass auf gemeinsame Initiative des Germanistischen Instituts und der Universitätsbibliothek im Jahr 1969 die Thomas-Mann-Sammlung von einem privaten Sammler, dem Düsseldorfer Buchhändler und Historiker Dr. Hans-Otto Mayer, angekauft werden konnte. Seit 1980 ist diese Sammlung in der Universitäts- und Landesbibliothek im Sonderlesesaal als Präsenzbibliothek aufgestellt worden und wird laufend durch einen im Übernahmevertrag festgelegten Betrag von 5000 DM, heute 2500 Euro, ergänzt. Als „wahres Arcadien“ für die Forschung wurde die Sammlung damals von dem Düsseldorfer Germanisten Herbert Anton bezeichnet.¹³ Antons Nachfolger hatten jedoch andere Schwerpunkte in der Forschung. Das Werk Thomas Mann wurde an der Universität nicht mehr vorrangig erforscht, das Interesse war in den 90er Jahren seitens der Universität deutlich geringer; dafür wusste die überregionale und internationale Forschung die Sammlung sehr wohl zu nutzen. Die im Übernahmevertrag festgelegten Erwerbungsmitel blieben aufgrund der vertraglichen Verpflichtung erhalten, so dass die Sammlung laufend – wenn auch in geringem Umfang – ergänzt werden konnte.

Die Festlegung eines jährlichen Etats ist nur bei wenigen Sammlungen gegeben. Deshalb ist im Management von Historischen Sammlungen die Einwerbung von Drittmitteln für den gewerblichen und privaten antiquarischen Kauf, aber auch für eine sachgerechte Erschließung besonders wichtig. Ergänzt werden Historische Sammlungen häufig durch Schenkungen oder Deposita. Die Thomas-Mann-Sammlung der ULB Düsseldorf erhält beispielsweise die Übersetzungen der Werke Thomas Manns regelmäßig als Geschenk des Fischer-Verlages Frankfurt.

Je besser die Leitung einer Historischen Sammlung mit Forschung und Region vernetzt ist, desto häufiger wird es ihr gelingen, Ergänzungen zu einzelnen Sammlungen aufzuspüren sowie neue Sammlungen zu akquirieren und Finanzierungsmöglichkeiten dafür zu finden bzw. in der Hochschule Interesse für die Sammlungen zu wecken. Im Jahr 2009 gelang die Gründung der Düsseldorfer Thomas Mann-Gesellschaft, die sich die Förderung der Thomas-Mann-Sammlung laut Statut ausdrücklich zum Ziel gesetzt hat. Sie wurde von Wissenschaftlichen Mitarbeitern des Germanistischen Instituts der HHU gegründet. Zu den inzwischen fast 100 Mitgliedern der Gesellschaft gehören Wissenschaftler und Studierende der Heinrich-Heine-Universität sowie ein großer Kreis Düsseldorfer Bürger, so dass die Thomas-Mann-Sammlung der ULB Düsseldorf – der Strategie der Hochschule entsprechend – die Vernetzung von Stadt und Universität unterstützt (Bürgeruniversität). Über den Kontakt zu Düsseldorfer Bürgern konnte die Sammlung um Kopien von Briefen

12 WISSENSCHAFTSRAT, 2011.

13 Vgl. BARTELT, 1985.

und durch Porträts Thomas Manns ergänzt werden. Auch wurden Kontakte zu Besitzern von bedeutsamen Nachlässen für die Thomas-Mann-Forschung hergestellt.

Erarbeiten von Vorschlägen für gemeinsame Projekte von Bibliothek und Forschung in der eigenen Hochschule

Nur wenige Forscher der eigenen Hochschule sind mit den Historischen und Sonderbeständen einer Bibliothek wirklich vertraut und wissen um die „Schätze“, die in den Magazinen schlummern. Denkbar wäre deshalb, in den Historischen und Sondersammlungen Virtuelle Sammlungen oder „Themenpakete“ aus den Beständen zusammen zu stellen, auf die die Forschung zum Beispiel angesichts von Jahrestagen, Jubiläen hingewiesen wird und die sich für gemeinsame Projekte von Bibliothek und Forschung anbieten. So wurde im Reformationsjahr 2017 zum Thema „Thomas Mann und Luther“ eine umfassende Ausstellung im Foyer der Bibliothek gezeigt, die aus Beständen der Thomas-Mann-Sammlung stammten. Die Ausstellung wurde im Rahmen eines Seminars des Germanistischen Instituts und in Zusammenarbeit mit der Düsseldorfer Thomas-Mann-Gesellschaft erarbeitet. Begleitende wissenschaftliche Vorträge von Institutsmitgliedern und auswärtigen Thomas-Mann-Forschern rundeten das Programm ab.¹⁴

Die Erarbeitung einer gemeinsamen Ausstellung ist eher ein klassisches Kooperationsprojekt von Bibliotheken und Forschung, aber bei weitem nicht das einzige. Eine weitere Kooperation gab es im Rahmen eines Forschungsprojekts zur Augmented Reality.

Umfangreiche Film- und Fotoaufnahmen sowie Interviews mit der Leitung der Sammlung wurden in das Projekt eingebracht.

Unterstützung der Forschung durch Nachweis von Literatur und Optimierung der Recherchemöglichkeiten und Dokumentation von Internetquellen

Der Online-Katalog der Thomas-Mann-Sammlung¹⁵, der durch das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft in den Jahren 2008-2010 geförderte Projekt „Retrokonversion von Beständen der Thomas-Mann-Sammlung (TMS) mit Catalogue Enrichment, Einbindung von Volltexten und Integration eines Dokumentliefersystems“ inzwischen mehr als 30.000 Titel von Monographien, Aufsätzen aus Zeitschriften und Sammelbänden sowie von Zeitungsartikeln, audiovisuellen Medien,

¹⁴ Vgl. HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF, 2017a.

¹⁵ Vgl. HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF, 2018b.

Internetquellen sowie die in der Sammlung vorhandenen Plakate und Porträts nachweist, ersetzt eine Personalbibliographie zu Thomas Mann.¹⁶ Der Online-Katalog ist das umfassendste Nachweisinstrument für die Literatur von und über Thomas Mann weltweit. Durch eine vertiefende intellektuelle Erschließung durch Schlagwörter und eine Systematik erhält die Forschung ein umfassendes Rechercheinstrument, mit dem zum Werk Thomas Manns erheblich differenzierter recherchiert werden kann als mit einer allgemeinen Fachbibliographie in der Germanistik.

Zum Aufgabenportfolio der Thomas-Mann-Sammlung gehört ferner die Dokumentation der Bedeutung des Werkes Thomas Manns in der Gegenwart. Hierzu zählt die Erschließung und Langzeitarchivierungen von Zeitungsausschnitten und Internetquellen zum Thema „Thomas Mann und seine Familie“. Der Nachweis dieser Quellen erfolgt im Katalog der Thomas-Mann-Sammlung. Sofern möglich, werden die Daten zu den Volltexten verlinkt. Der Katalog ist im Internet recherchierbar und wird auch über das Suchportal des Fachinformationszentrums „Germanistik im Netz“ angeboten.¹⁷

Unterstützung der Forschung durch Push-Informationen zum Forschungsthema

Unterstützung kann eine Sammlung auch durch Vermittlung von Informationen zu Forschungsthemen der Wissenschaftler leisten. Dabei sollte eine Push-Strategie angewandt werden: Man wartet nicht ab, bis sich ein Wissenschaftler an die Sammlung wendet, sondern bietet proaktiv beispielsweise Informationen zu Neuerwerbungen, Veranstaltungen usw. an.

Für die Thomas-Mann-Sammlung erscheint seit 2006 mehrmals im Jahr ein Newsletter, der die Neuerwerbungen der Sammlung vorstellt und Hinweise zu Veranstaltungen zu Thomas Mann aufgreift.¹⁸ Mehr als 500 Abonnenten beziehen diesen Newsletter. Forscher melden ihre Forschungsartikel und Monographien, damit sie im Newsletter angezeigt werden. Dadurch entsteht auch ein überregionales Kommunikationsnetzwerk für die Thomas-Mann-Forschung. Auch über Social Media (Facebook, Research Gate) werden diese Informationen zur Verfügung gestellt.

Unterstützung der Forschung und Lehre durch Digitalisierungsmaßnahmen bzw. Dokumentlieferung

Die Digitalen Sammlungen einer Bibliothek stellen durch ihre Publikation im Internet und dem Nachweis in überregionalen Portalen der geisteswissenschaftlichen

¹⁶ Die Bibliographie von Georg Potempa bzw. von Klaus W. Jonas wurden nach Erscheinen der Bände nicht fortgesetzt (vgl. POTEPA, 1992 und JONAS, 1972).

¹⁷ Vgl. VIRTUELLE FACHBIBLIOTHEK GERMANISTIK, 2016.

¹⁸ Der Newsletter ist zu beziehen durch eine E-Mail an: tms@ulb.hhu.de.

Forschung (Deutsche Digitale Bibliothek, Manuscripta Mediaevalia, Gesamtkatalog der Wiegendrucke, Incunable Short Title Catalogue, Kalliope – Verbundkatalog Nachlässe und Autographen) eine bedeutende Forschungsinfrastruktur für die geisteswissenschaftliche Forschung da. Häufig ist dadurch der Besuch vor Ort nicht mehr erforderlich. Wichtig ist, dass die Forschung die Möglichkeit hat, auch eigene Vorschläge für die Digitalisierung von Beständen der Bibliothek zu machen, wobei die Bibliothek für die Einhaltung des Urheberrechts und die Verhinderung von Mehrfachdigitalisierungen des gleichen Werkes verantwortlich zeichnet.

Für das Controlling in den Historischen Sammlungen und Sondersammlungen sollten deshalb nicht nur die Zahl der Benutzer vor Ort erfasst werden, sondern auch die Anzahl der Webzugriffe auf die Digitalen Sammlungen einer Bibliothek insgesamt. Auch diese Zugriffszahlen können öffentlichkeitswirksam vermittelt werden. Umfassende Digitalisierungsmaßnahmen sind in der Thomas-Mann-Sammlung aufgrund des Urheberrechts nicht möglich. Geliefert wurden jedoch bis Anfang des Jahres 2018 Kopien von Aufsätzen und von einzelnen Kapiteln aus Monographien an den Arbeitsplatz des Nutzers.¹⁹

Unterstützung der Forschung im Bereich Digital Humanities, Forschungsdaten und Langzeitarchivierung

Die Drittmittelakquise im Bereich der historischen Forschung setzt voraus, dass ein Reservoir an Know-how zu den Digital Humanities vorhanden ist. Beratung beim Aufbau von Datenbanken und Projekten zu digitalen Editionen stehen hier im Mittelpunkt. In direktem Zusammenhang damit steht auch die Aufstellung von Forschungsdatenmanagementplänen und die Langzeitarchivierung von Forschungsdaten. In diesen Bereichen wird eine Zusammenarbeit mit den großen Digital Humanities Center in Köln²⁰ und Trier²¹ angestrebt. Derzeit gibt es nur ein Beratungs- bzw. Vermittlungsangebot. Im Bereich der Edition und Digitalisierung der Briefe Thomas Manns (s.o.), aber auch im Bereich „Virtuelle Ausstellungen“ ergäben sich vielfältige Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Thomas-Mann-Sammlung der ULB mit der Forschung.

19 Vorübergehend musste dieser Service leider eingestellt werden, da derzeit kein gültiger Gesamtvertrag mit der VG Wort zur Vergütung des Kopierendirektversandes besteht.

20 Vgl. UNIVERSITÄT ZU KÖLN, 2018.

21 Vgl. UNIVERSITÄT TRIER – KOMPETENZZENTRUM FÜR ELEKTRONISCHE ER-SCHLIESSUNGS- UND PUBLIKATIONSVERFARHEN IN DEN GEISTESWISSENSCHAFTEN, 2018.

Unterstützung der Forschung durch Angebote an Publikationsmöglichkeiten und Open Access

Wünschenswert wäre, wenn die Thomas-Mann-Sammlung der ULB Düsseldorf der Forschung auch umfassende Publikationsmöglichkeiten bieten und damit auch die Open-Access-Bestrebungen der Heinrich-Heine-Universität²² unterstützen könnte. Angestrebt wird beispielsweise die Publikation eines Open-Access-Journals (OJS) zum Thema „Thomas Mann“. Mit dieser Zeitschrift soll die Sichtbarkeit der Thomas-Mann-Forschung an der HHU gefördert und zugleich der Transfer von Wissenschaft zur Stadt (Stichwort: Bürgeruniversität s.u.) befördert werden. In diesem von Wissenschaftlern der HHU herausgegebenen Journal sollen vor allem die Beiträge des einmal jährlich stattfindenden Studierenden- und Doktorandenkolloquiums, das das Germanistische Institut zusammen mit der Düsseldorfer Thomas-Mann-Gesellschaft und der Thomas-Mann-Sammlung veranstaltet, publiziert werden. Aufgenommen werden sollen auch Vorträge bzw. Aufsätze, die das Germanistische Institut in Kooperation mit der Düsseldorfer Thomas Mann-Gesellschaft durchführt. Die Bibliothek würde die Forscher bei redaktionellen und formalen Vorbereitungen, bei der Klärung urheberrechtlicher Fragestellungen und beim Journal-Set-up, ISSN-Registrierung, URN- bzw. DOI-Vergabe sowie der Langzeitarchivierung unterstützen.

Unterstützung von Forschungsprojekten als Intermediär

Bibliothekare sind Informationsspezialisten. Sie kennen die Informationsmittel, um zu ermitteln, wo sich welche Sondersammlungen und Historischen Bestände befinden und können die Forschung durch ihre Recherchekompetenz erheblich unterstützen. Sie können ggf. Kontakt zu den besitzenden Einrichtungen aufnehmen, dort ev. Digitalisierungsvorschläge machen oder deren Bestände im eigenen Haus digitalisieren.

Nicht nur die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit anderen Bibliotheken im Bereich der Digitalisierung und Fernleihe von Sonderbeständen, auch die Kooperation mit Archiven und Museen, etwa für Ausstellungen in Bibliotheken oder für besondere Forschungsfragen, sind hier zu nennen.

Zielgruppe Lehrende und Studierende

Auch für die Zielgruppe Lehrende und Studierende werden seitens der Sondersammlungen Angebote gemacht. Studierende in den buchaffinen Geisteswissenschaften, vor allem die mit historischen Ausrichtungen, können insbesondere durch

²² Vgl. HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF, 2018c.

Einführungsveranstaltungen für die Sondersammlungen gewonnen werden, besonders dann, wenn diese im Rahmen von Seminaren stattfinden. Aufgabe der Fachreferenten, die in Düsseldorf als Ansprechpartner für die Institute fungieren, ist es deshalb, in den Instituten mögliche Anknüpfungspunkte für die Historischen und Sondersammlungen zu ermitteln und in Kooperation mit der Dezernatsleitung Formate für die Einbindung der Studierenden und Lehrenden zu entwickeln. In Düsseldorf ist die Fachreferentin für Germanistik deshalb zugleich Leitung der Thomas-Mann-Sammlung.

Eine weitere Möglichkeit ist es, die Vorlesungsverzeichnisse nach Veranstaltungen durchzusehen, deren Leitungen man gezielt einen Besuch in den Sondersammlungen und ggf. eine auf das Seminarthema abgestimmte Einführung anbietet. So werden beispielsweise Dozenten von Veranstaltungen des Germanistischen Instituts, die sich mit Thomas Mann beschäftigen, gezielt angesprochen und eine Einführung in die Sammlung zu dem speziellen im Seminar behandelten Thema gegeben. Vermittelt werden in diesem Zusammenhang die Recherchemöglichkeiten im Katalog der Thomas-Mann-Sammlung, die Bedeutung von Briefen, Zeitungsausschnitten und Nachlässen für ein Thema. Zu den Inhalten dieser Veranstaltungen gehören auch die Einordnung der verschiedenen Editionen der Werke, der Umgang mit Primärquellen wie Tagebüchern, Notizbüchern, Briefen im Hinblick auf die Fragestellung, wie diese in die zu erstellenden wissenschaftlichen Arbeiten eingebunden werden können. Auf Wunsch werden mit den Studierenden gemeinsam Recherchen zu Hausarbeitsthemen durchgeführt. Aufmerksam gemacht werden die Studierenden auf Desiderate in der Thomas-Mann-Forschung, die im Rahmen von Master- und Doktorarbeiten bearbeitet werden können. Außerdem werden die Teilnehmer mit den verschiedenen Thomas-Mann-Gedächtnisinstitutionen und den Fachgesellschaften zu Thomas Mann vertraut gemacht (Thomas-Mann-Gesellschaften, Förderkreise, Kreis junger Thomas-Mann-Forscher). Dadurch wird es auch Studierenden ermöglicht, eigene Netzwerke in der Forschung aufzubauen.

Zweimal pro Semester werden allgemeine Führungen durch die Thomas-Mann-Sammlungen angeboten. Hinzu kommen ggf. Coffee Lectures zur Thomas-Mann-Sammlung, zu den Digitalen Sammlungen und den Historischen Sammlungen.

Interessant sind für die historisch arbeitenden Disziplinen auch Einführungen zu mittelalterlichen Handschriften und Inkunabeln, Nachlässen und Autographen. Fortgeschrittene Studierende werden mit speziellen Recherchemöglichkeiten für Handschriften, Inkunabeln und Nachlässe vertraut gemacht, z.B. Manuscripta Mediaevalia, Gesamtkatalog der Wiegendrucke (GW), Incunabla Short Title Catalogue (ISTC) oder Kalliope (Verbundkatalog Nachlässe und Autographen).

Zum Angebot der Sondersammlungen für Studierende sollte auch eine Einführung in die Digital Humanities gehören. Die Studierenden lernen den Umgang mit Editionsprogrammen für Texte und Bilder, erstellen Transkriptionen für handschriftlich vorliegende Dokumente usw. Derartige Veranstaltungen können nur in Zusammenarbeit mit den Instituten angeboten werden, wobei der Bibliothek dann eher die Vermittlung der technischen Fähigkeiten zukommt.

Doktoranden und Studierenden, die zu Thomas Mann arbeiten, wird durch Vorträge im Rahmen des einmal jährlich stattfindenden Studierenden- und Doktorandenkolloquiums ein Forum für öffentliche Vorträge geboten. Die Leitung der Thomas-Mann-Sammlung organisiert außerdem Pressekonferenzen zu Dissertationen, die in der Thomas-Mann-Sammlung entstanden sind.

Zielgruppe: Bürger der Stadt (Bürgeruniversität)

Als dritte Zielgruppe werden im Hochschulentwicklungsplan der HHU für die Jahre 2017 bis 2021 die Bürger der Stadt genannt. Der Austausch und Transfer des Wissens in die Stadt bzw. Region wird hier als vorrangiges Ziel genannt.

Einige Möglichkeiten, wie dieser Transfer des Wissens in die Stadt erfolgen kann, wurden bereits angesprochen:

Die bedeutendste Vernetzung der Thomas-Mann-Sammlung zur Stadt erfolgte durch die Gründung der Thomas Mann-Gesellschaft Düsseldorf im Jahr 2009. Die Gesellschaft hat sich die Förderung der Thomas-Mann-Sammlung der ULB ausdrücklich zum Ziel gesetzt. Sie besteht aus Wissenschaftlern, Studierenden der HHU und von anderen Universitäten sowie aus Düsseldorfer Bürgern. Durch die Gründung der Gesellschaft ist das Interesse an der Thomas-Mann-Sammlung erheblich gestiegen.

Auch der 2006 begründete Newsletter zur Thomas Mann-Sammlung mit seinen mehr als 500 Abonnenten ist ein wichtiger Kommunikationsknotenpunkt und ruft die Sammlung immer wieder auch ins Bewusstsein der Düsseldorfer Bürgerschaft. Die angestrebte Begründung eines Open-Access-Journals zum Thema Thomas Mann wird die Vernetzung zur Bürgerschaft weiter verstärken. Allgemeine Einführungen in die Thomas-Mann-Sammlung richten sich nicht nur an Studierende der Universität, sondern auch an die Düsseldorfer Bürger. Die Sammlung profitiert auch von deren Kontakten zu Schenkenden und Nachlassern. Ausstellungen, Vorträge und Lesungen zu Thomas Mann stellen weitere wichtige Angebote für die Bürger der Stadt da.

Auch die Beteiligung an Ausstellungen anderer Kultureinrichtungen der Stadt, in Düsseldorf etwa das Heinrich-Heine-Institut und das Goethemuseum, ist für die Präsenz der Thomas-Mann-Sammlung in der Stadt von großer Bedeutung.

Ausblick

Eine Steigerung der Nutzungszahlen der Thomas-Mann-Sammlung von 360 Benutzungsfällen im Jahr 2005 auf bis zu 900 im Jahr 2017 bestätigt die strategische Ausrichtung der Sammlung auf das Nutzerinteresse bzw. die unterschiedlichen Zielgruppen. Vielfältige Angebote für die unterschiedlichen Zielgruppen trugen dazu bei, die Präsenz der Sammlung im Bewusstsein der Universität und der Bürger der Stadt zu steigern. Nicht nur die Erweiterung, die Erschließung und die Pflege einer

Sammlung sollte deshalb im Mittelpunkt des Sammlungsmanagements stehen, sondern vor allem die Vernetzung mit der Forschung, mit Studierenden sowie mit dem regionalen Umfeld. Diese stellt die Basis für ein erfolgreiches Management einer Sammlung da.

Literatur

- BARTELT, Frauke, 1985. Thomas Mann-Sammlung Dr. Hans Otto Mayer (Schenkung Groth) in der Universitätsbibliothek Düsseldorf. In: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*. 32(3), S. 227-234.
- HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF, 2017a. *Thomas Mann und Luther* [online]. Düsseldorf: Heinrich-Heine-Universität [Zugriff am: 09.08.2018] Verfügbar unter: <https://www.ulb.hhu.de/ueberblick-gewinnen/presse-und-oeffentlichkeitsarbeit/ausstellungen/ausstellungen-2017/thomas-mann-und-luther.html>
- HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT, 2017b. *Wissen schaffen. Wissen teilen.* [online]. *Hochschulentwicklungsplan der Heinrich-Heine-Universität 2017-2021*. Düsseldorf: Heinrich-Heine-Universität [Zugriff am: 13.08.2018]. Verfügbar unter: <https://www.uni-duesseldorf.de/home/universitaet/weiterfuehrend/hochschulentwicklungsplan-der-hhu.html>
- HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF, 2018a. *Digitale Sammlungen* [online]. Düsseldorf: Heinrich-Heine-Universität [Zugriff am 13.08.2018]. Verfügbar unter: <http://digital.ub.uni-duesseldorf.de/>
- HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF, 2018b. *Online-Katalog der ULB Düsseldorf [zur] Thomas-Mann-Sammlung* [online]. Düsseldorf: Heinrich-Heine-Universität [Zugriff am: 09.08.2018]. Verfügbar unter: https://katalog.ub.uni-duesseldorf.de/F?local_base=due02&func=find-b-0
- HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF, 2018c. *Open Access an der HHU* [online]. Düsseldorf: Heinrich-Heine-Universität [Zugriff am: 09.08.2018]. Verfügbar unter: <http://www.openaccess.hhu.de/>
- JONAS, Klaus W., 1972. *Die Thomas-Mann-Literatur*. Berlin: Erich Schmidt Verlag.
- KEMPF, Klaus, 2013. *Der Sammlungsgedanke im digitalen Zeitalter*. Florenz: Casalini Libri.
- KNOCHE, Michael, 2015. Haben wissenschaftliche Bibliotheken noch einen Sammelauftrag? In: *o-bib: Das offene Bibliotheksjournal* [online]. 2(4), S. 78-84. DOI: 10.5282/o-bib/2015H4S78-84
- KOMMISSION ZUKUNFT DER INFORMATIONENINFRASTRUKTUR, 2011. *Gesamtkonzept für die Informationsinfrastruktur in Deutschland. Empfehlungen der Kommission Zukunft der Informationsinfrastruktur im Auftrag der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz des Bundes und der Länder* [online]. O.O.: Kommission

Zukunft der Informationsinfrastruktur. [Zugriff am: 13.08.2018]. Verfügbar unter: https://www.allianzinitiative.de/fileadmin/user_upload/www.../KII_Gesamtkonzept.pdf

OLLIGES-WIECZOREK, Ute, 2011. „Sie haben aber viel mehr, als ich noch besitze ...“: Geschichte, Sammlungsprofil und Nutzungsmöglichkeiten der Thomas-Mann-Sammlung der Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf. In: Miriam ALBRACHT et al., Hrsg. *Düsseldorfer Beiträge zur Thomas Mann-Forschung*. Düsseldorf: Wellem Verlag, S. 183-202.

POTEMPA, Georg, 1992. *Thomas Mann – Bibliographie*. Morsum/Sylt: Cicero Presse.

UNIVERSITÄT ZU KÖLN, 2018. *Data Center for the Humanities* [online]. *Kölner Datenzentrum für die Geisteswissenschaften*. Köln: Universität zu Köln [Zugriff am: 09.08.2018]. Verfügbar unter: <http://dch.phil-fak.uni-koeln.de/>

UNIVERSITÄT TRIER – KOMPETENZZENTRUM FÜR ELEKTRO-NISCHE ERSCHLIESSUNGS- UND PUBLIKATIONSVERFARHEN IN DEN GEISTESWISSENSCHAFTEN, 2018. *Trier Center for Digital Humanities* [online]. *Kompetenzzentrum für elektronische Erschließungs- und Publikationsverfahren in den Geisteswissenschaften*. Trier: Kompetenzzentrum [Zugriff am: 09.08.2018]. Verfügbar unter: <https://kompetenzzentrum.uni-trier.de/>

VIRTUELLE FACHBIBLIOTHEK GERMANISTIK, 2016. *Germanistik im Netz* [online] *Metasuche*. Frankfurt a.M.: Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt [Zugriff am: 29.09.2016]. Verfügbar unter: <http://www.germanistik-im-netz.de/metasuche/>

WEBER, Jürgen, 2009. Sammlungsspezifische Erschließung: Die Wiederentdeckung der Sammlungen in Bibliotheken. In: *Bibliotheksdienst*. 43(11), S. 1162-1178.

WISSENSCHAFTSRAT, 2011. *Empfehlungen zu wissenschaftlichen Sammlungen als Forschungsinfrastruktur* [online]. Berlin: Wissenschaftsrat [Zugriff am: 13.08.2018]. Verfügbar unter: <https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/10464-11>

Virtuelle Ausstellungen mit digitalisierten Beständen: Beobachtungen und Gedanken

Ludger Syré

Viele Bibliotheken verstehen sich nicht allein als Bildungseinrichtung, sondern auch als Kulturinstitution. Das gilt in besonderem Maße für jene Häuser, die sich in den Kreis der Gedächtnisinstitutionen einreihen dürfen, weil in ihnen ein Teil des kulturellen historischen Erbes überliefert ist, das es zu bewahren gilt. Ihr Selbstverständnis als kulturelle Einrichtung spiegelt sich demzufolge erstens in einer intensiven, durch die unterschiedlichsten Veranstaltungsformate geprägten Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit wider, und zweitens in dem Bemühen, ihre historischen Sammlungen durch Digitalisierung und Veröffentlichung im Internet allen Interessenten weltweit frei zugänglich zu machen. Um diese Bibliotheken soll es im Folgenden vorrangig gehen.

Von realen Ausstellungen und gedruckten Ausstellungskatalogen

Musterbeispiel einer Kulturinstitution, die beides energisch betreibt, ist die Badische Landesbibliothek (BLB) in Karlsruhe. Eines ihrer vorrangigen Ziele sieht sie in der Präsentation der eigenen historischen Bestände, also jener Sammlungen, die zum kulturellen Erbe zählen können. Das öffentliche Zurschaustellen ausgewählter Sammlungsgegenstände geschieht in aller Regel in Form einer Ausstellung, doch lassen sich in der Praxis auch andere Formate finden. Als alternatives Beispiel mag hier die von der BLB initiierte Reihe „Bücherfunde in der Lounge“ angeführt werden: Mehrmals im Jahr wird in aufgelockerter, für spontane Fragen und Anmerkungen

der Besucher offener Gesprächsrunde jeweils ein Dokument aus dem Bibliotheksbestand ausführlich besprochen, etwa hinsichtlich Herkunft, Beschaffenheit, Inhalt und Bedeutung. Das Objekt liegt „zum Anfassen“ unmittelbar vor den Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Was das Format Ausstellungen betrifft, so kommen im Alltag der Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit einer Bibliothek Dauerausstellungen und Sonderausstellungen nebeneinander vor. Kleinere Ausstellungen, die mitunter als Kabinettausstellungen bezeichnet werden, eignen sich beispielsweise für das Foyer eines Hauses, während umfangreiche Präsentationen idealerweise in einem eigenen Ausstellungsraum stattfinden, zumindest aber auf einer geeigneten Freifläche. Nur wenige Bibliotheken besitzen ein eigenes Buchmuseum, also speziell ausgestattete und gesicherte Räume und Vitrinen, in denen auch bibliophile Objekte von hohem materiellem Wert gezeigt werden können. Dass eine solche Schatzkammer besonders in touristisch geprägten Städten ein Publikumsmagnet sein kann, liegt auf der Hand.¹

Der Nachhaltigkeit einer Ausstellung dient bis heute ein gedruckter Ausstellungskatalog; er wird seitens des Publikums erwartet, ganz besonders bei attraktiven Sonderausstellungen der Museen. Für seine Produzentinnen und Produzenten und für seine Konsumentinnen und Konsumenten hat er jeweils eigene Funktionen, von denen hier nur zwei herausgegriffen werden sollen. Viele Museumsbesucherinnen und -besucher möchten die während eines Ausstellungsbesuchs meist nur flüchtig anzuschauenden Objekte eingehender kennenlernen, länger betrachten und mit Hilfe kunsthistorischer oder wissenschaftlicher Kontextualisierungen besser verstehen. Den Ausstellungsmachern bietet die Publizierung eines Kataloges die Gelegenheit, sich dem gewählten Thema wissenschaftlich zu nähern, besonders dann, wenn eine Ausstellung Neuland betritt, weil sie beispielsweise selten gezeigte oder bislang wenig erforschte Depot- bzw. Magazinbestände in den Fokus rückt.

Auch die anderen Gedächtnisinstitutionen, Bibliothek und Archiv, produzieren für einzelne ihrer Sonderausstellungen mitunter einen Ausstellungskatalog. Das gilt auch für die BLB, die in den vergangenen Jahrzehnten zu vielen ihrer Ausstellungen einen gedruckten Katalogband als Begleitpublikation veröffentlicht hat. Dies erfolgte in aller Regel in eigener Regie und im Selbstverlag, schuf also, bibliothekarisch gesprochen, ein Stück Grauer Literatur. Auf diese Weise sind immer wieder Bestandssegmente ans Licht der Öffentlichkeit gekommen, die anderenfalls verborgen und unbekannt geblieben wären. Die ausgewählten Stücke wurden entweder von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bibliothek oder von externen Fachleuten beschrieben. Genauso wichtig wie die Exponatbeschreibungen waren die im Katalog versammelten wissenschaftlichen Aufsätze, weil sie Beiträge zur Bestandsgeschichtsschreibung der Bibliothek lieferten. Für nicht wenige Publikationen dieser Art gilt darüber hinaus, dass sie zu Aushängeschildern der Bibliothek wurden, publizistische Resonanz und wissenschaftliche Rezeption erfuhren und einen gewissen Legitima-

1 Zwei Bildbeispiele finden sich in SEEFELDT/SYRÉ, 2017, S. 149f.

tionsbeweis gegenüber dem Unterhaltsträger lieferten, im Fall der BLB das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst (MWK) Baden-Württembergs, letzteres besonders dann, wenn ein entsprechendes Grußwort aus ministerialer Feder eingeworben werden konnte.

Auf der anderen Seite, und damit kommen wir zu den Negativa einer Ausstellungspublication, verschlang der Katalogdruck einen nicht geringen Teil des ohnehin bescheidenen Etats für die Öffentlichkeitsarbeit. Außerdem verblieb meist ein großer Teil der Bücher auf Halde liegen, denn regelmäßig überstieg die Druckauflage den Absatz um ein Mehrfaches. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, dass die Herstellung eines gedruckten Kataloges von den verantwortlichen Bibliothekaren meist als nicht mehr sinnvoll angesehen wird und nur noch in begründeten Ausnahmefällen praktiziert wird.

Doch auch ohne die Publizierung eines gedruckten Kataloges investiert eine Bibliothek nicht wenig personellen, intellektuellen und finanziellen Aufwand in eine Ausstellung. Allein aus diesem Grund wäre es bedauerlich, wenn die geleistete Forschungsarbeit und das frisch erworbene Wissen nach wenigen Wochen obsolet wären, also keine langfristige Ergebnissicherung stattfände. Einen Ausweg aus dieser Situation bietet die virtuelle Ausstellung bzw. der virtuelle Ausstellungskatalog. Auch hier soll zunächst auf Karlsruhe eingegangen werden, da sich der konditionale Zusammenhang von virtueller Ausstellung und Kulturgutdigitalisierung, der diesem Aufsatz als Ausgangsthese zugrunde liegt, am Beispiel der BLB aufzeigen lässt.

Die ersten virtuellen Ausstellungen der BLB: mit Kochbüchern ...

Die BLB hat im Jahre 2010 mit der Retrodigitalisierung ihrer Bestände begonnen und verfolgt seitdem eine Digitalisierungsstrategie, die mittelalterliche Handschriften und gedruckte bzw. handschriftliche Musikalien ebenso umfasst wie gedruckte Werke, namentlich jene, die einen Bezug zum Land Baden aufweisen und damit das Sammlungsprofil der Bibliothek bestimmen. Das Augenmerk der Digitalisierung richtet sich nicht ausschließlich, aber doch mehrheitlich auf die Sondersammlungen aller Art; und das sind zugleich jene, die in besonderem Maße als potentielle Exponate für Ausstellungen in Betracht kommen. Die gemeinhin als historische Bestände bezeichneten Sammlungssegmente bilden demnach recht häufig eine Schnittmenge zwischen Digitalisierung und Ausstellung.

Eine Ausstellung mit Büchern, die zuvor digitalisiert worden waren, veranstaltete die BLB zum ersten Mal 2016. Unter dem Titel „Das Kochbuch in Baden 1770 bis 1950“ befasste sie sich mit dem Thema Kochen von der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bis in die Zeit des Ersten Weltkriegs und darüber hinaus. Sie präsen-

tierte zahlreiche Kochbücher, darunter auch solche, die nicht in einem Verlag erschienen, sondern aus Marketinggründen von (badischen) Firmen produziert wurden, die in der Lebensmittelbranche tätig sind wie beispielsweise Maggi und Weck.²

Für ein Kochbuch ist typisch, dass es durch den intensiven Gebrauch in der Küche deutliche Nutzungsspuren und Verschleißerscheinungen aufweist. Wenn es dann noch auf billigem, also holzschliffhaltigem Papier gedruckt worden ist, um es den Haushalten zu einem günstigen Preis anbieten zu können, wird verständlich, dass eine Digitalisierung dieser Bücher geboten ist. Die Kollektion badischer Kochbücher, etwa 60 Titel, wurde im Rahmen eines von der Stiftung Kulturgut Baden-Württemberg geförderten Projekts digitalisiert und in die Digitalen Sammlungen eingereiht. Die Digitalisate wurden darüber hinaus auf der Kochbuchseite von Wikisource eingetragen, einer Website, die in chronologischer Reihenfolge einen Überblick über digitalisierte und/oder transkribierte historische Kochbücher und Backbücher gibt.³

Der Förderantrag für das Kochbuchprojekt sah von Anfang an die Verbindung von Digitalisierung und Ausstellung vor. Nach einer für die BLB neuen Ausstellungskonzeption sollten die in den Digitalen Sammlungen verfügbaren Exponate die Herstellung eines gedruckten Ausstellungskatalogs nicht nur erübrigen, sondern die analoge Präsentation sogar übertreffen: Während sich in einer Ausstellung bzw. in einem Ausstellungskatalog immer nur Einzelseiten eines Objekts zeigen lassen, können die im Netz zugänglichen Exponate vollständig durchblättert werden; zu den weitergehenden Möglichkeiten zählen zudem Downloads und Ausdrücke.

Die Kochbuchausstellung wurde vom 01.07. bis 15.10.2016 im Ausstellungsraum der Bibliothek real gezeigt und parallel dazu wurde sie auf einer eigenen Seite der Bibliothekshomepage ausführlich dokumentiert, wo man sie noch heute findet; erstmals erschien ein virtueller Ausstellungskatalog.⁴ Bei jedem der 19 Kapitel der Ausstellung findet der interessierte Leser im Anschluss an die einleitenden Texte die Exponate mit ihren Beschreibungen und mit dem Link zum Volltext.⁵ Zusätzlich kann der gesamte Katalog als PDF-Dokument heruntergeladen werden. Außerdem wird ein virtueller Rundgang in Form eines Bilderkarussells angeboten, wobei allerdings wegen der an dieser Stelle fehlenden Zoomfunktion nur ein optischer Eindruck von den Arrangements in den Vitrinen vermitteln werden kann. Daneben gibt es einen 360-Grad-Schwenk durch den Ausstellungsraum. Dank der OCR-Bearbeitung aller im Netz verfügbaren elektronischen Versionen ist die Volltextrecherche

2 Inhaltliche Beschreibungen veröffentlichte Julia Freifrau Hiller von Gaertringen, die Kuratorin der Ausstellung (vgl. HILLER VON GAERTRINGEN, 2016a und HILLER VON GAERTRINGEN, 2016b).

3 Vgl. WIKISOURCE, 2018. Die Liste ergänzt den entsprechenden Wikipedia-Artikel zu den Kochbüchern (vgl. WIKIPEDIA, 2018b).

4 Vgl. BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK, 2016a. Alle Ausstellungen sind in einem nach Jahren ordnenden Ausstellungsarchiv abrufbar (vgl. BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK 2016b).

5 Aus urheberrechtlichen Gründen konnten allerdings nicht alle Exponate digitalisiert bzw. im Volltext angeboten werden. Alle veröffentlichten Seiten lassen sich vergrößert anzeigen.

in den digitalisierten Kochbüchern auf Ebene jedes einzelnen Titels möglich; eine separate Suchfunktion existiert für die Ausstellungstexte.

Warum wurden ausgerechnet Kochbücher für die erste virtuelle Ausstellung der BLB ausgewählt? Für diese Entscheidung lassen sich mindestens zwei Gesichtspunkte anführen. Zum einen bilden Kochbücher eine herausragende Quelle für die Alltags- und Kulturgeschichte. Zum anderen zählen Kochbücher innerhalb des von der BLB in umfassender Weise digitalisierten regionalen Schrifttums zu jenen Literaturkategorien, die einen breiteren, über den Stamm wissenschaftlicher Nutzerinnen und Nutzer hinausreichenden Interessentenkreis ansprechen können und somit einen Beitrag zur Bürgernähe leisten. Dass diese Überlegungen richtig waren, bewies der erfreulich große Zuspruch, den beide Ausstellungsversionen und die Begleitveranstaltungen erfuhren;⁶ die Resonanz äußerte sich nicht allein in der Zahl der realen und virtuellen Besuche, sondern auch in der Aufmerksamkeit der Medien.

... und mit 1918 erschienenen Publikationen

Als die BLB ihre Kochbuchausstellung ins Netz stellte, befand sich die neue Bibliothekshomepage, die im Juni 2017 in Betrieb genommen wurde, noch im Planungs- bzw. Entwicklungsstadium. Deswegen wurde sie auf einem eigenen Webserver aufgesetzt und deswegen hat sie ihr eigenes grafisches Design.⁷ Seit dem Start des inhaltlich und grafisch neu konzipierten, auf moderner Datenbanktechnologie basierenden Webauftritts zu Beginn des Jahres 2017 besteht die Möglichkeit, virtuelle Ausstellungen in die Homepage zu integrieren. Dieses Modell wurde erstmalig mit der im März 2018 eröffneten Ausstellung „Schlaglichter – 100 Bücher des Jahres 1918“ realisiert; in ihm spiegelt sich das frisch entworfene neue grafische Erscheinungsbild wider, das im Zuge des Corporate Design Prozesses entstand und den Entwurf eines neuen Logos einschloss.⁸

Die Ausstellung beabsichtigte, anhand der Buchproduktion des Jahres 1918 repräsentative Schlaglichter auf ein für die Weltgeschichte außerordentlich bedeutsames Jahr zu werfen. Dazu wurden exakt 100 Bücher aus dem Bibliotheksbestand ausgewählt: Kriegsliteratur, Modezeitschriften, Zeitungen, politische Broschüren, neueste wissenschaftliche Erkenntnisse, Reiseliteratur, Werke der Musik, Kunst und Literatur.⁹ Die Ausstellung verfolgte nicht das Ziel, einen umfassenden historischen

6 Natürlich werden auch die Besucher der Webseiten gezählt; die BLB setzt dazu die Open-Source-Webanalytik-Plattform Matomo ein, vormals Piwik.

7 Zur Anwendung kam die CMS-Software Joomla. Das Karussell der JPG-Bilder basiert auf dem Joomla-Modul ARI Cloud Carousel. Für den 360-Grad-Schwenk wurde ein Video verwendet.

8 Die neue Homepage basiert auf Typo3; aus Zweckmäßigkeitsgründen werden jedoch nicht alle Programmkomponenten verwendet, so dass der kreativen Gestaltung virtueller Ausstellungen Grenzen gesetzt sind.

9 An der Ausstellung beteiligten sich mehrere Kolleginnen und Kollegen der BLB; konzipiert, kuratiert und beschrieben wurde sie von der Direktorin der BLB, Julia Freifrau Hiller von Gaertringen (vgl. HILLER VON GAERTRINGEN, 2018).

Überblick über das Jahr 1918 zu geben, denn nicht alle geschichtlichen Ereignisse schlugen sich in Form von Publikationen nieder.

Die 100 ausgestellten Bücher, zu denen sich noch 70 Postkarten gesellten, wurden in 28 Schlaglichter untergliedert und diese in sechs Themenblöcken zusammengefasst, die sich folgenden Aspekten widmeten: Zuhause – Alltag und Familie, Krieg – Mensch und Moral, Wissenschaft – Theorie und Fortschritt, Unterwegs – Baden und die Welt, Zeitgeschehen – Politik und Gesellschaft, Kultur – Kunst, Musik, Literatur. Jedes Thema wurde durch einen Text mit Hintergrundinformationen eingeleitet; in der realen Ausstellung nahm er die Gestalt einer Saalfahne an. Es sind genau diese Zusammenfassungen, die der Ausstellungsbesucher als hilfreich für sein Verständnis der Ausstellung betrachtet, die ihm zugleich aber auch Zeit und Kondition abverlangen und die er deshalb gerne schwarz auf weiß nach Hause tragen möchte, um sie in Ruhe rezipieren zu können.

Die Gelegenheit dazu bot früher der gedruckte Ausstellungskatalog. Heute verschafft die Internetveröffentlichung sowohl der Saaltexpte als auch der informativen Exponatbeschreibungen die Chance, sich mit Themen und Inhalten einer Ausstellung intensiv und komfortabel auseinanderzusetzen. Dazu kommt die Möglichkeit, das ausgestellte Buch vollständig zu lesen, da es im Vorfeld der Ausstellung eingescannt und in die Digitalen Sammlungen der Bibliothek eingereiht wurde.

Im Übrigen ist, bibliothekarisch betrachtet, die Netzversion einer Ausstellung eine eigenständige Publikation. Wie jedes andere Werk wird sie in der Datenbank des Südwestverbunds katalogisiert und anschließend in dieser sowie im lokalen Onlinekatalog bzw. Ressource Discovery System (Katalog plus) nachgewiesen.¹⁰ Als Online-Ressource wird sie zudem in das Baden-Württembergische Online-Archiv (BOA)¹¹ aufgenommen, das für die beiden Landesbibliotheken und das Landesarchiv Internetpublikationen und Websites sammelt, erschließt, bereitstellt und dauerhaft archiviert.

In der BLB besteht die erklärte Absicht, weitere Ausstellungen mit bibliothekseigenen Beständen komplementär in physisch realer *und* in virtueller Form aufzubereiten, d.h. neben der zeitlich befristeten Präsentation im Ausstellungsraum eine dauerhaft verfügbare Version ins Netz zu stellen. Da diese wesentlich auf digitalisierten Beständen aufbaut, erfahren die Digitalen Sammlungen einen zusätzlichen Nutzungszweck, der im Idealfall in der kulturell interessierten Öffentlichkeit zu einer gesteigerten Wahrnehmung eben dieses Angebots führt.

10 Vgl. BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK, 2018.

11 Vgl. BIBLIOTHEKSSERVICE-ZENTRUM BADEN-WÜRTTEMBERG, 2018.

Weitere Beispiele virtueller Ausstellungen

Der Begriff der virtuellen Ausstellung scheint noch nicht klar definiert bzw. kaum normiert zu sein, denn bislang werden darunter recht unterschiedliche Formen digitaler Präsentationen verstanden, gelegentlich wird er auch überdehnt;¹² insoweit trifft die Beobachtung zu, dass sich virtuelle Ausstellungen noch stark im „Spannungsfeld von Experiment und Standardisierung“ bewegen.¹³ Fragen nach den Rahmenbedingungen und Konzepten lassen sich freilich durchaus beantworten.¹⁴

In der deutschsprachigen Wikipedia existiert ein entsprechender Eintrag (bislang) nicht, wohl aber beschäftigt sich ein Kapitel des Artikels „Ausstellung“ mit der digitalen Aufbereitung von Exponaten für die Betrachtung am Bildschirm: „Redaktionelle Texte und vielfältige Multimedia-Angebote (Bildergalerien, Video- und Audioclips, Blätterkataloge etc.) treten an die Stelle der klassischen Information durch Schautafeln und Vitrinen. Oft sind darüber hinaus interaktive Angebote wie bilinguale Versionen, barrierefreie Zusatzdaten, Zoomfunktionalität oder ein virtuelles Gästebuch etc. verfügbar.“¹⁵

Als prototypisch gelten für Wikipedia die seit 2013 von der Deutschen Nationalbibliothek initiierten virtuellen Ausstellungen „Künste im Exil“¹⁶, „Zeichen – Bücher – Netze: Von der Keilschrift zum Binärcode“¹⁷ und „100 Jahre Erster Weltkrieg“¹⁸. Beim erstgenannten Projekt handelt es sich eher um ein virtuelles Museum, denn hier werden Objekte aus fast 40 Forschungseinrichtungen, Sammlungen und Ausstellungshäusern gebündelt; Ausstellungsthemen und Exponate stellen laut eigener Beschreibung eine virtuelle „Zusammenführung von dezentral gepflegten Beständen und dezentral erarbeiteten Forschungsergebnissen dar“. Die Exponate dieses Museums tauchen in unterschiedlichen thematischen Zusammenhängen auf; durch den Verzicht auf die gewohnte lineare Struktur begünstigt die Ausstellung assoziative Besichtigungswege. Während im realen Ausstellungsbetrieb Leihgaben stets nur für einen befristeten Zeitraum zur Verfügung stehen, haben virtuelle Ausstellungen oder Museen den Charakter von Dauerausstellungen.

Wenn sich die Kombination von Digitalisierung und Ausstellung geradezu aufdrängt, dann wäre es fast schon verwunderlich, wenn nicht auch die Deutsche Digi-

12 Nur ins Netz gestellte analoge Texte und Bilder (vgl. als Beispiel LANDESARCHIV BADEN-WÜRTTEMBERG, 2018) verdienen die Bezeichnung gewiss nicht, denn daran ist nichts „virtuell“.

13 Dieses Spannungsfeld abzustecken, beabsichtigte ein Workshop an der Forschungsbibliothek Gotha im September 2017, der im November 2018 eine Fortsetzung erfahren hat (vgl. FORSCHUNGSBIBLIOTHEK GOTHA, 2017 und 2018).

14 Viele Gesichtspunkte dazu lieferte schon 2014 Katja Selmikeit (vgl. SELMIKEIT, 2014).

15 Vgl. WIKIPEDIA, 2018a.

16 Vgl. DEUTSCHE NATIONALBIBLIOTHEK, o.J.a.

17 Vgl. DEUTSCHE NATIONALBIBLIOTHEK, o.J.b.

18 Vgl. DEUTSCHE NATIONALBIBLIOTHEK, o.J.c

tale Bibliothek entsprechende Aktivitäten entwickeln würde, wobei sie mit unterschiedlichen bestandshaltenden Partnerinstitutionen zusammenarbeitet.¹⁹ In Kooperation mit dem Deutschen Filminstitut entstand die virtuelle Ausstellung „Das Kino des Ersten Weltkriegs: Einsichten in eine transnationale Mediengeschichte“, die anhand von 120 Filmausschnitten, Fotografien, Plakaten und weiteren Materialien aufzeigen möchte, dass die Filmwirtschaft vor dem Ersten Weltkrieg international stark verflochten war und erst durch den Krieg nationale Formen annahm bzw. annehmen musste.²⁰ Links führen zu den ausführlichen Metadaten auf der Seite der Deutschen Digitalen Bibliothek und zu den Objekten bei der jeweils datengebenden Institution.

Anlässlich des Welttags des Buches am 23.04.2017 entstand in Kooperation mit dem Deutschen Buch- und Schriftmuseum der Deutschen Nationalbibliothek in Leipzig eine Ausstellung zur Geschichte des Papiers, dessen Titel „Bahnriß“ nicht nur den technischen Störfall bei der Papierproduktion meint, sondern auch das im medialen Zeitalter brüchig gewordene Verhältnis von Papier und Kultur.²¹ Dass auch, nebenbei gesagt, unser Thema, die Ablösung des realen durch den virtuellen Ausstellungskatalog ein Symptom dieses Prozesses ist, passt in dieses Bild.

Nach dem stets gleichen Modell realisierte die Deutsche Digitale Bibliothek weitere, auf Digitalisaten ihrer Partner aufbauende virtuelle Ausstellungen, darunter zur Maya-Handschrift, deren Original in der Schatzkammer der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden besichtigt werden kann.²² Den 300. Geburtstag der Stadt nahm die Deutsche Digitale Bibliothek 2017 zum Anlass, gemeinsam mit dem Stadtarchiv Karlsruhe und dem FIZ Karlsruhe – Leibniz-Institut für Informationsinfrastruktur, digitalisierte Objekte zur Geschichte Karlsruhes aufzubereiten, deren Entwicklung vom Tag der Gründung bis in die Gegenwart, so die These, durch „fortschrittliche Impulse“ geprägt wird.²³ Abschließend soll die Ausstellung „Die Entwicklung des Tanzes“ erwähnt werden²⁴; da es sich beim Tanz um eine flüchtige, immaterielle Form der Kunst handelt, stellte ihre Archivierbarkeit seit jeher eine besondere Herausforderung dar, die nun, im digitalen Zeitalter, mit Hilfe neuer multimedialer Instrumente leichter zu bewältigen scheint.

In noch stärkerem Maße nutzt eine andere Internetpräsentation die medialen Möglichkeiten des digitalen Raumes aus und erzielt dadurch sowohl eine optimierte Visualisierung als auch eine weitreichende Vernetzung von Inhalten: die virtuelle Ausstellung „Curd Jürgens: Der Nachlass“.²⁵ Der 1997 in das Deutsche Filmmuseum gelangte Nachlass wurde zunächst 2000 und 2001 in zwei großen Ausstellungen real gezeigt, begleitet von einem Katalog, dessen Neubearbeitung zur Basis für

19 Vgl. DEUTSCHE DIGITALE BIBLIOTHEK, o.J.a.

20 Vgl. DEUTSCHE DIGITALE BIBLIOTHEK, o.J.b.

21 Vgl. DEUTSCHE DIGITALE BIBLIOTHEK, o.J.c.

22 Vgl. DEUTSCHE DIGITALE BIBLIOTHEK, o.J.d.

23 Vgl. DEUTSCHE DIGITALE BIBLIOTHEK, o.J.e.

24 Vgl. DEUTSCHE DIGITALE BIBLIOTHEK, o.J.f.

25 Vgl. DEUTSCHES FILMINSTITUT, 2015.

die Themen der virtuellen Ausstellung wurde. Für diese wurden zudem vom Deutschen Filminstitut die Nachlassmaterialien neu digitalisiert. Das 2015 publizierte Angebot gliedert sich in fünf Themen (Film, Theater, Privat, Erinnerungen, Star & Image), enthält ein Werkverzeichnis (Filmografie, Theatrografie, Fernsehgrafie, Kurzbiografie), ein umfassendes Archiv mit verschiedenen Suchfunktionen, nämlich einer Zeitleiste und einer Kategorienauswahl (Materialarten, Themenbereiche, Werktitel) und ist dreisprachig (Deutsch, Englisch, Französisch) ausgerichtet. Die Multimedialität kommt bereits durch die angebotene Einführung in die virtuelle Ausstellung zum Ausdruck; diese besteht nämlich nicht wie gewöhnlich aus einem Homepage-Text, sondern aus einem Film, der seinerseits verschiedene Medienformate vereint. Im gesamten Angebot finden sich Manuskripte, Drehbücher, Fotos, Briefe, Tagebucheinträge (in Textform und als eingesprochene Transkripte), Äußerungen von Zeitzeugen, Zeitungsausschnitte, persönliche Lebensdokumente usw., vor allem aber auch 44 Audio- und 40 Videodateien, meist Sequenzen aus Filmen und Auftritten von Curd Jürgens. Den Besucherinnen und Besuchern dieser virtuellen Ausstellung – oder handelt es sich nicht eher um ein Portal bzw. eine thematische Website? – stehen viele Einstiegs- und Besichtigungswege offen, aber nicht alle Möglichkeiten, denn sämtliche Materialien sind urheberrechtlich geschützt.²⁶

Ein weiteres Beispiel für eine virtuelle Ausstellung, die mit dem Ziel einer vertieften Kontextualisierung Objekte und Informationen miteinander verbindet, ist der Person Luthers gewidmet: „Luthermania – Ansichten einer Kultfigur“²⁷. Sie wurde als gemeinsames Projekt innerhalb des Forschungsverbunds Marbach Weimar Wolfenbüttel entwickelt²⁸ und basiert sowohl auf der gleichnamigen realen Ausstellung, die im Lutherjahr 2017 in der Herzog August Bibliothek (HAB) in Wolfenbüttel zu sehen gewesen ist, als auch auf den Beiträgen des gedruckten Begleitkatalogs. Die Besucherinnen und Besucher dieser Ausstellung können, so heißt es in der Projektbeschreibung, „Vertiefendes zu den ausgestellten Objekten nachlesen, in die Lektüre vollständig digitalisierter Werke eintauchen, die ausgewählten Exponate auf einem Zeitstrahl ansehen oder die Ausstellung durch einen virtuellen Raumplan erleben.“ Der Zeitstrahl sortiert die Exponate in chronologischer Reihung; der Nutzer kann Zeiträume, in denen sich besonders viele Ausstellungsstücke ballen, vergrößert anzeigen lassen. Der Raumplan gibt die Ausstellungsflächen in der Herzog August Bibliothek wieder; es lassen sich sowohl die vier Sektionen der Ausstellung als auch jede einzelne Vitrine anwählen, um die dort liegenden Exponate aufzurufen. Möchten Besucherinnen und Besucher ein Exponat durchblättern, können sie dies bequem im angebotenen Bookreader tun; sie können aber auch dem Link zur Wolfenbütteler Digitalen Bibliothek folgen, in der die HAB ihre digitalisierten Altbestände

26 Das Deutsche Filminstitut/Deutsches Filmmuseum bietet eine zweite, vergleichbar angelegte virtuelle Ausstellung an, die der Sammlung Volker Schlöndorff gewidmet ist und 2014 zum 75. Geburtstag des Filmemachers publiziert wurde (vgl. DEUTSCHES FILMINSTITUT, 2014).

27 Vgl. HERZOG AUGUST BIBLIOTHEK, 2017.

28 Hier kam das Open-Source-Content-Management-System Omeka zum Einsatz, das von der Europeana und vielen Bibliotheken, Archiven und Museen im angelsächsischen Raum verwendet wird.

präsentiert und in der die üblichen Navigationswege zur Verfügung stehen. In einer dritten Sicht kann das Exponat in der Ausstellung betrachtet werden, hier aber ohne weiterführende Verlinkungen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die virtuelle Ausstellung „Luthermania“ die medialen Möglichkeiten der Internetpräsentation geschickt umgesetzt und ästhetisch ansprechend realisiert hat.

Eine Alternative zur eigenen Programmierung einer Onlineausstellung bietet die Kooperation mit Google Arts & Culture. Viele Kultureinrichtungen bedienen sich dieser Webanwendung, um ihre historischen Sammlungen einem breiten Publikum zugänglich zu machen, beispielsweise auch per App. Als Beispiel mag hier die Universitätsbibliothek Bamberg angeführt werden, die seit Juni 2018 ihre bedeutendsten mittelalterlichen Codices aus dem UNESCO-Weltdokumentenerbe und weitere Spitzenstücke mittelalterlicher Buchmalerei in virtuellen Ausstellungen auf der Plattform Google Arts & Culture präsentiert.²⁹ Wenn auf Volldigitalisate verlinkt wird, dann sind diese auf dem Server für die Digitalen Sammlungen beim Bibliotheksverbund Bayern archiviert. Zu den einzelnen Handschriften und Miniaturen erhalten Besucherinnen und Besucher zwar kurze Informationen, in erster Linie handelt es sich jedoch um eine Bilderschau. An diesem Beispiel zeigt sich, dass es die hervorragenden Zoommöglichkeiten sind, die zu den Vorteilen virtueller Ausstellungen zählen; sie erlauben den Nutzerinnen und Nutzern den Blick auf kleinste Details, der ihnen bei Betrachtung eines Objekts in einer Vitrine verwehrt ist.

Zum künftigen Verhältnis klassischer und virtueller Ausstellungen

Man wird sicherlich nicht falsch liegen mit der Vermutung, dass virtuelle Ausstellungen Zukunftspotential besitzen.³⁰ Sie werden die klassische Ausstellung allerdings nicht ersetzen, sondern ergänzen. Jene wird als eine bewährte Form der Öffentlichkeits-, Kultur- und Bildungsarbeit weiterhin wichtig bleiben, geht es doch darum, den Bezug zum Haus und seinen Beständen im unmittelbaren gesellschaftlichen Umfeld aufrechtzuerhalten. Die Ausstrahlung des Originals ist zudem durch Bildschirmbilder nicht zu ersetzen, was für museale Objekte noch klarer gilt als für Bücher und Schriftzeugnisse. Gewiss sind im virtuellen Raum Anbieter und Angebote in erheblich größerer Zahl vorhanden als vor Ort, wo die einzelnen Häuser nur mit den übrigen lokalen Kultureinrichtungen in Konkurrenz stehen. Dafür ist die Menge der potentiellen Interessentinnen und Interessenten ungleich größer, theoretisch nahezu grenzenlos. Die Gefahr, in der Weite des World Wide Web nicht wahrgenommen zu werden, lässt sich durch geschicktes Indexieren im Hinblick auf die Suchmaschinenalgorithmen, durch professionell gestaltete und qualitativ hochwertige Präsentationen und durch die Mehrsprachigkeit der publizierten Informationen

²⁹ Vgl. GOOGLE ARTS & CULTURE, 2018.

³⁰ Die nachfolgenden Thesen beanspruchen keine Gültigkeit für Museen, nicht einmal für andere Bibliotheken oder für Archive. Zu letzteren vgl. u.a. PATTI, 2018.

mindern. Die Vorteile der virtuellen Ausstellung kommen besonders jenen Institutionen entgegen, die nur über unzureichende räumliche und/oder ausstellungstechnische Voraussetzungen für analoge Präsentationen verfügen, speziell dann, wenn hochkarätige Objekte „ins Schaufenster“ gestellt werden sollen.

Wenn die virtuelle Ausstellung in zunehmendem Maße als ergänzende Version neben die herkömmliche Präsentation treten wird, dann vermutlich nicht in der Weise, dass beide Versionen parallel mit unterschiedlichen Inhalten bespielt werden. Eher wird es darum gehen, die Inhalte analoger Ausstellungen zeitgleich auch für das Netz aufzubereiten. So lässt sich der erhebliche intellektuelle Aufwand rationell nutzen, der in die Konzeption und Realisierung einer Ausstellung fließt und in der Regel vom wissenschaftlichen Personal eines Hauses geleistet wird; eine zweifache „Vermarktung“ ist auch deswegen sinnvoll, weil die durch intensive Auseinandersetzung mit dem Ausstellungsthema gewonnenen Ergebnisse und Erkenntnisse dauerhaft festgehalten werden sollten. So wie herkömmliche Ausstellungskataloge und Begleitpublikationen von den Besucherinnen und Besuchern genutzt werden, das Gesehene im Nachgang zu vertiefen, so sichert die virtuelle Ausstellung alle entstandenen Textdokumente auf lange Zeit. Für eine Verzahnung von physischer und virtueller Ausstellung können gegebenenfalls QR-Codes an den Vitrinen sorgen; dies setzt freilich voraus, dass die elektronische Version auch für mobile Endgeräte programmiert wird. Wenn die Onlineausstellungen dann auch noch in ein Repositorium bzw. auf einen Dokumentenserver übernommen werden, sind auch die Voraussetzungen für die Langzeitarchivierung erfüllt. Die der virtuellen Ausstellung zugrundeliegenden Digitalisate werden ohnehin langfristig archiviert. Aus den genannten Gründen sollte, so lässt sich zusammenfassen, jede klassische Ausstellung komplettär auch als virtuelle Ausstellung inszeniert werden.

Literatur

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK, 2018. *Katalog plus* [online]. Karlsruhe:

Badische Landesbibliothek [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter:

<https://rds-blb.ibs-bw.de/link?id=507494814>

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK, 2016a. *Das Kochbuch in Baden 1770-1950*

[online]. Karlsruhe: Badische Landesbibliothek [Zugriff am: 30.10.2018].

Verfügbar unter: <https://ausstellungen.blb-karlsruhe.de/>

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK, 2016b. *Archiv Ausstellungen 2016* [online].

Karlsruhe: Badische Landesbibliothek [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar

unter: <http://www.blb-karlsruhe.de/aktuelles/ausstellungen/vergangene-ausstellungen/archiv-ausstellungen-2016/>

BIBLIOTHEKSSERVICE-ZENTRUM BADEN-WÜRTTEMBERG, 2018.

BOA: Baden-Württembergisches Online-Archiv [online]. Konstanz:

Bibliotheksservice-Zentrum Baden-Württemberg [Zugriff am: 30.10.2018].

Verfügbar unter: <http://www.boa-bw.de/bsz507494814.html>

- DEUTSCHE DIGITALE BIBLIOTHEK, o.J.a. *Ausstellungen* [online]. Berlin: Deutsche Digitale Bibliothek [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/content/ausstellungen>
- DEUTSCHE DIGITALE BIBLIOTHEK, o.J.b *Das Kino des Ersten Weltkriegs: Einsichten in eine transnationale Mediengeschichte* [online]. Berlin: Deutsche Digitale Bibliothek [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <http://ausstellungen.deutsche-digitale-bibliothek.de/kino/>
- DEUTSCHE DIGITALE BIBLIOTHEK, o.J.c. *Bahnrriss?! Papier | Kultur* [online]. Berlin: Deutsche Digitale Bibliothek [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <http://ausstellungen.deutsche-digitale-bibliothek.de/bahnrriss/>
- DEUTSCHE DIGITALE BIBLIOTHEK, o.J.d. *Die Dresdner Maya-Handschrift: Prophezie und Ritual aus Yukatan* [online]. Berlin: Deutsche Digitale Bibliothek [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <http://ausstellungen.deutsche-digitale-bibliothek.de/maya/>
- DEUTSCHE DIGITALE BIBLIOTHEK, o.J.e. *Vom Privilegienbrief zum Bundesverfassungsgericht* [online]. Berlin: Deutsche Digitale Bibliothek [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <http://ausstellungen.deutsche-digitale-bibliothek.de/ka300/>
- DEUTSCHE DIGITALE BIBLIOTHEK, o.J.f. *Das Gedächtnis des Tanzes* [online]. Berlin: Deutsche Digitale Bibliothek [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <http://ausstellungen.deutsche-digitale-bibliothek.de/tanz/>
- DEUTSCHES FILMINSTITUT, 2014. *Sammlung Volker Schlöndorff* [online]. Frankfurt a.M.: Deutsches Filminstitut [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <http://schloendorff.deutsches-filminstitut.de/>
- DEUTSCHES FILMINSTITUT, 2015. *Curd Jürgens: Der Nachlass* [online]. Frankfurt a.M.: Deutsches Filminstitut [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <http://curdjuergens.deutsches-filminstitut.de/>
- DEUTSCHE NATIONALBIBLIOTHEK, o.J.a. *Künste im Exil* [online]. Frankfurt a.M.: Deutsche Nationalbibliothek [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: http://kuenste-im-exil.de/KIE/Web/DE/Navigation/Exil-Netzwerk/exil_netzwerk.html%20
- DEUTSCHE NATIONALBIBLIOTHEK, o.J.b. *Zeichen – Bücher – Netze: Von der Keilschrift zum Binärcode* [online]. Frankfurt a.M.: Deutsche Nationalbibliothek [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <http://mediengeschichte.dnb.de/DBSMZBN/Web/DE/Home/home.html>
- DEUTSCHE NATIONALBIBLIOTHEK, o.J.c. *100 Jahre Erster Weltkrieg* [online]. Frankfurt a.M.: Deutsche Nationalbibliothek [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <http://erster-weltkrieg.dnb.de/WKI/Web/DE/Home/home.html>

- FORSCHUNGSBIBLIOTHEK GOTHA, 2017. *Virtuelle Ausstellungen in Bibliotheken: Konzepte, Praxis und Perspektiven* [online]. Gotha: Forschungsbibliothek Gotha [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: http://www.siefkes.de/dokumente/Workshop_Virtuelle_Ausstellungen_Gotha_Programm.pdf
- FORSCHUNGSBIBLIOTHEK GOTHA, 2018. *Exponat – Raum – Interaktion. Perspektiven für das Kuratieren digitaler Ausstellungen* [online]. Gotha: Forschungsbibliothek Gotha [Zugriff am: 17.11.2018]. Verfügbar unter: https://blog-fbg.uni-erfurt.de/2018/11/tagung-exponat-raum-interaktion-perspektiven-fuer-das-kuratieren-digitaler-ausstellungen/?upm_export=pdf
- GOOGLE ARTS & CULTURE, 2018. *Staatsbibliothek Bamberg* [online]. Mountain View, CA: Google LLC. [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <https://artsandculture.google.com/partner/staatsbibliothek-bamberg>
- HERZOG AUGUST BIBLIOTHEK, 2017. *Luthermania: Ansichten einer Kultfigur* [online]. Wolfenbüttel: Herzog August Bibliothek [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <http://www.luthermania.de/>
- HILLER VON GAERTRINGEN, Julia. 2016a. Badische Küche zum Nachkochen. In: *Momente: Beiträge zur Landeskunde von Baden-Württemberg*. 1, S. 20-25.
- HILLER VON GAERTRINGEN, Julia. 2016b. Das Kochbuch in Baden 1770-1950. In: *Badische Heimat*. 96(2), S. 192-206.
- HILLER VON GAERTRINGEN, 2018. Schlaglichter – 100 Bücher des Jahres 1918: Ausstellung und Internet-Präsentation der Badischen Landesbibliothek. In: *Badische Heimat*. 98(2), S. 232-243.
- LANDESARCHIV BADEN-WÜRTTEMBERG, 2018. *Virtuelle Ausstellungen* [online]. Stuttgart: Landesarchiv Baden-Württemberg [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <https://www.landesarchiv-bw.de/web/52764>
- PATT, Gregor, 2018. Haben Ausstellungen in Archiven und vergleichbaren Kultureinrichtungen eine Zukunft? In: *Bibliotheksdienst* 52(5), S. 362-379.
- SEEFELDT, Jürgen und Ludger SYRÉ, 2017. *Portale zu Vergangenheit und Zukunft: Bibliotheken in Deutschland*. 5. überarbeitete und erweiterte Auflage. Hildesheim: Olms.
- SELMIKEIT, Katja, 2014. Virtuelle Ausstellungen von Bibliotheken: Konzepte, Präsentationsverfahren und Nutzungsaspekte. In: *Perspektive Bibliothek* 3(1), S. 163-185.
- WIKIPEDIA, 2018a. *Ausstellung* [online]. San Francisco, CA: Wikimedia Foundation [Zugriff am: 17.10.2018]. Verfügbar unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Ausstellung#Virtuelle_Ausstellungen

WIKIPEDIA, 2018b. *Kochbuch* [online]. San Francisco, CA: Wikimedia Foundation [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <https://de.wikipedia.org/wiki/Kochbuch>

WIKISOURCE, 2018. *Kochbücher* [online]. San Francisco, CA: Wikimedia Foundation [Zugriff am: 30.10.2018]. Verfügbar unter: <https://de.wikisource.org/wiki/Kochbücher>

Neue Wege in der Literaturversorgung? Ein kritischer Blick auf FID-Portale¹

Jakob Jung

Bei der Vorstellung neuer bibliothekarischer Online-Portale durch Fachinformationendienste (FID) ist auffallend oft davon die Rede, dass „neue Wege“ in der überregionalen Literaturversorgung beschritten würden.² Offenbar soll signalisiert werden, dass nach der Umstellung des Fördersystems im Jahr 2013 die Kritikpunkte, denen sich das System der Sondersammelgebiete (SSG) und vor allem die Virtuellen Fachbibliotheken (ViFas) ausgesetzt sahen, angegangen werden.

Inwieweit aber sind die unter der FID-Förderlinie etablierten oder einer grundlegenden Überarbeitung unterzogenen Portale in der Lage, die Defizite der älteren Portalgeneration auszugleichen? Im Rahmen einer Bestandsaufnahme der Eigenschaften, Inhalte und Funktionen von 19 FID-Portalen Anfang 2018 wurde dieser Frage nachgegangen.³ Der folgende Beitrag greift diese Fragestellung auf und fasst die aus der Untersuchung gezogenen Schlussfolgerungen hinsichtlich des Entwicklungspotenzials und der zukünftigen Perspektiven der Fachinformationsportale und

1 Dieser Beitrag stellt eine Bearbeitung einschlägiger Abschnitte einer Masterarbeit dar, die durch den Autor im berufsbegleitenden weiterbildenden Studiengang Master of Library and Information Science (MALIS) an der TH Köln eingereicht wurde (vgl. JUNG, 2018). Betreut wurde sie von Prof. Dr. Hermann Rösch und Prof. Dr. Inka Tappenbeck. Der Beitrag folgt Teilen des zweiten und wesentlich dem letzten Abschnitt der Masterarbeit.

2 Vgl. BECK et al., 2016; ferner KREUSCH/BOTTE/CRAMME, 2015 sowie STOPPE, 2015.

3 Vgl. JUNG, 2018. Die Ergebnisse der beschriebenen Untersuchung werden nur angerissen, soweit dies für die hier entwickelte Argumentation relevant ist. Verwiesen sei auf Abschnitte 3 und 4 der Untersuchung (vgl. JUNG, 2018, S. 23ff.). Eine Veröffentlichung der erhobenen Forschungsdaten wird angestrebt.

des FID-Förderprogramms zusammen. So soll die Frage beantwortet werden, ob die neuen Portale ihr Versprechen einlösen, „neue Wege“ zu beschreiten – und auf welche Weise solche Wege wirklich gegangen werden könnten.

Vom Memorandum zum Fachinformationsdienst: Das Online-Fachportal in der überregionalen Literaturversorgung

Ihrer Konzeption nach sollten ViFas gemeinsam mit den Portalen der zentralen Fachbibliotheken „den fachspezifischen Zugriff auf wissenschaftsrelevante Informationen und Dokumente eines Faches oder eines Fachclusters [...] bieten, unabhängig von Medium, Speicherform und Speicherort“.⁴ Doch wie das gesamte SSG-System blieben ViFas in der wissenschaftlichen Community weitgehend unbekannt.⁵ Wo dies nicht der Fall war, wurde ihnen häufig eine unbefriedigende Usability⁶ attestiert. Dies geschah nicht zuletzt, weil sie die wichtigste an sie gerichtete Erwartung, „den unmittelbaren direkten Volltextzugriff“ zu ermöglichen, nicht erfüllen konnten⁷ – eine Erwartung, die sich im Laufe der 00er Jahre mit dem täglichen Einsatz effektiver und komfortabler als Bibliotheksportale nutzbarer Suchmaschinen wie Google einstellte.⁸

Der Anspruch der ViFas, diesen gegenüber Mehrwerte zu schaffen,⁹ scheiterte. In der Fachliteratur herrscht Einigkeit darüber, dass „[d]as entscheidende und weitgehend ungelöste Problem [...] in der Integration der digitalen Medien in das SSG-System und damit in deren überregionaler Bereitstellung“ lag.¹⁰ Eine Weiterentwicklung des SSG-Systems, darin bestand Einigkeit, musste „unter diesem zentralen Aspekt erfolgen“.¹¹ Auch die Nachhaltigkeit der ViFas stand immer zur Debatte.¹² Mit den Konsequenzen, die die DFG aus der Evaluierung des gesamten SSG-Systems durch die Prognos-AG¹³ zog, so der Konsens in der kritischen Literatur zu diesem Thema, ging die Förderinstitution zwar die richtigen Schritte, schoss dabei aber über das Ziel hinaus.¹⁴ So kam es zum „folgenreichen Paradigmenwechsel“¹⁵ hin zum

4 Vgl. RÖSCH/WEISBROD, 2004, S. 181.

5 „Die meisten VIFAs haben den Sprung zu einer in der jeweiligen Fachcommunity etablierten und anerkannten Informationsquelle nicht geschafft [...]“ (SÜHL-STROHMENGER/BÜRGER/DEPPING, 2013, S. 213). Vgl. ferner GÖTTKER 2016, S. 92ff.

6 Vgl. WONKE-STEHLE/CHRISTOF, 2014, S. 18.

7 SÜHL-STROHMENGER/BÜRGER/DEPPING, 2013, S. 213.

8 Vgl. SCHULZ 2013, S. 2.

9 Vgl. DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT, 2013, S. 7.

10 GRIEBEL, 2014, S. 141. Vgl. ferner DEPPING, 2013, S. 84.

11 GRIEBEL, 2014, S. 141.

12 Vgl. GRIEBEL, 2008, S. 32f., ferner GÖTTKER 2016, S. 77 sowie CHRISTOF/WONKE-STEHLE, 2012, S. 8.

13 Vgl. ASTOR et al., 2011.

14 Vgl. die Diskussion bei GÖTTKER, 2016, S. 110.

15 Vgl. GRIEBEL, 2014.

FID-System, der heftig geäußerte Kritik aus der bibliothekarischen, zum Teil auch der wissenschaftlichen Community und sogar der Presse nach sich zog.¹⁶

Die Entwicklung aller Inhalte des Fachinformationsdienstes, so sehen es die Richtlinien des Förderprogramms vor, erfolgt im engen Austausch mit der definierten Zielgruppe.¹⁷ Damit für diese die überregionale Bereitstellung von Fachinformationen gewährleistet wird, soll „beim Bestandsaufbau und bei der Medienbereitstellung im Interesse des schnelleren Zugriffs und der umfassenderen Nutzungsmöglichkeiten der digitalen Form einer Veröffentlichung – sofern vorhanden – stets der Vorzug gegeben“ werden.¹⁸ Diese viel diskutierte *e-only policy* wurde in ihrer Konsequenz jedoch bereits durch die DFG selbst relativiert.¹⁹ Sie zielt auf den Bestandsaufbau (so er von der FID-Zielgruppe gewünscht ist), aber auch auf die Etablierung des so genannten Kompetenzzentrums für die Lizenzierung elektronischer Ressourcen (KfL).²⁰

Als „komfortable[...] Nachweis- und Recherchesysteme“, in denen nicht nur die „überregionale Bereitstellung und Archivierung relevanter gedruckter und digitaler Medien und Fachinformationen“, sondern auch weitere Informationsdienstleistungen aggregiert werden,²¹ machen sich zahlreiche Fachinformationsdienste weiterhin das Mittel eines Online-Fachportals zunutze. Oft stellen diese FID-Portale einen Aus- oder Umbau, teilweise auch eine völlige Neukonzeption von ViFas dar. Auf Grundlage der hier genannten Eigenschaften des Förderprogramms können von durch FID gestalteten Nachweis- und Recherchesystemen folgende Leistungen erwartet werden:

- optimierte Integration elektronischer Ressourcen, die insbesondere die FID-Lizenzen berücksichtigt, sowie möglichst unkomplizierte, standortunabhängige Zugangswege, sowohl zu elektronischen als auch physischen Informationsressourcen
- starke Nutzungsorientierung, die sich in dem jeweiligen Fach gemäßen Inhalten sowie einer optimierten Usability niederschlägt

16 Zu den FID-kritischen Beiträgen zählen u.a. ILLIG, 2015, DEPPING, 2014, GRIEBEL, 2014, MITTLER, 2014 und, aus der Tagespresse, SCHULZE WESSEL, 2015. Die Grundpositionen beider Lager fassen SÜHL-STROHMENGER/BÜRGER/DEPPING, 2013 zusammen.

17 „Erster Grundsatz: Bei der Ausgestaltung der Fachinformationsdienste stehen die Interessen der Forschung im Mittelpunkt.“ DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT, 2018a, S. 5.

18 DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT, 2018a, S. 4.

19 So ist in der aktuellsten Fassung der „Richtlinien“ nur mehr von einer *e-preferred policy* die Rede.

20 Das KfL übernimmt die als Querschnittsaufgabe definierte „Beschaffung kostenpflichtiger digitaler Ressourcen (Lizenzverhandlungen) sowie die Abwicklung technischer Prozesse (Registrierung, Freischaltung, Zugriffsplattformen)“ (DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT, 2018a, S. 10). Die so für die jeweiligen „Nutzerkreise“ zur Verfügung gestellten elektronischen Ressourcen können dann entweder über das Portal des KfL genutzt oder in Plattformen, lokale, verbund- und überregionale Kataloge eingebunden werden (vgl. HILLENKÖTTER et al., 2016, S. 44ff).

21 DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT, 2018a, S. 4.

- Aufrechterhaltung und Optimierung aller *positiv* rezipierten Eigenschaften der Virtuellen Fachbibliotheken, z.B. die Aggregation von Ressourcen und die gute Einbettung von Fernleih- und Dokumentenlieferungsmöglichkeiten²²
- Rückkopplungsmöglichkeiten für Nutzerinnen und Nutzer, so dass sie beispielsweise den Erwerb von Medien und Lizenzen im Sinne von Patron Driven Acquisition²³ beeinflussen können.

FID-Portale: Neue Wege oder ewige Wiederkehr des Gleichen?

Doch wie erfolgreich sind die FID-Portale damit? In der oben genannten Untersuchung wurden 19 Portale²⁴ auf die aufgezählten Leistungen hin analysiert.²⁵ Die Ergebnisse stimmen leider nicht optimistisch.

Eine optimierte Integration von elektronischen Ressourcen, insbesondere die der jeweiligen Zielgruppe über FID-Lizenzen zugänglich gemachten, ist überraschend selten zu finden. Zwar weisen zehn der untersuchten Portale entsprechende Zugriffsmöglichkeiten auf, jedoch ist diese Zahl insbesondere unter der Perspektive, dass „e-only“ gleichermaßen als – *pun intended* – Schibboleth,²⁶ Schreckgespenst²⁷ oder „Kampfbegriff“²⁸ die Anfangsphase des FID-Aufbaus prägte,²⁹ enttäuschend.

Eine der Erkenntnisse langjähriger Usability-Studien ist, dass Nutzerinnen und Nutzer „den kompletten *Discovery-to-Delivery*-Prozess, d.h. einschließlich Zugriff auf Volltexte“ *innerhalb* des Portals erwarten.³⁰ „[K]omfortable[...] Nachweis- und Recherchesysteme“ müssen dies berücksichtigen. Optimierte Integration und Usability für elektronische Ressourcen böte ein *Single-Sign-On*-(SSO-)Verfahren.³¹ Über ein solches können neben der Authentifizierung für den standortunabhängigen Zugriff auf

22 Vgl. ILLIG, 2015, S. 18.

23 Vgl. SWORDS, 2011.

24 Es wurden nur Portale untersucht, die im Rahmen der FID-Förderung umgestaltet oder neu eingerichtet wurden und bis zum Stichtag des 31.01.2018 online zugänglich waren. Ziel war, zu beschreiben, wie sich fachliche, überregional ausgerichtete bibliothekarische Portale unter den besonderen Bedingungen der FID-Förderlinie gestalten (vgl. JUNG, 2018, S. 32).

25 Zur vergleichbaren Beschreibung der Portale wurden typische Eigenschaften, Funktionen und Inhalte für ein Auswertungsraster definiert. Dazu wurden die typologische Untersuchung zu bibliothekarischen Online-Angeboten von RÖSCH/WEISBROD, 2004 sowie der Überblick über häufig in ViFa eingebundene elektronischen Ressourcen von DEPPING, 2012 ausgewertet. Die so formalisierte Beschreibung erlaubte in der Auswertung eine Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Portale im Allgemeinen, und gemessen am Maßstab der FID-Förderrichtlinien (vgl. JUNG, 2018, S. 23ff.).

26 Vgl. GRIEBEL, 2014, S. 151ff., ferner MITTLER, 2014, S. 358f.

27 Vgl. STROHSCHNEIDER, 2013.

28 Vgl. SCHULZE WESSEL, 2015.

29 Vgl. ILLIG, 2015, S. 14, Anm. 56.

30 Vgl. SCHULZ 2013, S. 2.

31 SSO-Verfahren erlauben es, durch einmalige Anmeldung über ein Konto Zugriff auf eine Vielzahl von digitalen Diensten und Angeboten zu erhalten, für die eigentlich gesonderte Anmeldungen nötig wären. Im Kontext von Bibliotheksportalen dient SSO vor allem der Authentifizierung für den Zugriff

lizenzpflichtige Quellen – essentiell angesichts der *überregionalen* Versorgungsaufgabe der FID – zusätzliche Funktionen wie Personalisierungen, Standortnachweise oder Fernleihbestellungen vereinfacht werden. Jedoch nutzen nur vier der untersuchten FID-Portale diese Vorteile eines SSO-Systems. Dass dies in so wenigen Portalen konsequent umgesetzt wurde, überrascht.³²

In diesem Kontext ist auch die mangelnde Integration der FID-Lizenzangebote selbst zu erwähnen. Von den 14 untersuchten FID, die FID-Lizenzen anbieten, binden nur acht diese in ihre Suchindizes ein – sechs verlassen sich vollkommen auf die durch das KfL selbst bereitgestellte Plattform,³³ wodurch eine zusätzliche Hürde im Zugriff auf diese speziell für die Zielgruppe erworbenen Ressourcen aufgebaut wird.³⁴

Der *e-preferred policy* wird häufig genüge getan, indem statt FID-Lizenzen viele FID-Portale Nationallizenzen oder an vielen Hochschulbibliotheken lizenzierte elektronische Ressourcen in ihre Indizes einbetten.³⁵ Noch verbreiteter ist die Einbindung möglichst vieler Open-Access-Quellen, etwa Fachausschnitte aus BASE, dem DOAJ oder anderen Aggregatoren.³⁶ Doch wo ViFas einst Pionierleistungen im Zusammenführen von konventionellen und digitalen Ressourcen und Deep-Web-Inhalten erbrachten,³⁷ werden Inhalte wie die genannten heute immer häufiger und selbstverständlicher in Online-Kataloge von Hochschulbibliotheken eingebunden. FID-Portale werden so schlicht zu einem weiteren Aggregator. Gerade in Hinblick auf Open-Access-Ressourcen, die aufgrund ihrer häufig gegebenen Volltext-Durchsuchbarkeit von institutionellen Discovery-Systemen auch ohne aufwändige, kuratierende Sacherschließung aufgefunden werden könnten, ist der Mehrwert dieser Aggregation überschaubar.³⁸

Auch das Fehlen von Möglichkeiten für den nutzungsgesteuerten Erwerb elektronischer Publikationen überrascht. Obgleich die Mehrzahl der untersuchten Portale – 14 von 19 – ihrer Zielgruppe auf verschiedene Weise Einfluss auf den Erwerb von

auf lizenzpflichtige elektronische Ressourcen. Im deutschen wissenschaftlichen Bibliothekswesen wird hierfür üblicherweise Shibboleth verwendet (vgl. GRAGERT/KAUN, 2016, S. 166f).

32 Insbesondere, da mangelnde Konzepte für die Optimierung des Zugriffs auf forschungsrelevante Ressourcen oft Grund für die in den ersten beiden FID-Antragsrunden häufigen Ablehnungen waren (vgl. ILLIG, 2015, S. 14).

33 2016 wurden „[ü]ber 90 % der [...] über das KfL abgeschlossenen FID-Lizenzen [...] über die Bereitstellungsplattform des KfL zugänglich gemacht.“ HILLENKÖTTER et al., 2016, S. 44.

34 Vgl. JUNG, 2018, S. 49f.

35 Vgl. JUNG, 2018, S. 51.

36 Vgl. JUNG, 2018, S. 44f.

37 Vgl. DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT, 2013, S. 7; DEPPING, 2012, S. 17; GÖTTKER 2016, S. 74f.

38 Nicht in Abrede gestellt sei der Mehrwert einer fachlich informierten Auswahl von Quellen besonders für kleine Fächer, die an Hochschulbibliotheken oft gebündelt von Fachreferaten betreut werden.

gedruckten Publikationen erlaubt³⁹ existiert keine *Patron Driven Acquisition* (PDA) hinsichtlich des Erwerbs elektronischer Publikationen.⁴⁰ Es erscheint kurios, dass innerhalb einer Förderlinie, bei der elektronische Ressourcen eine vorrangige Rolle spielen sollen, ausschließlich gedruckte Werke für die Erwerbung mit PDA-Methoden angeboten werden.

In einigen Portalen werden die auf diesem Wege erworbenen Titel unmittelbar über Fernleihe den Nutzerinnen oder Nutzern zugänglich gemacht.⁴¹ Doch nur ein Bruchteil der Portale integriert diese in der überregionalen Literaturversorgung so wichtige Form der Bereitstellung effektiv in ihr Angebot. In den meisten Portalen geht diese Integration kaum über einen lapidar anmutenden Verweis auf Fernleihe oder subito hinaus.⁴² Auch hier ist die Frage angebracht, inwiefern FID-Portale ohne nutzungsfreundliche Integration der existierenden Fernleihwege einen Mehrwert für die standortunabhängige, überregionale Versorgung mit Forschungsliteratur bieten.

Diese Beobachtungen legen die Vermutung nahe, dass über die Portalangebote der FID bei Weitem nicht alle für den „Spitzenbedarf“ der FID-Zielgruppen relevanten elektronischen, aber auch gedruckten Ressourcen zugänglich gemacht werden können. Es drängt sich das Urteil auf, dass die meisten FID-Portale eigentlich darin versagen, als Instrumente der Deckung dieses „Spitzenbedarfs“ zu dienen. So entsteht die paradoxe Situation, dass sich FID auf die Einbindung von Ressourcen und den Verweis auf Dienstleistungen verlassen, die ohnehin vorhanden sind: Gewissermaßen muss mit der Eigenleistung des bibliothekarischen Gesamtsystems nachgebessert werden, um überhaupt spürbare Mehrwerte zu erzeugen, die eigentlich durch FID und ihre Webangebote geschaffen werden sollten.⁴³ Ohne diese Praxis liefen viele FID-Portale Gefahr, unterm Strich weniger – und damit ist gemeint: weniger für ihre Zielgruppe relevante – Inhalte anbieten zu können als der Katalog einer Hochschulbibliothek. Und sobald die vom KfL verfolgte Integration der FID-Lizenzen in zentrale Nachweissysteme zufriedenstellend vorgenommen wurde,⁴⁴ wird sich auch dieser – wie erwähnt nur sehr durchwachsen realisierte – Mehrwert der FID-Portale nivellieren.

39 Genannt seien Kaufvorschlagsformulare, aber auch die Integration von bibliographischen Daten aus dem Buchhandel in den FID-Recherche katalog (vgl. JUNG, 2018, S. 55).

40 Vgl. SWORDS, 2011, S. 2ff. In den FID-Portalen wird der Begriff „PDA“ zwar verwendet, jedoch ausschließlich mit Bezug auf den Erwerb gedruckter Publikationen.

41 Vgl. JUNG, 2018, S. 56f.

42 Vgl. JUNG, 2018, S. 73f.

43 Hinzu kommt die Problematik der Finanzierung des „Spitzenbedarfs“ – auch hier, so vermutet es Illig, müssen Bibliotheken Mittel in Eigenleistung für Inhalte aufbringen, die eigentlich durch FID bereitgestellt werden sollten (vgl. ILLIG, 2015, S. 18).

44 Vgl. HILLENKÖTTER et al. 2017, S. 257ff.

Versuch eines Ausblicks: Der unsichtbare Fachinformationsdienst

Die Feststellungen des vorangehenden Abschnitts klingen düster.⁴⁵ Wie ein Gespenst kehren die mangelnde Integration digitaler Medien und die Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung der FID-Lizenzmodelle wieder. Wie ließe es sich austreiben?

Im Laufe der diesem Aufsatz zugrunde liegenden Untersuchung kristallisierte sich eine Beobachtung heraus,⁴⁶ die in Illigs Prognose zum Ausdruck kommt: „Bibliotheken, die als Vorreiter bereits seit längerem innovative Dienstleistungen und Strukturen entwickeln, können diese bereits in der FID-Förderung nachnutzen und sind im Vorteil.“⁴⁷ In der Tat greifen die Portale, die in der Untersuchung die funktionalsten und nutzungsfreundlichsten Zugriffssysteme, aber auch weitere Informationsdienstleistungen aufwiesen, auf etablierte Strukturen⁴⁸ und technologische Innovationen zurück, die nicht erst im Kontext der FID-Förderung entstanden sind.⁴⁹

Dieses Faktum bietet vielleicht einen Ausblick darauf, wie das System der überregionalen Literaturversorgung auf effiziente Füße gestellt werden könnte: durch einen radikalen Ausbau der Querschnittsbereiche im FID-Fördersystem, welche die existierenden Innovationskompetenzen nutzen und die vom AWBI jüngst beobachtete „Unwucht“ hinsichtlich technologischer Innovationskraft⁵⁰ systemisch ins Werk setzen würden. So könnten einige wenige Einrichtungen, die sich in der Entwicklung innovativer und vor allem effizienter Recherche- und Nachweisinstrumente als höchst kompetent erwiesen haben, zentralisiert Lösungen für überregionale Nachweis-, Recherche- und Zugriffssysteme entwickeln – vergleichbar der Arbeit, die das Kompetenzzentrum bereits jetzt für die Aushandlung von Lizenzen leistet. Die Förderung solcher Querschnittseinrichtungen würde explizit im Dienste

45 Selbstverständlich bieten FID-Portale weitaus mehr als nur Zugriff auf verschiedene Informationsressourcen. So fanden die ebenfalls in der genannten Untersuchung betrachteten Publikationsdienstleistungen (vgl. JUNG, 2018, S. 56f.) bisher noch keine Erwähnung. Doch auch diese beruhen meist auf bestehenden Infrastrukturen und sind häufig nur bedingt in die FID-Portale integriert (vgl. JUNG, 2018, S. 73 f.). Nicht erwähnt wurde auch, dass zumindest ein Desiderat der Neuausrichtung des Fördersystems einhellig als erfüllt angesehen wird: Die enge Abstimmung zwischen Literaturversorgung und Forschung.

46 Vgl. JUNG, 2018, S. 79.

47 ILLIG, 2015, S. 21.

48 So der FID Erziehungswissenschaften und Bildungsforschung, der als Untersektion in das Fachportal Pädagogik integriert wurde und dessen Infrastruktur nachnutzt (vgl. KREUSCH/BOTTE/CRAMME, 2015, S. 139).

49 So nutzen CrossAsia, Propylaeum und arthistoricum.net die Publikationsinfrastrukturen der Universitätsbibliothek Heidelberg nach (vgl. EFFINGER, 2016). CrossAsia macht sich darüber hinaus die Lizenzgepflogenheiten, die die Staatsbibliothek zu Berlin im Kontext des „Blauen Leihverkehrs“ etabliert hat, zunutze (vgl. KAUN, 2014, S. 30) und konnte sich auf die technische Realisierung eines SSO-Verfahrens konzentrieren (vgl. GRAGERT/KAUN, 2016). Im Aufbau seiner Nachweisinstrumente konnte adlr.link auf die Entwicklungen des finc-Konsortiums zurückgreifen (vgl. STOPPE, 2015, S. 114), während PubPharm auf beluga-core (vgl. MAAS, 2016) aufbauen kann (vgl. KESSLER et al., 2016, S. 14).

50 Vgl. DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT, 2018b, S. 7.

des Gesamtsystems erfolgen. Ziel wäre, eine Infrastruktur zu schaffen, die sinnvoll in andere Kataloge und Nachweisinstrumente integriert werden kann.

Welche Rolle hätten innerhalb dieses Systems die Fachinformationsdienste und damit die ehemaligen Sondersammelgebietsbibliotheken? Auch hier sei ein nicht ganz neues Konzept in Erinnerung gerufen, das zur Zeit der Umstellung auf die FID-Förderung unter anderem auf einem DFG-Workshop Ende 2012 in Hannover diskutiert wurde.⁵¹ Depping beschreibt es in Grundzügen bereits in seinem Aufsatz von 2012,⁵² Wonke-Stehle und Christof fassen es zudem in ihrem Aufsatz von 2014 zusammen:⁵³ Bei ihnen ist zunächst davon die Rede, Fachportale „in einzelne Module aufzuspalten [...], die an- und ausgeschaltet sowie leicht nach- und mitgenutzt werden können“.⁵⁴ In der hier entwickelten Überlegung wäre die Entwicklung dieser Module eine Querschnittsaufgabe,⁵⁵ welche von einzelnen, besonders kompetenten Einrichtungen getragen würde.⁵⁶

„Unter Umständen wäre [...] der Verzicht auf eine eigene Plattform zugunsten von Diensten, die an anderer Stelle eingebunden werden, in vielen Fällen ein pragmatischer und Erfolg versprechender Weg.“⁵⁷ Dann müssten die Module auf die Integration in bestehende Nachweissysteme ausgelegt werden. Es ginge also letztlich darum, zu ermöglichen, dass „die hochwertigen Inhalte der Bibliotheken [...] dort gefunden werden, wo sich die Zielgruppe im Web aufhält. [...] Das Bereitstellen und Aufbereiten von (Meta-)Daten im und für das Netz ist dabei ein zentrales Handlungsfeld“.⁵⁸

Dies wäre Aufgabe der derzeitigen FID-Bibliotheken, in Zusammenspiel mit den Querschnittsbereich-Kompetenzzentren: Informationen so aufzubereiten und die Instrumente dafür zu entwickeln, dass sie andernorts gefunden werden können⁵⁹ – kurz, konsequent daran zu arbeiten, dass, wie es schon in den Empfehlungen zur SSG-Evaluation heißt, „die zusätzlichen Leistungen“ der SSG- bzw. mittlerweile FID-Bibliotheken mit speziellen Beständen, Dienstleistungen und Kompetenzen in existierende „Nachweis- und Zugriffssysteme [...] Eingang finden“.⁶⁰ Neben einer

51 Vgl. DEPPING, 2013.

52 Vgl. DEPPING, 2012, S. 32f.

53 Vgl. WONKE-STEHLE/CHRISTOF, 2014, S. 15.

54 Ebd.

55 Vgl. die Anmerkungen zum „Transformationsszenario Ressourcenversorgung“ in DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT, 2018b, S. 13.

56 Beispielsweise könnten die Köpfe hinter den Authentifizierungs- und Zugriffssystemen von CrossAsia, adlr.link und PubPharm gemeinsam an einem SSO-Verfahren für Discovery-Systeme arbeiten, während die Universitätsbibliothek Heidelberg Plattformen für das Open-Access-Publishing bereitstellt. Erfolgreiche (Print-)PDA-Modelle könnten aus der Praxis des FID Religionswissenschaft entwickelt werden: Im Index Theologicus greifen – unabhängig vom tatsächlichen Bestand – der Nachweis bibliographischer Daten, Fernleihe und PDA unmittelbar ineinander (vgl. UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK TÜBINGEN, 2017).

57 Vgl. DEPPING, 2012, S. 33.

58 WONKE-STEHLE/CHRISTOF, 2014, S. 15.

59 Vgl. DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT, 2018b, S. 17f.

60 DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT, 2011, S. 10.

institutionenübergreifenden Zusammenarbeit hinsichtlich der technischen Integration wäre auch ein explizites Hand-in-Hand-Arbeiten von FID und lokalen Fachreferaten erforderlich, um die Erwerbung und Lizenzierung hinsichtlich „Grund-“ und „Spitzenbedarf“ zu koordinieren. Letztlich wäre es Aufgabe der überregionalen Literaturversorgung, für ihre eigene Unsichtbarkeit zu sorgen.⁶¹

Diese Überlegungen berühren zwei Problematiken nicht. Zum einen bleibt das Problem, dass die Inhalte der Angebote, die entwickelt werden müssen, erst einmal zur Verfügung stehen müssten. Einer sinnvollen Bereitstellung zumindest elektronischer Informationsressourcen sind so lange „faktische Grenzen“ gesetzt, „[s]olange ein wesentlicher Anteil der elektronischen Publikationen lizenzpflichtig erscheint“.⁶²

Zum anderen bleibt die Frage der Finanzierungsgrundlage des Systems: Ein Ausbau hin zu zentralisierteren Konzepten würde die überregionale Literaturversorgung noch eindeutiger zu einem Fall für die Infrastrukturfinanzierung machen, von der die DFG sich mehr und mehr zurückziehen versucht.⁶³ Anerkannt wird immerhin die Notwendigkeit, dass „[p]rojektförmige Investitionen [...] durch zusätzliche Instrumente und Formate flankiert und abgesichert werden“ müssen.⁶⁴ Die noch bis 2019 laufende Evaluation der Förderlinie „soll über eine Einschätzung des Erfolgs des Programms hinaus auch die Frage beantworten, wie eine nachhaltige Finanzierung für das FID Programm [sic] realisiert werden kann.“⁶⁵

Der Ausgang dieser neuerlichen Evaluation ist ungewiss. Selbst wenn gangbare Lösungen gefunden werden, wird die Frage nach neuen, zeitgemäßen Wegen immer wiederkehren.

Literatur

ASTOR, Michael et al., 2011. *Evaluierung des DFG-geförderten Systems der Sondersammelgebiete* [online]. Bonn: Deutsche Forschungsgemeinschaft [Zugriff am: 05.10.2018]. Verfügbar unter: http://www.dfg.de/download/pdf/dfg_im_profil/geschaeftsstelle/publikationen/evaluierung_ssg.pdf

BECK, Julia et al., 2016. Neue Wege der Informationsaggregation und -vernetzung: Ein Blick hinter die Kulissen des Fachinformationsdienstes Darstellende Kunst. In: *ABI Technik*. 36(4), S. 218-226.

61 Vgl. DEPPING, 2013, S. 83: „Auch bei der konventionellen Literaturversorgung ist es absolut normal, dass externe Nutzerinnen und Nutzer die Medien einer SSG-Bibliothek über die Fernleihe nutzen, ohne zu wissen, woher die Medien kommen und was die SSGs sind.“

62 SÜHL-STROHMENGER/BÜRGER/DEPPING, 2013, S. 213.

63 Vgl. GÖTTKER 2016, S. 11.

64 Vgl. DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT, 2018b, S. 4.

65 SEEGER, 2017 S. 3.

- CHRISTOF, Jürgen und Jens WOHNKE-STEHLER, 2012. *Virtuelle Fachbibliotheken* [online]. *Bilanz und Ausblick*. [PowerPoint-Präsentation]. 101. Bibliothekartag Hamburg, 23.05.2012 [Zugriff am: 05.10.2018]. Verfügbar unter: [urn:nbn:de:0290-opus-12015](http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0290-opus-12015)
- DEPPING, Ralf, 2012. Sondersammelgebiete im Zeitalter elektronischer Informationsversorgung. In: Wolfgang SCHMITZ, Katja HALASSY, Irmgard JORDAN-SCHMIDT, Hrsg. *Ein Bibliothekar mit Informationskompetenz. Festschrift für Dr. Rolf Thiele*. Köln: Universitäts- und Stadtbibliothek Köln, S. 13-34.
- DEPPING, Ralf, 2013. „Zukunft und (Neu)Definition der Virtuellen Fachbibliotheken: Fachspezifischer One-Stop-Shop oder ...?“. DFG-Workshop am 26. und 27. November 2012 in der TIB Hannover. In: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*. 60(2), S. 82-85.
- DEPPING, Ralf, 2014. Das Ende der Sondersammelgebiete: Ende einer Infrastruktur. In: *Bibliothek: Forschung und Praxis*. 38(3), S. 398-402.
- DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT, 2011. *Evaluierung des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Systems der Sondersammelgebiete* [online]. *Empfehlungen der Expertenkommission SSG-Evaluation auf Grundlage der Ergebnisse der Evaluierungsuntersuchungen der Prognos AG*. Bonn: Deutsche Forschungsgemeinschaft [Zugriff am: 05.10.2018]. Verfügbar unter: http://www.dfg.de/download/pdf/dfg_im_profil/geschaeftsstelle/publikationen/studien/studie_evaluierung_sondersammelgebiete_empfehlungen.pdf
- DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT, 2013. *Richtlinien zur überregionalen Literaturversorgung der Sondersammelgebiete und Virtuellen Fachbibliotheken* [online]. *Stand 01.03.2013*. Bonn: Deutsche Forschungsgemeinschaft [Zugriff am: 05.10.2018]. Verfügbar unter: http://www.dfg.de/download/pdf/foerderung/programme/lis/richtlinien_lit_versorgung_ssg.pdf
- DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT, 2018a. *Richtlinien Fachinformationsdienste für die Wissenschaft* [online] *DFG-Vordruck 12.102 – 01/18*. Bonn: Deutsche Forschungsgemeinschaft [Zugriff am: 05.10.2018]. Verfügbar unter: http://www.dfg.de/formulare/12_102/12_102_de.pdf
- DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT, 2018b. *Stärkung des Systems wissenschaftlicher Bibliotheken in Deutschland* [online]. *Ein Impulspapier des Ausschusses für Wissenschaftliche Bibliotheken und Informationssysteme der Deutschen Forschungsgemeinschaft*. Bonn: Deutsche Forschungsgemeinschaft [Zugriff am: 05.10.2018]. Verfügbar unter: http://www.dfg.de/download/pdf/foerderung/programme/lis/180522_awbi_impulspapier.pdf
- EFFINGER, Maria, 2016. *Die Universitätsbibliothek Heidelberg als Verlag? Open Access für Universität und Fachinformationsdienste* [PowerPoint-Präsentation]. Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte Berlin, 02.02.2016 [Zugriff am: 05.10.2018].

Verfügbar unter:

http://www.initiativefortbildung.de/pdf/schlaglichter_verlag2016/Effinger.pdf

- GÖTTKER, Susanne, 2016. *Literaturversorgung in Deutschland: Von den Sondersammelgebieten zu den Fachinformationsdiensten. Eine Analyse*. Wiesbaden: Dinges & Frick.
- GRAGERT, Gerrit und Matthias KAUN 2016. Ein Single-Sign-On-Verfahren für virtuelle Fachbibliotheken und FIDs am Beispiel von CrossAsia. In: *ABI Technik*. 36(3), S. 165-169.
- GRIEBEL, Rolf, 2008. Das DFG-geförderte System der überregionalen Literaturversorgung im Wandel: Vom Memorandum „Weiterentwicklung der überregionalen Literaturversorgung“ (1998) bis zum Positionspapier „Wissenschaftliche Literaturversorgungs- und Informationssysteme – Schwerpunkte der Förderung bis 2015“ (2006). In: Albert RAFFELT, Hrsg. *Die Bibliothek – von außen und von innen: Aspekte Freiburger Bibliotheksarbeit. Für Bärbel Schubel*. Freiburg: Universitätsbibliothek Freiburg, S. 27-45
- GRIEBEL, Rolf, 2014. Ein „folgenreicher“ Paradigmenwechsel: Die Ablösung der Sondersammelgebiete durch die Fachinformationsdienste. In: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*. 61(3), S. 138-157.
- HILLENKÖTTER, Kristine et al., 2016. Das Kompetenzzentrum für die Lizenzierung elektronischer Ressourcen im DFG-geförderten System der „Fachinformationsdienste für die Wissenschaft“: Betriebsorganisation, Verhandlung und Bereitstellung von FID-Lizenzen – ein Statusbericht. In: *Bibliothek: Forschung und Praxis*. 40(1), S. 33-49.
- HILLENKÖTTER, Kristine et al., 2017. Kompetenzzentrum für Lizenzierung im FID-Kontext: Es geht weiter! Verhandlung, Modellbildung und Erschließung im Fokus. In: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie*. 64(5), S. 249-260.
- ILLIG, Steffen, 2015. Von den SSG zu den FID: Eine kritische Reflexion von Anspruch und Wirklichkeit. In: *Perspektive Bibliothek* [online]. 4(1), S. 5-28. DOI: 10.11588/pb.2015.1.21644
- JUNG, Jakob, 2018. *Das Online-Fachportal im Kontext der Fachinformationsdienste* [Masterarbeit]. *Neue Wege der überregionalen Literaturversorgung oder ewige Wiederkehr des Gleichen? Eine Bestandsaufnahme*. Köln: TH Köln [Zugriff am: 05.10.2018]. Verfügbar unter: urn:nbn:de:hbz:79pbc-opus-11818
- KAUN, Matthias, 2014. Zehn Jahre Neuausrichtung des Sondersammelgebiets Ost- und Südostasien. Integration elektronischer Medien in den Sammel- und Serviceauftrag. In: *Bibliothek: Forschung und Praxis*. 38(1), S. 29-38.
- KESSLER, Kristof et al., 2016. PubPharm: Der Fachinformationsdienst Pharmazie. In: *o-bib: Das offene Bibliotheksjournal* [online]. 3(3), S. 1-23. DOI: 10.5282/o-bib/2016H3S1-23

- KREUSCH, Julia, Alexander BOTTE und Stefan CRAMME, 2015. Fachinformationsdienst Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung: Neue Wege der überregionalen wissenschaftlichen Literatur- und Informationsversorgung. In: *Erziehungswissenschaft*. 26(50), S. 137-141.
- MAAS, Jan Frederik, 2016. *beluga core* [online]. Beluga Blog Blogbeitrag, 18.03.2016 [Zugriff am: 05.10.2018]. Verfügbar unter: <http://beluga-blog.sub.uni-hamburg.de/blog/2016/03/18/beluga-core/>
- MITTLER, Elmar, 2014. Nachhaltige Infrastruktur für die Literatur- und Informationsversorgung: im digitalen Zeitalter ein überholtes Paradigma – oder so wichtig wie noch nie? In: *Bibliothek: Forschung und Praxis*. 38(3), S. 344-364.
- RÖSCH, Hermann und Dirk WEISBROD, 2004. Linklisten, Subject Gateways, Virtuelle Fachbibliotheken, Bibliotheks- und Wissenschaftsportale: Typologischer Überblick und Definitionsvorschlag. In: *b.i.t. online*. 7(3), S. 177-188.
- SCHULZ, Ursula, 2013. *10 Jahre Usability-Evaluation virtueller Bibliotheken* [online]. *Lessons learned*. Dortmund: Technische Universität Dortmund. DOI: 10.17877/DE290R-5352
- SCHULZE WESSEL, Martin, 2015. Sammeln für die Interessen von morgen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* [online]. 08.04.2015 [Zugriff am 05.10.2018]. Verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/forschung-und-lehre/deutscheforschungsgemeinschaft-reformiert-sondersammelgebiete-13524599.html>
- SEEGER, Miriam, 2017. *Protokoll: AG FID* [online]. Staatsbibliothek zu Berlin, 12.06.2017, 11-16 Uhr [Zugriff am: 05.10.2018]. Verfügbar unter: https://wikis.sub.uni-hamburg.de/webis/images/c/c6/AG_FID_Protokoll_2017_06_12_.pdf
- STOPPE, Sebastian, 2015. Neue Wege in der Informationsversorgung: Das Beispiel Fachinformationsdienst Medien- und Kommunikationswissenschaften. In: *o-bib: Das offene Bibliotheksjournal* [online]. 2(4), S. 108-118. DOI: 10.5282/o-bib/2015H4S108-118
- STROHSCHNEIDER, Peter, 2013. „Im Vordergrund stehen die Forschungsinteressen“: Interview durch Michael ROESLER-GRAICHEN. In: *boersenblatt.net* [online]. 14.06.2013 [Zugriff am: 05.10.2018]. Verfügbar unter: https://www.boersenblatt.net/artikel-interview_mit_dfg-praesident_peter_strohschneider.625414.html
- SÜHL-STROHMENGER, Wilfried, Thomas BÜRGER und Ralf DEPPING, 2013. „Fachinformationsdienste für die Wissenschaft“ statt „Sondersammelgebiete“: Gewinn oder Verlust. In: *b.i.t. online*. 16(3), S. 211-213.

SWORDS, David A., 2011. Introduction. In: DERS., Hrsg. *Patron Driven Acquisitions: History and Best Practices*. Berlin: De Gruyter, S. 1-4.

UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK TÜBINGEN, 2017. *IxTheo :: Patron Driven Acquisition (PDA)* [online]. Tübingen: Universitätsbibliothek der Eberhard-Karls-Universität Tübingen [Zugriff am: 05.10.2018]. Verfügbar unter: <https://ixtheo.de/docs/ixtheo-pda.pdf>

WONKE-STEHLE, Jens und Jürgen CHRISTOF, 2014. Fachportale von Bibliotheken. In: *Bibliothek: Forschung und Praxis*. 38(1), S. 14-19.

Personal Digital Archiving: Ein sperriger Begriff und ein zukunftssträchtiges Angebot von Bibliotheken

Dirk Weisbrod

Einleitung

Persönliche Archive¹ bestanden für unsere Vorfahren aus Briefen, Poesiealben, Tagebüchern oder Fotografien. Aufbewahrt in einer Pappschachtel, in Schubladen oder auf Schränken konnten sie Jahre und Jahrzehnte problemlos überdauern. Neben ihrer Funktion als Arbeitsgrundlage waren diese Dokumente sehr oft – und sind es noch heute – Erinnerungsstücke. Sie standen mit bestimmten Ereignissen und Menschen in Verbindung, die für das eigene Leben bedeutend und somit auch konstitutiv für das Selbstbild der betreffenden Person und ihre Lebensgeschichte waren. Auch für Dritte, die diese Person kannten, hatten diese Zeugnisse noch einen Erinnerungswert. Die Forschung hat in den letzten Jahren hierzu viele interessante Erkenntnisse erbracht.²

Jedoch schon nach wenigen Jahrzehnten, wenn auch die letzten Personen, die mit den aufbewahrten Zeugnissen noch etwas in Verbindung bringen konnten, verstorben waren, schwand auch deren Erinnerungswert; bis zuletzt vielleicht noch einige ausgewählte Stücke für die Wissenschaft relevant erschienen. Eine Ausnahme sind Familienarchive, wo solche Unterlagen dann doch über längere Zeiträume aufbewahrt werden. Für Durchschnittsbürgerinnen und -bürger vordigitaler Zeiten galt

¹ Zum Begriff der Persönlichen Archive vgl. WEISBROD, 2016, S. 142ff.

² Beispielhaft für die neueren Forschungsergebnisse ist der Beitrag von KAYE et al., 2006.

somit: Die Haltbarkeit der von ihnen aufbewahrten und in der Regel papierbasierten persönlichen Dokumente war wesentlich höher, als deren Lebenszyklus, der meist nur zwei oder drei Generationen umfasste.

Ebenso problemlos waren in den meisten Fällen das Wiederauffinden und die Zuordnung von Dokumenten möglich. Die hierfür nötigen „Metadaten“ beschränkten sich auf handschriftliche Notizen auf der Rückseite von Fotografien oder Datums- und Adressangaben auf Briefen, was bei den meist kleinen Konvoluten ausreichend war. Größere Dokumentensammlungen wurden nach individuellen Prinzipien geordnet, wobei die Übersichtlichkeit im Vergleich zu der Überproduktion digitaler Medien immer groß genug war, um das Gewünschte einigermaßen schnell wiederzufinden.

Auch von professioneller Seite interessierte man sich in der Regel nicht für diese persönlichen Lebensspuren, sodass ein Problembewusstsein hinsichtlich persönlicher Dokumente auch dort nicht entstand. Lediglich die Dokumente bedeutender Persönlichkeiten erreichten – bis Mitte des 19. Jahrhunderts auch nur sporadisch – als Nachlässe Bibliotheken und Archive.³ Sie waren als Unikate zwar anderen Erschließungs- und Aufbewahrungsmethoden unterworfen als Bücher, im Wesentlichen beschränkte sich aber gerade die physische Archivierung auf die klassische Bestandhaltung papierbasierter Medien, wie sie in Bibliotheken und Archiven schon seit Jahrhunderten – freilich mit immer größerer Präzision und technologischen Aufwand – betrieben wird.

Höhere Haltbarkeit als der durchschnittliche Lebenszyklus von analogen Dokumenten sowie die vergleichsweise niedrige Durchschnittsmenge des Aufbewahrten ermöglichten somit eine Aufbewahrung ohne weitere oder tiefergehende Archivierungs- und Dokumentenmanagement-Kenntnisse der betroffenen Personen. Erst mit der umfassenden Digitalisierung und den dabei auftretenden Problemen der Langzeitarchivierung (z.B. Obsoleszenz und Degradation) sollten sich die Verhältnisse auch für Privatpersonen umkehren. Erstmals aufmerksam wurde man auf dieses Phänomen in einem Umfeld, das heute nicht unbedingt mit persönlichen Archiven in Verbindung gebracht wird.

Persönliches Informationsmanagement und Langzeitarchivierung als Grundlage von PDA

Erste Versuche, den Umgang von Einzelpersonen mit Dokumenten und den darin enthaltenen Informationen zu analysieren und zu verbessern, stammen aus einem Bereich, den wir heute mit den Begriffen Wissens- und Forschungsdatenmanagement umschreiben würden. Es war im Jahr 1945 als Vannevar Bush den Aufsatz „As we may think“ publizierte, in dem er als Lösung für das defizitäre Informations-

³ Vgl. WEISBROD, 2015, S. 137f.

und Datenmanagement von Wissenschaftlern die Maschine „Memex“ entwarf. Dieses mächtige und nie realisierte Gerät benutzt analoge Technologien, wie Foto-, Film- und Tonträgerverfahren, um seinen Nutzerinnen und Nutzern die Organisation von Informationen, Dokumenten und Forschungsdaten zu erleichtern. Funktionell erinnerte „Memex“ schon an einen Computer, weil die analogen Informationen assoziativ und damit hypertextuell vernetzt wurden. Interessant für das hier behandelte Thema ist aber, dass Bush für sein Projekt die Verhaltensmuster von Wissenschaftlern analysierte, die bei so grundlegenden individuellen Tätigkeiten wie Informationssuche, -speicherung und -retrieval auftraten. Dabei bemühte er sich um die Verbesserung des Informations- und Dokumentenmanagements mit der These, dass der Einsatz von Maschinen und das darauf abgestimmte Verhalten der Anwenderinnen und Anwender zur Effizienzsteigerung in der Forschung beitragen.⁴

Bushs Vorstellungen wurden nie realisiert. Sie erlangten aber wenige Jahrzehnte eine umso größere Bedeutung und zwar nicht nur, weil Bush als einer der ersten Hypertextstrukturen beschrieben hatte, sondern auch, weil sich mit der zunehmenden Digitalisierung insbesondere der Arbeitswelt das persönliche Informationsmanagement zu einer selbständigen Forschungsrichtung entwickelte. Insbesondere Fragen des Information Retrieval oder die Entwicklung von Werkzeugen zur Unterstützung einer effektiven Dokumentenverwaltung standen dabei im Mittelpunkt.⁵ Herausragende Beiträge aus dieser Zeit stammen von Malone, der „files and piles“ als Hauptelemente der Desktop-Organisation identifizierte⁶ und Lansdale, der den Begriff des Persönlichen Informationsmanagements (PIM) in die Diskussion einführte und die kognitiven Prozesse beim Information Retrieval akzentuierte.⁷ Einige Jahre später schon umfasste der PIM-Fokus neben der klassischen Büroorganisation auch digitale persönliche Archive. Man hatte erkannt, dass für die Entwicklung v.a. von Office-Software und Dokumentenmanagementsystemen auch das private Umfeld der Nutzerinnen und Nutzer relevant ist. Somit untersuchte man auch Verhaltensmuster von Privatpersonen in Bezug auf die digitalen Medien. Besonders weite Verbreitung fanden die Forschungsergebnisse von William Jones, der die von den Nutzerinnen und Nutzern idealerweise zu beherrschenden Kenntnisse und Fähigkeiten in Bezug auf digitale Medien als PIM-Aktivitäten bezeichnete und sie in drei Gruppen einteilte:

- **Aktivitäten des Suchens und Wiederfindens von Informationen (rinding/re-finding activities):** Das sind alle Tätigkeiten des Suchens und Findens neuer oder schon gespeicherter Information im persönlichen Archiv oder Umfeld eines Menschen.

4 Vgl. BUSH, 1945, S. 101ff.

5 Einen Überblick über die Entwicklung des PIM gibt JONES, 2010, S. 4138.

6 Vgl. MALONE, 1983.

7 Vgl. LANSDALE, 1988.

- **Aktivitäten des Speicherns von Informationen (keeping activities):** Diese Aktivitäten beziehen sich auf alle Entscheidungen darüber, ob und wie Informationen aufbewahrt werden sollen.
- **Aktivitäten der Informationsorganisation und -pflege (meta-level activities):** Das sind alle Aktivitäten, die der längerfristigen Speicherung von Informationen dienen, etwa durch die Organisation von digitalen Dokumenten und Daten (in Ordnern, durch Metadaten), deren Pflege (Backup, Migration, Updates etc.), Datenaustausch und Datenschutz, Auswahl von Management-Tools und Archivierungs-Strategien etc.⁸

Die im letzten Punkt zusammengefassten meta-level activities sind jene Aktivitäten, die das Suchen und Wiederfinden sowie die adäquate Speicherung (oder Archivierung) von Informationen und digitalen Dokumenten vorbereiten und unterstützen. Man kann daher auch sagen, dass das Vermitteln dieser meta-level activities – die vielfach mit Aktivitäten der Langzeitarchivierung übereinstimmen – die Hauptaufgabe von PDA ist. Inhaltlich handelt es dabei um die Adaption von Dokumentenmanagement- und LZA-Best-Practices auf persönliche Archive sowie Privatpersonen und deren Vermittlung an einen breiten Nutzerkreis.

PDA – von den 1994 bis heute

Der erste, der Best Practices der Langzeitarchivierung für persönliche Archive adaptierte, war der Australier Adrian Cunningham. Er tat dies aus einer Notsituation heraus für einen ganz bestimmten Personenkreis, nämlich Schriftstellerinnen und Schriftsteller. Cunningham war als Leiter des Pacific Manuscripts Bureau – einer Stiftung, die Nachlässe aus dem pazifischen Raum sammelt – für ein Literaturarchiv verantwortlich. Zu Beginn der 1990er Jahre musste er feststellen, dass erstmals in nennenswertem Umfang digitale Daten in den Nachlässen übermittelt wurden und dass diese Daten nicht mehr wie Papiermanuskripte erschlossen und archiviert werden konnten. Oftmals waren die Daten nicht mehr zugänglich, etwa aufgrund proprietärer Formate oder Hardwareschäden. Um das zu vermeiden, evaluierte er die Adaptierbarkeit verschiedener Archivierungs-Lösungen, die für die Verwaltung von Schriftgut in Behörden entwickelt wurden, auf sein Problem. Unter dem Schlagwort „Pre-custodial Intervention“ schlug er schließlich das frühzeitige Eingreifen von Nachlasskuratorinnen und -kuratoren in die präkustodiale Phase⁹ vor. Sie sollten mit den Bestandsbildnern zusammenarbeiten, um passende Archivierungsstrategien für digitale Objekte zu entwickeln und die Autorinnen und Autoren zu einem adäquaten Management ihres persönlichen Archivs anzuhalten. Obwohl es

⁸ Vgl. JONES 2010, S. 4140.

⁹ Das ist die Phase im Lebenszyklus eines Dokumentes, bevor dieses zur Aufbewahrung an ein Archiv übergeben wird. Zur Definition des Begriffs „präkustodiale Phase“ (vgl. WEISBROD, 2015, S. 25f).

Cunningham auch darum ging, die digitalen Objekte so schnell wie möglich in sein Archiv zu überführen, kann man seinen 1994 erschienen Vorschlag getrost als die Geburtsstunde von PDA bezeichnen.¹⁰ In den folgenden Jahren beschäftigten sich vor allem Literaturarchive, aber auch andere nachlassaufbewahrende Institutionen, mit der „präkustodialen Intervention“. Allerdings wurden hier nur vereinzelt praktikable Vorschläge gemacht, da viele Nachlassinstitutionen der Auffassung waren, dass diese Aufgabe nicht in ihren Aufgabenbereich falle und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch überfordere. Als besonders ertragreiche Projekte aus dem Bereich seien das Projekt „Paradigm“ (2005-2007)¹¹ und „Digital Lives (2007-2010)¹² – beide in Großbritannien angesiedelt – genannt.

Nach 2000 wurden dann auch die „digitalen Belange“ und das „digitale Leben“ von Durchschnittsbürgerinnen und -bürgern eingehender erforscht – allerdings zunächst nicht von den Bibliotheken und Archiven, sondern aus dem Blickwinkel von kommerzieller Softwareentwicklung, Ergonomie und PIM. So zog man etwa den Einsatz digitaler Technologien, wie z.B. einer Helmkamera, Digitalscanner oder biometrischer Sensoren in Betracht, um das Leben von Individuen besser zu organisieren oder alltägliche Verrichtungen aufzuzeichnen und für die Nachwelt aufzubewahren.¹³ Weitere Beispiele sind die Publikationen von Catherine Marshall¹⁴, Kirk und Sellen¹⁵ und Strodl et al., die allesamt das persönliche Informationsmanagement diverser Personengruppen analysierten und daraus Anforderungen für die Entwicklung digitaler Heim-Archivierungs-Systeme ableiteten. Letztere haben zudem an der Universität Wien eine solche Lösung für Kleinunternehmer unter dem Projektnamen „Hoppla“ entwickelt.¹⁶

Allerdings verlagerten sich die kommerziellen Entwicklungen nach dem Erscheinen des ersten iPhones sehr schnell auf mobile Anwendungen wie z.B. Smartphones und Tablets oder auf Social Networks, die eine einfache Produktion digitaler Aufzeichnungen sowie deren Publikation und Speicherung in der Cloud ermöglichen. Offensichtlich hatte sich die Auffassung durchgesetzt, dass Cloud-Architekturen die bislang zumeist auf lokalen Laufwerken vorliegenden persönlichen Archive ablösen, ohne dabei aber die Risiken dieser Angebote im Hinblick auf Datenschutz, Eigentumsrechte und auch deren Dauerhaftigkeit zu bedenken oder offenzulegen.

Diese Aufgabe fiel dann Ende der 2000er Jahre wieder öffentlichen Einrichtungen zu, die nun nicht mehr nur prominente Adressaten, sondern auch Privatpersonen ansprachen. So plädierte der US-amerikanische Archivwissenschaftler Richard Cox dafür, dass private Bestandsbildner – Privatpersonen, Familien, Familienmit-

10 Vgl. CUNNINGHAM 1994, S. 101f.

11 Vgl. den Projektbericht in BODLEIAN LIBRARY et al., 2007.

12 Vgl. den Projektbericht in JOHN et al., 2010.

13 Vgl. CZERWINSKI et al., 2006.

14 Vgl. MARSHALL, 2007.

15 Vgl. KIRK/SELLEN, 2008 und 2010.

16 Vgl. STRODL et al., 2008.

glieder – als Archivare ihrer selbst – sogenannte Citizen Archivists – fungieren sollten.¹⁷ Dies sei notwendig, da sonst nicht nur persönliche Erinnerungen, sondern auch wichtige Forschungsquellen für die Geschichtswissenschaft verlorengehen. Für Archivarinnen und -archivare ergebe sich damit eine Verschiebung ihres Aufgabenschwerpunktes – vom Hüter der Nachlässe hin zum Dienstleister für Bürgerinnen und Bürger. Als Dienstleister sollten sie diese in die Lage versetzen, ihre Archive so zu verwalten, dass sie nicht nur den Anforderungen von Privatpersonen und Individuen genügen, sondern auch der Wissenschaft Zugriff auf ihre Dokumente ermöglichen.¹⁸ Die von Cox vorgetragene Idee arbeitete die wissenschaftliche Relevanz von privaten Lebenszeugnissen heraus, wie sie schon Jahrzehnte zuvor von den Konzepten der „Oral History“ und der Alltagsgeschichte vertreten wurden.¹⁹ Das Angebot, die Informations- und Archivierungskompetenz einzelner Bürgerinnen und Bürger zu stärken, war bei Cox nur aus dieser Primäraufgabe abgeleitet.

Coxs Ideen wurden 2011 schließlich von bibliothekarischer Seite aufgenommen. So etwa von Copeland und Barreau, die den Aufbau eines öffentlichen Repositoriums vorschlugen, an dem sich auch Bibliotheksbenutzerinnen und -benutzer mit ihrem digitalen persönlichen Archiv beteiligen sollten, um so die lokale Geschichte umfassend zu dokumentieren. Copeland und Barreau akzentuierten damit originäre Aufgaben der Öffentlichen Bibliotheken wie etwa Bürgerbeteiligung, Vermittlung von Informationskompetenz und hier ganz besonders von Archivierungskompetenz.²⁰ Es verwundert daher wenig, dass Coxs Ideen etwas modifiziert von Bibliotheken – und vor allem von „Public Libraries“ – und nicht von Archiven weiterentwickelt wurden. Eine Vorreiterrolle übernahm die Library of Congress, als sie anlässlich der von der American Library Association (ALA) seit 2010 durchgeführten Preservation Week die Archivierungskompetenz von Privatpersonen in den Mittelpunkt stellte. Während des „Personal Archiving Day“ sollten durch verschiedene Werkzeuge wie Leitfäden, Schulungen oder Beratungsangebote Bibliotheksbenutzerinnen und -benutzer in die Lage versetzt werden, digitale Objekte selbstständig zu sichern und, auch über Generationen hinweg, den Zugang zu diesen Objekten sicherzustellen. Seit 2013 unterstützt die Library of Congress die US-amerikanischen Public Libraries bei der Entwicklung vergleichbarer Angebote.²¹

Seit 2010 findet zudem jährlich die Personal Digital Archiving Conference statt. Die Konferenz hat den Charakter eines informellen Zusammentreffens von Bibliothekaren, Archivarinnen, privaten Dienstleistern, Entwicklern, Wissenschaftlerinnen und Privatpersonen. Sie wurde vom Internet Archive in San Francisco ins Leben gerufen und findet seitdem jährlich statt. Inhaltlich wird die ganze Breite des Themas abgedeckt, es werden Tools zur Unterstützung von PDA sowie Bibliotheksprojekte

17 Vgl. COX, 2008, S. 295ff.

18 Vgl. COX, 2008, S. 1.

19 Vgl. WEISBROD, 2015, S. 94f.

20 Vgl. COPELAND, 2011, S. 637ff.

21 Vgl. THE LIBRARY OF CONGRESS, 2013 und ASHENFELDER, 2013.

vorgestellt oder Erfahrungen im Umgang mit persönlichen Archiven referiert. Ein Blick auf das jährliche Veranstaltungsprogramm zeigt, wie sich das Thema vor allem in den USA weiterentwickelt und welche Angebote – auch aus Bibliothekssicht – derzeit schon verfügbar sind.²²

PDA als Angebot von Bibliotheken an ihre Nutzerinnen und Nutzer ist somit gerade einmal zehn Jahre alt. Von den USA ausgehend haben nun auch die Öffentlichen Bibliotheken in anderen Ländern dieses Thema als nutzerorientiertes Angebot entdeckt. So beginnt auch in Deutschland der sperrige Begriff langsam Fuß zu fassen. 2015 erschien hier die erste Arbeit, die sich mit diesem Thema befasste.²³ 2016 gründete sich die nestor-AG PDA. Damit ist die erste Arbeitsgruppe, die sich in Deutschland mit dem Thema befasst, Teil des Kompetenznetzwerks für Langzeitarchivierung. Ganz bewusst sollen dabei Erkenntnisse und Methoden der Langzeitarchivierung für die Belange von Privatpersonen adaptiert werden. Ebenfalls 2016 führte dann die Stadtbibliothek Köln zusammen mit Studierenden der TH Köln eine Veranstaltung unter dem Titel „Digitale Werkstatt – Cloud, Festplatte oder CD-ROM im Schuhkarton“ durch, die großes Interesse fand und Teilnehmende aller Altersschichten erreichte. Nach Wissen des Verfassers war dies eine der ersten einschlägigen Veranstaltungen in Deutschland zu diesem Thema. Die Studierenden hatten sich im Rahmen eines Wahlpflichtseminars im Studiengang „Bibliothekswissenschaft“ auf diese Veranstaltung vorbereitet.²⁴ Es bleibt abzuwarten, ob solche Veranstaltungen Schule machen.

Ausblick und Zusammenfassung

Mehr und mehr zeigt sich, dass Privatpersonen große Probleme haben, ihre digitalen Archive adäquat zu verwalten und die darin enthaltenen Objekte zu archivieren. Der steigenden Nutzung digitaler Angebote, vorangetrieben durch Smartphones und soziale Netzwerke, stehen mangelnde Kenntnisse im Umgang mit digitalen Medien und der Langzeitarchivierung gegenüber. Neue Entwicklungen verändern das Nutzerverhalten sowie das persönliche Informationsmanagement und die weit verbreitete Meinung, dass soziale Netzwerke wie Google oder Facebook ideale Archivierungssysteme für die eigenen digitalen Lebenszeugnisse seien, tun dazu ihr Übriges. Das schon vor Jahren diagnostizierte „Benign neglect“²⁵, die gutgläubige Vernachlässigung der eigenen digitalen Dokumente in der Hoffnung auf stabile Speichertechnologien, hat damit als vorherrschendes Nutzungsverhalten noch weiteren Auftrieb bekommen. In diese Lücke zwischen Anspruch und Realität können PDA-Angebote stoßen und dazu beitragen, Bibliotheksbenutzerinnen und -benutzer für

22 Zuletzt fand die PDA-Konferenz 2018 in Houston statt. Siehe hierzu die Konferenz-Webseite unter <https://sites.lib.uh.edu/pda18/> [Zugriff am: 24.07.2018].

23 Vgl. ENGELS, 2014.

24 Vgl. OSSWALD, 2017, S. 122.

25 Vgl. MARSHALL, 2007.

die Problematik zu sensibilisieren und ihnen die notwendige Informations- und Archivierungskompetenz zu vermitteln. Im Vordergrund steht dabei immer noch die Vermittlung der oben als meta-level activities bezeichneten Kenntnisse und Fähigkeiten. Welche Konzepte und Maßnahmen die Öffentlichen Bibliotheken zu Angeboten bündeln können, haben Achim Oßwald und der Verfasser in einem früheren Beitrag beschrieben. Grundsätzlich geht es dabei um einen Mix aus:

- Allgemeiner Beratung/Best Practice (Skalierbare Informationsveranstaltungen, „Awareness“-Tage, Infomaterialien, Podcasts, Videos, Webinare)
- Persönlicher Beratung
- Infrastrukturangebote (Services wie Format- oder Hardware-Migration, Kooperation mit Dienstleistern)²⁶

Wegen der immer stärkeren Nutzung der Cloud erlangen auch rechtliche Fragen, etwa Verwertungsrechte oder Datenschutz große Bedeutung. Dabei zeigt sich immer deutlicher, dass zur Zielgruppe von PDA nicht nur Privatpersonen oder der sog. Durchschnittsbürger gehören, sondern auch jene Personengruppen, die im beruflichen und wissenschaftlichen Umfeld digitale Objekte bearbeiten, aufbereiten und archivieren müssen. Ganz besonders ist hierbei das Forschungsdatenmanagement zu nennen, wo junge Forscherinnen und Forscher ohne entsprechende Kenntnisse an die Thematik von Grund auf herangeführt werden müssen. PDA-Angebote kehren damit auch zu einer ihrer Wurzeln zurück, wenn man nur an Vannevar Bushs Untersuchungen aus dem Jahr 1945 denkt. Die Zielgruppe von PDA wächst also und PDA wird damit auch in wissenschaftlichen Bibliotheken zu einem Thema.²⁷

Für Öffentliche Bibliotheken aber könnte PDA in Zukunft alleine schon deswegen eine große Bedeutung haben, weil sie damit gegenüber ihren Trägern neue Argumente für ihre Daseinsberechtigung erhalten. Denn ein an der technischen Entwicklung orientiertes Angebot macht Öffentliche Bibliotheken auch für Zielgruppen interessant, die bisher nicht zu ihren Nutzerinnen und Nutzern zählten. Schließlich werden bisher wenig berücksichtigte Probleme und Bedürfnisse aufgegriffen, die in weiten Teilen der Bevölkerung vorhanden sind und die dort in den nächsten Jahren sehr wahrscheinlich immer nachdrücklicher als solche empfunden werden. Bibliothekarinnen und Bibliothekare können sich so als vertrauenswürdige Ansprechpartner für den teilweise sehr schnell ablaufenden technologischen Wandel und die damit verbundene Gefahr, digitale Dokumente und persönliche Erinnerungen zu verlieren, etablieren. Sie erhalten die Gelegenheit, sich noch nachdrücklicher in der Bürgerschaft der jeweiligen Kommune zu verankern und können dabei auch mit anderen kommunalen Einrichtungen, wie Volkshochschulen oder Archiven kooperieren. Ob die Öffentlichen Bibliotheken diese Gelegenheit erkennen und produktiv aufgreifen, bleibt aber noch abzuwarten.

²⁶ Vgl. OSSWALD, 2017, S. 123f.

²⁷ Vgl. ENGELS, 2014, S. 48f.

Literatur

- ASHENFELDER, Mike, 2013. The Library of Congress and Personal Digital Archiving. In: Donald Hawkins, Hrsg. *Personal Archiving: Preserving Our Digital Heritage*. Medford, NJ: Information Today, Inc., S. 31-45.
- BODLEIAN LIBRARY, JOHN RYLANDS UNIVERSITY LIBRARY OF MANCHESTER, und JOINT INFORMATION SYSTEMS COMMITTEE, Hrsg., 2007. *Paradigm: Workbook on personal digital archives*. Oxford: Bodleian Library.
- BUSH, Vannevar, 1945. As we may think. In: *The Atlantic Monthly*. 176(1), S. 101-108.
- COX, Richard J., 2008. *Personal Archives and a New Archival Calling: Readings, Reflections and Ruminations*. Duluth, MN: Litwin Books.
- CUNNINGHAM, Adrian, 1994. The Archival Management of Personal Records in Electronic Form: Some Suggestions. In: *Archives and Manuscripts*. 22(1), S. 94-105.
- CZERWINSKI, Mary et al. 2006. Digital memories in an era of ubiquitous computing and abundant storage. In: *Communication of the ACM*. 49(1), S. 46.
- ENGELS, Melanie, 2014. *Personal Digital Archiving* [online]. Köln: Fachhochschule Köln [Zugriff am: 24.07.2018]. Verfügbar unter: https://publiscologne.th-koeln.de/frontdoor/deliver/index/docId/495/file/Schriftenreihe_76_Engels.pdf
- JOHN, Jeremy Leighton et al., 2010. *Digital Lives* [online]. *Personal Digital Archives for the 21st Century: An Initial Synthesis*, Version 0.2. London: British Library [Zugriff am: 24.07.2018]. Verfügbar unter: <http://britishlibrary.typepad.co.uk/files/digital-lives-synthesis02-1.pdf>
- JONES, William. 2010. Personal Information Management (PIM). In: Marcia J. BATES und Mary NILES MAACK, Hrsg. *Encyclopedia of Library and Information Sciences*. 3. Auflage. Boca Raton, FL: CRC Press, S. 4137-4147.
- KAYE, Joseph et al., 2006. To Have and to Hold: Exploring the Personal Archive. In: Rebecca GINTER et al., Hrsg. *Proceedings of the SIGCHI Conference on Human Factors in Computing Systems*. Montreal, Canada, 22.-27.04.2006. New York, NY: ACM Press, S. 275-284.
- KIRK, David und Abigail SELLEN, 2008. *On Human Remains* [online]. *Excavating the Home Archive*. Cambridge: Microsoft Research [Zugriff am: 24.07.2018]. Verfügbar unter: <http://research.microsoft.com/pubs/70595/tr-2008-85.pdf>
- KIRK, David und Abigail SELLEN, 2010. On Human Remains: Values and Practice in the Home Archiving of Cherished Objects. In: *ACM Transactions on Computer-Human Interaction*. 17(2), S. 10:1-10:42.

- LANSDALE, Mark, 1988. The Psychology of Personal Information Management. In: *Applied Ergonomics*. 19(1), S. 55-66.
- MALONE, Thomas W., 1983. How Do People Organize Their Desktops? Implications for the Design of Office Systems. In: *ACM Transactions on Office Information Systems* 1(1), S. 99-112.
- MARSHALL, Catherine C., 2007. How People Manage Information over a Lifetime. In: William JONES und Jaime TEEVAN, Hrsg. *Personal Information Management*. Seattle, WA: University of Washington Press, S. 57-75.
- OSSWALD, Achim und Dirk WEISBROD, 2017. Öffentliche Bibliotheken als Partner bei der Archivierung persönlicher digitaler Materialien. In: *o-bib* [online]. 4(4), S. 113-126. DOI: 10.5282/o-bib/2017H4S113-126
- STRODL, Stephan et al., 2008. Personal & SOHO Archiving. In: Ronald LARSEN, Hrsg. *Proceedings of the 8th ACM/IEEE-CS Joint Conference on Digital Libraries*. New York, NY: ACM Press, S. 115-123.
- THE LIBRARY OF CONGRESS, o.J. *Perspectives on Personal Digital Archiving* [online]. *National Digital Information Infrastructure and Preservation Program*. Washington, DC: The Library of Congress [Zugriff am: 24.07.2018]. Verfügbar unter:
http://digitalpreservation.gov/personalarchiving/documents/PA_All_brochure.pdf
- WEISBROD, Dirk, 2015. *Die präkustodiale Intervention als Baustein der Langzeitarchivierung digitaler Schriftstellernachlässe* [Dissertation]. Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin.
- WEISBROD, Dirk, 2016. Was ist ein persönliches Archiv? Überlegungen zu einer Positionierung des Phänomens innerhalb des Archivbegriffs. In: *Archivar*. 69(2), S. 142-146.

Der „Zwang zum Open-Access-Publizieren“: Eine ethische Betrachtung

Bernhard Mittermaier

Immer wieder wird diskutiert, ob ein „Zwang zum Open-Access-Publizieren“ statthaft oder mit der Freiheit von Wissenschaft und Forschung (Art. 5 Abs. 3 GG) unvereinbar ist. Der „Zwang zum Open-Access-Publizieren“ ist eine – wie auch immer begründete – Verpflichtung, eine Publikation im Grünen Weg des Open Access zu veröffentlichen. Alternativ ist auch eine Veröffentlichung als originäre Open-Access-Publikation im Goldenen Weg des Open Access möglich. Solche Diskussionen fanden z.B. im Vorfeld der Verabschiedung der zum 01.01.2014 in Kraft getretenen Novelle des Urheberrechts statt sowie im Kontext einer Klage Konstanzer Professorinnen und Professoren gegen die Universität Konstanz. Nach einer Skizzierung der jeweiligen Umstände wird in diesem Beitrag beleuchtet, ob ein „Zwang zum Open-Access-Publizieren“ ethisch gerechtfertigt ist. Im Sinne dieser Festschrift für Prof. Rösch, einem der wenigen Vertreter des Berufsstands, der bibliotheksethische Fragestellungen behandelt, fokussiert sich dieser Text auf die ethischen und explizit nicht auf die juristischen Implikationen eines „Zwangs zum Open-Access-Publizieren“. Einige Exkurse sind zur jedoch Kontextualisierung unvermeidbar.

Dass sich bislang vor allem Juristinnen und Juristen äußern, impliziert ein nicht zu vernachlässigendes Problem. Sie tun dies nämlich oft ausschließlich aus der Sicht ihrer eigenen Disziplin, die sich von anderen Wissenschaftsgebieten in einigen Aspekten markant unterscheidet.¹ Zu den Unterschieden zählen die Bedeutung der

¹ Vgl. SANDBERGER, 2017.

Kommentare in der Rechtswissenschaft, welche oft über Jahrzehnte hinweg von Verlagen editiert werden, der weitgehende Verzicht auf Peer Review, was die Bedeutung des Verlags für die Qualitätssicherung erhöht, sowie die Existenz von Autorenhonoraren. Den letztgenannten Aspekt reflektieren manche, so etwa Michael Fehling, der schreibt: „In einigen wenigen Wissenschaftsdisziplinen, namentlich der Rechtswissenschaft, erhalten die Autoren vom Verlag ein (relativ geringes) Honorar, teilweise müssen aber Autoren auch jetzt schon zuzahlen.“² Nicole Schmidt schließt in ihrer Dissertation dagegen offenbar von der Regel auf die Ausnahme: „Gegen die Betroffenheit des Schutzbereiches von Art. 14 Abs. 1 GG kann nicht angeführt werden, dass die Wissenschaftler zum Teil kein oder nur ein geringes Honorar erhalten.“³

Das unabdingbare Zweitveröffentlichungsrecht

Eine Verbesserung des (abdingbaren) Zweitveröffentlichungsrechtes im § 38 Abs. 1 und 2 UrhG war eine lange vorgebrachte Forderung.⁴ Im Vorfeld des „Dritten Korbs“ der Urheberrechtsreform⁵ hatte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowohl Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaftsorganisationen als auch wissenschaftliche Verlage beziehungsweise den Börsenverein des Deutschen Buchhandels zur Teilnahme an einer Arbeitsgruppe eingeladen.⁶ Ziel der in den Jahren 2012 und 2013 mehrfach tagenden Arbeitsgruppe war die konsensuale Erarbeitung eines Vorschlags für die Gesetzesnovelle. Dieser Versuch misslang; eine einvernehmlich getragene Lösung konnte nicht gefunden werden. Den Forderungen zum Zweitveröffentlichungsrecht wurde von Seiten der Verlagsvertreter neben europarechtlichen Bedenken vor allem die möglichen wirtschaftlichen Folgen entgegengehalten: Bibliotheken würden, so die Befürchtung, Zeitschriftenabonnements kündigen, wenn Artikel in der Autorenversion nach einer vermeintlich zu kurzen Embargofrist in Repositorien verfügbar seien.⁷ Auf die Erwiderung seitens der Wis-

2 FEHLING, 2016, S. 338.

3 SCHMIDT, Nicole, 2016, S. 208.

4 Vgl. HIRSCHFELDER, 2008 sowie HANSEN, 2009.

5 Vgl. WIKIPEDIA, 2018c.

6 Der Verfasser war als bibliothekarischer Vertreter der Wissenschaftsorganisationen Mitglied der Arbeitsgruppe.

7 Als O-Ton kann die bereits früher abgegebene Stellungnahme des Börsenvereins bei einer Umfrage des Bundesjustizministeriums zitiert werden: „Die Leistungen der Verlage [...] könnten auf dieser Basis nicht länger uneingeschränkt erbracht werden, weil sie sich nicht mehr finanzieren ließen. Eine Zeitspanne von nur sechs Monaten würde potentielle Käufer von wissenschaftlichen Zeitschriften nämlich unter dem Diktat knapper Kassen in vielen von öffentlich geförderter Forschung geprägten Wissenschaftsgebieten veranlassen, kein Geld für Verlagsangebote auszugeben, sondern auf kostenlose online-Zweitpublikationen der von den Verlagen erschlossenen Beiträge zu warten.“ (BÖRSENVEREIN DES DEUTSCHEN BUCHHANDELS, 2009).

senschaftsorganisationen, dass ja bei weitem nicht alle Artikel in Repositorien verfügbar sind,⁸ wurde zusätzlich die Befürchtung geäußert, dass einem Zweitveröffentlichungsrecht über kurz oder lang eine Zweitveröffentlichungspflicht folgen würde und dann doch alle Artikel (zumindest von Autorinnen und Autoren deutscher Einrichtungen) im Grünen Open Access verfügbar wären.⁹

Letztlich hat der Gesetzgeber im §38 Abs. 4 UrhG folgende Regelung beschlossen:

Der Urheber eines wissenschaftlichen Beitrags, der im Rahmen einer mindestens zur Hälfte mit öffentlichen Mitteln geförderten Forschungstätigkeit entstanden und in einer periodisch mindestens zweimal jährlich erscheinenden Sammlung erschienen ist, hat auch dann, wenn er dem Verleger oder Herausgeber ein ausschließliches Nutzungsrecht eingeräumt hat, das Recht, den Beitrag nach Ablauf von zwölf Monaten seit der Erstveröffentlichung in der akzeptierten Manuskriptversion öffentlich zugänglich zu machen, soweit dies keinem gewerblichen Zweck dient. Die Quelle der Erstveröffentlichung ist anzugeben. Eine zum Nachteil des Urhebers abweichende Vereinbarung ist unwirksam.¹⁰

Diese Regelung ist offensichtlich ein Kompromiss zwischen Befürwortern und Gegnern des Zweitveröffentlichungsrechtes. Aus Sicht eines Befürworters ist die Unabdingbarkeit der Regelung positiv zu werten, wobei sie ohne diese aber auch gar keinen Gewinn gegenüber der bereits existierenden Regelung in § 38 Abs. 1 UrhG darstellen würde. Die Einschränkung auf periodisch mindestens zweimal jährlich erscheinende Sammlungen und (für Hochschulen) auf projektgeförderte Arbeiten¹¹ konstatieren Befürworter des Zweitveröffentlichungsrechtes negativ und sehen auch die Gegner aus verfassungsrechtlichen Gründen kritisch.

Die Konstanzer Klage

Mit Wirkung zum 01.04.2014 trat in Baden-Württemberg eine Änderung des Landeshochschulgesetzes in Kraft. § 44 Abs. 6 LHG BaWü fordert nunmehr:

8 Im PEER-Projekt wurde für den Zeitraum 2008 bis 2012 ein Anteil kleiner 2 Prozent ermittelt (vgl. WALLACE, 2012). Dies war aber selbstverständlich nicht das einzige Gegenargument. So wurde durch den Verfasser vorgebracht, dass Abbestellentscheidungen auf einem Set von Kriterien beruhen, von denen die wichtigsten die Kosten pro Download, die Kosten pro Publikation und die Kosten pro Zitation sind. Die Länge der Embargofrist oder gar die kaum ermittelbare Abdeckung in Repositorien kämen (wenn überhaupt) unter „ferner liefern“.

9 So etwa Michael Hartmer, Geschäftsführer des Deutschen Hochschulverbandes, zit. i. HAUFF, 2013.

10 URHEBERRECHTSGESETZ vom 09.09.1965 (BGBl. I S. 1273), das zuletzt durch Gesetz vom 01.09.2017 (BGBl. I S. 3346) m.W.v. 01.03.2018 geändert worden ist.

11 Hierzu und zu weiteren Aspekten vgl. BRUCH, 2015.

Die Hochschulen sollen die Angehörigen ihres wissenschaftlichen Personals durch Satzung verpflichten, das Recht auf nichtkommerzielle Zweitveröffentlichung nach einer Frist von einem Jahr nach Erstveröffentlichung für wissenschaftliche Beiträge wahrzunehmen, die im Rahmen der Dienstaufgaben entstanden und in einer periodisch mindestens zweimal jährlich erscheinenden Sammlung erschienen sind. Die Satzung regelt die Fälle, in denen von der Erfüllung der Pflicht nach Satz 1 ausnahmsweise abgesehen werden kann. Sie kann regeln, dass die Zweitveröffentlichung auf einem Repositorium nach § 28 Absatz 3 zu erfolgen hat.

Aus dem Zweitveröffentlichungsrecht nach §38 Abs. 4 UrhG wird somit (indirekt) eine Pflicht.¹² Der Gesetzgeber in Baden-Württemberg hat zwar nicht das wissenschaftliche Personal an den Hochschulen des Landes direkt verpflichtet, er hat aber den Hochschulen mit einer Soll-Vorschrift auferlegt, in ihren Satzungen entsprechende Regelungen zu erlassen. Ausnahmen von der Pflicht sollen ausdrücklich möglich sein. Als erste Hochschule hat die Universität Konstanz im Dezember 2015 mit ihrer „Satzung zur Ausübung des wissenschaftlichen Zweitveröffentlichungsrechts gemäß § 38 Abs. 4 UrhG“ ein Open-Access-Mandat verankert. Dagegen sind 17 Professorinnen und Professoren aus den Fachbereichen Rechts- und Literaturwissenschaften der Universität Konstanz vor Gericht gezogen.¹³ Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hat die Normenkontrollklage (Aktenzeichen 9 S 2056/16) im September 2016 dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt.

Hintergrund sind Zweifel des Verwaltungsgerichtshofs, ob es sich bei dieser Regelung nicht vor allem um eine Frage des Urheberrechts handle, für die nach Art. 73 Abs. 1 Nr. 9 GG die ausschließliche Zuständigkeit beim Bund liege und der baden-württembergische Gesetzgeber die einschlägige Bestimmung somit gar nicht in das Landeshochschulgesetz hätte integrieren dürfen.¹⁴ Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Beitrags (Juli 2018) hat das Bundesverfassungsgericht noch nicht entschieden.

Die ethische Perspektive

Wie man gesehen hat, ist der „Zwang zum Open-Access-Publizieren“ juristisch stark umstritten, ja es werden sogar massive Bedenken gegen das *Recht* zur Zweitveröffentlichung gemäß § 38 Abs. 4 UrhG vorgebracht.¹⁵ Etwas losgelöst von den juristischen Diskussionen sollen nun zwei Fragen diskutiert werden:

- Gibt es eine Pflicht zur Publikation?
- Gibt es eine Pflicht zur Open-Access-Publikation?

¹² Vgl. LÖWISCH, 2017.

¹³ Vgl. HARTMANN, Thomas, 2017 sowie GRAF/HAUX, 2018.

¹⁴ Vgl. LÖWISCH, 2018.

¹⁵ Vgl. MÜSSIG, 2015.

Die Pflicht zur Publikation

Bei einer (möglichen) „Pflicht zur Publikation“ kann es sich, dies sei vorweggeschickt, selbstverständlich nur um eine Pflicht im wissenschaftlichen Kontext handeln. Niemand wird z.B verpflichtet, private Notizen oder literarische Gehversuche zu publizieren. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind, was ihre wissenschaftliche Tätigkeit im Rahmen eines Angestellten- oder Beamtenverhältnisses angeht, in einer anderen Situation. Sie haben einen Arbeitgeber oder Dienstherrn, der Erwartungen an sie hat. Bei öffentlich geförderten Forschungseinrichtungen und Hochschulen kommt die Öffentlichkeit als weiterer Stakeholder hinzu. Konstitutiver Bestandteil der Wissenschaft ist der Austausch mit anderen über die erzielten Ergebnisse – in grauer Vorzeit über Briefwechsel mit anderen Wissenschaftlern und mit wissenschaftlichen Gesellschaften, die später gebündelt und gedruckt und so zu Vorläufern der heutigen wissenschaftlichen Zeitschriften wurden.¹⁶ Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nutzen für ihre Forschung die veröffentlichten Ergebnisse anderer, daraus kann man die moralische Verpflichtung zur Veröffentlichung der eigenen Ergebnisse ableiten. Mehr noch: Forschung funktioniert nur durch Kooperation mit anderen, man ist aufeinander angewiesen.

Man kann getrost annehmen, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auch tatsächlich publizieren wollen, ist dies doch Grundlage auch ihres persönlichen Renommées. In manchen Fällen, insbesondere bei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die in der Industrie tätig sind, wird der Arbeitgeber dies anders sehen und die Wahrung der Betriebsgeheimnisse in den Vordergrund stellen. Bei öffentlich geförderten Forschungseinrichtungen und Hochschulen wird dies aber in der Regel anders sein: Wissenschaftliche Publikationen werden von den Arbeitgebern ausdrücklich begrüßt.¹⁷ Sie tragen nicht nur zum individuellen Renommee der Autorinnen und Autoren bei, sondern auch zu dem der Einrichtung. Bei Evaluierungen stellen sie eine der wichtigsten Kenngrößen dar. Manche sehen entgegen den obigen Ausführungen zur Wesensart der Forschung das Publizieren als reines Privatvergnügen an, so der Verleger Georg Siebeck: „Schief ist die Argumentation [für Open Access] insofern, als die Wissenschaftler zwar dafür bezahlt werden, dass sie forschen und lehren; ihre dabei entstandenen Gedanken in Form von Texten zu gestalten und festzuhalten, ist jedoch ihre Privatsache und findet in aller Regel außerhalb

16 Beispielsweise die „Monatliche Correspondenz zur Beförderung der Erd- und Himmels-Kunde“ (vgl. WIKIPEDIA, 2018b).

17 Einen Freifahrtsschein muss dies aber nicht darstellen: In den einschlägigen Publikationsrichtlinien ist meist davon die Rede, dass Publikationen einen internen Begutachtungsprozess durchlaufen müssen, jedenfalls diejenigen des akademischen Mittelbaus. Im Konfliktfall kann allerdings meist eine Publikation als „Privatveröffentlichung“ (ohne Nennung des Einrichtungsnamens) erscheinen. Ein weiterer Hinderungsgrund für eine Publikation kann auch die wirtschaftliche Verwertbarkeit sein: Patentanmeldungen sind nur möglich, wenn eine Erfindung nicht bereits in einer Publikation beschrieben worden ist.

der Arbeitszeit statt.¹⁸ Nicole Schmidt¹⁹ vertritt in ihrer von der Juristischen Fakultät der TU Dresden angenommenen Dissertation eine ähnliche Position:

(Zum Schutzbereich der Wissenschaftsfreiheit) gehört auch die Entscheidung, ob er [der Professor] Lehrmaterialien, Aufsätze, Skripte oder andere urheberrechtlich geschützte Werke anfertigt. Aufgrund der Weisungsfreiheit und aufgrund des grundrechtlich verbürgten Rechts, die Inhalte, Methoden und Ablauf von Forschung und Lehre selbst zu bestimmen, ist der Professor nicht verpflichtet, Forschungsergebnisse oder urheberrechtlich geschützte Werke zu schaffen (...). Die Dienstpflicht, urheberrechtlich geschützte Werke zu erstellen, ergibt sich auch nicht aus den Aufgaben der Hochschule. Zu den Aufgaben der Hochschule zählen die Entwicklung der Wissenschaft durch Forschung und Lehre sowie die Ausbildung. Die Verwertung urheberrechtlich geschützter Werke ist davon nicht umfasst.²⁰

Möglicherweise ist diese Position ja tatsächlich juristisch korrekt – dies zu beurteilen liegt nicht in der Kompetenz des Verfassers. Faktisch wäre dies aber ein völlig unhaltbarer Zustand: Schmidt tut so, als sei die Hochschulprofessorin oder der Hochschulprofessor eine Gymnasiallehrerin oder ein Gymnasiallehrer, die oder der nur Unterrichtsmaterialien erstellt oder das eben auch bleiben lässt. Eine Hochschulprofessorin oder ein Hochschulprofessor ist aber eben nicht nur Lehrende oder Lehrender, sondern (in aller Regel) auch Forschende oder Forschender, und die Verbreitung von Forschungsergebnissen durch wissenschaftliche Publikationen ist nun einmal für Forschung konstitutiv. Und auch wenn die von Schmidt angegriffene *Verwertung* urheberrechtlich geschützter Werke nicht zu den Aufgaben einer Hochschule zählen mag, so hat sie nichtsdestotrotz ein großes Interesse daran, dass die Hochschulangehörigen solche Werke erstellen und publizieren. Darüber hinaus hat die Allgemeinheit, zugunsten derer die Professorin oder der Professor forscht und lehrt²¹, ein immenses Interesse daran, dass die Ergebnisse der von ihr finanzierten Forschung publik werden. Ist es nicht sogar ethisch fragwürdig, den Menschen, die beschlossen haben gemeinsam in Forschung zu investieren, die Ergebnisse eben jener Forschung vorzuenthalten? Bedeutet das nun, dass ausnahmslos alle Forschungsergebnisse publiziert werden müssen? Sicher nicht, wobei es gegen viele der denkbaren Ausnahmen auch gute Gegenargumente gibt und somit die (moralische) Veröffentlichungspflicht weiterhin besteht:

18 SIEBECK, 2016, S. 149.

19 SCHMIDT, 2016, S. 176-178.

20 Als Ausnahmen hiervon werden aufgeführt: Erstellung von Lehrmaterialien an einer Fernhochschule, Mitwirkung am Hochschulrundfunk und Erstellung einer Sammlung von Abstracts (vgl. SCHMIDT, 2016, S. 178-179).

21 Vgl. SCHMIDT, 2016, S. 177.

- Der Publikation liegt schlechte Wissenschaft zu Grunde: Dies ist ein stichhaltiger Grund zur Nicht-Publikation.
- Die Publikation wurde nicht zur Veröffentlichung angenommen: Zum einen kann die Publikation bei anderen Zeitschriften eingereicht werden, zum anderen kann sie auf einem institutionellen Repository veröffentlicht werden. Hier fehlt dann zwar das Peer Review, dies ist aber per se kein Grund zur Nicht-Publikation (schließlich gibt es auch Zeitschriften ohne Peer Review).
- Das zu Grunde liegende Experiment ist fehlgeschlagen: Traditionell war dies ein selbstverständlich akzeptierter Grund zur Nicht-Publikation. In letzter Zeit setzt sich aber mehr und mehr die Erkenntnis durch, dass auch die Publikation von Fehlschlägen sinnvoll ist: Sie vermeidet, dass andere den gleichen Fehler machen und erneut personelle und finanzielle Mittel vergeblich investiert werden. In der Medizin kann es im Extremfall sogar lebensrettend sein. Inzwischen gibt es dedizierte Zeitschriften für diesen Zweck.²²
- Ein Teil der Forschungsergebnisse wurde bereits publiziert, die weiteren Ergebnisse bringen keine neuen Erkenntnisse: Ein nachvollziehbares Argument, auch angesichts der stetig steigenden Zahl von Publikationen.²³ Trotzdem sollte auch in einem solchen Fall darüber nachgedacht werden, die Ergebnisse zumindest in Form der Forschungsdaten zu veröffentlichen. Auch dies kann Doppelarbeit ersparen und im günstigsten Fall zu ganz neuen Erkenntnissen unbeteiligter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler führen.

Zusammengefasst also ein starkes Plädoyer dafür, dass grundsätzlich eine (moralische) Veröffentlichungspflicht von Forschungsergebnissen besteht,²⁴ jedenfalls bei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die von der Allgemeinheit bezahlt werden. Ausnahmen sind im Einzelfall denkbar und begründbar, aber die Regel muss doch sein, dass eine Person, die von der Allgemeinheit für das Forschen bezahlt wird, dieses nicht als Privatvergnügen betreibt, sondern die Ergebnisse des Forschens publiziert.

22 Z.B. *The All Results Journal*, <http://arjournals.com/> oder *Journal of Negative Results in BioMedicine*, <https://jnrbm.biomedcentral.com/> [Zugriff am: 07.07.2018].

23 Seit dem Jahr 1900 stieg die Zahl der wissenschaftlichen Publikationen jährlich um 5 Prozent. Dies bedeutet, dass vom Jahr 2002 bis heute genau so viel publiziert wurde wie zwischen 1900 und 2001. Quelle: Eigene Recherche im Web of Science, Science Citation Index Expanded 1900 [Zugriff am: 05.06.2018]

24 Eine Verwertung in Patenten ist davon unbenommen.

Die Pflicht zur Open-Access-Publikation

Die Publikation im Open Access sollte an sich schon im eigenen Interesse der Autorinnen und Autoren liegen, denn nachgewiesenermaßen werden Open Access verfügbare Publikationen häufiger zitiert als solche, die nicht frei verfügbar sind.²⁵ Für eine Pflicht spricht vor allem, dass durch sie die bestmögliche Verbreitung der öffentlich finanzierten Forschung erzielt wird – auch bei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ohne institutionelle Anbindung, auch bei Einrichtungen, die die betreffende Zeitschrift nicht lizenziert haben, und schließlich auch in der breiten Öffentlichkeit. Man kann sogar fragen, ob es nicht unethisch ist, Entscheidern (und dazu zählen neben Politikerinnen und Politikern auch Wählerinnen und Wähler) wichtige Informationen vorzuenthalten, auf deren Basis faktenbasierte Entscheidungen getroffen werden können. Gerade in Zeiten von Fake News ist Überprüfbarkeit großzuschreiben. Nicht zu vernachlässigen ist schließlich auch der Aspekt, dass Open Access für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in ärmeren Ländern oft die einzige Möglichkeit darstellt, am wissenschaftlichen Diskurs teilzunehmen.

Die Willensbildung der Allgemeinheit erfolgt in einer Demokratie insbesondere durch Wahlen. Wenn daher ein gewähltes Parlament diesem Interesse der Allgemeinheit dadurch Rechnung trägt, dass es die Hochschulen des Landes verpflichtet, in ihre Satzungen einschlägige Bestimmungen aufzunehmen, dann ist dies eine wirksame Durchsetzung dieses Willens der Allgemeinheit. Es hat nichts zu tun mit einem „Verwertungsinteresse“ der Hochschulen, welches Nicole Schmidt konstatiert und anschließend als unbegründet verwirft.²⁶

Gegen eine Pflicht zur Open-Access-Publikation sind einige Argumente denkbar. So wäre eine Pflicht abzulehnen oder zumindest sehr kritisch zu betrachten,

- wenn die Wahl des Organs der Erstveröffentlichung nicht mehr frei wäre. Das ist jedenfalls in der hier diskutierten Form einer Pflicht zur Zweitveröffentlichung nicht gegeben: Man kann an beliebiger Stelle das Werk veröffentlichen und ist nur zur Zweitveröffentlichung in einem Repositorium verpflichtet.
- wenn die Zeitschrift der Erstveröffentlichung Embargofristen hat, die mit der erlaubten Embargofrist inkompatibel sind. Ein echtes Problem stellt sich an dieser Stelle nur, wenn die Open-Access-Pflicht (etwa im Gegensatz zur Universität Konstanz) keine Ausnahmen zulässt oder aber, wenn die Ausnahmen sehr restriktiv gehandhabt werden und so letztlich doch der Konflikt entsteht. Dies wäre aber erst Gegenstand einer Überprüfung der praktischen Handhabung der Open-Access-Pflicht, nicht der Pflicht an sich.

²⁵ Vgl. OTTAVIANI, 2016.

²⁶ SCHMIDT, 2016, S. 178.

- wenn „Herausgeber und Verlage verständlicherweise eher auf Autoren zurückgreifen werden, die nicht zu einer Zweitveröffentlichung gezwungen werden“, so die Sorge der Konstanzer Juristen.²⁷ Die Konstanzer Satzung ist die Wiederholung eines (wenn man so will) Feldexperiments im kleinen Stil und unter etwas verschärften Bedingungen, das im großen Stil in Deutschland schon seit 2014 läuft: Welche Folgen hat ein unabdingbares Zweitveröffentlichungsrecht? Auf nationaler Ebene ist allen vorhergehenden Unkenrufen zum Trotz nach Kenntnis des Verfassers keine derartige Folge bekannt, obwohl Autorinnen und Autoren ihr Zweitveröffentlichungsrecht tausendfach ausgeübt haben. Warum sollte dies in Konstanz der Fall sein? Und noch grundsätzlicher gefragt: Warum sollte ein Verlag sein Renommee dadurch ruinieren, dass er andere Gründe als die wissenschaftliche Qualität eines Manuskripts zum Maßstab für Annahme oder Ablehnung macht?
- wenn es für die Autorinnen und Autoren einen nicht zu rechtfertigenden wirtschaftlichen Schaden bedeutet. Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels formulierte diesen Aspekt, bei dem es möglicherweise um des Pudels Kern geht, wie folgt: „Tatsächlich geht es bei dem Vorschlag [Änderung UrhG zum unabdingbaren Zweitveröffentlichungsrecht] aber um das genaue Gegenteil eines Rechts, nämlich um die Beschränkung der Möglichkeit wissenschaftlicher Autoren, ihren Verwertungspartnern zeitlich unbeschränkte online-Nutzungsrechte zu übertragen.“²⁸ Was bedeutet das? Der Börsenverein befürchtet wirtschaftliche Verluste seiner Mitglieder, denn Bibliotheken könnten „in der Folge ihre laufenden Zeitschriftensubskriptionen bei den Verlagen kündigen und damit viel Geld sparen.“²⁹ Diese Befürchtungen harren noch eines Nachweises durch Fakten, und erst recht stellt sich die Frage, was der daraus mittelbar resultierende wirtschaftliche Schaden der Autorinnen und Autoren wäre. Es gibt, wie der Börsenverein an anderer Stelle selbst sagt, in der Regel keinen: „In den meisten Wissenschaftsbereichen – eine Ausnahme ist das sog. RWS-Segment (Recht/Wirtschaft/Steuern) – erhalten die wissenschaftlichen Autoren für ihre Zeitschriftenbeiträge keine Honorare, weil es ihnen als Gegenleistung des Verlags nicht auf Geld, sondern auf die Förderung ihres wissenschaftlichen Renommées ankommt.“³⁰ Einige Vertreter dieser Ausnahme von der Regel haben gegen die Konstanzer Universitätsatzung geklagt. Aber kann es einen moralischen Anspruch darauf geben, Nebeneinkünfte, die dadurch

27 THEILE, Hans, 2016. Schreiben an Rektor Rüdiger (Universität Konstanz), abgedruckt in: LÖWISCH, 2016.

28 SPRANG, Christian, 2013.

29 HAUFF, 2013.

30 SCHILD, 2010.

entstehen, dass man „im Rahmen der Dienstaufgaben“³¹ erstellte Publikationen einem Verlag gegen Honorar überlässt, in ungeschmälerter Höhe weiter zu realisieren? Wobei sowieso noch nachzuweisen wäre, dass die Honorare im RWS-Segment im Zuge der Novellierung der § 34 UrhG tatsächlich gesenkt wurden.

Fazit und Ausblick

Unabhängig von der rechtlichen Würdigung des Rechtes auf Zweitveröffentlichung und der Verpflichtung zur Zweitveröffentlichung ist nach Auffassung der Verfasser die moralische Würdigung ziemlich klar: Die Verpflichtung zu Open Access bringt für die Allgemeinheit großen Nutzen und ist für die von der Allgemeinheit finanzierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mindestens akzeptabel, da der Nachteil für die oder den Einzelnen entweder gerechtfertigt ist³² oder nicht existiert. Wenn nun (möglicherweise) das, was Recht ist, nicht gleich dem ist, was gerecht ist, Recht und Moral also in einer deutlichen Spannung stehen, dann muss man sich Gedanken über das geltende Recht machen. Konkret: Sind Urheberrechtsgesetz und Verlagsgesetz für die Wissenschaft überhaupt adäquat?³³

An sich hat der Urheber/die Urheberin das ausschließliche Recht zur Verwertung des Werkes (§15 UrhG). Dieses Recht kann auf andere übertragen werden, und zwar sowohl einfach als auch ausschließlich (§31 UrhG). Wenn es sich um eine Veröffentlichung in einer Zeitschrift handelt, so wird im Zweifel das ausschließliche Nutzungsrecht übertragen, jedoch kann der Urheber/die Urheberin das Werk nach einem Jahr anderweitig verbreiten – aber nur, wenn nichts anderes vereinbart ist (§38 Abs. 1 UrhG). Hier kommt nun §38 Abs. 4 UrhG ins Spiel, der wiederum davon abweichend festlegt, dass unter einer Reihe von Voraussetzungen³⁴ ein unabdingbares Zweitveröffentlichungsrecht existiert. Unter fein ziselierten Bedingungen wandert also das Verwertungsrecht hin und her, allerdings wollen in den hier diskutierten

31 GESETZ ÜBER DIE HOCHSCHULEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG vom 01.01.2005, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13.03.2018 (GBl. S. 85), § 44 Abs. 6.

32 Gemeint sind die oben erwähnten Honorare im RWS-Sektor, deren Absenkung allerdings noch nachzuweisen wäre.

33 Es gibt noch weitere Spannungsfelder: Urheber bzw. Miturheber eines Werkes ist nur, wer den Text verfasst oder die Abbildungen erstellt hat (§§ 7,8 UrhG). Nach guter wissenschaftlicher Praxis sind dagegen z.B. auch diejenigen als Verfasserinnen und Verfasser zu nennen, die wesentliche Beiträge zum Experiment geliefert haben. „Als Autoren einer wissenschaftlichen Originalveröffentlichung sollen alle diejenigen, aber auch nur diejenigen, firmieren, die zur Konzeption der Studien oder Experimente, zur Erarbeitung, Analyse und Interpretation der Daten und zur Formulierung des Manuskripts selbst wesentlich beigetragen und seiner Veröffentlichung zugestimmt haben, das heißt, sie verantwortlich mittragen“ (DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT, 2013). Vgl. auch MÜSSIG, 2015, S. 226.

34 Die Arbeit muss im Rahmen einer mindestens zur Hälfte mit öffentlichen Mitteln geförderten Forschungstätigkeit entstanden sein. In der Praxis bedeutet dies, dass grundfinanzierte Arbeiten an Universitäten ausgeschlossen sind, nicht dagegen drittmittelfinanzierte Arbeiten an Universitäten sowie Arbeiten an außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Die Arbeit muss in einer periodisch mindestens zweimal jährlich erscheinenden Sammlung erscheinen, es muss die akzeptierte Manuskriptversion veröffentlicht werden und die Veröffentlichung darf keinem gewerblichen Zweck dienen.

Zusammenhängen die Urheberinnen und Urheber das Werk gar nicht verwerten.³⁵ An der wirtschaftlichen Verwertung hat nur der Verlag (also ein Nicht-Urheber) ein Interesse – als einziger in der gesamten Wertschöpfungskette. Ein hiermit zur Diskussion gestellter Ausweg wäre, jegliche Rechte von vornherein bei den Urheberinnen und Urhebern zu belassen und die Arbeit des Verlags als Lohnveredelung zu charakterisieren. Bei der Lohnveredelung werden Waren gegen Entgelt weiterverarbeitet; die Ware verbleibt dabei im Eigentum des Auftraggebers.³⁶ Die Wissenschaft würde dadurch die Herrschaft über das Publikationswesen zurückerlangen.

Literatur

- BÖRSENVEREIN DES DEUTSCHEN BUCHHANDELS, 2009. *Prüfung weiteren gesetzgeberischen Handlungsbedarfs im Bereich des Urheberrechts – Stellungnahme zu den Fragen des Bundesministeriums der Justiz vom 13. Februar 2009* [online]. Frankfurt a.M.: Börsenverein des Deutschen Buchhandels [Zugriff am: 07.07.2018]. Verfügbar unter:
https://www.boersenverein.de/sixcms/media.php/976/Stellungnahme_Dritter_Korb_Juni09.pdf
- BRUCH, Christoph, 2015. *FAQ zum Zweitveröffentlichungsrecht* [online]. Arbeitsgruppe Rechtliche Rahmenbedingungen der Schwerpunktinitiative „Digitale Information“ der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen, 02.03.2015. Potsdam: Helmholtz-Zentrum Potsdam: Deutsches Geo-Forschungszentrum (GFZ). [Zugriff am: 07.07.2018]. Verfügbar unter:
<https://www.allianzinitiative.de/de/archiv/rechtliche-rahmenbedingungen/faq-zvr.html>
- DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT, 2013. *Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis* [online]. Bonn: Deutsche Forschungsgemeinschaft DOI: 10.1002/9783527679188.oth1
- FEHLING, Michael, 2016. Von der kommerziellen Verlagsproduktion zum Open Access: Zur Rolle des Rechts beim Wandel wissenschaftlicher Publikationskanäle. In: Wolfgang HOFFMANN-RIEM, Hrsg. *Innovationen im Recht*. Baden-Baden: Nomos, S. 337-366.
- GRAF, Fabienne Sarah und Dario Henri HAUX, 2018. Obligation to Open Access: Academic Publishing of the Future? In: *sui-generis* [online], S. 124-138. DOI: 10.21257/sg.63

³⁵ Zu Ausnahmen hiervon vgl. SCHILD, 2010.

³⁶ Vgl. WIKIPEDIA, 2018a.

- HANSEN, Gerd, 2009. Für ein Zweitveröffentlichungsrecht für Wissenschaftler – zugleich Besprechung von Marcus Hirschfelder: Anforderungen an eine rechtliche Verankerung des Open Access Prinzips. In: *GRUR Int*, S. 799-803.
- HARTMANN, Thomas, 2017. Zwang zum Open-Access-Publizieren? Der rechtliche Präzedenzfall ist schon da! In: *LIBREAS: Library Ideas* [online]. 32 [Zugriff am: 07.07.2018] Verfügbar unter: <https://libreas.eu/ausgabe32/hartmann/>
- HAUFF, Albrecht, 2013. Freibier für alles! Aber wer schenkt aus? *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.04.2013, Nr. 100/40, S. N3.
- HIRSCHFELDER, Marcus, 2008. *Anforderungen an eine rechtliche Verankerung des Open Access Prinzips*. Saarbrücken: Verlag Alma Mater.
- LÖWISCH, Manfred, 2016. Konstanzer Juristenfakultät verweigert sich der Pflicht zur Zweitveröffentlichung. In: *Ordnung der Wissenschaft* [online]. 2, S. 135-136 [Zugriff am: 07.07.2018]. Verfügbar unter: http://www.ordnungderwissenschaft.de/2016-2/07_Infoteil/14_loewisch_konstanzer-juristenfakultaet_verweigert_zweitveroeffentlichungspflicht_odw_2016.pdf
- LÖWISCH, Manfred, 2017. Förderung statt Zwang – Neue Open Access Strategie in Baden-Württemberg. In: *Ordnung der Wissenschaft* [online]. 1, S. 59-60 [Zugriff am: 07.07.2018]. Verfügbar unter: http://www.ordnungderwissenschaft.de/2017-1/10_Gesamt/08_2017_01_loewisch_foerderungstattzwang_odw.pdf
- LÖWISCH, Manfred, 2018. Streit um die Zweitveröffentlichungspflicht geht zum Bundesverfassungsgericht. In: *Ordnung der Wissenschaft* [online]. 1, S. 43-44 [Zugriff am: 07.07.2018]. Verfügbar unter: http://www.ordnungderwissenschaft.de/2018-1/Gesamtausgabe/08_2018_01_loewisch_zweitveroeffentlichungspflicht_bverfg_odw.pdf
- MÜSSIG, Ulrike, 2015. „Ein Knauf als Tür“: Open Access-Verpflichtung durch Forschungsförderung vs. Gemeinfreiheitsgrenzen digitaler Wissenschaftskommunikation. In: *Juristenzeitung*, 70, S. 221-232.
- OTTAVIANI, Jim, 2016. The Post-Embargo Open Access Citation Advantage: It Exists (Probably), It's Modest (Usually), and the Rich Get Richer (of Course). In: *PLoS ONE* [online]. 11(8), e0159614. DOI: 10.1371/journal.pone.0159614
- SANDBERGER, Georg, 2017. Die Zukunft wissenschaftlichen Publizierens: Open Access und Wissenschaftsschranke. Anmerkungen zu den Kontroversen über die Weiterentwicklung des Urheberrechts. In: *Ordnung der Wissenschaft* [online]. 1, S. 75-95 [Zugriff am: 07.07.2018]. Verfügbar unter: <http://www.ordnungderwissenschaft.de/2017>

- SCHILD, Ronald, 2010. *Stellungnahme zu den Fragen zur öffentlichen Anhörung Urheberrecht der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft am 29.11.2010* [online]. Frankfurt a.M.: Börsenverein des Deutschen Buchhandels, 22.11.2010 [Zugriff am: 07.07.2018]. Verfügbar unter: https://www.gruen-digital.de/wp-content/uploads/2010/10/A-Drs.-17_24_011-Stellungnahme-Dt.-B%C3%B6rsenverein.pdf
- SCHMIDT, Nicole, 2016. *Open Access: Hochschulrechtliche Veröffentlichungs- und urheberrechtliche Anbietungspflichten eines Hochschulprofessors*. Baden-Baden: Nomos.
- SIEBECK, Georg, 2016. Die Vielfalt der Verlage und die Freiheit der Wissenschaft. In: Uwe JOCHUM et al., Hrsg. *Jahrbuch für Buch- und Bibliotheksgeschichte*. Band 1. Heidelberg: Universitätsverlag Winter, S. 141-155.
- SPRANG, Christian, 2013. *Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Nutzung verwaister Werke und zu weiteren Änderungen des Urheberrechtsgesetzes und des Urheberrechtswahrnehmungsgesetzes vom 20. Februar 2013* [online]. Frankfurt a.M.: Börsenverein des Deutschen Buchhandels, 04.03.2013 [Zugriff am: 07.07.2018]. Verfügbar unter: http://www.boersenverein.de/sixcms/media.php/976/Stellungnahme_Dritter_Korb_Endfassung.pdf
- WALLACE, Julia, 2012. *PEER D9.13 Final Report* [online]. Göttingen: Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen [Zugriff am: 07.07.2018]. Verfügbar unter: http://www.peerproject.eu/fileadmin/media/reports/20120618_PEER_Final_public_report_D9-13.pdf
- WIKIPEDIA, 2018a. *Lohnveredelung* [online]. San Francisco, CA: Wikimedia Foundation [Zugriff am: 07.07.2018]. Verfügbar unter: <https://de.wikipedia.org/wiki/Lohnveredelung>
- WIKIPEDIA, 2018b. *Monatliche Correspondenz* [online]. San Francisco, CA: Wikimedia Foundation [Zugriff am: 07.07.2018]. Verfügbar unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Monatliche_Correspondenz
- WIKIPEDIA, 2018c. *Urheberrechtsgesetz (Deutschland)* [online]. San Francisco, CA: Wikimedia Foundation [Zugriff am: 07.07.2018]. Verfügbar unter: [https://de.wikipedia.org/wiki/Urheberrechtsgesetz_\(Deutschland\)#Dritter_Korb](https://de.wikipedia.org/wiki/Urheberrechtsgesetz_(Deutschland)#Dritter_Korb)

Compliance in Bibliotheken – eine ethische Frage zwischen Theorie und Grauzonen der Praxis

Klaus-Peter Böttger

Die Installation von Compliance-Management-Systemen hat in den vergangenen Jahren ebenfalls in öffentlichen Einrichtungen stattgefunden. Ist dies erforderlich, auch wenn die vollziehende Gewalt, so die öffentlichen Verwaltungen, gem. Artikel 20 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland ohnehin an Recht und Gesetz gebunden sind? Mutet dabei die wörtliche Übersetzung von Compliance als Regeltreue oder Regelkonformität nicht redundant an, wenn es in dieser betriebswirtschaftlichen und rechtswissenschaftlichen Umschreibung des Begriffs um die Einhaltung von Gesetzen, Vorschriften und Richtlinien geht?

Compliance als etabliertes Thema der Rechtspraxis geht in zweierlei Hinsicht darüber hinaus. Zum einen findet sich der Begriff nicht nur bei öffentlich-rechtlichen Institutionen, sondern auch bei Unternehmen, privaten Organisationen, Vereinen und Verbänden und deren freiwilligen Kodizes wie etwa bei den ethischen Grundsätzen von Bibliothek & Information Deutschland (BID), das sich ausdrücklich zu einem regelkonformen Verhalten sowohl in der beruflichen Praxis als auch bei der Verbandstätigkeit bekennt.¹ Im Ethikkodex der IFLA hingegen taucht der Begriff nicht auf, aber man bezieht sich im Artikel 5, der mit „Neutralität, Persönliche Integrität und Fachkompetenz“ überschrieben ist, auf das Bekämpfen von Korruption.²

1 Vgl. BIBLIOTHEK & INFORMATION DEUTSCHLAND, 2017.

2 Vgl. INTERNATIONAL FEDERATION OF LIBRARY ASSOCIATIONS AND INSTITUTIONS, 2012.

Zum anderen impliziert Compliance heutzutage auch die effiziente Organisation von Rechts- und Regelkonformität, somit handelt es sich um einen grundlegenden präventiven Ansatz, der auf Fehlervermeidung abzielt und nicht ausschließlich die Aufdeckung von Fehlern und damit konsequenterweise die disziplinar-, arbeits- oder strafrechtliche Sanktionierung im zentralen Blickpunkt hat. Ein wesentliches Element stellt fast selbstverständlich die Korruptionsprävention dar. Compliance soll Korruption verhindern, was angesichts von zahllosen Skandalen, die mit Schmiergeld, Bestechlichkeit oder Kartellabsprachen zu tun haben, unrealistisch erscheint. Auch wenn spezifische Gesetze³ geschaffen wurden und in den vergangenen Jahren große Unternehmen Compliance-Organisationen geschaffen haben, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Problematik eine ggf. sehr teure imageschädigende Fragestellung für Firmen bedeutet⁴ und in der Aufarbeitung offenbar nicht förderlich ist.

Was im Großen, in global tätigen Unternehmen ein Thema ist, muss auch in kleineren und insbesondere öffentlichen Verwaltungen eine Rolle spielen und damit Konzepte erforderlich machen, was aufgrund zahlreicher Skandale durchaus seine Berechtigung hat⁵, wenn das Prinzip entscheidend sein soll und nicht die Höhe der in Betracht kommenden Geldbeträge oder anderer Leistungen. Mag auch die Geschichte Kurioses über die Beziehung zwischen Politik und Wirtschaft zu bieten haben⁶, so ist nach heutiger ethischer Auffassung das Erlangen eines materiellen oder immateriellen Vorteils, auf den kein rechtmäßiger Anspruch besteht, verwerflich, strafbar, so dass dem vorgebeugt werden muss.

Dass der Korruptionswahrnehmungsindex⁷, den seit 1995 Transparency International vorlegt, nur ein Indikator sein kann, weil er nur die wahrgenommene, nicht die tatsächlich stattfindende Korruption darstellt, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Problematik auch in Deutschland – zur Zeit auf Platz 12 mit einem CPI (Corruption Perceptions Index) von 81 – nicht nur im Privatwirtschaftlichen, sondern auch in der öffentlichen Verwaltung intensiver begleitet werden muss. So haben in den vergangenen Jahren Kommunalverwaltungen Compliance-Management-Systeme aufgebaut und diese eng mit der Korruptionsprävention verbunden. Ziel solcher Systeme muss es sein, Compliance im Denken und Handeln von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einer Verwaltung zu verankern, Mitarbeiterschutz zu wahren und deutlich und transparent nach innen und außen Integrität zu symbolisieren. In der Regel fällt die Erstellung solcher Systeme in den Aufgabenbereich von Zentralämtern, wie Haupt- oder Organisationsamt, oder auch in Mitwirkung von

3 GESETZ ZUR VERBESSERUNG DER KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG UND ZUR ERRICHTUNG UND FÜHRUNG EINES VERGABEREGISTERS IN NORDRHEIN-WESTFALEN vom 16.12.2004.

4 Vgl. DAHLKAMP/SCHMITT, 2017.

5 S. Beispiele unter: MERKUR ONLINE, 2009; SPIEGEL ONLINE, 2001; HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, 2010.

6 Vgl. ENGELS, 2014.

7 TRANSPARENCY INTERNATIONAL DEUTSCHLAND, 2018.

Kontrollinstanzen, wie Rechnungsprüfungsämtern, da in deren Aufgabenbereich per se nicht nur die Aufdeckung unwirtschaftlichen Verwaltungshandelns fällt, sondern auch Korruption oder nicht haushaltsordnungskonformes Finanzgebaren.

Diese Aufgabe wird den kommunalen Rechnungsprüfungsämtern im nordrhein-westfälischen Korruptionsbekämpfungsgesetz §2 ausdrücklich zugewiesen. So finden sich neuerdings in Kommunalverwaltungen und öffentlichen Unternehmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit der Funktion des Compliance-Ansprechpartners, eines Compliance-Managers und/oder Korruptionsbeauftragten, an den/die sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vertrauensvoll wenden können. Den Einsatz eines Compliance Officers gibt es laut einer als repräsentativ eingestuften empirischen Studie nur in 15 Prozent der teilgenommenen Stadtverwaltungen.⁸ Es bleibt zu hoffen, dass diese Quote von 2016 sich mittlerweile erhöht hat, ebenso wie bei der Feststellung, dass bislang nur 30 Prozent der Stadtverwaltungen ein Compliance-Management-System einsetzen.

Die Bezeichnungen für die Systeme und Vereinbarungen reichen von „Public Corporate Governance Kodex“⁹, über „Verhaltenskodex“¹⁰, „Ehrenkodex“¹¹ bis hin zu „Antikorruptionsrichtlinie“.¹² Sie gelten ausdrücklich stets für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dies mag aus deren Sicht den Verdacht der Unterstellung erwecken, dass jede und jeder als korruptionsgefährdet gilt. Ohne den negativen Beigeschmack überzubewerten, gehen daher auch Kommunalverwaltungen in einem ersten Schritt so vor, dass jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter im Rahmen einer Korruptionsprävention bewertet und in eine Risikogruppe eingestuft wird. Die Bandbreite reicht dort von keinem bis zu einem hohen Risiko sowohl als Gesamtbeurteilung wie auch als Kriterium für einzelne Indizien, an der diese Zuordnung festgemacht wird. Indizien können beispielsweise anhand folgender Fragen festgestellt werden:

- Bestehen regelmäßig Außenkontakte zu einem bestimmten Personenkreis?
- Werden Submissionen vorgenommen?
- Werden Aufträge vergeben?
- Werden öffentliche Fördermittel, Zuschüsse oder geldwerte Vorteile vergeben?
- Werden regelmäßig Leistungsbedingungen oder Leistungsbeschreibungen erstellt oder in Auftrag gegeben?
- Bestehen gravierende Entscheidungs-, Ermessens- oder Gestaltungsspielräume?
- Liegen Zuständigkeitskonzentrationen vor?

8 Vgl. DEUTSCHES NETZWERK WIRTSCHAFTSETHIK – EBEN DEUTSCHLAND, 2016.

9 STADT MAINZ, 2016.

10 STADT UNTERSCHLEISSHEIM, 2017.

11 STADT HALLE, 2018.

12 STADT MÜNCHEN, 2015.

Diese oder ähnliche Fragen als Indikatoren müssen begleitet werden von bereits getroffenen Maßnahmen und damit der Beantwortung der Fragen, welche Sicherungsmaßnahmen bereits getroffen sind, ob Rotation stattfindet oder möglich ist oder welche Präventivmaßnahmen vorstellbar sind.

Dies betrifft zunächst einmal und hauptsächlich den Arbeitsplatz, den man innehat. Darüber hinaus ist aber auch die Analyse von Nebentätigkeiten erforderlich, seien es ehrenamtlich ausgeführte, anzeigepflichtige oder gar genehmigungspflichtige Tätigkeiten. Selbst bei genehmigungspflichtigen honorierten Nebentätigkeiten muss nicht zwangsläufig ein Interessenskonflikt entstehen, insbesondere dann, wenn es um ergänzende Nebenverdienste geht, die nichts mit der Haupttätigkeit zu tun haben. Aber es können sich ggf. ähnliche Fragestellungen zur Korruptionsprävention ergeben, vor allem dann, wenn die Nebentätigkeit mit der dienstlichen Ausübung in Zusammenhang steht. Beispielhaft für etwaig entstehende Konfliktsituationen und zur Vermeidung eventueller Interessen- und Loyalitätskonflikten seien genannt: Beratungstätigkeiten, Posten in Aufsichtsräten, freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Drittunternehmen u.ä. Dies mag nur für eine geringe Anzahl von Beschäftigten zutreffen, ist aber eben im Sinne der Compliance sorgfältig und genau zu prüfen.

Wenn sich die Ausprägungen der Compliance-Management-Systeme (CMS) individuell, von Verwaltung zu Organisation unterscheiden, so gibt es doch einen international gültigen, zwar nicht verbindlichen, aber seit dem 05.12.2014 empfohlenen Standard in Form der ISO-Norm 19600.¹³ Diese ist auch analoge Grundlage für die Zertifizierung als TÜV Rheinland Standards für Compliance-Management-Systeme.¹⁴

Das Compliance-Management-System gemäß ISO 19600 basiert auf fünf Säulen: Bewertung der Compliance-Risiken: durch Analyse des rechtlichen Umfelds und Identifizierung der Compliance-Verpflichtungen, woraus eine Risiko-Landkarte entsteht

- Führung: Festlegen der Verantwortlichkeiten und ein ausdrückliches Bekenntnis zu rechtskonformen Verhalten inklusive der Absicht, rechtswidrige Praktiken zu ahnden.
- Systemische Steuerungs- und Kontrollmaßnahmen: interne Regelwerke wie ein Verhaltenskodex, Prozessbeschreibungen und Handlungsanweisungen.
- Training und Kommunikation: arbeitsplatzbezogene Maßnahmen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Lage versetzen, Compliance-Anforderungen zu kennen und vor allem danach zu handeln.

13 Vgl. KAYSER/MAKOWICZ/PREUSCHE, 2018.

14 Vgl. TÜV RHEINLAND, 2018.

- Monitoring, interne Audits und Reaktion: stichprobenartige Überprüfung auf Einhaltung der vereinbarten Vorschriften sowie permanente Anpassung an neue Rahmenbedingungen bzw. Reaktion durch veränderte Maßnahmen wegen Nichteinhaltung.

In Kommunalverwaltungen umgesetzte Compliance-Management-Systeme und selbst auferlegte Kodizes konzentrieren sich im Wesentlichen auf drei Bereiche: einen Verhaltenskodex, eine Geschenkerichtlinie, ggf. zusätzlich ergänzt durch Richtlinien oder Dienstanweisungen zum Verbot der Annahme von Geschenken, und die Frage des Sponsoring. Dies scheinen die wichtigsten Elemente und organisatorischen wie personellen Maßnahmen zu sein, um damit ein gesetzestreu und regelkonformes Verhalten sicherzustellen. Über diese Gemeinsamkeiten hinaus gibt es aber durchaus vergleichbare, aber unterschiedlich getroffene Regelungen, so beispielsweise bei dem finanziellen Wert des noch annehmbaren Geschenkes: die Wertgrenze schwankt in der Regel zwischen 5 Euro und 20 Euro. Die Bewirtung darf sich ausschließlich auf Sitzungen von Organen und Unternehmen beziehen, an denen die Stadt beteiligt ist, oder wenn ein eindeutiger Zusammenhang zur Tätigkeit des Unternehmens besteht. In diesem Zusammenhang ist der ungewohnte Begriff des Beziehungspflegessens zu finden, das allerdings verboten ist.

Die Betroffenheit oder Fragestellungen, die sich aus diesen Kodizes, Richtlinien, Dienstanweisungen ergeben, sind verwaltungsintern sehr unterschiedlich. So werden diejenigen Organisationseinheiten, die mit Serviceleistungen und Außenkontakten, Zahlungsverkehr in verschiedenen Variationen, größeren Auftragssummen und damit intensiven Außenkontakten zu tun haben, mehr Verständnis für diese sehr differenziert und ausgefeilten, juristisch abgesicherten Regelungen und Formulierungen haben als eher nach innen und intern wirkende Abteilungen, Ämter oder Fachbereiche. Dies wird beispielsweise deutlich, wenn in zahlreichen Richtlinien die Überlassung von Baumaschinen explizite Erwähnung findet.

Dennoch findet man regional spezifische Regelungen, die als Besonderheit und der Skurrilität halber Erwähnung finden sollten. So findet sich für alle Beschäftigungsgruppen der Landeshauptstadt München ein gesonderter Paragraph für erlaubte Geschenke und Handlungsweisen beim Oktoberfest. Diese Ausnahmeregelung gilt, so wird ausdrücklich betont, ausschließlich für das Oktoberfest und zwar dort auch nur für Bier- und Hendlmarken.¹⁵ Es ist so, dass „ausnahmsweise“ bei diesem bayerischen und internationalen Brauchtumsfest die Annahme einer Hendl-, einer Grillhähnchen- und einer Biermarke pro Firma/Kunde für das Oktoberfest des jeweiligen Jahres erlaubt ist. Sollten der Mitarbeiterin oder dem Mitarbeiter allerdings mehr als eine Marke zukommen, so gelten wieder die allgemeinen Bestimmungen, bzw. bedarf es der Erteilung der ausdrücklichen Zustimmung. Vergleich-

¹⁵ Vgl. STADT MÜNCHEN, 2007.

bares oder Adäquates findet man hinsichtlich Karneval und entsprechender lokal-spezifischer Nahrungsmittel in fester oder flüssiger Form in Verhaltensrichtlinien anderer Städte nicht.¹⁶

Bei aller Exaktheit und dem implizierten Versuch, ein möglichst weites Feld von Vorkommnissen im Alltag abzudecken, werden Führungskräfte nicht um die Entscheidung in prekären, praktischen Situationen herumkommen, d.h. die Grauzone, die sich selbstverständlich auftut, mit regelkonformen, aber m.E. der Situation angemessenen Vereinbarungen zu begleiten.

Folgende Beispiele aus dem Alltag sollen dies verdeutlichen.

Wie ist die grundsätzliche Ablehnung von Freikarten auszulegen, wenn hinsichtlich der Verwendung von Fördergeldern die Überprüfung nur im Rahmen der an sich kostenpflichtigen Veranstaltung vorgenommen werden kann. Können hier Interessenskonflikte entstehen zwischen dem dienstlichen Zusammenhang, der als Ausnahmeregelung möglich ist, und dem möglicherweise auf diese Weise erzielten privaten Vergnügen?

Handelt es sich bei der Überlassung von Leseexemplaren des lokalen Buchhändlers bereits um ein Geschenk an die Bibliothek bzw. die Mitarbeiterin oder den Mitarbeiter, auch wenn dieses nicht bestandsrelevant ist?

Wie ist die Annahme des Geschenkes einer großen Obstkiste für die gesamte Einrichtung zu werten bei feststehenden Wertobergrenzen? Ist dies grundsätzlich abzulehnen oder der Gesamtwert auf die sich an dieser Erfrischung gütlich tuenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufzuteilen?

In der bayerischen Landeshauptstadt reicht offenbar die Interpretation einer kleinen Erfrischung bis zur Moaß während der Wieszeit, was ursprünglich 1,069 Litern entspricht, aber im metrischen System exakt 1 Liter sein soll.

Wie sind die auf Bibliothekartagen gern genutzten Mittagsimbisse zahlreicher Firmen zu werten? Ist mit der Genehmigung der Dienstreise diese ausdrückliche Zustimmung bereits erteilt, oder kann man sich aus Gründen der Höflichkeit oder ohne gegen gesellschaftliche Formen zu verstoßen der Teilnahme nicht entziehen?

Letztere, durchaus teils selbstironisch gemeinten Beispiele sollen nicht dazu verleiten, die Frage der Compliance ins Lächerliche zu ziehen. Es muss jeder Mitarbeiterin bzw. jedem Mitarbeiter, von der Führungskraft mit Vorbildcharakter und Grundhaltung bis zur Sachbearbeiterin bzw. zum Sachbearbeiter, eines Unternehmens oder einer Kommunalverwaltung daran gelegen sein, gesetzlichen Anforderungen und Vorgaben zu entsprechen und nicht disziplinar- oder gar strafrechtlich für Fehlverhalten in diesem Bereich belangt zu werden. Es sollte jedem Unternehmen, jeder Organisationseinheit daran gelegen sein, das Verständnis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für derartige Verhaltenskodizes zu wecken und Kenntnisse über Compliance-Management-Systeme zu vermitteln. Das Image, das Vertrauen und die Integrität der Verwaltungseinheit stehen auf dem Spiel.

¹⁶ Vgl. STADT KÖLN, 1998.

Literatur

- BIBLIOTHEK & INFORMATION DEUTSCHLAND, 2017. *Ethische Grundsätze von Bibliothek & Information Deutschland (BID) – Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände* [online]. Berlin: BID [Zugriff am: 30.08.2018]. Verfügbar unter: <https://media02.culturebase.org/data/docs-bideutschland/Ethische%20Grundsätze.pdf>
- DAHLKAMP, Jürgen und Jörg SCHMITT, 2017. Doch keine Veröffentlichung: Siemens hält Schmiergeldstudie unter Verschluss. In: *Spiegel Online* [online] 17.03.2017 [Zugriff am: 30.08.2018]. Verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/siemens-haelt-schmiergeldstudie-unter-verschluss-a-1139211.html>
- DEUTSCHES NETZWERK WIRTSCHAFTSETHIK – EBEN DEUTSCHLAND e.V., 2016. *Regel- und Gesetzestreue: Absolventin untersuchte die Compliance in Behörden und Verwaltung* [online]. Berlin: Deutsches Netzwerk Wirtschaftsethik [Zugriff am: 30.08.2018]. Verfügbar unter: <https://www.forum-wirtschaftsethik.de/regel-und-gesetzestreue-absolventin-untersuchte-die-compliance-in-behoerden-und-verwaltung>
- ENGELS, Jens Ivo, 2014. *Die Geschichte der Korruption: Von der frühen Neuzeit bis ins 20. Jahrhundert*. Frankfurt: S. Fischer.
- HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, 2010. *Korruptionsskandal in Hannover weitet sich aus* [online]. Hannover: Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG [Zugriff am: 30.08.2018]. Verfügbar unter: <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Korruptionsskandal-in-Hannover-weitet-sich-aus>
- INTERNATIONAL FEDERATION OF LIBRARY ASSOCIATIONS AND INSTITUTIONS, 2012. *IFLA Code of Ethics for Librarians and other Information Workers* [online]. Den Haag: IFLA [Zugriff am: 30.08.2018]. Verfügbar unter: <https://www.ifla.org/publications/node/11092>
- KAYSER, Michael, Bartosz MAKOWICZ und Reinhard PREUSCHE. *Compliance-Management: Fragen und Antworten zu DIN ISO 19600*. Berlin: Beuth.
- MARKOWICZ, Bartosz, 2018. *Globale Compliance Management Standards: wertorientierte Umsetzung von DIN ISO 19600 und ISO 37001*. München: Beck.
- MERKUR ONLINE, 2009. *Korruptionsskandal: Stadt trennt sich von GmbH-Geschäftsführer* [online]. München: Münchener Zeitungs-Verlag GmbH & Co.KG [Zugriff am: 30.08.2018]. Verfügbar unter: <https://www.merkur.de/lokales/muenchen/stadt-muenchen/korruptionsskandal-stadt-trennt-sich-gmbh-geschaeftsfuehrer-308073.html>
- SPIEGEL ONLINE, 2001. *Korruptionsskandal weitet sich aus* [online]. Hamburg: SPIEGEL ONLINE GmbH & Co. KG [Zugriff am: 30.08.2018]. Verfügbar

unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/frankfurt-am-main-korruptionsskandal-weitert-sich-aus-a-145007.html>

STADT KÖLN, 1998. *Richtlinien für das Verbot der Annahme von Vergünstigungen bei der Stadt Köln* [online]. Köln: Stadt Köln [Zugriff am: 30.08.2018]. Verfügbar unter: https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf14/richtlinien_fuer_das_verbot_der_annahme_neu.pdf

STADT MAINZ, 2016. *Public Corporate Governance Kodex der Landeshauptstadt Mainz* [online]. Mainz: Stadt Mainz [Zugriff am: 30.08.2018]. Verfügbar unter: <https://mainz.de/medien/internet/downloads/dezernate/dezernatzwei/Public-Corporate-Governance-Kodex-Landeshauptstadt-Mainz-2016-191016.pdf>

STADT MÜNCHEN, 2007. *Richtlinien zum Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenken* [online]. München: Stadt München [Zugriff am: 30.08.2018]. Verfügbar unter: <http://docplayer.org/9636684-Richtlinien-zum-verbot-der-annahme-von-belohnungen-oder-geschenken.html>

STADT MÜNCHEN, 2015. *Antikorruptionsrichtlinie* [online]. München: Stadt München [Zugriff am: 30.08.2018]. Verfügbar unter: https://www.muenchen.de/rathaus/dam/jcr:1aff896e-c295-4b98-aaf5-5dbcac7061ec/Antikorruptionsrichtlinie_2015_09_01.pdf

STADT HALLE (SAALE), 2018. *Ehrenkodex des Stadtrates der Stadt Halle (Saale)* [online]. Halle: Stadt Halle (Saale) [Zugriff am: 30.08.2018]. Verfügbar unter: http://www.halle.de/Publications/7794/amtsblatt10_190518.pdf

STADT UNTERSCHLEISSHEIM, 2017. *Verhaltenskodex der Stadt Unterschleißheim und der Stadtwerke Unterschleißheim* [online]. Unterschleißheim: Stadt Unterschleißheim [Zugriff am: 30.08.2018]. Verfügbar unter: https://www.unterschleissheim.de/fileadmin/dokumente/rathaus/Verhaltenskodex_Compliance_14.12.2017.pdf

TRANSPARENCY INTERNATIONAL DEUTSCHLAND e.V., 2018. *Korruptionsindizes* [online]. Berlin: Transparency International Deutschland e.V. [Zugriff am: 30.08.2018]. Verfügbar unter: <https://www.transparency.de/korruptionsindizes/cpi-2017/?L=0>

TÜV RHEINLAND, 2018. *Compliance Management: Dokumentierte Sicherheit Ihres Compliance Managements durch unsere Compliance Zertifizierung* [online]. Köln: TÜV Rheinland [Zugriff am: 30.08.2018]. Verfügbar unter: <https://www.tuv.com/germany/de/compliance-management.html>

Überlegungen zu ethischen Aspekten im Film der „Digital Natives“ über das Internet – dargestellt an einem konkreten Beispiel („Küss mich tiefer“ von Eleni Katsoni)¹

Ingrid Scheffler

Einführung

Das Filmmedium hat die Möglichkeit, (fiktive) Situationen zu inszenieren, die das Web, das sich seinerseits multimedial und multimodal der traditionellen Formen des Films und Fernsehens bedient, in einer Art von Außenperspektive spiegeln. Von Interesse ist die Frage, inwieweit sich bei der Thematisierung des Internets im Film der sogenannten ‚Internetgeneration‘ durch deren veränderte Mediennutzung auch veränderte ethische Maßstäbe erkennen lassen. Bislang gibt es relativ wenige Filmarbeiten von jungen Filmemachern zu diesem Themenfeld. Somit können zwar noch keine repräsentativen Studien zu diesem Thema vorliegen, jedoch grundsätzliche Fragen bei der Betrachtung dieser filmischen Wirklichkeiten gestellt werden. In dem vorliegenden Beitrag stehen die filmische Praxis und die Frage der *Spiegelungsqualität* von Medien, speziell in künstlerischen Beiträgen, im Fokus. Als Beispiel wird der Kurzfilm der jungen Filmemacherin Eleni Katsoni aus dem Jahr 2011 mit dem Titel

¹ Der Beitrag stellt eine Überarbeitung und Aktualisierung folgenden Vortrags dar: Ingrid Scheffler: *Begegnungen – das WWW im Film: „Digital Natives“ und die Situation des Anderen – medienethische Perspektiven*. Vortrag auf dem Symposium Situationen. Situative Theorie und künstlerische Praxis, Muthesius Kunsthochschule Kiel, 05.07.2015.

„Küss mich tiefer“ herangezogen, der Intimität und das Private im Hinblick auf Peergroups im Netz explizit zum Thema macht.²



Abbildung 1: Die Einstiegssequenz zeigt nach einigen Standbildern ein Software-Bedienelement ‚Play-Button‘ und steigt damit bereits mit der Selbstreferenz des Filmischen ein. Danach läuft das Filmbild weiter.

Erstens ist bei diesen Überlegungen die *empirische Realität des Netzes* inklusive der Internetnutzung junger User von Bedeutung. Bei weiterreichenden Untersuchungen zum Themenkomplex ‚Social Media und Privatheit‘ sowie ‚Selbstdarstellung im Internet‘ und deren Auswirkungen auf die jungen Generationen in der realen Alltagspraxis müssten medien- und erziehungswissenschaftliche Studienergebnisse zum Mediennutzungsverhalten einbezogen werden. Im Kontext dieses Beitrags zum Thema „Digital Natives“ finden Forschungsaspekte zum sozialhistorischen Generationenbegriff³ Berücksichtigung. *Zweitens* ist die dargestellte *filmische Wirklichkeit* von Relevanz. Da die Präsentation des World Wide Web im Fokus steht, geht es bei dieser Fragestellung auch um das Mediale selbst, um theoretische Überlegungen zur *Medialität* der Online-Kommunikation. *Drittens* interessieren die im Film erkennbaren *ethischen Kategorien*. Um Veränderungen von ethischen Standards in der Filmrealität im Hinblick auf generelle Wertediskussionen eruieren zu können, müsste jedoch bei umfassenderen Betrachtungen auch der aktuelle medienethische Diskurs der Fach-Community zur realen Mediennutzung der Social-Media-Kommunikation Berücksichtigung finden.

2 Vgl. KATSONI, 2011/2012. Der Film wurde u.a. ausgezeichnet bei folgenden Festivals: Best Short Film Cyprus International Film Festival; Lobende Erwähnung International Design Preis Köln; 3. Preis Romantic Award Blaue Blume Sky Romance TV; Online: Arte Online Mediathek NDR Studio Hamburg Nachwuchspreis. Vgl. ebd.

3 Vgl. z.B. HEPP/BERG/ROITSCH, 2014.

Netzkommunikation: „Digital Natives“ und Privatheit

Um der Frage nachzugehen, inwieweit sich durch die Formen der Selbstoffenbarung und Selbstinszenierung grundlegende ethische Kategorien ggf. verändern, die sich auch in der filmischen Wirklichkeit niederschlagen, ist es erforderlich, denjenigen Personenkreis von Filmemachern und Filmemacherinnen in den Blick zu nehmen, die bereits mit dem Internet aufgewachsen sind.⁴ Die häufig verwendeten Bezeichnungen „Digital Natives, Generation Web, Generation Y oder Generation Z“⁵ suggerieren, dass neue Generationen von Medientechnologien neue Generationsgestalten hervorbrächten.⁶ „Von der ‚Generation Internet‘ ... u.ä. wird nur deshalb als ‚Generation‘ gesprochen, weil ihre Angehörigen vermeintlich andere Mediennutzungspraxen an Tag legen als bspw. die ‚Video-‘, oder die ‚Buch-Generation‘.“⁷

Aus soziologischer und erziehungswissenschaftlicher Perspektive, aber auch im Hinblick auf Mediennutzungsmuster, ist die Generationenzuordnung jedoch weit aus komplexer.⁸ Das Konzept des konjunktiven Erfahrungsraumes, so wie ihn zum Beispiel Karl Mannheim (1980) vorschlägt, ermöglicht einen umfassenderen Zugriff als die ausschließlich an Geburtsjahrgängen orientierten Zuordnungen.⁹ „Konjunktive Erfahrungsräume“ fußen auf gleichartigen bzw. ähnlichen Erfahrungen, die von den Mitgliedern dieser Erfahrungsräume geteilt werden. Sie entstehen in verschiedenen Dimensionen, einerseits in konkreten Gruppen, wie Peergroups Jugendlicher, in Nachbarschaften oder im Berufsumfeld, aber auch in medialen Räumen. Die verschiedenen Sphären sind oft digital miteinander verknüpft.¹⁰ Aus der Tatsache, dass die Filmemacherin Eleni Katsoni dieses Phänomen spezifisch im Hinblick auf Privatheit und Intimität zum Thema macht, erklärt sich die Auswahl des hier gewählten Filmbeispiels.

Inzwischen sind Grenzüberschreitungen der Privatsphäre im Netz und daraus resultierende ethische Bedenken im Kontext der Internetnutzung Gegenstand des öffentlichen Diskurses geworden,¹¹ wobei häufig vor allem der Datenschutz im Fokus steht. Es gibt empirische Erhebungen sowohl zur Rolle von Social Media im Hinblick auf Datenschutz und Fragen der Selbstinszenierung, als auch zum Thema „Partnerschaftsportale“ im Hinblick auf veränderte Verhaltensmuster bei privaten Beziehungen. So untersucht die Studie von Andreas Fahr und Anja Graf aus dem Jahr 2013 zum Beispiel, in welcher Weise Paarbeziehungen in sozialen Netzwerken, also vor einer Teilöffentlichkeit, miteinander kommunizieren und ob diese Art der

4 Aktuelle Nutzerzahlen siehe z.B.: INTERNATIONALES ZENTRALINSTITUT FÜR DAS JUGEND- UND BILDUNGSFERNSEHEN, 2018 sowie MEDIA PERSPEKTIVEN, 2017.

5 Vgl. z.B.: PURGAL, 2015.

6 Vgl. SCHÄFFER, 2012, S. 141.

7 PIETRASS/SCHÄFFER, 2011, S. 324-325.

8 Siehe dazu auch: HEPP/BERG/ROITSCH, 2014, S. 22-31 sowie EINSPÄNNER-PFLOCK, 2017, Kap. IV „Jugendliche im 21. Jahrhundert: Die ‚digitale Generation‘“.

9 Vgl. SZYDLIK/KÜNEMUND, 2009, S. 7-22.

10 Siehe u. vgl. SCHÄFFER, 2012, S. 142.

11 Vgl. z.B. HAGENDORFF, 2017.

Online-Kontaktpflege Einfluss auf die Beziehung selbst hat bzw. ob sie sich von Paarbeziehungen, die ausschließlich offline kommunizieren, unterscheiden. Dabei stellt sich u.a. heraus: „Entgegen der ‚kulturpessimistischen‘ Sichtweise kann FB also keine wesentlichen Formen des herkömmlichen Beziehungsaustausches ersetzen.“¹²

Weitergehend gilt es zu fragen, inwieweit soziale Formen und Werte und auch das Verständnis von Privatheit durch Selbstinszenierung sowie der (öffentlichen) Beobachtung durch die Gruppe im Online-Forum einen grundsätzlichen Wandel erfahren. Die Vorstellung von *Privatheit und Öffentlichkeit* entstammt – der liberalen bürgerlichen Tradition folgend – zunächst der Aufklärung und meint vor allem Publizität.¹³ Veränderte gesellschaftliche und mediale Kommunikationsformen lassen heute Formen von Privatem und Öffentlichem ineinanderfließen. Die heterogene Gesellschaft bietet kein einheitliches verbindliches Werte- oder Orientierungssystem mehr auf, sondern ist von Fragmentierung und Pluralität gekennzeichnet. Durch die Präsenz der Medien existieren mehrere Öffentlichkeiten oder Teil-Öffentlichkeiten, bei der die Massenmedien – insbesondere das Fernsehen und das Web – eine Orientierungsfunktion übernehmen. Dieser Entwicklung kommt die Netzstruktur des Internets mit den vielen parallelen kleinen Öffentlichkeiten entgegen, die Netzöffentlichkeit stellt selbst keine einheitliche Öffentlichkeit dar, sondern ist ihrerseits völlig heterogen und *virtuell*, da sie in keiner realen Gemeinschaft außerhalb des Mediums Internet in dieser Form besteht oder dazu korreliert. In den Social-Media-Räumen hingegen stellen sich auch reale, konkrete Freundeskreise, Peergroups in sozialen Netzwerken gegenseitig dar und kreieren somit eine eigene gleichzeitig real existierende Gruppe, die aber digital miteinander kommuniziert: Privates wird in einem (scheinbar) abgeschlossenen virtuellen Raum unter einer begrenzten Personenanzahl ausgetauscht.¹⁴

Bereits der Film hat die Grenze zwischen Privatem und Öffentlichem aufgehoben und ist als Medium *per definitionem* öffentlich, „... die Differenz zwischen privat und öffentlich im Medium *selbst* kann nur eine scheinhafte sein – das Medium kennt Privatheit nur als veröffentlichte.“¹⁵ Das Web bietet durch die Option der direkten Interaktion mit ausgewähltem Adressatenkreis eine spezifische Modifikation der privaten und öffentlichen Kommunikationsformen.

Medialität – Realität – Ethische Kategorien im Film

Grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis von Realität und Fiktion ermöglichen Einschätzungen zur Legitimität von Rückschlüssen bei fiktional Gestaltetem auf dahinterliegende ethische Muster und Kategorien. Spiegelungsqualitäten von Realität

12 FAHR/GRAF, 2013, S. 302-303. Die Abkürzung im Zitat bezieht sich auf die Social-Media-Plattform Facebook.

13 Vgl. PSCHIDA/TRÜLTZSCH, 2011, S. 163. Vgl. auch RÖSSLER, 2001, S. 41.

14 Zum Thema Privatheit siehe u. vgl. eigenen Beitrag Kap.: „Der Andere – Privatheit – Scham“. In: SCHEFFLER, 2019.

15 Vgl. u. siehe RÖSSLER, 2001, S. 314-315.

in fiktionalen Genres, sei es in der Literatur oder im Film, sind in der Fachliteratur mit vielen Ausdifferenzierungen, auch im Hinblick auf Narrativität, besprochen und in ihrer Relevanz bestätigt worden.¹⁶ Nach Umberto Eco „... basiert jede fiktive Welt parasitär auf der wirklichen Welt, die ihr als Hintergrund dient. ...“¹⁷ Klaus Kreimeier erweitert den Gedanken und stellt zum Problem der Grenzüberschreitung in der medial codierten *Wirklichkeit des Films* fest:

Wir haben uns daran gewöhnt, die medialen Wirklichkeiten nach ihrer Abbildfunktion, nach ihrer Relation zur Empirie zu befragen. ... [Doch] ... jedes artifizielle Gebilde [verweist] zunächst und vor allem auf sich selbst (und vielleicht auf andere artifizielle Gebilde). A priori erhebt es den Anspruch, nicht Abbild oder Lesegerät zu sein, Deutungshilfe oder Vergrößerungsglas, sondern ein Bestandteil der Wirklichkeit und somit Gegenstand der Empirie zu sein.¹⁸

Die *Medialität* des Films zeichnet sich, wie in der Filmgeschichte oft diskutiert, durch seine Spezifik der Darstellung von Wirklichkeit aus bzw. durch eine Konstruktion von eigenen Wirklichkeiten. Sowohl die filmtechnischen Mittel als auch narrative Perspektivität eröffnen den Filmemachern Möglichkeiten der eigenen Bewertung und Wirklichkeitsgestaltung. Bereits die Wahrnehmungsgeschichte der Fotografie zeigt, dass es – vergleichbar wie in der Malerei – durch „... die Festlegung des Betrachterstandpunkts und durch eine kalkulierte perspektivische Darstellung gelang ..., den natürlichen Seheindruck zu simulieren, die Bildproduktion des Gesichtsinns mit der des Künstlers kurzzuschließen“¹⁹

Um die Spiegelung des World Wide Web im Film zu erfassen, sind Fragen der *Intermedialität*²⁰ und des Bewusstseins sowie der Wahrnehmung von Relevanz.²¹ Vor allem die *Spiegelung* eines Mediums in einem anderen macht die Differenz der Medien erkennbar.²² Medialität ist beim Computer durch das Interface verborgen, Sehen und Wahrnehmen werden durch programmatische Muster und Algorithmen konfiguriert und der Film bietet die Möglichkeit, die Differenz des Mediums *sichtbar* zu machen. Zahlreiche Science-Fiction-Filme der Filmgeschichte – angefangen von Rainer Werner Fassbinders „Welt am Draht“ über Josef Rusnaks „The 13th Floor“²³ über „Matrix“ der Wachowski-Geschwister oder David Cronenbergs „Existenz“ – haben die Schwierigkeiten des Erkennens von *echten* und *falschen* Welten thematisiert

16 Siehe z.B. ORTH, 2010, S. 60-75 sowie TRÖHLER, 2004, S. 149-169.

17 ECO, 1994, S. 124.

18 KREIMEIER, 2002, S. 180.

19 BUSCH, 1995, S. 90.

20 Auf die theoretischen Diskurse zur Intermedialität wird an dieser Stelle nur verwiesen und nicht näher eingegangen. Vgl. dazu z.B. MEYER, 2001, S. 131.

21 Siehe dazu auch SCHEFFLER, 2015.

22 Beim konkreten Filmbeispiel wird noch auf einige Strategien der Sichtbarmachung von Intermedialität mit filmischen Mitteln verwiesen.

23 „The 13th Floor“ ist gleichfalls nach der literarischen Vorlage von Daniel F. Galouyes „Simulacron-3“ entstanden.

und damit vor allem den Gedanken der technisch fundierten Simulation des Computers mit der Frage nach Authentizität und Wahrheit aufgeworfen. Im WWW wird diese Problematik noch um Dimensionen erweitert, da Realität und Virtualität in bis dato unbekannter Weise verknüpft werden, so dass zum Teil die Realitätsgrenzen selbst im Alltag nicht mehr zu erkennen sind.

Medien können im Sinn ihres Spiegelungscharakters und spezifischen Wirkungspotentials durchaus als Transporteure von ethischen Standards und Normen gelten. Normativität von im Film Gezeigtem hinterlässt Spuren, denn „Medien sind ... in die Distribution von Werten involviert und nicht zuletzt darum sind sie umstritten.“²⁴ Gesellschaftliche Normen und Hemmschwellen wandeln sich, was sich in den filmischen Darstellungen gleichfalls etabliert, aber im Sinne der *Interaktion* tragen Medien gleichfalls interferierend dazu bei, dass sich Werte und Normen verändern.

Emotionen und Bewusstseinsprozesse beim Individuum entstehen durch Situationen und Handlungen. Neue Möglichkeiten von Lebenssituationen, wie etwa die Netzkommunikation und Handeln im Netz, finden „...auch im Bereich der *Moral* bzw. der *Ethik* [ihre] Verwendung ... Hier geht es um das, was man tun soll, um das, was man tun und was man nicht tun darf. Diese Kategorien beziehen sich also nicht auf Aussagen oder Dinge, Prozesse usw., sondern auf Handlungen.“²⁵ Handeln im Netz, etwa die Verbreitung von Selbstdarstellungen, auch in Form von Selfies, stellt eine Form des kommunikativen Handelns dar und evoziert als *Handlung* Bewertungen des Gesagten oder Gezeigten und bindet somit per se ethische Bewertungen mit ein.

Das pervasive Internet verändert durch die allgegenwärtige Präsenz der Handkommunikation Situationen eklatant im realen Alltagsleben und damit die entsprechenden Handlungsoptionen.²⁶ Es ist davon auszugehen, dass sich neue ethische Maßstäbe und Kategorien durch das veränderte Zusammenleben ausbilden, denn neue Gewohnheiten können im Ergebnis neue ethische Parameter hervorbringen.²⁷ Die junge Filmemacher-Generation ist damit selbst ein Akteur, der gesellschaftliche Prozesse in Gang setzen kann. Die Art der Darstellung von Intimität im Netz im Film transportiert Wertigkeiten, die wiederum Wirkung zeigen können: Filme entfalten durch den Akt des Zeigens ein Wirkungspotential. Hierbei wird – im Sinne des Expertenwissens – von einer grundsätzlichen Medienwirkung ausgegangen, ohne dass diese in diesem generalistischen Sinn mit empirischen Studien belegt werden kann.²⁸

24 DEBATIN/FUNIOK, 2003, S. 53.

25 KLAUS/BUHR, 1975, S. 822.

26 So belegen empirische Studien aus England, dass sowohl auf der verbalen als auch auf der Handlungsebene andere als in der Generation übliche Sprach- und Umgangsformen entstanden sind. Eventuelle Grenzüberschreitungen in der Wortwahl bezüglich sexueller Praktiken und auch erste sexuelle Kontakte beginnen früher als bei Altersgenossen, die sich nicht in Social Networks bewegen (vgl. WHITE, 2013).

27 Vgl. KLAUS/BUHR, 1975, S. 369.

28 Vgl. dazu z.B. die Debatte um Filmwirkung beim umstrittenen Film „Jud Süß“ von Veit Harlan aus dem Jahr 1940, dem aufgrund seiner subtilen filmischen Mittel eine große Wirkung im Hinblick auf

Die Betrachtung von Filmen, die das Internet thematisieren, bezieht ethische Fragestellungen auf mehreren Ebenen ein: Im Bereich der *Medienethik*, wenn es um Probleme der Online-Kommunikation geht; im Film als *Kunstprodukt*, der Wirklichkeit immer in seiner spezifischen Medialität spiegelt bzw. konstruiert und damit Authentizitätsfragen aufwirft – und auf der Ebene der *Story* des jeweiligen Films, der inhärent ethische Kategorien des gegenwärtigen Gesellschaftssystems durch die Persönlichkeiten der Filmemacher vermittelt.

Ethische Aspekte im Film „Küss mich tiefer“ von Eleni Katsoni

Ebene des Storytelling

In ihrer Filmkomödie „Küss mich tiefer“ geht Eleni Katsoni als Angehörige der „Digital Natives“ der Frage nach, ob man überhaupt existiert und eine Identität besitzt, wenn man im Web *nicht* auffindbar ist. Diese Problematik entwickelt sie anhand einer Story, bei der es zum einen um sexuelle Begegnungen im Online-Bereich geht, die mit der Peergroup geteilt werden und zum anderen um eine echte Liebe einer Offline-Beziehung. In dem Film „Küss mich tiefer“ entzieht sich der Protagonist Jonas als Offliner durch den fehlenden Internetauftritt einer Kontrolle oder Orientierung zu seiner Person in Social-Media-Netzwerken. Vielmehr verweist er auf die Möglichkeit der direkten, nicht digitalen Kommunikation im persönlichen Gespräch. Dadurch schafft er eine neue, für die Protagonistin Marissa unbekannt Situation, die sie vor völlig neue Handlungsoptionen stellt – und sie damit zunächst hilflos und verunsichert erscheinen lässt. Als Folge ergibt sich, dass nicht mehr die gleichaltrige Peergroup weiterhelfen kann, sondern die bis dato neue Situation entsteht, auf die ältere Generation als Ratgeber zurückzugreifen, die andere, nicht technisch-mediale Erfahrungen im Umgang mit Liebesbeziehungen gemacht hat. Grundsätzlich kommt hier die Rolle des Anderen bei der Bewertung von individuell Erfahrenem und der eigenen Identität ins Spiel. Aus konstruktivistischer Sicht wird dieser Interaktionsprozess zur Erfahrung der Realität besonders betont: „Was wir zumeist als ‚objektive‘ Wirklichkeit betrachten, entsteht in der Regel dadurch, daß unser eigenes Erleben von anderen bestätigt wird. Dinge, die nicht nur von uns, sondern auch von anderen wahrgenommen werden, gelten ganz allgemein ...“²⁹.

Bezogen auf das Filmbispiel könnte eine Frage lauten: Kann man Bedauern empfinden über etwas, das man nicht kennt, z.B. Vertrautheit im intimen Raum? Die Protagonistin Marissa kannte bis zu dem Treffen mit Jonas intime Beziehungen nur als Online-Event geteilt mit den Anderen und erlebt nun als Novum, dass eine

Vorbereitung der Judenvernichtung in Deutschland zugesprochen wird, ohne dass diese empirisch zu belegen wäre. Vgl. dazu z.B. RÄBENALT, 1958; MAREK, 1999/2004/2018 sowie Filme von KÖNIGSTEIN, 2001 und RÖHLER, 2010.

²⁹ GLASERSFELD, 2005, S. 32.

Offline-Beziehung, wenn echte Gefühle im Spiel sind, offensichtlich eine andere Qualität im Erleben darstellt. Im Film „Küss mich tiefer“ gibt es noch eine familiäre Instanz: Die Tante von Marissa steht als Vertreterin einer anderen Generation und kulturellen Lebenswirklichkeit, die für die neue Gefühlslage aus ihrer Perspektive adäquate Ratschläge erteilt. Die Referenz in der Filmwirklichkeit ist jetzt nicht mehr die Peergroup, auch nicht die favorisierten Apps, sondern die vertraute Verwandte, die aus ihren eher traditionellen Erfahrungen des Lebens in Griechenland als Ratgeberin fungieren kann. Gleichzeitig wird deutlich, dass die familiäre Sozialisation offensichtlich die Filmprotagonistin Marissa – trotz Online-Nutzung – dahingehend geprägt hat, dass das ganz *normale* bzw. reale Liebesleben, nicht nur das *online* geteilte, für sie bei der passenden Begegnung in der empirischen Realität möglich ist.

Ebene der filmischen Mittel

Zur Sichtbarmachung des Netzes lässt die Regisseurin große animierte Apps durch den Film *geistern*, die surreal im Raum erscheinen. Durch diese einfach *geschnittenen* überdimensionierten Apps, die sich frei in der Umgebung platzieren, verfremdet die Filmautorin die Umgebung und realen Orte. Apps als Anwendungssoftware im Bereich mobiler Betriebssysteme regeln hier den Alltag, übernehmen die Kontrolle, das heißt, es findet hier visualisiert eine Übernahme des Menschen durch die Technik statt.



Abbildung 2: App-Icons bevölkern den filmischen Raum

Algorithmen, Programme des Smartphones, die unsichtbar im Hintergrund laufen, formatieren in diesem Film das intimste Privatleben. Eine nicht sichtbare Software bestimmt den Alltag der Filmfiguren. Wie Rainer Werner Fassbinder in seinem in den 1970ern produzierten Weltensimulationsfilm „Welt am Draht“ arbeitet auch junge Filmemacherin Eleni Katsoni mit Mitteln des Alltags, mit der Präsentation von Vertrautem und Irrealem, um die Medialität der virtuellen Netz-Welt sichtbar

zu machen.³⁰ Mit Visual Effects illustriert Katsoni „Marissas augmented reality“,³¹ indem einzelne Internetelemente im Bild aufpoppen und umherfliegen. Graphical-User-Interface-Elemente, Bediengesten wie multitouch und swipen werden in die Filmmontage eingebunden. Durch die Visualisierung der Apps, die eben nicht für alle Figuren sichtbar in der Filmwirklichkeit virtuell herumhängen, wird die Abhängigkeit der Wahrnehmenden von vorgegeben Apps im wortwörtlichen Sinn vor Augen geführt und „... das interaktive Leben mit den damit verbundenen Bildern reflektiert“³² Durch das „... Verwischen von Artifiziellem und Echtem in real erscheinenden Situationen ...“³³, durch die Differenzierung der Wahrnehmung wird das Mediale des Netzes *sichtbar* gemacht. Im Gegensatz zur *Kontrolle durch die Peergroup* liegt hier *Kontrolle durch die Technik* vor – und damit geht der Verlust der Freiheit und Selbstbestimmung des Einzelnen einher.



Abbildung 3: Vermischung von Realität und Virtualität stiftet Verwirrung

30 Vgl. PERPLIES, 2010, S. 4.

31 Siehe u. vgl. KATSONI, 2012, S. 42.

32 Ebd.

33 Siehe u. vgl. FASSBINDER, 2010, S. 181.



Abbildung 4: Protagonistin schließt die „Liebes-App“

Ethische Kategorien im Film: Privatheit, Autonomie und Würde

Durch die Narration und den filmischen Gestaltungsmodus zeichnen sich im Filmexempel ethische Fragen zur *Autonomie* und *Fremdbestimmtheit* im Netz ab. Kommunikation gilt zwar zunächst als willentliche Beteiligung der Kommunikationspartner, mediale Transformationen natürlicher Kommunikation ermöglichen hingegen passive Beobachtersituationen.³⁴ Selbst wenn – wie im Filmbeispiel – das mediale Beobachten mit Einverständnis aller Akteure erfolgt, stellen sich Fragen zur Veränderung der ethischen Parameter. Im Film und im Internet sind die Anderen, die Freunde als Peergroup die Beobachter, die sogar beim Geschlechtsakt der Anderen auf dem Smartphone zuschauen. Im Film und in Social Networks fungiert der Freundeskreis als *Korrektiv* und *Kontrolle*. *Erlebt* ist für die Anderen nur das, was *medial* gezeigt bzw. gestreamt wird, womit ein distanzschaffendes Medium zwischen die Menschen, das Liebespaar, geschaltet wird. Die Videokamera des Handys als Beobachter und Verteiler des Privaten an die Teilöffentlichkeit formatiert die individuelle Paarbeziehung und Partnerwahl zu einem medialen Ereignis, an dem Andere bewertend teilhaben. Die Akteure setzen sich so dem Urteil der Anderen aus, das in Form von Punktevergabe ausgedrückt wird („10 Points“³⁵). Indem der Gradmesser der Bewertung eigenen Erlebens nach außen gegeben wird, entsteht eine ethisch neue Komponente, denn das Individuum wird durch die Normativität der Community bis hin zum Identitätsverlust fremdbestimmt und seine Autonomie aufgehoben. Das Bedürfnis dazuzugehören, schränkt die *freibeiwillige Wahl* ein. Auf der einen Seite steht also das Voyeuristische, das den Anderen durch den Gruppenzwang nicht mehr in seiner Intimität belässt – und auf der anderen Seite das Exhibitionistische,

34 Vgl. HICKETHIER, 2003, S. 40-41.

35 KATSONI, 2011/2012, 5'49“.

der Drang nach Selbstdarstellung und Selbstoffenbarung vor den Anderen, die als Bewertungsinstanz das Ganze als Unterhaltungsangebot miterleben. Es stellt sich die Frage, ob und inwiefern die Beobachtung an sich, weil die Grenze der Würde und Autonomie überschreitend, bereits unethisch ist. Dies führt bis hin zu dem erkenntnistheoretischen (und physikalischen) Problem, inwiefern die Beobachtung das Beobachtete verändert. Die Bewertung des Beobachtens von intimen Situationen ist stark von gesellschaftlichen Konventionen und Lebensbedingungen geprägt. In vergangenen Gesellschaften gab es Konstellationen, bei denen Beziehung als öffentliche Angelegenheit gelebt wurde und Herrscher der Beobachtung des Geschlechtsaktes durch Dienerschaft ausgesetzt waren. Dieser Akt der Beobachtung war gesellschaftlich etabliert und keine Frage freiwilliger Wahl.³⁶

Die fiktive Filmhandlung von Katsonis Filmkomödie spiegelt Realitätspartikel der aktuell empirisch erfahrbaren Wirklichkeit im Umgang mit dem Web. Das im Netz postulierte hybride Miteinander, die Medialisierung von intimen Situationen – wie im Filmbeispiel – versetzt die Akteure und die Beobachter in spezifische Rollen, die auch das Handeln in der Realität anders werden lässt. Das soziale Miteinander dieser im Film gezeigten Peergroup hat das mediale Beobachten zum Standard erhoben und auch das Privatleben einem Ranking unterzogen. Hier dient das gemeinsame Erleben von privaten Situationen, auch die einer Liebesbeziehung, vor allem dem Zwecke der Unterhaltung. Damit scheint sich etwas bestätigt zu haben, was Neal Gabler bezogen auf die Rolle des Films bereits 2001 formuliert und von einer *Umwandlung des Lebens in ein Unterhaltungsmedium* gesprochen hat. Gabler diagnostizierte ein Voranschreiten der Hybridisierung von Medialität und Leben bis hin zur Ununterscheidbarkeit.³⁷ Damit sei ein Quantensprung erfolgt, da das Leben selbst zum Medium der Unterhaltung transformiert worden sei, und zwar komplett – bis in die privatesten Bereiche hinein. Im Gegensatz zu Neal Gablers Einschätzung zeigt Eleni Katsoni in ihrer Filmkomödie mit Hilfe filmischer Mittel, wie das Netz, das das Filmische integrativ verwendet, selbst wieder zur Eroberung der Wirklichkeit beiträgt und das Verschwimmen der Grenzen zwischen Medialität und Realität visuell entlarvt – und damit im Ergebnis Privates wieder in den Bereich des Individuums ansiedelt. Trotz seines appellativen Charakters hat der Film von Eleni Katsoni durch die Genrespezifika etwas Leichtes und Unbeschwertes. Der Blick ist dadurch nicht auf das Bedrohliche gerichtet, das mit dem Verlust von Privatheit verbunden ist, sondern auf das, was man gewinnt, wenn nicht das Netz der Vermittler von Nähe ist. In diesem Kurzfilm wird nicht die Existenzberechtigung des Netzes in Frage gestellt, auch der Akt des Beobachtens wird durch die Art der filmischen Inszenierung nicht per se negativ besetzt. Vielmehr werden spezifische soziale Umgangsformen bezogen auf Intimität des Individuums problematisiert, die sich durch die Präsenz des Netzes ausgeformt haben. Die im Film grundsätzlich affirmative Haltung gegenüber der Teilhabe der Gruppe könnte sogar bereits als ein Beleg veränderter

36 Vgl. dazu RÖSSLER, 2001; SENNETT, 1986/2004; KÜHN/RAUB/TITZE, 1998.

37 Vgl. GABLER, 2001, S. 15.

ethischer Perspektive dieser Generation gewertet werden.³⁸ Die Grundsatzfrage bleibt jedoch: Werden die *Würde* und *Autonomie* des Einzelnen verletzt, wenn diese höchst emotionale Situation des Liebesaktes – oder anderer privater Handlungen – in einer medialen Öffentlichkeit im Netz gezeigt wird? Durch die Live-Online-Schaltung ist auch die Möglichkeit der Reflektion ausgeschlossen – und somit die Möglichkeit der freiheitlichen Zurücknahme des Gezeigten keine Handlungsoption. Würde man (wie Niklas Luhmann) *Würde* als gelungene Selbstdarstellung definieren,³⁹ könnte man vermuten, dass sich auch die Vorstellungen davon, was eine gelungene „Selbstdarstellung“ ist, grundlegend wandeln könnten, denn „... moralische Normen sind ... [ja keine] ‚Vernunftnormen‘“⁴⁰

Der Film „Küss mich tiefer“ scheint sich letztlich durchaus noch mit den geltenden tradierten Normen von Würde und Freiheit der Gesellschaft bzw. des Einzelnen konform zu verhalten. So plädiert die Filmemacherin Eleni Katsoni auf der *Ebene des Storytelling* in ihrem Kurzfilm im Ergebnis für eine Privatsphäre ohne mediales Beisein der Anderen, wodurch – so die Aussage des Films – ein qualitativ anderes und intensiveres Erleben echter Gefühle der Zweisamkeit ermöglicht werde – es liebt sich offline intensiver – und authentischer. Im Ergebnis räumt die im Film praktizierte Selbstreflexion des Mediums Internet und die daraus resultierende Möglichkeit der Metadiskursivität letztlich den ethischen Kategorien *Autonomie* und *Würde* einen bedeutenden Raum ein.⁴¹

Der Filmsemiotiker Umberto Eco äußert sich zur Bedeutung von Wahrheit und Vertrauen bezogen auf fiktive und reale Welten: „Wir glauben, in der realen Welt müsse das Prinzip der Wahrheit (*Truth*) gelten, in den fiktiven Welten dagegen das des Vertrauens (*Trust*). Dennoch ist auch in der realen Welt das Prinzip des Vertrauens ebenso wichtig wie das der Wahrheit.“⁴²

Und der Netzethiker Rafael Capurro betont im Kontext der Online-Kommunikation die Relevanz des privaten Raums: „Das Recht auf Achtung der Privatheit ist ein Menschenrecht und ist unabdingbar für die freie und selbstbestimmte Entfaltung von Menschen in der Wissensgesellschaft.“⁴³

38 Vgl. dazu auch EINSPÄNNER-PFLOCK, 2017.

39 LUHMANN, 2011, S. 301.

40 TUGENDHAT, 1984, S. 71.

41 MEYER, 2002, S. 298.

42 ECO, 1994, S. 119.

43 CAPURRO, 2004, S. 4.

Literatur

- BUSCH, Bernd, 1995. *Belichtete Welt: Eine Wahrnehmungsgeschichte der Fotografie*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- CAPURRO, Rafael, 2004. Informationsethik – eine Standortbestimmung. In: *IJIE International Journal of Information Ethics* [online]. 1(06), S. 1-7. [Zugriff am: 04.11.2018]. Verfügbar unter: http://www.i-r-i-e.net/inhalt/001/ijie_001_02_capurro.pdf
- DEBATIN, Bernhard und Rüdiger FUNIOK, Hrsg., 2003. *Kommunikations- und Medienethik*. Konstanz: UVK.
- ECO, Umberto, 1994. *Im Wald der Fiktionen: Sechs Streifzüge durch die Literatur*. München/Wien: Hanser.
- EINSPÄNNER-PFLOCK, Jessica, 2017. *Privatheit im Netz: Konstruktions- und Gestaltungsstrategien von Online-Privatheit bei Jugendlichen*. Wiesbaden: Springer VS.
- FAHR, Andreas und Anja GRAF, 2013. Kapitalisierung von Paarbeziehungen. Öffentliches Beziehungsmanagement in sozialen Netzwerken. In: *Publizistik*. 58(3), S. 289-304.
- FASSBINDER, Rainer Werner, 2010. Welt am Draht: Einige Allgemeine Überlegungen. In: Fritz MÜLLER-SCHERZ und Rainer Werner FASSBINDER. *Welt am Draht*. Berlin: Matthes & Seitz, S. 179-184.
- GABLER, Neal, 2001. *Das Leben, ein Film: Die Eroberung der Wirklichkeiten durch das Entertainment*. München: Goldmann.
- GLASERSFELD, Ernst von, 2005. Konstruktion der Wirklichkeit und des Begriffs der Objektivität. In: Heinz von FOERSTER et al. *Einführung in den Konstruktivismus*. München/Zürich: Piper, S. 9-39.
- HAGENDORFF, Thilo, 2017. Werte und digitale Kommunikation. In: *tv diskurs: Verantwortung in audiovisuellen Medien*. 21(2), S. 26-29.
- HEPP, Andreas, Matthias BERG und Cindy ROITSCH, 2014. *Mediatisierte Welten der Vergemeinschaftung: Kommunikative Vernetzung und das Gemeinschaftsleben junger Menschen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- HICKETHIER, Knut, 2003. *Einführung in die Medienwissenschaft*. Stuttgart: Metzler.
- INTERNATIONALES ZENTRALINSTITUT FÜR DAS JUGEND- UND BILDUNGSFERNSEHEN (IZI), 2018. *Grunddaten Jugend und Medien 2018: Aktuelle Ergebnisse zur Mediennutzung von Jugendlichen* [online]. München: Internationales Zentralinstitut für das Jugend- und Bildungsfernsehen (IZI) [Zugriff am: 04.11.2018]. Verfügbar unter: http://www.br-online.de/jugend/izi/deutsch/Grunddaten_Jugend_Medien.pdf
- KATSONI, Eleni, 2011/2012. *Küss mich tiefer* [online]. Kurzfilm. Drehbuch: Eva STRESSER und Eleni KATSONI. Produktion: Franziska KOCH (HFF)

- Hochschule für Film und Fernsehen). Kamera: Marc LONTZEK. Regie: Eleni KATSONI. Internationale Filmschule Köln, ifs, Abschlussarbeit 2012 [Zugriff am: 04.11.2018]. Verfügbar unter: <http://elenikatsoni.de/>
- KATSONI, Eleni, 2012. Küss mich tiefer, In: ifs INTERNATIONALE FILMSCHULE. *Studiengang Film Absolventen 2012. Drehbuch/Filmregie/Kreativ Produzieren*, S. 41-44.
- KLAUS, Georg und Manfred BUHR, Hrsg., 1975. *Philosophisches Wörterbuch*. Band 1 + 2. Leipzig: VEB Bibliographisches Institut, Leipzig.
- KÖNIGSTEIN, Horst, 2001. *Jud Süß – Ein Film als Verbrechen?* Deutschland, TV-Spielfilm. NDR Hamburg. Erstausstrahlung ARD 04.10.2001; 3sat 14.09.2005. Kommentar zum Film [online] [Zugriff am: 08.11.2018]. Verfügbar unter: <http://www.3sat.de/page/?source=/ard/sendung/83179/index.html>
- KREIMEIER, Klaus, 2002, Banalitäten in ungewohnter Intensität? *Wild at Heart: Zum Problem der Grenzüberschreitung in der medial codierten Wirklichkeit des Films*. In: Jürgen FELIX, Hrsg. *Die Postmoderne im Kino: Ein Reader*. Marburg: Schüren S. 180-184.
- KÜHN, Rolf, Michael RAUB und Michael TITZE, Hrsg., 1997. *Scham – ein menschliches Gefühl: Kulturelle, psychologische und philosophische Perspektiven*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- LUHMANN, Niklas, 2011. Würde und Freiheit. In: Franz Josef WETZ, Hrsg. *Texte zur Menschenwürde*. Stuttgart: Reclam, S. 298-303.
- MAREK, Michael, 1999/2004/2018. Der Veit-Harlan Prozess 1949: NS-Regisseur Veit Harlan – vor 50 Jahren in Hamburg vor Gericht und freigesprochen [online]. *Hamburger Abendblatt*, 26.04.1999 [Zugriff am: 08.11.2018]. Verfügbar unter: <https://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/der-veit-harlan-prozess-1949/>
- MEDIA PERSPEKTIVEN, 2017. *Aktuelle Basisdaten 2017* [online]. Frankfurt a.M.: Media Perspektiven [Zugriff am: 04.11.2018]. Verfügbar unter: http://www.ard-werbung.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/Basisdaten/Media_Perspektiven_Basisdaten_2017_online_Neu.pdf
- MEYER, Petra Maria, 2001. „Bei jedem Lidschlag senkt und hebt sich ein Vorhang“. Mediale Strategien der Wahrnehmungsveränderung in der Videokunst. In: Erika FISCHER-LICHTE et al., Hrsg. *Wahrnehmung und Medialität, Theatralität*. Tübingen/Basel: Francke, S. 127-142.
- MEYER, Petra Maria, 2002. Matrix: Körper- und Medieninszenierung im postmodernen Film. In: Jürgen FELIX, Hrsg. *Die Postmoderne im Kino: Ein Reader*. Marburg: Schüren, S. 297-320.

- ORTH, Dominik, 2010. Der Blick auf die Realität: Fokalisierung und narrative Wirklichkeit in *Wicker Park*, *À La Folie ... Pas Du Tout* und *Rashômon*. In: *Rabbitey: Zeitschrift für Filmforschung*. 001, S. 60-75.
- PERPLIES, Bernd, 2010. Welt am Draht. In: *Welt am Draht: Ein Film von Rainer Werner Fassbinder*. Begleitheft zur DVD. Berlin: Arthaus Premium Kinowelt GmbH.
- PIETRASS, Manuela und Burkhard SCHÄFFER, 2011. Mediengenerationen – vom Kohortenvergleich zu generationenspezifischen Habitus. In: Thomas ECKERT et al., Hrsg. *Bildung der Generationen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 323-332.
- PSCHEIDA, Daniela und Sascha TRÜLTZSCH, 2011. Aufmerksamkeit, Authentizität, Kommunikativität: Eine Studie zur Analyse veröffentlichter Privatheit im Bild. In: Klaus NEUMANN-BRAUN und Ulla Patricia AUTENRIETH, Hrsg. *Freundschaft und Gemeinschaft im Social Web: Bildbezogenes Handeln und Peergroup-Kommunikation auf Facebook & Co.* Baden-Baden: Nomos, S. 163-176.
- PURGAL, Paulina, 2015. *Wertewandel der Y-Generation: Konsequenzen für die Mitarbeiterführung*. Hamburg: Diplomica Verlag.
- RABENALT, Arthur Maria, 1958. *Film im Zwielicht: Über den unpolitischen Film des Dritten Reiches und die Begrenzung des totalitären Anspruchs*. München: COpres Verlag.
- RÖHLER, Oskar, 2010. *Jud Süß – Film ohne Gewissen*. Erstvorführung Berlinale 19.02.2010. Kommentar zum Film [online] [Zugriff am: 08.11.2018]. Verfügbar unter: <https://www.stern.de/kultur/film/berlinale/jud-suess--ein-film-schockt-die-berlinale-3895750.html>
- RÖSSLER, Beate, 2001. *Der Wert des Privaten*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- SCHÄFFER, Burkhard, 2012. *Erziehungswissenschaftliche Medienforschung – Medienpraxiskulturen im Generationenvergleich*. In: Friedhelm ACKERMANN et al., Hrsg. *Qualitatives Forschen in der Erziehungswissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 135-156.
- SCHEFFLER, Ingrid, 2015. *Begegnungen – das WWW im Film: „Digital Natives“ und die Situation des Anderen – medienethische Perspektiven*. Vortrag auf dem Symposium Situationen. Situative Theorie und künstlerische Praxis, Muthesius Kunsthochschule Kiel, 05.07.2015. [unveröffentlicht]
- SCHEFFLER, Ingrid, 2019. Situationen: „Die Anderen“ in der digitalen Kommunikation. Eine kommunikationswissenschaftliche Perspektive – unter Bezugnahme von J. P. Sartres „Der Blick des Anderen“. In: Petra Maria MEYER, Hrsg. *Situationen*. [erscheint 2019]
- SENNETT, Richard, 1986/2004. *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens: Die Tyrannei der Intimität*. Frankfurt a.M.: Fischer.

- SZYDLIK, Marc und Harald KÜNEMUND, 2009. Generationen aus Sicht der Soziologie. In: DIES., Hrsg. *Generationen: Multidisziplinäre Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 7-22.
- TRÖHLER, Margrit, 2004. Filmische Authentizität: Mögliche Wirklichkeiten zwischen Fiktion und Dokumentation. In: *montage/ av.* 13(2), S. 149-169.
- TUGENDHAT, Ernst, 1984. *Probleme der Ethik*. Stuttgart: Reclam.
- WHITE, Dominic H., 2013. *DSKNECTD – Vernetzt und doch einsam?* Dokumentarfilm. Erstausstrahlung ZDF 23.10.2014.

Der Sternenhimmel der Literatur und die Endlichkeit unseres Lebens: Nachdenken über Pieter Steinz: „Der Sinn des Lesens“ (2015/16)

Jan-Pieter Barbian

In unserem Leben gibt es nur wenige Gewissheiten, vielleicht sogar nur eine: dass wir irgendwann sterben müssen. Der Tod erwartet uns in unterschiedlichen Formen und in verschiedenen Lebensaltern. Die Herausforderung, die wir uns täglich bewusst machen müssen, besteht darin, die Zeitspanne bis zu unserem Tod mit so viel Sinn und Wert auszufüllen wie möglich. Kaum jemandem wird das immer gelingen, weil wir nur selten frei über unsere Zeit verfügen können und meistens in Abhängigkeiten von Ausbildung, Beruf, Partnerschaft oder Familie stehen. Aber was geschieht, wenn der Körper uns die Grenzen unseres Lebens aufzuzeigen beginnt? So geschehen bei Pieter Steinz, bei dem im August 2013 die unheilbare Krankheit Amyotrophe Lateralsklerose (ALS) diagnostiziert wurde. Sie ist selten, aber in jedem Fall tödlich. Denn sie führt mehr oder minder schnell dazu, dass alle Nervenzellen absterben, die die Muskeln versorgen, sodass der gesamte Organismus nach und nach durch Lähmung ausgeschaltet wird. Stephen Hawking (1942-2018) ist das bekannteste Beispiel für die vernichtenden Folgen dieser Nervenkrankheit, allerdings untypisch insofern, weil er nach der Diagnose 1963 noch 55 Jahre weiterlebte – körperlich in engen Grenzen, geistig jedoch äußerst vital und mit einem genialen Blick in das Universum.

Auch Pieter Steinz hat die zunehmende Lähmung seines Körpers dazu genutzt, in den Sternenhimmel zu blicken – allerdings in den der Literatur. Der war ihm seit Jahrzehnten bestens vertraut und gab ihm eine sichere Orientierung in seinen letzten Lebensjahren. Am 6. Oktober 1963 in Rotterdam geboren, hatte Steinz nach seinem

Abitur in 's-Hertogenbosch Geschichte und Anglistik in Amsterdam studiert. Von 1986 bis 1990 lehrte er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Amsterdam Alte Geschichte. Seit November 1989 war Steinz beim traditionsreichen und angesehenen „NRC Handelsblad“ engagiert: zuständig für Film und Literatur, von 2006 bis 2012 verantwortlich für die Buch-Beilage, spezialisiert auf niederländische und US-amerikanische Literatur. Im Februar 2012 wechselte er als Direktor zum Nederlands Letterenfonds, der die Verbreitung der niederländischen Literatur im In- und Ausland ebenso wie die Übersetzung fremdsprachiger Literatur ins Niederländische fördert. Dass die Niederlande zusammen mit Flandern im Herbst 2016 zum zweiten Mal Gastland der Frankfurter Buchmesse wurden, war entscheidend ihm zu verdanken. Pieter Steinz hat diesen Erfolg nicht mehr erlebt: er starb drei Jahre nach der Diagnose seiner ALS-Erkrankung am 29. August 2016 in Haarlem.

*

Pieter Steinz war nicht nur ein hervorragender Lobbyist für die niederländische Literatur und ein aufmerksamer Beobachter ihrer wichtigsten Autoren und Bücher, die er in zahlreichen Rezensionen und Essays würdigte. Darüber hinaus war er selbst seit 1991 einer der beliebtesten Kulturjournalisten und einer der erfolgreichsten Sachbuchautoren der Niederlande. „Lezen &cetera. Gids voor der wereldliteratuur“ wurde 2006 zu einem Bestseller, dem weitere Bücher über die Weltliteratur und das Lesen, aber auch über die Bedeutung der Pop-Musik für unser Leben folgten. Als sich auch in den Niederlanden die Europa-Skepsis auszubreiten begann, veröffentlichte Steinz 2014 „Made in Europe. De kunst die ons continent bindt“. Darin beschrieb er in 104 langen und 104 kurzen Essays die einzigartigen kulturellen Errungenschaften, die der Kontinent Europa als Einheit in der Summe aufzuweisen hat. Das reich illustrierte Buch wurde ein Bestseller und mit der „Gouden Tulp“ (Goldene Tulpe) für das informativste Sachbuch ausgezeichnet, der Autor von der Europese Beweging Nederland zum „EuroNiederlander 2014“ ausgerufen. 2015 schrieb Steinz mit „Waanzin in der wereldliteratuur“ („Wahnsinn in der Weltliteratur“) den Essay für die niederländische Buchwoche, der seit 1987 neben dem seit 1930 verteilten Boekenweekgeschenk in hoher Auflage veröffentlicht wird. Im gleichen Jahr erschien als eine Art Summe seiner jahrzehntelangen Beschäftigung mit den Autoren, Meisterwerken und Themen der Weltliteratur das mit seiner Tochter Jet komponierte Buch „Steyn. Gids voor der wereldliteratuur in 416 schrijvers, 104 meesterwerken, 26 one-book-wonders, 52 boekwebben, 26 thema's, 26 quizen en 52 landkaarten“.

Im März 2014 begann Steinz, für die niederländischen Tageszeitungen „NRC Handelsblad“ und „nrc.next“ kurze Essays zu schreiben, in denen er den Verlauf seiner Krankheit mit Erfahrungen aus seinen Lieblingsbüchern in Verbindung brachte. Unter der Überschrift „Lezen met ALS“ („Lesen mit ALS“) entstanden bis zum August 2015 insgesamt 52 Zeitungskolumnen. Sie wurden anschließend mit dem Untertitel „Literatuur als levensbehoefte“ („Literatur als Lebensbedürfnis“) in Buchform in einem Amsterdamer Verlag veröffentlicht. 2016 erschien im Stuttgarter

Reclam Verlag die deutsche Übersetzung von Gerd Busse unter dem schwergewichtigeren Titel „Der Sinn des Lesens“. In der Einleitung erklärt Pieter Steinz, dass seine „kleinen Essays in erster Linie ein guter Grund [waren], um noch einmal eine Reihe meiner Lieblingsbücher lesen zu können.“ (S. 8) Mit einer ergreifenden Klarheit fährt er fort: „Außerdem bot das Schreiben eine wunderbare Möglichkeit, meinen körperlichen Verfall und den dazugehörigen Marsch durch die medizinischen Institutionen mit einer gewissen Distanz zu betrachten. Das Buch, das so entstanden ist, gibt vielleicht keine definitive Antwort auf die Frage, ob Literatur in schwierigen Situationen Trost bieten kann, für mich hat sich auf jeden Fall erwiesen, dass zumindest das Schreiben über Literatur sehr tröstlich ist.“ (ebd.)

*

Es ist ein in vieler Hinsicht beachtliches Panorama an Autoren und Texten der Weltliteratur, das Pieter Steinz in seinen 52 kurzen Essays voll geistiger Brillanz vor uns ausbreitet; und das uns gleichzeitig teilhaben lässt am Drama des sukzessiven Verfalls seines Körpers. Gleich zu Beginn beschäftigt er sich nach der erneuten Lektüre von Platons „Phaidon“ (um 380 v. Chr.), der den von Oligarchen angeordneten Selbstmord des Athener Philosophen Sokrates im Jahre 399 vor Christus reflektiert, mit dem bevorstehenden eigenen Tod. Sokrates hatte „Würde unter Druck“ bewiesen (S. 11), indem er bereitwillig und ohne Furcht den Giftbecher leertrank (was Steinz als „Turboversion des durchschnittlichen Verlaufs von ALS“ ironisiert, ebd.). Er konnte dies, weil er den Tod im Rückblick auf ein politisch aufrechtes, erfülltes Leben mit Freunden und mit einer glücklichen Familie akzeptierte. „Das Bildnis des Dorian Gray“, Oscar Wildes einzigem Roman aus dem Jahr 1891, problematisiert unseren Umgang mit dem Altern und der Entfernung unseres Körpers vom Idealzustand der Jugend. Er lehrt nicht nur die Tatsache, dass alles im Leben vergänglich ist, sondern auch, dass alles, was wir erleben, letztlich einzigartig bleibt.

In „Der Graf von Monte Christo“ (1844-1846) von Alexandre Dumas dem Älteren erinnert sich Steinz an den Notar Noirtier de Villefort. Er ist nach einem Schlaganfall an den Rollstuhl gefesselt und kann sich nur noch über die Augen verständlich machen. In dieser tragischen Figur erkennt Steinz ein Vorbild: „ein unglaublich würdiger alter Mann, den das denkbar schlimmste Los ereilt hatte, der sich jedoch um seine Einschränkungen nicht scherte und weiterhin eine bedeutende Rolle im Leben von Freund und Feind spielte.“ (S. 18) Einen weiteren „Wahlverwandten“ erblickt Steinz in Franz Kafkas Erzählung „Ein Hungerkünstler“ (1922). Auch er hungert sich wortwörtlich zu Tode, weil er kein Essen mehr aufnehmen kann. Im „Tod des Maarten Koning“, dem siebten Band des Romanzyklus „Das Büro“ von J. J. Voskuil, erkennt Steinz sein eigenes Schicksal. Auch er wird „ausrangiert“: zwar nicht durch den Eintritt ins Rentenalter, wie die literarische Figur, aber nicht weniger abrupt durch seine Krankheit. Das bedeutet: „Nie mehr das Adrenalin der täglichen Deadlines, Herausforderungen, Diskussionen und Frustrationen. Nie mehr der Umgang mit Kollegen, die man besser kennt

als seine besten Freunde. Kein Gealbere am Kaffeeautomaten, kein typischer Bürohumor und wohl auch keine der fast täglichen Lachsalven mehr. Immer Urlaub, und deshalb die freien Tage auch nicht mehr wirklich genießen können. Nie wieder das Gefühl, dass man einen wesentlichen Beitrag zur Gesellschaft leistet, so klein dieser auch sein möge. Man arbeitet, um zu leben, heißt es immer, doch für Menschen mit einer interessanten Arbeit ist das Umgekehrte ebenso wahr.“ (S. 24) Stattdessen die brennende Frage: „Was will ich in der Zeit, die mir bleibt, noch machen“ (ebd.)?

Aus den 1965 veröffentlichten „Gesammelten Gedichten“ des niederländischen Lyrikers Jacobus Cornelis Bloem (1887-1966), „in denen es immer leicht zu regnen scheint“ (S. 28), zieht Steinz die tröstende Erkenntnis: „Auch unsere Leben sind niemals ganz umsonst gewesen, auch wenn wir uns darüber nicht ständig Rechenschaft ablegen.“ (S. 29) Es sind andere Menschen, Eltern, Ehepartner, Kinder, Weggefährten, Freunde oder Kollegen, für die unser Leben einen Wert hat, weil wir Erfahrungen und Gefühle miteinander teilen. Von Oblomow in dem gleichnamigen Roman Iwan Gontscharows aus dem Jahr 1859 und von Japi, dem „Schnorrer“ in der gleichnamigen Novelle des niederländischen Schriftstellers Nescio aus dem Jahr 1911, lernt Steinz, die Entschleunigung und Sorglosigkeit seines Lebens zu genießen, auch die Muße, das eigene Leben überdenken zu können. Paul Biegels Kinderbuch „Das Schlüsselkraut“ (1964) liest Steinz als „eine hübsche Illustration der Segnungen der Bibliothherapie“ (S. 35). Die Geschichte lebt davon, dass ein Schlüsselkraut gefunden werden muss, um den tausendjährigen König Mansolin von seiner Krankheit zum Tode heilen zu können. Natürlich wird es in dem Buch entdeckt und gibt damit jedem Patienten die Hoffnung, dass auch ein lebenserhaltendes Heilmittel für ihn gefunden werden könnte.

Mit dem sehnlichen Wunsch vieler Todkranker, noch einmal eine „luxuriöse Fernreise“ zu unternehmen oder an einen Urlaubsort zurückkehren, an dem man sich einst glücklich fühlte, setzt sich Steinz anhand von J.M.A. Biesheuvels Novelle „Reis door mijn kamer“ (1983, „Reise durch mein Zimmer“) auseinander. Darin beschreibt der niederländische Autor ausführlich sein eigenes Arbeitszimmer und seinen Schreibtisch, an dem er beim Lesen und Schreiben von Büchern „die schönsten Abenteuer erlebt hat“, und kommt zu dem Schluss, dass er diesen Ort jeder Reise in die weite Welt vorzieht. Das tragische Dilemma der kleinen Meerjungfrau in Hans Christian Andersens gleichnamigem Märchen von 1837, sich entscheiden zu müssen, ob sie laufen und tanzen oder reden und singen will, berührt Steinz zutiefst. Denn der eigene körperliche Verfall ließ ihm im Mai 2014 zwar noch die eingeschränkte Möglichkeit, „mobil zu bleiben“, aber seine Stimme und Artikulationsfähigkeit gingen zunehmend verloren.

Dass die Ärzte der ALS völlig machtlos gegenüberstehen, lässt Steinz zu den Romanen von Charles Dickens greifen. Darin beschreibt der britische Epiker immer wieder Ärzte und Krankenhäuser so, wie es auch der kranke Leser am eigenen Leibe erlebt: „humorvoll und böse, doch zugleich voller Verständnis für das menschliche Unvermögen“ (S. 46). Was bleibt? Das eigene Schicksal zu akzeptieren. Denn „Wunschlisten“ zu erstellen, was man alles noch in der verbleibenden Zeit erleben und erledigen möchte, gehe letztlich immer an den Realitäten vorbei. Diese Erfah-

rung vermittelt Steinz noch einmal die Lektüre von Nick Hornbys Roman „High Fidelity“ (1995). Sinn macht es sicherlich, wenige wichtige Projekte noch abzuschließen: „Doch ansonsten würde ich weitersehen, wenn es so weit war, und in den Tag hinein leben, ohne mich durch das Bewusstsein der Endlichkeit deprimieren zu lassen. ‚The future is uncertain and the end is always near‘, sangen die Doors [...], doch gilt das nicht für uns alle?“ (S. 52).

An F. Scott Fitzgeralds langer Kurzgeschichte „Der seltsame Fall des Benjamin Button“ (1922) erkennt Steinz seine eigene Situation wieder, wenn auch in einer umgekehrten Altersfolge: „Am Ende der Geschichte beschließt Benjamin sein Leben als neugeborenes Baby: sprachlos, hilfsbedürftig und ohne ein Bewusstsein seiner Vergangenheit.“ (S. 55) Das trifft allerdings auch auf viele alte Menschen zu, die an körperlichem Verfall, Demenz oder Alzheimer leiden. Im Gegensatz dazu weiß der damals 50-jährige ALS-Patient um seine Erinnerungen und tröstet sich mit der Frische seines Geistes. Herodots „Historien“ aus der Zeit um 430 v. Chr. lassen Steinz darüber nachdenken, was ein „glückliches Ende“ für einen Menschen bedeuten könnte? Und er gibt für sich selbst die bewegende Antwort: „Ich werde mit meinen Allerliebsten um mich herum sterben, in dem Bewusstsein, dass meine Kinder gesund und glücklich sind und mein Leben nicht zu kurz war, um zu erreichen, was ich erreichen wollte.“ (S. 59)

Vorher jedoch bleibt Steinz in seinem Leiden gefangen. Er fühlt sich wie „Alice im Wunderland“ (1865) und „Alice hinter den Spiegeln“ (1871) von Lewis Carroll, ohne aus dem bösen Traum erwachen zu können. „Nichts ist selbstverständlicher als zu atmen und zu schlafen, würde man meinen, doch in dem Wunderland, das ALS heißt, gelingt beides nicht mehr ohne Hilfsmittel.“ (S. 64) Seine Schmerzen lassen Steinz an George Orwells 1949 formulierte negative Utopie „1984“ denken. Darin wird der Hauptfigur Winston Smith in den Kellergewölben des staatlichen „Ministeriums der Liebe“ mit einer „ingeniös erdachten Schmerzmaschine [...] die herrschende Ideologie eingepflegt“ (S. 66) Und: „Nichts auf der Welt war so schlimm wie körperlicher Schmerz. Angesichts des Schmerzes gibt es keine Helden“. Bei einem erzwungenen Aufenthalt auf der Intensivstation eines Amsterdamer Krankenhauses findet Steinz die Zeit, um den „Mount Everest der Weltliteratur“ (S. 70) zu besteigen: den Roman „Der Zauberberg“ von Thomas Mann aus dem Jahr 1924. Ähnlich wie Hans Castorp in Davos macht Pieter Steinz die Erfahrung, dass „das Gefühl für die Stunden des Tages und die Tage der Woche verschwindet“, dass einem die Zeit „nicht mehr selbst gehört“ und dass „nichts von dem, was man sich vorgenommen hat, [...] in die Tat umgesetzt“ wird (S. 71). Nicht der einzige Verlust: auch der Geruchssinn schaltet sich aus. Was Steinz an den Roman „Das Parfum“ von Patrick Süskind (1985) denken lässt, der eine mörderische Obsession des Wohlgeruchs beschreibt. Passionen können auch in die Irre führen.

Ein Urlaub in der Normandie bietet die Gelegenheit, noch einmal Jakob Hafners „Reise in einem Palankin“ (1808) zu lesen. Der unterhaltsame Reisebericht, der sich kritisch mit den britischen Kolonialherren in Indien auseinandersetzt, vermittelt Steinz die Erkenntnis, dass ein Urlaub nicht zwingend aus anstrengenden touristischen Pflichtbesuchen bestehen muss. Vielmehr reicht es schon, wenn man den Tag ganz befreit genießen kann: ausschläft, Zeit zum Lesen und zum Beobach-

ten von Menschen in Straßencafés hat oder für andere Dinge, die einem einfach Spaß machen. Doch nicht allein seine Einstellung zum Urlaub hat sich grundlegend verändert, sondern auch die Lebenspraxis im Alltag: kein Marathon-Lauf, keine Vorträge, keine Besuche in Feinschmecker-Restaurants mehr. Im August 2014 fühlte sich Steinz wie die Hauptfigur in James Thurbers Roman „Walter Mittys heimliches Leben“ aus dem Jahr 1939. Wie bei ihm bestehen die „Tagträume“ in Wirklichkeit nur noch „aus ganz normalen Dingen statt aus spektakulären Abenteuern“ (S. 85). Dazu gehört auch die banale Einsicht, dass alles Leben aus Luft/Sauerstoff besteht – was der Naturphilosoph Anaximenes bereits um 550 v. Chr. in seiner Poesie festhielt und Steinz aufgrund der zunehmenden Probleme mit seiner Atmung bestätigt sah.

Mit John Greens Roman „Das Schicksal ist ein mieser Verräter“ (2012) und Karel van het Reves Essay „Mein eigener Tod“ (1990) denkt Steinz über die existentiellen Fragen nach, die wir uns alle stellen: „Was bleibt von mir übrig, wenn ich tot bin – und vor allem: Wie lange werden die Menschen im Gedächtnis behalten, was ich gemacht habe, als ich noch lebte?“ (S. 90) Die tröstende Antwort lautet: „[...] so wird man erst dann wirklich vergessen sein, wenn alle Menschen, die dich gekannt haben – auch wenn es nur vom Hörensagen ist – tot sind. Was glücklicherweise sehr lange dauert.“ (S. 91) In Luigi Pirandellos Erzählung „Einer, keiner, hunderttausend“ (1926) kommen der Hauptfigur Vitangelo Moscardas erhebliche Selbstzweifel an der eigenen Identität: „Wenn ich für die anderen nicht derjenige war, der ich bisher für mich zu sein geglaubt hatte, wer war ich dann?“ (S. 101) Bei allem Humor in der Ausgestaltung seiner Geschichte geht der italienische Literaturnobelpreisträger der ernsten Tatsache nach, wie abhängig wir von den Meinungen anderer über unsere Person und unser Leben sind. Der Rat lautet: „Seien Sie stark, seien sie beständig, sonst stürzen Sie ins Nichts, erleben die unangenehmsten Überraschungen.“ (S. 102) Mit dem „Gesetz der Unbrauchbarkeit der Wirklichkeit“ beschäftigte sich auch eine öffentliche Vorlesung, die Gerard Reve 1985 in der Leidener Pieterskerk hielt. Für den niederländischen Schriftsteller war die Wirklichkeit „entweder mörderisch langweilig oder aber völlig unglaubwürdig“ (S. 103), sodass man in der Literatur am besten nur frei erfundene Geschichten erzählen sollte. Wobei man bei einzelnen Geschichten aus dem eigenen Leben nicht weiß, ob sie sich tatsächlich so zugetragen haben oder ob wir sie in unseren Erzählungen nicht erst erfinden.

Zu seinem 51. Geburtstag am 6. Oktober 2014 las Pieter Steinz noch einmal in Toon Tellegens Kinderbuch „De verjaardig van alle anderen“ (1998). Darin verkauft eine Spitzmaus in ihrem Laden im Wald Geburtstage. Die Kundschaft kann aussuchen: „Ich habe ruhige ungestörte Geburtstage, Geburtstage auf dem Meer, Geburtstage mit unerwarteten Gästen, chaotische Geburtstage, sehr einsame Geburtstage und wilde Geburtstage.“ (S. 107) Zum Älterwerden gehören die jährlichen Geburtstage – und wir alle haben Erinnerungen an sie. Für Steinz stellte sich damals allerdings bereits die Frage, wie viele Geburtstage er überhaupt noch zu erwarten hatte – und diese Frage stellt sich irgendwann auch uns allen. Bei Steinz kam erschwerend hinzu, dass der rasche körperliche Verfall auch zu Veränderungen in seiner psychischen Verfassung und in seiner Persönlichkeit führte. Als Albtraum wird dies von Robert Louis Stevenson in „Der seltsame Fall des Dr. Jekyll und Mr. Hyde“

(1886) beschrieben. Nicht ganz so extrem erlebt Steinz seine Persönlichkeitsveränderung, aber tragisch ist sie natürlich nicht minder. Den Tod vor Augen, erinnert er sich zu Allerseelen 2014 an die Schullektüre des Theaterstücks „Elckerlijck“ („Jedermann“) von 1496. Als Verbündete auf der letzten Etappe seines Lebenswegs notiert er: „die Liebe (gegen Verzweiflung und Einsamkeit), der Humor (die Fähigkeit, über das eigene Elend zu lachen), die Zufriedenheit (mit dem Leben, das man geführt hat) und die Schreiblust (Deadlines, um die final deadline auf Distanz zu halten).“ (S. 116)

Wir alle werden uns am Ende unseres Lebens die Frage stellen, ob wir es „auf die richtige Weise gelebt haben“? Die Frage wirft auch Hermann Hesse in „Narziss und Goldmund“ (1930) auf und Steinz folgt dieser Erzählung bei der Suche nach einer Antwort für sich selbst. Dabei muss er im Dezember 2014 feststellen, dass er selbst jetzt wie in einem Kloster lebt. Aufgrund seines Zustands ist er zum Fasten, zu „Mäßigung, Gehorsam, Demut und Schweigen“ gezwungen (S. 128). Seine Beschäftigungen sind begrenzt auf „denken, lesen und schreiben“ – alles lautlos (S. 129). Im Januar 2015 macht sich Steinz mit Jacques Brel's „Oeuvre intégrale“ (1982) Gedanken zu seiner Trauerfeier. Der früh verstorbene flämisch-französische Sänger mit seinen ebenso poetischen wie melancholischen Liedern, die häufig den Tod berühren, sollte dabei nicht fehlen. Ähnlich moribund geht es auch in vielen Geschichten von Edgar Allan Poe zu. „Das vorzeitige Begräbnis“ von 1844 löst bei Steinz ein Nachdenken über seinen eigenen Tod aus: „Schlussendlich hat man nur ein Leben, und es bleibt eine schreckliche Vorstellung, sich von allen (und allem) verabschieden zu müssen, die (beziehungsweise das) einem lieb und teuer ist. Doch wenn es einmal so weit ist, hoffe ich auf dieselbe Ergebenheit, die man bei Leuten sieht, die älter geworden sind, als sie es jemals zu hoffen gewagt hatten: Es war schön, ich bin müde, lasst mich jetzt in Ruhe einschlafen.“ (S. 140)

Die zunehmenden Schwierigkeiten mit der Ausdrucksfähigkeit haben Pieter Steinz an Arthur C. Clarkes Science-Fiction-Roman „2001. Odyssee im Weltraum“ (1968) denken lassen, dessen Drehbuchvorlage von Stanley Kubrick so genial verfilmt wurde. Darin verweigert der Bordcomputer HAL den Astronauten in der großen Raumstation seine Gefolgschaft und löst eine Katastrophe aus – alles mit einer unaufgeregten, angenehm hypnotisierenden Stimme. Daran erinnert entfernt auch die Stimme von Zoe mit ihrem charmant flämischen Akzent, die Steinz seit dem Februar 2015 für sein Sprach-Programm „Discovery“ auf dem iPad einsetzen musste, um sich noch verständlich machen zu können. Um sein immer schneller erschöpftes Gehirn wach zu halten, nahm Steinz Ritalin ein. In diesem Zusammenhang kommt ihm der Roman „Ein starker Abgang – Bright Lights, Big City“ von Jay McInerney aus dem Jahr 1984 in den Sinn, in dem bolivianische Soldaten mit einem „Marschierpulver“ (als Umschreibung für Kokain) versorgt werden, um weiterkämpfen zu können. Was tut man nicht alles, wenn man in Not ist.

Viel besser als irgendwelche Drogen wirkte auf Steinz aber immer noch das Lesen, obwohl auch dies mit dem Fortschreiten seiner Krankheit „zum Spitzensport“ wurde. Für die Lektüre von Marcel Prousts Meisterwerk „Auf der Suche nach der verlorenen Zeit“ (1913-1927) mit seinen sieben Teilbänden fehlte ihm dann aber doch der notwendige lange Atem. Immerhin schaffte er noch den zweiten Band „Im

Schatten junger Mädchenblüte“ (1919), in dem die Erkenntnis zu finden ist, dass „die Vorstellung, die man sich von Kunst und Künstlern macht, oft sehr viel überwältigender ist als die Wirklichkeit.“ (S. 151) In Ovids „Metamorphosen“ aus der Zeit um 10 n. Chr. sah Steinz in zwei Protagonistinnen aus der griechischen Mythologie auffällige Parallelen zu seiner eigenen Verwandlung: Daphne, eine Bergnymphe und Priesterin der Mutter Erde, die sich dem Liebeswerben von Apoll durch die Verwandlung in einen Lorbeerbaum entzieht; und Niobe, die ihre 14 Kinder verliert und nach dem Selbstmord ihres Mannes, König Amphion, in ihrer Trauer versteinert. Beides Schicksale, die Steinz mit seinen allmählich versteifenden Gliedmaßen, seinem verringerten Atem und seinem knorrigen Äußeren zu teilen schien, wobei er sich in seinem Rollstuhl wie „ein Zentaur mit einer Risthöhe von einem Meter zehn“ fühlte (S. 154).

In Senecas „Briefen an Lucilius“ aus dem Jahr 63 n. Chr. liest Pieter Steinz den Satz: „Wie bei einem Theaterstück, so ist es im Leben: nicht wie lang, sondern wie gut es ausgefallen ist, ist wichtig. Es macht überhaupt nichts aus, an welcher Stelle Du aufhörst. Wo auch immer Du willst, höre auf: setze bloß eine gute Wendung an den Schluss.“ (S. 157) Überlegenswert auch Senecas Vergleich des menschlichen Lebens mit einer „Öllampe“: „Auch wir erlöschen und werden angezündet: in der Zwischenzeit erleiden wir etwas, vorher und hinterher jedoch herrscht tiefe Geborgenheit.“ (S. 158) Solch stoische Gelassenheit wünschte sich Steinz angesichts des fortschreitenden Verfalls seines Körpers im April 2015. Einen Monat später beschäftigte er sich mit den wunderbaren Gedichten von Wislawa Szymborska aus den Jahren 1957 bis 1997. Die polnische Literaturnobelpreisträgerin beschäftigte sich immer wieder mit den Themen Sterblichkeit und Unsterblichkeit. Angesichts der Endlichkeit unseres Lebens mahnte sie, „die Tage nicht unbemerkt verstreichen“ zu lassen: d.h. die Lebenszeit bewusst wahrzunehmen, vernünftig zu gestalten und etwas zu hinterlassen, wenn man geht (S. 166).

Die Lektüre von Joe Brainards Buch „Ich erinnere mich“, das in der Fassung des Jahres 1975 1000 Erinnerungen sammelt, löst bei Steinz das Nachdenken darüber aus, woran er sich in seinem Leben alles erinnert. Dabei kommt Vieles aus der Tiefe der Vergangenheit, aus Kindheit, Jugend und Erwachsensein, nach oben. Doch die aufkommende Nostalgie, die auch ältere Menschen mit ihren Erinnerungen erleben, hat bei dem todkranken Steinz eine tragische Komponente, denn er wird „wöchentlich damit konfrontiert [..], dass es wieder etwas gibt, was er nicht mehr kann.“ (S. 175) Bewegend auch seine Beschäftigung mit „Ich zähmte die Wölfin. Die Erinnerungen Hadrians“, die Marguerite Yourcenar 1951 in einem Roman verarbeitete. Den Tod vor Augen zog der römische Kaiser (76-138) die Bilanz, dass die Liebe das Wichtigste in seinem Leben gewesen war. An der Darstellung Hadrians durch die französische Schriftstellerin faszinierte Steinz die Erkenntnis des Unterschieds zwischen dem, was „ein Mensch zu sein glaubte, was er sein wollte, und was er wirklich war“ (S. 178).

„Die Tage vergehen langsam, und doch verrinnt die Zeit wie im Flug“, notiert Pieter Steinz Anfang Juli 2015 (S. 183). Er findet diese Lebenserfahrung zum einen in dem Epos „Leben und Schicksal“ von Wassili Grossman aus dem Jahr 1960, der einen Gefangenen im russischen Gulag zur Zeit Stalins das „gleichzeitige Gefühl

von Dauer und Flüchtigkeit“ erfahren lässt. Zum anderen liest er in A.F.Th. van der Heijdens Roman „Fallende Eltern“ (1983) die „Theorie des ‚Lebens in der Breite‘“: „Das Problem beim menschlichen Geist ist, dass er zu viele Kategorien zeitlicher Aufeinanderfolge aus der sinnlichen Wirklichkeit übernommen hat. [...] Alles, was er an Bildern, Gedanken, Erinnerungen in sich trägt, kann er gleichzeitig produzieren und reproduzieren.“ (S. 184-185). Anstatt sich darüber zu beklagen, dass er keine 90 Jahre alt werden wird, empfindet Steinz Freude bei dem Gedanken an all das, was er in seinen 52 Jahren erleben, erfahren, gestalten und erreichen konnte.

Für gute Laune trotz des deprimierenden körperlichen Zustands sorgt die Lektüre von Astrid Lindgrens Kinderbuch „Karlsson vom Dach“ aus dem Jahr 1955. „Der beste Karlsson der Welt“, wie es auf seiner Haustür steht, ist „die optimistischste Romanfigur, die in der Weltliteratur herumläuft“ (S. 191) und sogar herumfliegt. „Das Wort ‚Rückschlag‘ kommt in seinem Wörterbuch nicht vor. Auf alles, was schiefgeht, reagiert er mit ‚Das stört keinen großen Geist‘ oder ‚Ruhig, ganz ruhig““ (ebd.). Und mit dieser unverwüstlichen Weltsicht macht sich Steinz „die Vorteile des Krankseins“ bewusst: „Es setzt dem hektischen Leben ein Ende, man hat Zeit für sich selbst (zumindest, wenn man seine Zeit nicht in Krankenhäusern oder mit medizinischen oder therapeutischen Gesprächen verbringt), man ist öfter mit seinen Lieben zusammen und bekommt liebevolle Karten und Briefe von Verwandten, Freunden und sogar entfernten Bekannten.“ (S. 192-193) Nicht zu vergessen: ohne seine Krankheit hätte Steinz die Kolumnen nicht geschrieben, „die zusammen ein Buch bilden werden, das ich sonst nie geschrieben hätte.“ (S. 193) Allerdings fällt dem Todkranken, dessen Körper immer schneller altert und dessen Bewegungsfreiheit immer mehr eingeengt wird, auch eine Zeile aus Janis Joplin's Song „Me and Bobby McGee“ ein: „I would trade all my tomorrows for a single yesterday“. Der eigene körperliche Verfall lässt Steinz J. Bernlef beeindruckenden Roman „Hirnge-spinste“ (1984) wiederlesen, der den Verlauf einer Alzheimer-Erkrankung aus der Perspektive des Betroffenen beschreibt: „das Gefühl, bei vollem Bewusstsein abwesend zu sein, verloren zu gehen, sich zu verirren.“ (S. 196)

Die beiden letzten Kolumnen stammen aus dem August 2015. Mit Boethius, einem Spitzenbeamten aus der Zeit Theoderichs des Großen, und dem 524 n. Chr. vor seiner Hinrichtung im Gefängnis verfassten „Trost der Philosophie“ geht Pieter Steinz der Rolle der Schicksalsgöttin Fortuna in unserem Leben nach. „Alle Menschen stecken in ihrem großen Rad, sind einmal oben und dann wieder unten. Das Einzige, worauf Fortuna keinen Einfluss hat, ist der eigene Geist und die eigene Güte – sie müssen ausreichen, um einen durchs Leben zu bringen.“ (S. 199) Seinen Geist hat Steinz dem Lesen und dem Schreiben über zahlreiche Bücher und ihre Autoren gewidmet, sodass er sich im Angesicht seines nahenden Todes die Frage stellt: „Gibt es so etwas wie den Trost der Literatur?“ (S. 200) Seine bejahende Antwort lautet: „Literatur ist ein Stimmungswandler, eine Zeitmaschine, ein Reisebüro und ein Erinnerungsaktivator.“ (S. 201) Am Ende steht Henry David Thoreau mit „Walden oder Leben in den Wäldern“, in dem der amerikanische Autor 1854 über seinen zweijährigen Rückzug an den Walden Pond im Bundesstaat Massachusetts berichtete. Dessen Quintessenz macht sich Pieter Steinz zu Eigen: „Gelte es Leben und Tod; was wir begehren, ist Wirklichkeit. Falls es tatsächlich ans Sterben geht,

wollen wir unser Röcheln hören und die Kälte in den Gliedmaßen spüren; solange wir am Leben sind, wollen wir tun, was zu tun ist.“ (S. 205)

*

Im Nachwort zur Buchausgabe mit den 52 Essays von Pieter Steinz schreibt A.F.Th. van der Heijden, dass er selbst als Schriftsteller den Leser in sich unterdrückt oder zumindest an den Rand gedrängt habe. Was ihn an der tiefen „Leselust“ seines Freundes faszinierte, war ein Wiedererkennen: „wie unentbehrlich Literatur als Nährstoff sein kann, der uns am Leben erhält – auch wenn dieses Leben ins Stocken gerät und sich abkapselt.“ (S. 208-209) Welchen Schluss können wir daraus für uns ziehen? In unserem beruflichen Alltag und in den fachlichen Diskursen vergessen wir leider nur allzu oft, was uns zu Bibliothekaren gemacht hat: die Liebe zur Literatur als gespeicherter Lebenserfahrung von Menschen aus unterschiedlichen Zeiten und der Wunsch, diese Liebe an andere Menschen weiterzugeben. Das ist zwar längst nicht alles, was unseren Beruf auszeichnet. Aber es ist das, was ihn im Zeitalter der virtuellen Ablenkungen nach wie vor wertvoll und unverzichtbar macht.

Danksagung

Wir bedanken uns beim Präsidium der TH Köln für den großzügigen Druckkostenzuschuss zu diesem Band.